



4.-6. April: Antifaschistischer Bundeskongreß S.14

# Arbeiterkampf

Jg.10 Nr.173 10.3.80 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2.-

## Zimbabwe: Beispielloser Wahlsieg der Patriotischen Front (ZANU) Rassisten drohen mit Vergeltung

Unbeschreiblicher Jubel der schwarzen Bevölkerung, Schock und tiefe Niedergeschlagenheit der Weißen — das waren im Zimbabwe die Reaktionen auf das überragende Abschneiden der ZANU bei den ersten allgemeinen Wahlen (Wahlbeteiligung 93%). Nach rund 16 Jahren des bewaffneten Kampfes gegen eine der letzten Bastionen des weißen Faschismus in Afrika hat die ZANU mit der erzielten absoluten Mehrheit (57 Sitze = 62,9%) formell die politische Macht in Zimbabwe übernommen. Wenngleich die ZANU vor überaus schweren Aufgaben steht, so wird dieser neue große Erfolg weitreichende Auswirkungen auf ganz Afrika haben. Für die ant imperialistischen Staaten und Organisationen im Süden Afrikas bedeutet dies sowohl erhöhte politische Stabilität als auch eine Ermutigung, den Kampf gegen das waffenstarrende Zentrum des Rassismus erfolgreich durchzuführen. Der Wahlsieg fiel umso überzeugender aus, als es gelang, der Marionette Muzorewa (3 Sitze = 3,2%) eine vernichtende Niederlage zu bereiten, während Nkomo mit seinen 20 Sitzen (= 24,1%) das Gesamtergebnis der alten Patriotischen Front (ZANU und ZAPU) auf 87% der gültigen Stimmen schrauben konnte. Muzorewa hatten weder die horrenden Dollarsummen aus Südafrika noch seine berüchtigten „Hilfskräfte“, die buchstäblich bis in die letzte Stunde des Wahlkampfes die Bevölkerung terrorisierten (ARD-Weltspiegel, 2.3.80).

Das Wahlergebnis hat in den Hauptquartieren der Rassisten in Salisbury und Johannesburg wie eine Bombe eingeschlagen. Die Faschisten in der RSA, die vorsorglich mit geheimen Aufmarschplänen ihre Truppen in Alarmbereitschaft versetzt hatten, stießen prompt nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses „Warnungen“ an die Adresse der ZANU aus — und stellten damit nur unter Beweis, daß man von dieser Seite einem Vorgehen mit allen Mitteln gegen die schwarze Volksmacht in Zimbabwe gegenwärtig sein muß. Auch die bürgerliche Rechtsprelle und die Konservativen aller Couleur in den Imperiali-

stischen Metropolen reagierten mit tiefer Bestürzung: „Wie konnte es dazu kommen?“, klagte der berüchtigte Afrika-„Spezialist“ von Springers „Welt“ (S.3.), H.Germann. An der Londoner Börse machten die Kurse der rhodesischen Wertpapiere eine rasante Talfahrt und Englands „eiserne Lady“, Frau Thatcher, „vergaß“, der ZANU zu ihrem Erfolg zu gratulieren.

In der Tat ist dieser Schock verständlich. In den letzten Jahren und Monaten des Krieges hatte sich immer deutlicher gezeigt, daß ein militärischer Sieg für die Rassisten nicht erreichbar war. Nunmehr wollten die

Imperialisten durch das für die PF nachteilige Abkommen von Lancaster House die Befreiungskämpfer mit den Mitteln des bürgerlichen Parlamentarismus um die Früchte ihres Kampfes bringen. Die imperialistischen Einschätzungen gingen davon aus, daß es bei 20 reservierten Sitzen für die Weißen keiner Seite gelingen würde, die absolute Mehrheit zu erreichen. Im Rahmen der dann zu bildenden Koalitionen glaubten sie, die ZANU ausmanövrieren zu können. Das Liebeswerben von Ian Smith um J. Nkomo und die Komplimente des englischen Außenministers Carrington an die gleiche Adresse waren nicht zu überhören. Je deutlicher aber für die Imperialisten wurde, daß die ungeeilten Sympathien der großen Mehrheit der Schwarzen eindeutig der ZANU gehören — immerhin hatte sie die Hauptlast des Krieges getragen — umso skrupelloser organisierte und duldet der englische Gouverneur Soames den Bruch des Abkommens von Lancaster-House: Verhaftung von mehr als 10.000 ZANU-Anhängern, Ermordung von Parteifunktionären („Süddeutsche Zeitung“, 29.2.80), Teil-Wahlkampfverbot, Attentate, Präsenz südafrikanischer Truppen usw. Mag der unmittelbare Wahlvorgang auch einigermaßen korrekt über die Bühne gegangen sein (bei 250.000 abwesenden Flüchtlingen, die mit der ZANU sympathisieren), so war der

Fortsetzung S.2

## ZL-Gruppe spaltet Bunte Liste Hamburg

Auf einer VV am 2.3. hat sich die Hamburger Bunte Liste gespalten. Ausgehend von der „Einsbüttler Parlamentsfraktion“ (Mehrheit) der BuLi, massiv unterstützt von der ZL-Gruppe (ehemals KB) und (als einziger Bürgerinitiative) der BI Niendorf, verließen am 2. Tag der Vollversammlung etwa 100 der 300 Anwesenden die Versammlung. Grund: Die Versammlung hatte sich nicht in der geforderten Weise von einem Artikel im AK 172 („ZL-Machtpoker in der Bunte Liste“) distanziert.

Die VV der BuLi sollte wichtige Diskussionen und Beschlüsse für die zukünftige Arbeit der BuLi behandeln. Der VV lag eine umfangreiche Materialmappe vor, in der Bürgerinitiativen und Einzelpersonen sich zur zukünftigen Struktur, zur weiteren Zeitsungsarbeit, zur Kontrolle der Parlamentsarbeit und zur Zusammenarbeit der bunten und der grün-bunten Mitglieder der BuLi äußerten. Der KB hatte zum Verhältnis BuLi — Grüne Partei einen Resolutionsantrag vorgelegt, der weitgehend einer Resolution der AL Westberlin entsprach. Erkennbar war in allen Beiträgen die Forderung nach mehr Basisdemokratie und Veränderung der zur Zeit bestehenden BuLi-Gremien bzw. -Institutionen (Vorstand, Zeitung, Parlamentsfraktion). Diese Gremien und Institutionen waren personell mit deutlicher Mehrheit von denen besetzt, die sich entschlossen haben, bei den Grünen mitzuarbeiten.

Die VV begann allerdings anders. Vor der Versammlung verteilte die „Einsbüttler Parlamentsfraktion“ (Mehrheit), die BuLi-Gruppe der BI Niendorf (Einsbüttler) und ein Mitglied der „Parlamentsfraktion“ Erklärungen, die alle um ein Thema kreisten: „Diffamierungs- und Denunziationspolitik“ des KB sowie dessen „Machtpolitik“. Anlaß war die Auseinandersetzung um den 1. Mai, Aufhänger der Artikel im letzten AK.

In der von der ZL-Gruppe mittlerweile hinlänglich bekannten Manier wurde an dem Artikel nun ein „Skandal“ inszeniert, der nicht mehr den

Fortsetzung S.3

## Aus dem Inhalt:



Besuchermittlung über den Internationalen Frauentag — 8. März — Seite 20

Wahlen	
Wir dokumentieren ausführlich den Streit in und die Spaltung der BUNTE LISTE Hamburg	3-5
Interview zur Wahlfrage mit Hermann Schulz (Köln) und Michael Winter (Bielefeld)	5-6
Hamburg: Schwierigkeiten mit der Einheit im Kampf gegen Strauß	9
Anti-AKW	
Gewaltdiktation in und um Gorleben: „Grüner Psychoterror“	10
Volkswirtschaft gegen die geplante AKW in Plogwitz	12
Schweden: Drei Linien in der Frage der Volksbestimmung	13
Kampf d. Faschismus / Kleinsten Junia „Innere Sicherheit“	
Liberalisierung oder versuchte Volksverdummung?	16-17
Hochsicherheitsstrafe in Hamburg fertiggestellt	18
Hamburg: Besatzungsaktion gegen Hochsicherheitsstrafe	18
Neuer Prozeß gegen die Bewegung 2. Juni	19
Aktionstag der SÖDZDL	22
„Sterben für Bonn“?	23
Kriegsvorbereitungen der USA	24
Fragen	
9.218 da kommt was in Gang	26
CDU Hessen Süd: Kreuzzug zur Rettung der Familie	29
Betrieb und Gewerkschaft	
11. Bundesjugendkonferenz der IG Chemie: Sicherheitskontroverse	39
Schule/Leben	
Labellierung hinter Gittern wegen „Ordnungsstörungen“ mit Jugendlichen?	30
Nationales Schwulen/Lebentreffen zu den Bundestagswahlen	31
Büchse und Unwetterstiel	
VDS-MV: Basisgruppenzusatz hat nichts verändert	34



## Amsterdam: Panzer gegen Hausbesetzer

53.000 Wohnungssuchende gibt es derzeit in der niederländischen Hauptstadt Amsterdam. 10.000 von ihnen haben — um ihre schlimmste Not zu lindern — leerstehende Häuser bzw. Wohnungen besetzt, und führen einen erbitterten Kampf gegen die Hausbesitzer und die in deren Interesse handelnden Behörden. Der tägliche Kleinrieg eskalierte in der letzten Februar-Woche zu einer gewalttätigen Konfrontation, die teilweise bürgerkriegsähnliche Züge annahm. Um die Interessen der Hauseigentümer und Spekulanten durchzusetzen, schickten die Amsterdamer Behörden schwerbewaffnete Polizei- und Militäreinheiten gegen die Hausbesetzer ins. Dabei wurden neben MEKs auch Schärfschützen der Militärpolizei und Panzer eingesetzt — und es gab reichlich Widerstand der Hausbesetzer und Solidarität ihrer Organisationen. Siehe unseren ausführlichen Artikel auf Seite 43.



Fortsetzung von Seite 1

Wahlkampf allen andere als „frei und fair“. In einem abschließenden Bericht kommt eine Beobachterkommission aus den USA und Kanada zu folgendem Fazit:

„Wir sind zutiefst besorgt darüber, daß die Wahlkampagne derart einseitig und einschüchternd ist. Würden wir den offiziellen Informationen Glauben schenken, hätten wir den Eindruck, daß nur die ZANU und zu einem etwas geringeren Teil die PF für Einschüchterungsversuche verantwortlich seien. Das mag in einzelnen Fällen vielleicht auch zutreffen, das Gesamtbild allerdings steht anders da: Wir haben selbst gesehen, wie die Hilfspolizei (Muzorewa) die Bevölkerung im Land bedroht, zusammenzuschlagen, die Frauen vergewaltigen“ („SZ“, 27.2.).

Ein Lastwagen mit 96 ZANU-Anhängern kam nie an seinem Ziel, einer ZANU-Wahlveranstaltung, an. Mit einiger Sicherheit wurden sie ermordet („SZ“, 27.2.). Die Reihe solcher Vorfälle ließe sich fast beliebig verlängern. Doch diese gezielten Provokationen machten letztlich nur eines deutlich: Ihre Nutzlosigkeit gegenüber den politisierten Massen in Zimbabwe. Die schwarze Bevölkerung hat sich weder durch den systematischen Terror, die martialischen Panzermärsche und die Generalmobilmachung der weißen Reservisten noch durch Notstandsübungen einschüchtern lassen. Sie hat der Organisation zur absoluten Mehrheit verholfen, von der sie nach allen eigenen Erfahrungen die radikalste und nachhaltigste Veränderung ihres Lebens erwartet.

Das Wahlergebnis fiel so eindeutig aus, daß gegenwärtig keiner der pro-rassistischen Kräfte ernsthaft zu behaupten wagt, bei der Wahl „betrogen“ worden zu sein: Formell wird die Wahl sowohl von Ian Smith als auch von Muzorewa anerkannt. Zur Zeit laufen Verhandlungen zwischen Mugabe und Nkomo, um eine Koalition im Sinne der alten Patriotic Front herzustellen. Eine Forderung, die vor einer Woche u.a. nachhallig von den Frontstaaten erhoben worden war. Möglicherweise wird Nkomo den repräsentativen Posten eines Staatspräsidenten oder ein Ministeramt übernehmen („Guardian“, 5.3.80). Es ist das ausdrückliche Bestreben der ZANU, eine möglichst breite Einheit innerhalb der schwarzen Bevölkerungsmehrheit herzustellen, denn es ist nicht damit zu rechnen, daß die weiße Minderheit sich „demokratisch“ diesem Machtwechsel beugen wird. Angesichts der Tatsache, daß sich die Rassen in vollem Waffenbesitz befinden und die Putschgefahr überaus hoch ist, andererseits die Gefahr eines panikartigen Exodus der weißen Siedler besteht, der dem Land ökonomisch schwer schaden würde, gibt sich die ZANU nach ihrem Erfolg sehr zurückhaltend. Mugabe verkündete:

„Wir werden uns nicht in die freie Marktwirtschaft einmischen, seien das Farmen, Bergwerke oder Industriebetriebe“ („Guardian“, 5.3.). Verstaatlichungen seien zunächst nicht zu erwarten und keiner brauche Unsicherheit und Unterdrückung zu befürchten. Auch die Löhne und Pensionsansprüche der Angehörigen des Öffentlichen Dienstes wurden ausdrücklich garantiert. Trotz dieser sehr weitgehenden Zusicherungen werden 30 bis 40.000 weiße Rhodesier in England zurück erwartet (das würde 15 bis 20 Prozent der Weißen entsprechen). Auch die südafrikanische Regierung hat sich auf eine Massenflucht aus Rhodesien vorbereitet, zahlreiche Rhodesier haben zugleich südafrikanische Pässe. Alle internationalen Beobachter sind sich einig in der Beurteilung, daß die Regierungsübernahme durch die ZANU im „weißen“ Salisbury einen tiefen Schock ausgelöst hat, wenngleich viele Weiße eine kurze Phase des Abwartens vor die möglicherweise endgültige Ausreise zwangsgeschaltet haben. Daneben existiert natürlich der harte faschistische Kern, der mit Unterstützung aus Südafrika und imperialistischer Geheimdienste (die „Nr.2.“ des CIA, Corlucci, ist von Carter angewiesen worden, sich voll auf Zimbabwe zu konzentrieren) eine langfristige Putsch- und Destabilisierungspolitik betreiben wird. Die bisherigen drei Attentate auf Mugabe sprechen eine deutliche Sprache und zeigen, daß die ZANU vor einer äußerst komplizierten Aufgabe steht, ihrem Programm gemäß die weißen Machtstrukturen radikal im Interesse des Volkes zu verändern. Hier besteht u.a. ein großer Unterschied zur Situation nach dem Sieg in Mosambik, Angola und Guinea-Bissau, wo die Länder nach der weißen Massenflucht, Sabotage und imperialistischer Intervention zwar ökonomisch in einer desolaten Lage waren, politisch und militärisch jedoch die alten Kolonialstrukturen

zerschlagen hatten. Andererseits kann sich die ZANU auf ihre Volksmachtorgane in den befreiten Gebieten stützen und hat mit Mosambik, Angola und Tansania fortschrittliche ant imperialistische Bündnispartner an der Seite. Bei einer neuen militärischen Konfrontation zwischen Rassistismus und Befreiungsbewegung in Zimbabwe werden sie der ZANU bzw. der Patriotic Front die Unterstützung nicht verweigern. Zu Vorwänden für eine neue Konfrontation könnte es beispielsweise kommen, wenn die neue Regierung mit ihren Maßnahmen den engen Rahmen des Abkommens von Lancaster House überschreitet, das nur kosmetische Veränderungen der gesellschaftlichen Realität Zimbabwes vorsieht.

#### Säbelrasseln Südafrikas, Jubel in Soweto

Die Rassen in Südafrika hatten alle Hoffnung auf Muzorewa gesetzt und in die Marionette hohe Summen investiert. Noch in den letzten Tagen vor der Wahl wurde von Regierung und Presse ein relativ gutes Abschneiden Muzorewas prognostiziert, das es erlauben würde, die ZANU auszu-manövrieren. In einer ersten Stellungnahme drohte Rassenchef Botha:

„Wenn irgendein Nachbar es erlaubt, daß von seinem Territorium aus Aktionen oder Unterminierungsversuche gegen Südafrika unternommen werden und die Sicherheit Südafrikas beeinträchtigt wird, wird ihn die volle Stärke der Streitkräfte Südafrikas treffen“ („Guardian“, 5.3.80). Nach südafrikanischer Logik ist jeder Widerstand im Land „von außen gesteuert“ und berechtigt zur Aggression gegen Nachbarstaaten. Die Drohung gegenüber Zimbabwe ist sehr ernst zu nehmen, denn der Erfolg der ZANU hat natürlich auch den Widerstand in der RSA selbst beflügelt. Als Ausdruck der Begeisterung in Soweto über die jüngste Entwicklung sagte einer der bekanntesten Sprecher der Schwarzen, Molana: „Ich bin so glücklich, wie man nur sein kann — so glücklich wie damals, als die FRELIMO in Mosambik gewonnen hat. Wenn die Leute, mit denen wir den Sieg feierten, nicht im Gefängnis

von Robben Island saßen, würden wir jetzt eine weitere große Feier veranstalten“ („Guardian“, 5.3.). Er meinte außerdem, daß dieser Sieg bei den Schwarzen in Südafrika die Gewißheit verstärkte, ebenfalls eines Tages siegreich zu sein. Eine Sonderausgabe der schwarzen „Daily Post“ erschien mit der Schlagzeile: „Vive Mugabe“. Inzwischen hat sich auch der Vorsitzende der pro-rassistischen „Demokratischen Turnhallenallianz“ von Namibia, Dirk Mudge, zu Wort gemeldet. Er beklagte, daß die SWAPO nun ihre Anstrengungen verdoppeln werde, den bewaffneten Kampf ebenso siegreich zu führen wie die Befreiungsbewegungen Zimbabwes.

Die Imperialisten in London, Bonn und Washington machen bisher gute Miene zum bösen Spiel. Sie haben verbal ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit einer unabhängigen Regierung in Zimbabwe erklärt. Einerseits ist propagandistisch zu sehr auf die Wahl als Mittel gegen die ZANU gesetzt worden, als daß jetzt diese ignoriert werden könnten. Andererseits hoffen die Imperialisten wohl auch, daß eine Regierung der Schwarzen keine radikalen Veränderungen vornehmen kann, wenn sie nicht die totale Konfrontation mit den weißen Faschisten riskieren will.

Es wäre jedoch völlig naiv anzunehmen, die Imperialisten und weißen Faschisten würden auch nur einen Augenblick daran denken, die Macht tatsächlich einer linken, unabhängigen und schwarzen Regierung zu überlassen.

Ihre Waffen werden dabei reichen vom Wirtschaftsboykott und der Wirtschaftsabschottung, militärischen Provokationen, Terroranschlägen, Sabotageaktionen der Geheimdienste bis hin zur direkten Intervention z.B. durch Südafrika. All diese Dinge sind bekannt von Angola, Vietnam, Chile — immer dort, wo die Unabhängigkeit vom Imperialismus versucht und erkämpft wurde, unabhängig von den konkreten Wegen.

Für die Linke muß dies eine Verpflichtung sein, die ZANU zu unterstützen und für die Unterstützung der neuen Regierung durch die BRD einzutreten.

Afrika-Kommission

## 90 Prozent für die PF

Die in der bürgerlichen Presse verbreiteten Wahlergebnisse sprechen zwar schon eine deutliche Sprache, sie geben aber noch nicht einmal die ganze Wahrheit über die Verhältnisse wieder. Dazu einige Zahlen: Zimbabwe hat 2,9 Mio. Einwohner; davon 2,7 Mio. Schwarze und nur 200.000 Weiße. Der weiße Anteil entspricht also ca. sieben Prozent der Gesamtbevölkerung. Im Parlament haben die Weißen jedoch von vornherein 20 von 100 Sitzen zugesichert bekommen, sind also mit 20% dort vertreten. Das nennt sich dann repräsentative Demokratie. Durch diese Überproportionalisierung der Weißen wurden die Wahlergebnisse bei den Schwarzen sogar noch nach unten gedrückt. Auch dazu einige

Zahlen: Die ZANU hat 57 Sitze errungen. Das entspricht 57% aller Sitze (von 100), aber 71,3% der 80 Sitze der Schwarzen; das entspricht auch dem Wahlergebnis bei den Schwarzen. Auf die gesamte Bevölkerung umgerechnet hat die ZANU 65% der Stimmen erhalten. Ähnliche Rechnungen können bei der ZAPU aufgemacht werden. Rechnet man dies weiter, kommt man zu dem Ergebnis, daß die beiden am Befreiungskrieg beteiligten Organisationen, ZANU und ZAPU, insgesamt 90% der Stimmen aller Einwohner errungen haben. Sieben Prozent errangen die weißen Parteien und nur drei Prozent bekamen die mit den Weißen kollaborierenden schwarzen Gruppen!

## Schlechte Verlierer

Der Plan war gut — nur er klappte nicht! Angesetzt waren die Wahlen, um die stärkste Befreiungsorganisation, die ZANU, zu isolieren und die zur Kollaboration mit den Weißen bereiten Gruppierungen in die Regierungsämter zu heben. Allenthalben war vorher zu lesen, daß die ZANU bei parlamentarischen Wahlen keine Chance habe, sie bei der schwarzen Bevölkerung wegen der militärischen Aktionen unbeliebt sei usw. Die Wahlen sollten auch einmal mehr ein Beweis für die „Überlegenheit“ der westlichen „Demokratie“ über den Marxismus sein. In ihrer von der Arroganz der Macht verblendeten Sicht glaubten die Imperialisten tatsächlich, sie hätten leichtes Spiel. Die britische Regierung wurde allenthalben für ihren „Geniestreich“ gelobt. Nach den Wahlen sieht alles ganz anders aus. Der „Daily Mirror“ schreibt: „Fremd Thatcher geht jetzt in die Geschichte ein als der erste Tory-Premierminister, der eine gemäßigte Regierung gestürzt und eine marxistische eingesetzt hat“. Aus der Tory-Partei wird plötzlich der Vorwurf erhoben, der britische Außenminister habe mit seiner Konferenz nur

einen „Pyrrhus-Sieg“ errungen; mit anderen Worten, das Wahlergebnis paßt nicht in die Überlegungen der Konferenz. Eine ganz besonders demagogische Erklärung für den Wahlsieg der ZANU lieferte schließlich der „FAZ“-Korrespondent aus Zimbabwe. Danach wären die meisten Schwarzen gegen den Krieg (was sicherlich stimmt). Die ZANU habe aber erklärt, wenn sie nicht als Wahlzieger hervorgehe, werde der Krieg weitergehen (was nicht stimmt). Um einen weiteren Krieg zu verhindern, habe die Mehrheit der Schwarzen dann ZANU gewählt. Es gehört schon eine ganz gehörige Portion Rassistismus dazu, wenn dieser Mensch nicht verstehen will und kann, daß die Schwarzen einfach nicht bereit waren, den Weißen oder ihren schwarzen Marionetten ihre Stimme zu geben. Die heutigen Kommentare machen aber auch deutlich, wie ehrlich es die Westmächte mit ihrem „Angebot“ von „freien Wahlen“ in Angola, Mosambik und anderswo gemeint haben. „Freie Wahlen“ sind eben nur solange gut, wie sie den richtigen Sieger hervorbringen!

## Interview mit Robert Mugabe

Nachstehend drucken wir Teile eines Interviews aus Afriquo-Asie Nr. 207 ab, das der Direktor des Zentrums für Afrikakunde an der Universität von Maputo mit Robert Mugabe kurz vor der Wahl machte. Mugabe prognostiziert nicht nur einen eindeutigen Sieg für die ZANU, er schildert auch die Motive der ZANU, sich nicht gemeinsam mit der ZAPU von J. Nkomo an der Wahl zu beteiligen, die Patriotic Front also zu suspendieren. Im hier nicht abgedruckten Eingangsteil geht Mugabe ausführlich auf die hervorragende Rolle Mosambiks bei der Unterstützung der ZANU ein.

Frage: Nachdem im Lancaster House das Abkommen geschlossen war, haben Sie den Vorschlag der ZAPU, bei den Wahlen eine Einheitsliste der Patriotic Front (PF) vorzulegen, zurückgewiesen. Was waren die Gründe?

R.M.: Es gab verschiedene Gründe, vor allem aber wollten wir allen Zweideutigkeiten ein Ende setzen. Eine Zusammenkunft unseres Zentralkomitees, die Ende Januar in Beira (Mosambik) stattgefunden hat, beschloß, ZANU-PF Listen vorzulegen, getrennt also von der ZAPU, unserem Partner der letzten Jahre. Die Patriotic Front ist niemals eine organische Allianz der beiden Formationen gewesen, die angetreten waren, um den Feind mit der Waffe in der Hand zu bekämpfen. Die Patriotic Front war vielmehr eine diplomatische Allianz, die außerhalb des Landes agierte (um das illegale Rassenregime in Salisbury zu isolieren).

Dies ist eine Sache, die von unseren Freunden im Ausland unterbewertet wird, derer wir uns aber bewusst sein müssen, wenn wir eine schlagkräftige Aktionsstrategie im Inneren des Landes definieren wollen. Frage: Alles in allem war doch die Rolle der Patriotic Front positiv ...

R.M.: Ganz gewiß. Aber wir wollen die Dinge auch nicht überbelten. Trotz unserer dringenden Appelle an die ZAPU haben wir die schwere Last des Krieges fast allein tragen müssen. Aus diesem Grunde genießen wir heute auch die größte Unterstützung beim Volk im Inneren des Landes. Untersuchungen, die wir darüber angestellt haben, bestätigen diesen Stand der Dinge. Die Wahlen werden den Skeptikern, so erforderlich, den Beweis erbringen, daß wir die erste politische Kraft des Landes sind. Frage: Heißt das, daß Sie daran denken, allein zu regieren?

R.M.: Die Bestätigung, daß eine „starke“ ZANU Zimbabwe allein regieren kann, wird sowohl auf die Schwarzen, als auch auf die Weißen, die sich mit dieser realen Situation abfinden müssen, einen heilsamen psychologischen Effekt ausüben. Unsere Position der Stärke wird uns bei der schwierigen und notwendigen Aufgabe behilflich sein, zwischen Schwarz und Weiß zu vermitteln, daß sie die rassistische Vergangenheit begraben, unter der unser Volk gelitten hat. Aber wir wollen nicht allein regieren. Die ZANU muß der Mittelpunkt einer neuartigen Front sein, die alle patriotischen Gruppierungen in sich vereint, die gewillt sind, unser schönes, vom Krieg verwüstetes Land wiederaufzubauen und zu regieren. Frage: Ihr Stellvertreter und Wortführer in Zimbabwe, Enos Nkomo, soll den Wunsch geäußert haben, daß Joshua Nkomo der zukünftige Präsident der ersten Republik von Zimbabwe werden soll?

R.M.: Warum nicht? Frage: Wenn ich recht verstehe, würde es sich dabei, gemäß der Verfassung des neuen souveränen Staates von Zimbabwe, lediglich um einen repräsentativen Posten handeln?

R.M.: Seien wir ehrlich. Wir unterschätzen, die ZAPU nicht. Sie ist gemeinsam mit der ZANU-PF die einzige repräsentative Organisation in Zimbabwe. Sie ist in den ländlichen Ndebele-Regionen verankert (17 % der Gesamtbevölkerung des Landes). Die kommenden Wahlen werden ergeben, daß sie die zweite politische Gruppierung des Landes ist. Also werden wir sie auffordern, eine „organische Front“ zu bilden — mit einer wohl definierten Führung und einer politischen Linie, die die Zweideutigkeiten der Vergangenheit nicht zuläßt.

Sie sehen, wir gehen ernsthaft an die Frage unserer Allianz mit der ZAPU nach den Wahlen heran (...). Frage: Die Beobachter sind sich einig: Der Premierminister der Republik Südafrika, Peter Botha, ist mehr

als je entschlossen, Sie von dem Weg zur Macht auszuschalten... Man spricht auch von der Präsenz eines südafrikanischen Kontingents in Zimbabwe. Daraus ergibt sich eine reale Gefahr ...

R.M.: Die Präsenz dieser Truppen (ungefähr 8000 Mann) in Zimbabwe ist in der Tat eine ernste Drohung, ein Akt der Aggression gegen unser Volk. Die südafrikanischen Truppen müssen unser Land in Übereinstimmung mit dem Geist des Abkommens von Lancaster House verlassen. Das ist es, was ich an die Premierministerin Großbritanniens, Margaret Thatcher, geschrieben habe. Ich hoffe, daß sie sich bemühen wird, Druck auf ihre südafrikanischen Freunde auszuüben. Im gegenseitigen Fall werden wir keine freien Wahlen haben, noch ein unabhängiges Zimbabwe. Wir werden dann gezwungen sein, den bewaffneten Kampf wieder aufzunehmen, um den neuen Besetzer hinauszujagen. Dies ist meine Antwort auf die kriegerischen Pläne des Herrn Botha. Das heißt, wir sind bereit zur Koexistenz mit der RSA des Herrn Botha. Der geographische Zusammenhang, unsere gemeinsamen Grenzen zwingen uns, dieser unvermeidlichen Situation Rechnung zu tragen. Wir sind gezwungen, eine minimale Ebene von Beziehungen zu unterhalten, ohne Beziehungen zu unterhalten, ohne dabei die düstere Praxis der Apartheid anzuerkennen. Wir akzeptieren das System der Konzentrationslager der RSA nicht, aber wir sind nicht diejenigen, die es zerstören werden: das ist das südafrikanische Volk, das sich entscheiden und Herr seines Schicksals sein muß. Kurz unsere Beziehungen zur RSA sind bestimmt durch die Resolutionen der UNO und der OAU und unsere politische Linie ist die der Frontstaaten.

Frage: Ihre Position zur Apartheid in Südafrika ist unweiblich. Wie ist Ihre Position zum Status der Weißen in einem zukünftigen unabhängigen Zimbabwe?

R.M.: Nehmen wir z.B. irgendeine Minderheit der Weißen in Rhodesien, um unsere Position zu erklären. Nehmen wir die paar tausend Portugiesen, die im besetzten Zimbabwe leben. Sie bilden die unterste Stufe auf der gesellschaftlichen Leiter der Weißen. Sie werden diskriminiert von den „zivilisierten“ Weißen von angelsächsischer und britischer Herkunft. Trotzdem nehmen sie an der Ausbeutung und der Repression gegen das Volk von Zimbabwe teil, durch die Tatsache, daß sie zum Unterdrückungssystem, zum Kolonialsystem gehören. Sie wählen alle, oder fast alle die Rhodesische Front von Herrn Smith. Auf dem Arbeitsmarkt stehen die Facharbeiter, die Handwerker, die kleinen Angestellten des Handels und der Industrie oft den Schwarzen gegenüber, die manchmal qualifizierter sind. Aber sie bekommen die Arbeit, weil die Weiße sind. Dies ist ein Rassenkonflikt, der den Klassenwiderspruch überlagert.

In einem unabhängigen und demokratischen Zimbabwe muß der Mythos der Rassengesellschaft beseitigt werden ...

Die Tatsache mehr oder weniger farblich zu sein — wie es Präsident Samora so gut ausdrückte — darf nicht in der Werteskala zählen, die es in der neuen Gesellschaft von Zimbabwe geben wird. Das heißt, man muß vielleicht daran erinnern, daß die Portugiesen die am wenigsten privilegierte Schicht der weißen Minderheit darstellen, sie sind im alltäglichen und sozialen Leben den Schwarzen am nächsten und offener zum Dialog mit ihnen. Sie könnten sich deswegen leichter an die neue Situation gewöhnen als ihre angelsächsischen Herren. Der Wiederaufbau des durch den Krieg verwüsteten Landes kann durch ihre technische Unterstützung vorangebracht werden. Wir sind bereit, die Vergangenheit zu vergessen, um die Zukunft aufzubauen. (...)







# Diffamierung? Denunziation? Einige Klarstellungen

Der KB habe der Eimsbüttler „Bezirksfraktion“ der Bunte Liste Hamburg Unterschlagung und Veruntreuung von Geldern vorgeworfen. Der KB habe mit Denunziationen die Mitglieder der „Bezirksfraktion“ an den Rand des Berufsverbots gebracht. So war es auf der BuLi - MV seitens der „Bezirksfraktion“ und der ZL - Gruppe unentwegt zu hören. Da diese Kritik teilweise auch von anderen politischen Kräften geteilt wird, sind einige Klarstellungen notwendig.

## Die Sache mit dem Geld

Von der „Parlamentsfraktion“ Eimsbüttel war in den letzten Wochen viel zu hören, wenn es um das Unterschreiben von Stellungnahmen gegen den KB geht. Weithin dürfte aber, zumindest außerhalb Hamburgs, unklar sein, was dieser Begriff „Parlamentsfraktion“ bedeutet. Konkret besteht diese 1. aus den zwei 1978 gewählten Abgeordneten, 2. aus 9 Mitgliedern von Ausschüssen des Bezirksparlamentes (nicht direkt gewählt, sondern kooperiert) und 3. aus einem sogenannten „Fraktionssekretär“, der die Berge von Papieren unter Kontrolle zu halten hat (gleichfalls nicht direkt gewählt). Wenn in den letzten Wochen die Rede von der „Parlamentsfraktion“ war, so standen konkret hinter diesen Erklärungen die 2 Abgeordneten, der „Fraktionssekretär“ und 6 der Ausschußmitglieder - also die Mehrheit, aber nicht die „Fraktion“. Die drei anderen Ausschußmitglieder haben keine dieser Stellungnahmen mitgetragen.

Die Parlamentsarbeit wird vom Staat mit Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgeldern, Pauschalstützen für die Fraktionen u. a. subventioniert - derzeit mit über 4000 Mark monatlich für die BuLi - „Parlamentsfraktion“. Den alternativen Prinzipien der BuLi entsprechend war von Anfang an klar, daß diese Gelder der BuLi zugute kommen sollten. Es wurde ein Konto angelegt, auf das diese Gelder regelmäßig eingezahlt wurden.

Über dieses Konto, das auf den Namen von einem oder zwei Mitgliedern der derzeitigen Mehrheit der „Parlamentsfraktion“ läuft, wurde am 13.8.79 ein Kassenbericht vorgelegt - wir irrten also, als wir im letzten AK schrieben, es gäbe über dieses Konto überhaupt keine Rechenschaft.

Dem damaligen Bericht zufolge beliefen sich die Einnahmen bis Ende

Dem damaligen Bericht zufolge beliefen sich die Einnahmen bis Ende Juni 79 auf 28.200 DM. Auf der anderen Seite standen Ausgaben in Höhe von 9.300 DM sowie eine Überweisung an das zentrale BuLi - Konto in Höhe von 2.600 DM, so daß der damalige Kontostand mit 16.300 DM ausgewiesen wurde. Die Ausgaben von 9.300 Mark bestanden im wesentlichen aus Büro- und Druckkosten. Lediglich ein Betrag von 300 DM (für die Betreiber der Petri-Kirche) ist als Spende an die „Basis“ ausgewiesen. Von dem Versprechen, das Geld des „Fraktions“-Kontos solle der „direkten Unterstützung der Arbeit der Initiativen“ dienen (laut Kassenbericht vom 13.8.79) war also zu diesem Zeitpunkt noch nicht viel realisiert.

Der Kassenbericht gibt ferner an, daß die monatlichen Einnahmen seit

Juni 79 bei 4.475 DM liegen. Mit der Zahl der seit Ende Juni verstrichenen Monate (8) multipliziert, ergeben sich Einnahmen von 35.800 DM. Mit dem alten Kontostand (16.300) zusammen wären das 52.100 DM.

Die „Parlamentsfraktion“ (Mehrheit) selbst hat auf der BuLi - MV am 1./2.3.80 erklärt, daß derzeit ca. 25.000 DM auf ihrem Konto seien. Das bedeutet auf jeden Fall, daß die Ausgaben in den letzten 8 Monaten mehr als doppelt so hoch waren als im Berichtsjahr 1978/79. Die „Parlamentsfraktion“ (Mehrheit) gibt dazu - ohne konkrete Summen - an, eine große Zahl von Basis-Initiativen und Basis-Aktivitäten finanziell unterstützt zu haben. Eine genaue Rechnungslegung darüber ist angekündigt. Dem soll hier nicht vorgelassen werden. Zugleich geht aus der Stellungnahme der „Parlamentsfraktion“ (Mehrheit) vom 1./2.3. auch hervor, daß die Eigenausgaben der „Parlamentsfraktion“ gegenüber dem Berichtsjahr 1978/79 erheblich angestiegen sind: Die beiden Abgeordneten erhalten zur finanziellen Unterstützung monatlich 300 DM aus der Kasse; der „Fraktionssekretär“ bekam bisher 500 DM und soll zukünftig 900 DM monatlich aus der „Fraktions“-Kasse erhalten. Außerdem soll zusätzlich noch ein zweiter „Fraktionssekretär“ („mit Tarifgehalt“) eingestellt werden.

Nun zu den „Vorwürfen“ im AK 172. Die „Parlamentsfraktion“ (Mehrheit) behauptet ihr seien dort Veruntreuung und Unterschlagung von Geldern vorgeworfen worden. In Wirklichkeit kommen beide Worte im AK 172 überhaupt nicht vor, denn das Problem liegt tatsächlich etwas komplizierter. Zum einen wäre es selbstverständlich licherlich, den Mitgliedern der „Fraktion“ irgendeine persönliche Bereicherung an dem Konto zu unterstellen. Ebenfalls ist auch zu vermuten, daß Gelder von dem Konto beispielsweise „zweckentfremdet“ werden könnten, um etwa die Druckausgaben der ZL - Gruppe zu finanzieren.

Um zu veranschaulichen, worum es in Wirklichkeit geht, sei an den Anlaß des Artikels in AK 172 erinnert: Die ZL - Gruppe plant an der BuLi - Basis vor bei ein „grün-buntes Volksfest“ am 1. Mai (während es im letzten Jahr ein Volksfest der BuLi gab). Die ZL - Gruppe bringt zu diesem Zweck bereits Aktivitäten in den Bezirksverbänden der Hamburger Grünen in Gang. In dieser konkreten

Bezirksverbänden der Hamburger Grünen in Gang. In dieser konkreten Situation, vor Diskussion des Problems in der BuLi, betrifft die „Parlamentsfraktion“ (Mehrheit) die Szene, um mit ihrem Konto zu winken. Argumentation: Die Vorkosten, Kautions u. a. des Volksfestes seien für die BuLi allein doch sowieso viel zu hoch. Also müßten schon aus finanziellen Gründen die „Parlamentsfraktion“ und die „Grünen“ gemeinsam mit dem BuLi - Vorstand (Grüne/Mehrheit) drittelparitätisch das Volksfest am 1. Mai tragen. Also, nicht anders können wir das interpretieren, politische Einflußnahme im Sinne eines bestimmten Konzeptions mit Hilfe des „Fraktions“-Kontos.

Zum besseren Verständnis der Streitfrage ist zu sagen, daß es in Hamburg eine jahrelange Tradition eindeutiger linker Volksfeste am 1. Mai gibt -

zunächst mit dem KB als Zentrum, dann von der BuLi. Es geht der ZL - Gruppe und niemand anders hat die Idee des „grün-bunten“ Volksfestes produziert - also darum, eine jahrelange Tradition der Hamburger Linken zu in Wahlakt für die „Grünen“ einzuschleichen. Diese Taktik an der BuLi - Basis vor bei funktioniert nur deshalb, weil die „grüne“ Mehrheit des BuLi - Vorstands schon den Mietvertrag für die Festräume in der Tasche hat. Ausgehend wurde dieser Mietvertrag allerdings im Auftrag der Gesamt-BuLi!

Seit der Zuspitzung der Konflikte in der BuLi und im KB (zwischen beiden besteht ein offenkundiger Zusammenhang) ist die „Parlamentsfraktion“ (Mehrheit) mehrfach mit polemischen Erklärungen und Vorwürfen hervorgetreten, die mit der Parlamentsarbeit absolut nichts zu tun haben. Das heißt, die „Parlamentsfraktion“ wird dazu mißbraucht, Stellungnahmen aus einer bestimmten Richtung der BuLi Glanz zu verleihen, ohne für diese Stellungnahmen über irgendein Mandat zu verfügen. In der Streitfrage um den 1. Mai ist nun erstmals auch mit Hilfe des „Fraktions“-Kontos einseitig eingegriffen worden, um bestimmte Vorstellungen „durchzusetzen“.

Die „Parlamentsfraktion“ (Mehrheit) hat in ihrer Stellungnahme vom 1./2.3. angekündigt, daß die Gelder von „Fraktions“-Konto „höchst in Eimsbüttel bleiben“ würden. Damit werden Forderungen von verschiedenen Seiten zurückgewiesen, die „Fraktions“-Gelder der BuLi insgesamt zur Verfügung zu stellen.

Über die „Fraktions“-Gelder entscheidet (derselben Stellungnahme zufolge) die „Fraktion“ (d.h. selbstverständlich die „grüne“ Mehrheit) „zusammen mit allen Eimsbüttler Bli“. Das klingt immerhin akzeptabel, hat aber doch einen ziemlichlichen Pferdefuß. Zum einen waren bisher die Eimsbüttler Bli recht wenig in die Entscheidung über die Verwendung der „Fraktions“-Gelder einbezogen. Und zweitens hat die „Parlamentsfraktion“ (Mehrheit) schon vor einigen Wochen deutlich gemacht, daß sie gar nicht bereit wäre, Beschlüsse einer nicht genehmigten Mehrheit in der BuLi oder Teilen der BuLi zu akzeptieren. Gerade der von der „Parlamentsfraktion“ (Mehrheit) organisierte Auszug einer Minderheit aus der BuLi-MV vom 1./2.3. zeigt eindeutig, wie von dieser Seite jede

aus der BuLi-MV vom 1./2.3. zeigt eindeutig, wie von dieser Seite jede ihnen nicht genehme Mehrheit mißachtet wird.

Mit dem Anzuck der BuLi-Minderheiten unter Führung der „Parlamentsfraktion“ (Mehrheit) stellt sich nicht nur die Frage nach der zukünftigen Verwendung der „Fraktions“-Gelder, sondern zudem auch das zentrale BuLi-Konto. Wir verzichten auf Spekulationen, empfehlen aber, die weitere Entwicklung auch unter diesem Gesichtspunkt aufmerksam zu beobachten.

## Die Sache mit der Denunziation

Jeder Versuch, die Machtpolitik bestimmter linker Gruppen öffentlich zu analysieren und bloßzustellen, stößt zwangsläufig rasch auf das

Problem, daß man vieles nicht öffentlich sagen kann, was man in diesem Zusammenhang eigentlich sagen müßte. Soll heißen, der Linke, der mit stinkbürgerlicher Machtpolitik operiert, ist gleichzeitig verletzbar als Linke, soll insofern den Herrschenden nicht denunziert werden. Dies gilt letzten Endes auch gegenüber einer Gruppe wie der ZL, die das Verhökern von „KB-Internas“ geradezu als Teil ihrer Strategie betreibt. Insofern haben wir uns, was konkrete öffentliche Analysen der tatsächlich haarsträubenden Machtpolitik der ZL-Gruppe angeht, bisher weitgehend zurückhaltend aufgelegt. Diese Zurückhaltung hat allerdings einen in der Tat peinlichen Fehlgriß im AK 172 nicht verhindert: Dort hieß es, das Konto der Eimsbüttler „Parlamentsfraktion“ laufe „auf den Namen der ZL“. Diese total mißglückte Formulierung legt die Schlussfolgerung nahe, der Konto-Inhaber sei Mitglied der ZL-Gruppe. Derartiges öffentlich zu behaupten kann - unabhängig vom Wahrheitsgehalt im Einzelfall - generell nicht unser Interesse sein, da wir namentlich Denunziation in jedem Fall ablehnen. Ausgesagt werden sollte, daß das Konto faktisch in der Verfügung der ZL-Gruppe - als dominierende Strömung der „Fraktions“-Mehrheit - ist.

Abgesehen von diesem tatsächlichen Fehler ist festzuhalten, daß im AK keineswegs „die Fraktion“ oder die Gesamtheit der Mehrheitsmitglieder als Mitglieder der ZL-Gruppe denunziert wurde. Die Rede war lediglich davon (übrigens nicht erst im AK 172), daß die „Parlamentsfraktion“ (Mehrheit) von der ZL dominiert werde. Das ist erstens wahr, zweitens in der BuLi allgemein bekannt und drittens keine konkrete Gefährdung für irgendein Mandat. Wir halten daher solche Feststellungen weiterhin für zulässig.

Die Absicht der ZL-Gruppe läuft dazu selbstverständlich kontrovers. Ihr geht es darum, ihre Machtpolitik im konkreten zu tabuisieren. Wer künftig noch die Machtpolitik der ZL-Gruppe in bestimmten Gremien beim Namen nennt, ist Denunziant. So einfach kann das Leben sein!

Die ZL-Gruppe benutzt sämtliche von ihr besetzten Funktionen dazu,

um einseitige Erklärungen in ihrem Sinne abzugeben, bestimmte politische Projekte voranzutreiben usw. Die betreffenden ZLer erscheinen jeweils nur in ihren Funktionen bei der BuLi oder/und den „Grünen“. Damit wird eine Repräsentanz solcher Stellungnahmen vorgetäuscht, die real meist nicht besteht. Der ZL-Gruppe geht es darum, solche Stellungnahmen als „Stimmen von der Basis“ auszugeben - was mit gütiger Hilfe von „TAZ“ und „NEUE“ oft sogar mit Erfolg gelingt, speziell bei Polemiken gegen den KB.

Die ZL-Gruppe betreibt diese Machtpolitik nicht nur in der BuLi, sondern ebenso, teilweise sogar noch haarsträubender, in den Hamburger Bezirksverbänden und Gremien der „Grünen“. Da erklärtermaßen keine Personen denunziert werden sollen, können wir auf viele teilweise echt witzige Einzelheiten in diesem Zusammenhang nicht eingehen. In mehreren Hamburger Bezirksverbänden hat das Vorgehen der ZL-Gruppe bereits zu Konflikten geführt.

Vor diesem Hintergrund ist nur zu verständlich, warum die ZL-Gruppe dem ARBEITERKAMPF ein Schreibverbot über ihre Machtpolitik erteilen möchte.

Viele Teilnehmer der BuLi-MV am 1./2.3. ließen sich beeindruckt von den Auftritten verschiedener Mitglieder der „Parlamentsfraktion“ (Mehrheit), die sich - z.T. offensichtlich wirklich persönlich betroffen - über ihre angebliche Denunziation durch den KB empörten; jetzt drohe ihnen Berufsverbot, Vernichtung ihrer Existenz usw.

Daß bei diesen Auftritten aber auch eine kräftige Portion Scheinheiligkeit und Heuchelei im Spiel war, sollte nicht übersehen werden: Denn genau zur gleichen Zeit wird der Mitglieder-Rundbrief der Hamburger Grünen (Februar-Ausgabe) verteilt. In diesem Rundbrief steht eine Stellungnahme der „Parlamentsfraktion“ (Mehrheit). In der Stellungnahme wird polemisiert gegen die Hamburger „Initiative gegen Rechts - Stoppt Strauß“. Bei dieser Initiative handelt es sich im wesentlichen um einen Zusammenschluß von Personen aus dem Umfeld der DKP. Die Ähnlichkeit mit der ZL-Internen Sprachregelung für diese Initiative

## Noch ne Gegendarstellung!

Erst nach Redaktionsschluß erreichte uns eine Gegendarstellung mit den Unterschriften der Eimsbüttler Bezirksabgeordneten I.K. und C.K. Von ihrem Rechtsanwalt wird im Vorspann schweres Geschütz aufgeführt: „Im Weigerungsfalle“ wollen man uns „unverzüglich gerichtlich in Anspruch nehmen“.

U.a. legt die Gegendarstellung Wert auf die Feststellung, daß weder I.K. noch C.K. Mitglied der ZL-Gruppe seien. Das war zwar von uns auch gar nicht behauptet worden, aber wir nehmen diese Gegendarstellung trotzdem mit Verständnis zur Kenntnis.

Interessant ist hingegen folgender

Fassus aus der Gegendarstellung. In dem es um die Finanzen der „Bezirksfraktion“ geht: „Die Bezüge der Abgeordneten sind persönlich e x h a u s t e t“ (Hervorhebungen von uns). „Gleichwohl“ (netterweise und ohne verbindlichen Anspruch, müßte man wohl ergänzen?) würden „die auf Grund sparsamen Wirtschaftens nicht verbrauchten Gelder“ auch für die Arbeit von Initiativen u. a. „zur Verfügung gestellt“. Über den Begriff des „sparsamen Wirtschaftens“ wird man in diesem Fall wohl geteilter Meinung bleiben müssen. Ist es wirklich so unbefindlich sparsam, wenn die Bezirksfraktion einer alternativen (!) Liste einen eigenen „Sekretär“ beschäftigt und die Einleitung eines zweiten schon angekündigt hat? Nebenbei gesagt: Im Kassenbericht der Bezirksfraktion vom 13.8.79 war noch selbstkritisch festgestellt worden, man sei „nicht geizig genug“.

## Fundsache

„Es soll eine generelle Regelung erreicht werden, die Parlaments-Einnahmen auf das zentrale und das Eimsbüttler Konto aufzuteilen. Die Eimsbüttler sollen selbst einen Verteilungsschlüssel dafür vorschlagen, der mit uns abgesprochen wird (klärt M.).“

Dieses Zitat stammt aus dem Beschlüßprotokoll der BUNTE LISTE-Vorstandssitzung vom 10.10.78. Diese „Aufteilung“ hat bis heute nicht stattgefunden.

## Eine mißglückte »Richtigstellung«

Der „Koordinationsausschuß der GRÜNEN-Bezirksverbände Hamburg“ hat uns einen Brief geschickt, den er selbst irreführend als „Richtigstellung“ bezeichnet. Der rotzihlmische Ton dieses Briefes dürfte darauf zurückzuführen sein, daß der Text wesentlich von Ingo B., dem Presseverantwortlichen der ZL-Gruppe, Mitglied des „Koordinationsausschusses“, mitformuliert worden ist. Hier der Brief im Wortlaut.

### Der Brief im Wortlaut

Werte Freunde, in eurer Zeitung „Arbeiterkampf“ Nr. 172 habt ihr auf der Seite 6 unter der Überschrift „ZL-Machtpoker in der Bunte Liste“, in dem es um das 1. Mai-Fest in den Memmellen geht, einen Artikel abgedruckt, der unter anderem auch Aussagen zu den „GRÜNEN“ - Hamburg trifft. So meint ihr zu wissen, daß „noch nicht einmal festgestellt, ob die Grünen sich überhaupt an der Gestaltung und vor allem Finanzierung eines solchen Festes beteiligen wollen“.

Teilt bitte eurer Leserschaft mit, daß bereits mehrere Bezirksverbände „DER GRÜNEN“ sich für dieses Mai-Fest, zusammen gestaltet mit der BUNTE LISTE, ausgesprochen haben, daß desweiteren der Koordinationsausschuß der Hamburger Be-

zirksverbände eine entsprechende Vorfinanzierung zugesichert hat.

Das ihr die „GRÜNEN“ nicht mögt und sie bekämpfen wollt, ist euer Problem. Das ihr euch dabei allerdings an Tatsachen haltet, dafür werden wir, notfalls über Richtigstellungen, schon sorgen. Das ausgerechnet der „Arbeiterkampf“ von den in Hamburg erscheinenden Zeitungen den Auftakt für Richtigstellungen unsererseits bietet, hatten wir nicht gedacht. Schade!

### Koordinationsausschuß

### Kommentar

Der AK, auf den hier Bezug genommen wird, erschien am 25.2. Zu diesem Zeitpunkt war in der Tat noch nicht klar, ob und wie (finanziell) sich Hamburgs „Grüne“ an einem 1. Mai-Volksfest beteiligen wollten. Dies wurde auch ausdrücklich von der „grünen“ Vorstandsmehrheit der BuLi auf einer Veranstaltung am 21.2. so dargestellt.

W A N N der „Koordinationsausschuß“ der „Grünen“ den Beschluß über Mitgestaltung und Mitfinanzierung des 1. Mai-Volksfestes gefaßt hat, wissen wir nicht. Greifbare Tatsache ist lediglich, daß mit Datum vom 28.2. in einem

Informationsblatt des „GRÜNEN“-Kreisverbandes Hamburg Mitte (Unterschrieben von Ingo B., Mitglied des Kreisvorstandes in H.-Mitte) unseres Wissens e r s t m a l s grün-intern ein solcher Beschluß des „Koordinationsausschusses“ erwähnt wurde. Also mehrere Tage n a c h Erscheinen des AK. Daß der AK am 25.2. von dem öffentlich bekannten Sachverhalt ausging, bietet also wirklich keinen Anlaß zu rotzihlen Bemerkungen.

Eine Bemerkung noch zu dem „Koordinationsausschuß“ (KA). Dieses Gremium wurde am 30.1. ins Leben gerufen. Im KA sitzen jeweils 2 Vertreter der Hamburger Bezirksverbände (insgesamt gibt es in Hamburg 7 Bezirksverbände der Grünen). Was exakt die Aufgaben und Kompetenzen dieses Gremiums sind, ist m a t r i x e m. Während beispielsweise die ZL-Gruppe darauf drängt, dieses Gremium mit sehr weitreichenden Vollmachten auszustatten (praktisch an Stelle eines für Hamburg noch nicht existierenden Landesvorstandes), boykottiert der Bezirk Wandsbek, dem solche Kompetenzen zu weit gehen, faktisch den KA. Die Wandsbeker Vertreter nahmen auch (laut Info H.-Mitte vom 28.2.) an der KA-Sitzung, die die Mitgestaltung und Mitfinanzierung des 1. Mai-Volksfestes beschloß, nicht teil.



(... verschiedene Unter- und Tarnorganisationen der DKP") ist übrigens selbstverständlich rein zufällig. Nur zur Klarstellung: Bei dem Personenkreis der Initiative handelt es sich, wie öffentlich genau nachzulesen ist, um Vertreter von DGB-Jugend, DAG-Jugend, Jusos, Falken, Jugenddemokraten, Schülerkammer, Landesankerkonferenz, Sportjugend u.a. - inwischen haben auch mehrere Bürgerrechtsabgeordnete der SPD sich angeschlossen. Die DKP ist selbst in dieser Initiative gar nicht direkt, sondern nur über die SDAJ vertreten.

Da muß doch der wohlgesonnene Beobachter zu der Schlussfolgerung kommen, daß die „Parlament-Fraktion“ (Mehrheit) mit ihrer Diffamierung der Initiative genau das Gegenteil hat, was sie dem KB vorwirft?

Damit entlarvt sich die von der „Parlament-Fraktion“ (Mehrheit) provozierte Spaltung der Hamburger BuLi als eine ebenso kühl berechnete wie schamlose Inzenerkung.

## Reinfall!

Erwan großspurig hatte die Minderheitsgruppe der BuLi für den Nachmittags des 9.3. zu einer „BuLi-Vollversammlung“ eingeladen. Erschienen waren im Laufe des Nachmittags maximal 70 Personen, von denen 15 Beobachter aus Bie und des KB waren, die die Versammlung nach einer kurzen Erklärung und Diskussion vorzeitig verließen. Die Basisinitiativen waren auf diesem Treffen aussonsten kaum vertreten. Sie bereiteten sich z.Zt. auf ein Arbeitswochenende (am 14./15. März in der Hamburger ESC) vor - was den Initiatoren dieser ominösen „BuLi-VV“ auch bestens bekannt war. Zurecht wurde deshalb das selbstherrliche Ansetzen dieser Versammlung als Brückierung der Basisinitiativen und auch als Fortsetzung des Spaltungskurses gewertet.

Einen interessanten Beitrag zur Praktizierung des Konsensprinzips lieferte ein Vertreter der AL-Westberlin, der zuvor in einem offenen Brief seine Bestürzung über die Spaltung der BuLi geäußert hatte. Gleichzeitig erklärte er, sich nicht zum Schiedsrichter der BuLi-Situation zu machen und ebenfalls das Initiativentreffen am 14.3. aufzusuchen. Er bot der BuLi eine Vermittlung bei Einigungsbestrebungen an.

Sind Denunziationen mit der Mitgliedschaft bei den Grünen „vereinbar“?

Sind Denunziationen mit der Mitgliedschaft bei den Grünen „vereinbar“?

„Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant“, schreibt die Parlamentsfraktion (Mehrheit) der BuLi in ihrer Erklärung „Amoklauf des KB stoppen“. Über die Zweifelhaftheit ihres Denunzationsvorwurfs haben wir schon an anderer Stelle geschrieben. Noch zweifelhafter wird er allerdings im Lichte der von denjenigen betriebenen Praxis, die ihn erheben. Da werden sieben Mitglieder des BuLi-Vorstands bzw. der Parlamentsfraktion-Minderheit kurzerhand zu Leuten erklärt, die zum wiederholten Male „eine bestimmte KB-Kampagne BuLi intern ergötzt“ auftreten. Ein Ausschlußmitglied, das in einer persönlichen Erklärung schreibt, er „befürchte, daß ich im nächsten Arbeiterkampf auf diese Erklärung hin fertig gemacht werde“, ist in seiner Erklärung nicht zimperlich, ein Vorstandsmittglied der BuLi namentlich als KBler zu bezeichnen.

Tatsächlich heuchlerisch wird der dramatisch hochgeputzte Denunzationsvorwurf allerdings vor folgendem Hintergrund: Im Dezember 1979 haben drei führende Mitglieder der Hamburger GLU (gleichzeitig Mitglieder der Grünen) eine namentlich aufgeführte Liste der Hamburger BuLi-Delegierten für den Karlsruher Grünen-Parteitag an den Landesvorstand geschickt. Hinter zehn der 30 Namen vermerkten diese Grünen, daß die Betroffenen Mitglieder des KB seien. Darunter waren drei Mitglieder der Emsbüttler Parlamentsfraktion der BuLi. Über diese namentliche Denunziation, die verbunden war mit der Aufforderung, diese Delegierten wegen „K-Gruppen“-Mitgliedschaft nicht anzuerkennen, empörten sich die davon Betroffenen kaum. Und während eine Zusammenarbeit mit dem KB heute als „unvereinbar“ deklariert wird, haben dieselben Leute überhaupt nicht daran gedacht, diese Denunziation in der Grünen Partei zum Anlaß einer Spaltung oder auch nur einer scharfen Auseinandersetzung zu machen.

## Interview mit Herrmann Schulz, Köln (Mitglied im NRW-Landesvorstand der Grünen)

Frage: NRW galt bisher als „linker Bollwerk“ bei den GRÜNEN. Der NRW-Landesverband hatte eine weitgehende Autonomie; die Mitarbeit von Kommunisten sollte die Kreisverbände autonom entscheiden; die Landesparteiorganisation war für alle Interessierten und „Gründungswilligen“ offen. Dieser Zustand der Landespartei ist nun am 23.2.80 auf einer NRW-Mitgliederversammlung gekippt worden. Mit 285:182 wurden die UVBs der Bundessetzung übernommen. Ab 1.5.80 sollen sie zum Tragen kommen.

Wie siehst du die Entwicklung der GRÜNEN, angesichts der der offiziellen NRW-Landesparteiorganisation im Dezember in Hesel über Karlsruhe bis hin zu Wesel?

H. Schulz: Persönlich bin ich sehr enttäuscht, daß mit so einer kleinen Mehrheit - die 285 Stimmen machen gerade 10% der Mitgliedschaft in NRW aus - eine Entwicklung in NRW beendet ist, die seit Hesel zu einiger Hoffnung Anlaß gegeben hat.

Wir waren erstaunt über die 100 Stimmen Differenz. Stimmen, die in Hesel zu einem passablen Landesverband mit beigetragen hatten, und die nun nicht mehr da waren.

Außerdem hatten wir die Erwartung - gerade weil wir eine Mitgliederversammlung gemacht hatten - daß diese Versammlung eine gewisse „Kundgebung“ über die wirklichen Verhältnisse in NRW sein wird.

Wir hatten mit 2.000 Teilnehmern gerechnet. Wenn von denen 1.500 auf dem Boden der in Hesel beschlossenen Satzung gestanden hätten, dann hätten selbst 500 konservative Stimmen nur ein Viertel ausgemacht, und es wäre klar geworden: hier in NRW läuft es nicht so wie in anderen Bundesländern.

Nun muß man die Entwicklung bei den GRÜNEN zurückverfolgen und fragen, wieso so wenige Leute in Wesel waren.

Da möchte ich eigentlich sagen, daß Enttäuschung und Frustration bei vielen Interessierten und Engagierten schon nach Karlsruhe eingesetzt hat. Verstärkt wurde das noch durch die Ereignisse in NRW, wie z.B. durch die „Spielchen“ und das Machtgerangel derjenigen, die in Hesel nicht zum Zug gekommen sind.

Weiter muß man sehen: der Versuch des kommunistischen Bundesvorstands, Druck auf den NRW-Landesvorstand auszuüben; die Tendenzen, mit den Diskussionen über Urabstimmungen Unsicherheit zu schaffen; die stattgefundenen Geheimtreffen;

Weiter muß man sehen: der Versuch des kommunistischen Bundesvorstands, Druck auf den NRW-Landesvorstand auszuüben; die Tendenzen, mit den Diskussionen über Urabstimmungen Unsicherheit zu schaffen; die stattgefundenen Geheimtreffen; das Verschicken verschiedener Rundbriefe und massive Erpressungsversuche unter dem Vorwand, wir machten keinen Landtagswahlkampf etc. pp.

In diesem Klima von Mißtrauen sind viele in eine abwartende Haltung gedrängt worden. Und vielleicht hat auch der Landesvorstand insgesamt eine gewisse Schuld, weil er dem nicht offensiv genug entgegengetreten ist.

Er verstand sich als Organ, das nicht in die Entscheidungen der Basis eingreifen will, war dann aber genötigt, durch die Politik der Machenschaften Farbe zu bekennen. Deswegen hoffte er, über eine große Mitgliederversammlung legitimiert zu werden, die in Hesel eingeschlagene politische Richtung weiter vertreten zu können.

Nun sind das die Entscheidungen der früheren Minderheit geworden, die der Landesvorstand nun vertreten muß. Das ist tragisch...

Frage: Du meinst also, daß die Entscheidung von Wesel bereits ein Ausdruck der Frustration über das Karlsruher Ergebnis bei einem großen Teil der „linken“ Grünen gewesen ist?

H. Schulz: Ja. Man muß einfach sagen, der Geist von Hesel war in Wesel nicht mehr sichtbar und war nicht da. Er ist irgendwo in Karlsruhe auf der Strecke geblieben, als die autonomen Delegierten nicht zur Gründung in den Saal durften. Der Kampfgeist und der Optimismus ist durch das ganze Gerangel in und nach Karlsruhe weggeblieben.

Frage: Vom Landesvorstand NRW die GRÜNEN ist bereits ein Mitglied nach der Übernahme der UVBs durch NRW zurückgetreten; wie werden sich die anderen verhalten und wie sieht der Landesvorstand die weitere Entwicklung?

H. Schulz: Das ist ein Kernproblem für den Landesvorstand. Ich gehöre zu denjenigen, die immer wieder darauf hingewiesen haben, daß wir - der LV - von einer Majorität in Her-

sel gewählt sind, und auf dem Boden der in Hesel beschlossenen Satzung stehen müssen. Alle Versuche, die zu der Frage der „Übergangsregelung“ unternommen worden sind, hätten eigentlich von dem Faktum ausgehen müssen, daß in Hesel eine Satzung bereits verabschiedet war. Das ist aber nicht selbstverständlich gewesen. Der Landesvorstand setzt sich zusammen aus Vertretern derjenigen Kräfte, die in Hesel zur Minderheit gezählt haben.

Personen, die also eigentlich mit der Regelung, wie sie mehrheitlich in Hesel beschlossen worden ist, nicht einverstanden waren, sich aber auf den Boden der Mehrheitsmeinung gestellt haben.

Nun war das in der Vergangenheit kein Problem. Wir haben arbeiten können. Nur nach Wesel ist die Legitimität des in Hesel gewählten Vorstandes eine in die Schwebe geratene Legitimität.

Man kann jetzt nicht mehr so ohne weiteres davon sprechen, daß der derzeitige Vorstand auch dem zuletzt in Wesel ausgedrückten Willen der Mitglieder entspricht. So sehen es einige UVB-Betreiber.

Nun kann man natürlich sagen, was wollt ihr denn, das sind ja gerade 10% der Mitglieder gewesen! Ich würde fast wünschen, es käme zu einer Art Urabstimmung oder zu einer ganz großen, mehr repräsentativen Bekundung der politischen Linie von NRW. Wir sitzen mit dem Vorstand derzeit in einem undefinierten Raum.

Und was die Rücktritte betrifft: Birgit Tersteegen aus Münster ist zurückgetreten. Es sind Vorstellungen bei einzelnen da, auch das Handtuch zu werfen, wenn die Entwicklung in der Form a la Wesel dichter wird, wenn man also Daumenschrauben spürt.

Und ich persönlich glaube nicht, daß das in Wesel schon alles war. Es wird also sicher bei der nächsten Versammlung das Taubenschließen beginnen. - Man wird den Vorstand wohl insgesamt zur Diskussion stellen.

Frage: Meinst du, daß es mit der Übernahme des UVB ab 1.5.80 in NRW auch zu einer rigiden Handhabung der Beschlüsse kommt?

H. Schulz: Ja - das wird ganz sicher kommen. Leider. Von denen, die in Wesel ganz große Töne gespuckt haben, werden im Einzelnen ganz sicher Denunziationen erfolgen. Davon gehe ich aus. Wir sind bisher von bestimmten Leuten denunziert worden - wir, die wir eigentlich gar keine Betroffenheiten hatten. Und ähnlich: „Vollher-Wesel ganz große Töne gespuckt haben, werden im Einzelnen ganz sicher Denunziationen erfolgen. Davon gehe ich aus. Wir sind bisher von bestimmten Leuten denunziert worden - wir, die wir eigentlich gar keine Betroffenheiten waren. Es sind alle möglichen Dinge behauptet worden. Warum sollte das plötzlich anders werden. Ich halte es für blauäugig, wenn man erwarten würde, daß Linke und Kommunisten von denen geschont werden, die massiv für eine Unvereinbarkeit eintreten, und die Weseler Beschlüsse durchgesetzt haben.“

Vom Landesvorstand und auf der Ebene der Kreisverbände erwarte ich ein solches Vorgehen eigentlich nicht. Anders, wie gesagt, liegt der Fall bei der Gruppe, denen die Zusammenarbeit mit Kommunisten in der Grünen Partei ein Dorn im Auge ist. Das muß man einfach sehen. Und es wird sicher noch eine ziemlich ungete Entwicklung geben.

Frage: Die GRÜNE PARTEI DEUTSCHLAND des Herrn Wegner hat sich gegründet unter der programmatischen Aussage, auf keinen Fall mit Kommunisten zusammenzugehen. Das ist zumindest ein Punkt, der mit dem UVB-Beschluß von Wesel übereinstimmt. Die Frage ist also, ob es in Zukunft wieder eine Zusammenarbeit mit der Wegner-Gruppe geben wird.

H. Schulz: Ich kann dazu wenig sagen. Politisch messe ich dem keine Bedeutung bei. Man kann aber sagen: Es sind zwar Bestrebungen vorhanden gewesen, daß die Wegner- und die Kohl-Gruppe zusammengehen. Die sind aber in sich auch noch zerstritten und es werden wohl noch so gerade 30 Leute sein.

Was zur Zeit allerdings nicht sichtbar ist, ist die Rolle, die die grüne Fraktion Mitte gespielt hat.

Da sind eine ganze Reihe von Leuten bei, die bis zur Wegner-Gruppe hin Kontakt halten und ob von daher - je nachdem wie das Programm in NRW oder auch bundesweit aussieht - ob von daher noch ein massiver Druck ausgeht für Fusionsbestrebungen, das kann ich im Augenblick nicht einschätzen. Tatsache ist auch, daß sich die Vorparteien GLU und GAZ noch immer nicht auflösen wollen. Die AUD wollte es, zögert

jetzt, weil die anderen nicht wollen. Und bis Wesel war die massive Drohung da: „Wir machen eine Gegenpartei aus diesen Kumpiparteien.“

Deshalb sind die Leute bisher auch noch nicht ausgetreten und man kann auch nicht davon ausgehen, daß sie bis zum 30.4. - dem Stichtag der Inkraftsetzung der UVBs - aufgelöst sein werden.

Auch die Funktionäre, die bisher dort das Sagen hatten, behalten noch immer ihre Mitgliedschaft, weil sie das Heft nicht anderen überlassen wollen und weiter Einfluß in der Art ihrer bisherigen Politik ausüben wollen. Wir werden also Doppelmemberschaft über die Landtagswahl hinaus von diesen Kräften haben. Davon gehe ich aus.

Frage: Wie siehst du die weitere Zusammenarbeit derjenigen, die für eine offene Zusammenarbeit mit Linken, Linken und Kommunisten in den Grünen eingetreten sind - speziell in NRW? Für einen Teil von ihnen gibt es nach Wesel am 30.4. ein „Aus“. - Was wird im Zukunft auf Kreisebene gemacht? Immerhin ist das die letzte Parteiebene, die noch entscheiden muß, ob sie die UVBs auch übernehmen werden, und auf dieser Ebene arbeiten eine Reihe von organisierten Kommunisten bei den Grünen mit.

H. Schulz: Wir haben hier im Kreisverband Köln z.B. vor ein paar Tagen beschlossen, daß wir uns mit den Kreisen - die bisher auch eine offene Regelung hatten - treffen wollen, um diese Frage zu besprechen. Ich möchte dem an sich nicht vorgreifen, könnte aber von mir her sagen: Ich erwarte hier in Köln überhaupt keine praktische Folgerung. Wir haben hier mit den Menschen in unserem Kreisverband gute Erfahrungen gemacht. Wir halten es für unvorstellbar, daß wir Leute hinauskomplimentieren oder sie zu Mitgliedern zweiter Klasse degradieren. Es ist im Augenblick nicht sichtbar, wie die Druckverhältnisse sein werden. Wir haben derzeit auch einen Zulauf aus konservativen Bereichen; wir müssen Mitglieder werben und wissen natürlich nicht, wo die politisch stehen.

Bisher ist das „offene“ Spektrum sehr gut vertreten - ich sage offen und nicht links, auch wenn wir angesichts der Lage bei den GRÜNEN durchaus ein linker Kreisverband sind. Konservative Kräfte sind da und die möchten wir auch halten. Was uns aber auszeichnet, ist die Offenheit zueinander und die wollen wir auch behalten. Nur so wird es hier weiterhin möglich sein, zu arbeiten.

Frage: Die Wahlen in NRW werden als Vorentscheidung für die Bundestagswahlen betrachtet. Für NRW Wahlberechtigungen insbesondere gilt es, das Verhältnis zur Arbeiterbewegung zu definieren. Dabei dürfte es auch eine besondere Rolle spielen, daß Strauß kandidiert.

Was meinst du, wie unter diesen Bedingungen die GRÜNEN dastehen?

H. Schulz: Klar ist, daß jeder die NRW-Wahl als eine Art Schlüsselwahl für die Bundestagswahl sieht - nicht nur die GRÜNEN sehen das so, sondern alle Parteien. Für uns ist das die Probe, ob wir die Bundestagswahl auch nur annähernd packen können. Wenn wir hier mit 3% abscheiden würden, würden wir auch in der Bundestagswahl versagen. Und - das muß ich ganz ehrlich sagen - ich bin nicht bereit, hier irgendwelche Prognosen abzugeben, wie die Sache ausgehen wird, weil ich nicht sehe, welches Programm wir haben werden.

Nachdem wir jetzt Beschlüsse haben, die uns neue Fakten beschert haben, wird auch das Programm vor-

ausichtlich etwas anders aussehen. Und wenn das Programm anders aussehen wird, wird auch der Wahlkampf etwas anders aussehen; und es wird vor allen Dingen das Wahlerpotential anders aussehen.

Ich hab dort, wo ich Gelegenheit dazu hatte, gegenüber den Linken geäußert: Worauf wartet ihr noch? Wartet ihr auf irgendwas Wunderbares, was nicht da ist oder wartet ihr auf die reale Chance, hier etwas zu verändern? Dann macht in irgendeiner Form mit oder gebt denen, die es versuchen, einmal wenigstens die Stimme.

Nun ist man aber in eine gewisse Schwierigkeit hineingekommen: das, was bisher als Vorbehalt seitens der Linken dagewesen ist, ist nun noch nach der Übernahme der UVBs in NRW verstärkt worden.

Jetzt fragt man natürlich: Wie wird der Wahlkampf aussehen? Wird man auf das „rechte“ Potential - oder um es genauer zu definieren: das „linke“ konservative Potential - abheben? Vermutlich. Im Augenblick wird man wohl eher das linke CDU-Umfeld anvisieren als die linken Teile der SPD. Das wird bestimmt auch schon bei der Landtagswahl in NRW der Fall sein.

Wir haben in NRW z.B. ein Plakatkonzept, das von der Grundposition her nicht geeignet ist (die Honigplakate), von der SPD jemanden abzuwerben. Wir haben noch zwei weitere Vorschläge vorliegen, von denen vielleicht einer tragbar ist im Ruhrgebiet. Ein anderer - eher witzig gehalten - mag im studentischen Bereich einige Stimmen bringen. Mit dem, was bisher vorweisbar ist, wird es schwer sein, Arbeiter anzusprechen. - Wir haben aber wichtige Wahlerpotentiale: den großen Bereich der Alternativen und Buntten Listen usw. Ich würde sagen, das wären für die GRÜNE Partei mindestens 2-3 % die entweder kommen oder nicht kommen.

Wir haben ferner den Grundstock der Europawähler mit etwa 3%. Das zusammen wären schon 5%. Und wir haben nun noch 2-4% in dem Bereich, wo jetzt speziell angesetzt wird, nämlich im „linken“ Bürgerblock.

Diese beiden großen Blöcke: alternative/bunte Kräfte und Bürgerblock schließen sich aber gegeneinander aus. Man kann nicht beide gleichzeitig mit denselben Argumenten gewinnen. Das ist die besondere Schwierigkeit. Die Strategie, die darauf abzielt, in die Bürgerinitiativen arbeitenden Menschen anzusprechen, ist nicht unbedingt dieselbe, die Frustration oder Lebensgefühl bei Wählern anspricht. Das sind schon andere Strategien. Und von daher ist von Anfang an eine gewisse Schizophrenie in der ganzen Sache. Diese Schizophrenie ist sehr, sehr schwer zu überwinden.

Frage: Welche Bedeutung mißt du dem Wahlergebnis von Baden-Württemberg zu, wo die GRÜNEN unter Federführung von Hesseckler einen Wahlkampf nach dem Bremer Modell durchführen?

H. Schulz: Wenn er über 5% kriegt, hat er eine gute Presse. Diese Presse wird von Leuten ausgeschaltet werden, die Lösungen wie die von Hesel nicht wollen. Es würden Tendenzen verstärkt werden, die wir seit Wesel in NRW auch spüren. Das würde auf der einen Seite einen von der Presse begleiteten „leichteren“ Wahlkampf auch für die NRW Landtagswahlen bedeuten, aber auch eine Vorstrukturierung in seine (Hesseckler, Red.) Richtung.

Andererseits ist es, wenn die nur 4,8% oder 4,5% machen. Dann wird man fragen müssen, woran das gelegen hat - nicht auch am schlechten Wahlkampf, um dies Argument schon mal vorwegzunehmen.

Entscheidend ist aber, daß es dann in NRW wieder interessant wird. Man muß schon sagen: Wenn Hesseckler es nicht packt, haben wir keine Veranlassung, seine Wahlkampfpolitik nachzumachen.

Die Sache ist wohl ziemlich heiß - aber auch ziemlich klar. AK: Wir danken für das Gespräch.

### NRW: „Bäumchen wechsel Dich“

Nach diesem Motto tauschen gegenwärtig bei den Grünen in NRW die Rechten und Linken die Mehrheiten aus. Nachdem noch am 23.2. auf einer Landesmitgliederversammlung die Angleichung an die Bundessetzung beschlossen worden war, setzten sich jetzt wieder die Linken durch. Auf einer Landesdelegiertenversammlung (300 Delegierte bei einem Schwellen von 1:10) wurde das Programm diskutiert. Hervorstechende Merkmale der bisher verabschiedeten Teile sind: 1. Die Grünen sollen innerhalb der Partei und bei der Aufstellung des Fraktionsprogramms weitgehende Autonomie erhalten; 2. Die Grünen NRW fordern die ersatzlose Streichung des § 211; 3. Es wurde ein fortschrittlicher Betriebs- und Gewerkschaftsteil verabschiedet.

Zweiter Tagesordnungspunkt war die Kandidatenaufstellung für die kommende Landtagswahl. Auf Platz eins wurde Bodo Meier (Kalkar) gewählt; auf Platz zwei wurde die bunte Frauenkandidatin, Anne Neugebauer, gewählt. Platz drei erhielt der 1. Vorsitzende, Wilhelm Kasse. Platz vier nimmt die Betriebsrätin (Bayer-Leverkumen), Marianne Herten, ein. Die jetzt in den Programmfragen erregenden Positionen ändern allerdings nichts mehr daran, daß der Landesverband NRW sich der Bundesorganisation per Satzung angleicht. Auch haben diese Ergebnisse keine unmittelbare Auswirkung auf den Saarbrückener Programmkongreß. Zur weiteren Kennzeichnung muß noch gesagt werden, daß die Rechten diesmal auf offene Machtpolitik verzichteten.



**Frage:** Du hast Dich im Kommunalwahlkampf stark für die Bunte Liste Bielefeld engagiert und bist jetzt ihr Fraktionsgeschäftsführer. Von seiten der Bunte/Alternativen bestanden und bestehen ja starke Bedenken einer Mitarbeit bei den Grünen. Du bist trotz dieser Bedenken Mitglied geworden. Was hat Dich zu diesem Schritt bewogen? Welche Erwartungen hattest Du bezüglich der Durchsetzung fortschrittlicher Positionen bei den Grünen?

**M.W.:** Bewogen hat mich die Hoffnung, bei den Grünen Partei könnte so etwas wie ein linker Flügel entstehen. Diese Hoffnung hat sich bei genauerem Hinschauen und Mitmachen allerdings als illusorisch erwiesen, weil es dort keinen Ansatzpunkt für einen linken Flügel gibt.

**Frage:** Wie kommt es zu dieser Einschätzung? Wie ordnest Du in diesem Zusammenhang Karlsruhe ein, wo es ein Unvereinbarkeitsbeschluss (UVB) verabschiedet worden ist?

**M.W.:** Nach Karlsruhe ist man ja noch mit der Vorstellung hinfahren, es gebe einen linken Flügel. Dabei hat man den großen logischen Fehler gemacht, den linken Flügel gleichzusetzen mit denen, die gegen den UVB gestimmt haben. Das hat sich aber als verhängnisvoller Irrtum herausgestellt. Es waren da nämlich auch Leute darunter, die so anthropologisch orientiert sind, daß ihnen das egal ist. Diese argumentieren so: Die Grünen sind gar keine Partei, also brauchen wir auch keinen UVB. Das hat mit linken Positionen nichts zu tun.

**Frage:** Im Gegensatz zu Landesverbänden wie Baden-Württemberg gilt ja NRW oft als „linker“ grüner Landesverband. Sieht Du auch hier keinen Ansatz für einen linken Flügel?

**M.W.:** In Ba-Wü haben sich die Grünen mehr zu einer „dynamischen FDP“ rechts von der SPD entwickelt. In NRW hat sich die „Achtziger-Kreis-Ideologie“ durchgesetzt, so daß dort für meine Begriffe für linke Positionen kein Platz ist. Diese Ideologie besagt: Kampf dem materialistischen Denken der Kapitalisten und der Kommunisten. Die Grüne Partei erscheint mir in klassischem Sinne als eine Zusammenrottung wildgewordener Kleinbürger, die jeder mit ihrem individuellen Problem hausieren gehen und ein bißchen mehr Einfluß gewinnen wollen.

**Frage:** Welche buntten Inhalte und Forderungen hältst Du für unverzichtbar?

**M.W.:** Ich muß fast sagen, daß ich zu resigniert bin, zu glauben, daß man mit der Einbringung eines Forderungskatalogs ins grüne Programm noch irgendwas am politischen Erscheinungsbild dieser Partei ändern kann. Vielleicht wird auch die Funktion eines Programms etwas überschätzt.

**Frage:** Es geht bei dieser Frage ja auch um den Wahlkampf. Du hast

**Frage:** Es geht bei dieser Frage ja auch um den Wahlkampf. Du hast selbst im Wahlkampfausschuß der NRW-Grünen mitgearbeitet. Was gehört nach Deinen Vorstellungen an-

## Interview mit Michael Winter (BuLi-Bielefeld)

Wir hatten Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem Fraktionsführer der Bunte Liste Bielefeld, das wir im folgenden abdrucken. Michael Winter gehörte vor Karlsruhe zu den Befürwortern eines Eintritts bei den Grünen, nimmt aber inzwischen eine deutlich distanziertere Haltung dazu ein. Er plädiert für eine stärkere Konzentration der Buntten auf ihre Aufgaben in der Kommunalpolitik.

bedingt in diesem Wahlkampf und damit auch im Programm?

**M.W.:** Zum Programm: Ich finde es sehr wichtig, daß im grünen Programm die Wachstumsfrage gelöst ist, gerade in Bezug auf das Ruhrgebiet. Die Grünen müssen endlich zu der Erkenntnis gelangen, daß im gegenwärtigen gesamtwirtschaftlichen System Wachstumsreduktionen immer nur auf Kosten der Arbeitenden gehen können. Es kann also lediglich um qualitativen, selektiven von mir aus ökologisches Wachstum gehen. Das halte ich gerade in Bezug auf die NRW-Landtagswahlen für das Wichtigste. Ich sehe hier aber keine großen Chancen bei den Grünen.

Für den Wahlkampf heißt das, daß er an den materiellen Lebensbedingungen der Menschen ansetzt, ihnen zeigt, daß sich die Grünen um ihre materiellen Probleme kümmern und daß sie Verbesserungen herbeiführen wollen.

**Frage:** Welche konkreten Fragen sind dies?

**M.W.:** Solche Themen sind Wohnen, Arbeiten, die Kinderfeindlichkeit der Städte, Frauenfragen, Fragen des Abbaus demokratischer Rechte, wie Berufsverbote usw.

**Frage:** Und der Umweltschutz...

**M.W.:** Das ist inzwischen im Zusammenhang mit den Grünen so selbstverständlich, daß ich das gar nicht erwähnt habe. Das muß natürlich im Wahlkampf eine Rolle spielen.

**Frage:** Haben sich diese Vorstellungen im Wahlkampfausschuß durchgesetzt?

**M.W.:** Nein. Bei den Grünen gibt es leider starke Tendenzen, diese Themen, sogar den Umweltschutz, nur für oberflächliche Erscheinungsformen und Symptome zu halten. Daß bei allen Themen ein durchgängiges Bewegungsgesetz der Profil sein könnte, wollen die Grünen nicht akzeptieren. Sie wollen beim einzelnen Menschen ansetzen und nicht bei Zielgruppen.

**Frage:** Welche Vorstellungen stehen bei den Grünen dahinter?

**M.W.:** Die Grünen gehen in ihrem zentralen Denkansatz von einer Gleichstellung von Kapitalismus und Kommunismus aus, die beide als materialistisch abgelehnt werden. Der grüne nicht-materialistische Ansatz stellt sich gesellschaftliche Veränderungen vor als Veränderungen des einzelnen Menschen von innen heraus

und nicht als Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

**Frage:** Wie wollen die Grünen das umsetzen im Wahlkampf?

**M.W.:** ... indem sie nicht an irgendwelchen Themen oder Sachfragen ansetzen, sondern mit allgemeinen visuellen Aussagen unterhalb der Ebene des Geistes bei den Gefühlen ansetzen wollen mit optischen und verbalen Signalen, die sich mehr im anthroposophischen Bereich bewegen. Ein Plakatvorschlag sieht konkret so aus: mit der angenehmen Farbe des Honigs - Klammer auf Honigpumpe, Josef Beuys Klammer zu - und mit dem Tier Biene, das seit vielen Hunderttausend oder Millionen Jahren diesen angenehmen Stoff Honig produziert, müsse man die Menschen in angenehmer Weise ansprechen.

**Frage:** Du bist ja daraufhin aus dem NRW-Wahlkampfausschuß ausgeschieden. Welche Vorschläge würdest Du den Buntten insgesamt machen? Könntest Du heute noch einem Buntten empfehlen, bei den Grünen Mitglied zu werden?

**M.W.:** Nein, das würde ich heute niemandem mehr empfehlen, obwohl ich es damals für richtig gehalten habe, den Versuch zu machen. Aber irgendwann muß man feststellen, daß dieser Versuch gescheitert ist, und das muß man möglichst früh tun, um weiteren Schaden zu vermeiden. Ich habe das Gefühl, daß diese ganze Wahlbewegung in die falsche Richtung läuft. Die eigentliche Kraft in dieser Bewegung sind die Buntten/Alternativen gewesen, die vor Ort Erfolge hatten, und sich spinnennetzartig ausgedehnt haben. Die Grünen sind auf diesen Zug aufgesprungen, und es ist völlig verfehlt zu glauben, die Buntten müßten jetzt ihrerseits auf den grünen Zug aufspringen.

**Frage:** Sollten also die Buntten/Alternativen sich bei den Grünen ganz herausziehen? Konkret, sollten sie sich also nicht mehr um die Übergangsregelung zum UVB streiten, was ja bei der Landesmitgliederversammlung der NRW-Grünen am 23.2. der zentrale Streitpunkt sein wird?

**M.W.:** Ich würde dem ersteren am ehesten zuneigen. Letztlich wird es den Grünen mit der in letzter Zeit auf Bundesebene u.a. auch von Baldu Springmann favorisierten inhaltlichen Ausgrenzung möglich sein, jeden Linken „auf Bundesebene u.a.“ auch von Baldu Springmann favorisierten inhaltlichen Ausgrenzung möglich sein, jeden Linken oder Buntten, der sich auf den Offenbarungsgeld „Kapitalismus gleich Kommunismus“ nicht einlassen will,

aus der Partei herauszuschmeißen... Diese Denkweise der Grünen, die ich eben ja schon ausgeführt habe, hat sich schon lange durchgesetzt, was sich auch in ihrer Mitgliedschaft widerspiegelt. Von daher ist für die Linke, egal welcher Beschluß zur Doppelmemberschaft fällt, weder etwas zu gewinnen noch zu verlieren.

**Frage:** Wie sollten die Buntten/Alternativen im Wahlkampf eingreifen? Sollten sie die Grünen - kritisch - unterstützen? Wie sollte eine Wahlkampfkampagne aussehen?

**M.W.:** Die Buntten sollten das machen, was sie ursprünglich vorhatten. Nämlich sich auf ökonomischer Ebene in die Kommunalpolitik einmischen und hier Bündnispartner suchen. Diese sind sicherlich nicht die Grünen, sondern das sind Gewerkschaften, Jusos und unzufriedene linke Sozialdemokraten, Basisinitiativen und Bürgerinitiativen. Mit denen sollte jetzt konzentriert die örtliche Zusammenarbeit beginnen. Überdörtlich sollten sie sich auf das konzentrieren, was sie schon immer vorhatten, nämlich auf Erfahrungsaustausch.

Gegenüber der Landtagswahl sollten sie sich weitgehend neutral verhalten. Es ist nicht gut, eine Entscheidung mit irgendeiner Mehrheit für oder gegen die Grünen durchzusetzen. Ich meine, daß die Buntten sich dabei zerstreuen und daran zerbrechen würden und nicht mehr zu dem kommen, was sie als ihre eigentliche Aufgabe deklariert hatten.

**Frage:** Die Buntten/Alternativen haben es aber nie abgelehnt, sich auch auf Bundes- oder Landesebene zu organisieren, wenn auch als Ergebnis eines Prozesses von unten nach oben. Wie steht Du überhaupt zu Bestrebungen, die Buntten/Alternativen stärker zu zentralisieren, auch mit dem Ziel, im Wahlkampf einzugreifen. Stichwort Bunter Dachverband?

**M.W.:** So ein Dachverband ist nur dann sinnvoll, wenn er wirklich dem Erfahrungsaustausch dient und einen Nutzwert für die konkrete Arbeit vor Ort hat. Wenn ein Dachverband aber in irgendeiner Konkurrenz zu den Grünen steht, reflektierend auch auf eventuelle Wahlbeteiligungen, halte ich nichts davon. Die Buntten haben in einem sehr frühen Stadium gesagt, wir beschränken unsere parlamentarische Arbeit zunächst einmal auf den „in einem sehr frühen Stadium gesagt, wir beschränken unsere parlamentarische Arbeit zunächst einmal auf den Ort und leben es, jetzt ganz schnell eine Partei auf Bundes- oder Landesebene hochzupushen.“

Diese Position hatten die Buntten zwischenzeitlich verlassen, und ich meine, sie sollten zu dieser Position zurückfinden. Die eigentliche bunte und alternative Arbeit liegt nämlich am Boden, nicht nur in Bielefeld, sondern auch in anderen Städten, weil man seit einem halben Jahr zu nichts anderem mehr kommt, als sich mit der grünen Problematik zu befassen.

**Frage:** Sollten die Buntten/Alternativen also keine Wahlkampfkampagne abgeben, sondern sich mit dieser Frage gar nicht mehr befassen?

**M.W.:** Ich glaube, daß, egal wie die Buntten sich dazu verhalten, das auf das Ergebnis keinen Einfluß haben wird. Es würde den Grünen bestenfalls Erklärungszusammenhänge liefern. Sagen die Buntten: Wählt nicht die Grünen! Es hinterher eine Dolchstoßlegende, wenn die Grünen schlecht abschneiden, wovon ich aufgrund des gesamten Organisationsstandes und vieler anderer Dinge in jedem Fall ausgehe. Umgekehrt bei einer buntten Wahlkampfkampagne für die Grünen, heißt es hinterher: Wir konnten unsere bürgerlichen Wählerkreise nicht ausschöpfen, weil wir mit den „radikalen, kommunistischen Buntten“ in Verbindung gebracht wurden. Eine Wahlausage bringt jetzt nichts.

**Frage:** Kommen wir jetzt zu der grundsätzlichen Bedeutung der NRW-Landtagswahlen. Diese gelten allgemein als Testwahlen. Die Konfrontation Schmidt - Strauß wird also auch in NRW schon eine große Rolle spielen. Strauß wird in NRW, auch in der Bielefelder Umgebung, Wahlkampfveranstaltungen durchführen. Wie sollen sich die Buntten dazu verhalten?

**M.W.:** Die Buntten müssen natürlich dort, wo sie vor Ort gefragt sind, weil Strauß dort auftritt, Stellung beziehen. Ich halte es nach wie vor für sinnvoll, mehr deutlich bei entsprechenden Veranstaltungen von Strauß aufzutreten.

Die Landtagswahl ist natürlich nicht nur Testwahl, sondern sie ist faktisch vorentscheidend, weil ein Sieg der CDU in NRW eine 2/3-Mehrheit im Bundesrat für die Union ergibt, die damit jede SPD/FDP-Regierung lahmlegen kann. Eine SPD-Regierung selbst wenn sie die absolute Mehrheit bei den Bundestagswahlen holt, wäre nicht mehr regierungsfähig und es gäbe dann nur zwei Möglichkeiten: eine Regierung Strauß oder eine Große Koalition. Beides halte ich nicht für wünschenswert.

**Frage:** Hätte in dieser Situation eine Alternative, egal ob grün oder bunt, überhaupt eine Chance Deiner Meinung nach?

**M.W.:** Das ist natürlich eine spekulative Frage. Ich glaube aber, daß jede Alternative, die gut organisiert ist und tatsächlich ein inhaltliches Konzept hat, das an den Bedürfnissen, Problemen und Erfahrungen der Menschen ansetzt, daß solch eine Alternative immer eine Chance hat.

Die Linke innerhalb der Grünen Partei wirbt bei der autonomen Linke nach wie vor um die Verstärkung ihrer innerparteilichen Position. Sie verspricht sich davon mehr Einfluß im „Kampf um die Profilierung des „Protestpotentials“ gegen die etablierten Parteien“ (Zitat aus „Z“-Sonderausgabe). So pläsiert dieser Ansatz im ersten Moment sein mag, so sehr scheint er doch das Ergebnis mangelhafter Analyse und falscher Strategie zu sein. Es ist o.E. ein entscheidender Irrtum, zu glauben, eine Partei dieses Zuschnitts könnte auch nur einigermaßen übergreifend die politischen Interessen der Protestbewegung wahrnehmen oder gar politisch profilieren.

Der absolut größte Teil der Protestbewegung wird von Leuten gestellt, die nicht älter als 35 Jahre sind. Die 16 - 35-Jährigen tragen die Anti-AKW, die Frauen- und die Minderheitenbewegung, den Kampf gegen Berufsverbote und Abbau demokratischer Rechte. Ältere Bürger sind die Ausnahme und fast nur dort anzutreffen, wo sie in ihren Lebensinteressen unmittelbar bedroht werden (Wahl, Borkdorf, Gorbien etc.). Die Bürger, denen eine sog. „Staatsverdrossenheit“, „Parteienmüdigkeit“ u.ä. nachgesagt wird, gehören kaum zum Protestpotential, denn Protest per se trägt in sich die Bereitschaft zur direkten, aktiven Aktion. „Staatsverdrossene“ Bürger sind passiv, sie haben entweder resigniert oder scheuen die offene Auseinandersetzung mit der politischen Realität. Sie gehen nicht zur „Wahl“, weil diese eben keine für sie ist. Wenn 74 % der Jüdisch-Befragten (1978) meinten, „die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was der kleine Mann denkt“, dann beinhaltet das den Wunsch nach einem Politiker-Typus oder einer Partei, die diese Einstellung glaubhaft widerlegen. Diese Leute suchen, sofern sie noch suchen, radikale Lösungen. Sie sind u.U. durchaus empfänglich für eine „Strauß-Politik“, wenn

sie nur markig ~~gegen~~ vorgetragen wird. Doch die gleichen Leute wären wohl auch bereit, eine „Grün-Rote Politik“ zu akzeptieren, wenn diese Kompromißlos und wenn Wege eröffnete und radikale, d.h. an die Wurzeln des bestehenden Verhältnisses gehende Lösungen aufzeigen würde. Die Gruppe der eigentlich der jungen „Protestler“ steht dem Parlamentarismus bei aller politischen Argumentation, nicht zuletzt aus anti-autoritären Gründen skeptisch bis ablehnend gegenüber. Diese Gruppe ist, wenn überhaupt parlamentarisch, nur dann durch eine Partei zu erreichen, wenn es dieser gelänge, sich strukturell, personell wie inhaltlich grundsätzlich von den etablierten Parteien zu unterscheiden. (Diese Unterscheidung erfordert u.a. überschaubare Organisationsformen, hierarchische Strukturen, Imperatives Mandat, Rechenschaftspflicht aller Funktionsträger, unmittelbare Abwählbarkeit aller Mandatsträger, Unvereinbarkeit mit jedem UVB usw.). Doch worin unterscheiden sich die Grünen von den anderen? Sind sie in ihrer Erscheinungsform nicht bereits jetzt so ausgestattet, um den eigenen Anspruch zur Folge werden zu lassen?

Würde die Verstärkung eines linken Blocks innerhalb der Grünen eine grundsätzlich andere Parteienkonzeption bewirken? Wohl kaum denn die Grüne Partei tritt seit ihren ersten Gehversuchen in die vorgeprägten Fußstapfen der tradierten Verhältnisse. Die Unterwerfung der Mitglieder unter das Reglement nicht nur der Parteigesetzgebung verhindert von vornherein die Herausbildung einer Partei neuen Typs. Die Linke innerhalb der Partei konnten durch ihre Arbeit zwar ein entschiedenes Abstrichen nach Rechts vermeiden, doch viel mehr auch nicht. Wenn eine Or-

ganisation wie die Grünen von Anfang an, also nicht erst seit Karlsruhe, einen traditionsreichen institutionellen Charakter trägt, dann unterliegt sie in ihrer Determinierung und Eigengesetzlichkeit eben dieser institutionellen Bestimmung. Die manifeste Herrschaft des autoritativen Staates reproduziert sich zwangsläufig dort, wo seine Regeln akzeptiert werden. Sie verschonte auch die Grünen nicht und trägt dort bereits alle Negativ-Merkmale und manipulativen Zwänge einer konventionellen Partei.

Die Buntten und Alternativen hatten vor zwei Jahren erstmals den Versuch unternommen, die institutionellen Reglementierungsversuche durch eine neue Art der „Organisierung“ zu unterlaufen. Mit der Listenbildung auf der Grundlage eines Initiativen-Zusammenschlusses „linkierten“ sie den basisdemokratischen Aufbau in Richtung Parlament. Dieser Ansatz ist von den Grünen, die damals wie heute an der Herausbildung eines parlamentarischen Armes der Protestbewegung interessiert waren, nie konsequent weiterentwickelt worden. Sie haben es konservativen Berufspolitikern überlassen, hier eine „Markchance“ wahrzunehmen und eine Grüne Partei zu gründen. Doch nicht genug damit. Ohne sich selbst und anderen innerhalb der Linke, der Buntten und Alternativen Listen Zeit für Analyse und Strategie-Entwurf zu geben, sprangen sie, durch einen scheinbar natürlichen Sog unmerklich angezogen, auf den Zug der Grünen auf. Die Legitimation für ihr eigenes Handeln und ihren Appell an die übrige Linke, ebenfalls aufzuspringen, leiten sie aus der Behauptung her, hier ginge es um die Formierung der gesamten Protestbewegung in der einzig denkbaren parlamentarischen Alternative. Daß diese Strategie selbst dann von fal-

schen Voraussetzungen ausgeht, wenn man die „stillen Protestler“ einbezieht, habe ich bereits anfangs ausgelegt.

Es soll nicht geleugnet werden, daß es ein Verdienst der Grün-Bunt/Alternativen war, den Rechtsdrall der Grünen weitgehend aufgefangen zu haben, indem sie innerhalb der Partei einen Gegenpol bildeten. Es soll aber aufgehört werden mit der Verbreitung der Illusion, bei den Grünen handele es sich, wie Bahro formuliert, um eine Organisation, die „die menschliche Zukunft überhaupt, und eine Chance menschenwürdiger Organisation des Zusammenlebens in dieser Welt retten“ könne. Diese Organisation muß erst geschaffen werden. Sicher mit einem Teil der Grünen, doch nicht auf der Grundlage dieser Partei.

In allen Ländern West-Europas gibt es sozialistische Parteien, die durchaus nicht die ökologische Problematik ausklammern, sondern ihr einen zeitgemäßen Stellenwert verleihen. Und niemand wird wohl ernsthaft behaupten wollen, daß diese Parteien einen rechten oder rechtsliberalen Flügel brauchen, um ihre Politik im möglichst breite Bevölkerungskreise hineintragen zu können. Niemand wird wohl auch behaupten wollen, daß eine sozialistisch-ökologische Partei nur mit undemokratischen Zugeständnissen „das unterschiedliche Bewußtsein im grünen Spektrum, insbesondere zwischen Stadt und Land“ erfolgreich ausgleichen könnte. Nur weil es der BRD-Linke bis heute nicht gelungen ist, eine eigene sozialistische und ökologische Politik einheitlich (oder wenigstens annähernd einheitlich) zu gestalten, werden die Grünen als ihrer liberale Parteiennormen bewiesen, wie gut sich doch sozialistische und ökologische Ziele

miteinander verbinden lassen. Leider, doch unvermeidlich, müssen sie sich dabei von der Rechten permanent in die Suppe spucken lassen. Was dabei herauskommt, ist kein historischer, sondern ein wenig überzeugender, um nicht zu sagen fauler Kompromiß.

Wieso sind denn die Linke, die heute sehr viel Arbeit und Kraft in die Grüne Partei investieren, nicht in der Lage oder nicht gewillt, zusammen mit den „Autonomen“ ein eigenes Organisationsmodell für eine neue Partei zu entwickeln? Wieso richtet sich ihr primäres Interesse nicht auf eine echte parlamentarische Alternative ohne UVB, ohne Mißstände und nichtssagende Kompromißformeln? Auf eine Alternative als Ausdruck einer konkreten Utopie, die nicht nur Linke überzeugt? Eine solche Organisation würde auch die gewinnen, die zu den Grünen jetzt NEIN DANKE sagen.

Noch einmal zu den Grünen und der Protestbewegung: Die Einschöpfung der Protestbewegung auf ein ökologisch-ökonomisches „Wunschprogramm“ unter Ausklammerung der Klassegegensätze und der Eigentumsfrage bei gleichzeitiger Verpflichtung zur Staatsloyalität und Gewaltfreiheit stellt eine Frage nach den notwendigen Voraussetzungen für eine zukunftsweisende Gesellschaftspolitik her. Wer befürchten sollte, daß es der SPD konfliktlos mehr gelingen sollte, alle revolutionären Ansätze aufzufangen und reformistisch umzusetzen, der mag getrost sagen: Die Grünen machen's schon, solange die Roten ihnen dabei helfen. Damit zum Schluß: Wollte man die Protestbewegung dem unterordnen, was die Grünen noch nicht sind, jedoch mit Hilfe der Linke bestmöglich werden könnten, dann wäre das der vielleicht unbedachtigste Versuch, die Protestbewegung auf kaltem Wege abzumurken.

Dietmar (Mitglied der BuLi-Hamburg)

## Die Roten und die Grünen



## Westberliner Landesverband der Grünen gegründet

Auf ihrer ersten ordentlichen Mitgliederversammlung am 22./23.2.80 gründete sich ein vorläufiger Landesverband der "Grünen" in Westberlin.

Dem ging ein wochenlanges Tauziehen zwischen drei Gruppierungen voraus:

1. Da sind zunächst die rund 400 Mitglieder der Alternativen Liste, die zugleich bei den "Grünen" sind. Sie stellen ca. 75% aller in Westberlin organisierten "Grünen".
2. Hinzu kommt die "Landespartei - Die Grünen", die sog. "Spandauer", die - modisch gesprochen - den "wertkonservativen" Block ausmachen. Sie verfügen gegenwärtig über 100 Mitglieder. Die "Spandauer" gründeten sich im letzten Herbst ausdrücklich in scharfer Abgrenzung zur AL, ihre Präambel enthält klare Unvereinbarkeitsbeschlüsse und das ökologische Primat. Dieser rechtsgrüne Block hat ausgezeichnete Beziehungen zum Bundesvorstand der "Grünen" und ist schon in der Vergangenheit von der rechten "Grünen" als Manövriermasse gegen die AL eingesetzt worden.
3. Am Ende des vergangenen Jahres formierte sich eine weitere Gruppierung, der sog. "Mittelblock". Ihm gehören u.a. Otto Schilly, Rudi Steinkamp, Prof. Flechthaus und eine ganze Reihe von Personen an, die aus der SPD ausgetreten sind. Schilly z.B. war aus dem Gründungsprozess der AL mit dem Vorwurf der "KPD"-Leitigkeit ausgestiegen. Jetzt sieht er, nach eigenen Aussagen, eine Möglichkeit der Veränderung der AL hin zu einer Wende zu den "Grünen". Dies macht in etwa auch das Interesse dieser Gruppe deutlich.

Der ganze Poker um die Gründung eines LV aus den genannten drei Strömungen nahm an Schärfe zu, nachdem der Bundesvorstand der "Grünen" die Lösung ausgab, daß grüne Delegierte für den Programmpartietag in Saarbrücken aus den bestehenden Landesverbänden entsandt werden sollten.

Somit lagen die Karten und die damit zusammenhängende Problematik auf dem Tisch: für die AL-Grünen wie für die grüne AL als radikaldemokratische Kraft in Westberlin stellte sich das Problem, einen LV der "Grünen" bilden zu müssen, ohne das politische Selbstverständnis zu opfern. Außerdem kam es darauf an, einen grünen LV neben der AL, der unter Umständen zu einer Konkurrenz werden könnte, zu verhindern.

Im Gegensatz dazu versuchen die "Spandauer" ihrerseits, die AL-Grünen mit Flankenschutz des Bundesvorstandes - auf die "wertkonservative" Schiene zu drängen. Ihr Ziel ist es, die AL zu spalten, die radikaldemokratischen Kräfte zu isolieren. Sie versuchen eine schnelle Gründung zu verhindern, da dies gegenwärtig nur auf einen von der AL dominierten LV hinauslaufen könnte. Der Bundesvorstand der "Grünen" - namentlich D.-W. Plagemann - schaltete sich in die Differenzen innerhalb der Westberliner "Grünen" ein. Mit Schreiben vom 19.2. an alle drei "Blöcke" teilte Plagemann den "Grünen" nunmehr mit, daß "eine eilige Landesverbandsgründung nicht nötig" sei. Die "bestehenden Gruppen können auch diesmal noch ihre Delegierten selbst und unabhängig wählen". Außerdem schug Plagemann den Westberliner "Grünen" eine Übergangslösung vor: "Ein tragfähiger Kompromiß wäre daher eine vorläufige Landesverbandsgründung, auf der noch keine Satzung verabschiedet wird, sondern auf die Bundessatzung verwiesen, und auf der noch kein Vorstand gewählt wird." Außerdem solle an Stelle eines Vorstandes ein "gemeinsamer Ausschuss" gebildet werden, der die "mitgliederzahlenmäßige Gewichtung nach nicht widerspiegelt". Dieser "Kompromiß" ist natürlich gegen die AL-Grünen gerichtet und soll den

dem.

Im Gegensatz dazu versuchen die "Spandauer" ihrerseits, die AL-Grünen mit Flankenschutz des Bundesvorstandes - auf die "wertkonservative" Schiene zu drängen. Ihr Ziel ist es, die AL zu spalten, die radikaldemokratischen Kräfte zu isolieren. Sie versuchen eine schnelle Gründung zu verhindern, da dies gegenwärtig nur auf einen von der AL dominierten LV hinauslaufen könnte. Der Bundesvorstand der "Grünen" - namentlich D.-W. Plagemann - schaltete sich in die Differenzen innerhalb der Westberliner "Grünen" ein. Mit Schreiben vom 19.2. an alle drei "Blöcke" teilte Plagemann den "Grünen" nunmehr mit, daß "eine eilige Landesverbandsgründung nicht nötig" sei. Die "bestehenden Gruppen können auch diesmal noch ihre Delegierten selbst und unabhängig wählen". Außerdem schug Plagemann den Westberliner "Grünen" eine Übergangslösung vor: "Ein tragfähiger Kompromiß wäre daher eine vorläufige Landesverbandsgründung, auf der noch keine Satzung verabschiedet wird, sondern auf die Bundessatzung verwiesen, und auf der noch kein Vorstand gewählt wird." Außerdem solle an Stelle eines Vorstandes ein "gemeinsamer Ausschuss" gebildet werden, der die "mitgliederzahlenmäßige Gewichtung nach nicht widerspiegelt". Dieser "Kompromiß" ist natürlich gegen die AL-Grünen gerichtet und soll den

"Spandauern" noch eine Atempause und vor allem Zeit verschaffen. Gleichzeitig wäre die Orientierung auf die Bundessatzung festgeschrieben und die "Spandauer" wären durch die gleichberechtigte Besetzung des "gemeinsamen Ausschusses" enorm aufgewertet worden.

Vor diesem Hintergrund fand dann die erste MVV der Westberliner "Grünen" statt, die Ausgangspunkte waren klar:

- AL-Grüne und auch die Mittelgruppe sprachen sich für eine vorläufige Gründung des LV ohne Satzung und ohne gewählten Landesvorstand aus, was schon ein Zugeständnis bedeutete, denn die AL-Grünen hätten, zusammen mit der Mittelgruppe, ohne weiteres ihren Satzungsentwurf verabschieden können. Dies soll auf einer zweiten MVV der "Grünen" Anfang März nachgeholt werden.
- Die "Spandauer" erklärten bereits vor der MVV, daß sie gegen eine Gründung seien. Sie lehnten ebenso die vorgeschlagene Tagesordnung, auf der eine Satzungsdiskussion vorgesehen war, ab und zogen denn auch schon am ersten Tag aus der MVV aus. Insgesamt beschloß denn die Versammlung die vorläufige Gründung und erklärte im Hinblick auf die Satzungsdiskussion, daß "wir die in der Bundessatzung enthaltenen Regelungen für die Landesautonomie (§ 10) und für unbegrenzte Übergangsregelungen (§ 18/10) in unserer Landesatzung für uns in Anspruch nehmen werden".

Hinzufügen wäre noch, daß sich Teile der sog. Mittelgruppe wie z.B. Eva Quistorp oder Prof. M. Jänicke ebenfalls gegen eine "verfrühte Gründung" eines LV aussprachen und damit durchaus den "Spandauern" in der Argumentation folgten.

Die AL hat einen Satzungsentwurf für einen Westberliner LV der "Grünen" erarbeitet, in der u.a. erklärt wird,

- daß sich der LV "nicht als Konkurrenz zur AL" versteht,
- daß es keine Formen von Unvereinbarkeitsbeschlüssen gibt,
- daß eine "regionale Untergliederung" nicht stattfindet, d.h. daß der LV keine eigenen Kreisverbände der "Grünen" bildet, sondern die bestehenden Bezirksgruppen der AL und damit die kommunalpolitische Vertretung der AL anerkennt und mit/in ihnen zusammenarbeitet.

Es liegt auf der Hand, daß dieser Satzungsentwurf, der noch nicht diskutiert wurde, für die "Spandauer"

Satzungsentwurf, der noch nicht diskutiert wurde, für die "Spandauer" (aber auch für den Bundesvorstand) unannehmbar ist. Sie plädieren für einen vollständigen Ausbau der "Grünen" als in jeder Beziehung handlungsfähige Partei, auch in der Konkurrenz zur AL.

Nach dem Auszug dieser rechten Gruppierung der "Grünen" fanden am zweiten Tag der MVV nach längerer Diskussion die Delegiertenwahlen für den Saarbrückener Programmkongreß statt, und zwar wählten AL-Grüne und Mittelblock ihre Delegierten gemäß dem Kräfteverhältnis auf der MVV, während die "Spandauer" ihre eigene Wahl abhielten. Insgesamt stellen die Westberliner 31 grüne Delegierte (bei einem Schlüssel von 1:20).

Faktisch gibt es also einen provisorischen Landesverband der "Grünen" in Westberlin, o h n e die "Spandauer".

Dabei setzten der Bundesvorstand sowie die "Spandauer" auf Zeit und den Saarbrückener Programmkongreß der "Grünen", um die AL-Grünen mit den dort erzielten Ergebnissen zu konfrontieren bzw. vor vollendete Tatsachen zu stellen. Den AL-Grünen bleibt vorläufig noch die Frist, einen Landesverband mit relativ fortschrittlicher Satzung zu gründen, der spätestens nach Saarbrücken wieder in Frage gestellt sein wird.

Ein Westberliner Genosse

Mit einer rücksichtslosen Macht- und Ellenbogenpolitik hat es eine kleine Gruppe rechter Parteistrategen geschafft, den bayerischen Landesverband der Grünen in zwei Lager zu spalten, was bei diesem eh rechts ausgelegten Verband kaum noch für möglich gehalten werden sollte. Aber es zeigt sich, daß die Rechten nicht mit einer Mehrheit, sondern erst mit der totalen Macht zufrieden sind. Ein kleiner Ausblick auch für andere Landesverbände.

### Die Vorgeschichte

Angefangen hatte die Sache bereits im Oktober 79. Am 3.10.79 trat der Geschäftsführer und „Umweltexperte“ der bayerischen SPD-Fraktion aus seiner Partei aus. Noch wenige Wochen vorher hatte er versucht, von der SPD als Bundestagskandidat aufgestellt zu werden - und fiel damit durch. In seiner Partei hatte er den Ruf, ein „Juso-Fresser und Karrierist“ (so ein Juso) zu sein.

Nichtsdetrotz wurde er vier Tage später auf der ersten bayerischen Landesversammlung der Grünen mit Ovationen empfangen. Er stellte sich dort als „natürlicher Grüner, ohne Ambitionen auf ein Amt“ („Bayerischer Rundfunk“, 25.2.80) vor. Mit überwältigender Mehrheit und ohne Gegenkandidat wurde er dann doch in den 9-köpfigen Landesvorstand gewählt. Bescheidenheit hat ihren Preis!

War zu diesem Zeitpunkt für die meisten Grünen die Welt noch in Ordnung, so änderte sich das schlagartig fünf Tage später: Auf der ersten, überdell einberufenen Vorstandssitzung erhielt Kaub auf Initiative des Landesvorsitzenden, Klaus Resch, den wohlverdienten Job des bayerischen Geschäftsführers. Obwohl es auch im Vorstand - allerdings sehr vorsichtig vorgetragen - Bedenken gab, hatte Kaub seinen Vertrag unter Dach und Fach, ehe sich die grüne Basis recht besinnen konnte. Durch eine frühzeitige Veröffentlichung dieser Entscheidung wurden Fakten geschaffen. Kritische Stimmen einiger Vorstandsmitglieder und aus dem Landesverband wurden, teils mit handfesten Lügen, teils mit widersprüchlichen Informationen, beseitigt geschoben.

Allerdings hatten sich die Initiatoren dieses Manövers offenbar gewaltig verschätzt: Eine Woge der Empörung entstand gegen dieses Putsch-Manöver und drückte sich in Anrufen, Briefen und Protestresolu-

tionen der bayerischen Grünen darzustellen. In seiner jüngsten Pressemitteilung diffamiert Kaub die Kritik von Teilen der grünen Basis an seinem und Resch's Vorgehen als „unsernige und kleinliche Querelen“. Im Grunde ging es um die Interpretation des Begriffs Basisdemokratie. Es gebe Grüne, die darunter „Basisterror oder Basisdiktatur“ (so Kaub wörtlich!) verstehen (zitiert nach „Augsburger Allgemeine“, 28.2.80).

### Der politische Hintergrund

Das bestätigte sich auf einer Landesversammlung im November, auf der die Bundes-Vorstandsmitglieder Gruhl und Haußleiter in äußerst basisdemokratischer Manier das Gewicht ihrer Autorität in die Waagschale warfen, um jede Kritik an der Kaub-Affäre zu unterdrücken.

Hier wurde offensichtlich, daß es einen handfesten politischen Hintergrund dieser „Vetternwirtschaft“ gab. Gruhl hatte schon Monate vorher dem Noch-SPDler Kaub versprochen, dafür zu sorgen, ihm für den Fall seines Austritts aus der SPD, einen einträglichen Job bei den Grünen zu verschaffen. Und Haußleiter hatte sich bei der Wahl des bayerischen Landesvorstandes massiv dafür eingesetzt, daß Resch Landesvorsitzender und die rechtsdrillige Frau Krankenhagen seine Stellvertreterin wurde. Während das erste Klappte, scheiterte der zweite Coup am Mißtrauen der grünen Basis: Frau Krankenhagen wurde nur „einfaches“ Vorstandsmitglied. Immerhin reichte es aus, um Kaub sofort auf den Geschäftsführerposten zu heben. In der Folgezeit betätigte sich das Trio Kaub-Krankenhagen-Resch als rechte „Pressure-group“.

1. Alle drei nahmen am 1./2. Dezember an einem - wahrscheinlich sogar von ihnen initiierten - „Prak-

tionstreffen in Tirol teil („Brixener Treffen“), zu dem auch noch andere „Vorstandsmitglieder der bisher gegründeten Landesverbände“ erschienen - allerdings nur die jeweils rechtsten. Eine gezielte Einladungspraxis hatte die politische Exklusivität des Treffens gesichert. Auf diesem Treffen wurden die entscheidenden Weichen für Karlsruhe gestellt, d.h. keine Programmdiskussion und Vorstandswahl, sondern ausschließlich Festlegung der Satzung.

2. Dort wurde u.a. „Frau Krankenhagen gebeten“, ihre „Grünen Briefe“, bisher unstrittiges internes Publikationsorgan der Bayern, nun bundesweit herauszugeben.
3. Die Folge: die nächsten „Grünen Briefe“ erschienen mit einem neuen Impressum: statt „Herausgeber: Die Grünen/Landesverband Bayern“ wie bisher, hieß es jetzt: „Dieser Brief erscheint in einer Auflage von 4000 Exemplaren für die Landesverbände Baden-Württemberg, Bayern, Bremen und Rheinland-Pfalz“ (Zitate aus: „Grüne Briefe“, 7. Folge). Das ist nirgendwo demokratisch beschlossen worden - aber das haben diese Leute offenbar nicht nötig.

4. In einer ganzen Reihe von Presseerklärungen machten Resch und Kaub deutlich, daß sie nicht einmal bereit sind, die Pluralität des bayerischen Landesverbandes zu akzeptieren, obwohl es dort wirklich nicht gerade von Linken wimmelt. Sie scheuen sich dabei auch nicht vor eindeutigen Lügen:

- + am 9. Oktober behauptet Resch vor der Presse, es gäbe einen Unvereinbarkeitsbeschuß gegen Kommunisten in der bayerischen Satzung - was nicht stimmt.
- + nach dem Offenbacher Treffen wird diese Lüge in einem Mitgliederrundschreiben von Kaub und einer Presseerklärung von Resch wiederholt.
- + in einer Presseerklärung über den Karlsruher Gründungspartietag bezeichnen Kaub und Resch dessen Ergebnisse als Folge der „Macht- und Einschüchterungspolitik“ einer linken Minderheit. Damit stellen sie sich weit rechts vom Bundesvorstand, der immerhin den integrativen Charakter des Karlsruher Kongresses betonte. Mit ihrer Stellungnahme haben Kaub und Resch klar dokumentiert, daß sie ihre Ämter dazu mißbrauchen, ihre persönlichen Meinungen als Positionen der bayerischen Grünen darzustellen.

se persönlichen Meinungen als Positionen der bayerischen Grünen darzustellen.

- + In seiner jüngsten Pressemitteilung diffamiert Kaub die Kritik von Teilen der grünen Basis an seinem und Resch's Vorgehen als „unsernige und kleinliche Querelen“. Im Grunde ging es um die Interpretation des Begriffs Basisdemokratie. Es gebe Grüne, die darunter „Basisterror oder Basisdiktatur“ (so Kaub wörtlich!) verstehen (zitiert nach „Augsburger Allgemeine“, 28.2.80).

Interessant ist die „Arbeitsteilung“ des Gespanns Kaub, Krankenhagen und Resch (an der grünen Basis spricht man schon von der „Stamberger Mafia“): Resch als Landesvorsitzender besitzt die nötige Autorität, um jederzeit Stellungnahmen abgeben zu können und gehört zu werden; Kaub, nach 17 Jahren SPD-Mitgliedschaft wohlverfahren in innerparteilichen „Geschäftsfragen“, hat als Geschäftsführer den besten Einblick in die Vorgänge des ganzen Landesverbandes; Gertraude Krankenhagen monopolisiert mit ihren „Grünen Briefen“ die Information der Mitglieder, da läßt sie auch keinen anderen heran.

Man kann wohl davon ausgehen, daß es den Kräften um Gruhl und Haußleiter von Anfang an darum gegangen ist, den bayerischen Landesverband als „Hausmacht“ und geschlossenen rechten Block in die Bundespartei einzubringen und daß bei der dazu notwendigen Ausschüttung der „Stamberger Mafia“ eine wesentliche Rolle spielen sollte.

### Manöver vorerst gescheitert

Bei diesem Vorhaben ist ihnen ein Strich durch die Rechnung gemacht worden. Für die meisten sicherlich unerwartet, beschränkte sich die Empörung und der offene Protest nicht nur auf einige „linke Hoch-

burgen“, sondern verlief quer durch den ganzen Landesverband. Eine Reihe von Kreisverbänden z.B. aus Niederbayern, von denen man es nie vermutet hätte, wehrten sich massiv gegen die rücksichtslose Politik der Resch&Co. und ließen sich auch nicht einschüchtern, als von diesen schwere Geschütze in Form von Drohungen und Verleumdungen aufgeföhren wurden. In einem Interview des „Bayerischen Rundfunks“ faßte ein Grüner die Stimmung an der Basis so zusammen: „Wir waren als einfache Mitglieder enorm überrascht und höchst enttäuscht, daß wir diesen Mann, dem wir unser großes Vertrauen gegeben haben, plötzlich wieder verloren haben. In der Eigenschaft als Landesgeschäftsführer suchte er dann plötzlich wieder auf, und da hat man sich schon gefragt, hat uns der getuschelt, hat uns jemand getuschelt, hat der Landesvorstand, der 1. Vorsitzende oder wer auch immer hat das eigentlich inszeniert, dieses Theater in München, daß wir den Kaub erst wählen zu einem Ehrenamt und ihn dann plötzlich in dem hochdotierten Posten als Landesgeschäftsführer wiedersehen“ (Bayerischer Rundfunk, 25.2.80).

Genau dieses Gefühl war es, was bei immer mehr Grünen das Mißtrauen gegen die betreffenden Vorstandsmitglieder wachsen ließ. In unzähligen Anrufen, persönlichen Kritischreiben und Protestresolutionen von Kreisverbänden und Bezirkstreffen wurde die Forderung nach Rücktritt und Neuwahl des gesamten Vorstands gestellt.

Das paßte nun Resch und seinen Freunden überhaupt nicht in's Konzept. Um ihre Kritiker zu diffamieren, bedienten sie sich sogar der Unterstützung der rechtsten Elemente im Landesverband. Besonders in die Bresche warf sich z.B. ein „Grüner“ aus Deggendorf, Wolfgang Boemer, der schon in Offenbach wegen seiner faschistoiden ausländerfeindlichen Äußerungen unangenehm aufgefallen war. Er ließ keine Gelegenheit aus, diejenigen Vorstandsmitglieder, die gegen den Kurs Resch's opponiert hatten, als „kommunistisch infiziert“ zu diffamieren. Ganze Kreisverbände sollen sogar „kommunistisch unterwandert“ sein. Von Resch wurde die Schützenhilfe aus dieser Ecke bisher sehr dankbar aufgenommen, da war er immer zuerst pluralistisch. Es ist auch nicht bekannt, daß sich andere - z.B. Kaub - von diesen Kräften distanzieren wollten. Kaub hat sich nicht anders - z.B. Kaub - von diesen Kräften distanzieren wollten. Kaub hat sich nicht anders - z.B. Kaub - von diesen Kräften distanzieren wollten. Kaub hat sich nicht anders - z.B. Kaub - von diesen Kräften distanzieren wollten.

Wie und ob auf der kommenden Landesversammlung am 16. Mai in Augsburg die Auseinandersetzung beendet wird, ist noch unklar. Fest steht inzwischen, daß der alte Vorstand nicht weiter bestehen wird. Einzelne haben ihren Rücktritt bereits erklärt, und auch Resch scheint derzeit keine andere Möglichkeit zu sehen, will er seine Parteikarriere nicht völlig auf's Spiel setzen. Zu befürchten ist allerdings, daß die Rechten versuchen werden, das allgemeine Bedürfnis nach einem endlich arbeitsfähigen Vorstand so auszunutzen, den Landesvorstand völlig in ihre Hand zu bekommen. Wenn ihnen das gelingt, legen sie den Grundstein für eine Spaltung des Landesverbandes. Denn ihre Politik war schon in der Vergangenheit immer auf Ausgrenzung und Konfrontation gegen alle ihnen mißliebigen Meinungen ausgerichtet. Jede Pluralität ist ihnen offenbar zutiefst zuwider, ist für sie „Basisterror“. Welche arrogante und undemokratische Mentalität sich z.B. Kaub durch den ganzen Konflikt hindurch erhalten hat, macht ein Zitat aus seiner neuesten Pressemitteilung deutlich: „Ich bin nicht bereit, mich auf die Dauer als Zielscheibe für die ersten Schießversuche von Anfängern herauszugeben“ („Augsburger Allgemeine“, 28.2.). Ernsthaft zu fragen wäre, ob es tatsächlich nur die Karrieregeile dieses Mannes sind oder ob vielleicht gar die Interessen einer anderen Partei im Spiel sind. Wer könnte Interesse an der Spaltung eines eh schon rechten Verbandes haben?

KB/Gruppe Nürnberg

### LETZTE MELDUNG





## Protesterklärung gegen die eklatante Mißachtung der Frauenforderungen bei den Grünen

Die hier abgedruckte Protesterklärung erreichte uns von Mitgliedern der Grünen in Karlsruhe. Erklärenderweise muß dazu noch ergänzt werden: Auf dem Landesparteitag war es zu einer heftigen Auseinandersetzung um die Frauenforderungen gekommen. Als sich eine Mehrheit für die Streichung des § 218 aussprach, ließ der Vorsitzende, Hasenclever, die Abstimmung mit der Drohung wiederholen, diese Forderung könne den Verband spalten. Er hatte damit Erfolg. Jetzt erfolgt mit der Nichtveröffentlichung des Frauentreffens in den „Grünen“ (Zeitung der Grünen) der nächste Affront.

„Wir stellen fest, daß in „Die Grünen“ das Wahlprogramm der GRÜNEN Baden-Württemberg in Auszügen, der Programmtitel „Frauen“ nicht mal in Auszügen veröffentlicht ist.“

1. Wie protestieren gegen die Nichtveröffentlichung. Es gibt schließlich 54% Frauen in der BRD, die von diesen Problemen betroffen sind.
2. In der Schlussklärung findet man die Reihenfolge „Land-, Forstwirtschaft, Frauen, Tier- und Pflanzenschutz“. Dies charakterisiert die Stellung der GRÜNEN Baden-Württemberg zur Frauenfrage.

Wie könnt ihr erwarten, daß sich Frauen in der „alternativen“ Partei die GRÜNEN noch engagieren, wenn ihr sie zwischen Forstwirtschaft und Tieren einreicht und ansonsten totschweigt.

AK-Frauen Kreisverband Karlsruhe DIE GRÜNEN

## Achtung: Grüne werden von »Solidaristen« noch geschickter unterwandert!

Es war bisher bei vielen Linken und antifaschistischen Grünen bekannt, daß Mitglieder der rechtsextremen Gruppen SOLIDARISCHE VOLKSBEWEGUNG und SACHE des VOLKES/NRAO in einzelnen grünen Landesverbänden z.T. erheblich personell vertreten sind (Hamburg, Rheinland-Pfalz), u.a. mit Hilfe von JN-Neonazis (Rh. Pfalz).

Nun haben die sogenannten „Solidaristen“ ihre Ankündigung wahr gemacht, aufgrund der Karlsruher Beschlüsse über das Verbot der Mitgliedschaft in weiteren Parteien den Namen ihrer Organisation von „Volksbewegung“ in „Bund“ zu ändern.

Die neueste Nummer des Informations „SVB-INFORMATIONEN“ (2/80) hat einen anderen Kopf (nun: „BDS-INFORMATIONEN; BDS = Bund Deutscher Solidaristen“), ebenso wurden die Anschriften des parteiähnlichen Verbandes geändert.

Die Auflagen der beiden Solidaristen-Blätter („SOL“ und „BDS-INFORMATIONEN“) haben sich in etwa verdoppelt. Die Mitgliederzahl scheint auch gewachsen zu sein.

In Nr. 2/80 des genannten Blattes wurde von Aktivitäten der Solidaristen in Schleswig-Holstein gespro-

chen: („Im übrigen arbeiten Solidaristen bei der GLSH schon immer völlig unbehelligt mit“).

Mit dieser schnell vollzogenen „Umwandlung“ der „Volksbewegung“ in einen harmlosen „Bund“ („... ein Zusammenschluß von Menschen, die die fortschrittlichen Ideen ererben, verbreiten und durchsetzen wollen, die in vielen Ländern Europas mit dem Begriff Solidarius verbunden werden“) (BDS-INFO 2/80) scheint es den Solidaristen nun möglich geworden zu sein, mit Hilfe äußerst toleranter Konservativer und Rechter bei den Grünen sich zu etablieren, auch durch Umgehung des UVB's. Daß die Solidaristen bisher noch nirgends ausgeschlossen worden sind, obwohl dies schon längst auch von Vorständen gefordert worden ist (etwa in Niedersachsen vom früheren GLU-Vorsitzenden Lippelt), liegt am z.T. recht einseitigen Demokratieverständnis vieler Grünen.

Es ist nun Sache der Antifaschisten bei den Grünen, dafür zu sorgen, daß dort dem braunen Spuk ein Ende bereitet wird.

Eine KB-Symp. bei den GRÜNEN/Niederrhein

## Frauentreffen der „Grünen“

Am 16./17.2. trafen sich in Berlin rund 50 Frauen aus verschiedenen Landesverbänden der „Grünen“, der AL Westberlin und der BuLi Hamburg. Diskutiert werden sollte über den Frauenteil des Programmentwurfs, die auf dem nächsten Parteitag in Saarbrücken anstehende Wahl des Vorstands und über die bisherigen Erfahrungen, die Frauen in den „Grünen“ gemacht haben.

Die ersten Kontroversen gab es bereits in der Behandlung des Vorstands. Von einigen Frauen, darunter Frau Wiczorek (AUD), wurde vertreten, daß die Frauen bei den Grünen alle Möglichkeiten zur gleichberechtigten Mitarbeit hätten und es im wesentlichen an ihrer Bereitschaft mangle, sich zu engagieren.

Eine Frau bezeichnete die ersten beiden Absätze des Vorstands, die in Umrissen des Ausmaßes an Frauenunterstützung in dieser Gesellschaft darstellen, als „allgemeines Lament“. Dem wurden jedoch mehrere Beispiele für die auch bei den „Grünen“ keineswegs rosigste Lage für Frauen entgegengesetzt. In der von der Versammlung dann endgültig verabschiedeten Fassung ist der Satz, der die Frauen auffordert, „bereit zu sein, mehr politische Verantwortung zu übernehmen“, gestrichen. Stattdessen heißt es: „Sie (die Grünen, d. Verf.) unterstützen, daß die Frauen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen. Ziel der Grünen ist es deshalb auch, die sogenannte private Situation ihrer Mitglieder – Verantwortlichkeit für Kinder, Teilung von Hausarbeit etc. – zum Thema zu machen, um für Männer und Frauen tatsächlich gleiche Voraussetzungen für die politische Arbeit zu schaffen.“

Die ausführlichste Diskussion gab es zu Thema § 218. Mit viel Einsatz beschwor Frau Wiczorek die anwesenden Frauen, auf dem Parteiparteitag in Saarbrücken, keine Ent-

scheidung zum Thema § 218 zu suchen.

Hauptargumentation: Innerhalb der Grünen sei das Thema zu wenig diskutiert; die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 sei nicht durchsetzbar, da das Bundesverfassungsgericht die jetzige Regelung genehmigt habe; im Fall einer Durchsetzung der Forderung in Saarbrücken sei die Einheit der Grünen gefährdet; in der Öffentlichkeit werde jeder Diskussionsansatz dann mit dem Thema § 218 totgeschlagen; insbesondere in den ländlichen Gebieten seien die Grünen nicht mehr wählbar. Sie verwies immer wieder darauf, daß mit der Frauenarbeit bei den Grünen erst jetzt langsam begonnen werde, daß das Frauenprogramm ein vorläufiger Entwurf sei und daß die Entscheidung über den § 218 auf später verschoben werden müsse.

In dieser Frage gab es dann viel Kontra von den anwesenden Frauen. Insbesondere unter Hinweis auf die Ereignisse auf dem Parteitag in Baden-Württemberg, wo der Spitzenkandidat Hasenclever die Durchsetzung der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 nur durch eine Brandrede rückgängig machen konnte, wurde aufgezeigt, daß in den „Grünen“ durchaus eine Basis für diese alte Forderung der Frauenbewegung vorhanden ist. Eine Partei, die sich „alternativ“ nenne, die immerhin einen Programmtitel „Gewalt gegen Frauen“ verabschieden wolle, könne zu dieser Frage nicht schweigen. Viele Frauen berichteten von eigenen Erfahrungen mit ungewollten Schwangerschaften und aus der gegenwärtigen Praxis des § 218.

Erfreulich, daß auch die Frauen von der „Courage“ in dieser Frage mitzogen. S.Plogstedt äußerte unmißverständlich, daß man nicht hinter alte Forderungen zurückfallen dürfe und daß es in dieser Frage keine Kompromisse gebe.

Ungelklärt und undiskutiert auf diesem Treffen blieb die Frage: was machen wir, wenn wir uns mit unseren Forderungen nicht durchsetzen? Appelle, dann auf jeden Fall in den „Grünen“ weiterzuarbeiten, standen neben der Position: dann reicht's. Hieran wird sicherlich noch einiger Streit entbrennen. Einigkeit bestand jedoch darin, praktisch weiter für die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 einzutreten. Am zweiten Tag unterzeichneten bei leider sehr zusammengeschmolzener Teilnehmerzahl 18 grüne Frauen aus verschiedenen Landesverbänden eine Entschließung, in der der Aufruf zu einem nationalen Tribunal gegen den § 218 unterstützt wird und alle Landesverbände aufgefordert werden, Frauentreffen zu veranstalten, auf denen über konkrete Schritte zur Unterstützung des Tribunals beraten werden kann. An die Frauen in Baden-Württemberg und W.-D. Hasenclever richtet sich ein Offener Brief, in dem gegen das Vorgehen auf der Landesversammlung protestiert wird.

Letzter Diskussionspunkt (schon fast in Aufbruchstimmung): die Besetzung der Gremien sowie die Durchsetzung von mehr Möglichkeiten und Rechten für Frauen auf der kommenden Bundesversammlung. Eingerichtet wurde eine Koordinationsstelle, die sich für die Organisation der Kinderbetreuung einsetzen wird.

Das nächste Treffen soll am 3./4.5. sein. Durch rechtzeitige Einladung über die Landesverbände und einen günstigeren Tagungsort sollte es möglich sein, den Teilnehmerinnenkreis noch über das bisher recht schmale Spektrum hinaus zu erweitern. Dringendes Bedürfnis besteht danach, mal ohne den Druck nahender Konferenzen über die Erfahrungen zu sprechen, die Frauen (mit und ohne Posten) bisher in den „Grünen“ gemacht haben.



Grüne Frauen auf der Demonstration am 8. März in Hamburg

## Die Grünen und die »Schmeißfliegen«

Fast zeitgleich mit der CSU haben auch die Grünen ihre „Schmeißfliegen“-Affäre. Werner Knecht, seinzeitiger Bundesvorstandsmittglied der SPD „Die Grünen“, heute Herausgeber von „andere leben“ (Untertitel: „Das Grüne Monatsmagazin“), gehört offenbar zu Strauß' und Stoiber's Bewunderern. In der Februar Ausgabe der Kölner „Stadt-Revue“ schreibt er unter dem Titel „Die Alternativen selbständig erarbeiten“: „Um eine gesamtgesellschaftliche Alternative langfristig aufbauen zu können, muß man Raum für Diskussion und Aktion haben und nicht den Schrott von KBWitzig (auch als KBWitzig oder KÖHL AG bekannt), Arbeiterkrampf (KB) und Tote Fahne (KPD) auf den Rücken gebunden zu bekommen. Diese Schmeißfliegen der Bewegung repräsentieren das „pseudo-linke Kleinbürgertum“ – Ernst Bloch ...“ Die Bunte Liste Köln hat auf diesen Hetzartikel mit einem Offenen Brief an die Kölner Grünen reagiert: „Diese Art der Auseinandersetzung, Hetze und Entmenslichung des politisch Andersdenkenden hat während der Zeit der APO einen von den Springer-Blättern aufgeheizten Menschen zum Attentat auf Rudi Dutschke motiviert. Erinnern möchten wir in diesem Zusammenhang auch daran, daß derzeit die gesamte BRD-Presse gespannt über die Äußerungen des gesperrten Strauß/Stoiber („Schmeißfliegen und Retten“) gegen über fortschrittlichen und linken Schriftstellern wie Bernd Engelmann reagiert hat ... Wir sind darüber hinaus der Ansicht, daß Leute mit einem faschistoiden Stil der politischen Diskussionsführung eigentlich nichts in einer Partei zu suchen haben, die für sich den Anspruch erhebt, „alternativ“ zu sein ... Wir würden uns die Frage stellen, ob wir mit Leuten zusammenarbeiten wollen,

die im Stil faschistischer Hetze politische Gegner im alternativen Lager verunglimpfen und diffamieren. Unsere Antwort wäre eindeutig: NEIN – ähnliches erwarten wir auch von der sich „alternativ“ nennenden Partei Die Grünen; sowohl auf Kreis- als auch auf Landesebene.“

Ob aus dem von den Kölner Buntten geforderten Parteiausschluß gegen Werner Knecht etwas wird, ist allerdings noch die Frage. Knecht ist in der Vergangenheit schon häufiger im Schußfeld der Kritik geraten, hat es aber jedesmal verstanden, ungechoren davonzukommen. Ein Antrag von fortschrittlichen GLU-Mitgliedern, Knecht wegen seiner Menschalpolitik gegenüber der Presse (vgl. AK 167, S.7) aus der GLU auszuschließen, ist im Sande verlaufen. Andererseits wird es Knecht „einflußreichen Freunden“ bei den Grünen diesmal schwerfallen, seine neueste „Entscheidung“ herunterzuspielen. Immerhin haben die Grünen in NRW auf ihrer Landesmitgliederversammlung im Wesel am 23.2. auch eine Resolution gegen Stoiber und Strauß verabschiedet, in der „auf das schärfste gegen die Methoden führender CSU-Sprecher“ protestiert wird, „kritische Schriftsteller als Ratten und Schmeißfliegen“ abzuqualifizieren. Zwar können die Grünen es auch in dieser Frage nicht lassen, noch irgendwie die Ökologie ins Spiel zu bringen: „Die Grünen werden ihren Beitrag dazu leisten, daß auch unsere geistige und politische Umwelt geschützt und nicht auf primitiv Weise zerstört wird“ heißt es im grünen Zentralorgan („Die Grünen“ vom 1.3.80) zur Interpretation dieser Resolution. Aber egal – ob nun als Beitrag zum Umweltschutz oder zur Verteidigung der Demokratie: Strauß, Stoiber und Knecht muß das Handwerk gelegt werden!

## Leserbrief aus der Mythologien-Ecke

Ein wenig verwundert war ich schon, als ich in eurem Bericht über die Arbeitsgruppentagung des SB in Hannover (AK 172, S. 6) las, daß ich in der „links“ – als Reaktion auf den Beschluß des SB-Delegiertenrates, die „basidemokratischen und sozialistischen Fraktionen in den buntten, alternativen und grünen Parteien“ zu unterstützen – eine „Wahl-Orientierung auf die SPD“ propagiert haben soll. Was ich dort schrieb, war etwas anderes: daß eine Wahlempfehlung irgendeines Gremiums ein „überflüssiger Bevormundungsversuch“ ist und jeder selbst entscheiden soll, was er wählt – „wenn er es überhaupt noch über sich bringt, an diesem Ritual teilzunehmen.“ Um es eurem eigenwilligen „links“-Interpreten noch etwas deutlicher zu sagen: Ich bin gegen eine Wahlempfehlung – sei es für die SPD, die Grünen, die DKP oder irgend ein anderes Übel. Mein Kandidat: Niemand! Meine Partei: Keine! Allerdings bin ich der Ansicht, daß jeder als Resultat eigenen Denkens und gemeinsamer Diskussion zu seiner Entscheidung finden soll und daß sich niemand berufen fühlen soll, ihm diese abzunehmen.

Von dieser Einstellung hat halte ich die in der Links seit Monaten alles überschattenden Wahlfeiern und -faschismen für politisch verhängnisvoll und kann nur hoffen, daß wir uns daraus so schnell wie möglich wieder lösen. Da werden z.B. in Hessen in atemberaubendem Tempo die Weichen für eine Wieder- aufbereitungsanlage gestellt – und

was bewegt sich dagegen, fast nichts. Wie gebannt starren dagegen die meisten Linken auf die grüne Partei (oder auf den Strohhalm einer buntten Alternative links neben den Grünen). Unterdessen werden hierzulande Entscheidungen wie die über die WAA vorbereitet und vielleicht auch durchgeführt, ohne daß wir das so richtig bemerken, geschweige denn darauf praktisch reagieren. Ein paar Grüne in Bonn werden dann bestenfalls noch Zeit haben, nachträglich einige markige Proteste von sich zu geben – wenn sie ja ins Bundeshaus anders als Besucher kommen sollten. Außer Worten nichts gewonnen – werden derneist die Historiker über uns sagen.

Die Vernachlässigung, eine grüne – aber auch eine bunte – Alternative aufzubauen, sind kein Zeichen der Stärke der Anti-AKW und Ökologiebewegung, sondern Ausdruck ihrer Schwäche und ihrer Krise. Zu keiner Zeit erwies sich die Bewegung in den letzten Jahren real als so schwach wie heute, wo ihr Stellvertreter lauter als je zuvor auftreten. Daß dies so ist, hat wesentlich auch mit der Links zu tun. Links Politik wähnt sich bei uns immer dann auf der Höhe der Zeit, wenn es um Strategiebestimmung, Parteiaufbau, Wahlverhalten, Bündnisabstimmung, Mobilisierung, Gremienbesetzung, Stellvertreter und Avantgardeansprüche und ähnliches mehr geht. Auch in bezug auf die Anti-AKW- und Ökologiebewegung, die außerhalb der traditionellen Linken sich entfaltet, war das nicht anders: erst als die er-

sten Parlamentarisierungskräfte darin aufzugehen begannen, fühlte sich auch die Links auf dem ihr bislang weithin fremden Terrain der Bürgerinitiativen wohler und begann, dieses in der ihr vertrauten Weise zu okkupieren. Mit welchem Ergebnis, wird die Zukunft noch zeigen, wenn es nicht schon deutlich geworden ist.

An dieser Okkupation sind nicht nur Organisationen wie der KB beteiligt. Auch das SB hat seinen wachsenden Anteil daran: die AG-Tagung in Hannover hat gezeigt, wie sehr dies bereits der Fall ist – in dem dort dominierenden parteiformigen Diskussions- und Entscheidungsprozeß wie in den mehrheitlich verabschiedeten Inhalten. Allerdings: so mancher SBler, der derartige Politikformen und -inhalte ablehnt, ist nicht einmal mehr zu dieser AG-Tagung gekommen oder hat dort geschwiegen. Es mag ja falsch sein, anderen das Feld so zu überlassen, verständlich aber ist das Fernbleiben auf jeden Fall.

Ihr habt zwar nichts als spöttische Abschüttung gegenüber den „Basis-mythologien“, wie Ihr in eurem Bericht über unsere AG-Tagung einmal mehr deutlich macht, da Ihr euch selbst auf der gleichen Ebene von Politik bewegt wie SPD, Grüne, DKP, aber auch Teile des SB – über den Menschen und ihrem Alltag. Dennoch wäre schön, wenn Ihr wenigstens diesen Leserbrief aus der SB-Mythologenecke abdruckt.

Volkhard Brandes, Frankfurt



# Hamburg: Schwierigkeiten mit der Einheit im Kampf gegen Strauß

Am 14.2.80 hatte sich ein großer Teil der in Hamburg aktiven Anti-Strauß-Gruppen, Personen und gegen Strauß engagierte Organisationen auf einem gemeinsamen Koordinierungstreffen auf Einladung der „Initiative gegen Rechts, Stoppt Strauß!“ zusammengefunden. Vorausgegangen war die Auflösung eines parallel angesetzten Treffens, zu dem einige Mitglieder der „Grünen“ aufgerufen hatten. Da keine Einigung erzielt werden konnte, auf welcher Ebene die Zusammenarbeit zukünftig stattfinden sollte, wurde vereinbart, diese Debatte auf dem nächsten Treffen am 4.3. zu führen.

Mit dem Treffen am 4.3. haben sich die Aussichten, ein Koordinierungstreffen aller Anti-Strauß-Kräfte auf gleichberechtigter Grundlage herzustellen, allerdings noch mehr verschlechtert.

Die Weichen waren bereits vor dem Treffen gestellt: Zum einen hatte die „Initiative...“ mit ihrer Einladung eine Erklärung verschickt, in der sie sich als die „Hamburger Initiative“ hinstellte, die bereits das bisher „breiteste Anti-Strauß-Bündnis“ in Hamburg repräsentiere. Deshalb seien für sie „Abstimmungen... bei denen jede anwesende Initiative gleichberechtigt, unabhängig von ihrer Größe und Bedeutung EINE Stimme haben mußte... nicht akzeptabel“. Die „Initiative...“ will den anderen Kräften lediglich die „Teilnahme“ an und „Werbung“ für die von ihr getragenen Aktivitäten zuweisen.

Andererseits hatten Mitglieder der „Parlamentsfraktion“ Einsbüttel der BuLi und den Grünen bereits zum 3.3. erneut zu einem eigenen Treffen aufgerufen. Zur Begründung wurde von diesem Kreis wider besseren Wissens behauptet, bei dem Treffen der „Initiative...“ handle es sich „im wesentlichen um einen Zusammenschluß im Umfeld der DKP“ (Rundbrief der Hamburger Grünen, Februar 80).

Der KB verteilte auf beiden Treffen, am 3.3. und 4.3., eine Stellungnahme, in der es heißt: „Das Vorgehen der „Initiative...“ und das der Initiatoren des „Werkstatt“-Treffens (der Grünen - Anm. AK) sind dazu geeignet, sich gegenseitig in ungleicher Weise hochzuschaukeln... Darüber hinaus allerdings teilen wir die Ansicht der „grünen“ Initiatoren, daß die „Initiative...“ vor sich selbst kein Interesse an einem gleichberechtigten Bündnis mit einem gleichberechtigten Bündnis hat. Wir haben es allerdings für falsch und einem gemeinsamen Vorgehen nicht dienlich, im Alleingang zur Gründung eines parallelen Gründungstreffens aufzurufen, bevor die Auseinandersetzung geführt ist. Wir rufen dazu auf, den Vertretern der „Initiative...“ auf der Sitzung am Dienstag nachdrücklich klarzumachen, daß sich die übrigen Initiativen u.a.m. durch ihre Spaltungsdrohung nicht erpressen lassen, sondern daß die „Initiative...“ eine gleichberechtigte Zusammenarbeit akzeptieren muß, wenn sie sich nicht selbst von der Arbeit an der Basis isolieren will. Wir fordern die Teilnehmer des „Werkstatt“-Treffens dazu auf, sich an dieser Auseinandersetzung durch ihre Anwesenheit zu beteiligen.“

Das Treffen der „Grünen“ war von zwölf nicht delegierten Personen besucht (eingeschlossen drei BeobachterInnen des KB), die folgenden Gruppen/Arbeitszusammenhängen angehören: Antifa Lockstedt, Antifa Langenhorn, Grüne Einsbüttel, Grüne Hamburg-Mitte, zwei Mitglieder der „Grünen“ in der BuLi. Hauptpunkt des Treffens war die Verabschiedung eines „Offenen Briefes an alle Hamburger Initiativen...“, in dem es heißt, daß sich „zwölf Mitglieder verschiedener Anti-Strauß-Gruppen zwecks Koordinierung ihrer Anti-Strauß-Aktivitäten“ getroffen haben, die sich als „eine Initiative für ein für alle Interessierten Kräfte zur gleichberechtigten Mitarbeit offenes Bündnis“ verstehen und die „appellieren... sich für eine notwendige Zusammenarbeit aller interessierten Kräfte in einem tatsächlichen offenen Bündnis auf gleichberechtigter Basis einzusetzen“. Der „Offene Brief“ wurde am 4.3. beim Treffen der „Initiative...“ verteilt.

## ERKLÄRUNG DER INITIATIVE GEGEN RECHTS STOPPT STRAUSS!

Liebe Freunde und Genossen!

Nach der beschwerden Mechanismus zu den Organisationsprinzipien der „Initiative gegen Rechts: Stoppt Strauß!“ und des Beratungstreffens, so den wir am 4.2. und am 14.3. eingeladen hatten, wollen wir an dieser Stelle noch einmal ausführlich, und hoffentlich befriedigend, unsere Position darlegen.

1. Die Hamburger „Initiative gegen Rechts: Stoppt Strauß!“ (in folgenden nur noch „Initiative“ genannt) existiert in der Form eines Personbündnisses. Ihr gehören als MITGLIEDER bislang die Repräsentanten (Vorstände u.ä.) von 100 Organisationen, Verbänden und Interessengruppen an. Die Initiative repräsentiert das bisher breiteste Anti-Strauß-Bündnis in unserer Stadt und ist deshalb berechtigt, als HAMBURGER INITIATIVE aufzutreten. Die Initiative existiert mit einem Auftrag, der von einem breiten Kreis Hamburger Persönlichkeiten unterstützt wird.

2. Die neuen Mitglieder der Initiative haben sich u.a. auf Aufgabe gestellt, das politische Spektrum ihrer Mitglieder zu erweitern. Die Initiative hat beschlossen, zur Repräsentation von Verbänden, Organisationen etc. aufzunehmen, nicht aber Vertreter örtlicher Anti-Strauß-KG. Zum späteren zur Begründung über.

3. Die Initiative wird EIGENSTÄNDLICH UND UNABHÄNGIG versuchen, die Anti-Strauß- und Anti-Rechts-Arbeit in HH zu organisieren, d.h. Aktionen, wie bspw. Demonstrationen, Veranstaltungen und Veröffentlichungen unter ihrem Namen und ihrer Verantwortung zu initiieren.

4. Die Initiative lädt JEDENMANN alle in HH im Anti-Strauß-Kampf engagierten örtlichen Initiativen und Organisationen HERZLICH zur KOLLABORATION ein. Mit diesen Beratungen verfolgen wir folgenden Zweck:

Verstärkung und Mehrzweck, möglicherweise auch Modifikation unserer Arbeitsverbände mit dem Ziel, bei Konsens der Vertretungen zu einheitlichen Vorgehen der Initiative mit einer möglichst großen Anzahl der anwesenden örtlichen Initiativen und Organisationen zu kommen.

5. Einziges Ziel: Die Initiative legt ein einheitliches Flugblatt vor, örtliche Initiativen nutzen die Initiative als eigenes Medium.

Das „Initiative...“-Treffen war wie am 14.2. von einem breiten Spektrum von Anti-Strauß-Kräften besucht. Anwesend waren ca. 60 Leute, darunter Vertreter aus der „Initiative...“, von Initiativen aus Eppendorf, Langenhorn, Bramfeld, Groß-Borsfelde, Bergedorf, Altona, Komitee gegen Rechts/Hamburg/Nienstedt, DFI, KB und ZL-Gruppe. Die „Initiative...“ gab zunächst die Neuaufnahme von Personen aus folgenden Organisationen bekannt: VVN, VDJ, Deutsche Jugendpresse, (Der „Initiative...“ gehörten bereits Vertreter von Jusos, Judos, Falken, Gewerkschaftsjugend, SDAJ u.a. an). „Schüler gegen Rechts“ eröffneten dann die Diskussion mit der Erklärung, sie hätten ihre Absicht, der „Initiative...“ ebenfalls mit einem Vertreter beizutreten, auf Grund der in der Erklärung der „Initiative...“ zum Ausdruck kommenden undemokratischen Haltung zurückgenommen. Ebenso äußerte sich später der Vertreter des KB. Es folgte massive Kritik eines großen Teils der Anwesenden an dem Alleinvertretungsanspruch der „Initiative...“ und ihrer Weigerung, mit anderen Initiativen/Gruppen gleichberechtigt zusammenzuarbeiten.

Von Seiten der „Initiative...“ wurde jede Kritik zurückgewiesen, z.T. mit scheinheiligen und demagogischen Argumenten wie „Wir sind doch hier kein Parlament“, „Wir wollen hier keine Prinzipiendebatte, wir wollen endlich praktisch werden“. Auch der Vermittlungsvorschlag, einen Organisationsausschuß zur Vorbereitung der Treffen zu bilden, wurde von der „Initiative...“ abgelehnt.

Auf die Frage, ob denn die „Initiative...“ ihrerseits bereits sei, sich auch den Vorschlägen/Aktivitäten anderer Initiativen/Gruppen aus dem Teilnehmerkreis anzuschließen, war

keine eindeutige Antwort zu erhalten.

An dieser Stelle wurde die Debatte ohne Ergebnis abgebrochen. Es bestand soweit Einigkeit, daß in der Frage der Zusammenarbeit alle Pro- und Contra-Positionen klar seien und es nun an den Initiativen und Gruppen liege, sich zu entscheiden, ob sie unter solchen Bedingungen an den Treffen teilnehmen wollen.

Im Anschluß daran versuchte die „Initiative...“ noch, mit einigen Vorschlägen für praktische Arbeit das weitere Interesse der Initiativen/Gruppen für sich zu gewinnen. Für die Durchführung einer DGB-Veranstaltung zu Strauß, für eine Kulturveranstaltung gegen Strauß, für das Projekt einer „Bevölkerungszeitung“ bot sie den Versammelten eine mögliche Beteiligung — unter 1000 Bedingungen, versteht sich — an. Darüber hinaus billigte sie den Vorschlag, ein Info-gemeinsam herzustellen, in dem die verschiedenen Initiativen über ihre Arbeit berichten. Herausgeber sollen die mit, die die Beiträge machen. — Angesichts der Gesamthaltung der „Initiative...“ ist

Beiträge machen. — Angesichts der Gesamthaltung der „Initiative...“ ist das aber wohl ein zweifelhaftes Angebot.

Die Entwicklung einer gleichberechtigten Zusammenarbeit aller Anti-Strauß-Kräfte kann im Rahmen des von der „Initiative...“ einberufenen Koordinierungstreffs nicht mehr erwartet werden. Die Initiativen und Gruppen sowie Personen, die sich nicht damit begnügen wollen, Zuarbeiter und ausführende Organe der „Initiative...“ und der von ihr allein bestimmten Politik zu sein, werden sich überlegen müssen, wie sie ihre eigenen Kräfte unabhängig von der „Initiative...“ koordinieren können.

Antifa-Kommission  
KB/Gruppe Hamburg

## Brutaler Polizeieinsatz in Rellingen

Gegen den Auftritt des CSU-Spitzenpolitikers Otto Habsburg auf einer CDU-Veranstaltung in Rellingen bei Pinneberg am 2. März kam ein Bündnis von erfreulicher Breite zustande. Jusos, Judos, Alternativzeitung „Anfang“, Schülerzeitung „Dorn“, Liste für Demokratie und Umweltschutz (LDU) und KB erstellten ein gemeinsames Flugblatt mit einem Aufruf zu einem Aktionswochenende inklusive Demonstration am 2. März.

Am Samstag, den 1. März führten wir einen kleinen, genehmigten und betont friedlichen Umzug in der Fußgängerzone in Pinneberg durch. Dazu hatte sich ein Jugendlicher als „Offizier“ verkleidet. Er trug eine ehemalige Bundeswehrjacke, bei der die Rangabzeichen entfernt worden waren. Plötzlich nahmen herbeigeeilte Bullen den Jugendlichen fest und schlugen am Polizeiwagen mit dem Gummiknüppel auf ihn ein. Ein Mädchen, das gegen das Vorgehen der Polizei protestierte, wurde von einem Bullen brutal mit einem Gummiknüppel auf's Bein geschlagen, so daß sie stürzte. Die Bullen schrecken bei ihrem Knüppelinsatz nicht einmal davor zurück, ein dreijähriges Kind umzuschubsen.

Die Bullen begründeten die Festnahme des Jugendlichen damit, daß er „Uniformmißbrauch“ begangen habe.

Am Sonntag, den 2. März fand in Rellingen eine Demonstration mit 160 Leuten gegen den Habsburg-Besuch statt. Die Teilnehmer der Demo, die von Parolen wie „Strauß und Habsburg oben fließig für ein neues 33“ bestimmt war, versuchten nach der Abschlusssitzung, Habsburg einen Besuch abzustatten, wurden jedoch von der Polizei daran gehindert.

Gegen den brutalen Polizeieinsatz vom 1. März gaben Jusos, Judos, Alternativzeitung „Anfang“, Schülerzeitung „Dorn“ und KB noch am Wochenende eine Presseerklärung heraus.

KB/Gruppe Pinneberg

Die Initiative führt eine Vernetzung durch, örtliche Initiativen werden ebenfalls dafür und treten dort mit eigenen Info-Flächen auf. Die Initiative legt Informationsmaterialien vor, die zum eigenen Gebrauch von den örtlichen Initiativen übernommen, bzw. untereinander ausgetauscht werden. Die Initiative ruft zur Demonstration auf, die örtlichen Initiativen orientieren ebenfalls darauf, treten dort in eigenen Blöcken unter eigenen Transparenten auf (...)

6. Abstimmungen über das gemeinsame Vorgehen würden den Charakter dieser Beratungen als widersprechen. Unsere Zielsetzungen sind vielmehr als ANGEHÖRIGKEITEN zur gegenseitigen Information und hoffentlich zur Vernetzung möglich vieler Anwesender zu verstehen.

7. Auf der Beratung am 14.3. wurde von jeder Seite ein alternativer Organisationsmodell vorgeschlagen, welches in Form darauf hinausläuft, die regelmäßigen Beratungen, zu denen die Initiative einladet zu einer Art Vollversammlung oder Delegiertentreff aller Anti-Strauß-Initiativen mit Beobachtungspersonen zu machen. Dazu stellen wir fest: Keine Organisationsform ist für uns nicht akzeptabel. In derartigen Treffen können wir uns nicht beteiligen. Bekanntlich repräsentieren die Mitglieder der Initiative selbst ein breites Spektrum einer Vielzahl von Basisorganisationen mit eigensenden von Mitgliedern. Abstimmungen auf den Beratungen, bei denen jede anwesende Initiative gleichberechtigt, unabhängig von ihrer Größe und Bedeutung EINE Stimme haben müßte, sind für uns deshalb, wir teilen uns verständlichen Gründen, nicht akzeptabel. Die Erarbeitung eines Delegierten-Schlusses halten wir für nicht praktikabel.

8. Bekanntlich steht jeder frei, den Versuch zu unternehmen, außerhalb der von uns einberufenen Beratungen der Initiative mit örtlichen Initiativen und Organisationen eine Art Delegiertentreff aufzubauen. Wir würden diesen Schritt, sollte er tatsächlich vollzogen werden, außerordentlich bedauern, da er eine Abspaltung bedeuten würde, wir aber an einer einheitlichen Bewegung interessiert sind.

9. Wir sind allerdings optimistisch, daß der von uns vorgeschlagene Weg sowohl für die Übergroße Mehrheit der Initiativen und Organisationen akzeptabel als auch der für den gemeinsamen Kampf der erfolgreichsten ist.

In diesem Sinne, mit solidarischen Grüßen

i.d. der Initiative

Klaus-Werner Müller (Landschaftsplaner)

## Anti-Strauß-Veranstaltung in Bergedorf

Am 28.2. veranstaltete das Bergedorfer Anti-Strauß-Komitee einen ersten öffentlichen Informationsabend. Etwa 350 (ohne — Anm. AK) Strauß-Gegner waren dem Aufruf von 13 verschiedenen Organisationen und Initiativen zur Veranstaltung gefolgt. Referate zur Person Strauß, zur Frauen-, Atom- und Medienpolitik der CDU/CSU sowie zwei Beiträge der Bergedorfer Initiative gegen Strauß und des „Werkkreis Literatur“ wurden gehalten und satirische

und kulturelle Beiträge der beteiligten Gruppen wurden vorgetragen. Ein durch Stellwände abgeteilter Raum mit Infoständen mehrerer beteiligter und unterstützender Gruppen bot Raum zur Diskussion auch während der Veranstaltung. Die Besucher verabschiedeten eine Protestresolution gegen ein geplantes NPD-Treffen am folgenden Tag in den gleichen öffentlichen Räumen. Ein guter Auftakt des bisher für Bergedorfer Verhältnisse einmaligen Bündnisses!

## Richtigstellung

Unter dem Aufruf verschiedener „Grüner“ zu dem Anti-Strauß-Treffen am 14.2. stand als einzige Anti-Strauß-Initiative die Gruppe „Bürger gegen Strauß - Langenhorn“. Im AK 172 hatten wir geschrieben, die Langenhorn Initiative habe demontiert.

den Aufruf wirklich unterschrieben zu haben. Das ist falsch, die Initiative hatte tatsächlich mitunterschrieben. Der Fehler geht auf ein Mißverständnis zwischen Antifa-Kommission und AK-Redaktion zurück. Wir bedauern den Irrtum.

AK-Redaktion

## ANZEIGE

## ANZEIGE



**Strauß**

**NEIN DANKE!**

„Ich bin ein Deutschnationaler und fordere bedingungslosen Gehorsam“  
Strauß im CSU-Hauptquartier vor Gefängnis.

erschienen im Jentent Verlag  
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75  
in der 3. Auflage: 11.000

Aus dem Inhalt:  
Skandale und Affären pflastern seinen Weg  
Strauß und die Internationale des Terrors  
Strauß - ein Faschist?  
Die „Sontheimer Rede“  
Anti-DGB-Papier im Wortlaut  
u.v.a.m.

100 S.  
D91  
750



## Gewaltdiskussion in und um Gorleben »Grüner Psychoterror« und »militante Chaoten«

Seit Anfang Februar ist im Landkreis Lüneburg-Dannenberg von den AKW-Betreibern wieder die Gewalt-Diskussion aufgeworfen worden. Diesmal unter Federführung von SPD und CDU, für die in diesem Jahr im Landkreis vorrangige Aufgabe sein wird, den Wahlerfolg der Grünen Partei im letzten Kommunalwahlkampf wettzumachen und dabei trotzdem noch ihre Atompläne in Gorleben weiter verfolgen zu können. Deswegen wird die Hetze nicht wie bisher nahezu ausschließlich gegen »Auswärtige« geführt, sondern auch gegen die BI-Lüneburg-Dannenberg, gegen einzelne Mitglieder sowie auch ganz massiv gegen die Grüne Partei.

Wie heillos die Menschen im Landkreis aber mittlerweile geworden sind, konnte man im Februar in der »Elbe-Jeetz-Zeitung« (EJZ) verfolgen und zwar vor allem auf den Leserbrief- und den Anzeigenseiten. Wir dokumentieren diese Auseinandersetzung im Folgenden sehr ausführlich, da sie einen guten Einblick in die politische Situation und die Stimmung in Gorleben gibt.

Begonnen hatte die Auseinandersetzung mit einem Leserbrief des SPD-MdL Hans-Alexander Drechsler in der »EJZ« vom 21.1.80. Unter der Überschrift »Demonstrationsrecht ja - Gewalt nein« (wobei nicht klar ist, ob die jeweiligen Leserbrief-Überschriften vom jeweiligen Schreiber oder einem Redaktionsmitglied der EJZ stammen), ließ Drechsler

wie bei der Veranstaltung mit Herrn Ravens - offenbar recht wohl fühlt in enger Gesellschaft mit Leuten, die mit Ausdrücken der Gasse, mit der Behauptung »es gibt keine deutsche Politik« und »wir haben in der Bundesrepublik einen Bürgerkrieg« Politik machen wollen.

Es darf nicht länger hingenommen werden, daß einige kriminelle Demonstranten das versammlungsrechtlich garantierte Demonstrationsrecht mißbrauchen und andere in diesen Mißbrauch hineinziehen. Die Grünen und die Bürgerinitiativen müssen sich radikal von Leuten trennen, die nicht auf dem Boden der freiheitlichen Ordnung und der parlamentarischen Demokratie stehen. Es genügt nicht auf dem Boden der freiheitlichen Ordnung und der parlamentarischen Demokratie unseres Grundgesetzes stehen. Es genügt nicht, einfach zu sagen: »Wir sind gegen Gewalt«, wenn in den eigenen Reihen bei Demonstrationen Gewalt - z.T. sogar richterlich bestätigt - angewendet wird. Wir alle müssen mit gleicher Konsequenz jeglicher Gewalt entgegenzutreten, mit der wir das Demonstrationsrecht, das friedlich sein muß, verteidigen. Die Auseinandersetzung über die Probleme der Kernenergie können wir nur auf der Grundlage von Gesetz und Verfassung führen.

Das ist natürlich leicht gesagt,

völlig unbescholtene Bürger, die bisher sozusagen als Stützen unserer demokratischen Gesellschaft galten, in ihrer Not und Angst vor den Auswirkungen der Atomenergie sogar das Risiko eingehen, wegen einer politisch motivierten Demonstration zivilrechtlich bestraft zu werden.

Wenn Herr Drechsler besonders darauf hinweist, daß Frau von Blotnitz von zwei Gerichten verurteilt worden sei, so macht er sein Unvermögen zu dieser Erkenntnis allein deutlich. In Herrn Drechsler's Demokrativerständnis haben offenbar die gewählten Vertreter völlig freie Hand bei ihren Entscheidungen, wenn sie erst einmal gewählt sind und wenn man schließlich hinter verschlossenen Türen Beschlüsse faßt.

Wer eigentlich wagt Herrn Drechsler darauf hin, daß er mit dieser Auffassung in krassstem Gegensatz zum Godesberger Programm seiner Partei steht. Dort heißt es: »Freiheit und Gerechtigkeit lassen sich durch Institutionen allein nicht sichern. Eben dies aber versucht Herr Drechsler...«

Man könnte den Leserbrief Herrn Drechsler kommentarlos beiseitelegen, wäre Herr Drechsler nicht aufgrund seines Landtagsmandats, seines Kreismandats und seiner Stellung als Bürgermeister der Stadt Uelzen ein herausgehobener Vertreter der

von militanten Radikalen und Chaoten unterwandert sind, die bewußt kriminelle Handlungen begehen und unseren demokratischen Staat besetzen wollen... Es ist zudem bestürzend, in welchem Ausmaß Vertreter der »Grünen« und der Bürgerinitiativen Gewaltanwendung ideologisch rechtfertigen oder verharmlosen.

Psychischen Druck als kriminelle Handlung zu bezeichnen ist schon eine Frechheit an sich - geäußert von einer Regierungspartei, die zusammen mit der CDU im Landkreis ein Klima der massiven Bedrohung durch die Belagerungstruppen von Polizei und BGS als ihren Diskussionsbeitrag zur Atomdebatte geleistet hat, natürlich friedlich und demokratisch, so wie sie auch national in die Diskussion »einzugreifen« pflegt, wenn sich irgendwo der Widerstand regt. An wessen Adresse das geht, wird noch später beschrieben werden.

Erneut wird hier versucht, die verurteilten Landwirte (»Nötigung«) und andere Mitglieder der BI als Kriminelle zu diffamieren, von denen sich Grüne und BI schnellstens trennen müssen, wenn sie ihre Glaubwürdigkeit in Fragen der Gewaltlosigkeit behalten wollen. Wie sehr muß diesen Leuten die uneingeurteilten AKW-Gegnern in die Glieder gefahren sein, die offensichtlich Selbstverständlichkeit, mit der die

solche Anspielungen »politischer Selbstmord seien« (Motto: Gefahr erkannt - Gefahr gebannt). Die BI hat inzwischen Einspruch gegen diesen Beschuldigung eingeleitet.

### Grüner Psychoterror?

Markige, fast schon bajawarische Worte fand der CDU-Landtagsabgeordnete Kurt-Dieter Grill für eine Anzeige der Grünen in der »EJZ«, die gegen die Errichtung eines Zwischenlagers in Gorleben gerichtet war. Darin wurden auch einige Telefonnummern von CDU-Mitgliedern, meist Abgeordneten, veröffentlicht, mit der Bitte, sie für den im Februar stattfindenden CDU-Kreisparteitag in dieser Frage mit Wählern Meinung zu konfrontieren. Logisch, daß das für die Herren eine ausgesprochene Zumutung ist, wenn nicht Schlimmeres. Grill meinte zu der Anzeige, sie sei »ein geläufiges Armutszeugnis«, hier betriebe eine bunt gewürfelte Gruppe, deren Gründung unter chaotischen Umständen verliefen sei, ein primitives Geschäft mit der Angst der Bürger und insbesondere der Frauen. Die Grünen würden zum Psychoterror aufrufen, wo doch »geläufiger Terror« zur Durchsetzung politischer Ziele in den Bereich autoritärer, politisch einseitig ausgerichteter Systeme gehöre.

Bereits zwei Tage später antwortete der »grüne« Norbert Mölleman in einem Leserbrief: »Die »großen« Politiker tun es schon eine ganze Weile. Ihre kleinen Kollegen »großen« Politiker tun es schon eine ganze Weile. Ihre »kleinen« Kollegen aus dem Landkreis und von nebenan ziehen etwas später, aber nicht weniger heftig, nach: Sie schließen sich auf die Grünen ein. Die Grünen, das sind: Abenteuer, die sich nicht anständig nach allen Seiten abgrenzen können; Chaoten, sehr man nur mal ihre Gründung an; Gewalttäter (sogar vor guten Gerichten beschuldigt), die alle mit Totschlägern und Benzinkanistern an Bohrstellen herumlungern; noch dazu betreiben sie Psychoterror: sie geben einfach die Namen der Politiker bekannt, falls das Volk mit ihnen sprechen will (möge das doch nie passieren!), usw. usw.

Oh, diese verantwortungsbewußten Politiker haben schreckliche Angst; mit der versuchen sie ein Geschäft zu machen. Dabei haben sie doch nur Angst um ihre Geschäfte...« (»EJZ«, 9.2.80).

Am 15.2. schrieb ein anderer EJZ-Leser zu Grills Angriffen: »Was ich aber bei Ihrem ständigen Bemühen um Sorgfalt und Ausgewogenheit vermisste, ist eine Äußerung über den »Physischen Terror«, den hier ein Staat den eigenen Bürgern antut. Oder wie würden Sie die tägliche Anwesenheit schwerbewaffneter Polizeitruppen hier im Kreis, das Entleeren von Privatgrundstücken, das Bauen von Beton- und Stacheldrahtzäunen, das Fällen von Bäumen, auf denen Menschen sitzen, oder das Absperrn von Privatwegen mit Waffengewalt - ohne entsprechende Rechtsgrundlage - bezeichnen? Gestörter Terror ist das sicher nicht, sondern nackte physische Gewalt, die jeder von uns täglich vor Augen hat. Warum aber, Herr Grill, äußern Sie sich nirgends über diese Vorgänge? Ist es, weil Sie Ihre Aufgabe als Volksvertreter so verstehen, daß Sie als getreuer Diener des Staates dessen Interessen mit allen Mitteln - auch mit Polizeigewalt - gegenüber Ihren Wählern durchzusetzen gedenken, oder ist Ihnen die Form geistiger Auseinandersetzung der Grünen, die Sie als »geistigen Terror« bezeichnen, so suspekt, weil Ihnen dafür eine wichtige Voraussetzung fehlt: - der Geist?«

Diese über einen Zeitraum von ca. drei Wochen beschriebene Auseinandersetzung zwischen bürgerlichen Politikern und Bürgern des Landkreises zeigt die Klüfte, die das jahrelange, hautnahe Agieren der Staatsmacht zwischen der Bevölkerung und den etablierten Parteien gestiftet hat. Weder der Wahlspruch: »Hast Du eine Kuh, dann wählst Du CDU«, noch die SPD als scheinbare Alternativen können im Raum Gorleben die gleiche Bedeutung genießen, die sie in vergleichbaren ländlichen Gebieten haben. Die gezeigten Panikreaktionen auf die politische Entwicklung der Menschen, die das massive Auftreten des Atomstaats hier ausgelöst haben, verlangen nicht mehr in gewohnter Weise. Die geplanten Frühjahrsktionen in Gorleben werden diese Entwicklung beschleunigen helfen, und sie doch zum großen Teil »auf Bauern eigenem Mist gewachsen«.

AKW-Nein-Kommission



Der BGS mischt sich in die Gewaltdiskussion ein

wenn ein »Lex Gorleben« existiert, die das Gesetz für die Region zugunsten der Atombetreiber geändert hat. Da muß er dann auch schon daran appellieren, »jeglicher Gewalt entgegenzutreten, mit der wir (?) das Demonstrationsrecht verteidigen«. Denn er weiß natürlich genau: wie denn sonst? - vor allem bei seiner Definition von Gewalt.

Am 6.2. gab es die ersten Reaktionen auf Drechsler in der »EJZ«. Marianne Fritzen (BI Lüneburg-Dannenberg) wertet seinen Brief als »den Versuch, 1. mit falsch wiedergegebenen Abfolgen Meinungsäußerungen abblenden Demonstrationen zu betreiben und 2. den Startschuß für einen Wahlkampf gegen die Atomgegner«. Er sei ein »Versuch, aufrechte, verantwortungsbewußte Bürger des Landkreises, die zum Teil aus sicher unterschiedlichen, aber immer wohlbedachten Gründen Atomkraftgegner sind, mit unkritischer, oberflächlicher Betrachtung zu Kriminellen abzuqualifizieren«. Dies »weckt ... Erinnerungen an böse Zeiten«.

Deutlicher wird Jürgen Marquardt, Vorsitzender des Kreisverbandes »Die Grünen«:

»In seinem Leserbrief... schließt sich Herr Drechsler... der auch von anderen Politikern der etablierten Parteien geübten Praxis an, Atomkraftgegner und Kriminelle in einem Atemzug zu nennen. Herrn Drechsler gelingt es offenbar nicht, Atomkraftgegner, zu denen ja nun auch »Die Grünen« gehören, in sein politisches Weltbild einzuordnen. Obwohl er verbal für das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit eintritt, vermag er persönlich nicht zu begreifen, daß

SPD, Herrn Drechsler's Leserbrief bietet ein weiteres Beispiel dafür, wie weit Anspruch und Wirklichkeit innerhalb der SPD auseinandergehen...

Zu den Angriffen gegen Frau von Blotnitz schreibt eine weitere Leserin der »EJZ«: »Herr Drechsler, SPD-MdL, antworten Sie mir Netzsche: Der Ekel vor dem Schmutz kann so groß sein, daß er uns daran hindert, uns zu reinigen, uns zu rechtfertigen. Richter sprechen in jedem Fall ein Urteil, aber in den seltensten Fällen Recht.«

Solche Reaktionen auf ihre Vorwürfe konnte die SPD des Landkreises, die mit den Angriffen auf Einheimische offenbar total ins Fettnäpfchen getreten war, nicht davon abhalten, ihre Demagogie fortzusetzen. Eine Woche nach Erscheinen der oben zitierten Leserbriefe erschien am 14.2. ein Artikel in der »EJZ« unter der Überschrift: »Atomdiskussion ohne Gewalt« und »SPD fordert radikale Trennung von militanten Kernkraftgegnern«. Dieser Artikel enthält eine Erklärung des Geschäftsführenden Vorstandes des SPD-Unterbezirks Uelzen/Lüneburg-Dannenberg, welcher der »EJZ« durch - wer könnte es anders sein - Drechsler zugeworfen wurde. In dieser Erklärung heißt es: »Gewaltanwendungen, Nötigung, psychischer Druck und andere kriminelle Handlungen haben bei Demonstrationen und anderen Aktivitäten von militanten Kernkraftgegnern ein Ausmaß angenommen, das eine sachgerechte Diskussion der Probleme der Kernenergie und des Umweltschutzes mit diesen Gruppen unmöglich macht. Es ist nicht zu übersehen, daß die »Grünen« und die Bürgerinitiative

Einheimischen bereit sind, »kriminell« zu werden, daß sie sich zu solch halbbrückerischen Tiraden bemüßigt fühlen!

### Gemeinnützig = staatsstreu

Mitte Februar befand sich wieder einmal ein Minister auf einer der sich häufenden »Propagandaschows« der Atombetreiber - diesmal Forschungsminister Hauff. Während einer offenen Diskussionsrunde im Lüneburger Ratskeller, als sich die Diskussion gerade um die Ausübung und Verteilung von Macht in unserem Staat drehte, überraschte Marianne Fritzen den Minister mit der Information, das Finanzamt Lüneburg-Dannenberg hätte der BI die Gemeinnützigkeit aberkannt. Sie zitierte aus der (vielsagenden) Begründung:

»Die Erschließung neuer Energiequellen, also auch der Bau von Atomkraftwerken, liegt im Interesse der Allgemeinheit und wird auch von der breiten Öffentlichkeit als notwendig angesehen. Der Bau solcher Kraftwerke wird von den verfassungsmäßig zustandekommenden Gremien des Staates genehmigt und zwar unter Beachtung der notwendigen Sicherheitsvorkehrungen. Bestrebungen, den Bau von Atomkraftwerken überhaupt zu verhindern, können daher nicht als Förderung der Allgemeinheit verstanden werden.« (»EJZ«, 18.2.80).

Dies konnte der Minister nur »verwandert« zur Kenntnis nehmen, hatte er doch gerade versucht, die durch seine Bezirksgegnen geschlagenen Wellen zu glätten, indem er kritisierte, daß Mitglieder der BI und der Grünen als kriminell und staatsgefährdend bezeichnet würden, weil

### AKW-Gegner und Kriminelle

Er nimmt in seinem Brief Bezug auf die Ravens-Veranstaltung vom 21.1. in Lüneburg (siehe dazu AK 170, S.11):

»Nach der Demonstration von Kernkraftgegnern an der neuen Bohrstelle 1002 besetzten etwa 180 Demonstranten den Raum im Ratskeller Lüneburg, in dem Karl Ravens auf einer SPD-Veranstaltung zu Fragen der Landespolitik einschließlich der Probleme um Gorleben sprechen wollte. Die Veranstaltung begann mit Störungen und Zwischenrufen der Demonstranten an Karl Ravens und mich wie »Sozialfaschist«, »alter Fucker«, »Arschloch« und »Schwein«. Der Redner wurde in jedem Satz mit grob beleidigenden Zwischenrufen unterbrochen und trotz seiner äußerst geduldigen Zurückhaltung am Reden gehindert. Die Sprecher der Demonstranten waren nicht bereit oder nicht in der Lage, für ein ordnungsgemäßes Verhalten ihrer Anhänger zu sorgen. Erst nach Ausruf der Randalierer konnte die Veranstaltung vernünftig durchgeführt werden.

In der von Tumulten beherrschten Auseinandersetzung warf ich den Grünen, der Bürgerinitiative und vor allem Herrn Janning vor, sich nicht eindeutig in Worten und Taten von Gewalt gegen Personen und Sachen zu distanzieren und nicht in der Lage zu sein, dafür zu sorgen, daß Gewaltakte und strafbare Handlungen durch Kernkraftgegner unterbleiben. Bei dieser Behauptung bleibe ich. Sie gründet sich u.a. auf einen Bericht in der »EJZ« vom 11. September 79, in dem es wörtlich heißt: »Jörg Janning, Pressesprecher der BI Umweltschutz Lüneburg-Dannenberg, kündigte gestern an, daß die Vorbereitungsarbeiten weiterhin behindert werden. Man wolle dabei bewußt das Risiko auf sich nehmen, angezielt und auch bestraft zu werden. Der Widerstand müsse so lange weitergehen, bis auch die verantwortlichen Politiker endlich wach würden.« Janning hat damit zu strafbaren Handlungen schlichtweg aufgerufen. Noch eindeutiger wird Gewalt in Flugblättern einiger »Bürgerinitiativen Lüneburg-Dannenberg« gefordert, die von Personen außerhalb des Landkreises gesteuert werden, die aber stets gemeinsam mit der örtlichen Bürgerinitiative an Demonstrationen in und um Gorleben teilgenommen haben.

Wegen der Darstellung dieses klaren Sachverhalts hat mir Frau von Blotnitz in der Veranstaltung mit Herrn Ravens zugeflüstert (siehe »EJZ« vom 23. Januar 1980): »Sie dürfen nicht so lügen. Janning hat nie zur Gewalt aufgerufen. Wir haben uns immer von Gewalt distanziert.«

Hierzu stelle ich fest: Frau von Blotnitz ist vom Amtsgericht Uelzen und vom Landgericht Lüneburg wegen Nötigung, also einer besonderen Form von Gewaltanwendung, richterlich verurteilt worden. Bei diesem Sachverhalt ist es weiter auch nicht verwunderlich, daß sie sich -



# Gorleben-Großaktion im Mai?

Auf starke Resonanz stieß der Aufruf einiger Vertreter der BI Lüchow-Dannenberg, bundesweit über die Durchführung einer Platzbesetzung im Landkreis Lüchow-Dannenberg zu diskutieren (s. AK 171).

Innerhalb einiger Wochen erhielt die BI Lüchow-Dannenberg 47 Stellungnahmen von Bürgerinitiativen, die ohne Ausnahme den Vorschlag der Platzbesetzung unterstützen. Obwohl die Ausgangsbedingungen noch ungeklärt sind, sollen bereits über 750 Personen ihre Bereitschaft erklärt haben, an einer mehrtägigen Aktion im Landkreis teilzunehmen.

Das letzte bundesweite Treffen zum Thema Bauplatzbesetzung (am 1./2.3. in Trebel) war mit über 300 Teilnehmern außerordentlich gut besucht: abgesehen vom BBÜ waren alle größeren BIs aus dem norddeutschen Raum anwesend, ebenfalls anwesend waren BI-Vertreter der badisch-schwäbischen Initiativen, der BI Stop Kalkar sowie weitere Vertreter aus Nordrhein-Westfalen, Hessen und West Berlin.

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg war mit etwa 20 Teilnehmern, darunter Sprechern der „Bürgerlichen Notgemeinschaft“, der „Gorleben-Frauen“ und der BI vertreten. Auch von dieser Seite wurde eine Platzbesetzung ausnahmslos befürwortet.

## Die Überlegungen der BI Lüchow-Dannenberg

Da in der Vergangenheit mit Kleinaktionen, Blockaden etc. gegen die bewaffnete Übermacht nur kleine, mehrstündige Verzögerungen, der Bautätigkeiten erreicht wurden, befürchten die WAA-Gegner im Landkreis, ohne eine größere Aktion mehr und mehr in die Defensive gedrängt zu werden. Die Situation im Landkreis wird tatsächlich immer untragbarer.

Während der Kreistag „grünes Licht“ für das Zwischenlager gibt, werden massive Proteste (u.a. eine Treckerdemonstration mit 150 Fahrzeugen) dagegen außerhalb des Landkreises überhaupt nicht mehr zur Kenntnis genommen.

Der BI wird die Gemeinnützigkeit (u.a. für die Absetzung von Spenden bei der Steuer wichtig) aberkannt, da „die Meinungsbildung über den Bau von Atomanlagen nun abgeschlossen ist“ („HAZ“, 23.2.).

Enteignungen durch die Physikalisch-Technische Bundesanstalt „im öffentlichen Interesse“ gehören schon zum Alltag.

Die zweite Tiefbohrstelle ist inzwischen mit Natodraht und Erdwällen noch perfekter ausgestattet als die erste Festung. Seit den Auseinandersetzungen um diese Tiefbohrstelle hat sich die Bullenpraxis und der tägliche Terror gegen die Landkreisebewohner weiter eskaliert.

In einer von den Widerstandsaktivisten des Landkreises veröffentlichten Stellungnahme wird dezent sprechend das Ziel einer Besetzungsaktion wie folgt angegeben:

„Die Besetzung könnte für die hiesige Bevölkerung die nötige Öffentlichkeit wieder herstellen, damit sie ihre breite Ablehnung der Atomanlagen zeigen kann. Für alle kann es eine Erfahrung werden, die den Mut gibt, weiter zu machen. Zu zeigen, daß wir doch nicht ganz ohnmächtig sind. (...) Wir wollen einen Punkt setzen hinter 3 Jahre der Unsicherheit. Möglich wird dies mit Hilfe der Atomgegner und Freunde aus dem ganzen Land. (...) Wir wollen versuchen, unsere Stärke voll auszuschöpfen, um den Platz, solange es geht, zu halten. Entscheidend wird dabei sein, ob wir uns unsere politische Kraft zurückholen können, die schon einmal Politiker dazu gezwungen hat zu sagen: „eine WAA ist gegen den Willen der Bevölkerung nicht durchsetzbar!““

In dieser Erklärung wird weiterhin vorgeschlagen, daß „bei den Vorbereitungen mit möglichst vielen Gruppen im ganzen Land zusammengearbeitet wird“, während der Aktion über ein Delegationssystem alle Entscheidungen demokratisch getroffen werden.

Auflakt der Besetzung ein großes „Volksfest“ sein soll (Alternativvorschlag: Besetzung ohne Ankündigung durch eine kleinere Gruppe).

Ferner wird dargelegt, daß eine Unterstützung durch die örtliche Bevölkerung sich realistischerweise auf gemeinsame Veranstaltungen, öffentliche Solidaritätserklärungen u.ä. konzentrieren müsse, und „die Aufgabe einer dauerhaften Besetzung hauptsächlich bei den „Auswärtigen““ liege.

Jörg Janning (BI Lüchow-Dannenberg) bestätigte in Trebel die grundsätzliche Bereitschaft der BI und der „Bürgerlichen Notgemeinschaft“ zur Besetzungsaktion, mit der Einschränkung, daß die Bevölkerung dahinterstehen müsse. Ein endgültiger Aufruf seitens der BI könne frühestens Ostern (Anfang April) erscheinen. Deutlicher drückte sich der Vertreter der „Bürgerlichen Notgemeinschaft“ aus: Die Aktion sei nur möglich, wenn „unsere Vorstellungen übernommen werden und bindend sind“, die „Auswärtigen“ hätten sich da unterzuordnen.

Diese Position, die im übrigen von einer Vertreterin der Gorleben-Frauen bestätigt wurde, macht deutlich, daß derzeit von den WAA-Gegnern im Landkreis lediglich Teile der Bürgerinitiative bereit sind, eine Großaktion in Zusammenarbeit mit der gesamten Anti-AKW-Bewegung vorzubereiten. Besonders deutlich wurde dies am dem Vorschlag Marianne Fritzens (1. Vorsitzende der BI), parallele Aktionen in Brokdorf und Gorleben durchzuführen.

setzungsaktion mit „offensiven“ Forderungen wie „Rückgängigmachung der Bohrvorbereitungen“ u.ä. zu koppeln.

Als Ergebnis der Konferenz wurde festgehalten, daß der Besetzungsvorschlag Bestandteil der für Ende März vorgesehenen Brokdorf-Konferenz werden soll. Eine Woche zuvor soll in Trebel erneut ein Arbeitstreffen zu diesem Thema stattfinden (22./23.3.). Bis zu diesem Zeitpunkt soll in den BIs das folgende, vorläufig verabschiedete Diskussionspapier behandelt werden:

1) Die Besetzung soll in erster Linie Ausdruck des Widerstandes der Bevölkerung des Landkreises sein. Die Auswärtigen sehen ihre Aufgabe darin, diesen zu unterstützen.

2) Alle wesentlichen Beschlüsse auf dem Platz werden wie bei der Platzbesetzung in Lichtenhorst von der Versammlung der Dauerplatzbesetzer und den einheimischen Unterstützern der Besetzung demokratisch und verbindlich gefaßt.

3) Es ist keine Konfrontation mit der Polizei/BGS, keine Verletzung von Menschen beabsichtigt. Aber wir sind

## SPD-POLITIK?

Es kommt es, daß die SPD-Kreistagsfraktion nicht mehr hinter ihrer oft schon im Voraus in der HZ vom 20. Oktober 1979 steht.

Die SPD-Kreistagsfraktion wird keinen Antrag an die Landesregierung unterstützen, im Landkreis Lüchow-Dannenberg ein Zwischenlager für Atommüll zu errichten.

Wir hoffen, daß die SPD am 3. März nicht über ihre eigenen Mitglieder, Freunde und Wähler hinweggeht.

BI Umwelterbeits Lüchow-Dannenberg E.V.

## Judas erhielt

20 Sp. 1. Kreistag auf beschriebene Weise zu beenden.

Die CDU erhielt 10. Arbeitsplätze.

Wie mag es ihr werden?

Ulrich Reinhardt

Blüthenberg, Rudolphstr. 48

Mehrere Aussagen in der „Ebe-Jetzt-Zeitung“ (hier vom 22. und 27. Februar) nutzten wenig. Die Volkswirtschaftler entschieden anders. Im Kreistag zu Lüchow-Dannenberg beschloßen die nahezu einstimmig keine Gegenstimme, eine Enthaltung bei der SPD, dem Antrag auf Errichtung eines Zwischenlagers bei Gorleben zuzustimmen. Wichtige Bedingung: Umfangreiche finanzielle Zuwendungen an den Landkreis zur Aufbesserung der Infrastruktur.

## Zum weiteren Verfahren

Erhebliche Differenzen über den Charakter einer möglichen Besetzungsaktion traten auch bei den in Trebel anwesenden BI-Vertretern zutage.

So forderte Peter Willers (Bürgeraktion Küste) einen Minimalkonsens in der Gewaltfrage („Gewaltfreiheit“) sowie die Anwesenheit von mindestens 20% der einheimischen Bevölkerung während der Aktion.

Von mehreren Seiten wurde beteuert, daß es nicht möglich sei, „eine Blankocheck für jede Aktionsform auszustellen“. In teilweise erschreckender Anlehnung an die Hetzkampagne der Springerpresse lehnten es mehrere Anwesende ab, „Kulisse zu sein“ für die Aktionen „übrigendlicher Gruppen“. Im Gegensatz hierzu forderte F. Störin (Hamburg Autonome), die mögliche Be-

entschlüssen, wie in Wyhl, den Platz notfalls auch gegen Widerstand zu besetzen, evtl. mehrere Versuche!

4) Das unmittelbare Ziel ist, die Bohrung 1004 dauerhaft zu verhindern und von da aus den Widerstand gegen das ganze Bohrprogramm nach Kräften zu unterstützen.

5) Darüberhinaus soll der Platz regionale Zentrum des Widerstandes werden (Volkshochschule, Freundschaftshaus, Kulturprogramm, Alternative Energien und Produktionsweisen), auch Stärkung der Verbindung von Auswärtigen und Einheimischen (s. B. Erntedankfest).

6) Die Besetzung soll ferner Bezugspunkt und Ermutigung für die überregionale Bewegung sein. Dazu auch Herstellung von Bezügen zu Aktionen gegen Brokdorf und anderswo.“

Ein Genosse aus Lüneburg

burger Autonome) die mögliche Be-

Ein Genosse aus Lüneburg

# »Visionen von einem totalen Überwachungsstaat«

Am 31. März 1979 fand am AKW-Gelände in Kaiseraugst/Schweiz eine Demo statt. Tags darauf wurde aus dem (schon Anfang des Monats ausgebrannten) „Informationspavillon“ der Betreiber auf dem dortigen Gelände von AKW-Gegnern einige „Souveräne“ entworfen. Jetzt sind u.a. zwei Umweltschützer aus dem Freiburger Raum angeklagt, als „Räuberführer“ Diebstahl, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch begangen zu haben.

## Konstruierte Beschuldigungen

Die Anklagen weisen die bei solchen Verfahren schon fast üblichen hebelbüchsen Widerprüche auf:

– Einziger Anhaltspunkt ist die Tatsache, daß die Autos der beiden in Kaiseraugst registriert worden waren, und zwar mehrere Kilometer vom AKW-Gelände entfernt.

– Die beiden angeblichen „Drahtzieher“ gehören den veranstaltenden Bürgerinitiativen aus dem Basler Raum nicht an. Ihr Wohnort ist ca. 80 km von Kaiseraugst entfernt.

– Für die Tatzeit können sie durch amtliche Akten beweisen, daß sie nicht am Tatort waren.

– Das Kennzeichen des einen Wagens war in den ursprünglichen Ermittlungsunterlagen irrtümlicherweise mit F (Frankfurt), statt FR (Freiburg) angegeben. Es bleibt ein Rätsel, wie die Polizei diesen „Übermittlungsfehler“ korrigieren konnte.

Auffällig ist: Trotz der falsch weitergegebenen Kfz-Nummer wurde der richtige Halter des Autos in den Ermittlungsakten angegeben, nämlich der Ehemann der Angeklagten.

Bei der Angabe von dessen Adresse gibt es in den Akten eine weitere Auffälligkeit: Obwohl er von seiner Frau getrennt in einer ganz anderen Stadt wohnt, tauchen als Straße und Hausnummer die Daten der Betroffenen auf. Dies deutet ziemlich klar daraufhin, daß es nicht darum ging, die Fahrten eines Wagens zu ermitteln. Dies hätte nach der offenbar falsch notierten Wagennummer gar nicht klappen können. Vielmehr stand offenkundig am Anfang der Name der Personen, die später verfolgt werden sollten. Zu diesen Personen wurde dann eine Straftat (Aufsuchen ihres Autos bei einer „gewaltigen“ Demo) gesucht.

## Polizeistaat in Aktion

Nachdem die Schweizer Polizei bei der BRD-Polizei „Amtshilfe“ beantragt hatte, kam die Sache ins Rollen.

– Eine Anfrage der Freiburger an die Frankfurter Polizei nach dem Halter des fälschlich aufgeschriebenen Kfz-Zeichens wurde so beantwortet, daß XY „weder in strafrechtlicher noch staatsabträglicher Hinsicht in Erscheinung getreten“ sei.

Interessant zu hören, daß die Polizei nicht nur unsere „kriminellen“ Handlungen, sondern auch unsere Verträglichkeit mit dem Staat datenmäßig erfaßt. Oder ist das inzwischen das selbe?

Im August '79 stellte die KriPo Freiburg als Zwischenergebnis ihrer Recherche fest, daß „wie aus hiesigen Unterlagen erkennbar ist“ „bei“

„bei“ AKW Demonstrationen mehrmals gleichzeitig die Fahrzeuge (es folgen die Kennzeichen der bei den Angeklagten) aufgefunden“ seien.

## Routinemäßige Registrierung von Autos von AKW-Gegnern?

Gibt es also eine „Rasterrastung“ nach allen Autofahrern, die an Anti-AKW-Aktionen teilnehmen? Oder sogar eine Erfassung aller Autos mit der lachenden Sonne an der Heckscheibe?

In einer Antwort auf eine Anfrage der SPD versuchte CDU-Innenminister Palm zu beschwichtigen. Die Kfz-Nummern seien nicht routinemäßig, sondern bei „einem konkreten Ermittlungsvorgang“ einer Polizeidienststelle eines anderen Bundeslandes „erfaßt“ worden.

Nun gibt es aber zwischen der Antwort von Palm und der Auskunft der Freiburger KriPo einige interessante Differenzen:

– Die KriPo spricht davon, daß die Angeklagten mehrmals aufgefunden seien. Palm spricht von einem Ermittlungsvorgang aus einem anderen Bundesland.

– Die KriPo verweist auf „hiesige Unterlagen“, Palm will die Daten aus einem „anderen Bundesland“ bekommen haben.

Hier könnten beide recht haben. Zum einen ist es ein offenes Geheimnis, daß von der örtlichen Polizei bei den Auseinandersetzungen um das AKW Wyhl massenhaft Autokennzeichen notiert wurden. Gibt es aus dieser Erfassung noch heute „Schwarze Listen“ in Freiburger Polizeidienststellen?

Zum anderen ist es ein ebenso offenes Geheimnis, daß seit der Verwundung des Landkreises Lüchow-Dannenberg in eine Polizeikaserne dort jeder harmlose Besucher registriert wird. Die beiden Angeklagten waren im Sommer 1979 in Gorleben. Offenbar wurden sie dort nicht nur registriert, sondern – obwohl überhaupt kein „Straftatbestand“ gegen sie vorlag, kein Ermittlungsverfahren von der niedersächsischen Polizei eingeleitet wurde – ihre Daten auch auf Dauer gespeichert.

SPD-Landtagskandidat Brinkmann fand die richtigen Worte: Durch die Erfassung von Daten von AKW-Gegnern „würden Visionen von einem totalen Überwachungsstaat geweckt“ („Stuttgarter Zeitung“, 24.1.80).

KB/Gruppe Freiburg

KB/Gruppe Freiburg

# Freispruch für Umweltschützer

„Freispruch“ lautete das Urteil in einer Berufungsverhandlung vor dem Frankfurter Landgericht gegen einen Atomkraftgegner, der erstinstanzlich wegen Landfriedensbruch in einem besonders schweren Fall zu acht Monaten Knecht ohne Bewährung (!) verurteilt worden war.

Am 7. April letzten Jahres hatten 5.000 Atomgegner unter dem Eindruck der Harnburg-Katastrophe in der Frankfurter Innenstadt demonstriert. Bei dieser Gelegenheit kürnten auch einige Schreiben der „Umweltschicht“, der Sachschaden wurde mit 6.500 Mark beziffert.

Nach Angaben der Frankfurter BI gegen Atomanlagen ist diese Urangellschaft verantwortlich und beteiligt an der Verleumdung, ja Ausrottung australischer Ureinwohner, um dort Uranminen einzurichten. Vom Bund initiiert, als Zusammenschluß der Veba, der Metallgesellschaft und der Steag tätigt sie fast die Hälfte aller Uranimporte in die BRD und läßt die Brennstäbe der AKWs der Preußen- und der NWK in Almelo (Niederlande) aufarbeiten. Ein Greifflommando ziviler Polizisten nahm nach Abschluß der Demonstration zwei Atomgegner fest und stellte bei einem eine Zwinne und Schraubenmuttern sicher.

Dieser wurde allerdings schon in der Verhandlung vor dem Amtsgericht freigesprochen.

14r andere Atomgegner, Wolfgang, wurde ohne ersichtliche Beweise und trotz entsetzender Aussagen von Zeugen zu barbarischen acht Monaten

verurteilt. Ausschlaggebend für das Gericht war damals offensichtlich weniger die Beweislage, als vielmehr, „daß er sich von der ihm vorgeworfenen Tat nicht distanziert habe“ (aus der Urteilsbegründung).

Das Berufungsgericht war demgegenüber bemüht, einen „fairen“ Prozeß abzuwickeln, um dieses selbst für die Frankfurter Justiz zu peinliche Urteil vom Tisch zu bekommen.

Übrigens: Während seinerzeit das Gefängnisurteil breit durch die Presse ging und vor allem bei der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ gut ankam, war der Freispruch ihnen jetzt keine Zeile wert.

## Autobahngegner wurde freigesprochen

Blinder Eifer schadet nur. Diese Erfahrung mußte die Kreisverwaltung des Main-Taunus-Kreises machen.

Im Liederbachtal, einem Landschaftsschutzgebiet bei Königstein/Taunus, vergehen sich die Behörden derzeit am Umweltschutz, indem sie eine weitere Betonpiste in die Landschaft setzen wollen. Den Fahrdamm haben sie zum Unwillen der Naturfreunde und Anlieger bereits aufschütten lassen.

Um einen Weiterbau zu verhindern, haben Mitglieder einer BI und der „Aktion „gewaltloser Widerstand“ eine Blockhütte auf diesen Fahrdamm gesetzt und bekamen dafür Bullgeld bescheide wegen Verstoßes gegen den Landschaftsschutz.

Die Zyniker ließen damit allerdings auf. Zum zweiten Mal wurde jetzt ein solcher Bullgeldbescheid gerichtlich nicht bestätigt. Ja, es kam noch besser: Der natürliche Raum, so der Staatsanwalt in seinem Plädoyer, sei „eine unabdingbare Lebensvoraussetzung“. Man müsse mit ihm sparsam umgehen. Er verzeichnete eine „Euphorie im Raumverbrauch“ und teilte mit, daß schon 10 % der BRD verbaut seien. Durch den Bau der B 5 sei „die Widmung des Liederbachtals

zum Landschaftsschutzgebiet partiell aufgehoben“, folglich gelte die Landschaftsschutzverordnung nicht mehr und könne so auch nicht gegen die Hüttenbauer angewendet werden.

So forderte er Freispruch. Dem konnte sich die Verteidigerin und dann auch das Gericht nur anschließen.

KB-Gruppe Frankfurt



Auf dem bereits aufgeschütteten Damm für den vierspurigen Ausbau der Bundesstraße 5 bei Königstein hatten Autobahngegner seit Mai 1979 mit einem Naturdorf protestiert. Jetzt wurde ein Autobahngegner freigesprochen!



## Harrisburg: Folgen wie nach Atombombentests

Wie vom Gesundheitsministerium von Pennsylvania bestätigt wurde, gibt es in der Umgebung von Harrisburg eine erhöhte Zahl von Neugeborenen mit Schilddrüsendefekten. Dies wurde erst jetzt durch den früheren Gesundheitsminister McLeod bekannt, der im Oktober letzten Jahres aus Protest gegen die staatliche Informationspolitik über die Katastrophe von Three Mile Island zurückgetreten ist.

So sind in den letzten drei Monaten des Jahres 1979 dreizehn Babys mit Schilddrüsendefekten geboren worden. Statistisch wären drei zu erwarten gewesen.

Natürlich kamen von verschiedenen „Wissenschaftlern“ sofort Einwände derart, daß es hierfür vielerlei Gründe geben könne und die aus dem Reaktor entwichene Radioaktivitätsmenge viel zu gering gewesen sei. Dagegen spricht: Erstens ist bekannt, daß die Meßgeräte in Three Mile Island nach dem Unfall nur noch mangelhaft anzeigten oder gar nicht mehr funktionierten. Insofern sind Angaben über verschwindend geringe Mengen, wie sie von der amerikanischen Atomenergieforschungsbehörde bekanntgegeben wurden, äußerst zweifelhaft.

Zweitens gibt es mittlerweile Untersuchungen über die Ausbreitung der Radioaktivität in der weiteren Umgebung von Harrisburg. Danach waren schon einen Tag nach dem Unfall im 375 km entfernten Albany im Staate New York tausendfach höhere Konzentrationen des radioaktiven Edelgases Xenon-133 meßbar. Diese Wolke hatte nach Abschätzung der Windverhältnisse schon 500 km zurückgelegt.

Drittens ist aus den Atombombentests im Bereich des Bikini-Atolls bekannt, daß dort Schilddrüsendefekte und Tumore auftraten. Allein auf Rongelap Island, ca. 100 km vom Explosionsort entfernt, litten 19 von 21 Kindern unter 12 Jahren an Schilddrüsenkrankungen oder sogar an Schilddrüsenkrebs.

Zudem gibt es neuere Veröffentlichungen des bekannten Radiologen Sternglas, wonach (basierend auf der

offiziellen amerikanischen Gesundheitstatistik) die Kindersterblichkeit in Pennsylvania von 141 gemeldeten Todesfällen im März auf 271 im Juli anstieg. Dies entspricht einer Steigerungsrate von 92%, wogegen die Kindersterblichkeit insgesamt in den USA im gleichen Zeitraum um 10% sank. Die betroffenen Gebiete sind mit denen identisch, über die die freigesetzte „Wolke“ mit radioaktiven Stoffen damals hinwegzog. Nach Ansicht von Sternglas kann dieser Anstieg der Kindersterblichkeit mit dem Unfall in Harrisburg in Verbindung stehen, da zum Zeitpunkt der Freisetzung der radioaktiven Stoffe die Kinder und Frauen noch nicht evakuiert waren. Die Kindersterblichkeit erreichte drei bis vier Monate nach dem 28. März ein statistisches „Hoch“, wodurch der Verdacht nahelegt, daß vor allem Kinder starben, deren Schilddrüsen während der Schwangerschaft bei der Produktion von Wachstumshormonen freigesetztes radioaktives Jod aufnahmen. Vor diesem Hintergrund kann man die Behauptungen der offiziellen Stellen nur als zynisch bezeichnen. Hält man sich auch noch vor Augen, daß der Reaktor auch jetzt noch, bald ein Jahr später, eine ständige Quelle von radioaktiven Verunreinigungen ist, kann die Haltung der Behörden nur noch als verbrecherisch bezeichnet werden. Erst Mitte Februar flossen wieder einmal 2 000 bis 3 500 Liter radioaktiven Wassers in ein Nebengebäude, wobei radioaktives Krypton in die Umgebung entwich. Dies geschah zum wiederholten Mal, wobei die Bevölkerung immer nur dann etwas erfährt, wenn die Presse davon erfährt.

Um dies in Zukunft stillschweigender und zudem legal ablaufen zu lassen, ließ sich die Betreiberfirma „für Reinigungsarbeiten“ die Abgabe von stark radioaktivem Krypton-Gas gleich genehmigtem Zigarettenrauch für die Katastrophe von vor einem Jahr eine „Strafe“ von 300 000 DM – wegen Nichtbeachtung von Sicherheitsvorschriften in der Versteckung.

AKW-NEP-Kommission

## Hessen: Mehrheit im Landtag für WAA

Die Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Hessen, die Wirtschaftsminister Karry und Ministerpräsident Börner in enger Absprache mit der Bundesregierung angeregt hatten und für die mittlerweile ein Antrag der DWK vorliegt, hat bereits eine Mehrheit im hessischen Landtag. Während man bei der SPD noch ein wenig zaudert und die wirklichen und vermeintlichen Atomgegner dieser Partei mit „Kompromißformulierungen“ hinhält, versucht die CDU, SPD und FDP „zum Schwur zu zwingen“ und ein vorbehaltloses Ja zur WAA einzunehmen.

Die Atompläne der hessischen Landesregierung haben bislang noch gewissen Widerstand in den SPD-Unterbezirken Frankfurt und Wiesbaden hervorgerufen, denn hier haben so-

zialdemokratische Atombefürworter in der Öffentlichkeit einen schweren Stand.

In der Fraktionsitzung der SPD vor der Landtagsdebatte soll es dann auch Krach gegeben haben, in dessen „Verlauf Börner unter Protest den Raum verließ“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ – „FAZ“ vom 29.2.).

Die SPD-Abgeordneten wurden dann aber, wie zu erwarten war, soweit auf Regierungskurs gestimmt, daß sie nun einmütig „die Bereitschaft der Landesregierung unterstützen, an der Lösung der Probleme der Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente mitzuwirken“ („FAZ“, ebd.).

Die Minderheit von Atomgegnern aus der südlichen SPD will Bor-

ner umgehend mit der SPD Hessen-Nord endrücken. Der Landesvorstand der Sozialdemokraten hat sich schon auf seine Seite gestellt. Umgekehrt hat es bei der FDP Krach in Kassel gegeben. Im übrigen können Bundes- und Landesregierung auf die rückhaltlose Unterstützung der CDU rechnen.

Bei der Ministerpräsidentenkonferenz vom 29.2. Jedenfalls gelien „die Grundsätze, die auf den Vereinbarungen von Bund und Ländern über ein integriertes Entsorgungszentrum in Gorleben beruhen ... bereits dadurch (als) abgesichert, daß die hessische Landesregierung in dieser Woche einen Antrag zum Bau einer Wiederaufbereitungsanlage angenommen hat“ („FAZ“, 29.2.).

KB-Gruppe Frankfurt

## Volkswiderstand gegen das geplante AKW in Plogoff

1974 versprach Präsident Giscard d'Estaing, keinem Bevölkerungssektor seine Willen eine Nuklearanlage aufzuerzwingen werden 1980 erklärte Präsident Giscard d'Estaing zu den Gefahren der Atomindustrie. Man nehme ja auch Phosphor, um Strohhalme zu entflammen. Nur wenn man viel Phosphor nehme, habe man die Phosphor-Bombe. So ähnlich wäre es auch mit der Atomenergie.

50 AKWs sollen in Frankreich bis Ende der 80er Jahre mit einer Leistung von 40.000 Megawatt stehen. 14 sind bisher in Betrieb. Eine Atomkatastrophe wie in Harrisburg sei selbstverständlich in Frankreich total ausgeschlossen, meint Ministerpräsident Barre. Denn die französischen Sicherheitssysteme seien perfekt. Allerdings: Im September 79 enthielte die Gewerkschaft CFTD, daß in mindestens drei Reaktoren Risse existieren. In Tricastin: 39 Risse; in Gravelines 1.43 Risse und in Dampierre ebenfalls. Das sind drei Reaktoren, die Ende 79 in Betrieb genommen werden sollten. Nicht viel anders dürfte es bei den übrigen AKWs aussehen.

Die Risse im Reaktor bedeuten, daß radioaktives Wasser aus dem Primärkreislauf in den Sekundärkreislauf gelangen kann. Dies hat eine radioaktive Verunreinigung sowohl im Reaktor- als auch in der Umgebung zur Folge. Die EDF („Electricité de France“) – einziger und staatlicher

Träger der Energieerzeugung – soll aus Plogoff „eine für die Bullen unerschickbare Insel“ machen („Le Monde“, 31.1.80). Barrikaden wurden auf den Zufahrtsstraßen errichtet, es gab einige Verletzte.

Am 3. Februar gab es eine erneute Großdemonstration mit 20.000 Menschen. Den 20.000 Menschen voran gingen 4.000 Schafe, die zum AKW-Gelände geführt wurden.

Um den Behörden die Inbesitznahme des Landes zu erschweren, wurde aufgerufen, Anteile in Höhe von 100

Eine Brücke wurde in die Luft gesprengt. Als AKW-Sympathisant hat man in der Gegend kein leichtes Leben mehr; Auf ein Straßenschild wurde in dicken schwarzen Lettern gemalt: „Wehe den Kollaborateuren!“. Vor der Haustür eines AKW-Befürworters wurden gar Hakenkreuze gemalt und den CRSlern wird zugerufen: „Ihr seid ja schlimmer als die Deutschen! CRS = SS!“ („Le Monde“, 4.3.80). Dies begi nicht im Geschmack des RPR – („Volkswiderstand für Republik“; Chrac-Partei) Abgeordneten des Département Finistère, Guy Guermeur.

Er klagt über die „Intoleranz“ der Bevölkerung, redet von „faschistischen Druckausübungen“. Genau wie die Nazis einen gezwungen hätten, „Tod den Juden“ zu rufen, sei es heute verboten, „Es lebe das Atomprogramm“ zu rufen. Überhaupt sei die Bevölkerung manipuliert durch „fremde Elemente“ und „Fortgeschrittener“ („Le Monde“, 4.3.80). Allerdings hat sich der Herr Abgeordnete schon seit einiger Zeit nicht mehr in seinem Departement blicken lassen. Bekanntlich hat Georges Marchais, Generalsekretär der KPF, letztes Jahr erklärt, er sei nicht total gegen AKWs, aber auch nicht total dafür. Man müsse immerhin die Bevölkerung konsultieren. Der Bürgermeister der nächst größten Stadt, Douarnenez, Michel Mazéas, ebenfalls Mitglied der KPF, und drei



ENQUETE : MASCARADE !  
BOYCOTTONS !

ENQUETE : MASCARADE !  
BOYCOTTONS !

Plogoff: Die Umfrage ist eine Farce! Boykottieren wir sie!

Francis zu unterzeichnen. Damit wird Frau man zum Mitbegründer des AKW-Geländes. Bis Mitte Februar waren schon über 200 Anteile verkauft. Eine anliegende Gemeinde, Portogruet, hat 18.000 Francs eingezahlt.

An vorderster Stelle des Widerstandes stehen die Frauen, denn die meisten Männer sind auf See. Das Widerstandskomitee für die vier betroffenen Dörfer (Plogoff, Primelin, Goulven, Cleden) wird auch von einer Frau „geleitet“.

Um die Ermittlungen durchzuführen, sind in den vier Gemeinden Gebäude zu „Aushilfsbürgermeisteren“ umfunktioniert worden, die ab 14 Uhr geöffnet sind. Dort massieren sich auch gläubend die „Freunde und Helfer“. Aber nicht nur sie: Diese „Aushilfsbürgermeisteren“ sind jetzt zum beliebigen Treffpunkt der Bevölkerung geworden. Alles, was man so in Kellern und Boden rumliegen hat, wird vor diesen Gebäuden ausgebreitet: Alte Matratzen, leere Flaschen und allerlei mehr Gerümpel. Müll wird in den vier Gemeinden nicht mehr in den dafür vorgesehenen Eimer geschüttet, sondern dort, zu Füßen der Bullen. In einer Gemeinde wurde vor das Quartier der Polizei ein solt 27 Tagen totes Schwein an einem Mast angebracht. In Plogoff sind vor ihrer Residenz – ein ehemaliges Kloster – richtige Schützengräben ausgehoben worden. Wenn sich die Zeit der Schließung der Ermittlungsbüros nähert, holen die einen die Tritonen raus, die anderen die Tränengasgranaten.

Am 2./3. März wurden auf den Zufahrtsstraßen erneut Barrikaden aufgebaut, um den politischen Nachschub an seiner Weiterfahrt zu hindern.

## Frankreich – Anti-AKW-Kurzmeldung

Mitte Dezember 1979 fand eine Sitzung der Koordination der französischen Anti-AKW-Komitees in Bordeaux (Südfrankreich) statt.

Besonders zahlreich vertreten waren die Anti-AKW-Komitees aus der Bretagne.

Beschlossen wurde eine nationale Demonstration am 28. und 29. Juni 1980 gegen die WAA von La Hague.

Die zentralen Forderungen zur Mobilisierung sollen sein: – Nein zur Atomenergie, – Nein zur Atomrüstung, – Für sichere Energiequellen, – Nein zur Wiederaufbereitung, nein zur Plutoniumförderung, kein Export von Wiederaufbereitungstechnologien!

Die Städte, die durch die Wiederaufbereitung betroffen sind, sollen zu Partnerstädten werden. La Hague, Gorleben, Hanford (USA), Windscale (England) u.a. (Informationen aus „L'Unité“, Februar 1980).

Frankreich Kommission



## Katastrophenreaktor Brunsbüttel soll wieder angeschaltet werden

Ziemlich hektisch und mit einigen Tricks versucht die Kieler Landesregierung Brunsbüttel wieder flott zu machen. Nachdem das Lüneburger Obergerichtsgericht nach dem Unfall im Juli 78 verfügt hatte, daß nur noch ein Drittel der derzeitigen Menge an Jod-131 abgegeben werden darf, setzte nun das schwerwiegende Sozialministerium unter Mißachtung des Urteils die Grenzwerte entsprechend nach oben. Laut Timm von der HEW hofft man in diesen Tagen auf eine Weisung aus dem Bundesinnenministerium, das grüne Licht geben soll. Deren Reaktorherstellungskommission befand auch: „Mit den vom Gericht verhängten Auflagen kann diese Anlage nicht betrieben werden.“ Daher hofft das Kieler Sozialministerium, endgültig im April die Wiederinbetriebnahme genehmigen zu können.

Der Hintergrund für die Eile und Manipulationen, der Grenzwerte Wenn Brunsbüttel dieses Jahr nicht wieder angefahren wird, ist es die vierte Atomurkunde der BRD!

Bereits 1981 ist nämlich die routinemäßige Generalüberholung fällig, die insgesamt 18 Monate dauern kann. Damit würde der Reaktor dann drei Jahre stillgestanden haben. Hiernach wäre eine gänzlich neue Betriebsgenehmigung fällig, die Brunsbüttel kaum bekommen dürfte. Denn nach den geltenden Richtlinien müssen die Betonwände zumindest theoretisch gegen Abstrahlung von Phantombomben gefest sein, hierzu ist aber der Untergrund am Elbufer viel zu weich!

Doch bekanntlich ist Brunsbüttel auch im Stillstand immer noch gut für Unfälle aller Art. Jüngste Panne: Beim Spülen von Rohrleitungen flossen ca. 140 000 Liter radioaktives Wasser ins Reaktorgebäude. Stellungnahme der HEW: Keine Gefahr für Personal und Umwelt!

AKW-Nein-Kommission



Atomkraft  
in  
Schweden

## Drei Linien in der Volksabstimmung — Betrug auf der ganzen Linie

Am 23. März wird in Schweden eine Volksabstimmung über die Atomkraft durchgeführt werden. Obwohl bereits vor der Katastrophe in Harrisburg eine Mehrheit der Bevölkerung gegen Atomkraftwerke eingestellt war, wird jetzt allgemein mit einem Sieg der AKW-Befürworter gerechnet. Wie dieser „Umschwung“ bewerkstelligt wurde, soll hier etwas erläutert werden.

### Zum Stand des Atomprogramms

Zur Zeit sind in Schweden sechs Atomkraftwerke in Betrieb, vier weitere sind fertiggestellt, sollen aber nicht vor der Volksabstimmung mit Brennstäben beschickt werden, und zwei weitere sind im Bau. Gemessen an der Bevölkerungszahl des Landes (8 Millionen) ein gewaltiges Programm (übertragen auf die Einwohnerzahl der BRD ergäbe das 45 AKW's in Betrieb, 30 betriebsfertig und 15 im Bau). Die zwei Atomkraftwerke in Barsebäck stehen mitten in der dichtbesiedeltesten Region Skandinaviens zwischen den Städten Kopenhagen, Malmö, Landskrona, Lund, Helsingör, Sölve und Helsingborg. Auf schwedischem Boden lagern bisher noch nicht abgebaute Uranerzvorkommen, die zu den größten der Welt gehören. Da das Erz jedoch sehr mager ist (etwa 0,1 % U<sub>3</sub>O<sub>8</sub>) wäre bei einem Anbau allein Landchaftsschaden enorm.

Die schwedische Atomindustrie, die mehrere tausend Leute beschäftigt, ist ein wichtiger Wirtschaftszweig.

Die schwedische Atomindustrie, die mehrere tausend Leute beschäftigt, konkurriert auf dem Weltmarkt und kann sich ein „Nein“ bei der Volksabstimmung absolut nicht leisten.

### Forderung der Volksabstimmung

Die Forderung nach Stillelegung vor allem der Atomkraftwerke in Barsebäck wird seit etlichen Jahren von dänischen und schwedischen Umweltschützern erhoben. Meinungsumfragen ergaben, daß eine Mehrheit der Bevölkerung gegen AKW's ist. Ebenso ist bekannt, daß große Teile der sozialdemokratischen Basis AKW-Gegner sind. Es lag also nahe, eine Volksabstimmung zu fordern, bei der es nicht um Parteisymptomen, sondern um die Atomkraft gehen sollte. Im Sommer 1978 wurde ein Bündnis praktisch aller Umweltschutzgruppen gebildet, die „Volkskampagne gegen Atomkraft“. An diesem Bündnis nehmen auch politische Organisationen der Linken (SKP, PK, KAP), wie auch die revisionistische VPK und die bürgerliche Zentrumsparität teil. Den letztgenannten zwei parlamentarischen Parteien gelang es zunehmend, sich als die tragenden Kräfte des Bündnisses darzustellen und die Politik des Bündnisses zu entscheiden. Ziel dieser Volkskampagne war die Durchsetzung der Volksabstimmung, wozu im ersten Halbjahr 1979 eine Unterschriftensammlung anließ.

Ob in Schweden eine Volksabstimmung stattfindet oder nicht, entscheidet nach dem Gesetz der Reichstag. Das Ergebnis einer Volksabstimmung ist für niemanden bindend, auch der Reichstag kann sich einen Dreck darum scheren (zuletzt geschahen, als die Volksabstimmung über die Einführung des Rechtsverkehrs ergab, daß das Volk auch weiterhin links fahren wollten. Olof Palme hatte als damaliger Verkehrsminister Gelegenheit, zu zeigen, was er von der Volksmeinung hält und führte den Rechtsverkehr ein). Während die Unterschriftensammlung auf vollen Touren lief, geschah der Unfall in Harrisburg. In dieser Situation gelang es den Sozialdemokraten die Initiative an sich zu reißen. Olof Palme verkündete, er hätte jetzt umgedacht und würde eine Volksabstimmung befürworten. Sein „Umdenken“ betraf jedoch aus die Frage, ob es eine Volksabstimmung geben sollte. In der AKW-Frage selbst gab es kein Umdenken. Im Parlament wurde kurz darauf entschieden, die Volksabstimmung im Frühjahr 1980 stattfinden zu lassen. Dies war zunächst ein kluger, sozialdemokratischer Schachzug. Der Volkskampagne war trotz Harrisburg der Wind aus den Segeln genommen und vor allem war sichergestellt, daß die AKW-Frage bei der Reichstagswahl im Herbst 1979 bestenfalls eine nebensächliche Rolle spielen würde.

Die „Nein-Seite“, im Parlament durch Zentrumsparität und VPK vertreten, schrieb ihre Alternative (siehe hinten: Alternative 3) unter dem Bestreben, allen Angriffen aus dem Wege zu gehen. Um den Vorwurf zu entkräften, sie strebe Arbeitslosigkeit und wirtschaftliches Chaos an, forderte sie nicht die sofortige, sondern die allmähliche Stillelegung der AKW's. Damit erkannte sie die gegen die AKW-Gegner erhobenen Vorwürfe indirekt an. Das gleiche gilt für die Gefährlichkeit der Atomkraftwerke. Welche Sicherheitsanalysen sind denn noch erforderlich, damit die „Nein-Seite“ bedingungslos „nein“ sagt?

Bemerkenswerterweise haben außer KAP alle Gruppen des Bündnisses diese Ungereimtheiten akzeptiert. Auch Bündnis Kommunist vertritt voll und ganz die Alternative 3 und verzichtet auf die Forderung nach sofortiger Stillelegung aller Atomanlagen. Die „Ja-Seite“, im Parlament durch die rechten Moderaten, die Sozialdemokraten und die liberale Volkspartei vertreten, brachte gleich zwei Alternativen hervor. Alternative 1 wird nur von den Moderaten unterstützt, Alternative 2 von Sozialdemokraten und Volkspartei. Alternative 2 unterscheidet sich von Alternative 1 nur durch einen zusätzlichen Text auf der Rückseite der Stimmzettel, in dem die Verstaatlichung der AKW's gefordert wird. Es fällt auf, daß die Ja-Seite, die ja immerhin eine Ver-

doppelung der AKW-Anzahl erreichen will, diesen weiteren Ausbau mit Gerede über „Stillelegung“ verkleidet. Die Reklameparole der Linie 2 lautet „Stillelegung ja - aber mit Vernunft.“ Kein Wunder, denn die Mehrheit der schwedischen Bevölkerung ist gegen AKW's. Ohne Betrug kann die Ja-Seite nicht siegen. Aktuelle Meinungsumfragen, die einen Sieg der Ja-Seite erwarten lassen, beziehen sich denn auch nur auf das Verhalten bei der Abstimmung, nicht auf den Standpunkt der Befragten. Das Ergebnis der Volksabstimmung, besonders das Abschneiden der Alternative 2, wird ein Gradmesser für die Wirksamkeit sozialdemokratischer Demagogie sein. Aus Gründen einer korrekt durchgeführten Volksabstimmung hat zumindest diese Alternative keine Existenzberechtigung. Die Gründe für die Existenz der Alternative 2 sind offenbar andere, nämlich:

1. Den Sozialdemokraten bleibt es erspart, offen gemeinsame Sache mit den Moderaten zu machen.
2. Die Sozialdemokraten können ihre Alternative als die „Linie der Arbeiterbewegung“ verkaufen und somit die Loyalität zur Partei besser nutzen.
3. Sollte keine der drei Alternativen über 50% der Stimmen kommen, so wird man auf die gemeinsame erste Seite der Stimmzettel von Alternative 1 und 2 verwiesen und daraus eine Mehrheit konstruieren können. Nicht

umsonst ist der Wortlaut exakt identisch.

4. Die mit den Liberalen gemeinsame Alternative 2 kann es ermöglichen, die Volksabstimmung zur Testwahl für eine künftige sozial-liberale Koalition zu mißbrauchen.

### Zum Ausgang der Abstimmung

International würde es natürlich einen Rückschlag für die Anti-AKW-Bewegung bedeuten, wenn die Ja-Seite siegt. So hat Kreisky bereits angekündigt, in diesem Fall die Volksabstimmung in Österreich wiederholen zu wollen! Für Schweden hieße es, daß zunächst einmal vier weitere AKW's unverzüglich in Betrieb genommen würden. Die Volkskampagne, deren weitere Existenz noch nicht geklärt ist, hätte wichtige Aufgaben zu erfüllen: Verhinderung des Uranabbaus, Verhinderung künftiger Atomprojekte (z.B. „Schnelle Brüder“) und Einlagen der Versprechungen der ersten beiden Alternativen. Vertreter der Volkskampagne haben längst den Nachweis erbracht, daß Atomkraftwerke weder zur Elektrizitätsversorgung noch zur Sicherung der Arbeitsplätze nötig sind. Somit sind die Stillelegungskriterien der Alternativen 1 und 2 erfüllt. Der Kampf gegen Atomkraftwerke wird weitergehen - auch in Schweden nach der Volksabstimmung. Skandinavienkommission



### Die Stimmzettel im Wortlaut

#### Gemeinsamer Vorspann aller drei Linien

„In Schweden sind nun sechs Kernreaktoren in Betrieb. Weitere vier Reaktoren sind fertig und zwei sind im Bau. Der Reichstag hat beschlossen, daß am 23. März 1980 eine Volksabstimmung über die Rolle der Kernkraft in der zukünftigen Energieversorgung stattfinden soll. Es wird über drei verschiedene Alternativen abgestimmt.“

#### Alternative 1

„Die Kernkraft wird so schnell stillgelegt, wie es unter Berücksichtigung des Bedarfs an elektrischer Kraft und der Erhaltung von Arbeitsplätzen und Wohlfahrt möglich ist. Um u.a. die Abhängigkeit vom Öl zu vermindern und in Erwartung beständiger Energiequellen, sollen höchstens die 12 Kernreaktoren angewendet werden, die heute im Betrieb, betriebsfertig oder im Bau sind. Einen weiteren Ausbau der Kernkraft soll es nicht geben.“

Sicherheitsgesichtspunkte entscheiden, in welcher Reihenfolge die Reaktoren stillgelegt werden.“

#### Alternative 2

„Die Kernkraft wird so schnell stillgelegt, wie es unter Berücksichtigung des Bedarfs an elektrischer Kraft und der Erhaltung von Arbeitsplätzen und Wohlfahrt möglich ist. Um u.a. die Abhängigkeit vom Öl zu vermindern und in Erwartung beständiger Energiequellen, sollen höchstens die 12 Kernreaktoren angewendet werden, die heute im Betrieb, betriebsfertig oder im Bau sind. Einen weiteren Ausbau der Kernkraft soll es nicht geben. Sicherheitsgesichtspunkte entscheiden, in welcher Reihenfolge die Reaktoren stillgelegt werden.“

Diesem Text, der mit der ersten Alternative identisch ist, folgt auf der Rückseite des Stimmzettels:

„Das Energiesparen wird kraftvoll betrieben und soll noch mehr angeregt werden. Die schwächsten Gruppen der Gesellschaft werden geschützt. Es werden Maßnahmen ergriffen, um den Stromverbrauch zu regeln. Hier-

durch soll u.a. verhindert werden, daß neue Wohnhäuser mit elektrischer Direktheizung versehen werden. Die Erforschung und Entwicklung bestehender Energiequellen wird unter staatlicher Führung beschleunigt. Umwelt- und sicherheitsverbessernde Maßnahmen werden an den Kernkraftwerken durchgeführt. Für jeden Reaktor wird eine besondere Sicherheitsstudie erstellt.“

Für den Einblick der Bürger wird bei jedem Kernkraftwerk ein Sicherheitskomitee mit öffentlicher Verantwortung eingesetzt.

Die Elektrizitätsproduktion durch Öl- und Kohlekraftwerke wird vermieden. Die Gesellschaft hat eine Hauptverantwortung für die Produktion und die Verteilung der elektrischen Kraft. Kernkraftwerke und andere, zukünftige bedeutende Anlagen für die Produktion elektrischer Kraft sollen Eigentum von Staat und Gemeinden sein. Überhöhte Gewinne aus der Kernkraftproduktion werden durch Besteuerung eingezogen.“

#### Alternative 3

„Nein zum weiteren Ausbau der Kernkraft. Stilllegung der jetzt im Betrieb befindlichen Reaktoren in spätestens zehn Jahren. Auf der Grundlage fortgesetzter und gesteigerter Energieeinsparung und stark gesteigerter Investitionen in bestehenden Energiequellen wird ein Haushaltsplan zur Verminderung der Abhängigkeit vom Öl erstellt.“

Die im Betrieb befindlichen Reaktoren werden verschärfsten Sicherheitsbestimmungen unterworfen. Noch nicht geordnete Reaktoren werden niemals in Betrieb genommen.

Der Abbau von Uran wird in unserem Land nicht zugelassen. Wenn in Arbeit befindliche oder zukünftige Sicherheitsanalysen dies nötig machen, das wird sofort abgebrochen!

Die Arbeit gegen Atomwaffen und gegen die Verbreitung von Kernwaffen wird intensiviert. Keine Wiederaufbereitung wird zugelassen und der Export von Reaktoren und Reaktortechnologie hört auf.

Die Beschäftigung wird durch alternative Energieproduktion, effiziente Energiehaushaltung und höhere Veredelung der Rohstoffe erhöht.“

### Vorbereitungstrakt zur Bundeskonzferenz in Itzehoe am 3. 9.

Vor zwei Wochen wurde bekanntlich auf einer Landeskonferenz eine Bundeskonferenz beschlossen, die sich schwerpunktmäßig mit einer Aktion in Bielefeld befassen soll (siehe AK 172). Auf dem Vorbereitungstrakt gaben die auf der Landeskonferenz aufgetretenen Diskussionen, aber auch der Charakter und Zeitpunkt einer Bundeskonferenz und die Koordination mit den Planungen anderer sozialistischer Einheiten werden auf. Da diese auf dem Vorbereitungstrakt nicht geklärt werden konnten, sollen zwei unterschiedliche Tagungsdatumsvarianten im Mittelpunkt der Einleitung der Bielefelder Aktion stehen.

Der von Vorschlag der Bundeskonferenz getragenen Aktionsplan (Pamphlet Hamburg) wird vor, neben den Berichten von anderen Standorten, ausschließlich die konkrete Vorbereitung einer Aktionswoche mit anschließender Großaktion am Sonntag zu diskutieren und zu beschließen.

Im Gegensatz dazu steht der Vorschlag (im Wesentlichen getragen von Delegierten Pannum Hamburg) die zentrale Bielefelder Aktion mit den beiden anderen aktuellen Brennpunkten (Göttingen und WAA in Neuen) zu koordinieren, da ebenfalls für das Frühjahr Großaktionen in Göttingen und Neuen in der Diskussion sind. Das zweite Tagungsdatumsverhältnis steht daher vor, am Sonntag über die Planung an diesen Standorten zu diskutieren und eine Koordination zu erreichen. Erst am Sonntag soll über den Charakter und Ablauf der Bielefelder-Aktion das Eingangs erzielt werden.

Der AK-Breklorf wird wahrscheinlich den zweiten Tagungsdatumsverhältnis unterstützen.

### AKW-Kurzmeldung Demonstration in Orlighelm

Am Samstag, den 8. März fand eine Demonstration gegen das AKW Orlighelm statt, an der sich ca. 4000 Menschen beteiligten. Stark vertreten waren die Grünen, die mit aufgerufen hatten. Sie ließen es sich auch nicht nehmen, an der Rednertribüne ihr Transparent zu befestigen, von welcher Hauptredner Holger Steinhilber eine Ansprache hielt.



## 4.-6. April: Antifaschistischer Bundeskongreß

### Aufruf zur Durchführung eines antifaschistischen Bundeskongresses

4. - 6. April (Ostern) 1980 in Frankfurt

Die Unterzeichneten rufen alle antifaschistischen Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen dazu auf, sich zu beteiligen an der Vorbereitung und Durchführung eines

Antifaschistischen Bundeskongresses  
4. - 6. April (Ostern) 1980

Dieser Bundeskongreß soll allen antifaschistischen Kräften ohne Ausgrenzung und Unvereinbarkeitsbeschlüssen zur gleichberechtigten Diskussion offenstehen.

In den letzten Jahren ist in der BRD und in Westberlin eine neue antifaschistische Bewegung entstanden, die sich in vielfältiger Weise gegen Formen des Faschismus richtet. Sie tritt ein gegen neonazistische Banden, gegen die provokativen Auftritte der NPD und anderer alt- und neofaschistischer Organisationen, gegen die kriminellen Übergriffe in- und ausländischer Faschisten. Sie wendet sich gegen jede Verharmlosung sowohl des historischen Faschismus wie auch seiner heutigen Nachfolger, gegen den Schutz neofaschistischer Aufmärsche, dessen Kernziele die Diffamierung und Kriminalisierung antifaschistischer Engagements ist. Sie tritt dafür ein, daß die Verbrechen des Faschismus nicht vergessen werden und dafür, daß die Opfer des Faschismus und insbesondere der antifaschistische Widerstand den ihnen gebührenden Platz im Bewußtsein der Bevölkerung erhalten.

Ebenso wendet sie sich gegen Zensur, Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbote, gegen die Aufrüstung der Polizei und der Geheimdienste und gegen jede Einschränkung der demokratischen Freiheiten.

So vielfältig und breit diese neue antifaschistische Bewegung ist, hat sie doch bisher kein Forum des gegenseitigen Erfahrungsaustausches, der solidarischen Diskussion und Zusammenarbeit. Viele Aktivitäten laufen parallel, gemachte Erfahrungen können nicht genutzt werden. Initiativen erreichen wegen ihres örtlichen Charakters oft zu wenig Stoßkraft oder verlaufen im Sande, weil sie die Kraft der einzelnen Gruppe übersteigen.

Ernsthafte Schritte zur Organisation dieser Diskussion sind notwendig, weil nach wie vor die wesentlichen antifaschistischen Ziele nicht erreicht sind. Nach wie vor können neofaschistische Organisationen ungehindert auftreten, nach wie vor werden Antifaschisten kriminalisiert; nach wie vor findet kaum eine antifaschistische Erziehung statt und nach wie vor erhalten die Opfer des Faschismus nicht die ihnen zustehende moralische, politische und materielle Entschädigung. Aber die politischen Freiheiten sind nicht nur durch die Neonazis bedroht, sondern auch durch Zensur, Gesinnungsschnüffelei, Berufsverbote, Aufrüstung der Polizei und der Geheimdienste.

Darüber hinaus wirft die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß in aller Schärfe die Frage auf, wie unter diesen Bedingungen der antifaschistische Kampf zu führen ist.

Die Organisation einer solchen breiten Diskussion erscheint uns aber auch möglich, weil diese neue antifaschistische Bewegung ihre bisherige Stärke vor allem auch dadurch entwickelt hat, daß sie in ihren Aktivitäten jede Unvereinbarkeit und Machtpolitik zurückwies zugunsten einer solidarischen Zusammenarbeit.

Der Bundeskongreß soll ein erster Schritt dazu sein, das Nebeneinander innerhalb dieser neu entstandenen Bewegung zu verringern. Er soll dazu beitragen, die offene und gleichberechtigte Auseinandersetzung unter allen Kräften des Antifaschismus zu fördern und Möglichkeiten gemeinsamer Aktivitäten zu eröffnen.

Wir fordern alle antifaschistischen Gruppen und Einzelpersonen dazu auf, die Propagierung, Vorbereitung und Durchführung dieses Bundeskongresses zu unterstützen und an ihm teilzunehmen.

Kongress zu unterstützen und an ihm teilzunehmen.

#### Unterzeichner des Aufrufs:

##### 1. Personen:

Heidi Bierbaum, Rats-Frau der Buntten Liste Bielefeld, Mona Bönnigk, Rats-Frau der Buntten Liste Bielefeld, Bundesvorsitzende der SPV „Die Grünen“; Cornelia für Arbeiterjugendvereine der Türkei, Westberlin; Kai Ehlers, Journalist, Hamburg; Bülge Gayer, Rats-Frau der Grünen Alternativen Liste, Münster; Bernhard Hoffmann, Mitarbeiter der Koordinationsgruppe Türkei bei Amnesty International; Reinhard Krämer, Rats-Frau der Buntten Liste Bielefeld, Franz-Hermann Lammert, Rats-Frau der GAL Münster; Harald Loch, Mitglied der Berliner Landesverbände der FDP; Rosalinde von Olesitzky-Pahn, Stockholm/Schweden; Peggy Parnell, Gerichtsreporterin, Schauspielerei, Hamburg; Dr. Friedhelm Peters, Rats-Frau der Buntten Liste Bielefeld; Jan Peters, Journalist, Westberlin; Jürgen Roth, Schriftsteller, Frankfurt; Ursula Scharr, 1. Vorsitzende der GEW-Niederrhein/Westberlin; Dirk Schneider, Mitglied des Westberliner Bezirksparlamentes, Alternative Liste Westberlin; Alexander Schubert, Grüne Liste Hessen; Sireya Turkan, Mitglied der Ausländerkommission der GEW-Westberlin; Doris Weck, Mitglied des Antifaschistischen Arbeitskreises Fulda; Hendrik M. Broder, Journalist, Köln.

##### 2. Gruppen:

Aktionseinheit gegen die Wohnportgruppe Hoffmann, Nürnberg; Antifaschistische Arbeitsgruppe der allgemeinen homosexuellen Arbeitsgemeinschaft Westberlin e.V.; Antifaschistische Arbeitsgruppe im Kinderhaus Halerichstraße Hamburg; Antifaschistische Arbeitskreise aus: Augsburg, Bielefeld, Erlangen, Freiburg, Hamburg, Münster; Antifaschistische Kommission des Kommunistischen Bundes; Arbeitskreis Antifaschismus Göttingen, ASIA der Hochschule für Bildende Künste, Hamburg; Initiative fortschrittlicher Filmemacher - IF, Hamburg; Initiative Antifaschistische Arbeiterhilfe - iKAH, Hamburg; Schüler gegen Rechts, Hamburg; Vorstand der Buntten Liste Hamburg.

Günther Wöckner, Betriebsvorsitzender Hamburg; Renate Schulz, Arbeitskreis demokratischer antifaschistischer Gewerkschafter; Werner Wolch, Waldecke BI gegen Neonazisten; Antifa Hildesheim; Antifa AG Hannover; Antifaschistischer Arbeitskreis Braunschweig; Norbert Cobbe, Personalrat der „Deutschen Bibliothek“ Frankfurt; Sozialistische Arbeitsgruppe (SAG), BI Frankfurt Buchdruck; in Frankfurt Bornheim; Antifaschistisches Komitee Schwäbisch-Grund; Rainer Schmidt, Bezirksvertreter der „Kölnischen Alternative“; Marika Kroska, Bezirksvertreterin der „Kölnischen Alternative“; Schülerzeitung „Kölnischer Rundfunk“.

V.J.S.P.: Michael Breitkopf, Buddenstraße 9, 4800 Bielefeld 1

### „ANTIFASCHISTISCHER BUNDESKONGRESS“

4.4. bis 6.4.1980  
FRANKFURT

ORT: Universität, Hauptgebäude, Jägerstraße  
BEGINN: Freitag, 4. April, 18.00 Uhr  
ab 14.00 Uhr Anmeldung, Vergabe der Arbeitsmaterialien, Vergabe der Schlafplätze, Aufbau von Infoständen, Ausstellungen etc.

Materialien zum Kongreß sind zu beziehen bei  
G. Nitsche, Hallenstraße 4,  
8500 Nürnberg 90, Telefon 0911/37 48 45

Weitere Informationen zum Kongreß könnt ihr auch den in Kürze erscheinenden „Antifaschistischen Informationen“ entnehmen. Zu bestellen bei Gerd Rübenstrunk, Leerer Straße 16H, 4900 Herford



Frankfurt, 17.8.1978, beim NPD-Deutschlandtreffen: Polizisten gegen Antifaschisten

Am 23./24. Februar trafen sich in Kassel Antifaschisten aus dem gesamten Bundesgebiet zur Vorbereitung eines Antifaschistischen Bundeskongresses. Im November 1979 war auf einem von der NRW-Landeskonferenz antifaschistischer Arbeitskreise eingerichteten Treffen in Bielefeld die Durchführung eines solchen Kongresses zu Ostern 1980 beschlossen worden. Träger dieses Bundeskongresses ist die neue antifaschistische Bewegung, die sich in den letzten Jahren neben Sozialdemokratie und VVN herausgebildet hat. Die Idee dieses Bundeskongresses entspringt dem Bedürfnis nach stärkerer Kommunikation, Diskussion und Koordination.

Der Einladung des in Bielefeld gewählten Vorbereitungsausschusses zur Vorkonferenz nach Kassel folgten antifaschistische Arbeitskreise aus Dortmund, Essen, Bielefeld, Hannover, Braunschweig, Elmshorn, Wedel, Flensburg, Frankfurt, Darmstadt, Stuttgart, Freiburg, Nürnberg, Erlangen, SAG, TLD, KB und der Jüdische Studentenverband Berlin.

#### Rachenschaftsbericht und Diskussion

Zu Beginn des Treffens wurde vom „Vorbereitungsausschuss“ Rechenschaft über die bisher geleistete Arbeit und den Stand des Projektes abgelegt. Demnach liegen A b s a g e n an den Bundeskongreß von der VVN (erwartungsgemäß), dem „Arbeiter-

bund“ München und dem bayrischen Landesverband des „Bund Deutscher Pfadfinder“ (BDP) vor.

Eine längere Debatte gab es nach der Richtigkeit des Zeitpunktes des Bundeskongresses. Von einigen Anwesenden wurde zu bedenken gegeben, daß die Antifa-Bewegung nicht mehr die Stärke von etwa Mitte des vergangenen Jahres („Rock gegen Rechts“) aufzuweisen habe. Vielmehr sei eine Krise der örtlichen Arbeitskreise (AFAs) zu konstatieren.

Dem wurde entgegengeworfen, daß gerade der Kongreß die Möglichkeit biete, durch gemeinsame Diskussion die Wurzeln der Krise offenzulegen, sowie eventuell Schritte dagegen einzuleiten. Die Krise der AFAs beruhe zumeist auf der Schwierigkeit, nach zunächst erfolgreichen lokalen und regionalen Aktionen, „gewonne-

nen Terrain“ zu halten und weiter vorwärtstreibend tätig zu werden.

Eng verknüpft mit diesem Zustand ist die in den letzten Monaten zu verzeichnende Tendenz des Aussteigens aus alten Arbeitsfeldern, zugunsten eines Umsteigens auf „Anti-Strauß“. Hinter diesem Phänomen verbergen sich auch nicht ausdiskutierte politische Differenzen in der Einschätzung des Stellenwertes von Anti-Neonazi-Arbeit (die bisher von den meisten AFAs betrieben wurde).

Sowohl dem Erfahrungsaustausch über die antifaschistische Arbeit vor Ort, mit all den dabei auftauchenden Schwierigkeiten, als auch dem Komplex „Antifaschistischer Kampf unter der Bedingung der Strauß-Kandidatur“ wird der Bundeskongreß eine Plenumsdiskussion widmen.

Kritik am Bundeskongreß war dem Vorbereitungsausschuss aus Baden-Württemberg bekannt geworden. Vor dem Bundeskongreß war dem Vorbereitungsausschuss aus Baden-Württemberg bekannt geworden. Von Teilen der dortigen AFAs wurden Zeitpunkt und Sinn des Kongresses in Frage gestellt. Des weiteren soll von der KSG, der Studentenorganisation des KABD der Bundeskongress als „kleinbürgerliches, an der Arbeiterklasse vorbei konzipiertes Projekt“ charakterisiert worden sein. Als erschwerend für eine Diskussion über geäußerte Kritiken erwies sich, daß den in Kassel Anwesenden hierzu lediglich informelle, zum Teil sehr widersprüchliche Informationen vorlagen. Der Vorbereitungsausschuss wurde deshalb beauftragt, die sich dem Bundeskongreß gegenüber distanzierende bis ablehnend verhaltenden Kräfte direkt zu kontaktieren.

#### Veränderungen am „Aufruf“

An dem vom Vorbereitungsausschuss Anfang des Jahres erstellten „Aufruf zum Antifaschistischen Bundeskongreß“ wurden in Kassel zwei Änderungen vorgenommen.

Von einem Vertreter der SAG wurde kritisiert, daß der „Aufruf“ an einer Stelle die Forderung nach Verbot neofaschistischer Organisationen durch den Staat enthalte, eine Forderung, die keineswegs als verbindlich innerhalb der „Bewegung“ gelten könne. Eine weitere Kritik der SAG bezog sich auf Formulierungen im „Aufruf“, die ihrer Ansicht nach

Fortsetzung nächste Seite

#### Programmablauf des „Antifaschistischen Bundeskongresses“, Ostern 1980 (4.4. - 6.4.)

Freitag, 4.4.1980, 18 Uhr: Plenumsdiskussion zum Thema: „Antifaschistischer Kampf unter der Bedingung der Strauß-Kandidatur“  
Samstag, 5.4.1980, 9 Uhr: Arbeitsgruppen  
15 Uhr: Erfahrungsaustausch über Probleme der antifaschistischen Arbeit „vor Ort“  
Abends: Antifaschistisches Kulturprogramm („Rock gegen Rechts“)  
Sonntag, 6.4.1980, 10 Uhr: Berichte aus den Arbeitsgruppen. Plenumsdiskussion zu dem Thema: „Antifaschistische Politik heute - ein Erfahrungsaustausch“

#### Arbeitsgruppen des „Antifaschistischen Bundeskongresses“

1. Kampf gegen Neonazis  
Kontakt: Dietrich Schulze-Marmeling, 4400 Münster, Hornstraße 30, Tel. 0251/56669
2. Rock gegen Rechts  
über Michael Breitkopf, Buddenstraße 9, 4800 Bielefeld 1
3. Prozesse gegen Antifaschisten, Strauß' Prozesse gegen politische Gegner  
iKAH, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50, c/o J. reents Verlag
4. Verjährung, Altnazi  
über Michael Breitkopf
5. Ausländische Faschisten  
Jürgen Michaelis, Nottitzstraße 17, 1000 Berlin 61
6. Revanchismus/Landsmannschaften  
über Michael Breitkopf
7. Schwule und Faschismus  
Antifa-Arbeitsgruppe der aba Westberlin e.V., Suarezstraße 50/51, 1000 Westberlin 19
8. Antifaschistische Jugendarbeit  
Jürgen Seeger, Höfenstraße 6, 3016 Seelze 7
9. Grundgesetz/Staatsapparat  
über Michael Breitkopf
10. Braune bei den Grünen  
Antifa-Kommission des KB, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50
11. Frauen und Faschismus  
Oktavia Fehse, Am langen Kamp 4, 3000 Hannover 51
12. Wirtschaftliche und politische Entwicklung in der BRD  
über Michael Breitkopf
13. Arbeiterbewegung und Faschismus  
Gerd Habermann, Postlagerkarte AO 22314, 2390 Flensburg
14. Polizei- und Überwachungsstaat  
über Michael Breitkopf
15. Antisemitismus  
(evtl.) über Michael Breitkopf

Bei den jeweiligen AG-Verantwortlichen oder direkt über die Adresse des Vorbereitungsausschusses (Michael Breitkopf) können Arbeitsmaterialien zu den einzelnen Themen angefordert werden.

Die Arbeitsgruppe Neonazis trifft sich zu einem Vorbereitungstreffen am 15.3.1980 in Frankfurt, Beginn 11.00 Uhr, Ort: zu erfragen bei Dietrich Schulze-Marmeling, 4400 Münster, Hornstraße 30, Telefon 0251/56666

Nie wieder  
Faschismus



Wehret den  
Anfängen!



Fortsetzung von Seite 14

eine Gleichsetzung von repressiven Maßnahmen des BRD-Staatapparats mit der Herrschaftsform des Faschismus assoziieren würde. Man/frau konnte sich auf entsprechende Umformulierungen einigen.

## AGs und Plene

Zu einigen der AGs waren bereits vor Kassel zum Teil umfangreichere Arbeitsmaterialien über die jeweiligen Verantwortlichen erhältlich. Ungelöst ist jedoch die inhaltliche Vorbereitung der AGs „Verführung/Akt-nazi“, „Revenchemus/Landmannschaften“, „Grundgesetz/Staatsparat“ sowie „wirtschaftliche und politische Entwicklung der BRD“.

Von der „Anti-Bullen-Gruppe“ der Antifa-Kommision Hamburg des KB wurde der Vorschlag gemacht, eine weitere AG mit dem Arbeitstitel „Polizei und Überwachungsstaat“ einzurichten.

Auf Anregung des Jüdischen Studentenverbandes Berlin soll eventuell auf dem Bundeskongress auch eine AG zum Thema „Antisemitismus heute“ stattfinden. Eine feste Zusage bezüglich der Übernahme vorbereitender Arbeiten hierzu konnte von der in Kassel anwesenden Delegierten verständlicherweise nicht ohne vorherige Rücksprache mit ihrem Verband gegeben werden. Das Zustandekommen einer solchen AG wäre als wichtige inhaltliche Bereicherung des Bundeskongresses zu bewerten.

In das erste Plenum (Freitag 4.4.19 Uhr) mit dem Titel „Antifaschistischer Kampf unter der Bedingung der Strauß-Kandidatur“ werden drei kurze Referate einführen. Diskutiert werden soll anschließend insbesondere unter folgenden zwei Fragestellungen:

~ Welcher Stellenwert kommt dem Anti-Neonazi-Kampf angesichts der Kandidatur von F.J. Strauß zu? Wie sieht der spezielle Beitrag der antifaschistischen Kräfte im Kampf gegen Strauß aus?

Die Vertreter der dazu existierenden unterschiedlichen Positionen sind aufgefordert, zu diesem Plenum eigene Beiträge vorzubereiten.

Ein weiteres Plenum („Antifa-Kampf heute – ein Erfahrungsaustausch“) wird die Möglichkeit des Austausches konkreter Erfahrungen im Bereich der antifaschistischen Bündnispolitik bieten.

Von einzelnen AFAKs wurden hierzu ausführlichere Berichte angekündigt. Ebenso zu der am Ostermontag stattfindenden Plenumsdiskussion zu „Problemen der antifaschistischen Arbeit vor Ort“.

Von den Herausgebern der D-Nummer des kürzlich ins Leben gerufenen „Antifaschistischen Informationsdienstes“ wurde die Zusage gegeben, das Projekt und seine Entstehungsgeschichte auf dem Bundeskongress näher zu erläutern.

(wiederum) wurde die Zusage gegeben, das Projekt und seine Entstehungsgeschichte auf dem Bundeskongress näher zu erläutern.

## Vorbereitungsausschuss

Die Kasseler Konferenz nahm eine Erweiterung des Vorbereitungsausschusses um einen Genossen der SAG und einen Antifaschisten aus der Region Baden-Württemberg vor.

## Einladung an VVN und BDWi

Eine besondere Einladung des Vorbereitungsausschusses zum Antifaschistischen Bundeskongress wird noch einmal an die VVN und die Unterstützer des von ihr initiierten Kongresses zum 35. Jahrestag der Niederschlagung des deutschen Faschismus ergehen. Umgekehrt bitten die Träger des Bundeskongresses um die Möglichkeit der Teilnahme an diesem Kongress.

Ausdrücklich zum Bundeskongress erwünscht sind auch der Mayburger Politologe Prof. Dr. Kühn und der Bund Demokratischer Wissenschaftler, die für Pfingsten dieses Jahres die Durchführung eines Kongresses zur Kanzlerkandidatur von F.J.S. planen. Der Bundeskongress seinerseits meldet auch hier Interesse an einer Teilnahme an.

Desweiteren wird die bereits seit einiger Zeit sehr erfolgreiche antifaschistische Arbeit leuchtend englische „Anti-Nazi League“ eine Einladung zu Ostern nach Frankfurt erhalten.

An dieser Stelle sei noch einmal die Offenheit des Kongresses für ausnahmsweise alle am antifaschistischen Kampf interessierten Kräfte betont. Allein schon diese Tatsache grenzt das Projekt positiv von so manchen in der letzten Zeit mit ähnlichem Anspruch gestarteten Versuche ab.

## Nazi-Umtriebe

## Gewerkschaftstreffen überfallen

In Frankfurt-Eschborn werden schon seit einiger Zeit junge Gewerkschaftler gezielt von Nazischlägern und einer größeren Gruppe „unpolitischer“ Schläger, die sich erstere zur Rekrutierung auszuwählen haben, terrorisiert.

Am 15.2. rückte diese Bande, 40 Mann hoch, angeführt von Aktivisten der Vereinigung Schönborn-WSG-VSBD-NSDAP an, um ein Gewerkschaftstreffen zu zerschlagen. Etwa 20 junge Kollegen, meist aus der IG Metall und des HBV, wurden von den Nazis angegriffen, verprügelt und durch den Stadteingang gejagt. Ein Kollege wurde schwer an einem Auge verletzt und mußte in die Klinik.

## Antifa-Kommision Frankfurt

\*\*\*

## Bombenanschlag auf Auschwitz-Ausstellung

Esslingen. In der Nacht des 21.2. explodierte vor der Auschwitz-Ausstellung im Esslinger Landratsamt ein an der Außenwand angebrachtes Sprengstoffpaket. Es entstand ein Sachschaden von 10-20.000 DM. Kurz darauf meldeten sich Sprecher einer „Deutschen Aktionsgruppe“ bei dpa und verschiedenen Zeitungsredaktionen und übernahmen „die Verantwortung“ für den Anschlag. Von den Tätern (laut LKA) gibt es „bislang keine Spur“.

## Antifa-Kommision Baden-Württemberg

\*\*\*

## Nazi-Schmierereien in Hannover

Am 24.2. tauchten – nach längerer Pause – erneut NSDAP-Schmierereien an zahlreichen Stellen von Hannover-Linden auf. Die „Pause“ war erzwungen durch die Inhaftierung fast der gesamten hannoverschen „NSDAP“-Gruppe mit Ausnahme von Joachim Nowald, der seine Haftstrafe von einem Jahr bislang noch nicht anzutreten brauchte. Ohne Erfolg blüht bisher die Suche der Polizei nach den Leherdern („HAZ“, 26.2.). Da eines der Hakenkreuze falsch herum gemalt war, will die Polizei die Täter gar nicht in neonazistischen Kreisen vermuten („HAZ“, 4.3.).

Nicht eindeutig wären damit „NSDAP“-Aufkleber („Widerzusatzung der NSDAP“), SA und SS-Schmierereien, sowie ein Plakat mit

einem Adler, der einen Drachen ergreift, auf dem steht „JUDA“?!

## Antifa-Kommision Hannover

\*\*\*

## Nationalsozialistischer Kampfbund gegründet

Frankfurt. Nazi-Führer Schönborn will „nationalbewusste Taten für die Idee des nationalen Sozialismus als weltverändernde Idee gegen Kapitalismus und Konstruktivismus“ organisieren. Angeblich ca. 50 rechte Türken – zumeist aus dem „Islamischen Kulturzentrum“ – gründeten unter der Obhut von Schönborns „NSB“ eine „Aufbauorganisation“ für türkische Jungfaschisten in der BRD.

„NSB“-Chef Harald Lauer (Theodor-Thomas Str. 9, auch presserechtlich Verantwortlicher der „NSDAP“) erklärte dpa gegenüber ganz offen, sein Ziel sei die Kooperation mit den „Grauen Wölfen“ und deren Vaterpartei, der DHP.

So wurden wieder einmal die Behauptungen des Verfassungsschutzes Lügen gestraft, es gebe keine Hinweise für eine Zusammenarbeit deutscher und türkischer Faschisten.

Trotz vermehrter Proteste gegen das Treiben der Schönborn-Bande enthalten sich die Behörden auch zu dieser „Kooperation“ jeglicher Reaktion. – Es fehlt nur noch, daß sie erklären, sie würden den Bekenntnissen Schönborns zur „Gewaltfreiheit“ und FdGO (laut „NSDAP“-Papieren) Glauben schenken.

## Antifa-Kommision, Frankfurt

\*\*\*

## Anzeige

Die „Bürgerinitiative gegen den Nazi-(buch)laden in Frankfurt“ hat einen Film über das terroristische Vorgehen der Nazis in Frankfurt hergestellt. Der halbstündige Video-Film enthält Dokumentaraufnahmen des „VSBD“-Überfalls vom 12. Januar in der Frankfurter Innenstadt und berichtet über die Verbindungen des Schlägertrupps zum Nazi-Laden in Bornheim und zu anderen Faschistengruppen.

Bestellungen bitte rechtzeitig an G. Müller Postfach 600 633 6000 Frankfurt/Main 60

## Schleswig-Holstein: Noch zehn unerledigte NS-Verfahren

Dies teilte Landesjustizminister Clausen Ende Februar mit.

Nicht vor Oktober wird in Kiel die Hauptverhandlung gegen den ehemaligen Chef der Sicherheitspolizei in Braunsell, SS-Obersturmbannführer Ehlers, seinen Nachfolger Dr. Konstantin Canaris sowie SS-Obersturmbannführer Asche anberaumt werden. Dies ist der bedeutendste noch ausstehende Prozeß. Es geht in dem Verfahren um die Deportation von etwa 26.000 Juden aus Belgien und Nordfrankreich von 1942 bis 1944 nach Auschwitz.

Dieser Prozeß ist also eine deutliche Parallele zum Lischka-Prozeß in Köln.

Die Vorgeschichte dieses Verfahrens ist ähnlich skandalös. Seit 1962 wird gegen Ehlers „ermittelt“. Nach etlichen Verschleppungen wird das Verfahren endlich 1977 eröffnet, dann jedoch wegen einer Verlassungsbeschwerde von Ehlers ausgesetzt. Diese wurde jedoch Ende 1979 vom Bundesverfassungsgericht nicht zur Entscheidung angenommen. Somit kann das Verfahren nun beginnen.

Während das Verfahren sich hinstreckte, konnte Ehlers Karriere machen: er brach es bis zum Verwaltungsgeschäft. Er verzehrt jetzt in aller Ruhe seine Pension und erwartet die biologische Amnestie, auf die bei den noch ausstehenden Verfahren ebenfalls spekuliert wird.

Ebenfalls in Kiel soll das Verfahren gegen den Rentner August Schmuck aus Kiel stattfinden, dem zur Last gelegt wird, 19 Häftlinge durch Erschlagen, Ertränken oder auf andere Weise eigenhändig getötet zu haben. Die Hauptverhandlung ist für März vorgesehen und soll zwei Monate dauern.

Ermittelt wird gegen den über 80-jährigen ehemaligen Gauleiter Erich Koch, der zuletzt in Polen in Haft saß. Vor den Ermittlungen, bei denen es um Mordtaten im Bereich des Reichskommissars Ukraine geht, soll überprüft werden, ob Koch noch lebt.

Ermittlungsverfahren wegen Erschießungen, Morden und anderen Gewaltverbrechen laufen außerdem gegen den ehemaligen Ortsgruppenleiter Pödezin, gegen ehemalige Angehörige des Gendarmenpostens Libiaz (Oberschlesien) und gegen einen Arzt.

In Lübeck liegt noch ein Strafverfahren gegen den Möbeler Werner Hahn vor, das jedoch wegen Verhandlungsunfähigkeit des Angeklagten, eines ehemaligen SS-Oberscharführers, vorläufig eingestellt wurde. Dem ehemaligen Sicherheitspolizisten Arvids Bajars wird zur Last gelegt, zusammen mit anderen bei zwei Erschießungsaktionen etwa 170 Personen getötet zu haben. Auch dieses Verfahren ist vorläufig eingestellt. Noch nicht abzusehen ist das Ende der Ermittlungen gegen Angehörige eines Erschießungskommandos, das 130 Häftlinge des Nebenlagers Czestochowa des KZ's Auschwitz erschossen haben soll.

In Hitzehoe wird gegen einen ehemaligen deutschen Häftling wegen Mordes ermittelt. Ihm wird vorgeworfen, Häftlinge im KZ Groß-Rosen getötet zu haben. Der Beschuldigte ist verhandlungsfähig, die Ermittlungen stehen kurz vor dem Abschluß.

## Antifa-Zelle Kiel

## Köln: Nazi-Mörder zu neun und viereinhalb Jahren verurteilt

In Köln wurden am 28. Februar die SS-Mörder Martin Patz (63) zu neun und Karl Mising (67) zu viereinhalb Jahren Gefängnis wegen gemeinschaftlicher Beihilfe zum Mord in mehr als 250 Fällen verurteilt.

Die beiden wurden für schuldig befunden, am 28. 1944 auf Befehl des Warschauer Stadtkommandanten die Erschießung der Insassen des Mokotow-Gefängnisses angeordnet und ausgeführt zu haben. Das Gericht bewertete es als besondere Grausamkeit, daß die Häftlinge vorher selber ihre Gräber ausheben mußten. Daß die Verurteilten ihre Strafen auch antreten müssen, ist bisher unwahrscheinlich. Die „Haftunfähigkeit“ Mising's steht für das Gericht offenbar außer Zweifel, seitdem dieser bereits vor Prozeßbeginn aus der Untersuchungshaft entlassen wurde. Und Patz hat angeblich zu hohen Blutdruck, seine Haftfähigkeit soll demnach untersucht werden.

## Antifa-Kommision NRW

Hamburg-Bergedorf: Polizei prügelt Faschisten den Weg frei  
Hamburg-Bergedorf: Polizei prügelt Faschisten den Weg frei

Scharfe Munde im Einsatz gegen Bergedorfer Antifaschisten

Für den 29.2. hatte die NPD eine Propagandaveranstaltung in den öffentlichen Räumen des Bergedorfer Lichtwerkhause angekündigt. Die Bergedorfer Linke erhielt erst knapp eine Woche vor diesem Termin von der geplanten Nazi-Provokation.

Im vergangenen Jahr hatte der Protest verschiedener Organisationen und Initiativen in Form von Briefen an den sozialdemokratischen Bürgermeister genügt, diesen zum Verbot einer NPD-Veranstaltung – wegen Sorge um die „Sicherheit und Ordnung“ – zu bewegen. Die Nazis hatten seinerzeit dagegen geklagt und vom Verwaltungsgericht „Recht“ bekommen. Die Rücknahme der Raumzusage war rechtswidrig gewesen. Mit eben diesem Richterspruch schmetterte der Bezirksamtsleiter

König in diesem Jahr alle Protestbriefe und -resolutionen ab. Gleichzeitig wurde natürlich aus „Sicherheitsgründen“ – die regelmäßig in den beschützten Räumen stattfindende Disco für diesen Abend vom Bezirksamt abgesagt.

Etwas 170 Polizisten in voller Montur, mit Wasserwerfer und bläuhütigen Kötern, schützten das Nazi-Treffen vor dem antifaschistischen Protest. Bilanz: ein Dutzend Verletzte (v.a. tiefe Bläuhütten und Chemical-Mace-Einsätze aus nächster Nähe), mehrere Festnahmen mit Personalienfeststellung.

10 Antifaschisten hatten bereits am Nachmittag die Räume des Lichtwerkhause symbolisch besetzt. Innerhalb von 10 Minuten waren Mannschaftswagen der Polizei auf gefahren. Bullen mit Polizeihunden

schlenderten provokativ durch die auf dem Boden witzenden Demonstranten, und die Polizeifotografen sammelten eifrig Material für die Rasterfahndung. Nach unmißverständlichen Drohungen seitens eines Bezirksamtsvertreeters und der Einsatzleitung verließen die Antifaschisten schließlich den Saal. Am Spätnachmittag demonstrierten etwa 400 Nazi-Gegner durch die Bergedorfer Innenstadt zum mittlerweile in eine Festung umgewandelten Lichtwerkhause. Alle vier Eingänge wurden von uns abgeriegelt, kein Nazi sollte durchkommen – und wir's auch nicht ohne Hilfe der Polizei. Die prügelte mit unglaublicher Brutalität jedem Faschisten einen Weg durch die Ketten der völlig ungezügelter Antifaschisten. Insbesondere am späten Abend inszenierten die Polizisten brutale Ausfälle und trieben die nur noch geringe verbliebene Anzahl von Nazi-Gegnern aus der näheren Umgebung des Veranstaltungsorts, um den Nazis auch noch den ungehinderten Abgang abzusichern. Mehrere Antifaschisten mußten sich mit Bläuhütten und Verätzungen in Krankenhäusern behandeln lassen. Von Anzeigen ist uns noch nichts bekannt.

Trotz allem: die Proteste haben den hohen Grad der Mobilisierungsfähigkeit der Bergedorfer Antifaschisten erneut gezeigt. Nach unseren Schätzungen ist es nur wenigen Nazis gelungen, zur Veranstaltung durchzukommen, nicht weniger „Braune“ hatten dafür schon vorher

buchstäblich „die Schnauze voll“, und nicht nur die Polizeikräfte der Polizei ist angewachsen. Die beteiligten Gruppen vereinbarten noch während der Aktion eine Auswertung des Abends und Weiterarbeit gegen die Neonazis.



ca. 130 Seiten (ISBN 3-88-304-000-1)

Dieses Buch über die NPD liefert Analysen, Dokumente und schildert personelle Zusammenhänge, die den kriminellen Charakter der NPD belegen. Weiter ausführliche Beweisführung über die Legalisierung der NPD über Verwaltung, Justiz und Polizei, und ein ausführliches Register über Namen und Organisation und Literatur.

**buntbuch**  
verlag fortwandr. 75 2000 Hamburg 34  
ehemals prozess verlag



# »Innere Sicherheit« Liberalisierung oder versuchte Volksverdummung?

Nach den Staats-Organen während des „deutschen Herbstes“ 1977 versucht die Bundesregierung durch ihren neuen Innenminister Baum nunmehr bereits mit längerem, den Eindruck einer Liberalisierung der Politik der „Inneren Sicherheit“ zu erwecken. Angeblich beschränkt Baum die Kompetenzen der computerisierten Polizeiorgane, humanisiert die Jagd auf „Terroristen“, verfolgt stattdessen den „Dialog“ mit den Linken. Im „Spiegel“-Gespräch mit einem ehemaligen Repräsentanten der „bewaffneten Linken“, Horst Mahler, fand diese Kampagne der Bundesregierung einen denkwürdigen Höhepunkt. Vom Gewerkschaftssekretär sowie linken Sozialdemokraten kommt massive Unterstützung. Unter der Überschrift: „Der Weg zurück aus dem Überwachungsstaat“ veröffentlichte z.B. die - andersseits gegen Strauß sehr engagierte - Zeitung der IG Metall als Titelgeschichte ein Interview mit Baum, in dem er seine Liberalisierungs-Phrasen verbreiten konnte - bezeichnetenweise nicht lange nach Bekanntwerden der VS-Schnüffelfakten in den Betrieben. Ein anderer Beispiel ist die Anti-Strauß-Initiative des Graphikers Klaus Steeck, die mit einer Kritik an der „Sicherheit“-Politik der SPD vornehmlich hinterm Berg hielt. Auch in der Linken macht sich der Heng breit, die „weiche Welle“ des SPD/FDP-Innenministeriums tatsächlich für eine Liberalisierung zu halten. Das „neue“ Staatsverständnis von Leuten wie Bahro einerseits, Mahler andererseits, die die Ersetzung des revolutionären bzw. auch bewaffneten Kampfes gegen den Staat durch einen Dialog mit diesem Staat propagieren, läßt in der Linken bisher eher lahen Protest aus. Der Protest selbst beschränkt sich zudem bisher oftmals auf bloße Meinungsäußerungen. Wir halten es für nötig, Baums Phrasen an Tatsachen zu messen und sich den Hintergrund der von ihm repräsentierten Kampagne anzusehen.

## Computerstaat

### „Löschungsfristen“

Im „Spiegel“-Gespräch mit Mahler sagt Baum: „Wir haben ja (bzgl. der Verteidigung der Freiheiten von Bürgern; Erg. d. AK) inzwischen immerhin einiges in die Wege geleitet ... Wir werden im Sicherheitsbereich konsequent mehr Datenschutz praktizieren. Wir haben Löschungsfristen für die im Sicherheitsbereich gespeicherten Daten festgesetzt, auch im Bereich des Verfassungsschutzes. Die Speichervoraussetzungen werden verschärft, die Löschungsregeln weiterentwickelt. Der Personalausweis-Vermerk ist gestrichen worden.“

Das, was Baum dort als „Löschungsfrist“ im Bereich des Verfassungsschutzes verkauft, müssen wir uns genauer ansehen: Ende April 1979 fand auf Einladung des BfV-Präsidenten, Meier, ein Treffen bundesdeutscher Verfassungsschützer statt. Dieses Treffen war geleitet von dem Gedanken, „daß die Kartellberatung schon „aus praktischen Gründen geboten ist, wollen sich die Ämter nicht durch überflüssigen Ballast allmählich ihre Informationskanäle verstopfen“ („FR“, 9.8.79). Auf dem Treffen hatte Meier den Vorschlag gemacht, im Bereich Extremismus „Jugendstünden“ (Registrierungen durch den VS vor dem 18. Lebensjahr) zu löschen, wenn in weiteren fünf Jahren keine weiteren Aktivitäten erspitzelt worden sind. Für die Daten außerhalb der Jugendzeit soll die Frist 15 Jahre betragen, in der über eine Person nichts mehr bekanntgeworden sein darf (man muß sich dabei vorstellen, daß dies ein Viertel bis ein Drittel der Lebenszeit ist, in der man überhaupt „verfassungsfähig“ ist). Das, was hierbei als „Löschungsfrist“ bezeichnet wird, ist jedoch keineswegs eine automatische Löschung: Nach Ablauf der jeweiligen Frist politischer Enthaltsamkeit soll die bei NADIS registrierte Akte dem Sachbearbeiter lediglich automatisch vorgelegt werden, nach dessen Ermessen dann die Möglichkeit der Löschung geprüft wird. Von der bisherigen Praxis der Sachbearbeiter ist bekannt, daß sie sich mit Löschungen sehr, sehr schwer tun - warum sollte sich dieses zukünftig ändern?

Was der Öffentlichkeit großspurig als Löschungsfrist verkauft wird, ist tatsächlich nur eine Vorlagefrist, bei der keineswegs gelöscht werden muß.

Diese Vorlagefrist wurde Ende September von den Leitern der VS-Ämter beschlossen. Offen blieb dabei, zu welchem Zeitpunkt diese Regelung eingeführt wird. Sollte es aber irgendwann einmal zu einer Löschung im Geheimdienstcomputer NADIS kommen, so wird damit noch lange nicht die Personendatei vernichtet, mit deren Daten NADIS gefüttert wird. Hierüber wurde Ende September kein Beschluß gefaßt. Sollte jedoch ein Land die Vernichtung von Personendaten im Zusammenhang mit NADIS-Löschungen durchführen (was höchst unwahrscheinlich ist), so taucht der Name weiterhin in der Sachakte über die jeweilige extremistische Gruppe auf.

Neben der totalen Unverbindlichkeit dieser Regelung muß noch darauf verwiesen werden, daß sie nur ca. 20 % der VS-Daten betrifft. Der Bereich Spionage und Sicherheitsüberprüfungen von Beamten macht 70 % der VS-Datenbestandes aus; diese Daten fallen nicht unter die neue Regelung. Notfalls kann der VS eine bekanntgewordene Speicherung immer noch damit rechtfertigen, sie sei bei der Suche nach Perspektivagenten erfolgt.

## Streichung des Personalausweisvermerks

Zur Erinnerung: Bis 1979 galt eine Regelung, nach der im Personalausweis ein Vermerk eingetragen werden konnte, wenn dem Betroffenen wegen irgendwelcher Verdächtigungen (z.B. Nicht-Zahlung von Alimenter) die Ausreise aus der BRD verweigert werden sollte. Kritik an dieser Praxis bestand deswegen, weil außer der Polizei und den Grenzbeamten auch Dritte (z.B. Personalbüros bei Bewerbungen) Kenntnis von dem Vermerk erhielten, der Besitzer somit quasi mit einem Kennzeichen versehen sei.

Der eigentliche Vorgang hierbei ist jedoch nicht die Streichung

Datenschützern Simitis und Steinmüller (der sich gerade mit seiner Kritik gegenüber dem BKA vor Gericht durchgesetzt hatte) diese Computer-Ingate beschnitten können.

## Amthilfe

Am 11.12.79 überraschte die „FR“ mit der Überschrift: „Vom Verfassungsschutz abgekoppelt - BKA hat keinen Zugang zum Informationssystem NADIS / Baum zieht Grenzen“. Dieser Meldung zufolge wurde im Oktober die direkte Verbindung von NADIS zu INPOL beseitigt, und ab 1.1.80 soll auch umgekehrt das BKA keinen Zugang mehr zu VS-Daten haben. Bis dahin war NADIS ein gemeinsames Informationssystem der

dieses Flusses: „Auch künftig werde das BKA selbstverständlich die notwendigen Informationen nach Köln geben, aber eben nicht pauschal und mechanisch, sondern in begründeten Einzelfällen und in Form von Analysen, die dem Verfassungsschutz mehr nützen als die bisherige Praxis“ („FR“, 11.12.79). Tatsächlich sind nach der Aufhebung des elektronischen Verbundes NADIS-BKA im Oktober die schriftlichen Anfragen des VS an das BKA auf rund 350 täglich gestiegen.

Auf diesem Hintergrund erscheint die Effektivierung der Datenfahndung als das ausschlaggebende Motiv (noch vor rechtsstaatlichen Bedenken). Nach vier Jahren ungehemmten Informationsflusses konnte zumindest ein guter Datengrundstock angelegt werden, bis sich abzeichnete, daß bei Weiterführung einer relativ beliebigen Einspeicherung die Antwortgenauigkeit des Computers leiden muß, schlicht ineffektiv wird. Daher sind genauere Eingabekriterien zu entwickeln, um Fahndungen möglichst treffsicher zu machen (so gesehen können registrierte Einsparungen gegen Strauß tatsächlich hunderter für die Fahndung nach „großen Fischen“ sein).

Dieser Vorgang der Entrümpelung der Datenbestände zur Effektivierung des Sicherheitsapparates kann nun natürlich auch als „mehr Datenschutz“ im Sicherheitsbereich verkaufen, wie Baum es versucht. Dabei dürfen wir zwei Dinge nicht vergessen:

1. Genauso leicht, wie 1975 per Innenministerbeschluss das verfassungswidrige NADIS aufgebaut und jahrelang

1. Genauso leicht, wie 1975 per Innenministerbeschluss das verfassungswidrige NADIS aufgebaut und jahrelang gegen diese Kritik betrieben wurde und jetzt aktuell aus praktischen wie politischen Opportunitätsgründen reduziert wird, genauso leicht kann bei Bedarf der unbeschränkte Fluß auch wieder eingeführt werden. 2. Parallel zu dieser Entmischung von Datenbeständen findet ein - allerdings nur in Fachkreisen diskutierter - Ausbau von polizeilichen Führungszentralen statt, die die flexible Führung von bundesweiten, großflächigen Einsätzen mit hohem Personalaufwand (Bereitschaftspolizei und BGS) ermöglichen sollen. Dieser Ausbau findet ausdrücklich mit langfristigen Blick auf die 80er und 90er Jahre statt, für die die Polizei keine „optimistischen Prognosen“ aufstellen mag. Für diese Führungszentralen wird ausdrücklich die Notwendigkeit der Verbindung zu anderen mit „innerer Sicherheit“ beauftragten Institutionen (Justiz, Bundeskanzleramt, wie innerhalb des Innenministeriums) praktisch vorgesehen und die Wege bereits durch BMI und IMK geschaffen. Damit läßt sich dann die Verbindung BKA - Geheimdienste auf diesem Wege wieder herstellen.

## Rasterfahndung

Nachdem schon im Zusammenhang mit der Festnahme Rost Heibers das Rasterfahndungsprogramm „Annoncen“ bekanntgeworden und andere Programme angekündigt waren, wurden seit Mitte Januar 1980 nach und nach weitere Rasterfahndungsprogramme des BKA in die ZT schon seit Jahren angewendet werden. Zeitgleich zum Höhepunkt der Liberalisierungspropaganda wurden im Dezember 1979 Kundendaten der Hamburger Elektrizitätswerke vom BKA überprüft. Aus anderen Großstädten wurden gleiche Fahndungen bekannt. Außerdem wurden insgesamt 16 BKA-Computerfahndungsprogramme der Öffentlichkeit bekannt u.a. Maier, Fluggäste-, Telefonanschlüsse-, Kfz-, Rundfunk- und Fernsehapparate-, Finanzamt-, Hotelüberwachungs- und Ferienhausprogramme. Bezeichnenderweise wurde diese Methode der Rasterfahndung von fast allen Beteiligten als notwendig und rechtlich vertretbar verteidigt (Bundesminister Baum, Bundesdatenschutzbeauftragter BfV, BfV-Vorstandsführer Herrmann und die Innenminister einzelner Länder). Prof. Bull forderte in dieser Verteidigung dieser Maßnahme für die Zukunft klarere Richtlinien. Lediglich der heimliche Datenschutzbeauftragte, S. Simitis, bezweifelte, daß bei der Menge der überprüften Daten (verhältnismäßig) das Gebot der Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt bleibe. Insgesamt jedoch stellte er diese Art der Computertechnik nicht in Frage.

Das Rasterfahndungsprogramm wirft ein Schlaglicht darauf, wie der staatliche Polizei- und Kontroll Ap-

parat im Windschatten des von Baum produzierten Liberalisierungs-Klimas unbeleuchtet ausgebaut wird.

## Berufsverbote

In dem „Spiegel“-Gespräch Baum - Mahler übertrug der Innenminister mit der Aussage: „Immerhin hat die Bundesregierung unter Helmut Schmidt den Radikalerlaß abgeschafft“.

Tatsache ist, daß nach massiver öffentlicher Kritik, vor allem aus dem Ausland, Anfang 1979 von der Bundesregierung neue Richtlinien für die Verhängung von Berufsverböten erlassen wurden. Danach reicht nach den Buchstaben des Gesetzes nicht mehr die bloße Mitgliedschaft in einer „verfassungfeindlichen“ Organisation als Begründung und seitdem wurden die sog. „Regelanträge“ beim VS eingeschränkt. Stattdessen soll eine „verfassungfeindliche“ Betätigung jetzt nachgewiesen werden und soll die „Regelanfrage“ durch gezielte Informationsbeschaffung ersetzt werden. Jedoch, ob mit alten oder neuen Richtlinien: Bei der Bahn und Post z.B. gibt es 50 Fälle von Berufsverböten, von denen 14 seit dem Sommer 1979 angeleitet worden sind. In allen Fällen ist es um den Vorwurf der Mitgliedschaft in der DKP (AK 168, S. 43). Über die neue Regelung hinaus forderten die Befürworter der „Liberalisierung“, wie z.B. der Bremer Bürgermeister Koschnick, außerdem die Anwendung beamtenrechtlicher Kontrollmöglichkeiten im Vorweg der möglichen Berufsverböteverfahren. In der Praxis bedeutet dies eine trolldischsten im Vorweg der offiziellen Berufsverböteverfahren. In der Praxis bedeutet dies eine enorme Verbreiterung der Kontrollpraktiken und Berufsverböte; Beamte müssen ihre Staatsloyalität beweisen, andernfalls ... Das alles kann man auch Liberalisierung nennen.

## Zweifelfahndung

Baum heht bei vielen Gelegenheiten hervor („Spiegel“, BKA-Tagung, Bundestag, daß der Bereitschaft, „Kontakt mit den Terroristen“ herzustellen, ihnen die Rückkehr aus dem „Teufelskreis“ in die Legalität erleichtert werde. Dieses - so Baum - habe bei Astrid Proll und Kralina Berster Erfolg gehabt. Außerdem sind im Prozeß gegen Astrid bzgl. der Mordanklage entlassene Zeugnisaussagen aus dem BMI freigegeben worden, die vorher jahrelang auf kriminelle Art und Weise zurückgehalten worden sind. Trotzdem kann ein vom BKA bezahlter Kronzeuge Ruhland, dessen Glaubwürdigkeit des öfteren in Zweifel gezogen wurde, weiter gegen Astrid als Belastungszeuge auftreten.

Vor allem aber müssen diese Gesprächsangebote vor dem Hintergrund der Bilanz der Terrorfahndung gesehen werden.

Willy-Peter Stoll (in „Notwehr“ erschossen)  
Elisabeth von Dyck (in „Politisch-Notwehr“ erschossen)  
Rolf Heibler (in „Notwehr“ lebensgefährlich verletzt)

Wenn Baum wenige Tage nach der Ermüdung Elisabeth von Dyck die im Untergrund Lebenden auffordert sich zu stellen, dann steckt dahinter natürlich die unmittelbare Drohung für das Leben derjenigen, die sich nicht stellen. Nicht umsonst konnte sich Baum im Juni 1979 vor dem Bundestag damit brüsten, daß der Fahndungsdruck verstärkt worden sei.

## Justiz

Im Herbst 1979 kamen aus den Reihen der Koalition Stimmen, die die Novellierung von einigen Gesetzen forderten, die im Rahmen der „Terrorismus“-Bekämpfung beschlossen wurden. FDP-Chef Genscher forderte die Abschaffung des § 88a StGB und eine Änderung des Kontaktpersonengesetzes, wonach dem Häftling dann ein Pflichtverteidiger bestellt werden soll. Allerdings soll die Änderung lediglich „möglichst nach in dieser Legislaturperiode“ (1.12.79) also zeitlich ziemlich unverbindlich. Auf dem SPD-Parteiitag Anfang Dezember 1979 wurde lediglich ein Antrag des Kreisverbandes Pinnerberg angenommen, wonach die Bundestagsfraktion aufgefordert wird, „umgehend für die Aufhebung der Anti-Terror-Gesetze in ihrer jetzigen Form intensiv zu werden“ (- eine sowohl

Fortsetzung nächste Seite



Erich Mühsen zum Gedächtnis oder das „Wunder von Stammheim“

dieses Vermerks, sondern die erstmalige Einführung eines maschinenlesbaren Personalausweises - eine Neuerung, die die technische Möglichkeit einer Gesamterfassung der Bevölkerung und Zentralisierung aller Daten über einen Bürger eröffnet. Baums Verdienst (im Sinne der Bourgeoisie) ist es, vor dem Hintergrund aufkeimender Kritik am Computerstaat (Mahler mußte derzeit wegen der Schnüffelskandale gehen) diesen in Plastik geschweißten Ausweis reibungslos im Parlament durchgebracht und öffentliche Kritik weitgehend lahmgelegt zu haben, wenn auch um den Preis, daß Baum selbst die Schnüffelfakten eines solchen Apparates benennen mußte und immer wieder beteuerte, daß Gefahren (Landeszentralregister, Personenkenntnis) durch Gesetze und Regelungen eingegrenzt werden müßten.

Nach den Erfahrungen des „deutschen Herbstes“ hatte eine administrative Einführung des Plastikausweises (dessen Notwendigkeit mit der „Terrorismusgefahr“ begründet wird, aber ganz offensichtlich die gezielte Bevölkerungsspeicherung) Proteststürme ähnlich der Anti-AKW-Bewegung auslösen können. Baum hat im demonstrativen Dialog mit den

zwei Geheimdienste BND, MAD und VS sowie des BKA für die Bereiche „Terrorismus“, Staatsgefährdung und „Landesverrat“. Dieser Verbund speichert Daten über rund 3 Mill. Bürger, wovon das BKA Daten von mindestens 200.000 Bürgern geliefert hat.

So wurde 1975 mit der Einrichtung von NADIS bewußt der Grundgesetz unterlaufen, daß eine strikte Trennung zwischen Geheimdienst und Polizei verlangt. Dieser Aspekt, die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit, wird bei der „Abkoppelung“ von VS und BKA besonders betont. Diese Maßnahme hat allerdings auch noch einen anderen Aspekt, den der Effektivierung. Z.B. für den Bereich „Staatsgefährdung“ verfügt das BKA über keine eigene Datei, sondern bedient sich aus der von ihm selbst mitgelieferten NADIS-Datei. Dieses Nebeneinander von polizeirelevanten Daten und VS-Daten in einem Topf weht Herold eher als eine Schwächung des Staatsschutzes an. Deshalb ist es jetzt zu einer Trennung der NADIS Bestandes in polizeirelevante und geheimdienstrelevante Dateien.

Diese Trennung bedeutet allenfalls eine Einschränkung des ungehemmten Datenflusses zwischen BfV und BKA, nicht aber einen totalen Stopp



Fortsetzung von Seite 16

inhalte wie zeitlich unverbindliche Bekundung des guten Willens. Gleichzeitig wurde ein Antrag einer Gruppe SPD-Linker (u.a. Coppick) abgelehnt, wonach die Bundestagsfraktion noch in dieser Legislaturperiode Initiativen zur Abschaffung bzw. Änderung des Kontaktperrgesetzes, des Zensurparagrafen 88 a und des § 3 des Gesetzes zu Art. 10 GG (massenhafte Post- und Telefonkontrollen zur Erkennung und Abwehr der Gefahr eines bewaffneten Angriffs) erstellen sollte.

Innerhalb der Regierungskoalition scheint jetzt vereinbart zu sein, die Gewaltparagrafen 88a und 130a („Beförderung von Gewalt“ und „Anleitung zur Gewalt“) ersatzlos zu streichen („FR“, 4.2.80). Als Begründung dient hier allerdings weniger die späte Einsicht, sondern die (fehlende) Effektivität dieser Gesetze von 111 Ermittlungsverfahren zu § 88a habe bisher nur einen zu einer rechtskräftigen Verurteilung geführt, nach § 130a sei gar niemand verurteilt worden. Dagegen hätte der § 129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) bisher genügend Möglichkeiten zur Verurteilung unheimlicher Mordanschläge, 148a und § 130a seien demnach überflüssig. Außerdem seien beide Gesetze eher schädlich als nützlich, weil sie vor allem bei der Jugend zu einem negativen Schlüsselwort für staatliche Einengung des freien Geistes geworden seien. Auf eine Formel gebracht: Beide Gesetze schafften dem Staat derzeit mehr Gegner als mit ihrer Hilfe mundtot gemacht werden.

Es ist tatsächlich möglich, daß § 88a und § 130a fallen, möglicherweise liefern sich die Liberalen Baum und die SPD/FDP-Regierung sogar und die SPD/FDP-Regierung sogar eine Redeschlacht mit der den Bundesrat dominierenden CDU/CSU um das „Kontaktperrgesetz“ (nach dem Mord: SPD/FDP wollen es in rückgängig machen, aber die CDU/CSU stoppt die Initiative...) - an der Sitzung der Gesetzgeberverhandlungen und an den herrschenden Juniz-Praktiken werden diese Make-up-Korrekturen nicht ändern. Während über Schönheitskorrekturen e la 88a geredet und auch spektakuläre Meinungsfreiheitsprozesse (Buback, Stammheim) gegenwärtig vermieden werden, wird gleichzeitig die Verbreiterung der juristischen Repression absolviert: der Öffentlichkeit präsentiert Prozesse gegen Antifaschisten, Prozesse gegen AKW-Gegner, Prozesse gegen unorganisierte Gruppen nach 129a usw. Da die Presse hierüber so gut wie nicht berichtet, ist die Liberalisierungsmaschine ungetrübte. Das gleiche gilt für den kammheimlichen Ausbau der sog. „Hochsicherheits“-Trakte, dem neuesten Produkt westdeutscher Haft-Verschärfung: Über Beseitigung des „Kontaktperrgesetzes“ wird geredet, in Taten wurde der derweil in Gestalt der Trakte in Beton verewigt, ob mit oder ohne Gesetz. Die Vorgänge im gerade fertiggestellten West-Berliner und dem Lübecker Trakt wurden der Öffentlichkeit inzwischen bekannt. Baum versuchte zu retten, was zu retten ist. Er bezeichnete die Trakte als „unmenschlich“ - stellte aber zugleich ihre Notwendigkeit fest. Ähnliche Bauten wie in Lübeck und West-Berlin wurden in Ceile errichtet, in Stammheim wurde 1 Mill. DM in neue Zellen investiert, in der Frauenhäftlingsanstalt Plötzensee soll bis 1981 für 60 Gefangene ein „Knaist im Knaist“ entstehen. Wer wagt angesichts dieses Vernichtungsprogramms von Liberalisierung zu reden?

## Unterm Strich Offensive der „Sicherheits“-Politik

### Effektivierung

Ziehen wir an den von Baum als Beispiele für Liberalisierung vorgestellten Maßnahmen der „Politik Innerer Sicherheit“ Bilanz, so läßt sich feststellen, daß sie in der Substanz eine Effektivierung des Sicherheitsapparates zur Folge haben (für die Verfolgung von Neo-Nazis mögen wir dies allerdings nur bedingt behaupten), denen, wo irgend möglich, auch ein liberaler Aspekt abgewonnen wurde (Streichung des Sichtvermerks beim neuen Bundespersonalausweis, Unterbrechung des direkten Drahts BKA - VS, Entgegenkommen bei Austritt Proff durch Freigabe jahrelang zurückgehaltener entlastender Aussagen) und der durch massive Presseberichterstattung in den Vordergrund gepusht wurde. Demgegenüber wurden Maßnahmen, denen ein solcher Aspekt nicht abgewonnen werden konnte, entweder als „unverzichtbar“ dargestellt (neuer Personalausweis, Kasterfahndung), oder sie wurden in der Presse nur mit Kleinmeldungen erwähnt (Ausbau der „Sicherheits-trakte“ und die Verlegung von Gefangenen dorthin).

Aus dem Hauptaspekt der Stärkung der Sicherheitsorgane macht Baum keinen Hehl, wenn er vor der CDU/CSU Rechenschaft ablegt: Am 20. Juni 1979 erklärte er im Bundestag: „Alle die von mir ... erteilten Prüfaufträge haben zum Ziel, die Arbeit der Sicherheitsbehörden effektiver zu machen ... Ich halte es für richtig, diese Politik in der Öffentlichkeit offensiv (gesperrt d. AK) zu vertreten“ („Innere Sicherheit“). Ergebnis u.a. Reduzierung von spektakulären, polizeilichen und juristischen Maßnahmen vor den Augen einer mobilisierbaren Öffentlichkeit (z.B. Buback-Prozesse), dagegen Verbreiterung der alltäglichen vorbeugenden Kontrollmaßnahmen sowie der alltäglichen Repression durch Polizei und Justiz im Dunkel der Nicht-Öffentlichkeit, gegen Einzelpersonen, um den organisierten Protest zu unterlaufen.

### Eindämmung von Kritik

Auch über seine Motive für die „Liberalisierung“ gibt Baum - wenn auch etwas indirekt - öffentlich Auskunft: um einen spielt der bevorstehende Bundestagswahlkampf eine Rolle, in dem die Koalition sich als offen darstellen will. „Als Alternative (gegenüber der Selbstabschottung alternativer denkender Menschen, Ann. AK) hat die Opposition nur die totale Konfrontationspolitik von Sonthofen, die das Klima übergreifender Zusammengehörigkeit zerstört. Schon deshalb können neue Impulse nur aus dieser Koalition heraus kommen. Nur sie kann Impulse von außen aufnehmen und verarbeiten“ („Spiegel“ 53/79, S. 38).

zum anderen - und das ist langfristig der bedeutendere Aspekt - befreit Baum sich mit seiner „liberalen Effektivierung selbst als Schutzschild gegen aufkeimende Kritik am langfristigen Ausbau des Sicherheitsapparates, einmal nicht mit der Waffe des Strafprozesses, sondern diesmal mit der Waffe des „offenen Dialogs“ (insoweit ist die Wahl der Mittel des Kampfes gegen Kritiker liberaler ausgefallen). „Im Bereich der Inneren Sicherheit ist die Situation durch eine anhaltende Bedrohungsphase gekennzeichnet... Auf der anderen Seite gibt es die geistige ...

vonlicher Freiheit... Diese Sorge ist Bestandteil einer allgemeinen Bürokratisierungs- und Computerangst, die auch den Sicherheitsbereich erfasst hat, und die uns, wenn wir nicht aufpassen, meine Damen und Herren, eines Tages hindern könnte, das zu tun, was wir wirklich tun müssen“ („Auch zur Terrorismusbekämpfung gab es ... Kritik, die sich schon damals vor allem gegen das polizeiliche Informationssystem gerichtet hat. Ich meine, wir müssen uns jetzt gemeinsam fragen, wie man auf eine solche Kritik reagiert“ („Innere Sicherheit“, Nr. 50).

## Hintergrund. Staatliches Anti-Terrorismus-Konzept

Baums Propagierung der „weichen Welle“ und des „Dialogs“ entspringt keineswegs seinem liberalen Gewissen, sondern ist Ausdruck einer gezielten Kampagne der „Sicherheitskräfte“ zur Zerschlagung der „geistigen Grundlagen“ von Extremismus und „Terrorismus“, deren entscheidende Schritte schon eingeleitet wurden, als Baum noch unter Mahofer diente. Ein paar Hinweise:

Nach wiederholten Erörterungen in polizeilichen Fachkreisen und Fachblättern wie „Kriminalistik“ dem Hiltrum-Organ „Die Polizei“ u.a.m. forderte der Leiter der BKA-Staatsschutzabteilung im Mai 1977 (also noch vor der Schleyer-Entführung): „Die materiellen und geistigen Unterbauorganisationen (bewaffnete Untergrundorganisationen, AK) müssen aufgelöst werden. Nur das könnte den militanten Kadern der Stadtguerilla und der bewaffneten Massen die Nährboden entziehen und ihren Bewegungsspielraum einengen“ („Kriminalistik“, 5/77). Ebenfalls noch vor der Schleyer-Entführung

noch vor der Schleyer-Entführung beschloß die IMK (Innenministerkonferenz) am 5.8.77 die Entwicklung einer „Aufklärungskampagne“ über „Ziele, Methoden und Aktionen terroristischer Bestrebungen sowie über ihr Umfeld und ihren Hintergrund den politischen Extremismus“.

Während der Informationsperre zur Zeit der Schleyer-Entführung, nämlich am 14.9.77, verabredete das Kabinett die „Ausbauplanung Innerer Sicherheit“, das Nachfolgeprogramm für die beiden ersten Stufen der Programme „Innere Sicherheit“ von 1972 und 1974. Daran neu enthalten waren die Ziele:

- eine systematische Untersuchung über die politischen, sozialen und psychologischen Ursachen des Extremismus und des Terrorismus, über Hintergründe und „geistige Wurzeln“ sowie über Erscheinungsformen und Strategie, hierzu gehörte eine intensive Beobachtung und Analyse der „Gewaltliteratur“, um so breite Bevölkerungsschichten in die Lage zu versetzen, eine aktive Rolle in der Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus zu übernehmen (AK 127, S. 37).

Am 28.10.77 erklärte der FDP-Rechtsexperte D. Kleinert, die „Ausrückung der geistigen Wurzeln des Terrorismus“ sei am wichtigsten. Das „SZ“ vom 23.11.77 wußte davon zu berichten, daß der Leiter der politischen Polizei des BKA, Rupprecht, „letzte Hand an die streng geheimes Konzept“ lege, das mit Sofortmaßnahmen helfen solle, „die Terroristen grüßlich zu isolieren“. Der damalige parlamentarische Staatssekretär und heutige Innenminister Baum war an der Fertigstellung dieses Konzepts ebenfalls beteiligt.

Es folgte, ebenfalls noch im Rahmen des „Ausbauprogramms“ 1977 beschlossen, die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für die Zentra-

lierung dieser Kampagne, der sog. „Bund-Länder-Kommission gegen Terrorismus und Extremismus“, verbunden mit der Gründung des zentralen kriminalwissenschaftlichen Forschungsinstituts. Es folgte die Verabschiedung eines zentral geleiteten Forschungsprogramms unter Einbeziehung der bereits bestehenden Polizei-Akademien sowie die In-Dienst-Nahme gewisser Kreise der Hochschullitelligenz durch Vergabe von breit gestreuten Forschungsaufträgen an diversen Universitätsinstituten, Lehrgängen usw. Das Forschungsprogramm wurde ergänzt durch eine zahllose Abfolge von „Terrorismus“-Kongressen, teils inspiriert im Kreise erfahreter Fachleute des In- und Auslands, der Vertreter von Parteien und Kapitalistenverbänden, einschließlich einiger hufbereiter ehemaliger Linker wie z.B. Bernd Rabehl im Rahmen des „Bergerdorfer Gesprächskreis“, teils als öffentliche Propagandaveranstaltungen mit anschließender publizistischer Verbreitung.

Dieses Konzept der „geistigen Auseinandersetzung“ mit dem „Terrorismus“ und - das ist zu betonen - des „Extremismus“ ersetzte keineswegs die Linie des Programms „Innere Sicherheit I und II“ von 1972 und 1974, sondern ergänzte sie. Nachträglich wird klar, daß die „Staats-Aktion“ des neu-ernannten Kanzlers Schmidt und seines Krisenstabs von Oktober 1977 bereits Bestandteil der großangelegten Offensive gegen „Terrorismus“ und „Extremismus“ waren. Der Staat demonstrierte Härte und bewies mit der Inkaufnahme des Todes von M. Schleyer, mit den Stammheim/Stadelheimer „Selbstmorden“, wozu er bereit ist, wenn es darum geht, gewalttätigen Widerstand zu brechen. Das gleiche

gilt parallel zu diesen Ereignissen für den Aufbruch staatlicher Macht gegen die Anti-AKW-Bewegung.

Aber der berühmte „Stammheim-Schock“, ebenso wie der „Kalkar-Schock“ blieben nicht einmalige Alibepunkte staatlicher Repression der neueren Geschichte in der BRD und für die Linke traumatische Erlebnisse, sondern sie fanden auch nach dem Abklingen der außerordentlichen Spannung ihre nur gering gemilderte Fortsetzung, die die Bereitschaft dieses Staates zum rückhaltlosen Einsatz der staatlichen Macht immer wieder in Erinnerung rufen. Auf der „Stammheim“-Schiene ist das u.a. die Erschießung von Willi P. Stoll, Elisabeth v. Dyck, die Verschärfung des Vernichtungsfeldzugs gegen die politischen Gefangenen in Form der Hochsicherheitsstrakte, auf der Kalkar“-Schiene ist es u.a. der Ausbau des Gebietes um Gorbion zum polizeilichen Notstandsgebiet. Vor diesem Hintergrund der von der Linken erfahrenen und exemplarisch immer wieder praktizierten Repression bieten Baum und Co. den „Dialog“ an, versuchen so unterschiedliche Leute wie Mahler und Behro der Linken weiszu machen, Gewalt sei ein ungeeignetes Mittel der Auseinandersetzung mit dem Staat. Wer dies Kapitulationsangebot gegenüber dem bürgerlichen Staat „Liberalisierung“ nennen mag, der soll es tun. Gleichzeitig darf jedoch nicht verschwiegen werden, daß dieses „Liberalisierungsprogramm“ eine friedfertige Linke voraussetzt, eine Linke, die sich nicht mehr für revolutionäre Veränderungen einsetzt. Wer das nicht mehr will, soll das auch in aller Deutlichkeit sagen.

Antifa-Kommission  
KB/Gruppe Hamburg

## Veranstaltung zum Überwachungsstaat

IST ES SCHON SO WEIT?  
IST ES SCHON ZU SPÄT?

# ORWELL

# 1984

## PODIUMS-DISKUSSION

MIT PROF. W. STEINMÜLLER UNIVERSITÄT REGENSBURG  
DR. B. LUTTERBECK, BUNDESAMT FÜR DATENSCHUTZ  
H. HALBERSTADT, PERSONAL RAT STADTVERWALTUNG FFH  
D. MARCELLO, BETRIEBSRAT DAIMLER BENZ  
LEITUNG: R. ZZO SCHLAUCH, RECHTSANWALT

1. MARZ 16-19 UHR  
LEDERHALLE MOZARTSAAL, EINTRITT DM 4

### RUSSELL-BUCH 4:

„Jeder kann der nächste sein“  
Dokumentation der polizeilichen Todemaschine seit 1971  
und ihre Legitimierung

Die westdeutsche Polizei ist bemüht, sich als „demokratisch“ und „bürgerlich“ darzustellen. In über 140 Fällen dokumentiert das Buch in einer ausführlichen Fallkommentar, wie die „Bürgerliche“ im westdeutschen Alltag aussieht. Über 150 Menschen starben seit 1971 durch unmittelbare Gewaltanwendung von Seiten der Polizei, entweder durch Schußwaffen oder durch sonstige Gewaltanwendung. In keinem der Fälle wurden die Todesurteile tatsächlich zur Verantwortung gezogen. Die Dokumentation läßt erkennen, wie die Todesurteile des Totschlägers der Polizei durch ihre übergeordneten Stellen gedeckt wurden, wie sie durch die Gerichte legitimiert wurden. Soweit es möglich ist, wird auch versucht, zu dokumentieren, daß die bloße Kritik an diesem allgegenwärtigen Terror verfolgt, diffamiert, sogar unterdrückt wird.

Darüber enthält das Buch die gesetzlichen Grundlagen (u.a. „Musterentwurf“ und „Razziasystem“), auf denen die tägliche Polizeiarbeit basiert. Für die demokratischen Kräfte im Land ist es ein geeignetes Arbeitsmaterial in der täglichen Agitation sowie eine Aufforderung, den täglichen Polizeiterror stärker als bisher aufzudecken.

J. Reine-Verlag  
Ludwigshafen 75  
2000 Hamburg 80

„Ist es schon so weit? Ist es schon zu spät?“ - Orwell 1984“ Unter dieser Fragestellung luden u.a. mehrere Betriebsräte, darunter Willi Hoss von der Plakat-Gruppe, Daimler-Benz, zu einer Podiumsdiskussion.

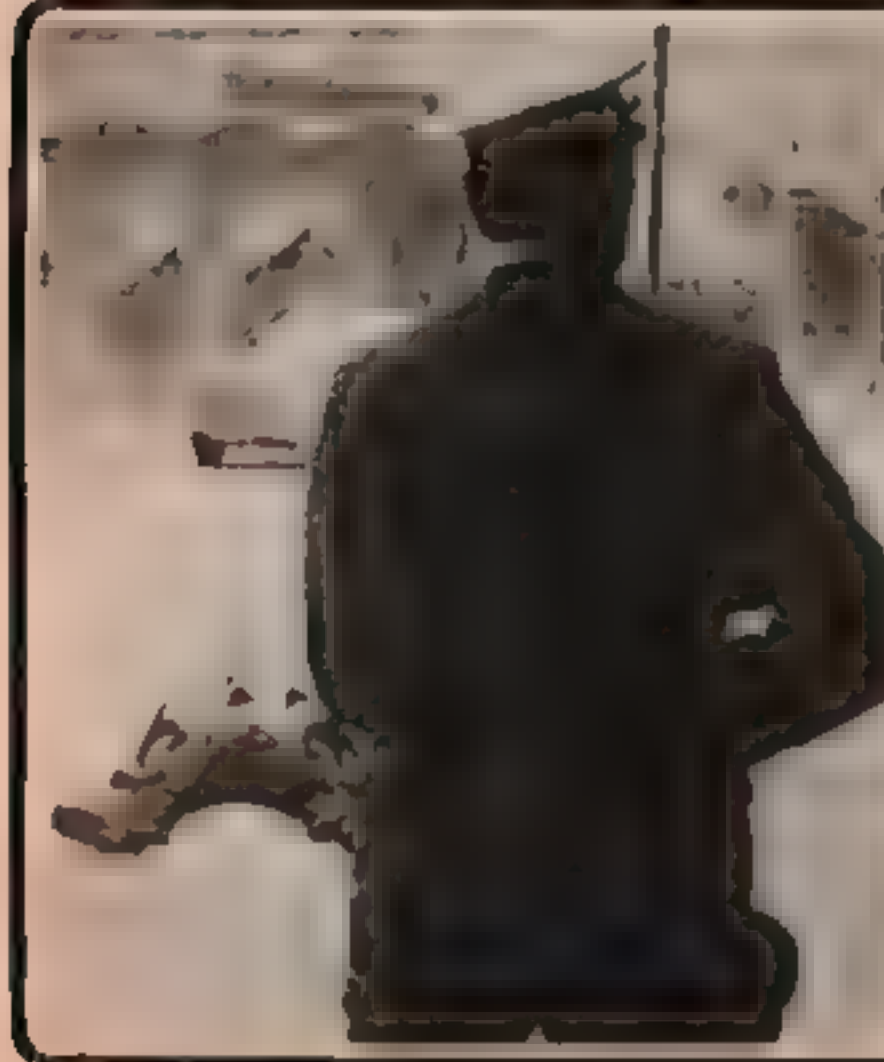
Themen:  
computerlesbare Ausweise  
Personalinformationssystem (ISA)  
- Datenbanken bei Behörden  
- Daten-Austausch  
- Rasterfahndung  
Auf dem Podium saßen Datensachmann Wilhelm Steinmüller, Dr. B. Lutterbeck, Bundesamt für Datenschutz, H. Halberstadt, Personalrat der Stadtverwaltung Frankfurt/Main, D. Marcello, Betriebsrat Daimler-Benz.

Die Veranstaltung wurde eröffnet mit einem Beitrag von Wilhelm Steinmüller, der kurz das Ausmaß der Überwachung bei den genannten Themen umriss. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung ging es aber nicht um computerlesbare Ausweise oder die Rasterfahndung, sondern v.a. um betriebliche Überwachungssysteme. Im vorigen Jahr hatten 9.000 Kolle-

gen von Daimler-Benz eine Unterschriftenaktion gegen das betriebliche Überwachungssystem ISA gemacht. Auf der Veranstaltung wurden in mehreren Diskussionsbeiträgen einerseits nähere Einzelheiten über ISA bei Daimler gebracht (übergeordnet gibt es dort ein Personalverwaltung- und Informationssystem - PSI, ISA ist nur eins von 100 Elementen des PSI). Zum anderen wurden ähnliche Entwicklungen sowohl bei den öffentlichen Verwaltungen wie auch bei anderen Betrieben geschildert, z.B. berichtete ein Betriebsrat von BASF Stuttgart, daß dort ein dem ISA ähnliches Überwachungssystem installiert wird.

Im Anschluß rief Willi Hoss zur Bildung einer Stuttgarter Bürgerinitiative „Orwell 80“ auf, die Informationen über das Ausmaß der Überwachung zusammentragen soll und um Mißbrauchen kundzutun gegen den Datenmißbrauch.

Antifa-Kommission  
KB Hamburg





# Hochsicherheitstrakt in Hamburg fertiggestellt!

Vor der Öffentlichkeit weitgehend verborgen wurde im Hamburger Knast ein neuer Hochsicherheitstrakt fertiggestellt, der demnächst in Betrieb genommen werden soll.

Hiermit muß jedenfalls aufgrund eines „Offenen Briefes“ gerechnet werden, den der „Landesverband Hamburger Strafvollzugsbediensteter“ an den Chef des Strafvollzugsamtes, Dr. Weinert, gerichtet hat. Die Vereinigung schrieb am 3.1.1980: „Dem Vernehmen nach soll in Kürze mit der Belegung der Sicherheitsstation in der Anstalt 1 (Anm. Verf.: der Knast Fühlsbüttel besteht aus mehreren Gebäuden, die als „Anstalt Nr. x“ bezeichnet werden) begonnen werden. Zu diesem Zweck sollen bedarfsgerecht mindestens 14 zusätzliche Bedienstete des Aufwachtendienstes nach dort versetzt werden“.

Die technischen und personellen Voraussetzungen für die Inbetriebnahme des Iso-Traktes sind also gegeben - die tatsächliche Belegung dürfte davon abhängen, ob die Vollzugsbehörden den Zeitpunkt für günstig halten. Derzeit ist das noch nicht der Fall, die Lübecker Gefangenen sind - vorerst - von Hamburg nach Lübeck zurückverlagert worden.

Es muß aber damit gerechnet werden, daß bei einem erneuten Hunger- und Durststreik der fünf Frauen eine erneute Verlegung nach Hamburg und dann womöglich sogar in den Trakt geplant ist.

In diesem Sinne: Packen wir's an, es gibt noch viel zu verhindern.

Auf dieser Seite ist ein Bericht über Lage und Ausbau des Fühlsbütteler Traktes abgedruckt, den wir aufgrund von Berichten von Fühlsbütteler Gefangenen angefertigt haben. Er beruht größtenteils auf den Informationen von Gefangenen, die selber am Bau des Traktes beteiligt worden sind. Wir veröffentlichen außerdem die Grundrisse des Traktes (Zeichnungen I und II). Wir wissen um die Unvollständigkeit der diesem Artikel zugrundeliegenden Informationen und bitten deshalb insbesondere die AK-Leser im Knast Fühlsbüttel, uns mit ergänzenden Informationen zu versorgen.

Der Kampf gegen die Hochsicherheitstrakte hat erst begonnen

IKAH

## ENDLÖSUNG: Hamburg-Fühlsbüttel, Anstalt I als Isolations- und Hochsicherheitstrakt

Alle nachfolgenden Angaben wurden aus einer Menge Informationen her-

gegründet. Die Informationen erheben keinen Anspruch, architektonisch genau oder vollständig zu sein. Sie wurden nach dem besten Verfasser herrschenden Wissensstand aufgearbeitet, um eine anfängliche Unterlage über die modernen Isolationsme-

zeichnet, um eine anfängliche Unterlage über die modernen Isolationsme-

wo sich ein Spalt (5) befindet, durch dessen Gitter das Sprechen möglich ist. Die Trennscheibe ist nicht versenkbar.

Die rechte und obere Hälfte der Zeichnung enthält den eigentlichen Trakt. Zuerst kommt die Zentrale (6). Sie muß ständig mit 3 Mann besetzt sein und enthält die gesamte Elektronik, wie Alarmanlagen, Monitore, Lautsprecher-Gegensprechanlagen usw. Ihr schließen sich die Zellen an (7, 8, 9, ...). Es sind Zellen normaler Hamburger Größe. Die Tür hat ein Sichtfenster aus Panzerglas. Darunter befindet sich eine aufschließbare Klappe, durch welche das Essen gereicht werden kann. Das Fenster hat ein Gitter aus unverwundbarem Stahl. Es ist mit einer zusätzlichen Plastik-scheibe versehen; nur durch einen Schlitz kommt frische Luft in die Zelle.

Die Einrichtung der Zelle besteht aus einem Stuhl, einem Tisch, einem Schrank, Spiegel, Toilette und einem Waschbecken mit Wasserhahn sowie dem Bett. Wie die Heizung angeordnet ist, war noch nicht zu erfahren. Aber die Zelle hat eine Lautsprecher-Gegensprechanlage, welche das geringste Geräusch aufnimmt. Das Licht läßt sich nur von außen aus- und einschalten. Der Schalter ist regelbar. Auch eine Steckdose ist vorhanden. Selbst ist so gering abge-sichert, daß man z.B. keinen Tauchsieder betreiben kann. Eine Alarmlampe gibt es nicht in der Zelle. Man muß eine Fahne werfen (11). Das ist ein dünnes Metallrohr, an welchem eine Fahne befestigt ist. Beides muß

man nach außen stoßen - die Bewachung von der Zentrale kann das dann sehen. Es macht keinen Unterschied, ob man es nicht beweisen, daß die Bewacher es übersehen haben.

Auf der gegenüberliegenden Seite sind 4 Zellen (12, 13, 14, ...), die keine Einrichtung enthalten - auch ohne Wasserhahn und Toilette sind

Zeichnung

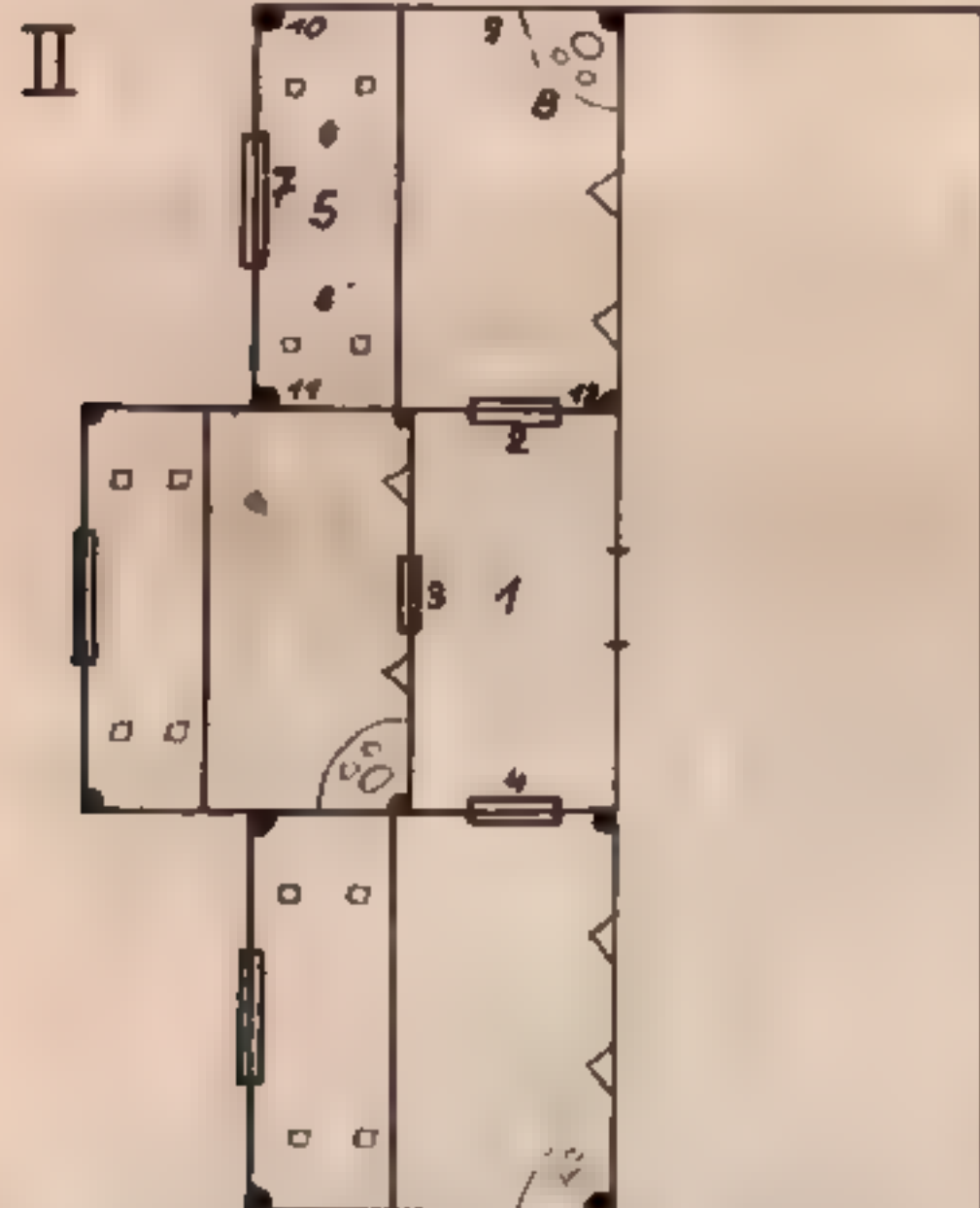
Unter dem Trakt befinden sich 2 schwere und eine leichte Beruhigungszelle. Zuerst geht es in einen Vorraum (1). Von diesem aus gehen die 3 Türen (2, 3, 4) ab. Jede Tür ist ca. 30 cm stark und schalldicht gepolstert. Darauf folgt eine Stahlgittertür und darauf eine Tür aus Panzerglas. Der Raum enthält nur ein „Bett“ (5). Dieses ist gemauert und hat eine Auflage von ca. 10 cm verbleimtem Holz. In dieser Holzschicht sind 4 Metallbögen (6) angebracht. Sie dienen dazu, den Gefangenen zu fesseln. Sie sind elektronisch aus- und einführbar.

Das Fenster (7) besteht innen aus Panzerglas. Darauf folgt nach außen eine „Jalousie“, die ebenfalls elektronisch verstellbar ist. Außen ist eine Scheibe aus Milchglas. Die Toilette (8) befindet sich in der Ecke. Sie besteht aus einem Loch und zwei Metlen, in welche man die Hände stellen kann.

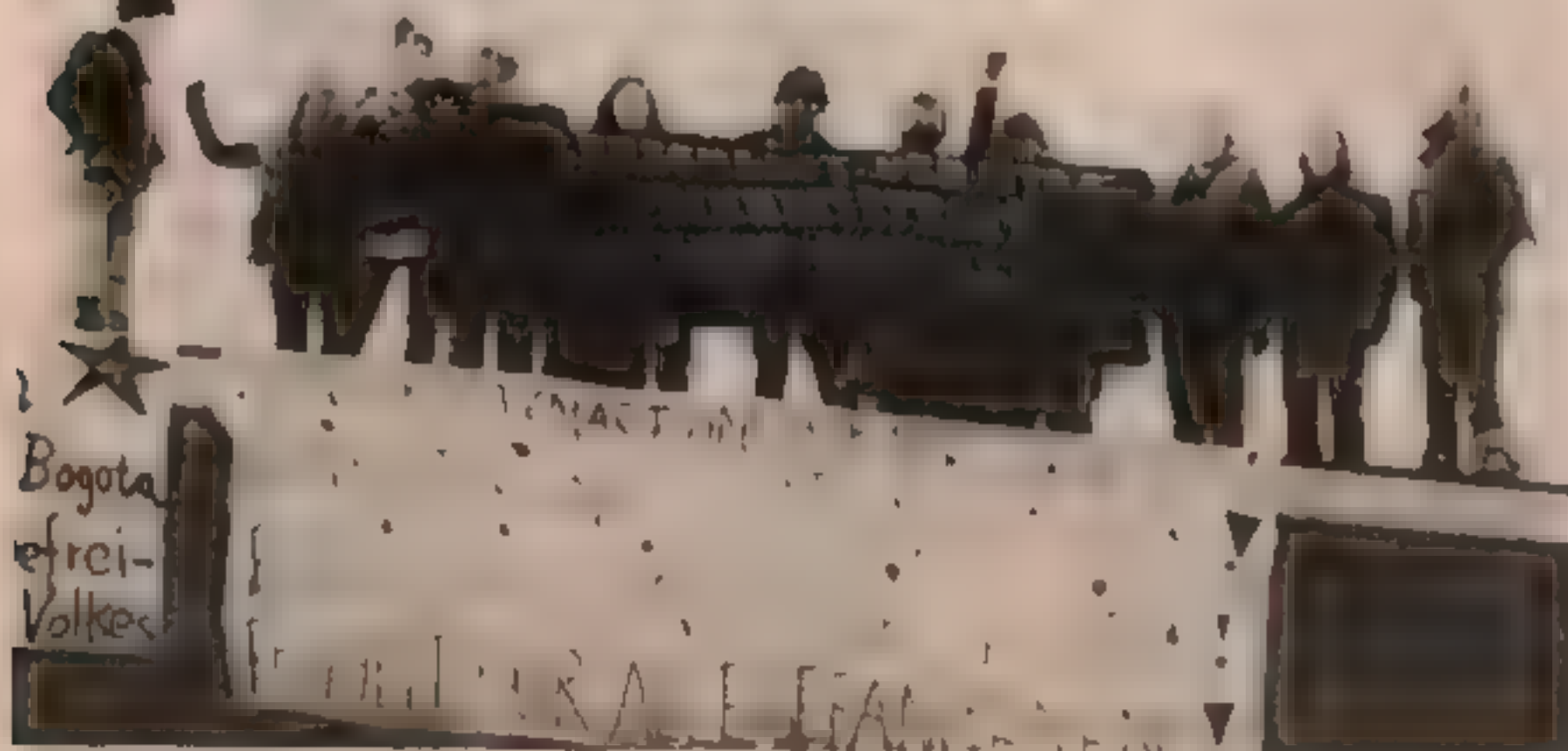
Alle vier Ecken der Zelle (9, 10, 11, 12) sind mit Videokameras bestückt - so daß eine ständige Beobachtung möglich ist. Zusätzlich sind noch zwei Weitwinkelkameras (13, 14) angebracht, um optisch, d.h. natürlich das dorthin verbrachte Stück Mensch beobachten zu können.

Die gesamte Zelle ist mit einer Stahlwand ausgekleidet. Darauf wurde ein Kunststoffschild befestigt. Die Heizung ist eine Flächenheizung und mit der Wand bandig. Über eine Lüftung liegen noch keine Angaben vor.

Zu Zeichnung I wäre noch zu erwähnen, daß dieser Trakt einigermaßen identisch ist mit dem noch nicht so „modernen“ Trakt Dora I in Anstalt II.



## Hamburg: Besetzungsaktion gegen die Hochsicherheitstrakte



Die Besetzer auf dem Dach

Am 4. März wurde das Dach des Hamburger Amerika-Hauses von 16 Menschen aus verschiedenen politischen Gruppen und Organisationen besetzt. Das Ziel der Aktion war die Unterstützung von Brigitte Aodok, Inga Hochmeier, Christine Kuby, Annerose Reichert und Christa Ecken.

Die 5 Frauen, die am 24. Januar in den Hungerstreik und am 29. Januar in den Durststreik gegen

die Haftbedingungen im toten Trakt von Lübeck getreten waren, wurden aufgrund ihres körperlichen Zustandes in das Untersuchungsgefängnis Hamburg eingeliefert.

Seit einiger Zeit war zu befürchten, daß die Frauen wieder in den toten Trakt nach Lübeck verschleppt werden würden, was dann auch am 5. März passierte.

Um dem entgegenzutreten, fordern 4 Frauen die Zusammenlegung

von mehreren Gefangenen aus der RAF bzw. anderen sozialrevolutionären Gruppen. Brigitte Aodok fordert für sich die Verlegung nach Frankfurt Preunghausen in den Normalvollzug. Mit der Besetzung wollten wir die Frauen mit ihren Forderungen unterstützen und die Totschweigertaktik der Bourgeoisie durchbrechen. Transparente wurden am Haus befestigt und die Lautsprecheranlage installiert. Sofort be-

gannen ca. 30 Genossen und Genossinnen, in der Nähe des Amerika-Hauses die Besetzerklärung zu verteilten. Presse und Rundfunk wurden informiert. Nach ca. 10 Minuten kam der erste Bullenwagen, die beiden Bullen liefen ziemlich ratlos und desorientiert um das Gebäude. Nach einigen Minuten entschloß sich einer der beiden, die Parolen auf den Transparenten abzuschreiben, einige Zeit später kam die Verstärkung der Bullen. Inzwischen hatten sich ca. 60 Leute vor dem Haus versammelt. Von uns auf dem Dach wurde die Erklärung verlesen, auf der Straße wurde sie verteilt. Jetzt waren auch mehrere Reporter von Rundfunk und Presse eingetroffen, die die Besetzerklärung erhielten. Insbesondere wurde der NDR in der Erklärung aufgefordert, diese in der „Umschau am Abend“ zu verlesen, was wir als Bedingung für einen friedlichen Abzug stellten.

Inzwischen kamen immer mehr interessierte Zuschauer, die der vom Dach aus verteilten Resolution zuhörten und über diese und die Lage der 5 Frauen diskutierten. Aber auch die Bullen wurden immer mehr. Nach ca. einer Stunde Dachbesetzung wollten Genossen von unten ihre solidarische Verbundenheit beweisen, indem sie Schokoladen kauften. Wir ließen vom Dach eine Plastikrolle herunter, um die Schokoladen zu transportieren. Plötzlich stürmte ein Bullenpanzer auf die Genossen. Die Bullenprovokation endete mit einer kleinen Kanglei, bei der keiner der Genossen zu Schaden kam. Schließlich wurden die Schokoladen hochgeworfen, versehen mit Aufklebern der spanischen CNT (Anarcho-Syn-

dikalisten) oder Aufklebern mit der Parole „Es lebe die soziale Revolution - Anarcho-Syndikalismus!“.

Inzwischen erreichte uns über Funk die Nachricht, daß der für das Amerika-Haus Verantwortliche eine gewaltsame Räumung vorerst ablehnte. Der NDR-Reporter teilte uns mit, daß er die Resolution „so nicht“ verlesen will, aber über die Besetzung berichten werde. Wir forderten ihn auf, auf die Inhalte unserer Forderungen in der „Umschau am Abend“ einzugehen.

Um 17.30 Uhr begann die Radiosendung. Gleich zu Anfang kam der Bericht über die Besetzung. Aber wie befürchtet, setzte sich der Bericht kaum mit unseren Forderungen und Inhalten auseinander.

Nach dem NDR-Bericht räumten wir das Dach. Keiner von uns wurde festgenommen oder vom ED behandelt. Die Aktion als solche kann man fast als Erfolg bezeichnen. Doch auf den gesamten Kampf gegen Hochsicherheitstrakte, auf den Kampf der politischen und sozialen Gefangenen hin betrachtet, kann diese Aktion nur ein kleiner Beitrag sein.

In kleiner Beitrag wie die Demo am 23.2. in Hamburg oder andere Aktionen und Informationsarbeit. Aber durch kleine Beiträge und eine kontinuierliche und gezielte Solidaritätsarbeit können wir echten Protest organisieren und auch länger erregen.

SOLIDARITÄT! HILFT SICHENI VERLEGUNG DER GEFANGENEN NACH GERICHTS WAGEN! WEG MIT DEN TOTEN TRAKTEN! H.D. (Freie Arbeiter Union/ Ortsgruppe Hamburg)



# Westberlin: Neuer Prozeß gegen die »Bewegung 2. Juni«

In Westberlin hat vor dem 8. Strafgericht des Kammergerichts (= Oberlandesgericht) ein weiterer Prozeß gegen Mitglieder der Bewegung 2. Juni begonnen.

Der Prozeßbeginn machte gleich klar, daß die Westberliner Justiz von dem ganzen „Liberalisierungs“-Gerade nicht allzuviel hält, sondern eher für „klare Verhältnisse“ ist: Der Prozeß begann mit maßlosen Schikanen gegen die Angeklagten.

## Brutaler Überfall auf die Angeklagten

Bereits am ersten Prozeßtag (21.2.) wurden die Angeklagten ausgeschlossen, und die Zuschauer durch einen massiven Knüppel Einsatz der Bullen auf die Straße getrieben.

Die Angeklagten hatten den 6. Straßensaal aufgefördert, gemeinsam in einer der neuerbauten Glaskabinen am Prozeß teilnehmen zu können, statt getrennt in zwei, die einander gegenüberliegen. Dies wurde ihnen nicht gestattet. Nachdem die Angeklagten auf ihrer Forderung bestanden und den Vorsitzenden Richter als „Staatschutzrichter“, „Faschisten“ und „Pawlowschen Hund“ (laut Tagespiegel - Tsp - vom 22.2.80) bezeichnet hatten, wurden sie per Gerichtsbeschluss „auf eine „Anregung“ der Staatsanwaltschaft“ (Spandauer Volksblatt, 22.2.80) vom Verfahren ausgeschlossen.

Weil für die Durchführung des Ausschlusses keine Öffentlichkeit mehr anwesend sein sollte, wurden die Prozeßbesucher gleich mit ausgeschlossen. Diese weigerten sich jedoch, den Verhandlungssaal zu verlassen, um die Durchführung des Ausschlusses beobachten zu können. Daraufhin ordnete Richter Pehl-

hoff die Räumung des Verhandlungssaales an. Die anwesenden Bullen, behelmt und auch sonst in voller Montur leiteten „ganze Arbeit“: indem sie die Zuschauer mit brutalen Schlagstockeinsätzen nicht nur vor die Tür, sondern Verhandlungssaal trieben, sondern gleich bis auf die Straße.

Anträge der Verteidigung, die Ausweise der Prozeßbesucher nicht über den Polizeicomputer abzufragen, wurden natürlich auch abgelehnt, wobei längst bestätigt ist, daß die Daten der Prozeßbesucher gespeichert werden.

Aufgrund eines Gerichtsbeschlusses sollen sich die Angeklagten in diesem Verfahren nach jedem Prozeßtag vollständig entkleiden, und dies angeblich aus „Sicherheitsgründen“, was angesichts der sowieso vorhandenen „Sicherheitsorgie“ völlig absurd erscheinen muß.

Die Angeklagten weigerten sich, diese neue Schikane hinzunehmen, und leisteten Widerstand gegen die weiblichen Bediensteten der Anstalt, die zunächst mit ihnen „beschäftigt“ waren.

Was dann geschah, dazu die drei Betroffenen Gudrun Stürmer, Angelika Godes, Gabriele Rollnik selbst: „Wir wurden bis zu 1/2 Stunden in das sogenannte Kommunikationszentrum eines nicht belegten Teiltraktes eingeschlossen, durch dessen Lüftunganlage heiße Luft geblasen wurde. Dann holten uns die Bullen einzeln zum Durchleuchtungstraum und verlangten dort, daß wir uns ausziehen. Gudrun, die als erste drankam, haben die Bullen noch geflinkt, indem sie zuerst ihre Unterlagen durchleuchteten und ihre Schuhe verlangten, wobei sie ihr einen Teil der Unterlagen zurückgaben, also den Eindruck erweckten, daß nur noch

ihrer Schuhe kontrolliert würden. Diese Linkerei hatte den Sinn, daß wir ohne Schuhe wehrlos sind, zumal die Bullen Gudrun Holzschuhe schon mal zu spüren bekommen hatten.

Nachdem die die Schuhe rausgegeben hatte, wurde sie aufgefordert, sich vollständig auszuziehen, was sie ablehnte.

Als es vier Schließern nicht schafften, sie festzuhalten und auszuziehen, riefen sie 2 Bullen zu Hilfe, mit deren Beteiligung sie unter Mißhandlungen nackt ausgezogen wurde.

Bis ist erst von Hanfeldt, dem Sicherheitsbeauftragten für den Knast befragt worden, ob sie sich freiwillig ausziehen. Nach Weigerung wurde sie auch von 4 weiblichen und 2 männlichen Bullen vollständig ausgezogen. Ich war die letzte, d.h. jetzt hatten die Bullen schon jede Hemmung abgelegt, und nachdem ich Hanfeldt gegenüber auch abgelehnt hatte, mich freiwillig auszuziehen, stürzten sich ca. 5 Bullen auf mich und schleppten mich in den Beleuchtungstraum. Dann riefen sie eine Schließerin und sagten mich gemeinsam tot zu.

Als Gudrun in den Trakt zurückkam, wurde ihr gesagt, daß wir keinen Aufschuß hätten, weil wir die Anordnung uns auszuziehen nicht befolgt hätten. Als sie sich weigerte, sich entkleiden zu lassen und zu Monika in die Zelle ging, die seit 14 Uhr allein Aufschuß hatte, wurde sie von einem Rollkommando gewaltsam in ihre Zelle geschleppt und eingeschlossen. Da wir drei wegen der Verletzungen - Zerrungen, Prellungen und Blutergüsse - einen Arzt verlangt hatten, sagten die Bullen den Hofgang bis nach Ende der Arbeitszeit aus. Er begann gegen 16.45 Uhr, um 18 Uhr sollten wir wieder entgehen. Als wir darauf bestanden, 2 Stunden

draußen zu bleiben weil das die einzige Zeit ist, in der wir überhaupt frische Luft bekommen, erschien erneut ein Rollkommando von ca. 10 Bullen, die uns gewaltsam in die Zellen schleppten und vernachlässigten. Aufschuß lief an diesem Tag für keinen von uns mehr. Diese Maßnahmen gegen uns sind 4 Wochen nach dem Überfall auf die gefangenen Frauen in Lübeck durchgezogen worden, bei der 3 von ihnen ebenfalls unter Mitwirkung von männlichen Bullen nackt ausgezogen worden waren. (Aus der taz vom 4.3.80, wo diese Erklärung vollständig abgedruckt ist).

„Eine Jurisprecherin bestätigte die Zwischenfälle bei der Rückführung: Die Frauen hätten sich „erheblich gewehrt“, sich auszuziehen und ihre Kleider kontrollieren zu lassen, wie es in der Sicherheitsanordnung des Gerichts vorgesehen sei. Als die weiblichen Beamten - von denen zwei gebissen worden seien - mir den Gefangenen nicht fertig wurden, hätten die männliche Wachmeister zu Hilfe gerufen. Diese hätten „ich bemüht, wegzuschauen““ (Tsp, 26.2.80).

Am zweiten Prozeßtag wurde von den Vertrauensanwälten der Angeklagten die Aufhebung der schikanösen Ausziehungswesen gefordert, die das Gericht allerdings wiederum mit Hinweis auf die „Gefährlichkeit“ der Angeklagten nicht aufhob.

In dieser Atmosphäre, die auch in Zukunft einen schwierigen Prozeßverlauf erwarten läßt, kam es schließlich schnell zum Eklat, als den Angeklagten bei der Verlesung einer ausführlichen Erklärung zu ihren Haftbedingungen im Hochsicherheitstrakt das Wort entzogen wurde.

Für Überraschung sorgte der Vorsitzende allerdings, als er, nachdem

wieder Ruhe eingekehrt war, der Staatsanwaltschaft das Wort zur Verlesung der Anklageschrift erteilte, obgleich die Verteidigung unter anderem noch Befangenheitsanträge und Anträge zur Besetzungsrüge stellen wollte. Sie sahen sich daraufhin zum Verlassen des Saales veranlaßt (Spandauer Volksblatt, 27.2.80). Dem Auszug der Verteidiger vorausgegangen waren der Ausschuß der Angeklagten sowie eines Zuschauers, der dem Gericht lediglich „Angst vor der Öffentlichkeit“ (Tsp, 27.2.80) unterstellte.

Am 4.3. war dann im Westberliner Teil des Tagespiegel zu lesen, „daß man (Justizsenator Meyer) den Beginn des Rollnick-Verfahrens für ungünstlich halte.“ ... „In der Justizverwaltung hieß es außerdem, durch das harte richterliche Vorgehen sei in der Öffentlichkeit wieder der Eindruck einer absoluten Voreingenommenheit des Gerichts entstanden ... Den zehn Angeklagten (die Angeklagten im Lorenz-Drankmann-Prozeß sind die sechs) würden jetzt bei den Kontrollen die Unterhosen (!!!) belauscht. Mit Richter Pahlhoff sei dies bereits abgeklärt.“ ... Ferner ist beschlossen worden, daß männliche Vollzugsbeamte die Frauen nicht mehr ausziehen dürfen, sondern „daß die angeklagten Frauen bei aktivem Widerstand gegen die Entkleidung von Männern auf die Tragen gefesselt werden sollten“.

Identitätszerstörung, Zynismus, Frauenverachtung und Menschenfeindlichkeit haben hier ein Maß erreicht, das nicht mehr hinzunehmen ist!

Westberliner Antirepressions-Kommision des KB



## Pressekonferenz der Verwandten der politischen Gefangenen

Zur Situation der gefangenen Frauen in Lübeck fand am 23. Februar eine Pressekonferenz der Angehörigen der politischen Gefangenen in Frankfurt statt. Es sprachen unter anderem Pfarrer Emma, Beste Tauber, Omega Becker (Schwester von Verena Becker), Christa Cullen, der Vater Gudrun Stürmer - eine der Frauen in Westberlin - und Esther Dayan, eine Besucherin der Lübecker gefangenen Frauen, die im Auftrag der Mutter von Christa Eckert einen Beitrag hielt.

Pfarrer Böhm erklärte für die Angehörigen, daß sie sich mit dem Kampf der Frauen in Lübeck solidarisieren und ihre Forderung nach Zusammenlegung in größere Gruppen und Verlegung in andere Knäste unterstützen.

Christa Cullen, ein Mitglied der „Internationalen Kommission zum Schutz der Gefangenen und gegen Isolationshaft“ bezeichnete die neuen Hochsicherheitstrakte als „Folter“.

Sie ließ sich auch nicht vom „liberalen“ Geschwätz über eine „Umkehr“ des Kopf verhehlen. Diese Umkehr könne nur heißen: Aufgabe der politischen Identität, um aus dem Trakt herauszukommen. Das erinnere sie an die Umerziehungslager der Nazis. Sie wolle verhindern, daß nochmals hier hinter Stacheldraht und Gitter sich Dinge abspielen, von denen später gesagt wird, man habe es nicht gewußt.

Beste Tauber verwies auf die Erfahrungen, die ihr Bruder, Lutz Tauber, in dem „Normalvollzug“ gemacht hat. Lutz hat Umschluß mit drei Alt-Nazis, die als SS-Männer in Auschwitz waren. Das heißt für ihn, entweder er ist bereit, mit ihnen zusammen seine „Freizeit zu gestalten“ oder aber er ist bis auf den Hofgang wie-

der total isoliert. Gefangene, die mit ihm während des Hofgangs Kontakt aufnehmen, unterliegen sofort Repressalien, wie Bespitzelung oder Zellenrazzien.

Esther Dayan stellte noch einmal die Forderungen der Lübecker Frauen dar: „Sie fordern die Vergrößerung der Gruppen und zugleich haben sie gesagt, sie beantragen die Verlegung in ein anderes Gefängnis, wo sich bereits Frauen aus der RAF befinden. Zum Beispiel dorthin, wo Gefangene sind, die bisher vollständig isoliert wurden und es noch sind. Konkret könnte das bedeuten, die Verlegung von vier Frauen nach Stuttgart-Stammheim, wo Imgard Möller ist, oder nach Köln-Ossendorf, wo Hanna Krabbe und Angelika Speitel sind. Gefordert wird weiterhin, die Verlegung von Brigitte Asdonk nach Frankfurt-Fraunheim. Sie hat diesen Antrag gestellt und von der Gruppe diese Entscheidung voll akzeptiert.“

Dann ging Esther Dayan auf die Aktivitäten von amnesty international, London, ein. Amnesty International verlangt weiterhin, wörtlich: „daß die fünf Frauen bis zu ihrer ausreichenden gesundheitlichen Wiederherstellung im Krankenhaus verbleiben, bis eine angemessene Lösung hinsichtlich ihrer künftigen Gefangenschaft im Sinne der Vorschläge von amnesty international eingerichtet worden ist. Dazu muß ich sagen, amnesty international ist davon ausgegangen, daß die Frauen von Lübeck in ein Hamburg Krankenhaus gebracht wurden. Tatsache ist, daß die Frauen zwar nach Hamburg verlegt wurden, aber sie wurden in leere Zellen gebracht und von medizinischer Versorgung kann überhaupt keine Rede sein.“

Westberliner Antirepressions-Kommision

## Offene Antwort an die Grüne Liste Hessen

Im AK 172 hatten wir einen Brief der GLH an die Initiativegruppe Peter Paul Zahl abgedruckt, in dem der Vorschlag einer Reihe von Kulturveranstaltungen zur Unterstützung der politischen Gefangenen, insbesondere von Astrid Proll (die allerdings nicht im Knast sitzt, stattdessen sollte ihr Prozeß unterstützt werden), Brigitte Heinrich (ebenfalls Prozeßunterstützung), PPZ selbst und Fritz Tüfel enthalten war. Die Kampagne sollte insbesondere auf die „schreienden Ungerechtigkeiten im Bereich der politischen Justiz“ aufmerksam machen.

Zu diesem Vorschlag ist uns eine Stellungnahme von Gefangenen aus dem Hochsicherheitstrakt in Westberlin zugeschickt worden.

an die grüne liste hessen

moabit, 16.2.80  
ho-trakt block 10

Hebe Leute, euren brief vom 5.2. haben wir erhalten und hier unter uns sieben diskutiert. grundsätzlich finden wir es natürlich gut, wenn auch ihr euch vorstellungen zu einer kampagne gegen knast und justiz macht, folglich haben wir auch interesse daran, mit euch darüber weiter in kontakt zu bleiben. euren brief werden wir übrigens an verschiedene initiativgruppen und einzelne gefangene weiterleiten, damit auch die euch ihre meinung zu euren vorschlägen schreiben können. unsere vorschläge, bzw. kritik haben wir verrückt in den folgenden punkten zusammenzufassen.

- wieso habt ihr nur die vier leute angeschrieben (?), zumal nur einer von denen im trakt ist?

wenn ihr nicht vorhabt, über die köpfe der betroffenen hinweg zu handeln, dann müßt ihr erheblich mehr leute und gruppen, die mit knast/justiz zu tun haben, kontaktieren, es gibt ja auch mehr trakte als nur den in berlin (z.b. celle, Lübeck, streubing)

außerdem sind die trakte „nur“ die spitze eines eisberges. ihr müßt auch gefangenenselbstinitiativen mit einbeziehen, die sonst kaum eine öffentlichkeit finden (z.b. g.l. hamburg, selbsthilfegruppe von gefangenen in freunheim, frauengruppe im knast lehrstube, berlin - an die haben wir auch euren brief geschickt).

außerdem gibt's ja seit längerem gruppen, die sich mit knast befassen, die sind allzuoft bei grösseren veranstaltungen übergeben worden, obwohl es doch gerade die sind, die kontinuierlich für die interessen der gefangenen kämpfen haben (z.b. rh westberlin, rh münchen, knastgruppe wedding, inl gegen kn-trakte berlin, öffentlichkeitsausschuß 2.juni prozeß berlin, antifa berlin, auch denen haben wir euren brief geschickt).

wie wollt ihr die „falle“ pps, arid proll, b. heinrich als beispiele

mit einbeziehen?

zumindest bei der astrid und pps werden offene türen eingeräumt, was öffentlichkeit betrifft. beide „fälle“ finden sich auch in STERN und SPIEGEL, z.b. bei der brigitte heinrich ist das etwas anders gelagert, weil sie sich für die bürgerliche öffentlichkeit weniger „eignet“. ihr prozeß sollte auch bei euren veranstaltungen als ein beispiel für die begrenzttheit der angeblichen „weichen welle“ bestanden sei, es geht ja nicht nur darum, verbesserungen für einzelne gefangene zu erreichen, es geht um das system des knastes, wie - und für wen - das funktioniert. (siehe hierzu u.a. die nummer der „autonomie“ 10/79 zu den neuen gefängnissen und der artikel von wolf weitzel im ID 319. wenn ihr interesse habt, stellen wir euch eine längere materialliste zur verfügung). am beispiel etwas klarzumachen versuchen beinhaltet auch die gefahr, daß die prominenten fälle einer andere überlagern - das müßt bei euren veranstaltungen ausgeschlossen sein, es geht um die bürgerliche justiz überhaupt und nicht nur um „die schreienden ungerechtigkeiten im bereich der pol. justiz“ (ist aus euren brief) haltet ihr denn diese justiz ansonsten für gerecht?

- soll eure kampagne sich auf die politische justiz beschränken, zudem noch auf einige „ungerechtigkeiten“?

das hieße ja anzunehmen, daß das bürgerliche recht an sich legitim wäre, daß menschen auch „gerecht“ zu lebenslänglich verurteilt werden könnten, daß es in der mehrzahl gerecht ist, daß gefangene in knästen sind, welche politischen vorstellungen habt ihr denn, hierzu? wenn ihr etwas zu den bereichen machen wollt, dann müßt ihr auch zu dem stellung nehmen, wieso die gefangenen dahingekommen sind - sowohl aufgrund ihrer politik als auch der interessen der bullen gerade die gefangenen, die widersand leisten, in den trakten zu begraben, eine kampagne gegen die trakte, die nur auf der angst beruht,

daß die trakte eine neue welle von militärs und aktionen hervorrufen würden, die schmeckt uns überhaupt nicht, dazu solltet ihr mal eure vorstellung rumticken.

- bei jeder veranstaltung müßt gewährleistet sein, daß entweder authentische beiträge von den betroffenen verlesen werden können, bzw. vertreter von gefangenen/knastgruppen rederecht haben.

- welche „künstler“ habt ihr für die veranstaltungen vorgesehen? und inwieweit würden die sich an die vorstellungen der betroffenen halten? (ich frage forderung nach einer freilegung für alle schriftstellerlich tätigen gefangenen halten wir z.b. für - gelinde gesagt - verschoben.)

- wir finden es sehr wichtig, daß ihr versucht die situation der ausländischen gefangenen in der brd bekannt zu machen, ggf. auch einen ausländischen genossen hierzu befragt (mit einbeziehung fevil, elanu, türkischer arbeiterverein usw.) in diesem zusammenhang könnten auch die prozesse gegen die iraner, die ehemalige saev agenten in der brd befragt hatten, mit einbezogen werden.

- habt ihr schon genauere vorstellungen, wen ihr ansprechen wollt in euren veranstaltungen? das ist wohl eine kernfrage, die den gesamten rahmen bestimmen wird, außerdem hängt davon auch der inhalt und die form eures flugblattes ab, auch hierzu schickt uns mal eure vorstellungen, denn danach würde sich auch ggf. unser beitrag dann richten, ebenso vorschläge von uns zum ablauf einer veranstaltung. (z.b. welches gewicht auf den künstlerischen beitrag und welches auf die redbeiträge gelegt wird.)

- last not least: wann sollen denn die veranstaltungen in etwa beginnen? habt ihr da schon feste termine, bzw. wieweit sind eure vorbereitungen da gediehen?

der brief hier faßt eine zweiwöchige diskussion zusammen (?), hoffentlich sind da für euch anregungen drin und auch ein wenig klarheit über das, was wir als „betroffene“ von eurer kampagne erwarten.

an einer weiteren diskussion sind wir jedenfalls wie gesagt sehr interessiert.

mit roten grüßen und schwarzen füßen

die 7 zw.

angskommunarden ausm moabitler terroristen

\*jeum teil sehen wir's nicht so verbissen, zum teil noch verblüffnet, der brief faßt halt zusammen.



# Der Tegeler »Judenstern«

Unter Westberliner auch so liberalem Justizsenator Meyer, verantwortlich für Bau und Belegung des Hochsicherheitsstrahls, ebenso Befürworter der ungleichen Schikane gegen die im Traikt einziehenden Frauen (siehe Artikel in diesem AK), wird nun eine neue Initiative für mehr „Sicherheit und Ordnung“ im Straf Vollzugsbereich gestartet.

In Westeuropas größtem Gefängnis, der Justizvollzugsanstalt Tegel, sollen Plankartennetze (von den Gefangenen „Judensterne“ genannt) getragen werden, durch die „auch aus größerer Entfernung eine Grobidentifizierung der Gefangenen ohne Kontaktaufnahme zum einzelnen Häftling“ erfolgen kann (TAZ, 29.1.80).

Laut „Spiegel“ (vom 25.2.) sind die Kennkarten farblich je nach „Vollzugsbereich“ unterschiedlich,

ausgestellt. (Spandauer Volksblatt, 29.1.80).

Vom Tegeler Knastleiter Lange-Lehngut wird diese Totalüberwachungsmaßnahme mit teilweise bekannten Argumenten begründet. Die Sicherheit werde verbessert, der Drogenhandel eingeschränkt, Schlägereien unter den Gefangenen verhindert, Raubzüge von Gefangenen innerhalb der Anstalt, Ausbrüche und Überfälle werden angeblich unmöglich gemacht. Lange-Lehngut selber ist von dieser Maßnahme so begeistert, daß er zukünftig selbst mit einem Sichtausweis am Reviers durch die Anstalt laufen will, ebenso empfiehlt er dies seinen Beamten. Daß Lange-Lehngut Ausweis nicht mit einem Gefangenen-„Judenstern“ verwechseln verwechselt werden kann, dafür wird sicherlich gesorgt sein.

Sowohl die Anstaltsbeiräte in Tegel als auch die Humanistische Union haben sich in scharfen Worten gegen den Ausweiszwang gewandt. „Seit dem Judenstern während der faschistischen Diktatur“, meinen die HU-Kritiker, „gab es unserer Kenntnis nach keine vergleichbare Kennzeichnungsmaßnahme mehr in diesem Lande.“ (Spiegel, 25.2.80)



Ab Protest tragen Gefangene diese selbstgefertigten Judensterne

Drei Tegeler Gefangene sind bisher mit Erklärungen an die Öffentlichkeit gegangen. Siegfried K. (der Strafantrag gegen die Ausweispflicht gestellt und dafür zwei Tage Bunker einkassiert hat) schreibt u.a.: „Es gab schon einmal eine Zeit, wo Menschen offen zeigen mußten, zu welcher Gruppe sie gehörten. Auch bis zum Ende der Zuchthauszeit gab es Markierungen an Häftlingen. Grüne, rote oder sonstige Streifen diskriminierten die einzelnen Menschen, das wurde aber aus verschiedenen Gründen abgeschafft. Es ist anzunehmen, daß dieses erst ein Anfang ist, denn der Ausweis wird nicht ausreichen.“ „Dann ist noch zu fragen, warum tragen die Beamten nicht Ausweise offen, damit sie zu erkennen sind? Denn leider sind es die Beamten, die Zellen bei Durchsuchungen kurz und klein schlagen und hinterher ist kein

Schädiger zu finden, da die Herren nicht bekannt sind. Oder wenn Leute aus den Zellen geholt werden und dabei Verletzungen erleiden, ist nie ein Beamter zu erkennen und zu identifizieren.“ (Radikal, 22.2.80)

In einer Denkschrift zur Situation des Strafvollzugs ziehen die Gefangenen Udo Zimmermann und Reinhard Heide die Verbindung von Hochsicherheitsstrahl und Lichtbild kennkarte: „Der Bereich des geschlossenen Vollzugs wurde in der blühenden Amtszeit Meyers, insbesondere durch den Bau von Sicherheitsanlagen geprägt. Das ehemals Baumannsche Konzept (Vorgänger von Meyer, AK), Sicherheit nach Außen, Freiheit nach Innen, das der Meyer in angeblich übernehmender Weise, wurde von ihm in ein Hochsicherheitsstrahl und höhere Mauern begünstigten weitere Einschränkungen nach Innen“ umverfälscht. Der gerissene Taktiker konnte zu Beginn die am Strafvollzug interessierten Menschen durch reformistisches Wortgeklänge, Urlaub für Horst Mehlert und liberale Äußerungen zum Kontaktparagrafen etc. täuschen. So verschaffte er sich Zeit, seine wahren Absichten in Anstalten zu verwirklichen... Diese (die „Judensterne“ AK) und die Hochsicherheitsstrahlpolitik lassen das Menschenbild dieses Mannes deutlich sichtbar werden. Dort ist der Mensch nur noch ein jederseits zu kontrollierendes frei verfügbares zu machendes und durch entsprechende Programmierung zu lenkendes Objekt, dem jedes Recht auf Selbstbestimmung entzogen wird.“ „Der Mensch ist ein ganzes, ein subjektiv erlebendes Wesen, er ist mehr als ein Fleischbündel und die Summe seiner bekannten oder noch nicht bekannten, aber möglichen Verhaltens- und Reaktionsweisen. Und dieses mehr (Hervorhebung AK) wußte schon oft im Akt des Widerstandes seine Würde zu wahren.“ (TAZ, 12.2.80).

Dem ist nicht hinzuzufügen! Westberliner Antirepressions-Kommission des KB

## Westberliner PLO-Prozeß:

Ein

## »Geheimdienst-Mysterium«

„Eine Reihe von undurchsichtigen Vorgängen begleitet den sogenannten Berliner PLO-Prozeß...“ („Tagesspiegel“, 9.1.80). Diese „undurchsichtigen Vorgänge“ bestimmen nach wie vor das Prozeßgeschehen.

Wegen der illegalen Verhöre der sechs angeklagten Palästinenser durch den israelischen Geheimdienst im letzten Jahr hat RA Mowar Strafanzeige gegen Staatsanwälte und Mitarbeiter des Innenensors gestellt.

Daß die „unauffindbaren“ Herren „Zeidler“ und „Schmidt“, die im letzten Jahr Angeklagte des PLO-Prozesses als „Dolmetscher“ gemeinsam mit dem Verfassungsschutz verhört hatten, israelische Geheimdienstagenten waren, wurde bis heute nicht offiziell bestätigt, aber auch nicht mehr abgestritten. Sie waren mit Dienstaussweisen des Innenensors und einer Genehmigung des Staatsanwaltes Möllenbrock zu den Gefangenen in den Knast gekommen (s. AK 165, 167, 168).

RA Mowar stellte die Strafanzeige wegen „Falschbeurkundung im Amt“ („Tsp.“, 21.2.80), es ist wohl kaum noch zu behaupten, daß die Mitarbeiter des Innenensors und Staatsanwalt Möllenbrock den israelischen Agenten die Verhöre der Palästinenser „gutgläubig“ ermöglicht haben.

Da die Strafanzeige von der Staatsanwaltschaft bearbeitet wird und die Staatsanwaltschaft bearbeitet wird und diese ja für ihre „Kollegialität“ bekannt ist, ist ein Ermittlungsverfahren mit strafbegründenden Folgen sicher nicht zu erwarten. Man darf aber auf die Stellungnahme der Staatsanwaltschaft gespannt sein...

Den angeklagten Palästinensern wird die Vorbereitung eines Sprengstoffanschlags auf ein Lankwitzer Tanklager vorgeworfen. Diese Anklage stützt sich auf die Aussagen des ehemaligen Mitangeklagten El-Harti, der nach seinem „Gesändnis“ auf freien Fuß gesetzt wurde, dann „untertaucht“ ist und heute nach Angaben seiner Frau in Israel lebt. („Tsp.“, 9.1.80) Daß auch ein israelischer Geheimdienstagent war und ist, wird heute ebenfalls nicht mehr bestritten.

„Um die deutsch-palästinensischen Kontakte zu stören und die PLO als Terrororganisation darzustellen“ ist nach Meinung des Bonner PLO-Vortreters Al-Faraj, „der israelische Agent El-Harti auf die Gruppe der jetzt in Moabit angeklagten Palästinenser eingesetzt worden. Er habe als „agent provocateur“ gewirkt und vorgeschlagen, neben dem geplanten Sprengstoffanschlag auf das Lankwitzer Tanklager der Firma Mahanafi auch den Vorsitzenden der Berliner Jüdischen Gemeinde, Gelinski, zu ermorden“ („Tsp.“, 9.1.). „Berlin ist ein Geheimdienst-Mysterium“, sagt der Pressesprecher des Innenensors („Tsp.“ ebd.) und hat - ausnahmsweise mal - recht.

Zur „Fahndung“ nach El-Harti heißt es in einem BKA-Bernschreiben an das Gericht: „Der Angeklagte wurde in Israel nicht angetroffen“ („Tsp.“, 5.2.). Wie wars mit einer Zeitungsanzeige: „El-Harti, bitte melden“?

Und noch ein Mysterium: Bereits einen Tag vor der Festnahme des Palästinenser im Bahnhofs Zoo und der Sicherstellung eines angeblichen Sprengstoffkoffers soll eben dieser Koffer bei einer Hausdurchsuchung bei zwei Angeklagten schon entdeckt worden sein. „Ein damals eigens für die Wohnungsdurchsuchung mit eingesetzter Sprengstoffexperte der Kriminalpolizei hielt den Inhalt des Koffers, wie er als Zeuge bekundete, nach einer Geschmacksprobe irrtümlicherweise für orientalische Süßigkeiten (1)“. Der Koffer wurde daraufhin in der Wohnung zurückgelassen. („Tsp.“, 13.1.) So ein Zufall auch.

Westberliner Antirepressions-Kommission des KB



„Muster“ des neuen „Judensterne“

die Vorderseite enthält das farbige Plakett der Gefangenen sowie Kürzel für die zugeordneten Anstaltsbereiche und Werkstätten, die Rückseite Gefangenenbuch-Nummer und Anschrift. „Ohne einen gültigen Ausweis wird sich für die Gefangenen in Tegel künftig keine Tür mehr öffnen. Der Anstaltsleiter hofft, so zum Beispiel auch Schlägereien verhindern zu können. Der Häftlingsverkauf wird nur noch gegen Vorlage der Identitätskarte ausgeteilt. Wer die Anstalt zum Ausgang oder Urlaub verläßt, muß seinen Ausweis hinterlegen, so daß er bei der Rückkehr „religionslos identifiziert“ werden kann. Bei jeder Verlegung und jedem Arbeitswechsel wird ein neuer

### Erster erfolgreicher Widerstand von Gefangenen und Öffentlichkeit

Ursprünglich sollten die „Judensterne“ schon zum 1. März eingeführt sein. „250 Inhaftierte, die ihr Recht auf Achtung und angemessene Behandlung verletzt sehen, ersuchten um richterliche Überprüfung“ (Spiegel, 25.2.80). Zunächst wurden diese einstweiligen Verfügungen von der Strafvollstreckungskammer zwar abgelehnt, nun aber für zwei Gefangene akzeptiert. Die Anstaltsleitung hat den Ausweiszwang für alle Gefangenen vorerst zurückgenommen.

Mitte März wird die Strafvollstreckungskammer endgültig entscheiden.

## Rudolf Raabe vom BKA in Lebensgefahr gebracht!

Von der Öffentlichkeit noch viel zu wenig beachtet wird die üble Praxis des BKA und der Bundesanwaltschaft, die Rudolf Raabe offenbar bewußt davon abhalten wollen, sich einer dringend notwendigen medizinischen Behandlung zu unterziehen. Nach vorliegenden ärztlichen Stellungnahmen kann eine weitere Zeit ohne medizinische Versorgung alsbald zu akuter Lebensgefahr führen.

### Wer ist Rudolf Raabe?

Rudolf Raabe ist ein „ganz gewöhnlicher Linker“ aus Mainz, der allerdings aufgrund der exzellenten Kombinationsgabe der BKA-Kreuzworträtsel in den Verdacht der „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ gekommen ist. Grundlage dieses Verdachts ist eine angebliche Aussage eines angeblichen Kronzeugen, die dieser unmittelbar nach einer schweren Operation unter „Obhut“ von BKA-Krankenpflegern gemacht haben soll. Parallelen zu dem Film „Messer im Kopf“ sind selbstverständlich rein zufällig.

Inzwischen wieder genesen, erklärt dann auch dieser „Kronzeuge“, Rudolf Raabe nicht zu kennen. Trotzdem läßt das BKA von seiner Menschenjagd, die auch Zielfahndung genannt wird, nicht ab.

### Modell Deutschland in Irland

Das BKA hat gegen Rudolf Raabe einen Haftbefehl erwirkt, den es auch in Irland, wo Rudolf Raabe sich seit ca. einem Jahr aufhält und mit dem kein Auslieferungsabkommen besteht, vollstrecken will, jedenfalls hat es dort bereits Durchsuchungsaktionen und Razzien auf der Suche nach Rudolf Raabe gegeben.

Die Fahndung nach R. R. ist völlig unnötig, da er von sich aus in die BRD zurückkehren will, um sich der dringend notwendigen Behandlung durch Fachärzte zu unterziehen.

Auch das BKA weiß: Rudolf Raabe ist schwer krankenkrank, so krank, daß bei längerem Ausbleiben der Behandlung akute Lebensgefahr besteht. In Kenntnis dieser Tatsache verstärkt das BKA den „Fahndungsdruck“ (Originalton Staatschutz) auf Rudolf Raabe, anstatt es ihm zu ermöglichen, in die BRD zurückzukehren (bei fragwürdiger Haftbefehl) der Bundesanwaltschaft wird nicht sinnergütig Vollzug gesetzt, um die medizinische

Behandlung zu ermöglichen, der Staatschutz will lieber einen neuen „Terroristen“ schaffen, dem sich noch einige unaufgeklärte Anschläge in die Schuhe schieben lassen. In Frankfurt hat sich eine „Initiativgruppe Rudolf Raabe“ gebildet.

## Bamberg Staatsanwälte und die Meinungsfreiheit

Vier in schwarze Lederjacken gekleidete Neonazis stürmten im November '79 eine Ausstellung im Bamberger DGB-Haus zum Thema „Die Judenverfolgung in Bayern 1933 - 1945“. Sie brachten zwei Plakate an. Kopien der englischen Tageszeitung „Daily Express“ von 1933, „Die jüdische Kriegserklärung von März 1933 an Deutschland“ („Frankfurter Tag“ (FT), vom 20.11.79).

Der DGB erstattete Strafanzeige wegen Volksverhetzung, Hausfriedensbruchs, Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz und Sachbeschädigung.

Die Staatsanwaltschaft am LG Bamberg stellte das Verfahren gegen die vier Neonazis jetzt ein (FT, 26.2.80).

Die von der StA gelebten Begründungen lassen einen erschauern:

— die Jugendlichen hätten das Plakat angebracht, weil sie verdeutlichen wollten, daß die seinerzeit in der englischen Tageszeitung „Daily Express“ abgedruckte „Kriegserklärung“ mit zur „judenfeindlichen Stimmung in Deutschland beigetragen habe“.

Nach Ansicht der Jugendlichen sei auch die Kenntnis solcher Umstände zum Verständnis der Judenverfolgung notwendig.

— Hausfriedensbruch könne den Jugendlichen ebenfalls nicht vorgeworfen werden. Mit der öffentlichen Einladung zum Besuch der Ausstellung sei auch zur kritischen Auseinandersetzung mit dem angesprochenen Fragenkomplex der jüngsten deutschen Geschichte aufgefordert worden.

die eine ausführliche Darstellung des Falles herausgebracht hat. Das Papier ist zu beziehen über: Cornelia Branscheidt, Postfach 35, 637 Oberursel 5.

Außerdem gibt es ein Spendenkonto, Postscheckkonto 302479 - 602

Hans Branscheidt, Postscheckkonto Frankfurt, Kennwort Rudi.

Im nächsten AK werden wir über den neuesten Stand der Sache berichten.

IKAH

zene in Bamberg gewertet werden, noch ein bißchen zuzulegen.

Geht es um Linke, dann weht es mit der Meinungsfreiheit in Bamberg schon ganz anders aus. Im Herbst '79 durchsuchten Polizisten im Auftrag der Staatsanwaltschaft den Collectiv-Buchladen und die Wohnung des Buchhändlers. Grund, er hätte im Schaufenster ein Plakat von Ernst Volland ausgestellt, auf dem auf die Nazi-Vergangenheit des jetzigen Bundespräsidenten hingewiesen wurde.

Die Staatsanwaltschaft stellte Anzeige wegen Verunglimpfung des

Wappens der BRD, und die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zur Schmähung eines anderen (Carstens und Hakenkreuz). Nachdem das AG Bamberg die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt hatte, weil u.a. das Plakat nicht die Ideen des Nationalsozialismus fördern will, sondern gerade davor warnen, legte die Staatsanwaltschaft Bamberg sofortige Beschwerde beim LG Bamberg ein (nach FT, 4.12.79).

Bamberg, 29.2.80

## Wie kommt denn sowas? Kein Prozeß wegen des Vorwurfes »staatlichen Meuchelmordes«

Da soll offenbar einiges vom Tisch sein. Ein Frankfurter Schöffengericht hat die Eröffnung eines Hauptverfahrens gegen den Asta der Uni-Frankfurt abgelehnt.

Nach dem finalen „Notwehr“-Schuß des bayrischen SFK in den Rücken der Elisabeth van Dyk hatte der Asta in einer Pressemitteilung, die auch der „Arbeiterkampf“ veröffentlichte, ausgesagt: Elisabeth van Dyk sei von „Vertretern derselben Staatsanwaltschaft ermordet worden“, die uns bedroht und verfolgt. Im Jahr 1979, 30 Jahre nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes, ist es praktisch unmöglich geworden, staatliche Meuchelmorde zu beweisen.

Das ist selbstredend die Staatsanwaltschaft auf den Plan. Die Mitge der Asta Vorstands seien der „gemeinsamhaft begangenen Verurteilung und böswilligen Verleumdung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer verfassungsmäßigen Grundordnung“ (§ 90 a) schuldig. Mit Begründungen, die man auch merken sollte, hat der Richter es der Polizei erspart. Näheres über den „Bombenerfolg“ (H. Herold, BKA) der van Dyk-Tötung in einem Gerichtsverfahren zu offenbaren. Das

Verhalten des angeschuldigten Asta sei nicht als „böswilliges Verleumdung“ zu werten. Die Böswilligkeit „beseitigt absichtliches Handeln hinsichtlich einer niederrichtigen feindseligen Stimmung und verwerflichen Beweggründen voraus“.

Außerdem sei die Asta-Erklärung durch den Grundsatz der Pressefreiheit geschützt.

Aus der Latenzsphäre (?) sei es „durchaus nachvollziehbar“, wenn vertreten würde, Elisabeth van Dyk hätte durch Anwendung körperlicher Gewalt festgenommen werden können, „anstatt sie durch einen Schuß in den Rücken zu erschießen.“ Aus welcher Perspektive beurteilt das denn der Fachmann, Herr Richter?

Die Veröffentlichung sei allerdings trotz ihrer Polemik geeignet gewesen, bei den Lesern eine Meinungsbildung und Ansätze zu einer kritischen Reflexion zu fördern, deshalb „Eine polemische Äußerung mit einer Strafe zu belegen, hieße, der Demokratie die Grundlage zu entziehen“ (AZ 50 Js 11682/79) (Ald. Zitate nach FR v. 5.3.80)

AB/Gruppe Frankfurt



## Freispruch für den Verlag Frauenpolitik

Am 19.2. fand vor dem Münsteraner Amtsgericht der § 90a-Prozess gegen drei Frauen des Verlags Frauenpolitik statt. Die Frauen waren angeklagt, durch die Veröffentlichung einer Erklärung der Fantasia Druckerei in den „Protokollen“ 22/23 (September 1978) die BRD „verächtlich gemacht“ zu haben.

Folgende Behauptungen waren angeklagt:

- die politischen Gefangenen würden einem gezielten Verrückungsprogramm unterworfen,
- acht Gefangene der RAP seien in BRD-Gefängnissen umgebracht worden,
- Anwälte wie Croissant, Müller, Newerla würden eingeschüchert,
- Gruppen und Personen, die zu Haftbedingungen arbeiten, würden systematisch kriminalisiert (wie Rost Pries, J. Thimme, S. Schmitz, U. Folker, D. Braune, D. Bröcher).

Daß wegen dieser Veröffentlichung ein Verfahren gegen sie läuft, erfuhren die Verlagsfrauen erst Ende Februar ...

Da die drei angeklagten Frauen, Anne Müssenbrock, Monika Walther, Claudia Bitrich, alle den Artikel vor Erscheinen der Zeitung nachweislich nicht kannten, ließ der Staatsanwalt den Vorwurf des 90a ihnen gegenüber fallen. Generell sei aber der § 90a gegeben, denn es sei ja für jeden klar, daß es keine Beweise für Mord in Stammheim gebe.

die entsprechenden Zusammenhänge kennen.

Für den Fall einer Verurteilung nach § 90a legten die Verteidiger einen Hilfsantrag von RA Heilmann vor. Fast 15 Minuten dauerte die Verlesung der Aufzählung und Beschreibung der Widersprüche und Versäumnisse bei den Todesumständen in Stammheim, als Begründung für berechnete Zweifel an der offiziellen „Selbstmord“-Version. Dann stellte RA Heilmann einen zweiten Hilfsantrag auf Hinzuziehung des Gerichtsmediziners Prof. Dr. Rasch. Dieser habe untersucht und bewiesen, daß die politischen Gefangenen Haftbedingungen ausgesetzt sind, die ihre Persönlichkeit vernichten. Laut Prof. Dr. Rasch gehört die Behandlung der RAF-Gefangenen in den Bereich der Folter.

Das Urteil: Freispruch, unabhängig vom Inhalt des Artikels. Die Kosten trägt der Staat. Begründung: Nach § 21,2 könnte nur der verantwortliche Redakteur, nicht aber der Verleger bestraft werden. Insofern sei den Frauen ein Verstoß gegen § 90a nicht nachzuweisen. Das Gericht sah es nicht als seine Aufgabe an zu untersuchen, wie die Artikel in die Zeitung gekommen sind, forderte jedoch die Frauen auf, in Zukunft Artikel namentlich zu kennzeichnen, damit jederzeit die Verfasser zur Rechenschaft gezogen werden können.

Während des Prozesses waren ca. 70 Interessierte anwesend, etliche sa-

## Entscheidung vor dem Bundesarbeitsgericht: Distanzierungspflicht vom KB?

Mit der Hamburger Gymnasiallehrerin Sabine B. steht am 19. März einer der letzten Liberalisierungsschritte immer noch ?! (1) Hamburger Akt-Berufsverbotsfälle vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel zur Verhandlung. Sabine B. wird seit fünf Jahren vom Hamburger Senat die Einstellung in den Schuldienst verweigert. Nach erfolgreichem Abschluß ihres Studiums im Juli 1975 beschloß die damalige „Senatskommission für die Behandlung von Extremisten in der Verwaltung“ noch im gleichen Monat die Ablehnung ihrer Bewerbung. Begründung:

Zweifel an der Verfassungstreue wegen angeblicher Mitgliedschaft im KB, Teilnahme an mehreren „Versammlungen des KB Hamburg-Wilhelmsburg“, am „Marsch auf das Haus der Jugend“, an „einer Demonstration der ‚Hamburger Aktionsseinheit‘ gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Senats“ und an einer „Solidaritätsveranstaltung für italienische revolutionäre Organisationen“. Sabines Antrag auf einstweilige Verfügung der sofortigen Übernahme in den Schuldienst wurde vom Gericht damals abgewiesen, der Widerspruch gegen die Nicht-Übernahme von der Behörde abgelehnt. Um die langen Fristen der Verwaltungsgerichte zu umgehen, klagte Sabine vor dem Hamburger Arbeitsgericht gegen dieses Berufsverbot. Diese Klage wurde im Februar 1976 zurückgewiesen: Obwohl Sabine die behauptete Mitgliedschaft im KB nicht nachgewiesen werden konnte und obwohl auch das Gericht die beanstandeten Veranstaltungen als nicht ausreichend für Zweifel der Verfassungstreue bezeichnete, wurde das Berufsverbot mit der

Begründung bestätigt, die Klägerin habe sich „nicht eindeutig vom KB distanziert“, sondern ihre Mitarbeit in der damaligen „Hamburger Aktionsseinheit“ (ein Zusammenschluß verschiedener Initiativen aus dem Jugendbereich) befürwortet.

Ein Parallelfall also zu den bekannten bayernschen „Kontaktschuld-urteilen“, mit denen dort z.B. organisierte Kriegsdienstverweigerer mit Berufsverbot belegt werden, weil bei ihnen auch DKPler organisiert sind (z.B. der „Fall“ Heinrich Haeblerlein).

Nicht genug damit. Auch das Landesarbeitsgericht Hamburg schloß sich Ende 1977 in der Berufung dem Gesinnungsurteil der unteren Instanz an: Die behauptete Mitgliedschaft im KB sei unerheblich, entscheidend sei vielmehr, „daß die Klägerin sich von den verfassungswidrigen Bestrebungen des KB auch bei ihrem Eintreten für die Aktionsverbände nicht abgrenzte und distanzierte.“ Bayern-Justiz im „liberalen“ Hamburg!

Als letzte Möglichkeit blieb Sabine noch der Weg in die Revisionsinstanz vor dem Bundesarbeitsgericht. In der Begründung ihres Anwalts dazu heißt es: „Tragende Grundlage dieser Entscheidung des Landesarbeitsgerichts ist also, daß sich Frau B. von einer politischen Organisation hätte abgrenzen und distanzieren müssen, in der sie nach Ansicht des Landesarbeitsgerichts gleichwohl hätte Mitglied sein dürfen, ohne daß diese Mitgliedschaft ein Ablehnungsgrund gegen die Bewerbung für eine Lehrstelle im Schuldienst hätte abgeben dürfen. Der Widerspruch in dieser Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Hamburg liegt also auf der Hand...“

Obwohl die Revision bereits vor zwei Jahren beantragt wurde, kommt es erst jetzt zur Verhandlung vor dem BAG. Immerhin hatte in dieser Zeit auch der Hamburger Senat die Möglichkeit, das Berufsverbot gegen Sabine zurückzunehmen und damit deutlich zu machen, daß seine Liberalisierungsversprechungen tatsächlich ernst gemeint sind. Nichts dergleichen ist erfolgt.

Im Oktober 1978, unmittelbar nach Kloses bekannten Versprechungen, hatte sich Sabine bei der Schulbehörde neu beworben — und erhielt keine Antwort. Im Dezember 1979 schickte sie in dieser Sache ein persönliches Schreiben an Schulsenator Grolle — und erhielt ebenfalls keine Antwort. Ebenfalls fanden die Proteste aus der GEW, die sie unterstützt, Gehör. Auch die Anregung des BAG, wegen der langen Wartefristen zu „prüfen, ob sich der Rechtsstreit nicht im gemeinsamen Interesse aller Beteiligten gütlich einigen läßt“, blieb ohne positive Reaktion seitens des Senats. Es ist damit zu rechnen, daß das BAG die Klage zur erneuten Verhandlung an das Landesarbeitsgericht zurückverweisen wird, was die endgültige Entscheidung noch mal um Jahre hinausschieben könnte.

Als Erfolg der Solidarität mit Sabine ist immerhin festzustellen, daß die GEW, die Sabine in den ersten Verfahren den Rechtsschutz wegen der behaupteten KB-Mitgliedschaft verweigert hatte, ihr jetzt den Rechtsschutz gewährt.

Prozesstermin ist der 19. März in Kassel.

Berufsverbots-Kommission

## Heiße Luft auf dem SPD-Parteitag

Nach der Entscheidung des Hamburger Beamtenernennungsausschusses, den Gymnasiallehrer Thomas Erdner wegen seiner DKP-Mitgliedschaft gegen die Absicht von Bürgermeister Klose und Schulsenator Grolle nicht zu verbeamten (s. letzten AK), hat sich der Hamburger SPD-Landesparteitag mit diesem Thema befaßt. Glaubt man der bürgerlichen Presse, so hat sich Klose auf diesem Parteitag mit seiner „liberalen“ Linie voll durchgesetzt („Morgenpost“: „Sie-

sen von Partei und Senat ausdrückt, durch den Beamtenernennungsausschuss beachtet werden muß.“ Dieser Satz bezieht sich offenkundig auf das Verhalten des ehemaligen Senators und SPD-Mitglieds des Beamtenernennungsausschusses, Meister, dessen Stimmen den Ausschlag für die Ablehnung Erdners gegeben hatte. Meister bekannte sich auch sehr freimütig dazu und erklärte: „Blind vor Liberalität dürfe man auch nicht werden“.

propaganda, wenn diese Abstimmung als „Bestätigung einer liberaleren Handhabung der Berufsverbotepraxis wie sie sich im letzten Jahr anzudeuten schien, hingestellt wird. Richtig ist nur, daß die SPD-Rechten auf eine Konfrontation verzichteten, entgegen vorherigen Pressemeldungen. Vor allem wurde allenthalben gemunkelt, daß Klose ein weiterer Schlag versetzt werden sollte.

## Heiße Luft auf dem SPD-Parteitag

Nach der Entscheidung des Hamburger Beamtenernennungsausschusses, den Gymnasiallehrer Thomas Erdner wegen seiner DKP-Mitgliedschaft gegen die Absicht von Bürgermeister Klose und Schulsenator Grolle nicht zu verbeamten (s. letzten AK), hat sich der Hamburger SPD-Landesparteitag mit diesem Thema befaßt. Glaubt man der bürgerlichen Presse, so hat sich Klose auf diesem Parteitag mit seiner „liberalen“ Linie voll durchgesetzt („Morgenpost“: „Sie-

sen von Partei und Senat ausdrückt, durch den Beamtenernennungsausschuss beachtet werden muß.“ Dieser Satz bezieht sich offenkundig auf das Verhalten des ehemaligen Senators und SPD-Mitglieds des Beamtenernennungsausschusses, Meister, dessen Stimmen den Ausschlag für die Ablehnung Erdners gegeben hatte. Meister bekannte sich auch sehr freimütig dazu und erklärte: „Blind vor Liberalität dürfe man auch nicht werden“.

propaganda, wenn diese Abstimmung als „Bestätigung einer liberaleren Handhabung der Berufsverbotepraxis wie sie sich im letzten Jahr anzudeuten schien, hingestellt wird. Richtig ist nur, daß die SPD-Rechten auf eine Konfrontation verzichteten, entgegen vorherigen Pressemeldungen. Vor allem wurde allenthalben gemunkelt, daß Klose ein weiterer Schlag versetzt werden sollte.

Man geht wahrscheinlich nicht fehl in der Annahme, daß Klose für diesen Abstimmungssieg „hinter den Kulissen“ einen entsprechenden Preis bezahlt hat. Dieser könnte z.B. so aussehen, daß man, um das Gesicht zu wahren, den „Fall“ Erdner im zweiten Anlauf doch noch durchgehen läßt, in den übrigen 70 Hamburger Fällen die harte Linie aber beibehält bzw. auch neue Verfahren eröffnet.

Berufsverbotskommission

## Berufsverbotemeldungen

Nürnberg: Der Volksschullehrer Helmut L. aus Burghausen (bei Nürnberg), Mitglied der SPD, wird nicht als Beamter auf Probe in den Schuldienst übernommen. Grund: Mitgliedschaft im SHB, der wegen Zusammenarbeit mit dem MSB Spartakus in Bayern als generell „verfassungswidrig“ eingestuft wird. Mit dieser Einstufung ist die bayerische CSU-Regierung allerdings in noch keinem konkreten Ablehnungsfall vor Gericht durchgekommen. So auch nicht in diesem. Bereits am 31. März 1976 hatte der bayerische Verwaltungsgerichtshof im Fall Leonhardt entschieden, daß er „vorläufig bis zur Beendigung der Hauptsache zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Volksschulen zuzulassen ist“. Trotzdem lehnte der Regierungspräsident von Mittelfranken, Mosch, jetzt Leonhardts Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe ab. Auf ein Protestschreiben des GEW Kreisverbandes hierzu antwortete Mosch schlicht: „Die Entscheidung der Regierung ist in vollem Umfang verwaltungsrechtlich nachprüfbar.“

Lad der CSU Landtagsabgeordnete Anton Dörmeyer erklärte zu dem Fall in einem Leserbrief an die „Nürnberger Nachrichten“: „Infolge der Zulassung Radikaler in den öffentlichen Dienst in Italien sei beispielsweise die Polizei weitgehend funktionsunfähig. Polizisten wurden heute bei Verbrechen jeglicher Art einfach wegschauen, da sie befürchten müßten, daß es sich um ein politisches Verbrechen handle und

sie bzw. ihre Familien von politischen Extremisten dann zur Rechenschaft gezogen würden.“ Logisch! Das machen alles die Radikalen im öffentlichen Dienst!

Nicht viel anders der SPD-Landtagsabgeordnete Wolfgang List, immerhin Partei„genosse“ von Helmut Leonhardt. Als dieser sich im letzten Jahr bei List für ein anderes Berufsverbotsopfer einsetzte, erhielt er zur Antwort: „Auch abgesehen von meiner grundsätzlichen Einstellung bin ich für solche Leute nicht da.“ Da dürfte er wohl für Helmut Leonhardt

auch nicht da sein. Saubere sozialdemokratische „Solidarität“ (!! „Neue“ v. 4.3.80).

...

München: In einem ähnlichen Fall, dem des SPD- und SHB-Mitglieds Peter Sch., gab es wieder einmal einen gerichtlichen Erfolg. Der bayerische Verwaltungsgerichtshof entschied, daß er seine Ausbildung als Lehrer im Vorbereitungsdienst des Landes Bayern als Beamter auf Widerruf beenden kann. Was allerdings danach passiert, kann man sich schon jetzt ausrechnen (s.o.). Auf diese gerichtliche Entscheidung mußte Peter Sch. allerdings zweieinhalb Jahre warten.

...

Freiburg: Die Klage eines Elternpaares aus Endingen auf Wiedereinstellung des wegen seiner DKP-Mitgliedschaft mit Berufsverbot belegten Lehrers Kurt Fallers wurde vom Verwaltungsgericht Freiburg als „unzulässig“ erklärt. Den Klägern sei es „nur um die Entlassung Fallers gegangen, nicht um das Wohl ihrer Tochter“. Die Eltern hatten ihre Klage damit begründet, daß Fallers Entlassung ein schwerer Eingriff in das heilpädagogisch-therapeutische Obhutverhältnis gegenüber ihrem Kind sei. Sie hatten die Weiterbeschäftigung Fallers für so lange verlangt, wie ihre Tochter diese Schule besucht.



Er forderte eine Verurteilung der beiden Geschlechterinnen zu einer Geldstrafe von 20 Tagessätzen zu 20 und 25 Mark, da er einen Verstoß gegen § 21,2 des Landespressgesetzes für gegeben ansah, nach dem die Verleger bei nicht periodisch erscheinenden Druckwerken diese von „strafbaren“ Artikeln freizuhalten haben. Claudia billigte er Freispruch zu, da sie als gelegentliche Mitarbeiterin nicht belangt werden könne. Die Verteidiger, RA Lange (Münster) und RA Heilmann (Bochum), forderten Freispruch für alle drei Frauen, da es sich bei den „Protokollen“ um ein periodisches Druckwerk handele, wo nur der verantwortliche Redakteur belangt werden kann und nicht der Verleger. Der Redakteur sei aber nicht auffindbar. Außerdem warf RA Lange dem Staatsanwalt „schuldridge“ Arbeit vor, da er:

- nicht bewiesen habe, wo die BRD beschimpft worden sei,
- weder erklärt habe, wer Müller und Newerla seien, noch bewiesen habe, daß sie nicht eingeschüchert werden,
- höchstwahrscheinlich Pries und die anderen nicht mal kennen würde, denn sonst hätte er wohl was zu ihnen gesagt!

Lange bezweifelte auch, daß Richter und Schöffen diese Personen und

Ben zu zweit auf einem Stuhl und auf den Fensterbänken, der Raum war viel zu klein. Ein Teil der Öffentlichkeit blieb ausgespart. Zu Beginn des Prozesses saßen neun Frauen und ein Mann ihre Pulllover aus und auf ihren T-Shirts war zu lesen: „Gemeint sind wir alle“. Diese kleine Aktion hat viele Diskussionen ausgelöst:

- Dürfen Leute sowas machen, wenn z. B. die Angeklagten nicht damit einverstanden sind?
- Kann den Angeklagten mit solch einem Verhalten geschadet werden?

Am weitesten ging die Frauenredaktion des Münsteraner „Knipperdöbling“ (SB-nah): „... aber sie (Verlag Frauenpolitik) hatten ihre Zustimmung (zu dieser Aktion) nicht gegeben, weil sie befürchteten, daß es zu einem Ausschuß der Öffentlichkeit kommen könnte. Wir sind der Meinung, daß in einem solchen Fall Aktivitäten und Öffentlichkeitsarbeit nicht im Gerichtssaal, sondern außerhalb stattfinden sollten“. Hier gehen die „Knipper“-Frauen weiter als der Richter, der die T-Shirt-Aktion stundenlang kommentarlos hinnahm.

Auch wenn es Unterstützung über diese Aktion gegeben hat, so freuen wir uns doch sehr über den Freispruch der Verlagsfrauen! Eine Genossin aus Münster

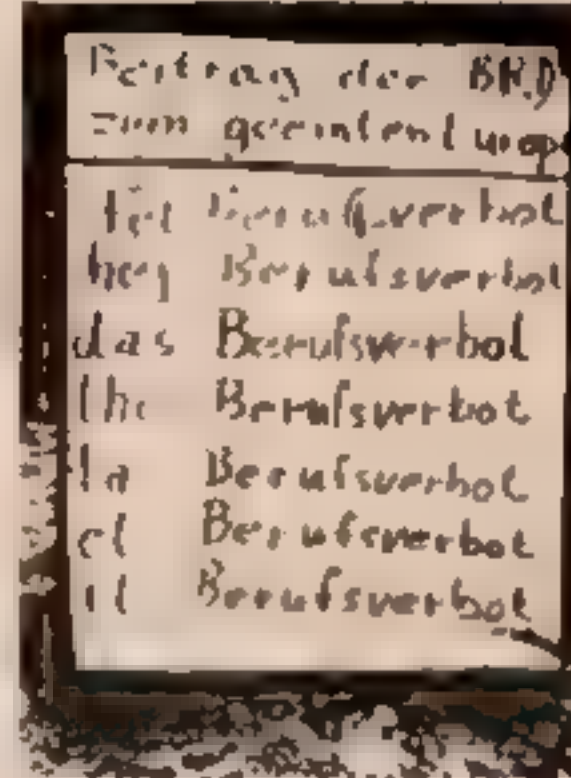
## Kurzmeldungen

### Prozess gegen Wackernagel und Schneider eröffnet

Vor zwei Wochen begann in Düsseldorf der Prozess gegen Christoph Wackernagel und Gert Schneider. Anklagepunkte sind, wie sollte es auch anders sein: Verstoß gegen § 129a (Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung) und versuchter Mord an drei holländischen Polizisten, die bei ihrer Festnahme in Amsterdam im Herbst '77 das Feuer auf die beiden eröffneten. Gegen Gert lag zum damaligen Zeitpunkt überhaupt noch kein Haftbefehl vor, Christoph wurde im Zusammenhang mit dem Schleyer-Entführung gesucht. Nach dem die Bundesrepublik einen An-

trag auf Auslieferung gestellt hatte, verzichtete die holländische Justiz auf weitere eigene Ermittlungen und die beiden wurden ausgeliefert, obwohl ihr Antrag auf Asyl in den Niederlanden noch nicht entschieden war.

Christoph und Gert haben das Feuergefecht mit den holländischen Polizisten nicht abgestritten. „Sie erklärten, jedoch, sie hätten die Beamten nicht töten, sondern nur kampfunfähig schießen wollen. In diesem Ziel unterteilten sich ihre Taktik von der ihrer Gegner, auf die sich die „Myserie der deutschen Staatschutzmacht übertrugen habe“ (Tagesspiegel, 28.2.1980).





## 14./15. März Bundesweiter Aktionstag der SÖdZDL

Zu einem bundesweiten Aktionstag am 14./15. März ruft die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden auf

Die geplanten Aktionen werden im Zeichen einer immer reaktionären Ausrichtung des Zivildienstes (Arbeitsdienst) und der „Verschärfung bei der Gewissensprüfung“ stehen. Dabei werden sicherlich die seit langem für diese Bereiche vorliegenden Gesetzesentwürfe der Bundestagsparteien, die die jetzige Entwicklung absichern und noch weiter verschärfen sollen, einen Schwerpunkt bilden.

Den anderen Schwerpunkt wird die in den letzten Monaten „nach Afghanistan“ forcierte „Kriegshetze gegen die Dritte Welt“ bilden, die darin gipfelt, den „Einsatz der NATO und der Bundeswehr in diesem Gebiet („Dritte Welt“) zu fordern“.

In dem Flugblatt, das die SO auf dem Aktionstag verteilen will, schreibt sie: „Es gibt genügend Beispiele und Erfahrungen sowohl historisch (besonders in diesem Land) als auch aktuell (s. B. Israel) als Beleg dafür, daß die Kehrseite von Kriegsvorbereitungen und Kriegshetze nach außen, die innenpolitische Unterdrückung aller kriegsfeindlichen Kräfte sowie der Ausbau einer „Heimatfront“ („allgemeine Dienstpflicht“, Arbeitsdienst etc.) ist.“

Unsere Erfahrungen belegen, daß es hierfür sehr starke Tendenzen und Entwicklungen in unserem Land gibt, denen verstärkter Widerstand entgegenzusetzen werden muß!

Deshalb unsere Forderungen:

- Schluß mit der Gewissensprüfung
- Weg mit den neuen KDV- und ZD-Gesetzen
- Schluß mit der Kriegshetze gegen die „Dritte Welt“
- Kein Einsatz der Bundeswehr in der „Dritten Welt“
- Bundeswehr raus aus der NATO“

## Aktivitäten gegen die Kriegsgefahr

### Mainz: Hungern gegen Aufrüstung

Aus Protest gegen den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und gegen die im Dezember von der NATO gefällten Atomaufrüstungsbeschlüsse traten Anfang Februar sechs evangelische Theologiestudenten in einen mehrtägigen Hungerstreik. In einem „Offenen Brief“ („Die Brüsseler Beschlüsse dienen nicht der Sicherheit, sondern der Vorbereitung eines dritten Weltkrieges...“) forderten sie vom Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche Landesbischof Lohse (Hannover) eine öffentliche Verurteilung der NATO-Beschlüsse („FR“, 7.2.80).

...

...

### Sicherung des Weltfriedens oberstes Gebot

„An die politisch Verantwortlichen der BRD: Angesichts der drohenden Gefahr einer Eskalation (möglicherweise bis hin zu einem dritten Weltkrieg) der ökonomischen und militärischen Sanktionen, die gegenwärtig als „notwendige“ Reaktion auf den Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan diskutiert werden, fordern wir:

1. Sicherung des Weltfriedens ist oberstes Gebot
2. Realis. Abrüstung in Ost und West
3. Schluß mit der Kriegshetze durch Politiker und Massenmedien
4. Die BRD darf sich nicht an militärischen und ökonomischen Sanktionen beteiligen und muß hierfür auch gegenüber ihren Verbündeten (EG, NATO) eintreten!

### „Kein Hiroshima in Münster“

Bereits im Dezember traten neun Antimilitaristen vor dem Münsteraner „Friedenssaal“ in einen Hungerstreik gegen die kurz bevorstehenden NATO-Beschlüsse. In ihrer Begründung zitierten sie den L.S.-Kriegsberater Brezinski: „Ich habe auch keinerlei moralische Skrupel, auf den Atomknopf zu drücken, auch wenn Millionen Menschen vernichtet werden.“ Unter einer Protestresolution sammelten sie über 1.000 Unterschriften, außerdem kamen noch 1.350,- DM zusammen. Am 12.12., dem Tag des NATO-Beschlusses, legten sich 200 Leute vor dem Rathaus auf die Erde, simulierten einen Atomanschlag. Parallel wurden Flugblätter mit dem Motto: „Kein Hiroshima in Münster“ an Passanten verteilt („Anti-mil-Info“ 1/80, „TAZ“, 19.12.79).

...

Im März 1980, „Friedenssaal“ in Münster“ an Passanten verteilt („Anti-mil-Info“ 1/80, „TAZ“, 19.12.79).

...

tionen beteiligen und muß hierfür auch gegenüber ihren Verbündeten (EG, NATO) eintreten!

Mehr als 300 Unterschriften sammelten einige Romanistikstudenten/innen der Uni Göttingen unter diesem Text, nachdem sie in einem Seminar über die ganze Problematik diskutiert hatten. Neben der erfreulich klaren Stoßrichtung des Aufrufs, von dem sich einige Linke durchaus ein Beispiel nehmen könnten, muß noch erwähnt werden, daß die Student/innen sich mit diesem Text sogar auf den Marktplatz wagten, ungeachtet der massiven Anmache

Z., KB Göttingen

## Göttingen: Offener Brief an die SPD

Einige Ereignisse und Entwicklungen der letzten Zeit lassen es uns als Friedensfreunde und Kriegsgegner notwendig erscheinen, uns mit diesem Offenen Brief an Euch zu wenden.

Wie wir Euren Plakaten und der Presse entnehmen, beabsichtigt Ihr, den kommenden Wahlkampf unter dem Motto: „Sicher in die schützende Jahre“ zu führen. Euer Wahlplakat mit Verteidigungsminister Apel – offensichtlich in Militärlook beim Manövrier – in Verbindung mit den Beschlüssen des SPD-Parteitags und der NATO-Rats-Tagung in Brüssel, zeigt uns, daß Ihr Sicherheit offensichtlich mit militärischer Stärke gleichsetzt. Wir wollen kurz aufzählen, warum uns hierbei – gelinde ausgedrückt – die Haare zu Berge stehen.

I

Die NATO hat am 13.12.79 in Brüssel die Produktion und wahrnehmbare Stationierung von 572 atomaren Waffen in Westeuropa, vornehmlich auf dem Gebiet der BRD beschlossen. Die SPD-Führung, die ansonsten oft und gerne von Entspannung und Abrüstung redet, hat sich nachdrücklich für das Zustandekommen dieses Beschlusses ausgesprochen. Wir fragen Euch, wie Ihr die Tatsache, daß das Gebiet der BRD damit zum möglichen und wahrscheinlichen Schauplatz einer atomaren Auseinandersetzung in Europa wird, mit Euren Vorstellungen von „Sicherheit in den schützenden Jahren“ vereinbaren wollt?

Für uns bedeutet Sicherheit demgegenüber die Abschaffung jeglicher atomarer Bedrohung. Wir fordern die SPD daher auf, sich für die Rücknahme der NATO-Beschlüsse einzusetzen. Wir fordern den Abzug und die Vernichtung aller Atomwaffen aus Europa und die Aufnahme ernstgemeinter Abrüstungsverhandlungen.

II

Es ist abzuwachen, daß der „Verteidigungs“-haushalt der BRD in den

II

Es ist abzuwachen, daß der „Verteidigungs“-haushalt der BRD in den nächsten Jahren drastisch erhöht werden wird, nicht zuletzt aufgrund des starken Drängens der USA. Diese ständig steigenden Ausgaben haben dazu geführt, daß die Bundeswehr inzwischen die bestausgerüstete Militärmacht in Westeuropa ist, der nur noch eigene Atomwaffen fehlen. Für dieses Wachstum trägt in den letzten Jahren vor allem die SPD die Verantwortung.

Wir verstehen unter Sicherheit die Reduzierung des Rüstungsstands und den schrittweisen (aber schnellen) Abbau des militärischen Potentials, d.h. der Bundeswehr in diesem Sinne sollte die BRD ihren Einfluß in der NATO geltend machen.

III

Die oben genannten Entwicklungen und die nur vor dem Hintergrund eines Feindbildes zu verteidigen, dessen Aufrechterhaltung leider auch durch die SPD gefördert wird. Nur durch die ständige Wiederholung der Parole vom allzeit sprunghaften Feind aus dem Osten, war und ist überhaupt die Militarisierung weiterer gesellschaftlicher Bereiche möglich. Die neuesten Beispiele hierfür sind die Diskussion um die Einbeziehung von Frauen ins Militär, um die Einführung von Wehrkunde-Unterricht sowie das Parteien-Hick-Hack um die Aussetzung des Prüfungsverfahrens für KDV. Für uns entsteht Sicherheit, indem Feindbilder abgebaut werden, das Grundrecht auf KDV uneingeschränkt wahrgenommen werden kann und von jeder Einbeziehung von Frauen ins Militär gebührender Abstand genommen wird. Wir fordern Euch auf, umgehend Schritte in dieser Richtung zu unternehmen.

Wir erwarten von der Göttinger SPD die sofortige Rücknahme dieses zweifelhaften Plakates, das den Bürgern eine Sicherheit vorgaukelt, die es so nicht gibt und auch nie geben wird.

...

Dieser Offene Brief, der auf Initiative der Göttinger SÖdZDL vom „Göttinger Friedensbündnis“ verabschiedet wurde, wurde bisher unterzeichnet von: GA; SÖdZDL; DFG-VK; AG Frauen & Bund; KB; Die Grünen; AK Kriegspolizei; und soll in den örtlichen Alternativzeitschriften veröffentlicht werden.



## Hohe Gefängnisstrafen gegen spanische Kriegsgegner

Am 25.1.80 fand in Jerez gegen vier Soldaten ein Prozeß vor dem Militärgericht statt. Einer wurde wegen „Zersetzung“ zu 2 1/2 Jahren, die drei anderen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Was war passiert? Im Dezember 1977 erfuhren die etwa 1.000 Soldaten der Kaserne, daß nur ca. 15 % von ihnen über Weihnachten Urlaub bekommen würden. Natürlich löste dies eine kleine Empörung aus, die noch wuchs, als die Soldaten merkten, daß die Offiziere selbstverständlich ihren Urlaub bekommen würden. Am 22.12. gab die UDS (Anm. 1) ein Flugblatt heraus, in dem die Situation dargestellt und von den Offizieren eine Klärung verlangt wurde. Daraufhin wurde eine Durchsuchung der Spinde angeordnet und bei der zweiten Durchsuchung fand man bei Alfredo Perez ein internes Papier der UDS. Deswegen wurde er und seine drei Stubenkameraden, nur weil sie gute Freunde von ihm sind, eingesperrt. Bis zum 22.2.78 wurden sie im Kasernengefängnis gefangengehalten und dann bis Juli 1978 im Militärgefängnis von Cadix. Danach wurden sie provisorisch wieder zu ihren Einheiten entlassen, kurz darauf aber bis zu ihren Prozeß am 25.1.80 auf unbestimmte Zeit vom Dienst suspendiert. Dieser Prozeß wurde sehr kurzfristig anberaumt (eine Woche), trotzdem gelang es der UDS, eine starke Solidaritätskampagne zu entfalten. Die Jugendorganisationen der revolutionären Linken solidarisierten sich, außerdem verzeh am 25.1.80 auf unbestimmte Zeit vom Dienst suspendiert. Dieser Prozeß wurde sehr kurzfristig anberaumt (eine Woche), trotzdem gelang es der UDS, eine starke Solidaritätskampagne zu entfalten. Die Jugendorganisationen der revolutionären Linken solidarisierten sich, außerdem verschiedene Gewerkschaften und Bürgermeister von mehreren Städten. Alfredo Perez durfte sich nicht einmal einen Anwalt seiner Wahl nehmen, da nach den herrschenden Militärgesetzen, die übrigens in Kürze geändert werden sollen, der Verteidiger ein Offizier sein muß. So kam es dann zu den drakonischen Strafen, wobei die sechs Monate für die drei Stubenkameraden von Alfredo für angebliche Komplizenschaft gegeben wurden. Was hier verurteilt wurde, ist das legitime Recht eines jeden, nämlich das Vertreten der eigenen Interessen. Ungeheuerlich sind diese Urteile auch gerade dann, wenn man berücksichtigt, daß es unter Franco nie mehr als 18 Monate für UDS-Aktivitäten gegeben hat, und daß die für die „Operation Galaxia“ (ein rechtsterroristischer Putschplan) verantwortlichen Offiziere heute friedlich zu Hause sitzen. Es gibt aber noch eine Chance, denn die Urteile müssen noch vom Kommandeur der Region bestätigt werden. Internationale Solidarität kann vielleicht etwas helfen.

Schickt deshalb Briefe mit etwa folgendem Inhalt an:

General Merry Gordon  
Capitana General  
Sevilla (Spanien)

oder  
Sr. Presidente del Congreso  
Carreras 3  
Madrid (Spanien)

Sehr geehrter Herr ...

Wir ... waren schockiert und bestürzt, als wir hörten, daß es auch 1980 in Spanien – einem Land, das sich selbst eine Demokratie nennt – noch möglich ist, einen Soldaten, nur wegen des Besitzes von schriftlichem Material der UDS (einer demokratischen Gewerkschaftsorganisation für Wehrpflichtige), zu 2 1/2 Jahren Gefängnis zu verurteilen. Jedes demokratische Land sollte das Recht auf Organisations- und Pressefreiheit, wie es in der Deklaration der Menschenrechte (Artikel 19, 20 und 23) niedergelegt ist, anerkennen. Spanien darf da keine Ausnahme sein! Deshalb bitten wir Sie dringend, die Urteile gegen Alfredo Perez, Gerardo Cantero, Primitivo Vaqueri und Javier Corcuera nicht zu bestätigen und sie sofort zu entlassen.

Hochachtungsvoll

Anm. 1 Die UDS ist eine Gewerkschaftsorganisation für Wehrpflichtige, die aber auch z.B. Unteroffiziere organisiert. Sie ist parteiunabhängig und gewissermaßen eine Einheitsstruktur für Wehrpflichtige und versucht auch in der Illegalität die Interessen der Wehrpflichtigen zu vertreten. Die UDS war schon zu Zeiten des Franco-Faschismus aktiv und zählt etwa 10.000 Mitglieder.

Weitere Informationen sind zu beziehen über  
Steering Committee  
c/o VVDM (holländische Soldatengewerkschaft) Hoofdkeizers  
Croeslaan 39; Utrecht (Niederlande)

oder: Kai Fabig, Postfach 300462; 2000 Hamburg 50

...

### Anmerkung

Der Kommunistische Bund unterstützt die Forderung nach Nichtbestätigung der Urteile gegen die vier spanischen Soldaten und nach sofortiger Freilassung aus dem Gefängnis. Wir fordern alle demokratischen und linken Personen, Gruppen und Organisationen auf, diesen Protest zu unterstützen. (Eine Kopie von Protestschreiben an die spanischen Verantwortlichen sollte, wenn möglich, an die angegebenen Adressen geschickt werden).

## Vier Tage Buwe-Arrest wegen Teilnahme an DGB-Veranstaltung

Die Verurteilung des wehrpflichtigen Staatsarztes Ebelt zu vier Tagen Arrest/Gefängnis wegen der Teilnahme in Uniform an der Antikriegsveranstaltung '79 des DGB in Mainz ist in zweifacher Hinsicht ein Skandal. Wieder einmal wird ein demokratischer Soldat bestraft, weil er aktiv das Recht auf Demonstrationsfreiheit wahrnimmt. Daß die Begründung des Urteils – er hätte auf einer politischen Veranstaltung Uniform getragen – ein Vorwand ist, um Demokraten und Linke von der Wahrnehmung ihrer Rechte abzuhalten, ist durch die liberale Praxis gegenüber „Kameraden“, welche sich in Uniform auf faschistischen Veranstaltungen tummeln, belegt. Noch kaum einer dieser braunen Vögel wurde bestraft! Der zweite Skandal ist die Verweigerung des Rechtschutzes durch die Gewerkschaft ÖTV, in welcher Ebelt Mitglied ist.

Ebelt ist nicht der erste Soldat, dem so die Courage abgelaufen werden soll. Die Bundeswehr – aber auch die verschiedenen DGB-Einzelgewerkschaften handeln nicht zum ersten Mal so, wie in diesem Fall (s. ausführlich AK 147 S. 29).

Doch anders als sonst waren die Proteste diesmal breiter. Die FR (27.2.80) berichtete recht kritisch über den Fall Ebelt – wenngleich sie über die Forderung nach Gleichbehandlung linker und faschistischer

Soldaten nicht hinauskam. Die Begründung der ÖTV, dem Staatsarzt Ebelt den Rechtschutz zu verweigern, berechnete die FR schlicht „lapidar“. Dort heißt es: „Nach meiner persönlichen Ansicht wäre seine Teilnahme an der Antikriegsveranstaltung in Zivil genauso wirksam gewesen wie in Uniform. Die innere Einstellung spielt dabei die entscheidende Rolle, nicht die äußere.“

Bei einer Anfrage beim Streitkräftesprecher Oberstleutnant Gerkrath zu diesem Fall sowie zu den Bestimmungen über das Tragen von Uniformen erfuhr die FR von diesem: „Es hat dazu ... auch mit den Gewerkschaften Gespräche gegeben, und man ist sich darüber einig geworden, an dem bestehenden Grundsatz nichts zu ändern, weil für den Einzelfall eine gesetzliche Regelung nicht getroffen werden kann.“ Daß der Grundsatz, in dem man sich einig geworden ist, in der Praxis heißt – Knast für Linke und Gewerkschaftler, Freibrief für Faschisten – weiß auch der DGB. Staatsarzt Ebelt wurde nicht zum ersten Mal disziplinarisch belangt. Seine Teilnahme an der DGB-Demonstration am 1. Mai 1979 – zeitweise unter dem Spruchband „Braun raus Demokratie rein in die Bundeswehr“ – wurde ebenfalls bestraft. Warum es „gerade“ Ebelt hat gegen seine Bestrafung Einspruch eingelegt



## »Sterben für Bonn?«



Die Presse überschlägt sich. Krisen- und kriegsliterarischer Überdruß: man sieht im Wettauf um das feindlichste Feindbild, „Bild“, aber so etwas sind wir gewohnt, berichtet von „Moskwa, in Kabul von russischen Panzern überrollt“. Eine Frage gibt die andere: Der „Stern“. „Sind die Russen wild geworden?“, dann, mit entsprechend provokativem Titelbild, „Wer ist der nächste?“, und, in der folgenden Ausgabe „USA – Helden wieder gefragt“.

Die „Zeit“ aber ist noch einen Schritt weiter. Wo andere Blätter die Helden nur in amerikanischen Breiten suchen, fragt das musterliberale Wohlstandsbürgerblatt (mit dem fortgeschrittenen Feuilleton und dem vor Humanismus wrotzenden Leitartikel der betuchten Gräfin „Sterben für Bonn?“).

Die „Zeit“ hat diese Frage wirklich gestellt. Einer der augenscheinlich liberalsten Reporter zog aus, bundesdeutsche Soldaten mit „der einfachen, bitteren Grundsatzfrage des Soldatenums zu konfrontieren“. Dann: „In beunruhigenden Wochen mag mancher Bundesbürger plötzlich auch an die Soldaten gedacht haben und sich die auch aus nationalen Gründen gern verdrängte Frage vorlegen: „Sind die Soldaten gedacht haben und sich die auch aus nationalen Gründen gern verdrängte Frage vorlegt haben. Sterben für Bonn?“

Wir können beruhigt sein. Wir haben keinerlei Grund, unseren Schlaf durch Visionen vom unheimlich Deutschen überrennenden, mordenden, brandstiftenden Russen rauben zu lassen. Das aus der „Zeit“ zu wissen, ist uns ein gutes Ruhezeichen.

Die sich uns nunmehr auch aus nationalen Gründen scheinbar unumgänglich stellende Frage, ob denn unsere Armeen „im Ernstfall“ auch für „das Vaterland“ zu kämpfen bereit sei, wird durch den Bericht im Zeit-Magazin vom 22.2. mit einem klaren,

kampfbereiten Ja beantwortet: „Sicher werden wir kämpfen. Unser Zug ja. Wir sind so ziemlich alle Draufgänger“ (Zeit Magazin, 22.2.80, S. 12). Und wofür? fragt der liberale Zeit-Reporter. Ein anderer Soldat antwortet: „Zunächst einmal die Heimat, das Land selbst (...). Ich würde meine Gesundheit und mein Leben verteidigen. Und meinen Besitz würde ich mir so schnell nicht wegnehmen lassen.“ (ZM, S.8). Na also! Wir sind wieder was. Wir sind wieder bereit zu kämpfen, zu sterben, zu töten für das, was uns gehört und für unser Land. Sorge um diese patriotische Einstellung tragen berufsmäßige Krieger-Ausbilder wie Oberstleutnant U., der im Zeit-Interview äußert: „Man muß auch sehen, daß ich eine Truppe, die notfalls kämpfen soll, auch zum Kämpfen-Wollen hinführen muß (...). Wenn ich aber einer Truppe die Aggressivität ganz abgewöhne, wenn ich sie im Friedensdienst nur zu launfrömmen Schläfern erziehe, dann kann ich von den Leuten nicht verlangen, daß sie nach Alarmfall plötzlich zu Löwen werden.“ (ZM, S.10).

Und doch, für den Zeit-Reporter bleibt die bange Frage: Reicht das aus? Unter den Soldaten, die er zu

Und doch, für den Zeit-Reporter bleibt die bange Frage: Reicht das aus? Unter den Soldaten, die er zu Wort kommen läßt, ist immerhin einer, der in Erwägung zieht, daß ein Befehl zum Angriff sinnlos sein könnte. Original-Ton „Zeit“: „Ein welcher Bursche? Fünf Minuten später vertritt er als einziger den Standpunkt, daß deutsche Soldaten im Nahen Osten auch zur Verteidigung wirtschaftlicher Interessen eingesetzt werden könnten.“ (ZM, S.10). Ein ideologisch also durchaus gefestigter deutscher Soldat. Im Zweifelsfall gilt nicht auch für ihn, was Oberstleutnant U. stillvertretend für viele offen ausspricht: „Ich setze voraus, daß der Mann kämpfen will.“ (ZM, S.10).

Folgender (aus dem Leben der Truppe geprüfte) Beispiel illustriert diesen Optimismus auf das Anschaulichste: „Bei uns ist jemand in der Kompanie, mit dem können sie im täglichen Dienstablauf kaum etwas anfangen. Aber wenn Sie ihm hier ein Jig in die Hand drücken, dann trägt er es bis zum Umfallen, und wenn er damit auch noch schleppen kann, ist der dummerweise befriedigt, daß es schon nicht mehr normal ist.“ (ZM, S.12).

Normal – was ist hier normal? Daß die Aggressivität der Soldaten wachgehalten und im richtigen Augenblick zum Ausbruch freigegeben werden muß? Etwas die Gleichgültigkeit, mit der der kampfswillige deutscher Soldat charakterisiert wird als „Bereitschaft, erworbenen Besitz zu verteidigen“, als „antropologische Motivation“. Das Herdentier Mensch setzt auf die Gruppe, die ihn notfalls mitreißt, schützt und vor Verzweiflung bewahrt.“ (ZM, S.3). Oder gar der Zynismus, mit dem der Schreiber des Berichtes die von ihm befragten Soldaten kategorisiert in solche, die es „schaffen werden“ und solche, die auf der Strecke bleiben: „Mir fällt ein Soldat auf, der in der zweiten Reihe steht. Er hört aufmarkieren, und Michels, so, so, so, so, so.“

„Mir fällt ein Soldat auf, der in der zweiten Reihe steht. Er hört aufmerksam zu und lächelt in sich hinein. Von all diesen jungen Leuten wünsche ich ihm zu allerletzt den Ernstfall. Er ist der Typ, den es zuerst erwacht – der Typ, der trümt, wenn es gefährlich wird, und der sich im falschen Moment ungeschickt zu behaupten versucht.“ (ZM, S.8).

Es ist schon wieder normal, daß über Ernstfall, Kampfmoral, Tod und Überleben spekuliert wird.

Als was mag da gelten: „die alte kindische Vorstellung, das Hochhaus des Vorlesens steht im Hintergrund.“

(P. Schneider, Lenz, S. 7) G., Hannover

## 456 und der Rest von heute

Bei dem Buch „456 und der Rest von heute“ handelt es sich um einen der wenigen antimilitaristischen Romane über die Bundeswehr aus der Sicht eines Soldaten. Was diesen Roman von den drei, vier anderen Bundeswehrromanen, die derzeit breiter im Handel sind, unterscheidet, ist, daß der Autor erst bei der Bundeswehr politisiert wurde. Und zwar durch seine Erfahrungen und Erlebnisse dort.

Dieser Unterschied zu anderen Romanautoren, die die Bundeswehr bereits als politisch und antimilitaristisch engagierte Menschen betreten haben, ist deshalb so wichtig, weil „einfache“ Soldaten die Dinge meist mit anderen Augen sehen, andere Erfahrungen machen und auch oft Geschehnisse anders verarbeiten als linke Soldaten. Dies nicht zuletzt, weil sie mit anderen Erwartungen und Vorstellungen zum Bund gehen.

Dementsprechend handelt es sich um einen Roman eines „einfachen“ Soldaten, der keine besonderen Höhepunkte (Kantinenboykott, Massenbeschwerden u.ä.) enthält, aber deshalb trotzdem sehr spannend ist, und der deshalb vielleicht sogar die Bundeswehr-Wirklichkeit besser zu vermitteln versteht als andere.

„Für den Ich-Erzähler ist der Weg in die Bundeswehr ein Weg aus der Arbeitslosigkeit, aus der Beklemmung des Familienalltags und der Enge seiner Beziehungen mit Freunden und Bekannten. Er verpflichtet sich auf vier Jahre.“

Die Bundeswehr ist die Lösung seiner Geldprobleme und der Orientierungslosigkeit. Sie gibt ihm das Gefühl, dazugehören. Die Ordnung gibt ihm Halt: Hier hat jeder seinen Platz.

Die Grundausbildung ist Sport für ihn, Training. Es macht ihm Spaß. Die Ausbilder beeindrucken ihn. Er wird auch Rekruten ausbilden. Er lernt die Sprache der „Schule der Nation“, er kann mitreden, kann zeigen, er gehört dazu.“ (Aus dem Vorwort).

Doch im Laufe der Zeit als Ausbilder lernt er das wahre Gesicht der Bundeswehr kennen. Die vielen kleinen täglichen Schikanen der „Ausbilder“ gegen die Rekruten, das monotone Warten auf neue Befehle, bei dem man aber gleichzeitig nur zur Ruhe kommt, weil man immer auf dem Sprung ist, um nur ja alles gut und möglichst schnell zu machen.

Er lernt die oft menschenverachtende Haltung von Unteroffizieren und Offizieren kennen. Ein Unteroffizier, der sich als pervertierter Schweiß hervortut („ein armer Pisser, der hier Django spielen muß“), sagt ihm: „Ich mach's für Geld, klar. Ich würd' auch nach Afrika gehen. Bei denen da unten in Mozambique, Angola und so,“

ist ein Job wie jeder andere. Hauptsache, die Kasse stimmt“. Vorläufig muß er sich aber noch damit begnügen, Rekruten über das Übungsgelände zu scheuchen und zu schikanieren, wo es nur geht.

Doch nicht nur mit dem Bundeswehralltag gerät der Autor zunehmend in Konflikt. Die Beziehung zu den Eltern, Freunden und besonders zur Freundin wird immer problematischer. Er erfährt, daß die Bundeswehr die menschlichen Bedürfnisse nicht befriedigen kann.

„Beziehung, Wärme, Liebe kann der Bundeswehralltag nicht bieten. Dafür ist das Wochenende reserviert. Dafür fährt er nach Hause und erfährt, daß sich was verändert hat. Daß er sich verändert hat. Soldat geworden ist.“

Er wird empfindlich dafür, was er tut, was mit ihm gemacht wird. Er soll als Person zerstört werden, um andere Persönlichkeiten zu zerstören. Er begreift die Bundeswehr, weil er mehr von sich begreift. Er wehrt sich.

Er gibt den Rekruten Verhaltensratschläge, verschafft ihnen Erleichterungen und freundet sich – als Ausbilder – mit ihnen an. Dann reicht auch das nicht mehr aus. Im Alleingang erstellt er heimlich ein Flugblatt und verteilt dieses in die Spinde von Rekruten.

Eines Tages setzt er dann den schon länger feststehenden Entschluß, den Vier-Jahre-Vertrag mit der Bundeswehr fristlos zu kündigen, in die Praxis um. Auf einer „unbekannten Insel“ verfaßt er dann seinen ersten Roman – der zweite Teil ist bereits in Arbeit.

P.S. Vor wenigen Wochen erließ die Marburger Staatsanwaltschaft eine einstweilige Verfügung gegen den Weimann-Frauenbuchverlag, dieses Buch nicht mehr auszuverleihen und den Verkauf zu stoppen. Nicht die Bundeswehr selbst, sondern ein – vorge-schickter – Unteroffizier, der mit richtigem Namen im Buch genannt wurde („Klar, ich mach's für Geld“, siehe oben) trat als Kläger auf.

Eine neue Auflage des Buches ohne geänderten Inhalt, aber mit neuen Namen, ist in Vorbereitung.

Für alle, die das „Erlebnis“ der Bundeswehr noch vor sich haben, oder die „Schule der Nation“ einfach nur kennenlernen möchten, ist dieses Buch als Einstimmung ein „Muß“. Ebenso gehört es auf jeden antimilitaristischen Büchertisch.

Zu beziehen ist das Buch „456 und der Rest von heute“ beim Weimann-Frauenbuchverlag GmbH, München

J.

„Herr Stabsunteroffizier, die sind noch unter der Dusche, aber die meisten sind gleich fertig.“

„Sagen Sie mal, wie reden Sie denn überhaupt mit mir. Nehmen Sie gefälligst Grundstellung ein, wenn Sie mir was sagen wollen.“ Er macht ein Gesicht wie Django. Der Rotarsch fliegt fasten Schritt zurück. Er beeilt sich, Männchen zu bauen.

„So, Kamerad, schon besser. Und jetzt gehen Sie runter und sagen Ihren Kameraden, daß sie sofort rauskommen sollen, sonst passiert was, darauf können Sie sich verlassen.“

„Jawohl, Herr Stabsunteroffizier“, sagt der Typ, dreht sich um und will schon wegrennen.

„Funker Reineck, Achtung!“ Der Typ bleibt wie angewurzelt stehen und dreht sich um.

„Sie haben doch noch was vergewen!“

Der Rotarsch denkt nach. Dann fällt ihm ein:

„Ach ja! Melde mich ab, Herr Stabsunteroffizier.“

„Na also! Das nächste Mal kommen Sie da von selber drauf, Verstanden oder nicht?“

„Jawohl, verstanden“, meint der Typ und haut wieder ab.

„Funker Reineck, Achtung!“

Jetzt macht er sich gleich in die Hose.

„Sie haben schon wieder vergewen sich abzumelden. Sie denken wohl etwas langsam. Das ist alles so Übungssache. Passen Sie nur auf, daß Ihnen das nicht nochmal passiert, sonst sitzen Sie mal am Abend da und schreiben ... So, und jetzt melden Sie sich ab und holen Ihre Kameraden!“

„Melde mich ab, Herr Stabsunteroffizier!“

Aber kaum ist er an der Treppe und will runter rennen, kommt ihm Wirtzmann entgegen.

„Na, Kamerad, wohn so ruhig?“

„Ich soll den andren Bescheid sagen, daß sie sich beeilen sollen zum Unterricht ...“

„Mann, wollen Sie nicht mal ne anständige Grundstellung einnehmen, wenn Sie mit mir reden. Was soll denn das heißen, den andren Bescheid sagen? Ich hab gesagt, in zehn Minuten. Dann ist doch für alle klar, daß sie um halb wieder fertig sind, um in den U-Raum einzurücken. Was halten Sie davon, Funker Reineck?“

„Jawohl, Herr Oberleutnant!“

„Na also, das mein ich doch auch!“



Recht interessante Erfahrungen kann man in Hamburg Buchhändlern mit obigem Aufkleber machen. So lehnte der ISP-Laden (GIM-nahe) dankend ab, weil dieser Inhalt nicht in die Zielrichtung des Ladens passe, man mache schließlich Anti-Militarismus und sei ja kein Pazifist. Der Schwarzmarkt hat sich eine Bedenkenzeit aus, da als keine Kunststoffaufkleber mehr verkaufen wollen, da diese gesundheitsschädlich seien. Vielleicht werden dort bald auch keine Bücher mehr verkauft, weil dafür ja auch Bäume gefällt werden müssen?

Gefreut hat sich jedenfalls das Hamburger Kinderszentrum die DRUCKEREI in der Schanzestraße, die in der Zeit vom 17. bis 29. März eine Ausstellung über Kriegsspielzeug machen

No.

Zu beziehen ist der Aufkleber auch über das Arbeiterbuch. Preis DM 1,-



# Massenproteste gegen Kriegsvorbereitungen der USA: »Hell no, we won't go! We won't go for Texaco!«

„Verdammt nochmal, wir gehen nicht! Wir gehen nicht (in den Krieg) für Texaco!“ Unter dieser Losung und ähnlichen Parolen hat sich in den letzten Wochen eine massive Protestbewegung gegen die Kriegspläne der US-Regierung und die Wiedereinführung der Wehrpflicht (über die Vorstufe einer Registrierung) in den USA entwickelt. Im Gegensatz zu der widerständigen Antikriegsbewegung sind die Pläne für neue imperialistische Abenteuer jedoch keineswegs so neu. Schon im Sommer vergangenen Jahres lagen dem Kongress acht verschiedene Gesetzentwürfe über eine Wiedereinführung der Wehrpflicht vor und seit Monaten versuchen sich Regierung und Kongress bei der Erhöhung des Militärbudgets zu überwinden.

## Vorwärts zur weltweiten Verteidigung des US-Imperialismus

Der dramatische Rückgang der US-Kriegsausgaben in den vergangenen zehn Jahren (s. Tabelle) hat an den Grundfesten des US-Wirtschaftssystems gerüttelt. Hängt doch jeder zehnte Arbeitsplatz in den USA mehr oder minder direkt von Rüstungsindustrie und Militär ab (1). So verlegt sich die Rüstungsindustrie zunehmend auf Exporte.

Nach dem relativen Tiefstand 1976 hat sich nun im Laufe der zahlreichen Abrüstungsverhandlungen der Anteil des Militärapparats am Gesamthaushalt wieder ansehnlich gemauert (1981 sollen von den 158 Mrd. Dollar rund 50 Milliarden für Neuanschaffungen bereitstehen (2)). Bis 1985 soll der Haushalt des Pentagons sich dann verdoppelt haben. Doch diese Pläne der US-Regierung dürften sobald von der Wirklichkeit überholt werden.

Weit deutlicher werden die ehrgeizigen Pläne der Kriegstreiber beim Einsatz des „Menschenmaterials“. Wurde 1972 nach dem totalen Dilemma der US-Armee in Vietnam und unter dem Druck der Antivietnamkriegsbewegung die Wehrpflicht abgeschafft, so wurde bereits 1978 wieder danach gerufen. Hatte doch ein Untersuchungsausschuss des Kongresses errechnet, daß die Freiwilligenarmee durch höhere Bezahlung und bessere Quartiere 18,4 Mrd. Dollar mehr kostet als Wehrpflichtige (3). 1979 lagen dann dem Kongress acht verschiedene Gesetzentwürfe vor, die in unterschiedlichen Ausmaß eine Wiedereinführung der Wehrpflicht, teilweise auf die Frauen ausdehnt, zum Ziel hatten. Der harmloseste Antrag forderte die Registrierung aller wehrfähigen Männer innerhalb der nächsten Jahre. Diese

Einberufung aller wehrfähigen Männer innerhalb der nächsten Jahre. Diese Anträge sind nun durch die Vorstöße Carters überholt worden.

In seiner Rede „zur Lage der Nation“ am 23.1. stellte Carter seinen Plan vor, der mehrere Stufen vorsieht. Ab Juni sollen die Jahrgänge 1960 und 1961 sich „formal“ registrieren lassen. Weitere Jahrgänge sollen folgen. Juristisch hat Carter das Recht, die 18- bis 26-jährigen Männer registrieren zu lassen. Falls ihn der Kongress das Geld hierfür gewährt. Daher hat Carter bereits 45 Mio. Dollar beantragt, davon 12 Mio. allein für die erste Stufe (4).

Die Registrierung soll so ablaufen: Die Regierung erläßt einen öffentlichen Aufruf an die entsprechenden Jahrgänge. Diese haben sich auf dem örtlichen Postamt auf einem postkartengroßen Meldeformular einzutragen: Name, Adresse, Alter, Sozialversicherungsnummer (mangelt Personalausweis, den es in den USA nicht gibt). Die Strafe für eine Nichtbefolgung des Aufrufs beträgt wie zu Vietnamzeiten bis zu fünf Jahren Gefängnis und 10000 Dollar Geldstrafe. Die Behörden tun das Beste, das alles zu verheimlichen. In Friedenszeiten werden nicht die Höchststrafen angewendet, ganz abgesehen davon, daß eine Einberufung ja erst erfolgt, wenn der Präsident und der Kongress dies für notwendig erachten. (5)

Noch offen ist die Einberufung der Frauen in Carters Pläne. Davon wären vorerst zwei Millionen junge Frauen betroffen. Welche militärischen Gedanken dabei eine Rolle spielen, sei nur exemplarisch aufgezeigt. „Das zeigt anderen Ländern klar, daß die Amerikaner auf die Frauen zurück greifen müssen, um ihre Kämpfe auszufochten“, sagte der Abgeordnete Richard C. White, Vorsitzender des Untersuchungsausschusses für das Personalwesen der Streitkräfte im Repräsentantenhaus. (6). Und ins gleiche Horn stößt die konservative „Frauenrechtlerin“ Phyllis Schlafly: „Die Wehrpflicht für Frauen würde Amerika vor den Augen der Welt lächerlich machen. Sie würde die Kampfbereit-



Draft registration  
OK'd by House unit  
**Students**  
THE DRAFT MAY BE BACK  
THIS YEAR..

You may  
be in  
the army  
soon.



schaft der Streitkräfte erheblich reduzieren“ (7). Schützenhilfe erhielt Carter dagegen vom Justizministerium, welches das göttliche Einberufungsgesetz für „nicht länger verfassungskonform“ hält, weil danach nur Männer eingezogen werden können - inzwischen gelten aber Grundsätze, welche die Diskriminierung von Frauen unterlegen (8).

Heftige Auseinandersetzungen gab es auch zwischen Carter und der Einberufungsbehörde über die Mobilisierung des „Einsatzfalls“. Carter sah für die Finkleidung der ersten Einberufenen zehn Tage vor, die Behörde 17 und das Verteidigungsministerium gar 30 Tage. Für das Bereitstellen der ersten 100 000 Soldaten setzt Carter 26 Tage (gegen 31 bzw. 60) für 640 000 Wehrpflichtige 117 Tage (124 bzw. 180) (9). Seine Finkleidung will Carter durch stärkere Einberufungs- und Musterungsapparate erset-

chen, sowie durch den Trick mit der Postkarte - und mit zusätzlichen Millionen vom Kongress.

Daß diese Zahlenspielerien nicht harmlose Rechenübungen ehrgeiziger Politiker sind, wird deutlich, wenn wir die Manöver des riesigen US-Militärapparats betrachten. Von der 110 000 Soldaten starken „Fingertuppe“ ist bereits hinreichend berichtet worden. Zur Zeit finden in der kalifornischen Mojave-Wüste Generalproben für den Wüstenkrieg statt. 25 000 Soldaten sind dort „im Einsatz“. Gleichzeitig läuft im mittleren Pazifik ein Flottenmanöver mit 20 000 Soldaten auf 47 Kriegsschiffen und 215 Flugzeugen (es dürfen noch mitwirken: Canada, Japan, Australien und Neuseeland) (10). Zu diesem Sabetrameln paart sich die Kriegshetze der Politiker und die Hysterie der Medien.

## Krieg dem Krieg!

Monatelang hatten zahlreiche Organisationen zum Protest gegen die Gesetzentwürfe aufgerufen, nachdem deren gemeinsames Ziel deutlich geworden war. Doch sie blieben nache-

zu unbeachtet. Erst die Rede Carters machte den Kriegsgegnern seine - im wahren Sinne des Wortes bereits am folgenden Tag fanden die ersten Kundgebungen statt. In der Stanford University bei San Francisco kamen einige Hundert Studenten zusammen und verbrannten symbolisch Einberufungsbescheide (11).

Sofort wurden größere Veranstaltungen angesetzt. Der 9.2. wurde zum nationalen Aktionstag erklärt. Doch schon am Wochenende davor kam es zu beachtlichen Demonstrationen.

In der Harvard University bei Boston kamen am 30.1. 500 Studenten zusammen. Am 2.2. kamen 2500 zum Rathaus von Boston. Sie meinten: „Wir brauchen einen Krieg - einen Krieg dagegen gegen Rassenismus und Ku Klux Klan!“ In der Columbia University von New York demonstrierten am 31.1. 800 Studenten, diese Kundgebung wurde durch 15 Gegendemonstrationen mit dem Stern nebenan vorbeigehend gestört. Am 1.2. kamen in Berkeley 1000, in Stanford 2000 Studenten zusammen. Die Liste der anderen Universitäten ist endlos. In Ann Arbor kam es zum gemeinsamen Marsch von Hochschü-

lern und Gewerkschaftern. In Pittsburgh wurden fünf Leute verhaftet, als fünfzig versuchten den Eingang des Rekrutierungsgebäudes abzuriegeln (12).

Am 23.1. gab der Central Committee für Wehrdienstverweigerung (CCCC) den Wiederaufbau eines nationalen Beratungsausschusses bekannt. Diese Organisation hält seit 1948 Soldaten und solchen, die es werden sollen (5).

Der ehemalige Justizminister Ramsey Clark sprach am 7.2. in New York gegen Carters Pläne, die er „rein politisch“ nennt und die nur „die Rumen“ anschnell wurden. „Wir werden besser für den Frieden planen“, sagte er (13).

An historischer Stätte versammelten sich mehr als hundert Studenten in der Kent State University in Ohio, wo am 4. Mai 1970 vier Studenten von Nationalgardisten niedergemetzelt worden waren. Damals war nach dem US-Einfall in Kambodscha die Universität besetzt worden. Jetzt wurden dort ein Sternbanner und vergrößerte Einberufungsbescheide verbrannt (14).

In New Brunswick hielten Studenten eine 24stündige Mahnwache und demonstrierten anschließend mit 250 in der Stadt (15).

In Tucson an der Universität von Arizona demonstrierten 500 Studenten unterstützt von „Grey Panthers“ (organisiertes Rentner). Diese trugen Transparente wie „Vier Kriege in einem Leben - keinen mehr“ oder „Sterb nicht für ESSO“ und „Kauft nicht Nahrung gegen amerikanisches Blut“ (16).

Der 9.2. wurde dann ein vorläufiger Höhepunkt in der antimilitaristischen Kampagne. In New York demonstrierten 2500 in flammendem Protest vor Carters Wahlkampfbüro. Ein Sternbanner und mehrere Wahlplakate sowie eine Fensterscheibe mußten darunter leiden. Die Polizei nahm das dann auch so ernst wie es gemeint war und verhaftete sofort drei Männer. In Philadelphia marschierten 1000, in Washington 650, in Berkeley 3500, in San Diego 3000, in Oakland 600, in Seattle einige Tausend usw. usw. (17).

Auf jeden Fall ist klar geworden, daß die Studenten aus ihrem jahrelangen Dornroschlaf erwacht sind, und daß Carter auf einen organisierten Widerstand stoßen wird, wenn er Schlichtvieh für den „Krieg um's Öl“ loszuschicken will. Über die weitere Entwicklung wird noch zu berichten sein.

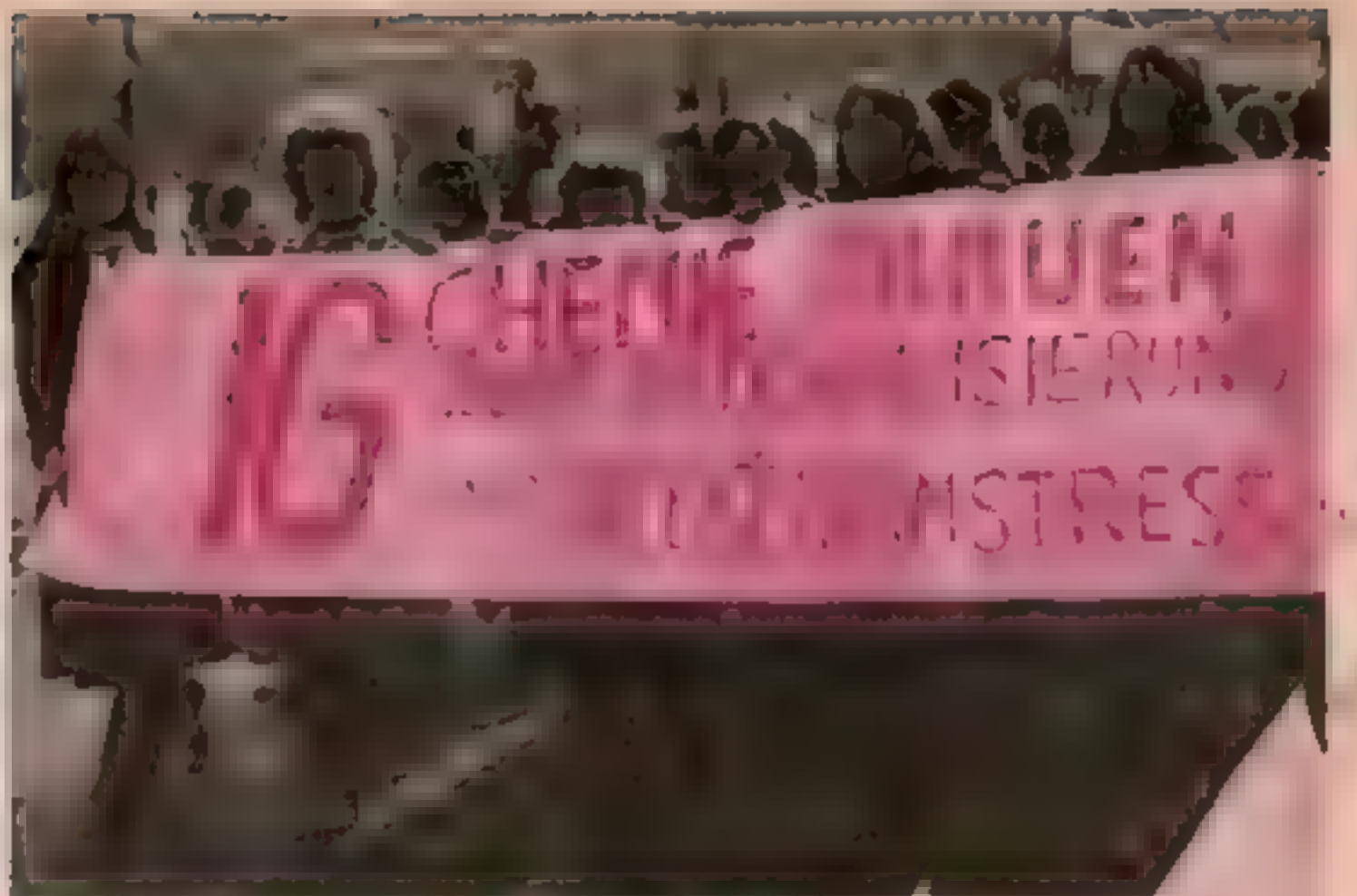
USA-Kommission

- Quellen:
- 1) James A. Donovan, Militarismus in den USA, S. 81 ff.
  - 2) taz, 31.1.80
  - 3) International Herald Tribune (IHT), 7.2.78
  - 4) IHT, 15. und 28.2.80
  - 5) Guardian, New York, 13.2.80
  - 6) Süddeutsche Zeitung, 21.2.80
  - 7) taz, 15.2.80
  - 8) IHT, 28.2.80
  - 9) IHT, 26.2.80
  - 10) taz, 28.2.80
  - 11) IHT, 26./27.2.80
  - 12) Workers World, 8.2.80
  - 13) IHT, 9.2.80
  - 14) Workers World, 15.2.80
  - 15) IHT, 11.2.80

Der US-Militärbudget		
Jahr	Mrd. Dollar	Prozent des Gesamt-BIP
60	44	49
61	41	43
62	41	48
63	52	44
64	54	44
65	50	41
66	57	42
67	70	44
68	81	44
69	81	44
70	80	40
71	74	34
72	55	31
73	74	33
74	79	29
75	87	27
76	91*	25*
79	118	24
80	127	27
81	174	26

\* Bis einschließlich 1976 entnommen dem US-Dollar Pocket Book herausgegeben vom Department of Commerce, Wash. DC, 79 II 1, 24.1.79. 80 taz 10.1.80. 81 taz 11.1.80.





## A black and white photograph of a woman in a dark coat and hat standing next to a large, light-colored, draped object, possibly a statue or a large piece of fabric, in an outdoor setting. The woman is on the left, looking towards the camera. The draped object is on the right, and the background shows some architectural details and foliage.

am Ende der IG Chemie des ÖTV  
Frustrationen und von Vertrauensverlusten der ÖTV sowie des IG  
nach-Frustrationserscheinungen



# § 218 - da kommt was in Gang!

Seit Mitte letzten Jahres ist wieder eine Bewegung gegen den § 218 im Entstehen (vgl. AK 166). Widerwärtige Hetze der Reaktion gegen Frauen, die abgetrieben haben, indem sie als Mörderinnen diffamiert werden, und die Reflektierung von 3 Jahren „reformierter“ Abtreibungsregelung, die den Frauen kaum eine Verbesserung gebracht hat, riefen die Frauen wieder auf den Plan. Neben einer Demonstration für ein Schwangerschaftsabbruchszentrum in Nordrhein-Westfalen im September und einer Demonstration mit 4 000 Menschen in Mainz im November 1979 ist die Vorbereitung für ein Tribunal gegen den § 218 im Mai/Juni dieses Jahres in Frankfurt der nächste Höhepunkt im Kampf gegen den § 218.

Zum 25. Februar, dem Tag, an dem das Bundesverfassungsgericht 1975 die Fristenregelung als „verfassungswidrig“ erklärte, wurden in diesem Jahr wieder in einigen Städten Aktionen gegen den § 218 durchgeführt. Am 8. März, dem internationalen Frauentag, sind in mehreren Städten Demonstrationen geplant, auf denen auch die Forderung nach Streichung des § 218 auf die Straße getragen werden wird. Wir wollen in diesem Artikel zunächst einen Überblick über die Aktionen zum 25. Februar geben und in einem weiteren Artikel eine Analyse versuchen über den derzeitigen politischen Stand der Auseinandersetzung innerhalb der Frauenbewegung. Bei Frauenverbänden und Frauen politischer Parteien, z. B. über die Frage der Fristenregelung.

In Bremen hat sich eine § 218-Gruppe gebildet, die zum 25.2. in der Innenstadt Flugblätter verteilte und mit verschiedenen Sandwiches auf die Straße ging, mit Parolen wie „Dieser Staat ist eine Strafe, er will nicht Frauen sondern Schafe!“ „Was ist das für ein Staat, der nicht zu Pro-Familia sagt!“ „Steigt die Arbeitslosigkeit, predigt man uns Mutterfreud!“ „Die Moralisten der Nation sägen an der Indikation!“ Mit einem Kassettenspieler machten die Frauen Interviews zum § 218. Am Abend fand im Frauenzentrum eine kleine Veranstaltung statt, die mit 25 Besucherinnen allerdings nur schwach besucht war. Eingeladen hatte die „Frauengruppe gegen Faschismus“; Thema der Diskussion war Situation der Frauen, die im Faschismus verfolgt wurden, wenn sie eine Abtreibung machen lassen und die Abtreibungssituation heute.

In Bremerhaven spielte der Kampf gegen den § 218 im Wahlkampf eine wesentliche Rolle. Nach der Wahl führten die Frauen der Alternativen Liste zusammen mit anderen Frauen, der VHS und einem Arzt vom Bund gewerkschaftlicher Ärzte, die ein ähnliches Modell wie Pro-Familia Bremen anstreben, eine Veranstaltung zur konkreten Situation in Bremerhaven durch. Eingeladen waren auch Vertreter/innen von Pro-Familia Bremen.

Angeregt durch das Tribunal gegen den § 218 bildete sich in der Angeregt durch das Tribunal gegen den § 218 bildete sich in der Frauengruppe Bremerhaven wieder eine § 218 Gruppe, die am 25.2. zu einer Straßenaktion aufrief. An der Aktion beteiligten sich außerdem Mädchen der Mädchengruppe Schiffdorf und Schleuse, Frauen der Alternativen Liste und des Lehrerzentrums. Mit Transparenten und Megaphonen wurde das Tribunal bekanntgegeben. Einem Straßentheater, das Kirche, Ärzte, Parteien und Justiz auf die Schippe nahm, wurde von den vorbeigehenden Passanten begeistert zugesehen. Im Anschluß bildete sich ein kleiner Aktionszug mit etwa 60 Leuten. Im Frauenladen informierten die Frauen dann noch genauer über das Tribunal.

In Hannover haben sich zum Austausch von Informationen über den § 218 mehrere Frauen aus verschiedenen Frauengruppen, von MSB, DFI (Demokratische Fraueninitiative), ASF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen), Beratungsgruppe im Frauenzentrum, Bunte Frauen, „Frauen gegen Militär“ zusammengesetzt. Eine Gruppe arbeitet aktiv an einer Untersuchung über die Situation in Hannover. Dazu soll erneut eine Fragebogenaktion gemacht werden. Die Frauen vom DGB, die am 1.2. eine Veranstaltung zum Thema § 218 organisiert hatten, planen einen Ratgeber für die Frauen in Betrieben, um das Abtreibungsproblem, von dem gerade die arbeitenden Frauen mit am meisten betroffen sind, noch mehr in die Betriebe hineinzutragen.

Am 1.3.80 fand im Jugendzentrum „Glocksee“ in Hannover ein NDR-Aktionstag statt, auf dem die § 218-Gruppe zusammen mit dem Frauenhaus einen Beitrag auch zum § 218 hielt und mit Stellwänden und einem Büchertisch für weitere Informationen sorgte.

Die Jugendlichen interessierte vor allem eine Stellwand zu Verhütungsmitteln, und auch die Plakette „Mein Bauch gehört mir“ gingen wieder reißend weg.

In Göttingen machte die § 218-Gruppe, die seit ca. einem halben Jahr besteht, einem Büchertisch zum Thema Schwangerschaftsabbruch.

In Hamburg sind anlässlich des Tribunals einige Frauengruppen aktiv geworden und haben zum 25. Februar in einzelnen Stadtteilen Aktionen gemacht. So organisierten Frauengruppen in Harburg, Fimsbüttel, Altona und in der Innenstadt mehrere Stände, verteilten Flugblätter und

sammelten Unterschriften für das Tribunal. In Altona sorgten Frauen der AFI (Altonaer Fraueninitiative) sowie einige Frauen aus der Frauengruppe Schnelstraße in der Einkaufsstrasse für Informationen zum Thema „Abtreibung ja“ Prostaglandin nein! Um eine besondere Attraktion hatte sich die AFI-Kulturfrauengruppe gekümmert. Die Frauen der „Fabrik-Theatergruppe „Amatefe“ spielten Szenen aus ihrem § 218 Stück.

Die Frauengruppe vom Kinderhaus in der Heinrichstraße machte eine Informationsveranstaltung, wo ein Film zum § 218 gezeigt und darüber diskutiert wurde, wie die Mütter zum Schwangerschaftsabbruch stehen.

In einem gemeinsamen Flugblatt verschiedener Frauengruppen, der Buntten Liste und vier Kreisverbänden der „Grünen“ zum 8. März wird die Streichung des § 218 gefordert.



Das landesweite Frauentreffen in Schleswig Holstein diskutierte auf einer Sitzung Anfang Februar u.a. über den § 218. Vor allem aus Flensburg berichteten die Frauen, daß dort eine Verschärfung der Abtreibungspraxis zu spüren sei. Es wurde beschlossen, eines der nächsten Treffen speziell dem § 218 zu widmen.

In Lübeck machte die „Freitag-Frauengruppe“ am 23.2. einen Infostand und verteilte Flugblätter, in denen Teile aus dem Text für das § 218-Tribunal übernommen waren und Beratungsmöglichkeiten für Lübeck angegeben wurden.

In Flensburg wollen die Frauen vom Frauenzentrum und die Frauen der LDU aus Anlaß des 8. März einen Stand in der Stadt machen unter dem Thema § 218, dort das Tribunal bekannt geben und Unterschriften sammeln.

In Frankfurt gab es zum § 218 ein breites Bündnis von Frauengruppen, Frauenzentrumsfrauen, der IAF (Interessengemeinschaft mit Ausländern verheirateter Frauen), gewerkschaftlich orientierte Frauengruppen, „Brot und Rosen“, der Gruppe „Frauen zum Bund Nein Danke“ und der ASF, die zum Tribunal ein Flugblatt herausgaben, wo die Streichung des § 218 und die Einrichtung eines Schwangerschaftskonfliktzentrums für Hessen gefordert wird. Eine unchöne Sache war dabei allerdings, daß die ASF darauf bestand, daß die Frankfurter AG Frauen des KB das Flugblatt nicht unterzeichnen dürfe und davon ihre Unterstützung abhängig machte.

Zum 25. Februar machten Frauen Aktionen in der Stadt mit Büchertischen, Wandzeitungen und

## Flugblattverteilung

Abends zeigte die Frauengruppe des KB einen Film zum § 218, „Geschichte der A“.

In Nordrhein-Westfalen liefen zum 25. Februar und zum Tribunal verschiedene kleine Aktionen. Das Frauenzentrum Köln-Fiefelstraße machte auf einer Veranstaltung der SPD zur „Frauenbörse“ einen Stand zum § 218.

Eine Bielefelder Frauengruppe führte zum 25.2. in der Stadt einen Sketch auf und sammelte Unterschriften für das Tribunal.

In Oberhausen machten Frauen aus dem Frauenzentrum zusammen mit der DFI einen Stand und verteilten Flugblätter.

In Emsen organisierten die § 218-Frauengruppe und das Frauenzentrum in der Innenstadt einen Stand, verteilten Flugblätter, auf denen zum Tribunal aufgerufen wurde und sammelten Unterschriften.

In Darmstadt veröffentlichten Frauen von der § 218-Gruppe, die KB-Frauengruppe, die DFI und andere Frauen ein Flugblatt mit den Forderungen des Tribunals. Außerdem machten sie in der Innenstadt einen Infostand und mehrere Wandzeitungen, u.a. zu dem Problem „soziale Gelder und Mittel für ledige Mütter“, was auf viel Interesse stieß.

Im Raum Bayern fand die bislang größte Aktion zum 25. Februar in Regensburg statt. Dort hatte sich anlässlich der Hetze Holzgartners (CSU) eine § 218-Initiative gegründet, die hauptsächlich die Situation in Regensburg und Umgebung untersuchte. Seit dem 1. Januar ist in Regensburg kein Schwangerschaftsabbruch nach der sozialen Indikation mehr möglich. Zum 25.2. rief die § 218-Initiative zu einem großen Aktionsbündnis auf, an dem sich u.a. Vertreterinnen folgender Gruppen und Organisationen beteiligten: Jusos, DKP, KPD, Arbeiterbund, MSB, KHB, VVN, Bund für Geistesfreiheit, Uni-Frauengruppe, Mediziner-Fachschaft, Anti-Strauß-Komitee, und aus Nürnberg der KB und die Frauengruppe gegen Militarismus.

An einer gemeinsamen Demonstration nahmen ca. 800 Menschen teil, wobei der überwiegende Teil aus Regensburg selbst kam. Der Bezirksverband der SPD erklärte sich solidarisch mit der Demonstration. Auf der Demonstration verrichteten ungefähr 30 - 40 Rechtsradikale mit Tafeln wie „Abtreibung ist Mordmord“ zu provozieren und die Abschlusskundgebung zu stören.

In Nürnberg hat es wieder die ersten Ansätze zu einer Öffentlichkeitsarbeit zum § 218 gegeben. Am 15.1. fand eine Veranstaltung des DGB zusammen mit der SPD und der Arbeiterwohlfahrt statt, zu der ca. 100 Menschen kamen. Am 1.3. fanden zwei Veranstaltungen von SPD und DFI zum Thema § 218 statt, und die ÖTV macht im Rahmen einer DGB-Veranstaltung zum 8. März einen Stand zum § 218. Ende Februar lud eine § 218-Initiative alle Frauenorganisationen zu einem gemeinsamen Treffen ein, um über gemeinsame Aktionen zu diskutieren. Vertreter waren auf dem Treffen die Frauenarbeitshilfe, die „Grünen“ (Kreisverband Nürnberg), der Kommunistische Bund, die ASF, die SPD-Fraueninitiative Nordbahnhof, das „Komitee für Demokratie und Sozialismus“, die Wiso-Frauengruppe, autonome und offizelle Beratungsgruppen.

In Baden-Württemberg, Raum Tübingen, hat sich eine Gruppe gebildet, die zum Tribunal gegen den § 218 arbeiten will. Sie machen eine Untersuchungsarbeit über die dortige Situation und planen, ein regelmäßiges Info herauszugeben.

Die Frauengruppe der Alternativen Liste Tübingen hat in ihrem Programmvoranschlag die Forderung nach Streichung des § 218 erhoben. Außerdem fordert sie u.a. ein Modellzentrum ähnlich wie in Bremen (was es übrigens vom DGB-Landesfrauen-schluß Baden-Württemberg schon mit langem Gefordert wird) und die Verpflichtung der Krankenhäuser zur Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs.

Diese Aktivitäten zeigen an, daß wieder ein breites Bündnis gegen den § 218 möglich werden könnte. Dies wird allerdings auch stark davon abhängig sein, inwieweit es gelingt, die Spaltung, die damals von der SPD-Regierung mit der Fristenregelung in die Bewegung getragen wurde, aufzuheben und eine gleichberechtigte Zusammenarbeit der unterschiedlichen politischen Strömungen und Organisationen zu erreichen.

AG-Frauen Hamburg in Zusammenarbeit mit einigen



## Regionaltreffen der 218-Gruppen in Baden-Württemberg

Am 17.2. fand in Tübingen ein 2. Regionaltreffen der 218-Gruppen aus der Umgebung statt. Leider waren dieses Mal nur die Beratungsgruppe der Stuttgarter FZ und eine Ludwigsburger Frauengruppe vertreten. Neben dem Austausch unserer Erfahrungen in der Arbeit gegen den § 218 und unseren nicht sehr positiven Erfahrungen mit den „Grünen“ diskutierten wir v.a. über ein gemeinsames Vorgehen im Hinblick auf ein Modellzentrum nach dem Bremer Vorbild und über das § 218-Tribunal. Wichtigste Ergebnisse dieser Diskussion sind:

1. Ende März wird eine(n) Vertreter(in) des Bremer Modellzentrums auf Einladung des Tübinger Aktionsbündnisses gegen den § 218 nach Baden-Württemberg kommen. Die Stuttgarter und Ludwigsburger Frauen überlegen sich, dazu auch in Stuttgart eine Veranstaltung zu machen. In diesem Fall werden wir ein gemeinsames Flugblatt herausgeben.
2. In den verschiedenen Orten sollten alle Institutionen, Vereine, usw., die evtl. als Träger für ein solches Zentrum in Frage kämen, angesprochen und die Ergebnisse ausgetauscht werden.

3. Neben der Forderung nach einem Modellzentrum werden wir uns weiterhin für die Verpflichtung der Krankenhäuser zur Durchführung der Abtreibung und die Genehmigung von ambulanten Abbrüchen einsetzen.

Zum 218-Tribunal

1. Die Arbeit zum Tribunal sollte v.a. in den einzelnen Orten an der Basis geschehen (Flugblätter, örtliche Veranstaltungen usw.), damit das Tribunal keine abgehobene „Prominenz-Veranstaltung“ ohne öffentliche Resonanz wird.
2. Wichtig an der Arbeit für das Tribunal ist für uns eine bessere Koordination der verschiedenen 218-Gruppen, die hoffentlich über das Tribunal hinaus sich weiterentwickeln.
3. An dem Tribunal sollte als Gutachterin unbedingt auch eine Frau aus einer Beratungsgruppe eines Frauenzentrums teilnehmen.

Das nächste Regionaltreffen, zu dem alle 218-Gruppen herzlich eingeladen sind, findet am 20.4. im Frauenzentrum Stuttgart, Kernerstr. 11 Uhr statt.

## Reutlingen: Verweigerung der sozialen Indikation

Im Kreis Krankenhaus Reutlingen weigert sich der Chefarzt der Gynäkologie Dr. Schlüren, den Schwangerschaftsabbruch bei sozialer Notlage durchzuführen. Die ihm unterstellten Gynäkologen passen sich dem Verhalten ihres Chefs an. Auch im Hinterland von Reutlingen, v.a. auf der Alb, gibt es keine Möglichkeit, einen Abbruch aufgrund der sozialen Indikation zu erhalten. Hier gibt es größtenteils die Kreisratsbeschlüsse, die den Kreiskrankenhäusern dies von vornherein verbieten.

Gegen die Zustände im Reutlinger Kreis Krankenhaus (KKH) hatte

sich eine „Initiative § 218“ gebildet, die v.a. von Juso-Frauen und ASF getragen wurde. Durch Flugblattaktionen, Presseartikel, eine Podiumsdiskussion usw. forderten sie, „daß die vom Gesetzgeber geschaffene Notlagenindikation am KKH respektiert und praktiziert wird“. Inzwischen stellte sich aber heraus, daß die freigeordnete Stelle eines Oberarztes ohne Berücksichtigung dieser Forderung mang- und klanglos vergeben wurde. Für die Frauen der Initiative ist nun nicht klar, ob und wie sie nach diesem - zu erwartenden - Frust weiterarbeiten werden.



Diese Broschüre ist das Ergebnis der Zusammenarbeit verschiedener Hamburger Frauengruppen: der BIFF, der Initiative für ein Gesundheitszentrum, der autonomen Beratungsgruppe Komprir, der AFI und der AG § 218 aus der Frauen

Die Idee, unser Wissen in einer Broschüre festzuhalten, entstand, als wir uns zusammensetzten, eigentlich nur mit der Absicht, unsere Kenntnisse und Erfahrungen auszutauschen. Uns fiel hierbei auf, daß jede Frau nur etwas zur Problematik des Schwangerschaftsabbruchs wußte

Wir denken uns, wie mag es denn betroffenen Frauen gehen, die sich mit diesem Thema noch nie beschäftigt haben.

Wieviel Frauen, die in die Situation kommen, abtreiben zu müssen oder zu wollen, sind hierbei hilflos, wissen nicht, an wen sie sich wenden können, sind den Institutionen und Ärzten vollkommen ausgeliefert.

So haben wir uns drangesetzt und einen Zusammenhänger, was Frau unserer Meinung nach weiterhilft. Wir beschreiben den Indikationsweg und ob die Krankenkassen die Kosten übernehmen. Wir haben uns bemüht, so verständlich wie möglich alles über Schwangerschaftszeichen und -tests, Nebenwirkungen, Abbruchmethoden, worauf Frau hinsehen sollte etc. aufzuschreiben. Und wir stellen unsere eigenen Widersprüche zu der sich immer weiter verbreitenden Methode, bei Schwangerschaftsabbrüchen Prostaglandine anzuwenden, dar. Ein Extra-Teil für Hamburg soll Frau helfen, sich zu entscheiden, an welchen Arzt sie sich wendet, wenn sie ambulant abtreiben will oder in welche Klinik sie gehen kann.

Die Broschüre hat 46 Seiten und kostet 2,50 DM. Du bekommst sie in linken Buchläden, bei den Beratungsstellen der Frauengruppen oder bei folgender Kontaktadresse: Gisela Bergholtz, 2 Hamburg 60, Max-Bräuer-Allee 189, Tel.: 43 00 400



# Interview mit einer Frau der Frauenhausgruppe in Darmstadt

Frage: Seit mehr als 3 Jahren besteht Euer Verein „Frauen helfen mißhandelten Frauen“. Solange arbeitet ihr praktisch in Selbsthilfe, also mit privater Unterbringung mißhandelter Frauen. Gleichzeitig kämpft ihr auch um ein Haus, das von der Stadt finanziert wird. Auf der letzten Stadtverordnetenversammlung, am 31.1., sollte ein Beschluß verabschiedet werden, daß Euch ein Haus von der Stadt zur Verfügung gestellt werden soll. Durch die Mehrheit der CDU/FDP-Koalition wurde dies zu Fall gebracht.

Frauenhaus-Gruppe: Ein Finanzierungsplan war die Voraussetzung für diese Magistratsvorlage. Wir sind durch die Stadtverordnetenversammlung vom 24.9.79 dazu gezwungen worden, einen Finanzierungsplan zu erstellen, dies war eine Forderung der FDP. Dieser Plan sollte alle Daten beinhalten, mit denen wir im Frauenhaus rechnen, z.B. Personalkosten, Einrichtungskosten etc. Der Kreis Darmstadt/Dieburg sollte ein Drittel der Finanzierung übernehmen, was vom Kreis zugesagt wurde.

Aufgrund unseres Finanzierungsplans über insgesamt 87.000,- DM wurde vom Leiter des Sozialamtes eine Magistratsvorlage erstellt und vom Magistrat beschlossen. Allerdings wurde auf dieser Magistratsitzung am 16.1.80 eine Bedingung von der FDP gestellt, nämlich daß der Mietvertrag nicht mit der Stadt abgeschlossen werden sollte (wie ursprünglich vorgesehen), sondern mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, in dem wir Mitglied sind (Die Mitgliedschaft in einem „Wert-Öm“ Trägerverband war Bedingung der Stadt an uns).

Damals war uns noch nicht ganz klar, daß dies die eigentliche Falle war, da der Paritätische Wohlfahrtsverband laut Satzung nicht in der Lage ist, anstelle der Stadt mit uns den Vertrag abzuschließen. Dies wußten aber die Fraktionen der Parteien!

Frage: Wie hat sich der Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) zu der Forderung des Magistrats verhalten?

Antwort: Der DPWV hat uns in der Lage ist, anstelle der Stadt mit uns den Vertrag abzuschließen. Dies wußten aber die Fraktionen der Parteien!

Frage: Wie hat sich der Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) zu der Forderung des Magistrats verhalten?

Antwort: Der zuständige des DPWV, Herr Kraus, teilte dem Bürgermeister Seffrin (SPD) schriftlich mit, daß er uns unsere Autonomie belassen will und nicht als Verhandlungspartner zwischen der Stadt und uns, dem Verein „Frauen helfen mißhandelten Frauen“, auftreten möchte und auch laut Satzung dazu nicht befugt sei. Der DPWV ist lediglich ein Mitgliederverein, kein Trägerverband, was auch für uns der Grund war, weshalb wir da eingetreten sind. Auch in anderen Städten beläßt der DPWV den Frauenhausgruppen ihre Autonomie.

Frage: Das bedeutet, daß dem Bürgermeister schon vor der Beschlusfassung im Magistrat bekannt war, daß die Bedingung (Mietvertrag mit dem DPWV) nicht erfüllbar ist?

Antwort: Nicht nur Seffrin, sondern auch den Magistratsmitgliedern, weshalb sie diesen Mietvertrag auch zur Bedingung machten.

Auf der Stadtverordnetenversammlung am 31.1.80 wurde nochmal über den Antrag für ein autonomes Frauenhaus debattiert, wo alle so latein, als wäre die Haltung des DPWV etwas völlig Neues – das war ein trauriges Schauspiel. Vom CDU-Bundestagsabgeordneten Pfeffermann wurde ein neuer Antrag gestellt, nämlich ein Frauenhaus in städtischer Trägerschaft, weil wir – der Verein „Frauen helfen mißhandelten Frauen“ – so waren seine

Worte, kein vertrauenswürdiges Verstehen und keine vertrauenswürdiges Personen seien; außerdem fehlte es uns an genügend fachlicher Kompetenz, wir würden dem Frauenzentrum angehören, in dem auch lesbische Frauen wären. Ihm liege das Wohl der Frauen mehr am Herzen als uns. Uns komme es nur darauf an, unsere radikalfeministischen Ziele zu verwirklichen. Er warf uns noch vor, nicht auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen, weil wir nicht Ehe und Familie schützen würden.

Die Spitze war denn, daß uns Pfeffermanns Angebot, im städtischen Frauenhaus ehrenamtlich mitzuarbeiten

Mit Hilfe der FDP, die durch Äußerungen von Abgeordneten immer mehr Ansehen nach die Forderung des Vereins unterstützte, wurde der Antrag der CDU gegen das autonome Frauenhausprojekt angenommen. Wie wenig ernst es der CDU tatsächlich mit den Problemen geschädigter Frauen ist, machte die Stadtverordnete der Wählergemeinschaft Darmstadt (WGD) deutlich. Sie wollte den CDU-Antrag erweitert haben, um die Forderung von 250.000,- DM jährlich für ein städtisches Frauenhaus. Dies wurde wieder gemeinsam von CDU und FDP abgelehnt, obwohl ein Frauenhaus in städtischer Regie bestimmt soviel kosten würde, im Gegensatz zu unserer Finanzplanung, was ja auch ehemals eines der wichtigsten Argumente von SPD und FDP gegen ein städtisches Frauenhaus war. Unsere Summen sind lächerlich gegen das, was die Stadt benötigt aber das Geld hat ja dabei keine Rolle gespielt.

Frage: Der mehrheitlich gefasste Beschluß der Stadtverordnetenversammlung fordert jetzt ein Frauenhaus in städtischer Regie, auch wurde Euch von Pfeffermann (CDU) frecherweise angeboten, ehrenamtlich im städtischen Frauenhaus mitzuarbeiten.

Antwort: Wir haben Erfahrungen von anderen solchen Frauenhäusern in der BRD, z.B. München, Hannover und Aachen. Dort gibt es feste Haus-

im städtischen Frauenhaus mitzuarbeiten.

Antwort: Wir haben Erfahrungen von anderen solchen Frauenhäusern in der BRD, z.B. München, Hannover und Aachen. Dort gibt es feste Haus-

im städtischen Frauenhaus mitzuarbeiten.



ordnungen, es werden Reglementierungen von der Stadt aufgestellt, die die Frauen einhalten müssen. Verwaltung durch die Akten, Stigmatisierungen („Lebenswandel wird genau festgehalten und ist amtlich verfügbar, kann z.B. in Scheidungsfragen gegen die Frau benutzt werden), worüber die Stadt das absolute Kontrollrecht hat. Wenn die Frauen eine Stigmatisierung erleben, kann von Hilfe zur Selbsthilfe keine Rede mehr sein.

Den Frauen wird jede Mündigkeit abgesprochen, z.B. auch dadurch, daß in städtischen Frauenhäusern aufgrund von § 72 BSHG (Bundessozialhilfegesetz) Taschengeldähnliche Regelungen existieren, d.h., sie können über ihr eigenes Geld nicht mehr verfügen. Sozialarbeiterinnen werden eingesetzt, die die Frauen kontrollieren. Es gibt eine Heimleitung, es müssen Berichte über die Frauen angefertigt werden. Wenn eine Frau kommt, muß die Sozialarbeiterin feststellen, ob sie überhaupt berechtigt ist, ins Frauenhaus zu gehen. Die Aufenthaltszeit im Frauenhaus ist begrenzt. In München werden z.B. die Frauen bei Eintritt ins Frauenhaus gezwungen, sich einer Ehe- und Familienberatung zu unterziehen!

Im Gegensatz zu unseren Vorstellungen haben die Frauen in städtischen Frauenhäusern keine Möglichkeiten, einen neuen Anfang in ihrem Leben zu machen.

Wir warnen uns, in einem städtischen Frauenhaus mitzuarbeiten, weil uns einerseits das Vertrauen und die Qualifikation abgesprochen werden und andererseits weil wir ehrenamtlich mitarbeiten sollen. An diesem Widerspruch wird klar: wir hätten kein Stimmrecht und keine Entscheidungsbefugnis. Wir würden nur ausbeutet werden, wir wären die Deppen der Stadt. Für uns ist das inakzeptabel, außerdem lehnen wir diese oder ähnliche Strategien, weiter mit der Stadt, weiter auf dem Weg durch die Gremien und Parlamente, aufgrund unserer gemachten Erfahrungen ab.

Frage: In Euerem Konzept ist doch

wir diese oder ähnliche Strategien, weiter mit der Stadt, weiter auf dem Weg durch die Gremien und Parlamente, aufgrund unserer gemachten Erfahrungen ab.

Frage: In Euerem Konzept ist doch

ein wichtiger Punkt das Erlernen gegenseitiger Solidarität und Hilfe.

Antwort: In städtischen Frauenhäusern ist es Aufgabe der Sozialarbeiterinnen, z.B. den betroffenen Frauen den Gang zu Ämtern abzunehmen, während wir das so gemacht hätten, daß die Frauen gemeinsam zum Sozialamt gehen. Uns geht es darum, daß sich die Frauen gegenseitig unterstützen und so lernen, sich zu wehren. In autonomen Frauenhäusern hat dies teilweise dazu geführt, daß die Frauen Wohnungsgemeinschaften aus dem Frauenhaus heraus entwickelt haben. Das kann in städtischen Frauenhäusern unmöglich der Fall sein, denn die Konzeption ist eine weitere Reproduktion von Macht- und Herrschaftstrukturen, die einer Emanzipation der Frauen entgegen wirkt.

Frage: Die Ablehnung der Stadtverordnetenversammlung ist in Darmstadt auf recht viel Kritik gestoßen. Worin ist Ihr unterstützt und wie war Ihre Reaktion?

Antwort: Wir haben Pressemitteilung geschrieben, einige erschienen sehr gut, andere sehr mies. In der „Hessenschau“ haben wir Interviews. In einem Offenen Brief an Bürgermeister Seffrin (SPD) haben wir der Stadt unser Mißtrauen ausgesprochen. Das wurde natürlich von keiner Zeitung abgedruckt.

Nachdem für uns klar ist, daß wir im städtischen Frauenhaus nicht mitarbeiten würden, führten wir Strategiediskussionen, die bis jetzt noch nicht abgeschlossen sind. Wir halten es fast für unmöglich, in Darmstadt eine Wohnung oder ein Haus für ein autonomes Frauenhaus anzumieten, denn dies versuchen wir schon seit zwei Jahren. Außerdem sind wir auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Im Moment wissen wir nicht so richtig, was wir machen sollen. Es war für uns in der Gruppe eine ziemlich große Enttäuschung, weil wir doch damit gerechnet haben, daß die Sache durchkommt, zumal wir schon den Schlüssel von dem Frauenhaus hatten und auch schon fünf Frauen darin betreut haben, nur Zeit auch noch eine Frau darin betreuen.

Wir haben sogar schon für 500,- DM von der Stadt Möbel übernom-

men. Das waren alles Punkte, die uns optimistisch stimmten.

Es sah immer so aus, als sei uns die SPD wohlwollender, das stimmte aber nicht. Das sieht man/frau auch in anderen Darmstadt-Projekten, die auch von der SPD kaputt gemacht wurden, z.B. setzte die SPD Polizei gegen Jugendliche im Jugendzentrum Ottlinger Villa ein. In anderen Städten wurden die Frauenhäuser von der SPD unterwandert. ASF-Frauen (Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen) haben die Frauenhauspolitik durch Mehrheiten an sich genommen, wie z.B. in Nürnberg. Unser Fazit: es war ein Fehler, daß wir uns von Versprechungen durch die Stadt haben ködern lassen und nicht früher angefangen haben, offensiv zu werden. Jetzt wäre eigentlich der Punkt für unsere Gruppe, mit der außerparlamentarischen Arbeit zu beginnen, d.h. sich nicht mehr auf die gewählten Volksvertreter einzulassen bzw. sich zu verlassen.

Wir sind unterstützt worden durch Leserbriefe, die allerdings nicht alle abgedruckt wurden. Am 25.2. treffen sich in der WGD (Wählergemeinschaft Darmstadt) Gruppen und Vereine, die ein ähnliches Alternativkonzept haben wie wir, um gemeinsam zu beschließen, was in der Darmstädter Sozialpolitik zu tun ist, weil wir auch ebenso von der Stadtverordnetenversammlung und deren Beschlüssen konkret bedroht fühlen.

Frage: Werdet ihr weiterhin Frauen in Euren Privat-Wohnungen betreuen?

Antwort: Nein, wir lehnen es ab. Es kommen immer wieder Frauen zu uns, aber wir sagen, daß wir keine kostenlose Sozialarbeit machen können. Wir wollen nicht zu einem ehrenamtlichen Sozialarbeiterverein werden, außerdem ist das unheimlich anstrengend. Wir schaffen das nicht mehr. Vor allem widerspricht dies in wesentlichen Punkten den Grundgedanken der Frauenbewegung.

Frage: Haltet ihr es für sinnvoll, ein Haus zu besetzen?

Antwort: Dazu möchte ich öffentlich keine Stellung nehmen.

Hervorheben Sie die für das Interview.

(Das Interview führte eine Darmstädter Genossin)

## Regionales Frauenhaustreffen in Hessen

## Regionales Frauenhaustreffen in Hessen

Am 16. Februar trafen sich zum fünften Male die hessischen Frauenhäuser und Frauenhausgruppen.

Schwerpunkt der Diskussion war vor allem die Situation der Darmstädter Frauenhausgruppe. Die CDU/FDP-Mehrheit im Rathaus hat beschlossen, ein städtisches Frauenhaus einzurichten und bot dem Verein „Frauen helfen mißhandelten Frauen“ – nach dreijähriger Arbeit und Verhandlung – großzügigweise die ehrenamtliche Mitarbeit an. Begleitet war der Parlamentsbeschluss mit einer Diffamierungskampagne gegen den Verein in der Presse in der vor allem auf dem „radikal feministischen“ Ansatz des Darmstädter Vereins herum gehackt und die „fachliche Eignung“ der Vereinsfrauen in Frage gestellt wurde. Eva Ludwig, eine CDU-Stadtverordnete, erklärte, wenn eine Gruppe öffentliche Mittel in Anspruch

nimmt, „so sei es Recht und Pflicht der gewählten Vertreter der Bürgerschaft zu prüfen, ob die zweckdienliche und verfassungskonforme Verwendung dieser Steuergelder gewährleistet sei.“ (FAZ, 7.2.80)

Die Frauen aus dem Frankfurter Frauenhaus des Vereins „Frauen helfen Frauen“ berichteten über die immer noch nicht gesicherte Finanzierung der Stellen zur Kinderbetreuung und der Sozialpädagoginnen im Frauenhaus.

Aus Gießen wurde über die sich

endlos hinziehenden Verhandlungen um ein Haus berichtet, zwar gibt es in Gießen eine Beratungsstelle (die Räume werden vom Land finanziert) und eine ABM-Stelle für die Beratung der ratsuchenden Frauen können allerdings nicht untergebracht werden.

Kassel hat das einzige Frauenhaus in der Bundesrepublik, dem noch kein Pflanz für Personalkosten zur Verfügung gestellt wurde, über 300 ehrenamtliche Arbeitsstunden werden im Kasseler Frauenhaus wöchentlich geleistet, im Haus wohnen durchschn. 20 Frauen und 20 Kinder.

Die Initiativen aus Offenbach und Wiesbaden stehen ziemlich am Anfang ihrer Arbeit und der Verhandlungen mit der Stadt und bekommen das kalte Grausen ob der Berichte um die Schwierigkeiten aus den anderen hessischen Frauenhausgruppen.

Es wurde vereinbart, ein gemeinsames Info über den Stand der hessischen Frauenhausgruppen und die Erfahrungen über Verhandlungen mit der Stadt und den Parteien zu erstellen. Nach Diskussion in den einzelnen Gruppen steht eine gemeinsame Aktion in Darmstadt zur Debatte.

Desweiteren ging es darum, gemeinsame Forderungen an die Landesregierung zu diskutieren und die weitere Zusammenarbeit zu konkretisieren.

Eine Genossin aus Kassel

## Leserbrief zum Artikel

## »Sexuelle Belästigung durch ausländische Männer« (AK 171, S. 13)

Ihrer AK, ich möchte zu diesem Artikel folgen. Das sage ich selbst kein blonder Genosse bin, im Gegenteil, sogar recht orientalisch, für manche exotisch wirkte (da ich Mischling bin), ist mir das Problem von der anderen Seite zu gut bekannt. D.h. heute bin ich beinahe so weit, daß ich mich nicht mehr traue einer deutschen Frau, die sich in einer Notlage befindet, beihilft zu sein, denn zu oft wurde ich mit „blöder Kackass“ angesprochen, sei es beim Versuch, jemandem zu helfen, der mit Kinderwagen usw.

verzweifelt versucht, die Treppen einer U-Bahn-Station zu erklimmen, oder in anderen häufigen alltäglichen Situationen, wo man/frau eine helfende Hand gebraucht hatte, aber von den anderen Passanten nicht erhalten hat.

Und was Rassismus angeht, kann ich nur sagen, daß der in der BRD noch nie aufgehört hat zu nagen, denn ich selber habe ihn in meinen 34 Jahren, die ich alt bin, recht oft genug zu spüren gekriegt, nicht nur psychisch.

Auf der anderen Seite mußte ich

bemerken, daß Typen wie ich als Ausländer oft als recht exotische Tiere betrachtet und behandelt werden, d.h. leider wird bei uns zu oft ein Abenteuer gesucht, und dann je nach Lust und Laune landen wir auf dem Müll. Denn bei den Portionen von Vorurteilen, die vorhanden sind, taugen wir natürlich nicht zu einer festen Beziehung, man/frau muß ja schließlich auf Freunde und Bekannte Rücksicht nehmen!

Wie wäre es denn mal, nach so vielen Bls und sonstigen Initiativen, wenn man/frau sich überlegen würde,

wie man/frau den „Ausländern“ und „sonstigen“ Subjekten sagen kann, wie es damit steht, mit dem Problem, das doch beide Seiten irgendwie bedrückt. Denn auch auf der anderen Seite gibt es Kräfte, die nicht weiter mitansetzen wollen, was sich da abspielt. Wie sollen wir denn von internationalen Verständnis, ja Kampf reden, wenn wir bei diesen Dingen nur auf Schwierigkeiten stoßen. Nicht zuletzt möchte ich darauf hinweisen, aus welchen Umständen und mit welchen Ansichten die Ausländer nach Deutschland kommen

und was sie von nach Hause zu rückgekehrten über Deutschland und auch z.T. über deutsche Mädchen zu hören kriegen.

Mein Rat gegen „die Plage“ das doch öffentlich zu benennen, wenn es geht aber nicht mit „Ausländer raus“ oder „Schwanz ab“, denn dies wäre nicht der richtige Weg.

Ciao und Freiheit + Glück Andre



## Leserbrief:

### Vergewaltigung - eine alltägliche Unterdrückung für Frauen

Der AK-Artikel über Vergewaltigung (AK 171) war für mich ein Auslöser, auch nochmal über die Vergewaltigungsversuche nachzudenken, die ich selbst erlebt habe.

Ich bin jetzt 26 Jahre alt und mir ist es, wenn ich mich recht erinnere, 3 mal passiert, daß Männer versucht, mich mit grober Gewalt zu vergewaltigen. Die Male, wo ich mit Männern geschlafen habe, weil sie es wollten, lasse ich mal weg. Wenn ich heute schreie, „wenn ich mich nicht erinnern“, dann liegt es daran, daß ich alles getan habe, um die Vorfälle zu vergessen oder zu verdrängen. Der einzige Schluß, den ich bisher gezogen hatte, war, die Schuld in meinem eigenen Verhalten zu suchen. Nach dem Motto „Wie konnte ich nur in solche Situationen kommen?“

Ich bin allein mit meiner Mutter aufgewachsen. Das erste Erlebnis, das ich in schrecklicher Erinnerung habe, spielte sich auf einer Autofahrt ab, wo ein wildfremder Mann seine Hand öffnete. Ich hatte vorher - glaube ich - noch keinen nackten Mann gesehen. Ich traute mich auch nie, mit jemandem darüber zu sprechen.

Als ich das zweite Mal in eine ziemlich ausweglose Situation geriet, war ich 15.

Ich war in den Schulferien als Kinderbetreuerin in einer fremden Stadt. Ich wartete auf die Straßenbahn und mir bot ein Mann an, mich nach Hause zu bringen. Statt mich nach Hause zu fahren, fuhr er in einen Wald. Ich konnte mich überhaupt nicht aus und wußte überhaupt nicht, wie ich entkommen sollte. Später gelang es mir, aus dem Auto zu springen und wegzulaufen.

Das dritte Erlebnis spielte sich zu Hause bei uns ab. Ich war ungefähr 17 Jahre. Ich hatte mit einigen Männern ziemlich viel getrunken und der letzte, der noch blieb, versuchte mich zu vergewaltigen. Er war unheimlich stark und verwüstete unsere halbe Wohnung. Es gelang mir zwar, zu entkommen und mich im Schuppen einzuschließen, aber ich hatte wahnwitzige Angst, wieder raus zu kommen.

Das letzte Ereignis spielte sich erst im letzten Jahr ab. Ein ausländischer Nachbar, mit dem ich bisher immer freundlich von Balkon zu

Balkon geplaudert hatte, drängte sich, nachdem er mit „hilfsbereit“ gemalten Sperrmüll die Treppe hinauftrug, gewaltsam in meine Wohnung.

Ich kann zwar sagen, daß ich es jedesmal geschafft habe, irgendwie abzuhaufen, aber trotzdem hatte ich in allen Fällen - vor allem hinterher - das Gefühl der totalen Hilflosigkeit und Wehrlosigkeit. Nach dem letzten Vorfall hatte ich die erste Woche ziemlich Angst, in meine Wohnung zu ziehen und ich überlegte auch, ob ich nicht ausziehen sollte, um nicht wieder mit dem Mann in Berührung zu kommen. Die Überlegung, ob ich den Mann anzeigen sollte, verwarf ich für mich selbst sehr schnell, denn ich wollte ihn, Ausländer, Familienvater von zwei reizenden Kindern, nicht in Verlegenheit bringen. Und außerdem: welche Beweise hätte ich auch gehabt?

Den letzten Vorfall erzählte ich immerhin einigen Menschen. Es handelte sich aber auch von mir aus mehr um zufällige Erzählungen. Außerdem, der Zufall wollte es ebenfalls, waren es fast alle Männer (so gar keine), die recht eigenartig reagierten.

Der eine sagte: „Na ja, ich kann verstehen, daß Du einen unheimlichen Reiz auf Männer ausübst“. Der andere erzählte, daß es ihm auch schon mal passiert ist, daß eine Frau nicht aus seiner Wohnung rausgegangen ist. Andere äußerten sich zwar verständnisvoll, aber niemand stellte eigentlich die Frage: Was willst Du dagegen machen, oder hast Du mal überlegt, den Mann anzuzeigen? Ich und auch die anderen betrachteten die Geschichte wohl mehr als Kavaliersdelikt.

Als ich nun den Artikel im AK 171 las, mußte ich feststellen, daß ich mich ähnlich wie die anderen beschriebenen Frauen verhalten hatte.

Ich hatte die Sachen vertuscht und hatte im letzten Fall auch noch Verständnis für den Vergewaltiger aufgebracht. Eine andere Folge stellt sich auch an mir fest, daß ich nämlich seit längerer Zeit kein Interesse an Geschlechtsverkehr mit Männern habe und auch wahnwitzig empfindlich auf irgendwelche Gewaltanwendung reagiere.

Daß ich meine Erfahrungen jetzt

trozt dem berichte, hat 2 Gründe  
1. Gefällt mir mein Verhalten - mich meiner Unterdrückung zu ergeben - nicht, und ich möchte auch versuchen, mit anderen Opfern des Kampfs gegen Vergewaltigung aufzunehmen

2. Ist es mir aufgefallen, daß diese Vorfälle mein Leben doch ziemlich beeinflussen hatten, ohne daß mir dies bis jetzt so klar geworden ist

Bisher zog ich aus all diesen schrecklichen Erfahrungen den Schluß, daß es ja wohl an mir liegen müsse, wenn mir „so etwas“ passiert. Daß „so etwas“ allen Frauen jederzeit - unabhängig von ihrem eigenen Verhalten - passieren kann, daran hatte ich bisher nicht gedacht. Nach dem Motto: Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied, versuchte ich bisher, Vorkehrungen zu treffen. Ich kleidete mich erst mal in Sack und Asche, um nicht jemanden durch mein Aussehen auf mich aufmerksam zu machen, wurde „Antialkoholikerin“, machte mir noch „La Politik“ und wurde insgesamt zu Moralistin. Zuletzt führte ich dann ein Leben, das mir natürlich auch nicht mehr gefiel.

Ich habe dies zwar in den letzten Jahren geändert, habe mir wieder schöne Sachen angezogen, wieder Alkohol getrunken und alles nicht mehr so verbissen gesehen. Es scheint mir aber so, als ob sich dadurch die Gefahr, in „brenzlige Situationen“ zu kommen, wieder vergrößert hat.

Für mich ist das Ganze privat erst mal ein Problem. Entweder ich vermeide jeglichen Kontakt zu Männern oder ich führe einen ständigen Kampf gegen die sexuellen Interessen der Männer, die nicht meine Interessen sind.

Im politischen Kampf der Frauen ist der erste Schritt meiner Ansicht nach, daß mehr Frauen an die Öffentlichkeit gehen. Dadurch wird vielleicht das ganze Ausmaß und die Alltäglichkeit des Problems mehr Frauen bewußt.

Ich möchte deshalb auch anderen Frauen raten, ihre Erfahrungen öffentlich zu machen, weil dies auch eine Voraussetzung ist, sich gemeinsam zu wehren.



### Skandal an der Freiburger Uni-Klinik Chefarzt näht Frauen die Scheide zu!

Nun stell Dir mal vor, Du bist 50 Jahre alt, verheiratet, wohnst in Freiburg und mußt Dir Deine Gebärmutter herausoperieren lassen. Vertrauensvoll wendest Du Dich an die Ärzte der Freiburger Frauenklinik.

Nach der Operation stellt Du fest, daß du nicht mehr mit einem Mann schlafen kannst. Vielleicht denkst Du, es liegt an Dir oder Deinem Freund. Du wädest aber doch bestimmt nie auf die Idee kommen, daß Deine Scheide zugenäht wurde, weil Du 50 bist, keinen Mann und damit keine sexuellen Bedürfnisse mehr haben darfst (jedenfalls nach der Meinung der Ärzte). Du wirst natürlich auch niemals erfahren, was im Operationssaal über Dich geredet wurde, es sei denn, es kommt an die Öffentlichkeit, so wie in Freiburg durch die Bunte Lunte geschehen.

Ein Student, der im Rahmen eines Praktikums an einer solchen Operation teilnahm, berichtet:

„Etwa 12 Studenten beobachteten eine Hysterektomie (operative Entfernung der Gebärmutter). Bevor der Operateur die Wunden zunähte, fragte er den Assistenzarzt, ob die etwa 50-jährige Patientin Witwe sei oder nicht. Während dieser in der Krankengeschichte nachschaute, wollte er von den Studenten wissen, warum er jetzt diese Frage gestellt hätte. Keiner wußte so richtig zu antworten, worauf er erklärte, daß bei Witwen die Scheide zugenäht werde, während bei

verheirateten Frauen die Scheide zur Ausübung der ehelichen Pflichten erhalten bleiben müsse. Auf die Frage eines Studenten, warum er davon ausgehe, daß Witwen keinen Geschlechtsverkehr ausüben, meinte er, das würde schon immer so gemacht und sei in diesem Hause so üblich.“

Derartige Dinge geschehen unter der Oberaufsicht des an der Uni-Klinik herrschenden Professors Hillemanns, der den Frauen schon länger bekannt ist, u.a. wegen seiner Überaus frauenfeindlichen Anwendung des § 218. So wird z.B. die soziale Indikation an dieser Klinik überhaupt nicht anerkannt, nur mit einem zusätzlichen psychiatrischen Gutachten kann die Frau evtl. einen Schwangerschaftsabbruch bekommen.

Eine Genoms aus Freiburg

**Nachbemerkung:**  
Nach mehreren Diskussionen habe ich festgestellt, daß derartige Praktiken im Zusammenhang mit Gebärmutteroperationen in linken Medizinerkreisen umstritten sind. M.E. wäre es eine dringende Aufgabe des alternativen Gesundheitswesens in Westberlin, diese Frage zu klären. Das ändert allerdings nichts daran, daß in Freiburg absolut frauenfeindlich gehandelt wird, zumal niemand danach fragt, was die betroffenen Frauen dazu meinen.



## Frauen-Kurzmeldungen

### Frauen - aufgepaßt vor LENOTANI

Nach Duogynon und Contergan wurde jetzt ein weiteres Arzneimittel bekannt, das Mißbildungen verursacht: LENOTANI, hergestellt von der Firma Merrell in der BRD bzw. Richardson-Merrell in den USA. Die Herstellerfirma vertritt bezeichnenderweise u.a. in Kanada auch das Mittel „Contergan“!

Dieser Skandal kam durch ein Ehepaar ins Rollen, dessen Sohn mit einem mißgebildeten Arm und eingedrückter Brust zur Welt kam, nachdem die Frau das Mittel Bendectin (entspricht Lenotan in der BRD) gegen Schwangerschaftsbrechen eingenommen hatte. Sie hat jetzt den Hersteller auf 17 Millionen DM Schadensersatz verklagt.

Die Kläger stützen sich auf eine Untersuchung eines früheren Mitarbeiters von Richardson-Merrell, der das Mittel 1963 an schwangeren Kanarienvögeln erprobt und bei ihren Nachkommen Mißbildungen feststellte. Dieses Bericht hat die Firma der amerikanischen Arzneimittelbehörde FDA („Food and Drug Administration“) kurzweg unterschlagen, da sie mit einem Verbot des Mittels rechnen mußte! So einfach ist das!

Auch in England - dort heißt das Mittel Debendox - machen zahlreiche Frauen das Mittel für ihre mißgebildeten zur Welt gekommenen Kinder verantwortlich. Dem englischen Gesundheitsministerium sind seit 1963 insgesamt 102 Fälle von Geburtschäden bei Kindern gemeldet worden, die auf die Einnahme von Debendox zurückzuführen sind. Unternehmen

hat das englische Gesundheitsministerium allerdings nichts!

Und dem Bundesgesundheitsamt in der BRD ist über Lenotan angeblich nichts Nichtiges bekannt. Statt aber konkret einzugreifen und weitere Frauen und Kinder vor Mißbildungen zu schützen, will man in diesem Amt erst den Prozeß in den USA verfolgen!

Lapidarer Kommentar eines Merrell-Sprechers in der BRD: „Es besteht unserer Meinung nach kein Risiko. Das Medikament ist seit 23 Jahren erprobt“. Das kennt Frau ja schon zur Genüge! Wie viele Frauen werden sich nun seit 23 Jahren fragen, warum wohl ihr Kind mißgebildet auf die Welt kam? (nach „Welt“, 13.2.80 und „Bild“, 13.2.80)



### Geburt Alternativ

Am 26. April findet im Feministischen Frauengesundheitszentrum Frankfurt ein Treffen für alle Frauen statt, die sich mit alternativen Geburtspraktiken (Hausgeburten, ambulante Entbindung, Geburtsvorbereitung und Schwangerschaftsgymnastik beschäftigen). Die Frauen denken dabei insbesondere auch an Hebammen, Gynäkologinnen, Gymnastiklehrerinnen usw. Das Treffen findet statt in Frankfurt, Hamburger Allee 45, Tel. 79 12 18

(aus „Frankfurter Frauenblatt“, 2.8.80)

### Pillen genommen - Leberkaputt?

Münchner Leberpezialisten berichten über seltene Begleiterscheinungen, die eine Frau nach längerer Pilleneinnahme bekommen kann. Typisch an dem Artikel ist mal wieder dreierlei: erstens werden die gefährlichsten Nebenwirkungen der Hormonpräparate beschrieben, zweitens wird dann gesagt, diese Nebenwirkungen wären an a u t o p a t i s c h e n Frauen kaum beobachtet worden. Außerdem würden sich die Leberschäden nach Absetzen der Präparate sofort zurückbilden.

Und drittens ist typisch an der Berichterstattung, daß die Leberschäden, die an den Frauen in den letzten Jahren beobachtet worden sind, allein auf die Pille zurückgeführt werden und nicht nach anderen Ursachen gesucht wird. Schließlich ist die Leber unser Entgiftungsorgan und da hat sie heutzutage allerhand zu tun.

(„SZ“, 8.2.80)



### Bremen: Frauen besetzten Sozialamt.

In Bremen besetzten 30 Frauen vom Frauenhaus Bremen die Abteilung Wohnungs-„hilfe“ des Sozialamtes. Sie forderten die sofortige Vermittlung einer Wohnung für eine Frau mit sechs Kindern, die seit über einem Jahr im Frauenhaus wohnt. Diese Aktion hatte Erfolg: die Familie bekommt eine Vierzimmerwohnung.

(nach „TAZ“ 14.2.80)

## »Wir Frauen stiften für den Frieden an!«

Anfang Februar 1980 beschlossen drei Journalistinnen im Kopenhagener Frauenzentrum, eine Initiative „Frauen für den Frieden“ zu starten, Unterschriften zu sammeln und im Mai dem Vereinten Nationen vorzulegen. In Dänemark gingen bereits nach zwei Tagen die ersten zehntausend Vordrucke für die Internationalsammlung aus. Die größte Zeitung Dänemarks, „Ekspressen“, bringt täglich kostenlos den Aufruf. Unterschriften können nur Frauen, denn die Kampagne soll den Frauen vorbehalten bleiben (nach „TAZ“ vom 20.2.).

Außer der dänischen Frauen **FRAUEN FÜR FRIEDEN** „Jetzt muß das aufhören! Wir sind verzweifelt über die Entwicklung. Mehr und mehr verstehen wir jetzt, daß Frauen in der ganzen Welt Angst haben und sich fragen: Haben unsere Kinder eine Zukunft? Wir werden zusammen mit Frauen in der

ganzen Welt unsere Ohnmacht zur Macht wenden. Wir werden den Machtkampf zwischen den Großmächten nicht mehr still akzeptieren. Alle Aggressionshandlungen müssen sofort aufhören. Abrüstungsverhandlungen müssen sofort wieder aufgenommen werden, die sofort Resultate bringen müssen. Wir fordern Abrüstung für einen dauernden Weltfrieden. Wir fordern, daß die Militären, die jetzt für Waffen ausgegeben werden, für Nahrungsmittel ausgegeben werden. Nein zum Krieg!“

In Dänemark haben inzwischen bereits mehr als 100.000 Frauen unterschrieben. In Berlin hat sich eine Gruppe Frauen zusammengetan, die Kontakt und Koordinationsstelle für Frauen sein will. Für Frauen, die sich miteinander verständigen und gegen den Krieg wehren wollen. Hier der Aufruf der deutschen Frauen (aus „TAZ“ vom 27.2.)

### Anstiftung der Frauen zum Frieden

Mit dem Aufruf zum 1. März 1980 werden wir alle aufgerufen, an der Aktion teilzunehmen. Wir werden uns an der Aktion beteiligen und unsere Stimmen erheben. Wir werden uns an der Aktion beteiligen und unsere Stimmen erheben. Wir werden uns an der Aktion beteiligen und unsere Stimmen erheben.

Wir werden uns an der Aktion beteiligen und unsere Stimmen erheben. Wir werden uns an der Aktion beteiligen und unsere Stimmen erheben. Wir werden uns an der Aktion beteiligen und unsere Stimmen erheben.

Wir werden uns an der Aktion beteiligen und unsere Stimmen erheben. Wir werden uns an der Aktion beteiligen und unsere Stimmen erheben. Wir werden uns an der Aktion beteiligen und unsere Stimmen erheben.

Wir werden uns an der Aktion beteiligen und unsere Stimmen erheben. Wir werden uns an der Aktion beteiligen und unsere Stimmen erheben. Wir werden uns an der Aktion beteiligen und unsere Stimmen erheben.

Wir werden uns an der Aktion beteiligen und unsere Stimmen erheben. Wir werden uns an der Aktion beteiligen und unsere Stimmen erheben. Wir werden uns an der Aktion beteiligen und unsere Stimmen erheben.

Wir werden uns an der Aktion beteiligen und unsere Stimmen erheben. Wir werden uns an der Aktion beteiligen und unsere Stimmen erheben. Wir werden uns an der Aktion beteiligen und unsere Stimmen erheben.

Wir werden uns an der Aktion beteiligen und unsere Stimmen erheben. Wir werden uns an der Aktion beteiligen und unsere Stimmen erheben. Wir werden uns an der Aktion beteiligen und unsere Stimmen erheben.



# CDU Hessen-Süd: Kreuzzug zur Rettung der Familie

Frau weiß es schon lange: Für die CDU ist „die Familie der gottgewollte Baustein unserer Gesellschaft“, in ihrem Zustand könne der Zustand unserer Gesellschaft gemessen werden. So „Frauenexpertin“ Helga Wex, CDU-Bundestagsabgeordnete („FAZ“, 23.1.80).

Im Kampf um die Wiederherstellung der „Grundwerte unserer Gesellschaft“ (Arbeit, Familie, Vaterland?) profiliert sich zunehmend die südhessische CDU.

Insbesondere Frauenhäuser und Frauenhausinitiativen sowie Pro-Familia-Stellen und ihr dabei ein Dorn im Auge.

„Familie, Jugend und Schule“ - diese drei Themen hat sich die CDU für den Kommunalwahlkampf in Hessen 1981 als Aufgabenfelder gesetzt. Unter dem Namen „Aktion Leben“ werden auf dem Lande in Zusammenarbeit mit reaktionären Kirchenfunktionen CDU-Propaganda-Gruppen aufgebaut. Sie sollen mit Anzeigen und Ähnlichem für die Lust zur Familiengründung und die Abscheu vor Abtreibungen werben.

## Ist die CDU Hessen-Süd unterwandert?

Allgemein bekannt ist, daß der hessische CDU-Chef Dregger ein Straußentum ist. Was weniger bekannt sein dürfte, ist, daß der Main-Kinzig-Kreis der CDU offiziell bis 1978 geschlossen Mitglied im VDA („Verein für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland e.V.“) war, der der CDU/CSU-Rechten nahesteht. Und wie wir später sehen werden, nimmt gerade dieser Kreisverband eine führende Rolle in der Kampagne der CDU ein.

Auch im Frankfurter Magistrat sitzt ein VDA-Mitglied, der CDU-Schul- und Jugenddezernent Mihm, der zudem Mitglied im rechtsextremen „Witiko-Bund“ ist.

Der VDA wurde 1908 gegründet, 1937 der NSDAP eingegliedert. Der VDA hat heute 9000 Mitglieder. Er läßt Artikel in der rechtsradikalen Zeitschrift „Nation Europa“ schreiben, bekennt sich zur Rassentrennung in Südafrika und betreibt gemeinsam mit dem „Witiko-Bund“ Schüleraustausch v.a. mit dem faschistischen Chile.

Der stellvertretende Landesvorsitzende des VDA Hessen ist Hans Wisenbach, CDU-MdB, Ex-Freiwilliger der „Leibstandarte Adolf Hitler“ in der „Waffen-SS“, heute Mitglied der HfAG („Traditionsverband“ der SS). Auf allen Ebenen des VDA trifft man auf CDUler (siehe auch AK 14) und 144).

## VDA/CDU-Mitglied Schönfelder contra Pro Familia Hanau

Die Pro-Familia-Stelle in Hanau existiert seit 1973. Heute steht sie vor dem finanziellen Ruin.

Italien wurde die Stelle mit freiwilligen Zuschüssen aus Hanau, Main- und Langeland finanziert, zusätzlich auch über das Land Hessen. Jetzt, wo die Förderungsrichtlinien der Länder geändert worden sind, ist die weitere Finanzierung ungewiß.

100.000 DM an jährlichen Zuschüssen wären notwendig für die Arbeit der Beratungsstelle, deren Einzugsbereich weit über den Main-Kinzig-Kreis hinaus reicht, von der Wetterau bis nach Franken. Nach der „Reform“ des § 218 verliert sich die Arbeit der drei Mitarbeiterinnen. Bisher aus Nürnberg (aufgrund

der bayerischen § 218-Situation) reisten tausende Frauen an.

Als im Juli vergangenen Jahres erstmals Gelder für „Pro Familia“ gelockert wurden, erklärte zunächst die CDU-Abgeordnete Ingrid Piltmann im Namen ihrer Fraktion, diese Beratungsstelle passe „überhaupt nicht ins familienpolitische Konzept der CDU“ („FR“, 7.7.79). Im Oktober verweigerte die CDU-Fraktion den Zuschuß - allen voran

der erste Kreisbeigeordnete Dr. Schönfelder (CDU VDA).

Begründung: „Pro Familia habe mit den sie stützenden Organisationen einen Troß um sich versammelt, der zu höchsten verfassungswidrlichen Bedenken Anlaß gibt“ („FR“, 1.11.79). Pro Familia betreibe „eine planmäßige Sexualisierung unserer Kinder“, sie sei „familienfeindlich“ und richte „auf Dauer Familien und Staat zugrunde“ (ebenda).

Ein weiterer CDU-Kreisbeigeordneter, D. Hüning, meinte in der gleichen Debatte: „Die ganze fatale Emanzipationsbewegung“ habe „Wert und Würde der Familie gemindert“ (ebenda).

Auf den Protest von 5000 Frauen, die in einer Unterschriftensammlung bei den Besatzungen der Landeuregierung juristisch prüfen lassen wollten, wie Frau sich gegen derartige Diffamierungen mittels des Kreislandrats schützen könne, reagierte Schönfelder mit einem „Offenen Brief“.

Dort erklärte er, die Haltung der Frauen und von Pro Familia „demonstriert die verfassungswidrigen Besitzungen meiner Kritiker aus der feministischen Linkskurve“.

„Ich füge hinzu, es muß schon unverföhren genannt werden, daß feministische Flagellanten (wörtliche Übersetzung: Peitscherinnen!) für ihre unverschämte verfassungswidrigen Bestrebungen noch öffentliche Gelder beanspruchen.“ Die Haltung der Pro Familia sei ein „frontaler Angriff gegen das Recht auf Leben“. Es seien „hier lebensfeindliche, an den Faschismus erinnernde Tendenzen sichtbar“ („FAZ“, 8.11.79).

Der gleiche Schönfelder macht nicht nur in Sachen Frauen von sich reden. Als die SPD-Fraktion des Kreisparlamentes sich für die Verwendung einer VVN-Dokumentationsbrochüre im Schulunterricht engagierte, bezeichnete er diese Dokumentation über KZs als „dunkelrote Gifttruppe“ und forderte den Rauswurf des SPD-Fraktionsvorsitzenden Eyerkauf: Der „habe im Kreistag nichts mehr zu suchen“ („die Zeit“, 7.2.80).

In Hanau gibt es mittlerweile einen Verein „Frauen helfen Frauen“, der ein Haus nicht „Frau darf ge-

spannt auf die nächsten Einfälle von Schönfelder sein.

## CDU in Darmstadt steht dem nicht nach

Am 1.2.80 wurde mit 37 gegen 29 Stimmen in der Darmstädter Stadtversammlung die Anerkennung des Vereins „Frauen helfen Frauen“ als städtischer Vertragspartner abgelehnt.

Begründung der CDU: Aus anderen Städten gebe es „schlechte Erfahrungen mit derartigen Frauenvereinen“.

CDU-Stadtvorordnete Pfefferman erklärte, die Frauen des Vereins seien ihm „nicht sympathisch“, die CDU habe im übrigen „kein Vertrauen in Organisationen dieser Art“. Fraktionsvorsitzender Heinz Lauterbach äußerte „Zweifel“ über die „zweckmäßige Verwendung der Zuschüsse“.

Überhaupt, so Pfefferman, sei unklar, ob „diese Damen“ um ihrer selbst und ihrer eigenen Zielsetzung willen tätig geworden seien oder um der ruhmstacheligen Frauen willen („FAZ“, 2.2.80).

CDU-Stadtvorordnete Eva Ludwig fügte auf einer anderen Stadtverordnetenversammlung weitere „Argumente“ hinzu: Erstens bestünde in dem Verein ein „radikalfeministischer Ansatz“. Die Frauen aus dem Verein würden die Frau immer als „Opfer männlicher Unterdrückung“ sehen und arbeiteten auf „die Befreiung der Frau aus dieser Abhängigkeit und speziell aus der Ehe“ hin („FAZ“, 7.2.80).

Damit werde der im Grundgesetz verankerte „Schutz der Ehe und der Familie“ in Frage gestellt. Diese „einseitige Betrachtungsweise“ verkenne außerdem, daß Ehekrisen immer im Hinblick „auf beide Partner“ betrachtet werden sollten.

Schließlich: „Wenn eine Gruppe ihre eigenen Vorstellungen und Ziele verwirklichen will und sich dabei von niemandem hineinreden lassen möchte, so ist das ihr gutes Recht in einem freien Staat. Wenn diese Gruppe allerdings für ihr Vorhaben öffentliche Mittel in Anspruch nimmt, so ist es Recht und Pflicht der gewählten Bürgervertreter zu prüfen, ob die zweckdienliche und verfassungskonforme Verwendung dieser Steuergelder ge-

währleistet ist“ („FAZ“, 7.2.80). Im übrigen zweifle man auch an der „Fachkompetenz“ des Vereins.

FDP und CDU, die in Darmstadt gemeinsam regieren, stimmten schließlich für ein Frauenhaus in städtischer Regie, wo die Betreuung durch hauptamtliche Mitarbeiter der Stadt gewährleistet werden soll. Kein Wunder, daß sich die 37 Frauen des Vereins „Frauen helfen Frauen“ betrogen fühlen.

Seit drei Jahren bemühen sie sich um die Anmietung eines geeigneten Hauses.

Auf Anraten der Behörden gründete sie einen Verein, um den rechtlichen Anforderungen Genüge zu tun.

Dann verlangte die Stadt, sie sollten sich dem „Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverein“ anschließen.

Verprochen wurde danach, das inzwischen gefundene Haus würde ihnen zur Verfügung stehen.

Das Sozialamt stellte 62.000 DM Zuschüsse in Aussicht.

Jetzt wurde, nach der Entscheidung der Stadtverordneten, ihnen eine ehrenamtliche Mitarbeit im städtischen Frauenhaus angeboten.

Die Frauen haben dieses „großzügige Angebot“ abgelehnt („TAZ“, 14.2.80).

## Und in Frankfurt?

Die Situation des Frankfurter Frauenhauses war schon öfter Gegenstand von AK-Artikeln. Daran sei hier nur knapp erinnert.

Seit zwei Jahren kämpft der Verein „Frauen helfen Frauen“ um Zuschüsse. Dem gegenüber stehen z.B. geplante 200 Millionen DM für die Bundesgartenschau.

Auch hier hat die CDU ihre Finger im Spiel: Im April 1978 wurde das erste Frankfurter Frauenhaus in Betrieb genommen. Seit seinem Bestehen war es Zufluchtsort für rund 150 Frauen und 270 Kinder. Heute leben dort 15 Frauen und 20 Kinder bzw. Jugendliche. Am 1.11.78 wurden drei ausgebildete Psychologinnen bzw. Pädagoginnen eingestellt, die über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vom Arbeitsamt bezahlt wurden. Diese ABM ist bereits am 31.10.79 abgelaufen.

Seit jetzt fast einem halben Jahr kämpft das Frauenhaus in der Frage der Kinderbetreuung mit der Stadt Frankfurt. Der CDU-Dezernent für Soziales, Jugend und Wohnungswesen, Karl Tragesor, hat dem Frauenhaus „angeboten“, nur noch eine Stelle für eine Sozialarbeiterin zu zahlen, ansonsten sollen die Kinder auf Horte und Kindergärten verteilt werden. 60.000 DM jährliche Zuschüsse könne das Frauenhaus bekommen, wenn „der Verein seine Vermögensverhältnisse offenlegt und jeden Monat meldet, welche Frauen und welche Kinder dort leben.“

Das haben die Frauen strikt abgelehnt. „Es geht uns darum, drei qualifizierte Mitarbeiterinnen beschäftigen zu können, weil nur dann die sehr schwierige Arbeit in dem erforderlichen Umfang geleistet werden kann. Wir betrachten die Arbeit mit den Kindern als integralen Bestandteil der gesamten Frauenhausarbeit, und ein Haus für mißhandelte Frauen ist immer auch ein Haus für mißhandelte Kinder“ („TAZ“, 14.12.79).

Das Ganze stützt sich auf ein Urteil des Frankfurter Familiengerichtes Friedrich (ebenfalls CDU ...): Das Frauenhaus sei kein geeigneter Aufenthaltsort für Kinder. Darum sprach er das Sorgerecht für zwei Kinder, die neun Monate im Frauenhaus gelebt hatten, dem Vater zu - in Abwesenheit der kranken Mutter („FR“, 16.8.79).

Am 22.1.80 scheiterte ein erneuter Antrag der SPD auf Förderung mit 150.000 DM jährlich. Tragesor begründete seine Ablehnung und die seiner CDU-Fraktion damit, das Frauenhaus würde Frauen „aus dem ganzen Bundesgebiet“ aufnehmen. Damit würden der Stadt Frankfurt „Lasten aufgebürdet“, die eigentlich auch „andere Gemeinden mitzutragen“ hätten („FAZ“, 23.1.80).

## „Aktion Leben“

Im Frühjahr letzten Jahres wurde im Kreis Limburg-Weilburg eine „Aktion Leben“ aus der Taufe gehoben. Gründer war der Landrat Georg Wuermeling. Dreimal darf Frau raten, welcher Partei dieser Wuermeling angehört. Die „Aktion Leben“ wird obendrein vom Landkreis sowie von katholischer und evangelischer Kirche getragen.

Am 17.11.79, auf dem Programm-

Am 17.11.79, auf dem Programm-

Einige Monate später präzisierte sich das Vorhaben: Am 1.2.80 gab Koch die Gründung einer „Aktion Leben“ im Main-Taunus-Kreis bekannt. Der Gründer heißt dieses Mal Dr. Bernhard Löwenberg („FAZ“, 11.2.80).

Ende Januar kündigte die Junge Union Hessen durch ihren Vorsitzenden Rüdiger Moog die Gründung einer hessischen Initiative „Familie in Not“ - nach bereits existierenden Modellen in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein an („FR“, 29.1.80). Ebenfalls bekannt wurde eine Initiative, die derzeit von 13 Firmen aus dem Versicherungs-, Industrie- und Werbeunternehmensbereich getragen wird („Neue Presse am Sonntag“, 3.2.80). Die „Initiative für die Familie“ will durch Anzeigen wieder „das Ja zum Kind“ propagieren, bevor das deutsche Volk ausstirbt.

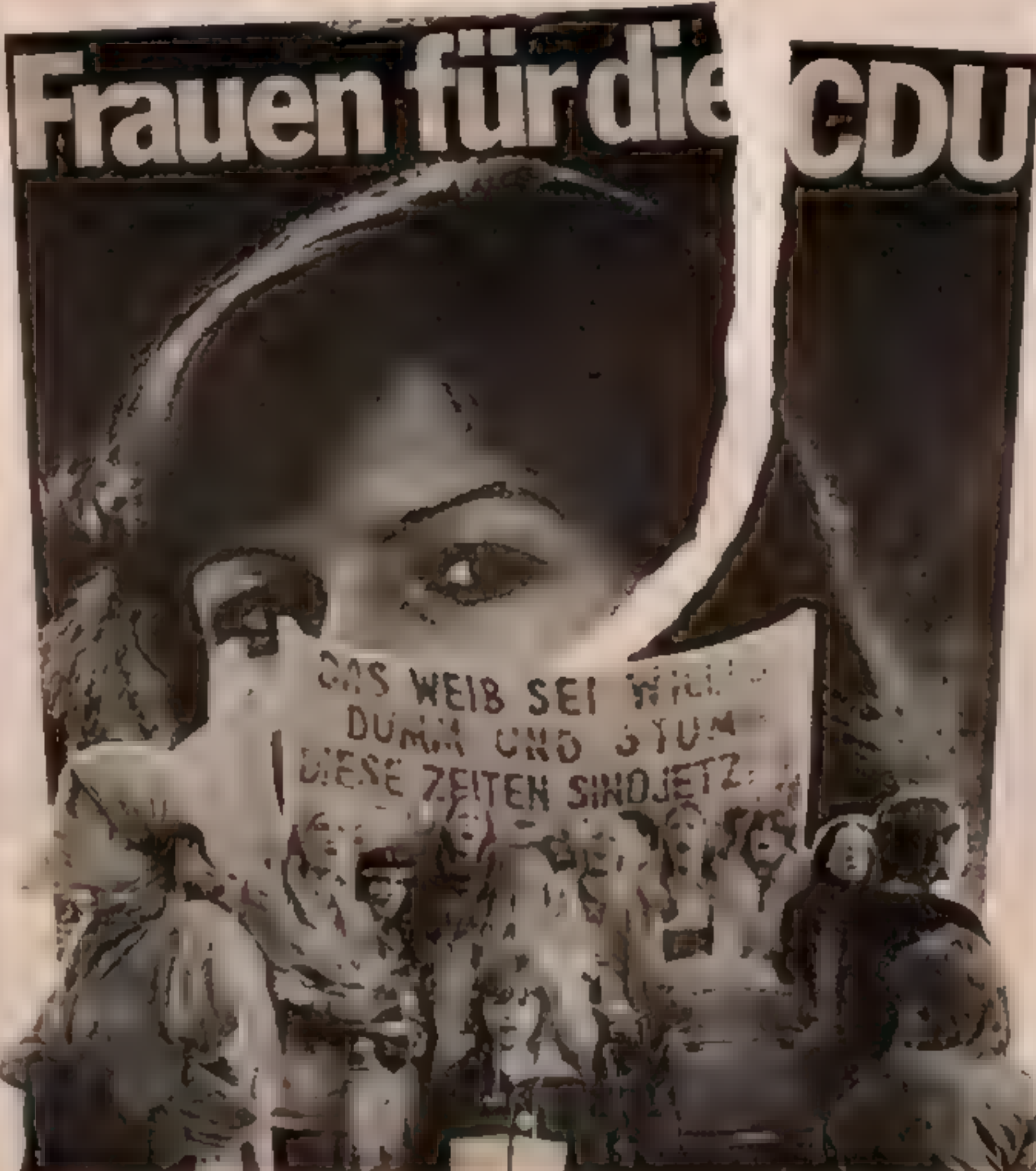
Ein weiterer CDU-MdB aus Hessen, Dr. Manfred Langner, selbst stolzer Vater von 4 Kindern, hatte sich bereits früher Gedanken zu dem Thema gemacht. Wer keine Kinder in die Welt setzt, soll nicht nur weniger Rente beziehen, sondern auch in den Jahren seiner Erwerbstätigkeit „strenger zur Kasse“ gebeten werden („FNP“, 10.9.79).

Wie hieß es noch so schön bei den Bundestagswahlen 1976: „Wählt CDU - damit die Fraueninteressen nicht links liegenbleiben“ - ?!

Wir erheben in diesem Artikel natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit, was die Aufdeckung der reaktionären „Mafia“ in unserer Region betrifft.

Wir würden uns freuen, wenn AK-Leserinnen (und andere Frauen!) aus unserer Gegend uns dabei unterstützen würden.

KB-Frauengruppe Frankfurt





Prozess gegen einen Pädosexuellen in Karlsruhe

## Lebenslänglich hinter Gittern wegen »Onanierhandlungen« mit Jugendlichen?

Fast 16 Monate lang, seit dem 20.11.78, sitzt der 43jährige Arbeiter Kurt K. in Karlsruhe in Untersuchungshaft. Vorgeworfen werden ihm in 27 Fällen homosexuelle Beziehungen zu Jugendlichen unter 18 Jahren wobei zwei dieser Jugendlichen zu Beginn der Beziehung erst 13 Jahre gewesen seien. Außerdem wurde ihm in der Anklageschrift ursprünglich auch noch die Vergewaltigung einer Frau vorgeworfen. In einem Brief an die Gruppe „Schwuler Frühling“ erklärt Kurt K. zu den Vorwürfen:

„Nach vorherrschender Meinung der Öffentlichkeit sind dies strafbare Handlungen, die gegen Moral und Sittlichkeit verstoßen. Abgesehen von der Strafbarkeit einer Vergewaltigung, die in meinem Fall aber nicht geschah, vertrete ich nicht diese Meinung.“

Die Ermittlungen kamen durch die Anzeige eines zur „Tatzeit“ 15jährigen Jugendlichen in Gang. Dieser erklärte vom Karlsruher Landgericht, er habe Kurt K. aus Schuldgefühlen heraus angezeigt. Denn nach Meinung seines Freundes, mit dem er über das, was zwischen ihm und Kurt K. vorgefallen war, sprach, sei dies etwas „nicht Normales“ gewesen, was zudem strafbar sei.

Über die Entstehung von Schuldgefühlen schreibt Professor Dr. Reinhard Lempp (Ärztlicher Direktor der Abteilung für Kinder und Jugendpsychiatrie an der Universität Tübingen) im Mitteilungsblatt der Aktion Jugendschutz Juli/August 1977:

„Schuldgefühle entstehen immer dann, wenn die Kinder etwas getan haben, von dem sie wußten, daß es mit der Wertwelt ihrer Bezugspersonen nicht übereinstimmt, d.h., wenn sie etwas tun, von dem sie wissen, daß es ihnen von den Personen, auf deren Zuneigung sie Wert legen, im allgemeinen die Eltern, verboten wurde. Die Schuldgefühle entstehen aber nur dann, wenn sie das verbotene Tun nicht widerwillig, nicht gezwungenermaßen, sondern wenigstens zum Teil aus eigener Intention getan haben, sei es aus Neugierde, sei es auch zur eigenen Lustbefriedigung.“

Im Zuge der Ermittlungen wurde die Wohnung von Kurt K. durchsucht; hierbei wurden Fotografien (von seinen Freunden) sichergestellt. Die Auswertung der Fotografien führte zur Anklage in 27 Fällen. Ein weiteres Ergebnis dieser Ermittlungen ist die Anklage wegen Vergewaltigung, die Kurt entschieden abstreift, die aber umso besser in das taktische Konzept der Staatsanwaltschaft zu passen scheint: „Dann hat Kurt K. sein Gewalttätigkeitspotential erst abgekriegt, so klebt es automatisch auch an seinen Beziehungen zu den Jugendlichen. Bezeichnenderweise wurde diese ‚Vergewaltigung‘ erst während der ersten drei Sitzungen wegen der Vergewaltigung“ erst während der Ermittlungen in K.'s Pädophilienfällen „aufgedeckt“ — die Frau hat ihn nicht von sich aus angezeigt — inzwischen hängt diese ‚Vergewaltigung‘ dem ganzen Prozeß als Anklagegeschick voran: „In Sachen Kurt K. wegen Vergewaltigung u.a.“ (aus einer Erklärung der Gruppe Schwuler Frühling, veröffentlicht in der Stadtzeitung „Karlsruher Rundschau“).

Die Hauptverhandlung begann am 15.1.80 vor dem Karlsruher Landgericht. In der Anklageschrift heißt es, Kurt K. habe von Anfang 1975 bis Ende 1978, „aufgrund jeweils neu gefaßten Willensentschlusses bei insgesamt 27 noch nicht 18 Jahre alten Männern in Kenntnis des jeweiligen Lebensalters der Beteiligten onaniert, an sich Onanierhandlungen vorgenommen lassen und in mehreren Fällen Analverkehr ausgeführt“.

Weiter erklärte die Staatsanwaltschaft, daß Kurt K. „infolge eines Hanges zu erheblichen Straftaten, namentlich zu solchen, durch welche die Opfer seelisch oder körperlich schwer geschädigt wurden, für die Allgemeinheit gefährlich“ sei und er deshalb in „Sicherungsverwahrung“ unterzubringen sei.

Da Kurt K. mehrfach wegen „ähnlicher Taten“ vorbestraft ist, bogen nach Ansicht der Staatsanwaltschaft die formellen Rückfallvorsatzungen für „Sicherungsverwahrung“ vor. Die „Sicherungsverwahrung“ nach § 66 StGB, deren juristische Grundlagen in der Nazizeit entstanden, ist so etwas wie eine Fortsetzung des KZ mit „demokratischen“, „rechtswidrigen“ Mitteln: Der „für die Allgemeinheit gefährliche Rückfalltäter“ bleibt nach Strafverbüßung auf unbestimmte Zeit eingekerkert.

Für Kurt K. als „Sexualstraffer“ bedeutet dies, daß er wahrscheinlich bis an sein Lebensende in der geschlossenen Abteilung einer der berühmten Landesnervenkliniken ver-

schwindet. Es sei denn, er läßt sich kastrieren. Mit anderen Worten: „Sicherungsverwahrung“ ist faschistische Unmenschlichkeit in demokratisch-rechtsstaatlichen Gewande.

Es ist bezeichnend für die Genesung des Karlsruher Staatsanwaltes, daß er, um „Sicherungsverwahrung“ auf Biegen und Brechen durchzusetzen, neben zwei Verurteilungen zu 10 und 22 Monaten eine Vorstrafe von 21 Monaten aus dem Jahre 1968 für eine „Tat“ anführt, die nach den heutigen Gesetzen gar nicht mehr strafbar wäre: Das damalige Opfer, für dessen „Verführung“ Kurt K. damals fast zwei Jahre in „Sicherungsverwahrung“ mußte, war zur „Tatzeit“ schon über 18.

Und um gegen Kurt K. noch weiter Stimmung zu machen, führt der Staatsanwalt schließlich in diesem Zusammenhang noch zwei „gleichgelagerte Straftaten“ aus den Jahren 1962 und 1963 an, die längst aus dem Strafregister getilgt sind und deshalb heute vor Gericht gar nicht mehr verwandt werden dürfen.

Kurt K. wird von der linken Rechtsanwältin Anne Riehle verteidigt, die am 1. Verhandlungstag anregte, „das Verfahren auszusetzen, um dem Gericht Gelegenheit zu geben, gem. Art. 100 GG die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts darüber einzuholen, ob die Vorschriften der §§ 175 und 176 StGB noch verfassungsgemäß sind“. Sie begründet dies damit, „daß es aufgrund neuerer wissenschaftlicher Erkenntnisse erwiesen ist, daß sexuelle Beziehungen zwischen Jugendlichen und Erwachsenen für den Jugendlichen nicht schädlich sind, vorausgesetzt es handelt sich um Beziehungen auf freiwilliger Basis“.

U.a. zitierte sie die Vorbemerkung zum Entwurf des 4. Strafrechtsänderungsgesetzes des Bundesministers der Justiz (Bundratsdrucksache 489-70, S. 23), in dem es heißt: Es müsse auch mit sexualpädagogischen Auffassungen gerechnet werden, wonach dem Jugendlichen schon im Alter von weniger als 16 Jahren eine sexuelle Beteiligung zugebilligt, zumindest nicht strikt verboten wird. Über den pädagogischen Wert solcher Ansicht habe nicht das Strafrecht zu entscheiden.

Die Ansetzung wurde vom Gericht unter Vorsitz von Landgerichts-Vizepräsident Dr. Ernst Baader abgelehnt. Danach begann die Zeugenvernehmung. Die Zeugenvernehmung wurde mit der Zeugin K. eröffnet, die zum Vorwurf der Vergewaltigung gehört wurde. Vor Gericht gab sie an, nicht von Kurt K. vergewaltigt worden zu sein. Vielmehr habe sie, aus Angst vor einem Rauswurf aus dem Schwulenzuhause, in dem sie wohnte, vor der Polizei ausgesagt, daß sie nicht mit Kurt K. schlafen wollte, der Polizei ausgesagt, daß sie nicht mit Kurt K. schlafen wollte.

Daraufhin wurde das Verfahren wegen Vergewaltigung vom Gericht eingestellt.

Dann kamen die sogenannten „Opfer“ der „homosexuellen Unzuchtshandlungen“ zu Wort. Nicht ein einziger der Zeugen, die heute in der Mehrzahl zwischen 18 und 22 Jahren alt sind, gab an, er sei von Kurt K. in irgendeiner Weise geschädigt worden. Dagegen sprach die überwiegende Mehrheit der Zeugen von den sehr intensiven seelischen Beziehungen, die zwischen ihnen und Kurt K. bestanden hätten. Einer hatte sogar mehrfach versucht, Kurt K. ins Untersuchungsgefängnis zu besuchen. (Da war er schon über 18). Aber er wurde nicht zu ihm gelassen; so human und um das Seelenheil der armen Verführten besorgt ist unsere Justiz.

Wie die Jungen ihre Beziehung zu Kurt K. sahen, mögen einige typische Beispiele verdeutlichen: A.B. (heute 19) hatte über zwei Jahre lang mit Kurt K. ein „vertrautes Verhältnis“. Sexuelle Kontakte habe es erst nach einem halben Jahr zum ersten Mal gegeben. „Wenn man einen Rat braucht“, so A.B., „war Kurt immer für einen da“.

Th. B. (heute 20) hatte zwei Jahre lang eine „partnerschaftliche Beziehung“ zu Kurt. Th. B. wörtlich: „Sie können vielleicht verstehen, wenn man keinen Vater hat, daß man sich nach jemand älterem sehnt“. Kurt K., so Th. B. weiter, habe ihm auch dazu verholfen, mit einem Mädchen zu schlafen und ihm erklärt, wie man was macht. Danach sei sein Selbstvertrauen ziemlich gewachsen.

Für den Zeugen P.W. (heute 18) war Kurt K. eine „Vertrauensperson“, bei der er sich „als gleichberechtigter Partner akzeptiert“ fühlte. Und schließlich der Zeuge H.W. (heute 19) über die Sexualität in der über mehrere Jahre dauernden Beziehung zu Kurt K.: „Ich fand es schon,

daß auch das zur Beziehung gehörte, für mich war das ganz natürlich!“.

Im Verlauf der Zeugenvernehmung kam dann auch zutage, wie die völlig anders klingenden Zeugenaussagen vor der Kripo zustande gekommen waren: „Einem Zeugen wurde mit Widerstuf seiner Bewahrung gedroht, einem anderen mit Weitersagen an die Freundin, einem dritten mit dem Verlust der Lehrstelle, ein vierter erzählte, er sei dauernd angeschrien worden, einem fünften gegenüber hatte der vernehmende Beamte zu erkennen gegeben, daß das etwas Schlimmes gewesen sei, was er da gemacht habe, und so weiter und so fort“. (Aus der Preiserklärung der Verteidigung von Kurt K.)

Am 12.2.80 stellte die Verteidigung den Antrag, „das Verfahren gemäß § 153 StPO einzustellen“. „Da durch die Zeugenvernehmungen sämtlicher sogenannter Opfer deutlich wurde, daß der Beschuldigte niemals bei ihnen Gewalt angewandt hat. Vielmehr gab die große Mehrheit der Zeugen an, daß sie teilweise über Jahre hinweg eine sehr intensive seelische Beziehung zu dem Beschuldigten hatten, bei der keineswegs das Sexuelle überwog, sondern eben nur, wie ein Zeuge treffend formulierte, „ganz natürlich dazugehörte“. Weiter heißt es in der Begründung der Verteidigung:

„In seiner Begründung zum Entwurf eines vierten Gesetzes zur Reform des Strafrechts“ (Bundestagsdrucksache VI 3521 in der sechsten Wahlperiode des dt. Bundestages) ist nachzulesen, daß sich dieser Sonderausschuß in ausführlicher Weise damit auseinandergesetzt hat, ob „partnerschaftliche Verhältnisse zwischen älteren und jüngeren Männern aus der Strafdrohung“ auszunehmen seien. Der Ausschuß kommt dabei zu folgendem Ergebnis: „Der Sonderausschuß hat nicht übersehen, daß eine Bestrafung vom Schutzgedanken aus gesehen besonders dann zweifelhaft erscheint, wenn sich in einzelnen, auch in der Praxis bekannten Ausnahmefällen zwischen dem Täter und dem Kind eine verantwortliche Partnerschaft mit echten Liebesbeziehungen entwickelt, die u.U. sogar dem Kind einen in der Familie vermißten Halt geben oder in sonstiger Weise positive Änderungen in seiner Entwicklung einleiten kann. Bei jugendlichen Tätern besteht nach dem Jugendstrafgesetz die Möglichkeit, von Strafsanktionen abzugehen, während bei erwachsenen Tätern das Verfahren nach § 153 StPO eingestellt werden kann“.

Der Antrag wurde wegen „schwerer Schuld des Beschuldigten“ durch den Staatsanwalt abgelehnt, das Gericht schloß sich dieser Begründung an.

Zum weiteren Verlauf der Ver-

handlung schrieb Anne Riehle in einer Preiserklärung:

„Am 10. Verhandlungstag erstattete Prof. Dr. Rauch aus Heidelberg sein Gutachten. Vorweg behauptete der Wissenschaftler, die Tatsache, daß er den Angeklagten nur aus der Hauptverhandlung kenne, für nichts zur Sache — er könne ihn trotzdem psychologisch begutachten. Seine Prognose (dies ist für die Verhängung der geplanten Sicherungsverwahrung von Bedeutung) lautet, der Angeklagte werde immer wieder sexuelle Beziehungen zu pubertierenden Jugendlichen aufnehmen.“

Befragt nach seinen Kenntnissen über die wissenschaftliche Forschung zu derartigen Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern bzw. Jugendlichen gab Prof. Dr. Rauch zu, daß seine Kenntnisse aus dem Handbuch der Forensischen Psychiatrie stammten und er ansonsten Veröffentlichungen zum Thema aus „Zentralblättern und Buchbesprechungen“ habe. Weder die speziellen Untersuchungen zu dem Problem wie den holländischen sogenannten Speyer-Report oder die ersten Ergebnisse einer dazugehörigen Untersuchung des BKA waren ihm ein Begriff. Das Gebiet sei kein Spezialgebiet für ihn.

Zum Komplex der möglichen Schädigung bei den Opfern meinte der Professor: Man könne bei den sogenannten Opfern eventuellen Nutzen oder Schaden solcher Beziehungen überhaupt nicht feststellen, auch ein jugendsexueller nicht!

Mit eben diesem Argument lehnte die Kammer dann einen Beweisantrag der Verteidigung ab, der dahin ging, die Jugendlichen Zeugen beizugehen zu lassen, daß sie durch die Beziehung zu dem Angeklagten keinerlei Entwicklungsschäden und eine Reihe der Jugendlichen sogar positive Auswirkungen in ihrer Entwicklung erfahren hatten.

Der Staatsanwalt hatte zu diesem Beweisantrag angeregt, die behauptete Tatsache als wahr zu unterstellen!

Auch einen Beweisantrag nach Begutachtung des Beschuldigten, zum Beweis seiner im pädagogischen Bereich liegenden Interessen an den Jugendlichen sowie der Tatsache, daß es zu sexuellen Handlungen zwischen dem Beschuldigten und seinen jugendlichen Freunden ganz entscheidend nur dann gekommen sei, wenn der Beschuldigte das Gefühl hatte, damit auch Bedürfnisse seines jugendlichen Freundes zu befriedigen, wurde von der Kammer mit der Begründung abgelehnt, der Gutachter habe das Gegenteil der behaupteten Tatsachen schon bewiesen.

Außerdem sei Prof. Dr. Rauch ein kompetenter Wissenschaftler, der ein widerspruchsfreies, in sich schlüssiges Gutachten gehalten habe. Die Aussagen des Gutachters, daß seine Vorbereitung auf dieses Spezialgebiet aus dem Handbuch der Forensischen Psychiatrie, Zentralblättern und Buchbesprechungen herrühre, wolle die Kammer nicht wahrhaben, da sie als

wahr unterstelle, daß ein Gutachter, der sich derart vorbereitet hatte, kein kompetentes Gutachten über das vorliegende Problem abgeben könne!

Der hierauf gestellte Befangenhitsantrag wurde ebenfalls abhän-

gig beschieden. (Aus dem 2. Preisverleihung der Rechtsanwältin Anne Riehle). Die Verteidigung wird jetzt einen bekannten Karlsruher Jugendpsychologen als präsenten Beweismittel in die Hauptverhandlung stellen, zum Beweis der Tatsache, daß es sehr wohl möglich ist, schädliche oder nützliche Auswirkungen derartigen Beziehungen zwischen Jugendlichen und Erwachsenen festzustellen.

Der nächste Verhandlungstermin ist für den 13. März, 13 Uhr, festgesetzt — im Schwurgerichtssaal des Karlsruher Landgerichts, Haupt-Thoma-Str. 7. Weitere Termine: 20. und 28. März, jeweils 9 Uhr.

Wer die Verteidigung unterstützen will: Kto. Nr.: 1001-751. PSchAmi Karlsruhe, Schwuler Frühling, Stichwort: Pado-Prozess.

18. Karlsruhe, Schwulengruppe des KB

## Offener Brief

Kontakt: Pädosexuellengruppe in der Homosexuellen Aktion Hamburg  
Schwulenzentrum Tue Tue, Ostkasseler 5, 2000 Hamburg 50

An den Minister der Justiz  
des Landes Niedersachsen  
Herrn Prof. Dr. Schwind  
Wettersloppplatz 1  
3000 Hannover

Hannover, 1.3.80

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Schwind,  
JVA Lingen I

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Schwind,

mit Betroffenheit und Empörung haben wir als Teilnehmer eines Treffens von Gruppen, die gegen ihre Sexualunterdrückung kämpfen (Jugendliche Pädosexuelle, Lesben und Schwule) vom 29.2. - 2.3.80 in Hannover die Nachricht aufgenommen, daß Herr Peter Hartleb am 23.2.80 durch Schläge eines Mitgefangenen eine schwere Kopfverletzung erlitten hat, so daß er am vergangenen Freitag operiert werden mußte.

Besonders empört hat uns, daß Peter Hartleb nicht zum ersten Mal Opfer derartiger Angriffe ist und wir daraus schließen müssen, daß die Haftersituation entweder nicht in der Lage ist, ein Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit zu schützen (soweit Durchhalte wollen wir ihnen Bedenken, jedoch nicht unterstellen) oder zumindest Mißhandlungen durch Mitgefangene billigt. Darüber hinaus ist nach unseren Informationen die notwendige Überweisung zur chirurgischen Behandlung erst fünf Tage nach diesem Vorfall erfolgt, so daß die Gefahr auf einem Auge zu erblinden, durch diese Verzögerung erheblich vergrößert worden ist.

Diese administrativ zumindest geduldete Barbarei fügen im naheliegendermaßen zu betrachten für die notwendige sofortige Haftentlassung Peter im Wortlaut nach einem „schließenden“ Hinweis.

Mit der Ihnen gebührenden Hochachtung.

Der vorstehende Offene Brief wurde auf dem Nationalen Schwulen/Lesbentreffen in Hannover von etwa 25 Einzelpersonen unterzeichnet. Die Schwulengruppe und die Lesbengruppe des KB schließen sich hiermit dem Unterstützungsaufruf des Offenen Briefes an.

Lesbengruppe des KB  
Schwulengruppe des KB

## Rosa Hilfe: Was ist das?

Am 22./23. Februar fand in Nürnberg ein bundesweiter Rosa-Hilfe-Treffen statt. Es war der zweite Erfahrungsaustausch von Lesben und Schwulen zu diesem Thema. Gruppenvertreter bzw. Einzelpersonen aus folgenden Städten waren gekommen: West-Berlin, Hamburg, Dortmund, Düsseldorf, Köln, Hannover, Bielefeld, Stuttgart, Karlsruhe, Frankfurt und Nürnberg. Die Nürnberger Gruppe hatte diese Konferenz, die mit ca. 50 Schwulen und Lesben gut besucht war, organisiert.

In den meisten der vertretenen Städte gibt es seit einiger Zeit innerhalb bestehender Schwulengruppen arbeitende Rosa-Hilfe-Initiativen. Sie haben sich als Aufgabe gesetzt, Schwulen und Lesben, die keinen Kontakt zu Gruppen haben, „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu geben. Wie das in der Praxis aussehen soll, dazu gab es von den „Rosa Helfern“ sehr unterschiedliche Beispiele: Inserate in Stadtzeitungen, Einrichtung eines „Rosa Telefon“, Zusammenarbeit mit pro-familia-Beratungsstellen, Verschönerung der Stadt durch „Kontakt Aufkleber“.

Bei der Diskussion über die Erfolgschancen wurde festgestellt, daß es meistens ältere Schwule sind, die sich bei der Rosa Hilfe melden. Bei diesen Schwulen ist es sehr schwer, mit ihnen in Gruppen zu arbeiten. So finden, veranstaltet von der Rosa Hilfe, „gemütliche“ und höfentlich sehr warme Treffen statt (eine Art schwuler Kaffeeklatsch).

Auf der anderen Seite wurde aber auch von den sogenannten Beratern angemerkt, daß zum Teil die auftretenden Schwulen sich mit einem zu hohen „Konsumanspruch“ (Abschlo-

Folgende Thesen wurden für eine weitere Diskussion (im Oktober in Stuttgart oder Freiburg) aufgestellt:

- Ziel einer Schwulengruppe sollte es sein, daß sie unnötig wird.
- Ziel einer Rosa Hilfe sollte sein, daß sie unnötig werde...
- Ziel einer Schwulen Institution wird sein, daß sie wächst und gedeiht.
- Rosa Hilfe Institutionen etikettieren Schwule, schaffen eine neue Basis für Diskriminierungen (Schwule sind krank, brauchen Hilfe und Therapie...)

Zum Schluß noch einmal ein Überblick, was bisher in einigen Städten unter dem Namen Rosa Hilfe gemacht worden ist:

- Telefonberatung (Privat, über Gruppenanschlüsse, eigene Anschlüsse).
- Persönliche Beratung (Unter vier Augen, mit zwei Beratern in der Gruppe).
- Selbsthilfegruppen, Gruppendynamik, Freizeitgruppen, Rollenspiele.
- Cafe, Kneipe mit Beratung und Kommunikationsmöglichkeiten.
- Öffentlichkeitsarbeit (Zettlungen, Infos, Flugblätter, schwule Zeitschriften, Aufkleber usw.).
- Kinoarbeit, Seminare, Disk., West-deutscher Rundfunk und Fernsehen.
- Son-direktive Beratung (Therapie). Arbeitsgruppen, Theatergruppen u.a.
- Rosa Hilfe Treffen - Zusammenarbeit mit anderen Städten.
- Zusammenarbeit mit Psychologen, Ärzten, Beratungsstellen.

Das Treffen im Oktober werden wir rechtzeitig ankündigen.

N., Nürnberg  
Schwulengruppe des KB



# Bericht vom nationalen Schwulen/Lesbentreffen zu den Bundestagswahlen

Vom 29. Februar bis 2. März fand in Hannover ein Treffen von Lesben- und Schwulengruppen zur Bundestagswahl statt. Angekündigt waren Plenumdemonstrationen und Arbeitsgruppen von Schwulen, Schwulen Jungdemokraten, grünen Schwulen und zu einer von der ANA Westberlin für den Sommer vorgeschlagenen Parteienveranstaltung. „Wer können wir Homosexuelle wählen?“ in der Sonar Beethovenhalle.

Beherzucht war das Treffen der etwa sechzig Schwulen und lesbischen von der Auseinandersetzung mit der Straßenkommune Oranienstraße (Westberlin) und der Indanerkommune Nürnberg. Die Kommune Oranienstraße ist eine Gemeinschaft von lesbischen, die Indanerkommune eine von schwulen Jugendlichen.

Außer Absprachen einzelner Personen oder Gruppen ließ das Auftreten der Kommunisten aus Nürnberg und Weimern für gemeinsame Entscheidungen und Beschlüsse auf dem Treffen keinen Raum.

Nach Eröffnung des Plenums am Freitagabend verlas ein Mitglied der DSAP (Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie) ein Thesenpapier der DSAP zur Pädophilienfrage, das zur Auseinandersetzung bei den Hamburger Grünen gedient hatte. Das an sich ziemlich inhaltslose Papier befaßte sich bemerkenswerterweise weder mit pädosexuellen Frauen noch mit pädosexuellen Jugendlichen.' Berechtigterweise kritisierten vor allem die Kommune-Jugendlichen dieses Papier als eine Fortsetzung der Politik, die Kindersexualität unter den Tisch schieben zu lassen. Im Laufe der von den Kommunen freilich sehr destruktiv und chaotisch geführten Diskussion, die außer mautiger Annahme zu keinem Ergebnis führte, verlas die Indlanerkommune eine Stellungnahme zur Vorbereitung der Parteiveranstal-

lung in der Beethovenhalle, für die sie vor allem viel stärkere Betätigung von Kindern und Jugendlichen forderte.

Am Samstagvormittag, nach Vorstellung einzelner anwesender Gruppen (u.a. GLP, SAK aus Köln, Grüne Schwule, Schwulen, Schwules, Lesben- und Schwulengruppe des KB, Westberliner Lesbengruppe LAZ und L 74), konzipierte sich die Diskussion auf die Thematik der L 74, es gäbe keine Fidosexualität bei Frauen. Trotz wiederholten Drängens seitens der Kommune-Jugendlichen, der Lesben vom LAZ, des KB und einiger anderer Schwuler wurde die Auseinandersetzung um dieses Thema immer wieder von der Diskussionsleitung, einer Vertreterin der L 74, abgeblockt. Wie am Vortrag lieste sich das Plenum sehr bald nach einer reichlichen Annäherung durch die Kommunen auf

Daraufhin versuchten die Anwesenden, in Arbeitsgruppen die vorher angeschnittenen Fragen weiter zu diskutieren. Im einzelnen trafen sich AGs zu Schwudos, Grünen, „Rosa Front gegen Strauß“ und zur Bonner Parteienveranstaltung.

Aber auch in den AGs setzten die Kommunen ihre Auftritte fort. Immer wurden die Anwesenden dadurch gezwungen, die Plakatdiskussion aufzunehmen. Sobald dies aber geschah, wurden die Lesben und Schwulen von den Kommune-Vertretern niedergeschrien oder als „Sozialarbeiter“, „Mutti“, „Psychiatrieklienten“ und „Faschisten“ beschimpft. So war sowohl die Diskussion um die Themen der AGs, als auch die Auseinandersetzung mit den Kommune-Vertretern unmöglich.

Lediglich die AG „Rosa Front gegen Strauß“ konnte ungestört tagen. Allerdings nahmen nur sechs Schwule aus vier Städten an dieser AG teil. Eine Schwester des Hamburger „Rosa

Front gegen Strauß"-Gruppe berichtet über den Stand der Arbeit. Im November 1979 erschien zum ersten Mal mit Unterstützung des Chefredakteurs Hans-Peter Reichelt in der „hum sapiens“ (kommerzielles Homomagazin) ein dreiseitiger Aufsatz der Initiative.

Die „Roma Front gegen Strauß“ versteht sich als ein pluralistisches Bündnis gegen die zu erwartende verschärfte Schulen- und Lebensunterdrückung im Falle eines Wahlsieges von Strauß. Bis heute ist die Initiative noch sehr unterentwickelt und in der Schulen- und Lebensbewegung weithin unbekannt. Lediglich sechs Schwestern arbeiten in der Hamburger Initiative, die bislang in erster Linie auf eine „Prominenten“-Unterstützung für Flugblatt- und Plakatsaktionen setzen und die Diskussion in den Schulen- und Lebensgruppen zur Unterstützung der Initiative relativ vernachlässigt haben.

Am Samstagabend wurde die Diskussion um die Veranstaltung in der Bonner Beethovenhalle wieder aufgenommen. Zwei Mitglieder der IHB (Initiativgruppe Homosexualität/Bielefeld) lehnten die Veranstaltung grundsätzlich ab. Schon mit Zeitpunkt und Form (Festsaal, Festhalle, Parteien) würde sich die Schwulbewegung vom Parlamentarismus verabschieden lassen. Die Gegenposition sah in der Veranstaltung eine gute Möglichkeit, gerade über die Föderisten- und Lebensfrage die bürgerlichen Parteien zu entlarven. Um zu gewährleisten, daß die Parteien nicht ungehemmt ihre Scheinliberalität zur Schau stellen könnten, müßten am ursprünglichen Konzept der AHA Westberlin einige Punkte verändert werden. So sei dafür zu sorgen, daß weder Lesben noch Päder aus der Diskussion ausgeklammert werden. Während der ganzen Diskussion war die AHA grundsätzlich bereit, an ihrem ursprünglichen Kon-

zeit, an ihrem ursprünglichen Konzept Abstriche bzw. Änderungen vorzunehmen.

Das vorgesehene Plenum am Abend wurde dann wiederum von den Kommunisten gesprengt.

Ein weiteres Plenum am Sonntagvormittag mußte wegen der Störung durch die Kommune-Mitglieder kurz nach Beginn in eine Privatwohnung verlegt werden. Die Diskussion drehte sich dort größtenteils um das weitere Verhalten gegenüber den Kommune-Mitgliedern. Mehrheitlich setzte sich die Forderung durch, die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Kommune weiterzuführen und nur bei konkreter Behinderung in bestimmten Situationen einen Ausschluß von den Anwesenden zu beschließen und vorzunehmen. Praktisch wird sich die Frage der Auseinandersetzung mit der Kommune in nächster Zeit immer wieder und sehr dringlich stellen. Eine Diskussion darüber in den Zeitungen der Schwulen- und Lesbenbewegung wäre wünschenswert.

Bei geschrumpfter Teilnehmerzahl wurde schließlich vereinbart, bis zum nächsten Vorbereitungstreffen - etwa am 12./13. April zum Konzept der Bonner Parteienveranstaltung Kritikpapiere/Vorschläge etc. der AHA (Anschrift AHA e.V., Friedrichstr. 12, 1. Berlin 61) zuzuschieben. Die AHA schickt diese dann an alle schulischen Aktionsgruppen per Rundbrief weiter.

### Schulenergruppe des KJ

Zu den Bundestagswahlen —  
nos. Nr. 19

Inhalt  
LIEBER SCHWUL...  
...ALS GRÜHL  
es grünt so grün  
TRETET AUS – ABER LAUT!  
Iante deie's kurzmärchen  
PADOS GEGEN SCHWUSOS  
tole einen schwulen für christus  
MATERIALIEN ZUM WAHL  
VERHALTEN HOMOPHILER  
man muß doch nicht  
durch den anderen durch  
um freier zu werden  
INFOS und HOLLYWOOD



# Rosa Front gegen Strauß

April der Wahlterminologie:  
ROSA FRONT GEGEN STRASS

FRANZ JOSEF STRAUSS DARF NICHT KANZLER WERDEN

1890. - Im Jahre 1890 wurde das erste Mal ein Mitglied der D. M. G. in Berlin (H. v. L.) gewählt. Im Jahre 1891 wurde das erste Mal ein Mitglied der D. M. G. in Berlin (H. v. L.) gewählt. Im Jahre 1892 wurde das erste Mal ein Mitglied der D. M. G. in Berlin (H. v. L.) gewählt. Im Jahre 1893 wurde das erste Mal ein Mitglied der D. M. G. in Berlin (H. v. L.) gewählt. Im Jahre 1894 wurde das erste Mal ein Mitglied der D. M. G. in Berlin (H. v. L.) gewählt. Im Jahre 1895 wurde das erste Mal ein Mitglied der D. M. G. in Berlin (H. v. L.) gewählt. Im Jahre 1896 wurde das erste Mal ein Mitglied der D. M. G. in Berlin (H. v. L.) gewählt. Im Jahre 1897 wurde das erste Mal ein Mitglied der D. M. G. in Berlin (H. v. L.) gewählt. Im Jahre 1898 wurde das erste Mal ein Mitglied der D. M. G. in Berlin (H. v. L.) gewählt. Im Jahre 1899 wurde das erste Mal ein Mitglied der D. M. G. in Berlin (H. v. L.) gewählt. Im Jahre 1900 wurde das erste Mal ein Mitglied der D. M. G. in Berlin (H. v. L.) gewählt.

Wir sind überparteilich – aber gegen Strauß!

[illegible]

So schlimm wird's schon nicht werden — ein gefährlicher Irrtum

1. Die *Phragmites australis* ist eine in Süddeutschland und in Ostbayern häufige Wasserpflanze. Sie ist eine einjährige Pflanze, die in Sümpfen, Bächen und an Ufern wächst. Sie ist eine wichtige Futterpflanze für viele Wasservögel und auch für einige Insekten.

Anti-homoseksualitaati geit joden geit

Ausflussvermögen ist nicht nur die Summe von der sogenannten „Hängezeit“ der Abwasser- und

in Mitbestimmung mit der Partei, die die Mehrheit der Abgeordneten, Mitglieder der Landesparlamente, der Reichsversammlung und des Reichstages bildet, zu beschließen hat. Nach dem Artikel 111 ist der Reichstag aus dem Reichspräsidenten und dem Reichstage der Bundesversammlung zu bilden. Der Reichstag ist die oberste gesetzgebende Körperschaft des Reiches. Der Reichstag ist aus dem Reichspräsidenten und dem Reichstage der Bundesversammlung zu bilden. Der Reichstag ist die oberste gesetzgebende Körperschaft des Reiches. Der Reichstag ist aus dem Reichspräsidenten und dem Reichstage der Bundesversammlung zu bilden.

zur Gemeinschaft schaffen wir es

[illegible]

(heißer ein kalter Krieger als ein warmer Bruder) ? \*

aber heute rosa und aktiv als morgen schwarz und kalt!

EINE STIMME FÜR EINE VON STRAUSS GEFÜHRTE CSU/CDU!



## Nasa Front gegen Strauß

WHILE IN THE  
MILITARY SERVICE  
HE WAS A MEMBER OF THE  
UNITED STATES ARMY  
AND WAS A MEMBER OF THE  
UNITED STATES ARMY

$$\gamma_0 \gamma_1 \cdots \gamma_{n-1} = I \quad |H| = n \quad |K| = m \quad |L| = n+m$$


# rosa

EINE ZEITUNG DER SCHULEN BEWEGUNG

ROSA ERSCHEINT 4 BIS 6 MAL JÄHRLICH. DAS  
ABO KOSTET 15.-DM FÜR 6 AUSGABEN. EIN-  
ZÄHLUNGEN AUF PSCHKONTO 406 118-203  
PSCHAMT HAMBURG (TELGE SONDERKONTO)  
BESTELLUNGEN UND ZUSCHRIFTEN AN →  
ROSA HEEPER STR. 84 4800 BIELEFELD 1



# Bremen: Kinder-Initiativen diskutieren

# Brief einer schwangeren Genossin



In Bremen haben sie es schwer: Kinder unter drei Jahren. Auf 4.000 von ihnen, deren Eltern berufstätig sind, kommen gerade 50 Krippenplätze. Kleinkind-Initiativen werden bisher nicht von der Stadt gefördert.

Zu ihrer ersten öffentlichen Veranstaltung mit dem Thema „Kinder unter drei“ hatte die Initiative DER KINDER WEGEN (DKW) eingeladen. Unter den gut 70 erschienenen Kinderfreund(inn)en befanden sich Mitglieder aus mehreren Babygruppen, Kinderläden, „Spielplatzhäusern“ und auch Vertreter der Göttinger IRE sowie eine Mutter aus der Hamburger Babyinitiative „Finkenau“.

Dieses Treffen war anberaumt worden vor dem Hintergrund der totalen Unterversorgung mit öffentlichen Kleinkindereinrichtungen in Bremen (es gibt nur zwei Krippen sowie ca. 30 Tagespflegestellen). In der Vergangenheit war es immer wieder zu vereinzelten Vorstößen zur Verbesserung dieser Mängel gekommen, getragen meist von engagierten Eltern. Die gewonnenen Erfahrungen im Umgang mit Behörden und Politikern wurden jedoch bisher nicht weiterverbreitet. Die „Elterninitiative für Kleinkindgruppen“ war Anfang letzten Jahres u.a. daran ausmündig geworden, daß die „Elterninitiative für Kleinkindgruppen“ war Anfang letzten Jahres u.a. daran ausmündig geworden, daß

Gegenseite, uns an der pädagogischen Front gegeneinander auszuspielen, nach dem beliebigen Motto der Jugendbehörde: Bremen hat sich nun einmal entschieden, nicht die Krippen auszubauen, sondern die Tagespflegestellen zu fördern. Wir mußten aber gerade erkennen, daß dies Argument nur vorgeschoben ist - die Tagesmütter müssen nach wie vor mit einem lächerlichen „Verdienst“ vorlieb nehmen, sie sind nicht sozial- und unfallversichert - und daß Bremen sich keineswegs um den Ausbau der Tagespflege bemüht hat.

Die sehr lebhaft geführte Diskussion ging dann noch um die Frage, inwieweit man überhaupt Mittel vom Staat fordern soll und ob man sich damit nicht total dem staatlichen Einfluß ausliefe. Manche haben in den Behörden einen einzigen feindlichen Komplex, den man am besten so weit wie möglich von sich und seinen Kindern fernhalten sollte.

Die Vertreterin der Hamburger Finkenau setzte dem die Notwendigkeit fernhalten sollte

Die Vertreterin der Hamburger Finkenau setzte dem die Notwendigkeit entgegen, die berechnete Förderung nach finanzieller staatlicher Unterstützung auch aktiv einzuklagen. So haben mittlerweile 5 Hamburger Babyinitiativen nach zähem Kampf Pflegetage zwischen 640 und über 900 DM pro Kind und Monat erreicht. Außerdem liegen inzwischen gute Erfahrungen vor mit dem gezielten Ansprechen von einzelnen Bündnispartnern in den Behörden und Parteien selbst, die durchaus für die Sache der Kleinkinderinitiativen zu begeistern sind und ihnen z.T. wertvolle Unterstützung geben. Natürlich lassen sich die Initiativen nicht in ihr pädagogisches Konzept reinreden, aber die frontale behördliche Anerkennungsprozedur, die deutliche und hypokrische Abnahme usw. müsse man schon durchstehen.

Es waren also ziemlich kontroversen zu verzeichnen, die erfreulichen und solidarischen Ausgetragenen wurden. Einigen der von vielen geäußerten Absicht, ab sofort mit Öffentlichkeitsarbeit zu beginnen, evtl. einen Dachverband zu gründen, eine große Veranstaltung mit verantwortlichen Behördenvertretern zu organisieren, kam es noch nicht zur Verabschiedung eines von der Initiative DKW entworfenen Offenen Briefes zur Öffentlich-Machung der Kleinkindmiserie in Bremen.

Vereinbart wurde aber eine engere Zusammenarbeit mit dem Ziel, eine Bestandsaufnahme zur Ermittlung des Bedarfs zu machen, Erfahrungen aus der Babygruppen-Arbeit auszutauschen, Möglichkeiten für juristische Schritte zu erkunden. Am 28. März soll ein Abend mit pädagogischen Fachleuten veranstaltet werden zum Thema „Kleinfamilie oder Gruppen-erziehung für Kleinkinder?“

Nach einem Bericht von zwei Kinderfreundinnen im Bremer KB

Obgleich es im KB schon einen lang anhaltenden „Babyboom“ gibt, kann von einer freundlichen Haltung der Genossen gegenüber dem Kinderkrieg keine Rede sein. Da ich nach drei Jahren mein zweites Kind erwarte, kann ich gut beurteilen, welcher „Fortschritt“ in der Haltung der Genossen besteht.

Zugegeben, die größten Inversitäten wie einfaches Verrückter-erklären, sofortiges Nennen von Abtreibungsmedikamenten bei Erwähnung der Schwangerschaft, offen bekundete Kinderfeindschaft usw. sind nicht mehr anzutreffen. Oder besser gesagt:

Die Vertreter solcher Positionen sagen sie nicht mehr laut - na, immerhin.

Geblienen ist eine weitverbreitete Verständnislosigkeit und daraus resultierend eine rücksichtslose Haltung, die schwer zu ertragen ist. Aber sie soll ja auch nicht ertragen, sondern verändert werden!

## Verständnislosigkeit

Da immer mehr Genossinnen Kinder bekommen, hat sich offenbar eine schulterzuckende Haltung breitgemacht, daß das wohl hingenommen werden muß. Bei mir geht die Frage aber schon wieder los: „Warum denn, du hast doch schon eins?“ Daraus läßt sich schließen, daß eine merkwürdige Vorstellung über die Gründe des Kinderkrieges besteht. Manche halten das wohl für eine Art sportlichen Ehrgeiz der Genossinnen, die beweisen wollen, daß sie das auch noch „schaffen“, oder schlicht für Fortpflanzungs- und Mutterinstinkt, oder - immer sehr beliebt - Entpolitisierung und Rückzugstendenzen.

Damit machen es sich die Genossen recht leicht, denn interessanterweise habe ich noch nie erlebt, daß wirklich ernsthaft nachgefragt wurde.

Wenn ein Genosse verkündet, er wolle seine Wohnung oder gar seine Arbeit wechseln, kann er sicher sein, überall nach dem Warum befragt zu werden. Seine Pläne werden hinterfragt, diskutiert, oft sogar auf Zellen-sitzungen: die persönlichen, politischen, finanziellen Aspekte werden bedacht; kurzum, wenn er sich dem nicht willentlich entzieht, wird ihm Kritik und Unterstützung zuteil. Eine Schwangerschaft, die häufig eine weit-ausdehnendere Veränderung bedeutet, wird hingegen als „Privatsache“ angesehen, und die Genossin muß um solche Debatten hart kämpfen.

Offensichtlich laufende Diskussionen dann auch nur auf eine Verteidigung hinaus, daß dabei ihre Probleme und Ängste unter den Tisch fallen, ist klar.

Wie kann ich mit Leuten, die gleichgültig bis scheel Blick auf meine „nicht-öffentlichen“ Taten werfen, klar kommen?

Wie kann ich mit Leuten, die gleichgültig bis scheel Blick auf meinen wachsenden Bauch werfen, darüber reden, ob die Entscheidung für das Kind richtig ist, wie sich die Umgestaltung auf meine politische, persönliche, finanzielle Situation auswirken wird, wie dies oder jenes in der Kind-erninitiative anzupacken ist, wie die Probleme zu bewältigen sind, die sich aus der Schwangerschaft ergeben - im Verhältnis zum Freund, zum Kind, zur WG usw.

Den Mut dazu bringt wohl kaum einer auf, angesichts der Haltung: du wolkst es, dein Problem, selbst Schuld! Oft glaubt frau das selber schon und wird immer anspruchsvoller.

Zur Verdeutlichung möchte ich darauf hinweisen, daß ein solches Koma innerhalb der Organisation im wahren Sinne des Wortes tödlich wenn es schon sein muß - das Kinderkriegen ohne das geringste Aufhebens zu erledigen ist, vor allen Dingen, ohne meine „politischen Verpflichtungen“ zu vernachlässigen, hatte eine Genossin den recht eindeutigen Warnungen ihres Körpers nicht nachgegeben und eine Fehlgeburt erlitten.

Selbst die einfachste menschliche Anteilnahme geht den Genossen leider ab. (Da bilden allerdings die Genossinnen vielfach eine Ausnahme).

Der Unterschied zu meinen übrigen „normalen“ Mitmenschen ist dabei auffällig. Die fragen nämlich nach wie es mir geht, die Kollegen lassen mich nichts mehr fragen mit den Kolleginnen kann ich über Kinderkriegen, Stillen und Erziehung schwatzen und streifen, die Kinderinitiative hat mich vom Putzdienst befreit und was dergleichen Freundlichkeiten mehr sind.

Anfangs hatte ich Schwierigkeiten, solche Unterstützung nicht zurück-zuwiesen, weil es mir übertrieben erschien. Inzwischen denke ich, daß nicht meine Kollegen besonders nett, sondern meine Genossen und Mitstreiter besonders unnett in der Frage sind.

## Rücksichtslosigkeit

Nicht nur, daß sich die Genossen über die körperlichen, seelischen und praktischen Veränderungen einer schwangeren Genossin keine Gedanken machen, sie sind auch bei Kenntnis der genaueren Sachlage meist zu einer Rücksichtnahme oder gar Unterstützung nicht bereit. Bei mir liegt der Fall so, daß (nicht nur wegen der Kinder) eine Umstrukturierung der WG nötig ist. Zwei Erwachsene ziehen aus, eine mit Kind ein, so daß wir drei Erwachsene mit drei Kleinkindern werden.

Letztlich wird das für alle Teile eine gute Regelung sein. Erleichtert ist aber, daß der Übergang sehr schwer sein wird. Ein Kind, das sich von zwei alleinstehenden Bezugspersonen trennt, mit zwei „Geschwister“ fertig werden muß, zudem mit einer Mutter, die plötzlich einen Säugling hat, das andere Kind ist ein Pflegekind, daß außer einer unerfreulichen Vergangenheit noch die Trennung von seinen Eltern überwinden muß und sich auf eine völlig neue Umgebung einstellt. Nicht zuletzt müssen die Erwachsenen sehen, wie sie miteinander klar kommen. Unter diesen Umständen ist es keineswegs ein Luxus, sich verstärkt mit Erziehern, Freunden etc. auseinanderzusetzen. Solche „Plauderstündchen“ dienen nicht nur der Bewältigung praktischer Aufgaben (das wird noch anerkannt), sondern haben auch den Sinn, sich die nötige persönliche Stabilität und Unterstützung zu schaffen, um das alles bewältigen zu können. (Schaden läßt sich nicht übriggens auch gerade).

Hinzu kommt, daß unsere Kleinkinderinitiative völlig neu aufgebaut wird und ich großes Interesse daran habe, daß daraus eine gute Sache wird, zumal ich eine der ganz wenigen in der Gruppe bin, die schon Initiati-venerfahrung haben (beinahe hätte ich jetzt begründet, warum ich an der Mitarbeit Interesse habe. Ob man das eine Genossin, die in einer Frauengruppe mitarbeiten will, auch fragen würde, zumal sich dort rund 20 „angeklagte“ Leute befinden?).

Kinder-Initiativen stehen unter Erfolgszwang, sie können sich nicht ohne weiteres auflösen, weil die haben Kinderchen, die auch nicht einfach auflösen; es müssen also geeignete Räume (uff) gefunden werden, Friseur und Minikonsens. Die Diskussionen über so etwas „Intimes“ wie Kinder sind weitaus schwieriger als z.B. in einer Umweltschutz-Bl.

Nicht nur gegen Mutterideologie u.a. muß angekämpft werden, auch gegen eine Prinzipienlosigkeit, die aus dem Druck entsteht, unter dem besonders die Frauen stehen, weil ihre ganze Lebensführung und Emanzipation von dem Gelingen des Projektes abhängen.

ganze Lebensführung und Emanzipation von dem Gelingen des Projektes

## Wohngemeinschaft mit Kindern

Beim Durchblättern der „TAZ“ und anderer linker Publikationen - der AK bildet da eine positive Ausnahme - gewinnt man/frau den Eindruck, daß die „Linke“ nicht mit Kindern lebt. Die positiven Ansätze aus den 60er Jahren, aus denen auch die Kinderladenbewegung resultierte, scheinen völlig in Vergessenheit geraten zu sein. Die positiven Ansätze bestanden darin, daß die „Kindererziehung“ politisch gesehen wurde und auch dementsprechend öffentlich diskutiert wurde. Inzwischen ist die „Kindererziehung“ wieder weitgehend privatisiert worden, steht man/frau von einigen Projekten ab.

In der Frauenbewegung wird das Thema widersprüchlich behandelt. Entweder wird ein Leben mit Kindern total abgelehnt, oder aber ein „neuer Mutterchaftsmythos“ wird gepflegt. Es wird von der Frau ein Bild als Muttertier aufgebaut, wobei leicht vergessen wird, daß die Frau auch andere Interessen und Ansprüche hat. Es findet kaum eine öffentliche Diskussion über Fragen statt wie z.B. In welcher Form kann ich meine politischen Ansprüche in der „Kindererziehung“ verwirklichen? Schließt ein Leben mit Kindern ein politisches Engagement aus, oder sollte es nicht gerade umgekehrt dieses begünstigen? Und wenn ja: Wie läßt sich das realisieren? Wie kann frau die „Kindererziehung“ vergesellschaften und welche Rolle soll dabei der Mann zukommen? Oder muß die „Erziehung“ weiter die Sache nur der Frauen bleiben?

Eine Möglichkeit, mich mit einer kollektiven „Erziehung“ auseinanderzusetzen und sie zumindest ansatzweise zu verwirklichen,

Neben dieser ideologischen ist natürlich eine Unmenge praktischer Arbeit zu erledigen, die aus Zeit- und Geldgründen häufig nicht den Unerfahrenen überlassen werden kann.

Außerdem möchte ich natürlich noch den „Arbeiterkampf“ lesen, wichtige Veranstaltungen nicht verpassen, meine Zellennummer nicht nur als Konsument wahrnehmen, des weiteren meine Freundschaften einschließlich meiner Beziehung zum Kind pflegen, mal ins Kino gehen usw.

Vor diesem Hintergrund sind natürlich solche Sprüche wie „Dieser Termin ist so wichtig, du mußt du unbedingt hinkommen“ oder „Du

machst wohl nur noch In-Termin!“ besonders anstrengend.

Das spezielle Problem besteht nämlich darin, daß frau häufig dieselbe Haltung einnimmt, um Himmels willen nicht auf Kind „abfließen“ will usw.

Das führt dazu, daß gegen solche Ansprüche nicht angekämpft wird, letztendlich frau sich aber damit den totalen Stress organisiert (ohne daß es jemandem auffällt), zum anderen zwangsläufig zum „Versagen“.

Bei mir hat das dazu geführt, daß ich in den Bereichen, wo mir die Genossen am wenigsten auf den Füßen stehen, die meisten Abstriche gemacht habe, insgesamt einfach und diskutiert meinen Kram durchziehe. In dieser Position, wenn mich das schlechte Gewissen und die „Versager“ plagen, gerate ich nur noch in Verteidigung, und meine Versuche, die Lage anzusprechen, bleiben recht zaghaft. Mir ist klargeworden, daß ich nicht darum herumkommen werde, die zusätzliche Belastung einer Auseinandersetzung mit den Genossen aufzunehmen, zumal ich auch weiß, daß ich es nicht alleine bin, der es so geht.

Ich schlage vor, daß wir auf dem geplanten „Müttertreffen“ auch über die Situation während der Schwangerschaft sprechen. Außerdem ist mir in diesem Zusammenhang eine Ergänzung zu den „Kindertheorien“ eingefallen, die ungefähr lauten müßte, daß ein Kind schon während seiner Entwicklung das Recht auf Zuwendung hat und daß die Mutter dazu in die Lage zu versetzen ist, sich in Ruhe mit ihm und seiner Zukunftsgestaltung zu beschäftigen.

Meine erste Tochter hat nach der Geburt nur gekotet; nervöser Magen wegen Stress in der Schwangerschaft. Ich will einfach nicht, daß es dem nächsten Kind genauso geht!

PS: Aus Platzgründen habe ich auf Beispiel-Geschichten verzichtet, war sie hören möchte.

M. Hamburg

M. Hamburg

beten neben den Kinderläden und Kinderhäusern Wohngemeinschaften mit Kindern. Inzwischen gibt es schon eine Reihe WG's, die den Versuch unternehmen, die „Kindererziehung“ so zu gestalten, daß alle, die Kinder und auch die „Erwachsenen“ zu ihrem Recht kommen.

Beispielsweise, daß die Kinder nicht nur auf eine Bezugsperson angewiesen sind, womit für alle genug (oder zumindest mehr) Zeit für die jeweiligen Interessen gewonnen wird.

Wir sind eine WG mit zwei Kindern (9 und 13 Monate) und 4 Erwachsenen, leben in einer recht kleinen Stadt und sind somit wohl die einzige WG mit Kindern in Gütersloh. Da es hier auch nicht gerade viele Linke mit Kindern gibt, leben wir entsprechend isoliert. Der Versuch einer Babyinitiative ist schon im Ansatz stecken geblieben, denn obwohl es in Gütersloh keine Kinderkrippe gibt, fanden sich nicht genügend Kinder und Eltern, die Interesse an einer Zusammenarbeit hatten, um das Projekt zu realisieren.

Welche Schwierigkeiten in anderen WG's mit Kindern bestehen, oder was sonst so blüht, ist uns hier (am Rande der Welt) nicht bekannt. Deshalb streben wir mit anderen WG's und sonstigen Betroffenen einen Erfahrungsaustausch an.

Wer daran Interesse hat, möge sich bei uns melden. Wir denken an ein Treffen, aber so ganz klar, wie und was da laufen soll und kann, ist uns das auch nicht.

WG Langer Weg 32, 483 Gütersloh, Tel. 05241/27759







VDS-MV:

## Basisgruppenauszug Geändert hat sich nichts

Vom 21. - 24. Februar fand in Münster die 5. ordentliche Mitgliederversammlung (MV) der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) statt. Für die vier Koalitionsfraktionen - Jusos, MSB, SHB und LHV - stand das Ergebnis wie immer bereits vorher fest, noch vor Abschluß wurde von ihnen bereits die „weitere Konsolidierung“ des studentischen Dachverbandes propagiert.

Die MV stand zu Anfang ganz im Zeichen einer grundsätzlichen Kritik der Basisgruppenfraktion an der bisherigen Arbeit der VDS. Die BG-Fraktion verließ die Mitgliederversammlung; die weitere Debatte auf der MV brachte kaum Ergebnisse, die für die praktische politische Arbeit an den Hochschulen von Bedeutung sein werden.

### VDS sollen sich gegen alle etablierten Parteien erklären

Die Stimmvergabe, ansonsten Streikpunkte Nummer 1 zwischen den Fraktionen, verlief dieses Mal ungewöhnlich glatt. Selbst der Tübinger USIA (unabhängiger »ASIA«, gestellt von Basisgruppen), dem letzten Jahr nach langwieriger Diskussion die Teilnahme an der MV verweigert wurde, wurde das Stimmrecht erteilt.

Die zentrale Auseinandersetzung lief um eine Erklärung der Basisgruppenfraktion, die einige Basisgruppen gemeinsam mit dem BG-Vertreter im Vorstand der VDS, Ali Schmeisser, schon 14 Tage vorher auf einem Seminar in Tübingen als Marschrichtung für die Basisgruppen ausgegeben hatten.

In dieser Erklärung heißt es u.a.: 1. »Die Viererkoalition aus MSB, SHB, Jusos-HSG und LHV ... machte sich während der vergangenen Legislaturperiode hauptsächlich daran, Auftragsarbeit für die sozialliberale Koalition im studentischen Sozialbereich und der Durchsetzung kapitalistischer Studienreformpläne zu betreiben.«

2. »Die BG-Fraktion macht eine weitere Mitarbeit in den Organen der VDS (d.h. in der MV, im Zentralrat und im Vorstand - Anm. AK) von einer Grundsatzklärung der 3. o. VDS-MV gegen alle etablierten Parteien abhängig.«

Die VDS sollen die Studenten zu einem »Protestwahlverhalten« aufrufen.

Diese Erklärung erzeugte jedoch nicht nur in den anderen Fraktionen einen Wutsturm, sie war auch unter den Basisgruppen selbst umstritten. Auch hier wurde kritisiert, daß dies einer politischen Erpressung der übrigen Fraktionen gleichkäme, die sich per Grundsatzklärung bestimmt nicht zu revolutionärer Politik zwingen lassen würden.

Man muß wissen, daß innerhalb der VDS alle relevanten politischen Strömungen der Studentenbewegung vertreten sind. Entsprechend ist der Vorstand als Ausdruck eines Bündnisses zwischen den verschiedenen Fraktionen zusammengesetzt. Er wird gestellt von jeweils einem Vertreter der Jusos, des MSB, des SHB, des LHV und der Basisgruppen.

Von der VDS-MV eine Absage an alle etablierten Parteien zu verlangen, hieß also Jungsozialisten, SHB und LHV, evtl. auch den MSB, zu einem Abschwurf von ihren Mutterparteien zu nötigen. Dieser Versuch einer politischen Erpressung ist bisher einmalig; nicht einmal die Jusos haben bisher versucht, eine Erklärung gegen die DKP oder die Alternative Wahlbewegung oder gar für die SPD zu erzwingen. Die weitere Mitarbeit von einer solchen Voraussetzung abhängig zu machen, stellt den »Solidarität«-Charakter des studentischen Dachverbandes generell in Frage.

### VDS - bedeutungslos?

Vergessen werden darf dabei keinesfalls, daß es in der letzten Zeit immer wieder die Politik der anderen vier Fraktionen war, die die Basisgruppen gezwungen hat, zu überlegen, ob eine weitere Mitarbeit in den VDS ihrerseits überhaupt sinnvoll ist. Zu sehr sind die politischen Arbeitsansätze der Basisgruppen - Solidarität mit den Studentenschaften in Baden-Württemberg (gegen die Liquidierung der verfallenen Studentenschaft), Anti-AKW Politik, Rock gegen Rechts, ... - von

den anderen Fraktionen lediglich als taktische Manövermanie des Verbandes mißbraucht worden. Bereitschaft zu einer gleichberechtigten Zusammenarbeit haben die anderen Fraktionen nie erkennen lassen. Maßgeblich ist für sie immer nur die Profilierung des eigenen Verbandes. Die Basisgruppen waren lediglich erwünscht als linkes Feigenblatt und als Alibi für die Juso-Hochschulgruppe, deren Mutterpartei ihre Zöglinge wohl nicht gerne in einem von der Politik des MSB bestimmten Verband sehen würde. Über diese Funktionen hinaus sollten die Basisgruppen keine Bedeutung haben, was sich u.a. an den ständigen Versuchen zeigt, die Stimmzahl der BG-Fraktion zu schwächen, indem man einfach einige ihrer Ästen nicht als legitimierte Vertretungen anerkennt.

Mit dieser Politik haben die vier Koalitionsfraktionen sich hauptsächlich verantwortlich dafür gemacht, daß die VDS von einer Mitgliederversammlung zur anderen immer mehr ins Abseits geraten, daß sie heute für die Politik vor Ort so gut wie keine Bedeutung mehr haben.

Wieder einmal wurde dieses Jahr ein »Aktionsprogramm« verabschiedet, welches sich in seinen Grundzügen nicht vom letzten unterscheidet und das auch schon keine Bedeutung an den Hochschulen selbst hatte.

Es werden darin Aussagen gegen Strauß, gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen zunehmend bildungs- und gewerkschaftsfremde Politik, für Abrüstung und Entspannung getroffen. Es wurde beschlossen, sich an Kundgebungen zum 8. Mai und zum 1. September zu beteiligen, ein von Berni Engelmann und Reinhard Kohn unterstützter antifaschistischer Kongress im Mai soll unterstützt, ein Studentenfestival veranstaltet werden. Die politischen Einschätzungen und Vorschläge dieses Aktionsprogrammes und zu einem Teil sehr kritikwürdig, zum anderen Teil sehr richtig wie sie allgemein sind. An den konkreten Schwierigkeiten der Studentenbewegung, an der praktischen Politik vor Ort, ging die ganze Diskussion mal wieder völlig vorbei. Unabhängig von der aktuellen Lage, von der mehr oder weniger offensichtlichen Radikalität aller Strömungen in der Studentenbewegung, wird diese oder jene Aktion und Resolution verabschiedet. Mit keinem Wort wurde z.B. erwähnt, daß im März in der Studentenbewegung, wird diese oder jene Aktion und Resolution verabschiedet. Mit keinem Wort wurde z.B. erwähnt, daß im vergangenen Semester der Aufruf der VDS für einen nationalen Streik der Lehrstudenten fast ungehört verhallte.

Angesichts dieser Lage ist es absolut absurd, wenn die »UZe (26.2.)« frohgemut verkündet: »Zwei Wörter machten auf der Mitgliederversammlung ... die Runder: konstruktiv und ernsthaft«. Sie bringen die Herangehensweise der Vertreter der 800.000 Studenten an die Formulierung der nächsten Aufgaben des nationalen Studentenverbandes auf dem Begriff »Daß der allergrößte Teil dieser 800.000 Studenten über Aufgaben und (In-)Aktivitäten der VDS nicht einmal informiert ist, spielt für DKP und MSB keine Rolle.«

Gegenwärtig spielen die VDS allein als Sprachrohr für MSB und Jusos eine Rolle. Aber selbst das gilt nur noch eingeschränkt gegenüber der Presse. An den Hochschulen trägt kein Hahn nach Erklärungen der VDS.

Nur diese Situation macht es erklärlich, daß eine ganze Fraktion auscheiden kann, ohne daß an wirkliche Veränderungen gedacht ist.

Darüber hinaus kann die Aufforderung zum »Protestwahlverhalten« nur als Wahlauffruf für die Grüne Partei verstanden werden. Ali Schmeisser, seit Jahren eine der zentralen Persönlichkeiten innerhalb der Basisgruppen, hat sich engagiert in den Gründungsprozeß der Grünen eingeschaltet. Es gehört dort zu den linken Unterstützern, die für einen massiven Eintritt mobilisiert haben und gegen ein eigenständiges Auftreten der Linken eingetreten sind. Doch die wenigsten der in Münster anwesenden Basisgruppen hatten etwas mit einer einseitig grünen Wahlempfehlung am Hut.

Die Diskussionen in der BG-Fraktion führten zu dem Ergebnis, die Tübinger Erklärung nicht zum Leitfaden des Handelns auf der Mitgliederversammlung zu machen. Es sollte allerdings auf Grundlage einer veränderten Erklärung eine Generaldebatte um die Politik der VDS, ihr Verhältnis zu Staat und Parteien verlangt werden.

Daß diese Diskussion nicht zustande kam, liegt auch an den taktischen Mäßen einer kleinen BG-Gruppe um Ali Schmeisser, die hinter dem Rücken der BG-Fraktion plötzlich eine zusätzliche fünfte Seite zur BG-Grundsatzerklärung in der MV verteilte. Auf dieser Seite wurde wiederum die Teilnahme der BG-Fraktion von einer Ablehnung aller etablierten Parteien durch die MV abhängig gemacht. Einer »Klarstellung« durch Ali Schmeisser, daß diese fünfte Seite nicht zum eigentlichen BG-Antrag gehöre, mochte niemand mehr so rechten Glauben schenken. Die Verwirrung, auch in den eigenen Reihen der Basisgruppen, war perfekt. Der Auszug der BG-Fraktion aus der Mitgliederversammlung wurde dann nicht in der Frage der Zustimmung zu ihrer Erklärung vollzogen, sondern angesichts der offen zur Schau gestellten Taktik der anderen Fraktionen bei der Behandlung dieses Antrags. So erklärten die Jungsozialisten in einem Gegenantrag, daß sie auch gegen den Kapitalismus seien, daß sie eine Diskussion ebenfalls für wichtig hielten und daß man dies im nächsten halben Jahr auch tun solle. So erklärte der MSB, daß er zwar inhaltlich mit den Basisgruppen in vielen Punkten ihrer Erklärung übereinstimme, daß er aber keinen Antrag mit den Basisgruppen gegen die Jusos verabschieden könne.

Ein wirklich ehrliches Bemühen um die politische Linie des studentischen Dachverbandes.

Andererseits auch ein wütlich unruhlicher Abgang der Basisgruppenfraktion ...

Auch die Initiatoren der Tübinger Erklärung mögen ernsthaft angenommen haben, den anderen Fraktionen eine Absage an die bürgerlichen Parteien abringen zu können. Es ist recht offensichtlich, daß es weniger darum ging, eine bestimmte politische Aussage zu erpressen, als vielmehr darum, sich einen Grund für die Aufgabe der Arbeit in den VDS zu schaffen. Im Hintergrund dieses Vorgehens steht zum einen die Tatsache, daß die Schwierigkeiten, in der BG-Fraktion eine gemeinsame Politik an den Hochschulen zu entwickeln in der letzten Zeit eher größer denn geringer geworden sind.

### Weitere Arbeit der Basisgruppen

### Weitere Arbeit der Basisgruppen

Von Beginn an war die Mehrheit der Basisgruppen der Meinung, daß eine Weiterführung der (z.T. nur kommunikativen) Arbeit in den Organen der VDS wie bisher aufgrund der gemachten Erfahrungen nicht in Frage kommt. Allerdings wird die überwiegende Mehrheit weiterhin Mitglied im Dachverband bleiben. Die Arbeit dort soll sich in der kommenden Zeit auf bestimmte Projektbereiche und Fachtagungen konzentrieren.

Daß der Mißbrauch politischer Initiativen der Basisgruppen in den VDS eine wichtige Rolle bei der Einstellung der Vorstandsarbeit spielt, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß bei dieser Entscheidung auch die eigenen Schwierigkeiten der BG-Fraktion eine eigenständige Hochschulpolitik zu entwickeln, Bedeutung haben. Folgende großsprecherischen Erklärungen z.B. von Ali Schmeisser, in der Einfluß auch konkret zurückgegangen. Waren sie früher noch mit bis zu 40 Ästen vertreten, waren in Münster ganze 15 BG-Ästen vertreten.

Die Mängel der eigenen Arbeit machen es für die Basisgruppen lebensnotwendig, einer Diskussion um das weitere Vorgehen der Studentenbewegung und konkrete hochschulpolitische Aktivitäten nicht länger auszuweichen. Die Bestimmung inhaltlicher Positionen insbesondere bezüglich hochschulpolitischer Fragen muß der erste Schritt sein, um die Basisgruppenfraktion wieder zu einem relevanten Faktor an den Hochschulen zu machen. Eine Diskussion am »Neutag« der Fraktion über Sinn und Umfang der VDS, des Aufbaus eines eigenen (grünen?) Dachverbandes, wie von einigen BG-Vertretern favorisiert, wird für eine Reorganisation der Basisgruppen kaum der geeignete Anfang sein. Sie würde ohne vorausgehende Auseinandersetzung mit den Inhalten einer sozialistischen basisorientierten Politik an den Hochschulen über eine formale Ebene weiter nicht hinauskommen und dementsprechend kaum zur Stärkung der Basisgruppenbewegung beitragen.

SSB/Hamburg

## Westberlin: Mehrheit für Basisgruppen-Vorschlag

Eine Urabstimmung über die Satzung für die Verfallene Studentenschaft an der Freien Universität Westberlin brachte eine eindeutige Mehrheit für den von Basisgruppen (BG) und Liberalem Hochschulverband (LHV) erarbeiteten Entwurf für einen Vorschlag stimmten fast 48% der Urabstimmungsteilnehmer 32% stimmten für den Vorschlag von Jungsozialisten und ADS (Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten, SEW-nah), die KHC (Studentenorganisation des KHV) erhielt lediglich 1% der SLH (Sozialistischer Hochschulbund) 17% der Stimmen. Ungefähr 8200 Studenten, also 21,6%, beteiligten sich an der Urabstimmung. Im letzten Jahr hatte die Studentenschaft beschlossen, das »Angebot« des Wissenschaftlers Grotz an der FU wieder eine Verfallene Studentenschaft einzurichten, anzunehmen. Seit einem halben Jahr besteht nun das Studentenparlament, fast ebenso lange laufen die Auseinandersetzungen um die Satzung, die die Grundlagen für die Arbeit der Verfallenen Studentenschaft regeln soll. Während Grotz die Rechte der Verfallenen Studentenschaft ähnlich einschränken möchte wie es an westdeutschen Hochschulen der Fall ist, bestehen die linken Gruppierungen auf einer Satzung und Forderung nach demokratischen Organen und dem Recht dieser Organe das Politische Mandat wahrnehmen zu können. Umstritten ist allerdings unter ihnen die konkrete Ausgestaltung der neuen Satzung, Einigungsversuche erzielen kein Ergebnis, so daß letztendlich drei verschiedene Entwürfe und der SLH Entwurf zur Abstimmung standen.

### Parteiladen oder...

Die Basisgruppen kritisierten am ADS/Juso-Entwurf, daß hiermit nicht nur Rechte und Pflichten der Verfallenen Studentenschaft festgeschrieben werden, sondern die Organe der Verfallenen Studentenschaft per Satzung auf ein ADS/Juso-Minimalprogramm verpflichtet werden sollen.

So schreiben ADS und Jungsozialisten z.B. es sei Aufgabe der Verfallenen Studentenschaft für eine »Ausrichtung der Bildungsinhalte an den von Gewerkschaften und Bürgerinitiativen formulierten Interessen der Bevölkerung Sorge zu tragen. Nach, von der Gewerkschaften kann wohl kaum die Rede sein, weiß doch jeder, daß es zumeist die Gewerkschaften (oder die SLH) sind, die bestimmte Positionen formuliert, welche oft genug innerhalb der fortschrittlichen Bewegung umstritten sind und in der Regel die Unterstützung von SPD-Forderungen ist. Die Festschreibung einer Orientierung auf »die« Gewerkschaften würde im Falle der »Solidarität«-Unterstützung von SPD-Forderungen ist. Die Festschreibung einer Orientierung auf »die« Gewerkschaften würde im Falle der »Solidarität«-Unterstützung von SPD-Forderungen ist. Die Festschreibung einer Orientierung auf »die« Gewerkschaften würde im Falle der »Solidarität«-Unterstützung von SPD-Forderungen ist.

Doch erscheint die - berechnete Kritik der Basisgruppen daran etwas unehrlich, wenn man sich ihren eigenen Entwurf an, in der die Studentenschaft auf eine bestimmte Haltung gegenüber der Sozialdemokratie verpflichtet werden soll. Die Präambel enthält die spezifische Einschränkung der Basisgruppen über die Wiederführung der Verfallenen Studentenschaft als auch eine allgemeine Ablehnung der SPD-Integrationsstrategie, welche als »geschickte Variante bürgerlicher Demagogie« charakterisiert wird. Klar, daß zumindest die Jungsozialisten sich mit dieser politischen Einschätzung einer solchen Einseitigkeit einverstanden erklären können.

Sowohl die Basisgruppen als auch ADS und Jusos gründen andere Vermutungen von vornherein aus dem, was sie über die Satzung an ihre eigene politische Grundhaltung zu binden.

Es scheint schwerzufallen, über den eigenen Basisgruppen- oder parteipolitischen Tellerrand hinauszublicken und die Verfallene Studentenschaft als das zu begreifen, was sie sein sollte: nämlich ein politischer Zusammenschluß einer politischen Gruppe, sondern ein demokratisches forum für die Verfallene Studentenschaft in der Stadt Berlin, wo Herangehensweise verabschiedet die

Voraussetzungen für einen Kampf um politische Funktionen. Verfallene Studentenschaft, es gibt den Herrschenden die Möglichkeit, die einzelnen Gruppen gegeneinander auszuspielen und trägt zur Demobilisierung der Studentenschaft bei. Wer wird schon bereit sein, praktische Solidarität für den Parteienden umgewandelten Gruppierung zu leisten?

### Finanzierung durch den Staat?

ADS/Jusos halten an der bisherigen Praxis fest, die Arbeit der Verfallenen Studentenschaft ausschließlich durch Beitragszahlung der Studenten zu finanzieren.

Demgegenüber haben die Basisgruppen vorgeschlagen, daß die Studentenschaft zur Finanzierung ihrer Organe »beiträgt« und zusätzliche Mittel aus öffentlichen Haushalten gefordert werden. ADS und Jusos lassen bei der Begründung ihrer Variante »Satzungs- und Finanzhoheit seien nur durch Selbstfinanzierung zu erreichen - völlig außer Acht, daß der Uni-Verwaltung auch bei einem Selbstfinanzierungsmodell ausreichende Möglichkeiten gegeben sind, in den Haushalten der Studentenschaft einzugreifen. Und warum sollten die einzelnen Ästen darauf verzichten, eine Finanzierung der Uni-Verwaltung durch den Staat zu fordern, wie es auch die VDS der Dachverband der Ästen schon seit Jahren verlangen. Notwendig ist allerdings, daß der Verfallenen Studentenschaft ein ausreichender finanzieller Grundstock durch eine Beitragszahlung der Studenten zur Verfügung steht, da von staatlicher Seite aller Erfahrung nach kaum etwas anderes zu erwarten ist als eine projektgebundene Unterstützung. Eine derartige Regelung läßt die Basisgruppenentscheidung jedenfalls zu.

### Imperatives Mandat

Für unerlässlich halten die Basisgruppen eine unbedingte Verpflichtung der Organe auf ein imperatives Mandat von Vollversammlungen und Urabstimmungen. An diesen demokratischen Grundraster möchten sich ADS und Jusos keinesfalls binden lassen. Natürlich sind auch sie für ein imperatives Mandat, aber das steht dann so auf: »Der ASIA ist an diesem (im Studentenparlament verabschiedeten) Anm. AK) Arbeitsprogramm, die Beschlüsse der Urabstimmung, des Stages und innerhalb dieser Arbeitsgrundlage (bzw. der Beschlüsse der Uni-VV gebunden.« Die Vollversammlung »führt Beschlüsse über zwingende Weisungen für den ASIA bei von Aktionen, die sein von der Mehrheit der Studentenschaft gewolltes Programm konkretisieren, herbei.« Mit

Weisungen für den ASIA bei von Aktionen, die sein von der Mehrheit der Studentenschaft gewolltes Programm konkretisieren, herbei. Mit anderen Worten, entscheidet sich die Studentenschaft mehrheitlich für Aktionen, die dem ASIA nicht im Programm passen, braucht dieser sich auch nicht daran zu halten. Nur Demagogen können hier noch von einem imperativen Mandat sprechen!

Der Basisgruppenentwurf ist darüber hinaus der einzige, der die Einrichtung autonomer Referate (Referate, die nicht an Weisungen der gesamten ASIA gebunden sind) vorsieht. Dies ist insbesondere für die Frauenbewegung an den Hochschulen von Bedeutung, weil ihr damit das Recht zugestanden wird, ihre Politik selbst zu bestimmen.

### Die »Sozialliberalen«

Beim Betrachten der anderen Satzungsentwürfe muß man dagegen zu dem Eindruck kommen, daß die Verfallene Studentenschaft zu einem Kampforgan umfunktioniert (f) werden soll. Dies hat der SLH keineswegs vor. Den größten Teil seines Vorschlags hat er gleich aus dem Berliner Hochschulgesetz abgeschrieben. Die Konzentration neuergewählter Studentenschaft in der Stadt ist nach diesem Entwurf nicht etwas von den Studenten selbst, sondern von Uni-Präsidenten vorgenommen werden. Ein politisches Mandat steht der Studentenschaft selbstverständlich nicht zu. Finanzierung von Hochschulgruppen, wie z.B. der Alternativen anlässlich der 30. Parteitagen, springen den Rahmen des Gesetzes, was wir studentisch als Vertragsverstoß verstehen. Ein selbstverständliches lehnt der SLH ein imperatives Mandat ab. Vollversammlungen werden aber hauptsächlich an einer Stelle erwähnt: »Für Information über die Arbeit der Studentenschaft und des ASIA kann eine Vollversammlung vom Studentenparlament einberufen werden.«

Der SLH, ansonsten bemüht, sich einen liberalen Anschein zu verleihen, hat sich in dieser Diskussion eindeutig und offen rechts positioniert. 17% der Stimmen für den einzigen rechten Vorschlag sind das eindeutige Attribut an diesen Versuch, die Verfallene Studentenschaft auf staatsrechtlicher Basis zu

(Anm. Alle Zitate aus »Zeitung der Urabstimmung«)

SSB/Hamburg



# Wohin wächst der Baum? Aufrüstung statt Therapie!

Über Innenminister Baum kummiert in Bonn das Motto: „Womit ihm zuletzt redet, bekommt recht“. Nachdem er sich auch zur Drogen-Problematik eine Weile auf liberal zu profilieren versucht, reiste er kürzlich in Begleitung eines Rudels höherer Polizeichargen in die USA und Mexiko und kam als harter Mann zurück. Im Januar meinte er noch: „Vorbeugung, Therapie und Rehabilitation müssen im Vordergrund stehen“ (SPIEGEL, 3/80). Doch jetzt heißt es wieder wie früher: „Die Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität hat für mich den gleichen Stellenwert wie die Terrorismusbekämpfung“ (Presseamt des Innenministeriums, 17.10.79).

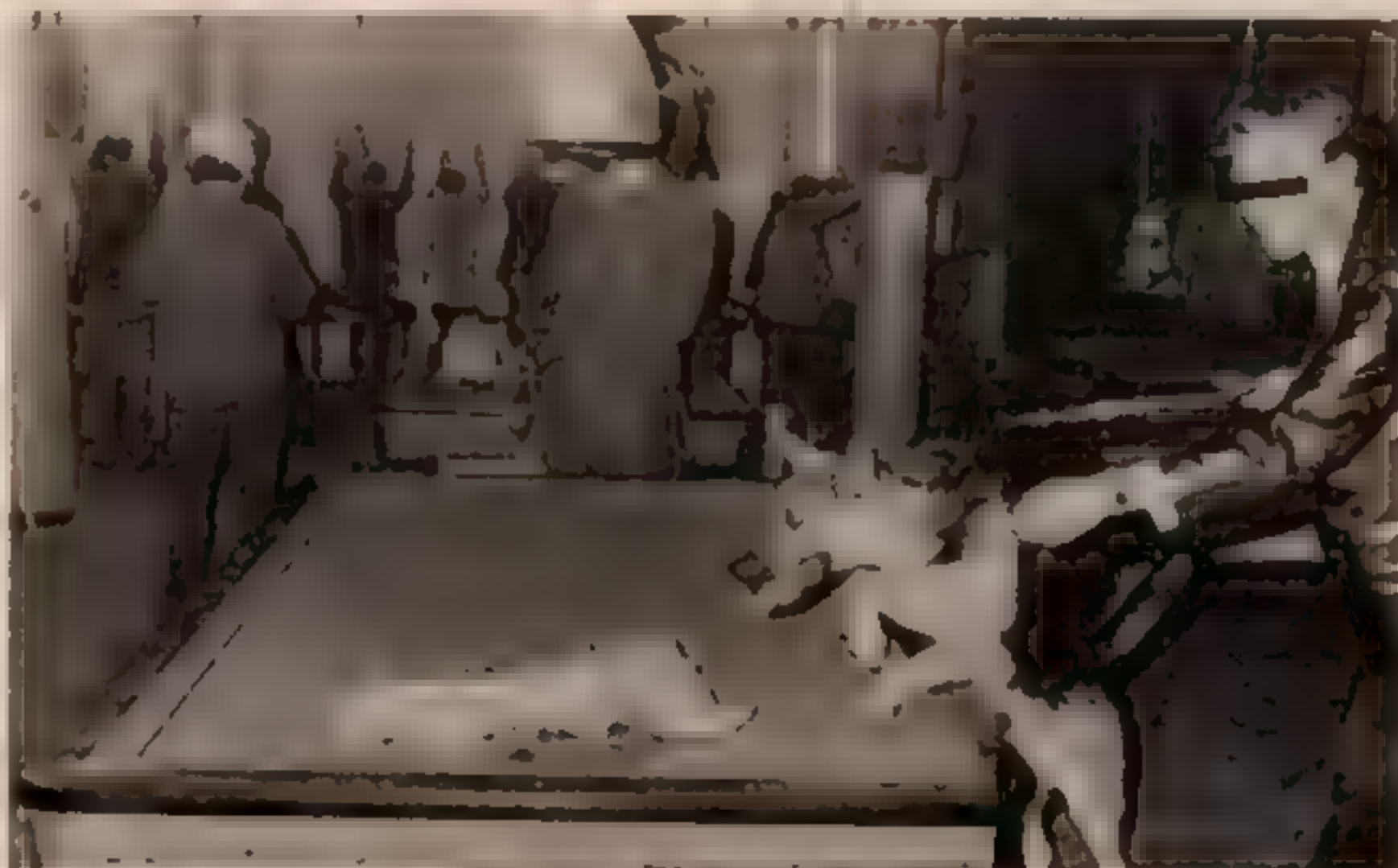
Die Parole, dem internationalen Drogen-Handel das Handwerk legen zu wollen, gilt nicht für die polizeiliche Praxis. Nur ein Promille-Bruchteil der 1979 polizeilich erfassten rund 50.000 Rauschgiftdelikte (Lt. BKA-Jahresbericht, FR, 31.1.80) betraf den Großhandel. Der ist ja auch ein international organisiertes Geschäft, durchwirkt von politischen Interessen und Beteiligungen der Großindustrie, der zuerst einer politischen Durchleuchtung bedarf. Mit polizeilichen Methoden ist ihm nicht beizukommen. Die richten sich fast ausschließlich gegen die Drogenopfer und darüberhinaus gegen den Bürger, dem wieder einige demokratische Rechte beschnitten werden sollen. Dafür liefert die amerikanische Praxis ein Vorbild, wurde das FBI doch in den 20iger Jahren als Apparat gegen den „Anarchismus“ aufgebaut (Sacco und Vanzetti u.a.) und zehn Jahre später im „Kampf gegen das Rauschgift“ um eine weitere Abteilung vergrößert.

## Der lange Arm...

Zur Zentralisierung des Polizeilappars gehören Datensammlungen. Eine heißt „FIOS-Rauschgift“ und umfaßt schon vorigen Herbst 37.000 Datenkomplexe (SPIEGEL, 35/79). Delikte im Zusammenhang mit illegalen Drogen werden dort gespeichert und sind bei Kontrollen ebenso abrufbar wie die Daten aus dem Schwester-Computer TE. Es sind die Fixer und Haschischraucher, die ein weiteres Stück in die Illegalität getrieben werden und bei jeder Kontrolle und Grenzüberschreitung mit Festnahmen und Durchsuchungen zu rechnen haben. Der Großhandel liegt, wenn überhaupt einmal, nur durch gezielte Hinweise der Konkurrenz auf und ist im übrigen so gut organisiert, daß er polizeilich nur äußerst selten erfaßt wird.

Im BKA wird eine Untersuchungsstelle eingerichtet, in der alle beschlagnahmten und durch Spitzel zugebrachten Stoffe auf Zusammensetzung und Herkunft geprüft werden (SPIEGEL, 35/79). Dies soll der Beobachtung regionaler Marktzusammenhänge dienen, ob beispielsweise derselbe Stoff an verschiedenen Orten auftaucht, also auch über ein großes Netz vertrieben wird. Man will auf diese Weise von den Verbrauchern auf die Händler kommen und daraus Rückschlüsse auf die Marktanteile der Produktion aus verschiedenen Ländern ziehen. Bekanntlich werden Pferde ja auch vom Schwanz aufgezäumt; denn zum einen geben schon die bisherigen Untersuchungen der Länder-Rauschgiftdezernate (RD) genügend Anhaltspunkte für die Marktstruktur, haben aber nie auch nur im geringsten zu einer Zerschlagung des Handels geführt, und zum anderen lassen die Informationen der internationalen Rauschgiftbehörden ausreichend Rückschlüsse auf die Produktionskapazitäten der verschiedenen Anbaugelände und ihre Exportländer zu, als daß derartige Puzzles noch einmal nötig wären. Das Ergebnis zeigt dann auch die Absicht: auf Kosten der Länder-Kompetenzen wird das BKA gestärkt, ein weiterer Schritt zur Schaffung einer Bundespolizei.

Das BKA hat noch mehr Grund zur Freude: die Abteilung „Rauschgift“ wird von 38 Beamten im Oktober '79 auf 124 bis Ende 81 vergrößert (nach Bundeslagebericht 10/79). Von derzeitigen Erweiterungen ihres Personalbestandes können die Therapiestellen nur träumen, im Gegenteil, die müssen sogar gegen Schließungen kämpfen. Auch die Kompetenzerweiterung des BGS gehört zum Maßnahmenkatalog der Regierung. An den Grenzen dürfen die Beamten auch ohne konkreten Tatverdacht Personen und Gepäck nach Rauschgift (natürlich nur nach Rauschgift, nach was denn sonst?) durchsuchen (NtUE, 18.10.79). Es ist ja auch sehr wahrscheinlich, daß ein geschätzter Jahresverbrauch von ca. 30-40 t Heroin im



„Die Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität hat für mich den gleichen Stellenwert, wie die Terrorismusbekämpfung“ (Baum im „Spiegel“ 3/80).

Handgepäck ins Land kommt. Darüberhinaus werden die Grenzschützer schon seit 1977 in speziellen Schulungen in die Materie der Rauschgiftfahndung eingeführt (Welt, 25.2.78) und haben damit bald alle Bereiche länderpolizeilicher Arbeit mit im eigenen Programm. Ergebnis: eine umfassend geschulte, zentrale Bundespolizei unter der Kontrolle des Innenministeriums.

Mit dem Drogenproblem wird auch die personelle und materielle Verstärkung der Zollbehörden begründet. Als ihr Dienstherr hat sich Finanzminister Matthöfer mit eigenen Vorschlägen in die Drogendebatte eingeschaltet (FR, 18.10.79). Unter Benützung von Rechenanlagen und Programmen des BKA wird ein Datenystem „Inzoll“ aufgebaut, in der alle Ordnungswidrigkeiten und Straftaten aus Ermittlungen des Zolls rückwirkend ab 1975 erfaßt werden sollen (FR, 24.10.79). Ebenso wie in den Datensammlungen des BKA werden hier fast ausschließlich die Verbraucher und nicht die Händler illegaler Drogen erfaßt, und in diesem Programm zusätzlich alle, die in den letzten fünf Jahren mit beispielsweise etwas zuviel Kaffee oder Zigaretten an der Grenze erwischt wurden.

Auch die Überwachung der „grünen Grenze“ soll verstärkt werden und kleineren Dienststellen an die zentralen Computer angeschlossen werden. Die Sondertruppe der Zollfahndungsdienst zur Überprüfung von Fahrzeugen werden von 65 auf 80 vermehrt (dps - „Hintergrund“, 11.12.79). Zusätzlich wurde von der NRW-Landesregierung eine neue Fahndungskonzeption entwickelt, die „eine verstärkte Zusammenarbeit von Zoll, Autobahnpolizei und Verkehrsüberwachung“ vorsieht und die Überwachung im grenznahen Bereich zu perfektionieren hilft. „Ihr Hauptaugenmerk wollen die Rauschgiftsucher auf fahrende Menschen mit entsprechenden Fahrzeugtypen legen“ (TAZ, 13.2.80).

Als vorläufige Krönung dieser Entwicklung brachte Baum eine Idee aus den USA mit. „Höchst beeindruckt waren die deutschen Drogenfahnder, als ihnen Jensen (Chef der New Yorker Drogenfahndung, Anm. AK) ... seine „Task Force“ beschrieb. Solch eine zentrale Einsatzgruppe, die ohne Rücksicht auf Zuständigkeiten aktiv werden kann, wünschen sie sich auch. Denn oft genug behindern Länderinteressen eine wirkungsvolle Arbeit. Prompt erklärte sich Baum bereit, seine Kollegen in der Konferenz der Innenminister für eine Art deutsche „Task Force“ zu erwärmen“ (SPIEGEL, 3.3.80).

Die Innenministerkonferenz hat bereits seit vorigem Jahr eine Arbeitsgruppe „Rauschgift“ unter dem Vorsitz von Baden-Württemberg Innenminister Stümper eingerichtet. Der Vorschlag einer weiteren Art GSG wird da gewiß auf Zustimmung treffen.

## Modell D - weltweit

Im internationalen Rahmen heißt die Überchrift „Einflußnahme auf Anbau- und Transitländer“. Dementsprechend werden die angeblichen Haupttransitländer auf dem Balkan verstärkt in die Vorführung mit einbezogen. Zu diesem Zweck reisten Baum und Herold im vorigen Herbst nach Belgrad und bekundeten gegenüber ihren dortigen Amtskollegen

den Wunsch nach verstärkter Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung, „vor allem des Terrorismus und des internationalen Rauschgift Handels“ (FR, 2.11.79). Bonn will offenbar die Schluppe vom Frühjahr '79 ausnutzen, als Jugoslawen die 4 RAF-Mitglieder laufen ließ. Jetzt soll technische Hilfe bei der Überwachung des Transit- und Reiseverkehrs in Höhe von einer halben Million D-Mark geleistet werden.

„Ferner wollen BGS und BKA zusammen mit der amerikanischen Rauschgiftbehörde DEA (Drug Enforcement Administration) ein Informationssystem aufbauen, das weit über den Balkan hinaus alle Schmuggelwege kontrolliert. In Wiesbaden oder Paris (europ. DEA-Zentrale bei Interpol, Anm. AK) sollen Spezialisten die Computersysteme verschiedener Länder koordinieren, Informationen weltweit abklären und auswerten. Auf diese Weise sollen internationale Händlerringe überwacht werden, in die gemeinsame Informationszentrale sollen später auch Österreich, Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien mit einziehen“ (nach dps - „Hintergrund“, 11.12.79).

Das klingt nach energiegelassen Maßnahmen, aber es heißt ausdrücklich „Kontrolle“ der Schmuggelwege sowie „Überwachung“ der Händlerringe - und nicht „Zerschlagung“ des Handels. In der Praxis bedeutet es die erweiterte Fortschreibung der bisherigen Arbeit der DEA als „marktregulierende“ Geheimdienstorganisation.

„Da gehen sicherlich die Joins rum“ oder: „Das ist sicherlich ne lustige Kommission“ - so oder ähnlich waren die Kommentare einiger Genossen, als sie aus dem AK erfuhren, daß sich eine Drogenkommission im KB gebildet hat. Die so locker hingeworfenen Sätze machen mindestens zwei Dinge klar: das Problem der Drogenabhängigkeit wird nicht bewußt ernst genommen bzw. es fehlt an Informationen. Und, wird über Drogen gesprochen, hat man/frau - ganz im Sinne der gegenwärtigen Kampagne der Bourgeoisie in den Medien - meist Opiate im Kopf (Heroin, Kokain...) bzw. irgendetwas mit Hasch... Damit wird etwas mitten im Problem.

Abhängigkeit von Drogen - und dazu zählen als Volksdroge Nr. 1 Alkohol (wogegen sich die 80.000 Opiat-Abhängigen/Heroin...) vergleichsweise bescheiden ausnehmen), Tranquillizer (Valium, Librium...) und eben „harte Drogen“ - ist ein Ausdruck zunehmender psychischer und physischer Verfall und es nicht etwa nur „kleine Randgruppen“, sondern großer Teile der Bevölkerung.

In der BRD sind über 10 Millionen Menschen mehr oder weniger von Drogen abhängig. Und in zunehmendem Maße sind es Kinder und Jugendliche. Sie sind wie die Erwachsenen schon gewohnt, aufgrund der kapitalistischen gesellschaftlichen Bedingungen sich ihre Träume zu kaufen: ihr Leben durch ästhetische, systematische Betäubung halbwegs „ertraglich“ zu gestalten, entfremdete Arbeit, Enttäuschung und Hoffnungslosigkeit auf eine glückliche Zukunft, zunehmende Furcht vor Um-

Die DEA wurde 1973 gegründet und hatte von Anfang an keine andere Aufgabe, als dafür zu sorgen, daß möglichst wenig Heroin ins eigene Land kam. Lediglich das Heroin, das von verbündeten Armeen und antikommunistischer Guerillas in Thailand zur Finanzierung amerikanischer Waffenlieferungen auf den Weltmarkt gebracht wurde, mußte aus politischen Gründen in Kauf genommen werden (nachzulesen in „Die Opium Mafia“, Suhrkamp Verlag). Trotzdem versuchte die DEA natürlich, auch dieses Heroin in andere Länder weiterstoßen zu lassen.

Der Beitritt der BRD zum jetzigen Zeitpunkt ist die notwendige Erweiterung des Kartells, gilt es doch, die afghanische und pakistansche Ernte ab Sommer d.J. nicht nach Westdeutschland kommen zu lassen. Obwohl zwar die USA und die BRD die Nutznießer des Kleinkrieges der islamischen Rebellen gegen die Regierung in Kabul sind, wollen sie natürlich nicht die Folgen von deren einzigen Finanzierungsmittel für Waffenlieferungen in Kauf nehmen. Dieses Heroin läßt man lieber in anderen Ländern seine Opfer fordern.

Mit der Koordination der verschiedenen Computerprogramme ist verbunden auch die Überwachung der Reisen deutscher Bundesbürger in Anbauländer und Handelsstädte Asiens verbunden.

## Kampf den Opfern!

Diesen Maßnahmen auf höherer

## Kampf den Opfern!

Diesen Maßnahmen auf höherer Ebene stehen die staatlichen Schritte

zur Seite, die die Süchtigen schon jetzt voll treffen und sich ebenso nahtlos in den Ausbau des Überwachungsstaates einfügen.

Will man schon nicht nach den Hintergründen des Handels fragen, so sollen öffentlichkeitswirksame Einsätze gegen die Szene wenigstens Fahndungseifer vorzutuschen. In Hamburg beispielsweise werden in den letzten Monaten Szenekneipen und -discotheken regelmäßig in kurzen Abständen von Razzien heimgesucht. Zwei wurden letztes Jahr geschlossen, und für andere Großstädte und Bundesländer gilt ähnliches. Trifft dies zwar vorübergehend die Besitzer derartiger Lokale, die am Elend der Süchtigen gut verdienen und zudem meist auch am Handel beteiligt sind, so bedeutet es für die Jugendlichen nur die Zerschlagung ihrer wenigen Treffpunkte und macht sie für sozialtherapeutische Arbeit kaum noch erreichbar.

In Hessen mobilisierte der Innenminister „die letzten Reserven an die Drogenfront“ („Quick“, 45/79). Die Zahl der Rauschgiftsucher bei der Kripo wird bis Ende des Jahres von 70 auf 135 erhöht und bei allen Polizeiprävidien des Landes sollen eigene RD's eingerichtet werden.

Ein anderer Bereich polizeilicher Tätigkeit in der Drogenzone orientiert an die (Anti-) Terrorgesetze. Der Betäubungsmittel-Gesetzesentwurf (a. AK 165) sieht u.a. Strafmilderung bei Aussagebereitschaft vor, beinhaltet also das Kronzeugenprinzip. Ein jüngst in Göttingen bekannt gewordener Fall zeigt, daß die Praxis diesem Gesetz schon längst vorausseilt. Die „Göttinger Stadtzeitung“ schreibt in der Dezemberausgabe des Vorjahres:

„Methoden, die man aus amerikanischen Gangsterfilmen kennt, sind auch in Göttingen nicht ungewöhnlich. Polizeibeamte werden als Dealer in der Szene tätig. Sie nehmen selber Drogen, tätigen Geschäfte mit dem angeblichen Ziel, die großen Dealer zu fangen. Es sind Fälle aus Göttingen bekannt, in denen durch die Polizei erst Drogengeschäfte in Gang kamen, in Größenordnungen, die die kleinen Dealer von Göttingen und der Umgebung von sich aus nicht geführt hätten. Das Ergebnis - nicht für die Polizisten natürlich: hohe Gefängnisstrafen, die sie für ihre bisherigen Geschäfte nicht bekommen hätten“.

Dies ist keine Ausnahme, und auch die anschließenden Sätze sind nur die Einzelfallbeschreibung der allgemein verbreiteten Arbeitsweise der RD's und Staatsanwaltschaften, jeder aus der Szene kann da mit Beispielen dienen.

„Sind dann die kleinen Dealer bei einem Deal überführt, so werden sie

Fortsetzung nächste Seite  
einem Deal überführt, so werden sie

Fortsetzung nächste Seite

# Drogenkommission gegründet

weltzerstörung (AKW), Chemie-, Industrie-Katastrophen, Kriegsgefahr, Konflikte im Beruf (fehlende Berufsperspektive, Jugendarbeitslosigkeit), Schule, Familie, Beziehung sind die Ursachen. Diese „Suchtberuflichkeit“ aufgrund der vom Kapitalismus produzierten gesellschaftlichen Bedingungen wußten deren Urheber schon immer zu gut zu nutzen: mit Drogen wird kritisches Bewußtsein, Wachsamkeit gegen Ungerechtigkeit und Gewalt „betäubt“. Am Alkohol-Pharmak-Konsum (legale Drogen) verdient die Bourgeoisie sich zudem dumm und dämlich und kann zugleich ihren Repressionsapparat ausbauen, gar noch mit dem Aushängeschild, was „Sozialist“ zu tun.

Unter dem verlogenen Motto „Therapie statt Strafe“ und die großen Dealer zu bekämpfen, wird alles andere getan: Drogenknäse, Sonderkommandos a la MEK für den Rauschgiftbereich, neue Fahndungs-Computer etc. Kriminalisiert werden kann jeder, der mal mit ein paar Krümeln Hasch in der Tasche erwischt wird. Ständige Razzien in belebten Jugend-Diskos verpesten das Klima. Zudem wehren sich die Süchtigen, die im Zusammenhang mit Drogen ihren Ruf nach einer „sauberen Jugend“, nach „Rückkehr zu alten bewährten Traditionen“ erklungen lassen. Man meint, das Problem ist vielschichtig.

Die Linke unterschätzt oft das Problem der Abhängigkeit von Alkohol, Tranquillizern, Haschisch, Marihuana, härteren Sachen. Ein letzter Diskussionsanlaß im AK in Form von Leserbriefen zu Alkohol- und Drogenabhängigen war schon zu Ende, als er richtig anging. Es geht

nicht darum, eine „Cuttemple-Bewegung“ von links ins Leben zu rufen. Es geht darum, diesen gemeinen, schleichenden und hinterhältigen und tödlichen Waffen der Bourgeoisie etwas entgegenzusetzen: Information, Bewußtsein, Widerstand.

Aus diesem Grund hat sich die Drogenkommission im KB gebildet, um dazu beizutragen, die oben kurz skizzierten Probleme zu untersuchen und kontinuierlich darüber zu berichten.

Gegenwärtig arbeiten wir zu dritt in der Drogenkommission. Die Aufgaben sind von uns allein selbstverständlich nicht zu bewältigen. Weder vom Fachwissen her noch von den Kräften. Daher würden wir uns über Unterstützung sowohl von Genossinnen (auch an überregionale Arbeit ist gedacht und erwünscht!) als auch von Interessierten sehr freuen. Auch wer zu Teilaspekten arbeiten will, ist herzlich eingeladen. Gut wäre es, wenn auch (ehemals) Alkohol-, Tranquillizer-, Drogenabhängige Interesse hätten, bei uns mitzuarbeiten.

Außerdem wollen wir zu in diesem Bereich arbeitenden Projekten, AG's, Alternativen, Initiativen und Personen Kontakt aufnehmen, Material, und Informationen sowie Artikel austauschen.

invierte Adresse

Drogenkommission  
KB/Hamburg  
c/o Redaktion Arbeiterkampf  
Lerchenstraße 71  
2000 Hamburg 50





Modell „Sing-Sing“: Davon träumt der Minister bei seinen Gedanken zu „Therapie statt Strafe“.

regelmäßig erpreßt, weiter für die Polizei zu arbeiten mit der Drohung, andernfalls sofort ins Gefängnis zu kommen und mit dem Versprechen, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mache sich bei einem Gerichtstermin bezahlt. Dieses findet natürlich mit Wissen der Staatsanwaltschaft statt, die sogar straffreies Mitführen von Drogen zum eigenen Konsum zuläßt.

Als Lösung der „Drogenverunsicherung“ in bundesdeutschen Knästen werden derzeit Sonderstrafanstalten für Heroinabhängige geplant. In Berlin wurde Mitte Januar eine Drogenklinik mit abgestuften Freiheitsgraden eröffnet („FAZ“, 17.1.80), weitere sind vorgesehen. In anderen Bundesländern haben die Planungen für Drogenknäste ebenfalls schon Konturen angenommen. Für den Neubau des Berliner Frauenknästes wurde u.a. der angeblich nicht zu verhin- dernde Drogenhandel als Begründung für besonders isolierte Therapiebereiche angegeben. Diese sind jederzeit als hochgesicherte Abteilungen auszu- als „Frauen im Knast“, Sept. 79).

## Ein teutsches Wort

Der Begriff „Verberrlichung“ hataus- in die Tätigkeit der Raubgittfah- dung Einzug gehalten: diesmal nicht die von Gewalt, sondern von Betäu- bungsmittelgebrauch. Eigentlich soll dieser Tatbestand erst im neuen Ge- setz als Paragraf gefaßt werden, doch die Praxis ist weißlich schon ein paar Schritte voraus. „Wir wollen mal se- hen, wie weit wir gehen können“, meinte ein Beamter des RD, als er vor ein paar Wochen mit Unterstü- tzung einiger Kollegen der Zollfah- dung einen Stapel Comics und Bücher aus dem Hamburger Headshop, einem Drogenzubehörladen, abschleppte.

Auch ein Berliner Laden und der vor ein paar Wochen mit Unterstü- tzung einiger Kollegen der Zollfah- dung einen Stapel Comics und Bücher aus dem Hamburger Headshop, einem Drogenzubehörladen, abschleppte. Auch ein Berliner Laden und der Nürnberger Volkerverlag waren schon Orte derartiger Beschlagnahmen. Seit Anfang Februar stehen zwei Leitfäden zum Marihuanaanbau auf dem Index der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften („HA“, 9.2.80). Die Begründung liegt nicht in einem Gerichtsbescheid über eine vorausgegangene Aktion folgender- maßen: „Der Drogengenuß wird positiv bewertet als ein Mittel zur persönlichen Bewußtseinsverwei- rung. Getöse gegen Betäubungsmit- telmißbrauch als eine politische Un- terdrückungsmaßnahme verurteilt. Das Motto lautet: Free Grass - Free Yourself - Free the World!“

Nun, wir haben andere Vorstel- lungen über die Befreiung der Welt, aber dies ist nackte Zensur, die jetzt auch diejenigen erfaßt, die bisher noch nicht unter direktem Beschuß des Staates standen. Darüber hinaus bahnen sich hier Beschlagnahmen von Büchern und Zeitschriften an, insbesondere der autonomen Alter- nativpresse, die der „Legalisier- it!“- Kampagne durchaus freundlich gegen- überstehen (z.B. die TAZ), diesmal jedoch nicht offen aus politischen Gründen, sondern vorgeschoben der „Volksgesundheit“ wegen (ein Begriff aus dem BTM-Entwurf).

## ... noch'n Computer

Bei der letzten derzeit noch in Pla- nung begriffenen staatlichen Maßnah- me schließt sich der Kreis zwischen Ausbau des Polizeistaates und direk- ter Illegalisierung der Opfer. In der Kontenrechnung des Gesetzentwurfes tauchen auch 30 000 DM für Einrich- tungen im Bundesgesundheitsamt (BGA) auf. Dahinter verbirgt sich ein Computer, in dem die Durchschriften sämtlicher BTM Rezepte erfaßt wer- den sollen. Nun ist schon seit einiger Zeit das Filchen von Rezepten und die Mehrfachverschreibung durch ver- schiedene Ärzte kaum noch möglich. Ärztinnen und Ärzte, die durch häufige Verschreiben von BTM Rezep- ten auffallen, stehen ohnehin schon unter der Überwachung ihrer Ärztekammern, und Rezeptdiebstähle bzw. -fälschungen haben laut BKA Jahres- bericht 1979 um über 40% abgenom- men („FR“, 31.1.80).

Von den Kammern wird angege- ben, daß Ärzte, die aus „Leichfertigkeit oder ähnlichen Motiven“ Rezep- te ausstellen, unnachgiebig belangt werden sollen („Welt“, 4.1.80). Doch

gegen derartige Helfer der Mensch- heit richtet sich der lange Arm des Staates nur in den seltensten Fällen aus und allein in Hamburg zwei Arztpraxen bekannt, in denen die Betäubungsmittel für die Prostituierten von St. Pauli gegen bares Honorar bereitwillig verschrieben werden, und in anderen Städten läuft es genauso. Dies wird von den Ärztekammern und RD's - sofern es sich in einem überschaubaren Rahmen bewegt - voll gedeckt.

Der Schuß geht in eine ganz ande- re Richtung. Er trifft die Mediziner/- innen, die Süchtigen mit Ersatzmitteln hemterdosieren und so auf privater Ebene das völlig unzureichende An- gebot an Therapieplätzen aufzufüllen versuchen. Allein im Januar fanden Prozesse gegen zwei Ärzte statt, die Süchtigen geholfen hatten und des- halb mit dem BTM-Gesetz in Konflikt geraten waren. Ein Arzt wurde freigesprochen, eine Ärztin zu 4.000 DM Geldbuße wegen Verletzung einer Strafe verurteilt („FR“, 4.1. und 31.1.80). Im gleichen Zeitraum lei- tete die Ärztekammer Schleswig- Holstein manderrechtliche Verfah- ren gegen 30 ihrer Mitglieder ein.

Wenn jetzt auch noch grundsätz- lich alle BTM-Rezepte in einem Com- puter erfaßt werden, wird sich end- gültig kein Süchtiger mehr in ärztli- che Behandlung begeben wollen. Ne- benbei wird dadurch die ärztliche Schweigepflicht unterhöhlt, abge- sehen davon, daß die Menschen, die anderer Krankheiten wegen Betäu- bungsmittel erhalten müssen, auch gleich mitgerastert werden oder ihnen vor lauter Einschüchterung und mangelnder Courage seitens der Ärzteschaft nur minderwertige Medi- kamente verschrieben werden, die nicht unter das BTM-Gesetz fallen.

Unter Vorwand einer Einschränkung und mangelnder Courage seitens der Ärzteschaft nur minderwertige Medi- kamente verschrieben werden, die nicht unter das BTM-Gesetz fallen.

Wir haben nicht ausgeht wegen Drogenmisch, Haben auch in den Knast gesteckt. Wollten wir uns ihr verschert haben, nur hoffen, mich von der Sache befreien. Ich sage Euch, Eure Hilfe war erfolgreich. Durch Essensplan und Beten. Habt ihr Euch offenkundig. Im Knast war im Knast wird Euch. Lügt davor. Drogen verschleiern den Blick. Wer steht ihr nicht vor mir. Ich habe das Kissen geküßt. Aus meinem Hals hat ich die Sprache gestohlet. Ich trauche keine Drogen mehr. Einstecken immer. Ich sage Euch, ich schmecke hier, rieche sie und Mies sie. Ich will keine Drogen. Ich habe die Wahrheit gefunden. Lily (August 1977)

Aus „Einsichten-Press-Kalender“

## Unterm Strich

In der BRD gibt es nach Angaben der Therapieeinrichtungen 80 000 Heroi- nabhängige; in Behörden nennt man hinter vorgehaltener Hand schon die doppelte Anzahl. Alle staatlichen Maßnahmen haben das Problem nur vergrößert und jetzt durch die expan- sive Außenpolitik im Nahen und Mit- tleren Osten zu einer ungeheuren Welle anschwellen lassen. Die Opfer dieser Politik werden in die Illegalität und ihr Ghetto getrieben, aus dem sie unter den derzeitigen Bedingungen keine Aussicht haben herauszukom- men. Schon seit Jahren will dieser Staat den Süchtigen offensichtlich nicht helfen und nutzt darüber hinaus die Gunst der Stunde, mit dem Vor- wand der Bekämpfung des organisierten Handels seine eigene Beteiligung zu verdecken und eine Vielzahl über- wachungsstaatlicher Maßnahmen zu verankern, die ohnehin gut ins Kon- zept passen.

In der Praxis ist aus dem vollkom- men durchlöchernten Taramantischen „Therapie statt Strafe“ längst die Strategie „Fortsetzung der illegal- isierung und persönliche Endlösung“ geworden.

Drogen-Kommission Hamburg

## Bremen: Kaserne für behinderte Auszubildende

Der Reichsbildungsdienst (RBBW) in Bremen ein Bildungswerk (RBBW). Behinder- te, die im RBBW eine Berufsausbil- dung erhalten wollen, leben in einem dem Werk angegliederten „Internat“. Die Situation der Auszubildenden verschärft sich hier fast täglich, die persönliche Freiheit wird durch alle möglichen Kontrollen und disziplina- rischen Maßnahmen ständig einge- schränkt.

- Obwohl die meisten „Insassen“ über 18 Jahre sind, müssen sie um 12 Uhr auf ihrer Etage, spätestens um 23 Uhr in ihren Zimmern sein.
- Besucher müssen sich beim Be- treuer anmelden und um 22 Uhr das Internat verlassen. Einige des Be- treuers unbekannte Besucher müs- sen auf Anordnung der Geschäftslei- tung ihre Personalausweise vorlegen.
- Zur Zeit finden häufig Zimmer- durchsuchungen statt, auch in Ab- wesenheit der Auszubildenden.
- Eine Woche lang (12.2.-18.2.80) führte ein Betreuer halbtägige Rundgänge mit ausführlichen Proto- kollen durch.
- Sexuelle Beziehungen wurden vom Geschäftsführer Weis verbo- ten, einer Schwangeren wurde mit Verweis gedroht.
- Feten dürfen nur mit Erlaubnis und in Anwesenheit zweier Be- treuer stattfinden (Feten finden kaum statt, da nur selten 2 Betreuer gemeinsam abends Dienst haben).
- Übermäßiger Alkohol- und auch Drogenkonsum werden von den Betreuern sofort an die Internatslei- tung gemeldet. Drogenkonsum wird diszipliniert durch Verweise bis hin zu Raucherklößen, anstatt auf die Probleme einzugehen.

Diese Punkte aus einer langen Liste von Bevormundung und Unter- drückung im Internat wurden von Auszubildenden des RBBW in einem anonymen Flugblatt an die Öffent- lichkeit gebracht. Neben der Kritik an den Zuständen im Internat steht die Mauer in der Ausbildung selbst. Erstens werden den Behinderten ziemlich chancenlose Ausbildungs- plätze angeboten (bspw. Büroprakti- ker, Hauswirtschaftlich-technischer

Betriebsleiter usw.). Andererseits ist die Ausbildung gekennzeichnet durch:

- Die rapide steigende Zahl von Auszubildenden, die ihren Lehr- gang vorzeitig abbrechen.
- Der Stundenplan in einer Klasse wurde in 3 Monaten fünfmal ge- ändert.
- Nach insgesamt fünf Kündigungen von Ausbildern im Bürobereich blieben die Stellen durchschnittlich 2-3 Monate unbesetzt.
- Der Unterricht fiel im Bereich der Zahntechnik vier Wochen aus, der Chemielehrer wechselte seit Ausbil- dungsbeginn viermal.
- Für 25 Behinderte im Holzbereich steht nur ein Lehrer zur Verfü- gung. Der Bereich ist zudem mit Außenaufträgen belastet, was zusätz- lich die Ausbildungszeit reduziert.
- Die Hoffnungslosigkeit unter den Mitarbeitern zeigt sich darin, daß es im Internat durch Kündigungen und Umbesetzungen eine Fluktua- tion von 33% gab.

Die Geschäftsleitung hat es abge- lehnt, mit den Auszubildenden über ihre Situation zu diskutieren. Auch der Betriebsrat des RBBW interessiert sich nicht für die Kritik, sondern ver- sucht alles, um nichts an die Öffent- lichkeit dringen zu lassen. In einer in- ternen Mitteilung wird dazu aufgefor- dert, „Kritikpunkte über die Verhält- nisse im RBBW an den Betriebsrat in seiner Funktion als Interessenver- treter der Belegschaft zu richten, wie es bisher auch geschehen ist“. Bisher hat der Betriebsrat aber nichts unter- nommen, um die Zustände im RBBW zu ändern.

Die Reaktion auf die an einem Bau- zeug und an einer Wand des Verwal- tungsgebäudes geäußerte Kritik an den Bedingungen der Behinderten im RBBW Scheinwerfer leuchtet die Umgebung aus, nachts wird das Ge- lände von Mitarbeitern vor befürchte- ten Aktionen abgesichert - wie im Gefängnis!

Behinderten- und Gesundheitskom- mission

## Obdachloser in die geschlossene Abteilung

Weil er „weisse Gedanken zur Welt- verbesserung“ hatte und „gegen alles angehe“ wurde der 30jährige Alfred H. vom Ordnungsamt der Stadt Hildes- heim (bei Düsseldorf) in die Landes- klinik Langenfeld (Rheinland) einge- wiesen. Alfred H. wohnte vorher in einem Obdachlosenasyl, in dem ein- lige Umverlegungen der Bewohner vor- genommen werden wollten. Die Stadt- verwaltung hatte ihm aber mündlich einen Räumungsaufschub gewährt, bis seine Umschulung in Heidelberg beginnen sollte.

Für den 22.1. war der LKW für den Umzug bestellt, Alfred H. wollte gerade mit Kofferpacken anfangen, als bei ihm ein Stadtmann mit 10 Polizisten erschien und ihn aufs Pol- lizeirevier brachte. Während seiner Ab- wesenheit wurde ein Kellerraum mit privaten Gegenständen zwangsgar- niert. Eine Zwangsräumung seiner beiden Zimmer konnte von seiner Braut und einem Sozialarbeiter ge- rade noch verhindert werden.

Vom der Polizeistation wurde H., nachdem er noch seinen Rechtsan- walt informieren konnte, direkt in die Landesklinik gebracht. Die Diag- nose: „Psychose“, „Er sei aus einer verwahrlosten und total verdreckten Wohnung von der Polizei entfernt worden... Er sei unruhig und gehe gegen alles an“ und habe „weisse Ge- danken zur Weltverbesserung“ (aus dem Beschluß des Amtsgerichts). Im Landeskrankenhaus wurde H. mit starken Psychopharmaka behandelt. Allerdings mß das Amtsgericht Langenfeld auch aufgrund der Aus- sage des Stationsarztes keinen Grund zu einer mit Freiheitsentziehung ver- bundenen Unterbringung in einem geschlossenen Krankenhaus! Alfred H. wurde daraufhin wieder entlassen. Seine Umschulung kann er jetzt erst 3 Monate verspätet beginnen.

Diese skandalösen Maßnahmen zeigen erschreckend, wie schnell man/frau in eine geschlossene Anstalt eingewiesen werden kann und dort so leicht auch nicht wieder heraus- kommt, wenn man/frau draußen keine Freunde, Rechtsanwälte usw. hat und auch keine Unterstützung von anderen Leuten bekommt!

Gesundheitskommission

## Nach Hausbesetzung

von anderen Leuten bekommt.

Gesundheitskommission

## Nach Hausbesetzung 101 Ermittlungsverfahren

Die Staatsanwaltschaft München er- mittelt wegen Hausfriedensbruch gegen insgesamt 101 Besitzer des Hauses Blumenstraße 33.

Die Münchner Mietkämpfer sind seit einiger Zeit aktiv. Um auf die ka- tastrophale Wohnsituation aufmerk- sam zu machen, wurde Anfang Januar eine Kirche besetzt und eine Demonstration mit über 300 Teilneh- mern organisiert. Am 22. Februar wurde schließlich ein leerstehendes Haus in der Innenstadt besetzt, das der Stadt München gehört.

Die Vertreter der Stadt, darunter auch der 2. Bürgermeister Ziehmeyer und der Sozialreferent Stitzle, kamen am gleichen Tag noch vorbei, und drohten mit Räumungsklage, da das Haus befallig sei und schon aus Sicherheitsgründen geräumt werden müsse. Einen Tag zuvor war aller- dings beschlossen worden, das Haus für Räume des Stadtplanungsamtes zu nutzen!

Am Morgen nach der Hausbe- setzung kamen um 3 Uhr 400 Bullen und räumten das Haus. Die Besitzer leisteten passiven Widerstand. Von den 101 Anwesenden wurden 51 zwecks Personalienfeststellung festge- nommen, zwei wurden verhaftet, einer wegen „mangelnder sozialer Bindungen“.

Die Münchner Anwälte Arnold und Schneider haben inzwischen Anzeige gegen Oberbürgermeister Kiesel ge- stellt, weil er im Fall Blumenstraße gegen das Gesetz gegen die Zweck- entfremdung von Wohnraum verstos- sen habe, das Haus war früher ein Wohnhaus und jetzt soll es für das Stadtplanungsamt genutzt werden. Die Anwälte schreiben in ihrer An- zeige:

„Dieser Ordnungsvorstoß wirkt um so schwerer, muß gerade als böswillig und gewissenlos bezeichnet werden als es sich um ein Haus der öffent- lichen Hand handelt... Statt daß die Landeshauptstadt München und ihr Oberbürgermeister angesichts des Mißstandes mit gutem Beispiel voran- geht, bedient sie sich der gleichen Machenschaften wie die Bodenapeku- lanten“ (nach „FAZ“, 4.3.1).

Wohnungskommission

## Mit Getöse

brach am 14. Februar dieses Haus in Mainz zusammen und begrub einige PKWs unter sich.

## Mit Getöse

Nur durch einen glücklichen Zufall wurde kein Mensch verletzt. Das Haus war Anfang Dezember zweimal von Studenten besetzt worden, um auf die Wohnungsnot und die verfehlte Senierungspolitik in der Mainzer Altstadt aufmerksam zu machen („TAZ“, 28.2.80). Daraufhin ließ der Senierungsdirektor Dehorne das Haus unbewohnbar machen: Es wurde Wasser in das Haus gepumpt, der Dachstuhl zerstört und Wände und Decken vollständig durchnäßt. Die ehemaligen Besitzer sahen darin die Ursache des Einsturzes. Die Leihmieten saugten sich voll und wurden bleischwer. Offizi- ell sollen die Erschütterungen des Straßenverkehrs schuld sein. Senierungspolitik a la Mainz ...





# Erst Patschkowski — jetzt Danielowski

Steht der Name Patschkowski den Beobachtern der Gewerkschaftszene als Beispiel für diktatorische Disziplinierungsmaßnahmen des IG-Chemie-Hauptvorstandes gegen kritische Mitglieder und Funktionäre, so wird der Name Danielowski schon bald stehen für ein ähnlich rigoroses Verhalten und Welpen des Landesvorstandes von Arbeit und Leben (Aul) Niedersachsen. Danielowski ist seit nunmehr fast vier Jahren hauptamtlicher pädagogischer Mitarbeiter bei Aul Göttingen. Von der Landesarbeitsgemeinschaft Aul ursprünglich eingestellt als Jugendbildungsreferent betraut er jedoch beläufig von Anfang an die Erwachsenenbildung der IGM Göttingen und IG Chemie Verwaltungsstelle Hannover-Münden. Daß eben diese fortgeschrittene Bildungsarbeit dem Landesvorstand ein Dorn im Auge ist, sagt er naturgemäß nicht so offen, ist aber für alle Beteiligten offensichtlich. Wie das in solchen Fällen üblich ist, suchte der niederrheinische Aul-Vorstand zunächst das Haar in der Suppe. Er versuchte seinem Bil-

dungsfreier Referenten mangelnden Arbeitseifer nachzuweisen, schlug aber fehl. Dabei. Als Danielowski dann einmal daran erinnerte, daß er immer noch nicht seiner Tätigkeit entsprechend bezahlt werde, glaubten die Vorstände eine für sie günstige Stunde auszunutzen zu müssen. Die seit Jahren fällige auch formale Übernahme als pädagogischer Mitarbeiter wird abgelehnt, und stattdessen die Vernetzung nach Rieseberg — bei Braunschweig — „angeboten“. Dort würde dringend ein Jugendbildungsreferent gebraucht. Danielowski lehnte dankend ab, und handelte sich prompt eine Kündigung ein. Doch so leicht lassen sich Südniedersachsen-Gewerkschafter einen bewährten Bildungsreferenten nicht nehmen. Als erstes protestierte die Delegiertenhauptversammlung der IG Chemie Papier Keramik (IGCPK) am 19.01.80.

„Die Delegierten der Delegiertenhauptversammlung der IGCPK Verwaltungsstelle Hann. Münden haben mit großer Empörung erfahren, daß

die Landesarbeitsgemeinschaft beschließt, den Kollegen Jürgen Danielowski aus seinem bisherigen Arbeitsbereich Göttingen zu entlassen.“ Die Delegierten verurteilten diesen Schritt der Landesarbeitsgemeinschaft und fordern die auf, ihre Entscheidung sofort rückgängig zu machen. Einstimmig angenommen! Auch die Vorstände von Aul Göttingen Stadt und Land stellen sich hinter Danielowski und der Betriebsrat von Aul Niedersachsen (dessen Mitglied Danielowski ist) widerspricht der Vernetzung/Kündigung. Den Landesvorstand von Aul scheint das wenig zu beeindrucken, er strengt vor dem Arbeitsgericht ein Verfahren gegen seinen unliebsamen Mitarbeiter an. Da der Widerspruch des Betriebsrates nicht so einfach beiseite zu schieben ist, und auch eine Vernetzung zumindest sehr erschwert, will der Vorstand vom Arbeitsgericht festgestellt haben, daß die Wahl des Betriebsrates nicht rechtmäßig war, und daß insbesondere die Wahl des Kollegen Danielowski ungültig ist.

Der Vertrauensleutekörper der Universität Göttingen (ÖTV) erklärt dazu in einer Protestresolution (noch vor dem Arbeitsgerichtsverfahren am 14.02.): „In dem von Aul Niedersachsen e.V. eingeleiteten Beschlußverfahren vor dem Arbeitsgericht sehen wir eine gewollte Behinderung der Betriebsratsarbeit, die exemplarische Bedeutung über Niedersachsen hinaus erlangen kann. Das Ignorieren des Widerspruchs des Betriebsrates gegen die Vernetzung hat bereits eine eklatante Mißachtung des von den Gewerkschaften erkämpften Mitbestimmungsorgans, des Betriebsrats, gemitt.“ Die Begründung, die der Landesvorstand für sein Begehren liefert, ist abenteuerlich. Jürgen Danielowski sei überhaupt nicht bei Aul Niedersachsen beschäftigt, sondern nur vom Bundesarbeitskreis an das Land „ausgeliehen“. Deshalb hätte er auch nicht in den niederrheinischen Betriebsrat gewählt werden können. Kaum zu fassen — aber wahr. Mangel gerichtswertbarer „Belastungsmaterialien“ scheut sich ein gewerkschaftlicher Vorstand nicht, ein sogenanntes Leiharbeitsverhältnis (moderner Sklavenhandel) hoffähig zu machen. Sollte sich diese Ansicht eines Tages durchsetzen, so wären die Referenten bei Aul recht- und schutzlos Handlanger ihrer Vorstände. Die Kapitalisten werden diese Auslegung des Betriebsverfassungsgesetzes von gewerkschaftlicher Seite mit großem Interesse zur Kenntnis nehmen. Diesmal konnten zum Glück vom Beklagten die Anwürfe vom Landesvorstand widerlegt werden, und das Gericht wies die Anfechtung der Betriebsratswahl zurück. Mit Bestürzung reagierten indes die Gewerkschafter aus Göttingen und Hann.-Münden. Die Delegiertenkonferenz der HBV vom 16.02. und die Vertreterversammlung der IGM am 3.3. verabschiedeten weitere Protestresolutionen und Solidaritätserklärungen. Doch sein Vorhaben aufgegeben hat der Aul Landesvor-

stand bisher noch nicht. Weitere Schabietellen sind zu erwarten. Über die Drahtzieher der Affäre läßt sich leider nichts beweisen. In Südniedersachsen pfeifen es allerdings die Spatzen von den Dächern. Da hat der geschäftsführende Hauptvorstand der IG Chemie seine Hände im Spiel, wahrscheinlich die Hände von Hauen-schild persönlich. Das burgerliche Göttinger Tageblatt formuliert das so: „In Anbetracht der Erbitterung, mit der um die Person Danielowski gekämpft wird, erscheint allerdings wichtig zu wissen, daß Danielowski in den vergangenen Jahren hauptsächlich die Bildungsarbeit der IG Chemie betraut hat. Die IG Chemie wiederum hatte im vergangenen Jahr einen ebenso erbitterten Streit mit ihrem geschäftsführenden Hauptvorstand um die Person des Geschäftsführers Ferdinand Patschkowski. Der Geschäftsführende Hauptvorstand der IG Chemie hat seinen Sitz in Hannover, ebenso wie der Landesvorstand von Aul.“ (GT, 19.02.80).

In diesem Bild der Vorstandswillkür von IG Chemie und Aul-Niedersachsen fügt sich ein weiterer Mosaikstein, wenn man (wie die Delegierten auf der letzten Hauptversammlung der IG Chemie Hann.-Münden) erfährt, daß die Verwaltungsstelle nun kein Mitglied zum Beirat mehr entsenden darf. Besonders Interesse verdient wiederum die Handhabung. Es wurde kurz entschlossen der achte Sitz im Beirat gestrichen. Und das, so der Bezirksleiter Adams zu den Delegierten, wärke sich statistisch zuungunsten der Verwaltungsstelle Hann.-Münden aus. In der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung, bei der es pikantes wie gerade um Demokratie und Mitspracherecht der Mitglieder, um Wahl oder Bestimmung der Vertrauensleute und um Beschwerde-recht der hauptamtlichen Funktionäre geht, scheinen die Vorstände nur noch mit der Brechstange „argumentieren“ zu wollen.

KB Göttingen

## GEW-Hessen: Erneuter Warnstreik von Tisch?

Nach der erfolgreichen Arbeitsniederlegung am 13.11.79 ist im hessischen Landesverband der GEW Ähnliches zu beobachten, was wir schon im AK 170 aus Hamburg Landesvorstand kritisierten: Abkühlen der Kampfbereitschaft der Mitglieder, Verzicht auf eine Orientierung auf weitere Kampfschritte und Betätigung der Einheit mit der Bundesorganisation der GEW, die man nicht durch eigenmächtige Kampfschritte gefährden darf.

### Zensur in der HLZ

Mehr als drei Monate wurden die hessischen GEW-Kollegen im Unklaren darüber gelassen, wie es nach der Arbeitsniederlegung am 13.11. weitergehen sollte. Hatte sich die „Hessische Lehrerzeitung“ („HLZ“) in ihrer Dezember-Ausgabe auf eine Berichterstattung über den 13.11. beschränkt, so schwing sich die erste Ausgabe des neuen Jahres (Doppelnummer Jan./Feb. 80) zu diesem Thema völlig aus. Das Schweigen kam nicht von ungefähr. Ein vom Leiter des Referats A (zuständig für Besoldungsfragen) verfaßter Artikel zu den Perspektiven des Kampfes um Arbeitszeitverkürzung wurde vom Landesvorsitzenden Harnischfeger im letzten Augenblick aus der Zeitung genommen. Die Richtung paßte ihm nicht. Der Leiter des Referats A hatte dort als Handlungsperspektive einen bundesweiten Warnstreik aller Lehrer angesetzt, und die Teilnehmerzahl angegeben. Hatte sich die „Hessische Lehrerzeitung“ („HLZ“) in ihrer Dezember-Ausgabe auf eine Berichterstattung über den 13.11. beschränkt, so schwing sich die erste Ausgabe des neuen Jahres (Doppelnummer Jan./Feb. 80) zu diesem Thema völlig aus. Das Schweigen kam nicht von ungefähr. Ein vom Leiter des Referats A (zuständig für Besoldungsfragen) verfaßter Artikel zu den Perspektiven des Kampfes um Arbeitszeitverkürzung wurde vom Landesvorsitzenden Harnischfeger im letzten Augenblick aus der Zeitung genommen. Die Richtung paßte ihm nicht. Der Leiter des Referats A hatte dort als Handlungsperspektive einen bundesweiten Warnstreik aller Lehrer angesetzt und die Orientierung hierauf auch gerade als Aufgabe der Funktionäre angesehen: „Nach der Demonstration der Kampfbereitschaft der GEW-Kollegen am 13.11. in der zünftigen Arbeitsniederlegung kann ein Durchbruch für die 40-Stunden-Woche der Lehrer nur durch einen bundesweiten Warnstreik aller Lehrer erzielt werden (vor den Sommerferien). Es ist Aufgabe des HV und der Landesvorstände, dafür die gewerkschaftlichen Bedingungen und Aktionschancen zu schaffen, die es den Mitgliedern erlauben, in der Mobilisierung für diese einheitliche Kampfkraft ihre eigene Kraft zu

überprüfen. Umgekehrt ist es hierbei auch für die Mitglieder möglich, die Handlungen und die Kampfbereitschaft der eigenen Vorstände zu überprüfen und dies bei der Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftstag und zu den Vorständen auf allen Ebenen zu berücksichtigen.“ In der Begründung für seinen Zensurschritt sah Harnischfeger in diesem Passus „eine realitätsfremde Illusion“ und erwähnte, daß sich „gewerkschaftliche Aktivitäten auf innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen reduzieren“ würden. Aber auch Abschnitte des Artikels, in denen die Politik der sozialdemokratischen Landesregierung kritisiert wird, fanden Harnischfegers Mißbilligung. „Die Beurteilung der Politik der Landesregierung unter Holger Börner führt die GEW meines Erachtens in eine völlige Isolation innerhalb des DGB.“

Der umstrittene Artikel soll jetzt in der März-Ausgabe der „HLZ“ ergänzt um eine „deutliche Distanzierung“ des Landesvorstandes erscheinen.

### Kontroversen im Landesvorstand

Die Freude über Harnischfegers Linie ist dabei selbst im hessischen Landesvorstand nicht ungeteilt. Auf der Sitzung am 31.1. wurde ein Papier, das eine Mobilisierung für einen einseitigen Warnstreik forderte, sofern die Landesregierung nicht auf die Forderungen der Lehrer eingeht, nur mit „Die Beurteilung der Politik der Landesregierung unter Holger Börner führt die GEW meines Erachtens in eine völlige Isolation innerhalb des DGB.“

Der umstrittene Artikel soll jetzt in der März-Ausgabe der „HLZ“ ergänzt um eine „deutliche Distanzierung“ des Landesvorstandes erscheinen.

### Kontroversen im Landesvorstand

Die Freude über Harnischfegers Linie ist dabei selbst im hessischen Landesvorstand nicht ungeteilt. Auf der Sitzung am 31.1. wurde ein Papier, das eine Mobilisierung für einen einseitigen Warnstreik forderte, sofern die Landesregierung nicht auf die Forderungen der Lehrer eingeht, nur mit knapper Mehrheit abgelehnt. Trotz der knappen Mehrheit wurde dann ausschließlich Harnischfegers Linie als Flugblatt für die Mitglieder herausgegeben. Nachdem die Kritik derart unterdrückt wurde, wurde dann ein Flugblatt groß die Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens herausgestrichen. Dabei wird auch vor einer Klitterung der jüngsten GEW-Geschichte nicht zurückgeschreckt: „Die Stärke der GEW am 13. November 1979 lag im einheitlichen Vorgehen des Hauptvorstandes mit den Landesverbänden. Der bundesweite „Aktionsstag“ verhinderte eine Isolierung der Landesver-

bände Niedersachsen, Hessen und Hamburg, die mit der zünftigen Arbeitsniederlegung die Kampfbereitschaft der GEW am deutlichsten zum Ausdruck brachten.“

In Wirklichkeit lag die Stärke der GEW am 13.11. ausschließlich in der Kampfbereitschaft der Kollegen in den drei streikenden Bundesländern, so daß Frister mit seinem Versuch, die Aktion abzuwaschen, nicht durchkommen konnte. In anderen Landesverbänden war von dem „Aktionsstag“ wenig zu hören. Inwiefern z.B. die im Saarland am 13.11. durchgeführte Funktionärerversammlung zum Gelingen der Arbeitsniederlegung beigetragen haben soll, bleibt Harnischfegers Geheimnis. Aber er braucht diese Interpretation des Streiks, um seine jetzige Strategie zu rechtfertigen: „Der Landesvorstand wird in Verbindung mit dem Hauptvorstand und den anderen Landesverbänden alles tun, um diese Einheit zu erhalten bzw. wiederherzustellen.“ In diesem Sinne ist es natürlich logisch, wenn ein kritischer Artikel aus der „HLZ“ herausgeläubert wird, weil ja sonst die Einheitlichkeit mit Frister in der „Erziehung und Wissenschaft“ 2/80 vorgetragenem Abkehr von Arbeitsniederlegungen („Atempause für die Kleinarbeit“) nicht mehr gewährleistet wäre.

### Mitgliederversammlungen für Warnstreik

„Diese Interpretation des Streiks, um meine jetzige Strategie zu rechtfertigen. „Der Landesvorstand wird in Verbindung mit dem Hauptvorstand und den anderen Landesverbänden alles tun, um diese Einheit zu erhalten bzw. wiederherzustellen.“ In diesem Sinne ist es natürlich logisch, wenn ein kritischer Artikel aus der „HLZ“ herausgeläubert wird, weil ja sonst die Einheitlichkeit mit Frister in der „Erziehung und Wissenschaft“ 2/80 vorgetragenem Abkehr von Arbeitsniederlegungen („Atempause für die Kleinarbeit“) nicht mehr gewährleistet wäre.

### Mitgliederversammlungen für Warnstreik

Das letzte Wort in der Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung ist allerdings noch nicht gesprochen. Verschiedene Versammlungen haben sich für eine Orientierung auf einen einseitigen Warnstreik noch in diesem Schuljahr ausgesprochen (z.B. die Vertreterversammlung des Bezirksverbandes Frankfurt am 16.1. sowie die Mitgliederversammlung in Frankfurt am 5.3.). Der am 13.3. tagende Hauptauschuss (Landesvorstand und Vorsitzende der Kreisverbände) wird weitere Beschlüsse fassen.

Ein Hamburger Lehrergenosse

## Tarifnachrichten

### Metal-Tarifkommission gegen Verhandlungsergebnis

Mit 28 gegen 26 Stimmen hat die große Tarifkommission der IG Metall im Bezirk Hessen die Übernahme des in Nordrhein-Westfalen ausgehandelten 6,8 % Abschlusses verweigert. Ein unerwarteter Ausreißer am Ende einer ansonsten reibungslosen und konfliktfreien Tarifeinwanderung. Auf der Ebene der offiziellen Ta-

sich die Tarifpartner auf 6,8 %. Nur die sogenannte „soziale Komponente“ — hier in Form von Verweigerungen gefordert — entfällt völlig.

### ÖTV-Streik für einen Mindestbetrag?

Auf der Bundesjugendkonferenz der ÖTV in Mannheim sprach der Vor-

## Tarifnachrichten

### Hessische Metal-Tarifkommission gegen Verhandlungsergebnis

Mit 28 gegen 26 Stimmen hat die große Tarifkommission der IG Metall im Bezirk Hessen die Übernahme des in Nordrhein-Westfalen ausgehandelten 6,8 % Abschlusses verweigert. Ein unerwarteter Ausreißer am Ende einer ansonsten reibungslosen und konfliktfreien Tarifeinwanderung. Auf der Ebene der offiziellen Ta-

sich die Tarifpartner auf 6,8 %. Nur die sogenannte „soziale Komponente“ — hier in Form von Verweigerungen gefordert — entfällt völlig.

### ÖTV-Streik für einen Mindestbetrag?

Auf der Bundesjugendkonferenz der ÖTV in Mannheim sprach der Vorsitzende Kluncker davon, daß nach dem Stimmungsbild der Mitglieder „es keinen Tarifabschluß ohne einen nennenswerten Mindestbetrag geben werde.“ Und daß, wenn man dieses Ziel ernst nehme, man sich auf einen Arbeitskampf vorbereiten müsse. Erwartungsgemäß hat die Tarifkommission die vom geschäftsführenden Hauptvorstand ausgegebene Forderungsempfehlung (9 % mehr Lohn und Gehalt, mindestens jedoch 180 Mark) unverändert übernommen. Die nach der Vorstandsempfehlung auf Betriebs- und Mitgliederbene aufgestellten Forderungen (diese lagen durchweg höher und orientierten stärker auf einen reinen Festgelddbetrag) fielen wie üblich unter den Tisch. Spitzenreiter war hier die Vertrauensleutekonferenz Kreis Neckar-Alb mit einem Festgelddbetrag von 340 Mark!

### Weitere Tarifforderungen:

Die IG Bau-Steine-Erden verlangt für die 1,1 Mill. Beschäftigten in diesem Bereich eine Erhöhung der Löhne und Gehälter von 9,5 % Ebenfalls 9,5 % fordert die IG Druck und Papier für die rund 180.000 Beschäftigten. Außerdem wird eine überproportionale Anhebung der unteren Lohngruppen angestrebt. In der ersten Runde für die Beschäftigten im Bankgewerbe boten die Unternehmer eine Anhebung der Gehälter um 5,5 %. HBV und DAG fordern hier 8,5 % sowie strukturelle Korrekturen. Kommission Betrieb und Gewerkschaft

## Lehrstück des DGB-Landesvorstandes Westberlin:

## Wie bügelt man eine Unterschriftensammlung gegen türkische Faschisten ab?

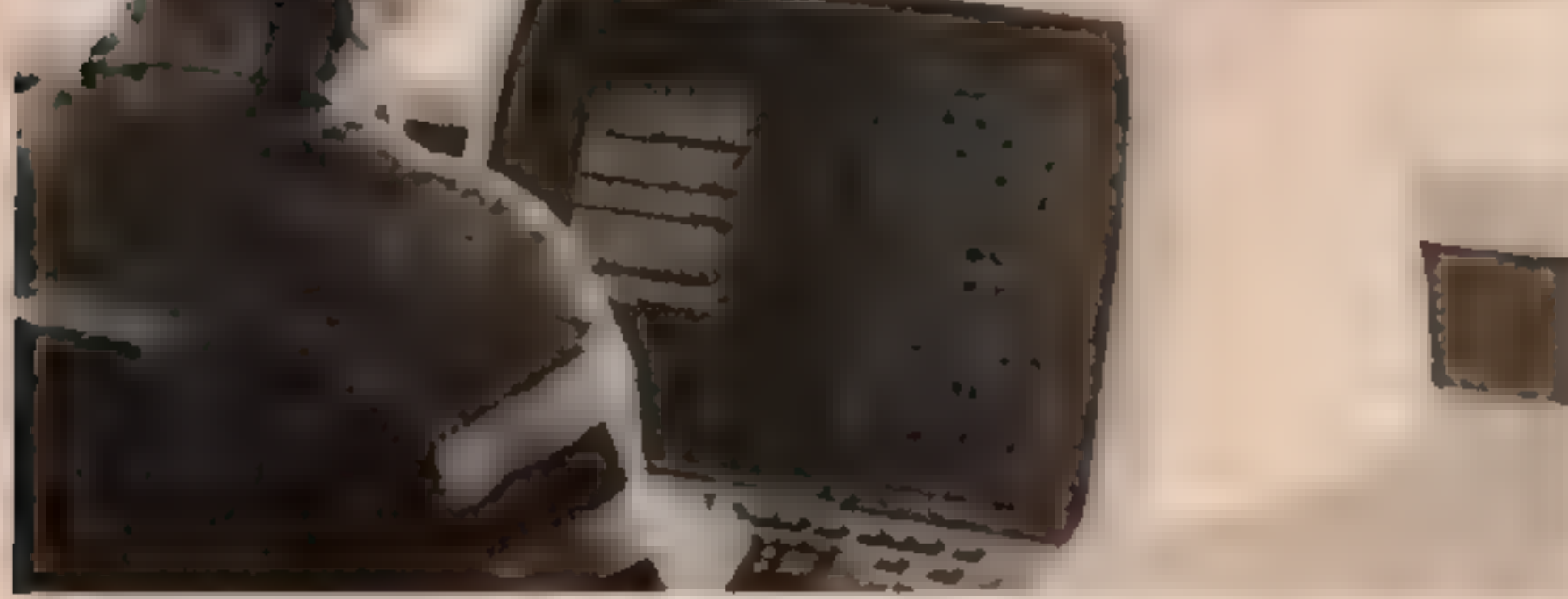
Mit den bekanntgewordenen skandalösen Abgrenzungsbeschlüssen gegenüber den türkischen demokratischen Organisationen in der FDGP scheint für viele, in den oberen Etagen des DGB die Zeit gekommen zu sein, um hemmungslos gegen die Aktivitäten türkischer und deutscher Antifaschisten vom Leder zu ziehen. In Westberlin hatten sich ehrenamtliche, meist türkische Funktionäre aus verschiedenen DGB-Gewerkschaften mit einer Unterschriftensammlung in den Landesvorstand des DGB gewandt, in der sich für das Verbot aller faschistischen türkischen Vereinigungen ausgesprochen wird. Anmaß der Resolution war für die Initiatoren die Ermordung des Kollegen Celal Kocak durch türkische Faschisten 1.000 Gewerkschaftsmitglieder, darunter auch hauptamtliche Funktionäre, hatten die Resolution unterschrie-

ben, die den Landesvorstand aufforderte, sich insbesondere beim Westberliner Senat für das Verbot einzusetzen. DGB-Organisationssekretär Stranzfeld (CDU), äußerte sich dazu folgendermaßen: „Teile Zitate aus „Tagespiegel“, 24.2.80. „Der Landesvorstand werde sich zwar Mitte März mit der Resolution befassen, mit Sicherheit jedoch nicht in der angegebenen Richtung entscheiden. Es gelte, so Stranzfeld, alle extremistischen Aktivitäten zu verbieten und nicht nur die von Rechts“. ... „Die Mehrheit der ausländischen Arbeiter will von dem ganzen Quatsch, den da wenige, allerdings sehr aktiven Extremisten machen, nichts hören“. Und weiter: „Stranzfeld warf den Urhebern der Unterschriftensammlung vor, ein recht konfuse Verständnis vom Aufbau des DGB zu haben. Dieser könne nicht

für die Einzelgewerkschaften politische Richtungen vorschreiben.“ Das Vorschreiben politischer Richtungen möchte sich der Landesvorstand offensichtlich selbst vorbehalten. Und mit Trick 17 werden die 1.000 Unterschriften genau auf die Hälfte zusammengestrichen: „Der DGB werde prüfen, erklärte der Sekretär weiter, ob alle Unterschriften wirklich von Gewerkschaftern stammten. Da die Hälfte der Unterschriften aus der dem DGB in Berlin nicht angehörten, gene der DGB so etwas von nur 500 Unterschriften aus.“ Jetzt wissen wir, wozu es doch noch gut sein kann, der längst fusionierten GLW in Westberlin den endgültigen Eintritt in den DGB zu verweigern!



## »Frauen und Maloche« -Treffen



Am 23./24.2. fand in Kassel das 4. »Maloch«-Treffen statt. Thema war Rationalisierung durch Einführung von Bildschirmarbeit und ihre besonderen Auswirkungen auf Frauen. Die Frauenzeitschriften »Courage« und »Emma« hatten Einladungen veröffentlicht. Erschienen waren ungefähr 40 bis 50 Frauen aus dem Kesseler, Frankfurter und Stuttgarter Raum, aber auch einige aus Hamburg und sogar zwei Frauen aus Österreich nahmen an dem Treffen teil.

Eine Frau hielt ein Einleitungsreferat, in dem es um die technische Entwicklung der Computer, Anwendung der Mikroelektronik und ihre Bedeutung für die Industrie ging. Da dieser Komplex erstmalig von der technischen Seite her beleuchtet wurde, entzündete sich keine Diskussion, weil dies Gebiet für uns

zum Teil völlig neu und dadurch schwer aufzunehmen war. Die konkreten Auswirkungen und unsere besondere Betroffenheit als Frau wurden nachher in den Arbeitsgruppen diskutiert, die sich zu den drei Themen gebildet hatten: Rationalisierung im Angestellten-, Produktions- und Gesundheitsbereich.

In der Arbeitsgruppe Rationalisierung im Angestelltenbereich wurde schon bei der Vorstellung deutlich, daß fast alle Frauen bereits Erfahrungen mit Bildschirmarbeit hatten oder diese in Kürze auf sich zukommen sehen. Sie kamen aus den verschiedensten Bereichen, wie z.B. Bibliotheken, Laboratorien, Büros usw. Sie arbeiten an Dateneingabegeräten oder Schreibautomaten. In der Gesamthochschule Kassel stehen z.B. bereits 60 Bildschirme, ohne daß dies jemals dem Perso-

nalrat mitgeteilt wurde. Eine technische Zeichnerin hatte, nachdem automatische Zeichengeräte eingeführt worden und, vorläufig einen Ausweg aus ihrer Arbeitsituation als Taxifahrerin gesucht. Aus Österreich berichtete eine Frau, die dort im öffentlichen Dienst als Schreibkraft tätig ist, daß sie jeweils einen Monat im Jahr in der Datenerfassung und in der Telefonzentrale arbeiten muß. Von Österreich wurde auch berichtet, daß dort Schreibkräfte im öffentlichen Dienst Schwerarbeiter-Zulage erhalten.

Wir diskutierten anhand von konkreten Berichten einzelner Frauen, die teilweise schon an Bildschirmen arbeiten oder auch als Personal- und Betriebsrätin versuchen, Gegenmaßnahmen im Rahmen der geringen Möglichkeiten anzupacken. Von vielen wurde erstmalig eine Ohnmacht

festgestellt, gegen die schlechende Einführung (...grobsteck stehen die Dinger da...) etwas zu unternehmen. Selbst als Personal- bzw. Betriebsrätin ist es schwierig, überhaupt vorher rechtzeitig an Informationen zu kommen, obwohl der Kapitalist die Pflicht hat, rechtzeitig zu unterrichten, wie es so schon im Betriebsverfassungsgesetz steht. Auf der anderen Seite empfinden viele Kollegen im ersten Augenblick die Einführung neuer Technologien teilweise als Arbeitsvereinfachung. In dem Zusammenhang wurde dann auch die Frage aufgeworfen, wie wir überhaupt zur Bildschirm-Technologie stehen. - Lehnen wir sie vollkommen ab, oder könnte unter anderer nichtkapitalistischer Anwendung damit gearbeitet werden. Hierbei wurde von einer Frau der Vergleich zu AKW's gezogen, wo es doch völlig klar sei, diese abzulehnen. Oder ist Bildschirmarbeit an sich gar nicht so schlimm und nur, wie sie hier angewandt wird (mit den ganzen Kontrollmaßnahmen, der Arbeitszeit, die teilweise ja sogar mehr als 4 Stunden an diesen Geräten beträgt) abzulehnen. Wir konnten diese Frage nicht diskutieren.

Es folgte ein sehr eindrucksvoller Bericht von einer Frau, die eine Studienarbeit über Datentypistinnen und Sachbearbeiterinnen an Bildschirmgeräten und deren psychische und physische Auswirkungen gemacht hatte. Die Frauen dort hatten berichtet, daß sie sich vor Nervosität gar nicht mehr richtig entspannen können nach der Arbeit, auch bedingt durch die ständigen Geräusche im Großraumbüro. Abends vor dem Fernseher schlafen sie ein, weil sie so kaputt sind. Auf der Arbeit fühlen sie sich wie unermüdliche Kinder behandelt, weil jede Arbeit vorgegeben wird, sie ständig unterfordert sind. Das führt auch dazu, daß das Selbstbewußtsein immer geringer wird, so daß Frau sich überhaupt gar keine andere Arbeit mehr zutraut, solange es überhaupt noch Alternativen gibt.

Über die sich immer mehr ausweitenden Kontrollmaßnahmen im Zu-

sammenhang mit der Bildschirmarbeit berichtete eine Frau aus ihrem Betrieb, in dem es schon seit zwei Jahren Bildschirmen in jeder Abteilung gibt. Jede Eingabe wird gespeichert, so daß ersichtlich ist, wie schnell die Einzelne ist. Dies kann teilweise über Jahre hinaus noch »abgerufen« werden, und dann dafür horchen, wenn es darum geht, mal wieder zu rationalisieren. Das tägliche Fehlerprotokoll führt nicht nur zur Selbstkontrolle, weil bekannt ist, daß alles gespeichert ist, sondern selbst unter den Kollegen gibt es schon einen regelrechten Wettbewerb - Wer wohl heute die wenigsten Fehler hat!

In der Diskussion über mögliche Maßnahmen zur Gegenwehr war leicht die Tendenz, die geringen Möglichkeiten, die wir haben, zu unterschätzen und nicht dort erstmalig anzusetzen. Wir diskutierten, daß dort, wo bekannt wird, daß die Einführung von Bildschirmgeräten konkret bevorsteht, z.B. Betriebsversammlungen und Betriebsvereinbarungen über Arbeitszeit, Kontrollmaßnahmen usw., unbedingt auszunutzen sind. Auch sollten wir in den gewerkschaftlichen Arbeitskreisen, die es in einigen Städten schon speziell zum Thema Rationalisierung gibt mitarbeiten. Hierbei wurde die Frage diskutiert, was es für uns als Konsequenz bedeutet, daß die Gewerkschaften diese neuen Technologien als fortschrittlich unterstützen und lediglich versuchen, die Auswirkungen auf die Kolleginnen zu mildern.

Sehr betroffen hat uns der Film »Im Büro wird aufgeräumt« gemacht, der nochmal sehr konkret zeigte, welche Auswirkungen Bildschirmarbeit auf uns hat und noch haben wird.

Als Termin für das nächste »Maloch«-Treffen wurde der 23./24. Juli in Stuttgart verabredet. Dort sollen dann nochmals zum Thema Rationalisierung einzelne Betriebsvereinbarungen vorgestellt werden und dann hauptsächlich über Teilarbeit diskutiert werden.

9 Kommission Betrieb und Gewerkschaft

### 1.000 Beschäftigte arbeitslos, Firmeninhaber festgenommen

Ihren letzten Lohn hatten die Kollegen in der Firma Stolle (Lünen) im Dezember erhalten. Auf die Januar-Löhne warteten sie vergeblich. Lediglich die rund hundertfünfzig Angestellten bekamen ihr Gehalt aufs Konto.

Schließlich wurde die gesamte Belegschaft (zu 80 Prozent Frauen) am 18.2. für drei Tage zwangsbeurlaubt. Die Firma Stolle, europäischer Marktführer bei Antennen und Kabeln, ist pleite.

Ähnlich die Situation im Tochter-Betrieb Maybaum im Sauerland (Sauerland). Die traditionsreiche Gerätebau-Firma, bereits 1974 einmal in Konkurs gegangen und 1975 von »selfmade«-Unternehmer Karl Stolle übernommen, war mit zuletzt 130 Beschäftigten auf elektrische Hausgeräte spezialisiert. Auch hier hatten die Kollegen seit Dezember keinen Lohn mehr erhalten und waren Mitte Februar zwangsbeurlaubt worden. Als die Kollegen nach dem Zwangsurlaub wieder in den Betrieb kamen, erklärte ihnen der inzwischen eingetretene Konkursverwalter lakonisch: »Die Firma Stolle existiert nicht mehr.«

Dabei galt die Auftragslage bei Stolle als gut. Die Firma stellte u.a. Radarwarngeräte her, mit denen sich Autofahrer gegen Geschwindigkeitskontrollen der Polizei schützen können. Der Vertrieb dieser Geräte ist allerdings in der Bundesrepublik verboten, weshalb die Staatsanwaltschaft seit neun Monaten gegen die Firma ermittelt. Schon mehrfach in den letzten zwei Jahren war Stolle in Finanzschwierigkeiten geraten. Jetzt stellte sich heraus, daß es 800.000 Mark Löhngelder ausstehen, darüber hinaus ist Stolle, der viele Frauen in Heimarbeit beschäftigt, mit den Krankenkassenbeiträgen im Rückstand. Außerdem war zu erfahren, daß die Dortmunder Staatsanwaltschaft wegen der Zweckentfremdung von Eigenbeiträgen zu den vermögenswerten Leistungen ermittelt.

Festgenommen wurde Karl Stolle allerdings erst als die Schädigung eines weltweiten Hörsen-„Gates“ nämlich Bankengeldern, herauskam. Stollers Hausbank, die »Bank für Gemeinwirtschaft«, deckte die Tilgung von Wechseln in Höhe von 4,5 Mio. Mark auf. Auch Stollers Sekretärin wurde festgenommen.

9 Kommission Betrieb und Gewerkschaft

## Gleichberechtigung der Frauen am Arbeitsplatz?

Im Februar diesen Jahres fand die erste Lesung des zweiten Gesetzesentwurfs zur Gleichberechtigung der Frauen am Arbeitsplatz im Bundeshaus statt. Vertreterinnen aus den Gewerkschaften und Frauenorganisationen, sowie Sachverständige aus dem Bereich der Wissenschaft waren zur Anhörung geladen. Bundesminister Ehrenberg (SPD) will noch vor den Bundestagswahlen die längst überfällige Gesetzesinitiative im Bundestag verabschieden lassen. Die EG-Kommission klagt seit einiger Zeit gegen die Bundesregierung: Sie verlangt ein Anpassungsgesetz an die EG-Richtlinien zur Gleichberechtigung der Frauen. In den meisten EG-Ländern existieren zusätzliche Gesetze, die die Gleichberechtigung der Frauen am Arbeitsplatz juristisch fordern; grundsätzliche Veränderungen haben aber genauso wenig wie in Ländern ohne eine zusätzliche Gesetzgebung stattgefunden. Der erste Gesetzesentwurf von Ehrenberg ist aus unersinnlichen Gründen zurückgezogen worden. Wenn er auch keine grundsätzlichen Veränderungen verspricht, so war doch in vier Punkten eine juristische Absicherung für eine gerechtere Behandlung der Frauen enthalten:

- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, Beseitigung der Lohnungleichheit,
  - keine Diskriminierung bei Kündigung und Einstellung, weil Frau eine Frau ist, das Recht, einen Arbeitsplatz einzuklagen bzw. Schadensersatz zu beanspruchen,
  - Gleichstellung im Bereich der sozialen Sicherung (Rente etc.),
  - bei Klagen ist nicht die Frau sondern der Kapitalist in der Beweispflicht, was erhebliche Vorteile für die Frau gebracht hätte, denn in der Regel ist sie kaum in der Lage, rechtlich anerkannte Beweise für eine Diskriminierung als Frau vorzulegen.
- Der zweite Gesetzesentwurf von Ehrenberg fällt weit hinter den ersten Entwurf zurück und erfüllt nicht einmal die minimalsten Anforderungen der EG-Richtlinien. Eine wesentliche Formulierung im Gesetzesentwurf wird selbst von bürgerlichen Sachverständigen und Wissenschaftlern als Aufweichung des bestehenden Gleichheitsgrundsatzes im Grundgesetz Artikel 3 angesehen, der vorschreibt, daß generell kein Unterschied zwischen Geschlechtern gemacht werden darf. Die Juristen führen dieses Zitat immer wieder als Beleg an. Der Gesetzesentwurf von Ehrenberg bringt hier allerdings eine neue Differenzierung: »Der Arbeitgeber darf einen Arbeitnehmer bei einer Vereinbarung oder Maßnahme

insbesondere bei der Begründung des Arbeitsverhältnisses, beim beruflichen Aufstieg, bei einer Wetzung oder einer Kündigung, nicht wegen seines Geschlechts benachteiligen. Eine unterschiedliche Behandlung wegen des Geschlechts ist jedoch zulässig, soweit eine Vereinbarung oder Maßnahme die Art der vom Arbeitnehmer ausübenden Tätigkeit zum Gegenstand hat und ein bestimmtes Geschlecht unverzichtbare Voraussetzungen für diese Tätigkeit ist. Wenn im Streitfall der Arbeitnehmer Tatsachen glaubhaft macht, die eine Benachteiligung wegen des Geschlechts vermuten lassen, trägt der Arbeitgeber die Beweislast dafür, daß nicht auf das Geschlecht bezogene sachliche Gründe eine unterschiedliche Behandlung rechtfertigen oder das Geschlecht unverzichtbare Voraussetzungen für die ausübende Tätigkeit ist.« (Gesetzesentwurf Steuerverkehr Sozialversicherung und Arbeitsrecht 2/80).

Eine Frau, die sich um einen Arbeitsplatz bewirbt, wird wahrscheinlich nie beweisen können, daß sie abgelehnt wurde, weil sie eine Frau ist. Hinzu kommt, daß eine Frau, die Arbeit sucht, wohl kaum nach jeder Vorstellung bzw. Ablehnung einen Prozeß durchführen kann. Mit der Formulierung »sachliche Gründe« ist letztlich alles zu begründen, was die Benachteiligung der Frauen manifestiert. An Argumenten hat es den Kapitalisten noch nie gemangelt. Die besonderen Arbeitsbedingungen für Frauen, die »geringere« Körperkraft der Frauen und ihre Qualifikation waren auch für die Gerichte der BRD »sachliche Gründe«, um die ungleiche Bezahlung oder Behandlung der Frauen zu bekräftigen. Die Hamburger Jura-Professorin Heide M. Pfaff hat ein juristisches Gutachten über den neuen Ehrenberg-Gesetzesentwurf erarbeitet. Sie kommt zu dem Ergebnis: »Keine Reform, ein Hindernis... der Gesetzesentwurf in der vorliegenden Form ist nicht geeignet, die Benachteiligung der Frauen - und sei es auch nur in bescheidenem Maß - abzubauen zu helfen.« Sie sieht eine wesentliche juristische Verschlechterung für die Gleichberechtigung der Frauen in diesem Gesetzesentwurf. Er »kann bei den Betroffenen und denen, die es mit dem Gleichheitspostulat ernst meinen, nur Verbitterung auslösen.« (JLS 2 ArbR 2/80).

Ehrenberg glaubt wohl mit seinem Gesetzesentwurf vor den Bundestagswahlen die Frauen für die SPD zu halten zu können. Noch vor wenigen Wochen hagelte es Schlagzeilen in der

Presse: »Bonn macht Ernst mit dem Kampf um die Gleichberechtigung« oder jetzt endlich »Strafe für die Frauen-Feinde«. Doch dieser Lug und Trug kam nicht einmal in der eigenen Parteibasis an. Die Frauen der SPD und ASF (Frauenorganisation der SPD) und die Vorstände und Frauenausschüsse der Gewerkschaften lehnten den Gesetzesentwurf nach der ersten Lesung rundweg ab. »Lieber gar kein Gesetz, als dieses!« oder »Ohne Gesetz ist die Lage für die Frauen besser als mit Gesetz« waren die Reaktionen aus der SPD/ASF. (»Spiegel«, 8/80). Frauen aus der SPD und FDP wollen »Ende Februar (zu) einem Bundestagshearing Frauengruppen und Frauenrechtlerinnen mobilisieren, um dem Herrn zu zeigen, daß sie bei diesem Gesetz an uns nicht vorbeikommen.« (»Spiegel«, 8/80). Sogar die Stellvertreterin des DGB Vorsitzenden Maria Weber (CDU) lehnt den Gesetzesentwurf ab. Die IG Metall-Frauen sehen in dem Entwurf nur »Alibi-Regelungen, die

(den) Rechtszustand zum Nachteil verändern« sollen. »Wenn überhaupt ein Gesetz für die Frauen einen Sinn haben soll, dann müsse die volle Beweislast beim Arbeitgeber liegen.« (»F.R.«, 20.2.80). Ein Gesetz, das den arbeitenden Frauen juristische Erleichterungen bringen könnte, dürfte wohl erst einmal wieder verjagt werden. Dieses Gesetz ist ja auch erst seit sieben Jahren im Gespräch oder besser im Versprechen der SPD/FDP-Regierung. 1973 hatte die Bundesregierung die Enquete-Kommission »Frau und Gesellschaft« damit beauftragt, einen Gesetzesentwurf für die Gleichberechtigung der Frauen am Arbeitsplatz vorzulegen. Immerhin hat diese Kommission 1979 ihren ersten Entwurf vorgelegt, der wahrscheinlich für die Frauen zu viele Rechte beinhaltet. Der zweite Entwurf soll den Frauen nun noch Rechte nehmen. Eine grandiose Leistung!

9 Kommission Betrieb und Gewerkschaft

## »Lieber gar kein Gesetz, als dieses!«





## 11. Bundesjugendkonferenz der IG Chemie: Scharfe Kontroverse um innergewerkschaftliche Demokratie

Vom 21. bis 23. Februar fand in Augsburg die 11. Bundesjugendkonferenz der IG Chemie statt. Wie nicht anders zu erwarten, stand diese Konferenz zu einem wesentlichen Teil im Zeichen der laufenden Auseinandersetzung in der gesamten IG Chemie. Den 80 Delegierten saßen von Vorstandseite gegenüber Karl Hauenschild (Vorsitzender der IG Chemie), sein Stellvertreter Hermann Rappe sowie Karl Schwab vom DGB-Bundesvorstand (Schwab ist zuständig für die DGB-Jugendarbeit).

In einem allumfassenden Rundschlag zu aktuellen politischen Themen machte der IG Chemie-Vorsitzende Karl Hauenschild zu Beginn der Konferenz deutlich, daß er mehr die Dinge nach einem bürgerlichen Gut-Böse-Schema betrachte, als vom Standpunkt eines Gewerkschafters aus. Mit bekannten antikommunistischen Feindbildern versuchte er, den westdeutschen Überwachungsstaat zu rechtfertigen. „In der DDR wird zur Zeit das 30-jährige Jubiläum des Ministeriums für Staatssicherheit mit großem Aufwand an der dort beschäftigten Verfassungsschutzorgane gefeiert. Die Überschrift im 'Neuen Deutschland' dazu heißt: 'Schutz unseres Landes bleibt wichtige Aufgabe - Grüße der SED an Angehörige der Staatssicherheit'. In unserem Lande gibt es eine intensive, ohne Zweifel sehr notwendige, aber gelegentlich ein wenig aufgeregte und überspitzte Diskussion darüber, ob und in welcher Weise unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung vor denen zu schützen ist, die aus links- und rechtsextremen Positionen heraus diese Ordnung zu untergraben versuchen. Es gibt Streit um Ausmaß und Berechtigung der sogenannten Raster-Fahndung, und es gibt heftige Diskussionen um die Kompetenzüberschreitungen von Verfassungsschützern, die leider auch vorkommen.“ Zu den Berufsverböten meint er, wir sollten „kritisch genug sein, zu wissen, daß nicht alles, was man uns unter dem Titel 'Berufsverbote' verkaufen will, wirklich etwas mit dem Verbot, einen Beruf auszuüben, zu tun hat.“

Ausgesprochen interessant waren auch seine Worte zur Aussparung und dem anstehenden Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts. „Die bewußte, kalkulierte Schwächung der Gewerkschaften kann bestimmt nicht im Interesse des Gemeinwohls liegen. Wenn es diesen Gesichtspunkt ganz gewissenhaft prüft, kann das Ge-

richt eigentlich nicht anders, als zu einer neuen Beurteilung über die rechtliche Zulässigkeit der Aussparung zu kommen.“ Nicht erwähnt werden die Erfahrungen mit dem Mitbestimmungsurteil, das ja überdeutlich machte, daß nur über eine wirkliche Mobilisierung der Gewerkschaftsbasis bei den Gerichten etwas zu erreichen ist. Aber Hauenschild meint, daß „die Sachverhalte, mit denen wir es zu Hause und in der Welt zu tun haben, viel zu differenziert und viel zu kompliziert (sind), als daß wir uns eine Politik mit der Brechstange erlauben könnten. Immer und überall, wo gegensätzliche Interessen aufeinanderstoßen, ist die Bereitschaft zum Kompromiß und ist die Bereitschaft zum gegenseitigen Verständnis die erste und unabdingbare Voraussetzung zur Abfindung vernünftiger Lösungen.“ Gegenüber den Chemiekapitalisten ist Hauenschild mit seinen sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen auch in der Praxis konsequent. Doch was die Auseinandersetzungen in der eigenen Organisation angeht, ist von dieser „Kompromißbereitschaft“ nichts, aber auch gar nichts zu spüren. Wen wundert es, daß nach so einer Rede sich kaum eine Hand (zum Anstandsbeifall) rührte.

### Hauenschild und Gewerkschaftsspitze im Kreuzfeuer

Die Diskussion entzündete sich u.a. an den Äußerungen Hauenschilds in einer NDR-Talkshow, in der er die Benzinspreiserhöhungen der Oilmultis verteidigte. Ein Delegierter fragte ob Hauenschild jetzt nicht entlassen werden müsse, da er nicht gewerkschaftliche Meinungen vertreten habe (hier wurde angespielt auf die Entlassung der „ran“-Redakteure, denen ja ähnliches, bloß von anderer Seite, vorgeworfen wurde). Doch es wurde noch besser: Ein Delegierter aus Mainz fragte, warum die Konferenzgäste vorne saßen, während die Delegierten in den hinteren Reihen der Diskussion nur schwer folgen könnten. Und tatsächlich: Der Hauptvortrag mußte von der ersten in die letzte Reihe umziehen.

Die Auseinandersetzung verschärfte sich dann, als es um einen Antrag des Jugendausschusses der Verwaltungstelle Augsburg betriebs des Tarifvertrages für Jugendliche ohne Hauptschulabschluss ging. Dieser Tarifvertrag (u.a. das Werk des Hauenschild Stellvertreters Rappe) ermöglicht es den Kapitalisten, erstmals

legal Jungarbeiter während eines sogenannten Eingliederungsjahres (nur 10 Prozent bekommen eine Lehrstelle) zu Löhnen zu beschäftigen, die noch unter der untersten Auszubildungsvergütung liegen, während normalerweise wenigstens die niedrigste Tariflohngruppe bezahlt werden

Beginn der Leistungen wieder zu berücksichtigen“ („Neue“, 26.2.80).

Zwei Initiativentwürfe zu Hauenschild und Plumeyer wurde ein entschärfter Antrag entgegengestellt. Doch auch dieser Antrag (mehr Kassen) ging dem Hauptvorstand noch zu weit. „Konferenzteilnehmer

### Beschlüsse der IG Chemie Jugend

#### Auseinandersetzungen in unserer Organisation

„In der letzten Zeit finden in der IG Chemie-Papier-Kommunikation Auseinandersetzungen um die gewerkschaftliche Bewältigung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme statt. Die Art und Weise dieser Auseinandersetzungen verläßt mehr und mehr die Grundlage einer soliden Diskussion. Wir sind der Auffassung, daß innergewerkschaftliche Differenzen anders zu behandeln sind als solche gegenüber unserem eigentlichen Gegner, dem Unternehmen.“

Die Auseinandersetzung der letzten Wochen wird insbesondere an zwei Personen geknüpft.

- Zu heftigen Reaktionen des Hauptvorstandes führte ein Referat des Kollegen Karl Plumeyer. Teile dieser Rede sind nicht geeignet, unserer gewerkschaftlichen Diskussion weiterzuhelfen. Dies ist für uns jedoch kein Grund, einem Mitglied des Hauptvorstandes das Mißtrauen auszusprechen. Versuchen und Mißtrauensbekundungen gegenüber HV-Mitgliedern sind Sache des Gewerkschaftsrates, der im September 1980 stattfinden wird.

- Ebenso kritisiert die Bundesjugendkonferenz die Erklärungen des Kollegen Karl Hauenschild, wonach die Preiserhöhungen der multinationalen und nationalen Oilmultis akzeptabel seien. Diese oder zumindest entsprechend mißverständliche Aussagen in Interviews haben die Unternehmen veranlaßt, begünstigt aufzugehen, um damit die ungerechtfertigten Preiserhöhungen zu legitimieren. Die Bundesjugendkonferenz fordert alle Gremien der Organisation auf, diese und ähnliche Konflikte solidarisch zu diskutieren und zu gewerkschaftlichen Lösungen zu gelangen. Es gibt wichtigere andere Aufgaben, mit denen wir uns vorrangig zu beschäftigen haben.“

Weiterhin forderten die Delegierten die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, vorwärtige Neubesetzungen und Weg-

Anträge zum Stopp für AEWs oder gegen „ran“-Redakteure, die nicht mehr behandelt werden.

maß. Die Ablehnung durch die Diskussionsredner hierzu war so einseitig, daß, noch bevor Rappe einen „Kompromiß“ vortellen konnte, bei nur wenigen Gegenstimmen die ersatzlose Kündigung dieses Tarifvertrages gefordert wurde.

### Tauziehen um die Anträge zur innergewerkschaftlichen Demokratie

Am 4. Februar hatte bekanntlich der Hauptvorstand der IG Chemie seinem Mitglied Plumeyer das Mißtrauen ausgesprochen und angekündigt, ihn auf dem nächsten Gewerkschaftstag nicht zur Wiederwahl vorzuschlagen. Ausgehend von diesem Konflikt gab es einen Initiativentwurf, der sich gegen die vom Hauptvorstand beabsichtigte Einschränkung des Beschwerderechts aussprach. Diese Einschränkungen würden besonders hauptamtliche IG Chemie Angestellte im Konfliktfall mit dem Hauptvorstand betreffen. „Dieser Initiativentwurf wurde vermutlich auf Druck von Hauptverwaltungsmitgliedern - noch vor

wollten eine Rappe-Äußerung gehört haben. Wenn auch nur der Initiativentwurf 26 durchginge, würden im jugendpolitischen Bereich Köpfe rollen. Schließlich kurlierten Listen, auf denen einige Delegierte ihre Unterschriften unter die Anträge zurücklegten. Tags darauf, am Samstag, erklärten einige zur Begründung öffentlich, sie hätten auf Grund von Drohungen Angst gehabt, in der Gewerkschaft keinerlei Jugendarbeit mehr machen zu können.“ Welches berichtet die „Neue“: „Es ehrt die jungen Kollegen, daß sie kurz darauf die Rücknahme ihrer Unterschriften abermals zurücknahmen.“ Der Initiativentwurf 26 stand somit weiterhin zur Abstimmung und wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen.

### Rappe propagiert Oberurseler Bildungskonzept

Angeichts der scharfen Debatte um Fragen der innergewerkschaftlichen Demokratie mag es verwunderlich erscheinen, daß ausgerechnet der Rappe vom Hauptvorstand sich für

das eher „undogmatische“ Oberurseler Bildungskonzept in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit stark machte. Daß dieses Bildungskonzept allerdings recht unterschiedlich interpretierbar ist, machte Rappe mit seinen Äußerungen recht deutlich.

Konzeptionen für Jugendbildungsarbeit, in denen Sätze wie „der Teilnehmer soll erkennen“ oder „dadurch soll den Teilnehmern verdeutlicht werden“, meiner Auffassung nach ein Verständnis deutlich, das ich vereinfacht ausgedrückt für ein Überbilden von Inhalten halte und das kein Beitrag zur emanzipatorischen Bildungsarbeit ist.“ Schöne Worte, hinter denen sich allerdings die Meinung der IG Chemie-Führung verbirgt, die derzeitige DGB-Jugendarbeit sei zu „links“. Rappe dazu:

„Ich bin jedenfalls auch nicht der Meinung, daß die DGB-Jugendarbeit ein Ableger der IG Metall-Jugendarbeit werden wird. Schon heute will ich vor unserer Bundesjugendkonferenz darauf hinweisen, daß wir uns auf die nächste Bundesjugendkonferenz des DGB gründlich vorbereiten. Ich bin nicht gewillt, Unterwerfungsgebühren der SDJ oder der DKP mit dem Mantel der gewerkschaftlichen Einheitsliebe zuzudecken.“ Daß von dieser Seite in der nächsten Zeit wohl wieder einiges zu erwarten ist, bestätigte auch „Jugendops“ Schwab, der ankündigte, daß die Auseinandersetzung im Bundesjugendausschuß um die Jugendpolitik des DGB durch eine politische Entscheidung des DGB-Bundesvorstandes von oben beendet werde: „Bundesvorstand und Bundesausschuß nehmen damit dem Bundesjugendausschuß keine Kompetenz, sondern sie nehmen aus ihrer politischen Verantwortung eine Aufgabe auf sich, die das zuständige Gremium - der Bundesjugendausschuß - nicht leisten konnte.“ Nach dem dem Bundesjugendausschuß die Leitung der Bundesjugendkulturschule Oberursel entzogen wurde und der Bundesjugendsekretär wegen der Antikriegspropaganda entlassen wurde, deutet sich jetzt eine weitere Entmachtung des DGB-Bundesjugendausschuß an, weil er in der rechtssozialdemokratischen Ausrichtungskampagne im Jugendbereich vielleicht nicht ganz so will wie die maßgeblichen DGB-Führer.

(Quellen: „Neue“ vom 23. 26. 27 und 29.2.80, „taz“ vom 25.2.80)

Lehrlingkommission

## Wie ein Lehrling in den Tod getrieben wurde

„Schlag vom Chef - mit den Nerven total fertig“. So stand es das öfteren in den Tagebüchern des Lehrlings Erwin Seibold. Der 19-jährige wurde von seinem Chef, dem Büromaschinenhändler Siegfried Büssinger in Dillingen (Schwaben) so terrorisiert, daß der Verzweifelte sich schließlich vor einem Güterzug warf. Das war am 14. Januar dieses Jahres. Siegfried Büssinger darf bis jetzt immer noch Lehrlinge ausbeuten.

In Büssingers Büro hängt ein Churchill-Zitat mit einem Loblied auf den Kapitalisten. Dieser sei „kein blutiger Hund, den man tötschlagen müs-

und Handgreiflichkeiten (14.8.79).“ Die Mechanikerinnung Schwaben errechnete für diesen Zeitraum 320 Überstunden des Lehrlings und forderte am 19. September 79 die Handwerkskammer von Schwaben auf, Büssinger die Ausbildungs Erlaubnis zu entziehen. Bestätigt wurden diese Vorwürfe vom ehemaligen Verkaufsleiter, vom ehemaligen Serviceleiter und von zwei Lehrlingen. In dem Bericht der Mechanikerinnung wird zur Gesamtsituation bei Büssinger ausgeführt: „daß die Auszubildenden täglich bis zu einer Stunde Überstunden machen müssen und daß sie



Skrupellos: Firmenchef Büssinger

Hochwertigen Maschinen transportieren“ dürfen und Erwin noch keine lange Fahrpraxis hatte, wurde er mit einem Lieferwagen losgeschickt, um einen Computer zu einem Kunden zu bringen. Unterwegs fiel der Rechner um und ging zu Bruch. Der Besitzer der Rechanlage verlangte von der Firma Büssinger 52.000 DM Schadenersatz. Büssinger, der seit 1974 nicht mehr versichert ist, machte Erwin gegenüber eine Schadenersatzforderung in Höhe von 53.560,98 DM geltend. Büssinger gegenüber dem „Stern“: „Ich wollte mich erst mit ihm gütlich finden, aber er antwortete nicht.“ Aus den Akten des Arbeitsgerichts Augsburg geht jedoch hervor, daß er

von Erwin verlangt hat, ein Schulden-

erkenntnis zu unterschreiben. Erwin muß so fertig gewesen sein, daß er am 16. August versuchte, sich mit einer Überdosis Tabletten umzubringen. Als er nach 14 Tagen aus nervenärztlicher Behandlung entlassen wurde, guckte er sich nach einer neuen Lehrstelle um. Über die Mechanikerinnung fand er auch eine Der Ausbildungsmeister seiner neuen Firma berichtet: „Als er zu uns kam, wirkte der Junge wie innerlich zerbrochen. Er redete wenig... An der Maschine zitterte er. Doch auch mit der neuen Firma war die Sache mit Büssinger noch nicht abgeschlossen. Am besagten 14. Januar kam Erwin

mit einem Brief des Büssinger-Anwaltes in die Firma. Dieser verlangte vom Augsburgs Arbeitsgericht, dem Lehrling in der Schadensersatzklage das Armenrecht zu verweigern. Das war für Erwin offensichtlich der Anlaß, auch das Leben zu nehmen. Büssinger muß das beweisen mit einkalkuliert haben. Immerhin hat er vom ersten Selbstmordversuch gewußt.

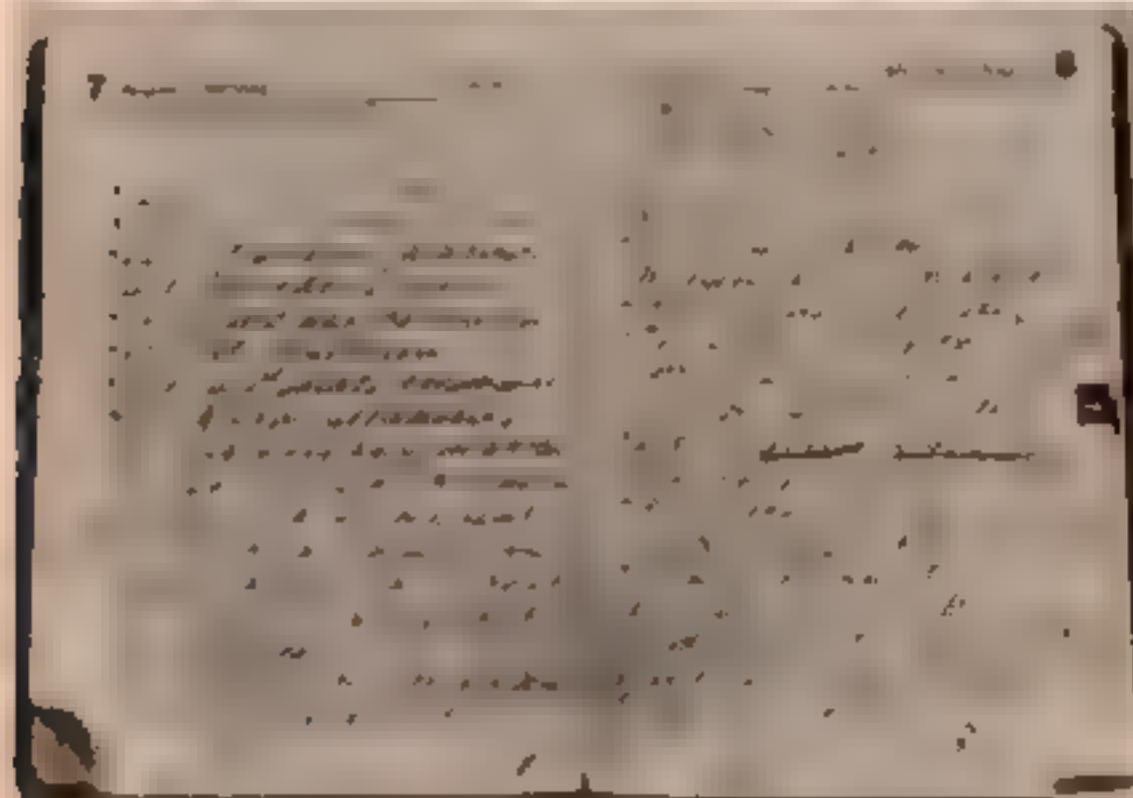
Doch Büssinger terrorisiert unbeirrbar weiter: Jetzt will er sich an dem Nachlaß des toten Lehrlings schadlos halten bzw. der verwitweten Mutter des Toten die Forderung präsentieren.

### Büssinger braucht den Staat nicht zu fürchten

Jährlich werden abertausendmal die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes gebrochen. Büssinger ist da keine Ausnahme. Gegen psychischen Terror gibt es jedoch keine Gesetze. Da hilft nur eine aufmerksame Öffentlichkeit. Daß es diese Öffentlichkeit nicht gibt, ist u.a. Schuld der staatlichen Behörden, die es zu ablehnen, Büssinger die Lehrbefugnis zu entziehen. Gewerbeaufsichtsführer Erich Richter: „Bei den Vorwürfen gegen den Lehrherren stand Aussage gegen Aussage.“ Und das alles, obwohl Büssinger früher schon einmal wegen seiner Lehrlingsausbeutung verurteilt worden war. Die schwabische Regierung schwingt. Am 23. Februar kam der Fall dann vor den Münchner Landtag. Ein FDP-Abgeordneter forderte die bayerische Staatsregierung auf, dem Lehrmeister Büssinger unverzüglich die Ausbildungs Erlaubnis zu entziehen.

Es ist bezeichnend und schrecklich zugleich, daß man in unserem Staat in so einer eindeutigen Angelegenheit bis zu den höchsten Reperationsstellen laufen muß und noch nicht einmal dort sicher sein kann, ob man sein Recht bekommt (nach „Stirn“ vom 28.2. und „Neue“ vom 13. und 26.2.80).

Lehrlingkommission



Aus dem Tagebuch des Lehrlings Erwin Seibold: Terror im Betrieb

se“, sondern das „Pferd, das den Karren zieht.“ Büssinger stolt: „Meine Zuwachsraten waren jedes Jahr zwei-stellig.“

Wer den Karren ziehen mußte, seien die Tagebucheinträge von Erwin Seibold, „unentgeltliche Samstagsarbeit (9.9. und 30.9.78), Ohrfeigen (21.2. und 20.3.79), Fußtritte (21.2. und 20.3.79), neun Stunden Geraten (13.8.79), Schläge (7.8.79),

sonntags zu arbeiten haben... Zwischen durch werden die Lehrlinge aus gefordert, wegen Möbelmontagen, brühen dem Berufsschulunterricht fernzubleiben. Außerdem sind sie laufend Prügel und anderen körperlichen Züchtigungen ausgesetzt.“

Am 8. August gab es dann für Büssinger mal wieder einen Grund, „meinen“ Lehrling fertigzumachen.

Obwohl nach den Ausbildungsrichtlinien Auszubildende „keine



Großbritannien:

# Stahlarbeiter-Streik im dritten Monat



Seit dem 2. Januar, seit über zehn Wochen also stehen die 180 000 Arbeiter des staatlichen Stahlkonzerns „British Steel Corporation“ (BSC) im Streik für eine Lohnerhöhung, die zumindest gewährleistet, daß sie ihren Lebensstandard halten können. Ende Januar schloß sich der größte Teil der 85 000 Arbeiter der privatkapitalistisch betriebenen Stahlwerke in einem Solidaritätsstreik ihren Kollegen an.

Das BSC-Management stieg mit einem provokatorischen 2-Prozent-Angebot ein und hat mittlerweile auf rund 14 % erhöht. Die Stahlarbeiter fordern 20 %, was angesichts einer Inflationsrate von über 18 % (Februar 1980) jedoch nur den äußerst bescheidenen Lohnzuwachs von 2 % bedeutet. Der Streik richtet sich gleichzeitig gegen die Absicht von BSC-Management und Thatcher-Regierung, bis zum August dieses Jahres 50 000 Stahlarbeiter, über ein Drittel aller Arbeiter im BSC-Konzern, zu entlassen.

## Der Streik im Februar

Das 14% „Zugeständnis“ von BSC hat die Stahlarbeiter zum Abbruch des Streiks nicht bewegen können.

## Der Streik im Februar

Das 14% „Zugeständnis“ von BSC hat die Stahlarbeiter zum Abbruch ihres Streiks nicht bewegen können, der Kampf ist, nicht zuletzt durch die starke Haltung der Regierung und das brutale Auftreten der Polizei, nur schärfer und erbitterter geworden.

Der Streik hat einen zunehmend politischen Charakter angenommen. „Schmalt die Elsterne Lady ein“ heißt es auf Plaketen und auf Massenversammlungen wird der „Generalstreik“ gefordert, „um die Tories loszuwerden“. Der führende Gewerkschafter der Bergarbeiter Arthur Scargill („King Arthur“ genannt, seitdem durch einen Streik der Bergarbeiter die Regierung Heath den Hut nehmen mußte) führte auf einer Versammlung in Sheffield aus: „Dies ist ein politischer Streit zwischen den Stahlarbeitern und der Regierung. Die Tories rechnen darauf, daß dies ein Angriff auf eines der schwächsten Kettenglieder der Arbeiterbewegung ist. Sie wollen der gesamten Arbeiterklasse eine wirtschaftliche und eine politische Lektion erteilen.“ In South Yorkshire, dem kampfmärktesten Gebiet des Streiks, ließ das gewerkschaftliche Ortskartell Plaketen mit der Aufschrift „Socialist Republic of South Yorkshire“ herstellen (was die GIM-Postille „was tun“ zu der Behauptung veranlaßte: „Aber eine so-

zialistische Republik ist vorläufig weder in Süd-Yorkshire noch sonstwo in Sicht“...). Und Industrieminister Sir Keith Joseph, der sich in Streikgebiet getraut hatte, bekam erst Eier und Tomaten serviert und dann zu hören: „You are mad!“ (Du bist verrückt).

Ein zentrales Mittel zur Aufrechterhaltung und Ausweitung des Streiks sind weiterhin die „flying picketings“, die mobilen Streikposten. Der Streikführer Keith Jones bezeichnete dieses Kampfmittel als „Herz und Seele eines Streiks“ und erzählte: „Von Dover erfuhren wir, daß dort ein französisches Schiff mit einer Stahlladung ankommen sollte, deshalb haben wir beschlossen, dort ein fliegendes Picketing zu machen. Dabei bekamen wir viel Unterstützung von anderen Gewerkschaftern, von den Bergarbeitern zum Beispiel. Wenn ihr einen Blick in unser Land werft, dann werdet ihr sehen, daß fliegende Picketings aus Yorkshire in Lancashire sind, an den Häfen der Ostküste und im Südosten einschließlich Dover.“

Am 14.2. konnten rund 1200 aus allen Teilen des Landes kommende Gewerkschafter, Stahlarbeiter vor allem natürlich aber auch viele Bergarbeiter, die Kollegen der privatkapitalistisch geführten Hadfields-Werke in Sheffield, das zweitgrößten privatkapitalistischen Stahlwerks, überzeugen, sich dem allgemeinen Streik an-

## zukuschließen

Die mobilen Streikposten stehen im Zentrum der Angriffe der Regierung und Polizei. Die Tories bereiten einen Gesetzentwurf vor, der dieses Kampfmittel sowie Streiks „die nicht direkt zur Sache gehörenden Gründen“ (zu deutsch Solidantastreiks) verbietet. Der Gesetzentwurf läßt die Grenze zwischen „legalem“ und „illegalem“ Streik absehbare unklar, sodaß es künftig jedem Kapitalisten offensteht, mit dem Mittel des Zivilrechts, demgegenüber die Gewerkschaften bisher immun sind, gegen einen Streik vorzugehen. Der Generalsekretär der Stahlgewerkschaft GMWU, David Barnett, befürchtet: „Wahrscheinlich werden schon bald wieder Gewerkschafter im Gefängnis sitzen.“

Das ist indessen schon längst wieder eingetreten. Täglich werden Dutzende von Streikposten von der Polizei angegriffen und festgenommen. Margaret Thatcher, im Vorgriff auf eine gesetzliche Regelung, „ermunerte die Polizei des Landes, ab sofort mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln gegen gewalttätige Streikposten vorzugehen“ („FR“, 21.2.).

Ein Polizeipräsident spannte diese Anweisung weiter aus und schlug Maßnahmen vor, wie sie unter der Notstandsgesetzgebung in Nord-Irland eingeführt wurden: Polizeikontrolle aller öffentlichen Versammlungen im Freien; Vollmachten für die Polizei, Demonstrationen oder Versammlungen aufzulösen oder von vornherein zu verbieten. Weiter dachte der Oberbefehlshaber an Befugnisse für die Polizei, einen Demonstranten jeden Gegenstand abzunehmen, von dem er annimmt, er könne die öffentliche Ordnung stören – was ein Knüttelchen, aber eben auch ein Flugblatt oder Transparent sein kann. In der „Neuen Arbeiterpresse“ vom Bund Sozialistischer Arbeiter („Schwesterorganisation“ der britischen Workers Revolutionary Party) ist sogar von Vorbereitungen auf einen Bürgerkrieg die Rede. Die Thatcher-Regierung habe „insgeheim Militärkassernen und Waffendepots wieder geöffnet und „neu ausgerüstet. Internierungslager aus dem Zweiten Weltkrieg wurden in aller Stille wieder auf Vordermann gebracht“ („29.2.).

Einen ersten Rückschlag erteilt der Streik jetzt dadurch, daß im Lauf der letzten zwei Wochen alle fast privatkapitalistischen Stahlwerke wieder zu arbeiten begonnen haben. Mit massiven Polizeieinsatz wurde den „Arbeitswilligen“ der Weg in die Fabriken freigezogen, wobei die Gentlemen in Uniform auch nicht davor zurückschrecken, die Frauen, die sich an Demonstrationen und Streikposten beteiligten, zu Boden zu schlagen. Die Frauen antworteten dieser Brutalität mit der Parole: „Warum findet ihr den Ripper nicht? Ihr könnt ihn nicht finden, weil ihr ihn in der Tasche habt“... der „Ripper“ nämlich ist ein Frauenmörder in Wales, der bislang vergeblich von der Polizei gesucht wurde. „Die größte der Stahlgewerkschaften, die ISTC, schloß sämtliche Mitglieder des Stahlwerks in Sheerness aus der Gewerkschaft aus, da sie sich dem Streik nicht angeschlossen und darüber hinaus die Arbeiter anderer privater Stahlfirmen ausgerufen hatten, den Streikaufruf nicht zu befolgen. Das Abbröckeln der Streikfront bei den privaten Betrieben konnte indes auch von dieser rigorosen Maßnahme nicht aufgehalten werden.“

Die BSC-Kapitalisten, die Morgen-

luft wittern, haben mittlerweile begonnen, eine „Urabstimmung“ über die Fortsetzung des Streiks durchzuführen. Die Stahlgewerkschaften forderten auf, diese Umfrage zu ignorieren. In Sheffield wurden die Umfragezettel verbrannt, auf den Müll geworfen oder den Gewerkschaftsfunktionären übergeben.

Der Gewerkschaftsdachverband TUC hat für den 9.3. eine Massen Demonstration gegen die Anti-Gewerkschaftsgesetze der Tories angesetzt, der anstehende 14. Mai wurde zum Tag des nationalen Streiks ausgerufen. The fight goes on...

## Margaret Thatchers „Programm nationaler Genesung“

Das Thatcher-Kabinett war mit dem Versprechen angetreten – und hatte damit ihre reaktionären und politisch unbewußten Wähler einfangen können – daß sie die wirtschaftlichen Probleme des Landes lindern würde, wozu in erster Linie die „Macht der Gewerkschaften“ gebändigt werden sollte. Jedoch nicht einmal für die Kapitalisten selbst hat die Thatcher-Regierung bisher ein Problem lösen können. Der Stahlstreik der Gewerkschaften, die die Thatcher hat bändigen wollen, hat ihr eine Kabinettskrise und einen Mißtrauensantrag der Labourparty eingebracht. Die Inflationsrate hat sich in den ersten Jahren ihrer Regierung von 9 auf über 18 % verdoppelt, inoffizielle Schätzungen geben sogar 21 % an. Binnen eines Jahres wird sich die Arbeitslosigkeit, die derzeit nach offiziellen Angaben bei ca. 1,5 Mio. liegt, nach einer vertraulichen Studie der Regierung auf ca. 2 Mio. erhöhen, führende Vertreter von rund hundert der größten Firmen nehmen lt. einer Gallup-Umfrage für 1984 bis zu 3 Mio. Arbeitslose an. Nach umfangreichen „Spar“-maßnahmen im Sozial- und Bildungssektor will die Thatcher-Regierung ab April die Rentner, Arbeitslosen und

vom Staat viel höher subventioniert als der britische Staatliche Sozialdienst für die „Well“ (so jetzt alles, eine Frage der starken Nerven, dann, Es läßt sich nicht leugnen: Die rigorosen Krisenmaßnahmen der Regierung Thatcher zeigen noch keine Wirkung. Es ist offensichtlich, daß sich die Tory-Regierung in ihrem Zeitplan verhaspelt hat. Margaret selbst hat für die „Well“ oh keine Chance mehr: „Gibt es angesichts der Dürsternisse für Frau Thatcher und für ihren ehrgeizigen Plan, ihre Nation in eine Leistungsgesellschaft zu transformieren, einen denkbaren Ausweg? Die klare Antwort heißt Nein.“ (19.2.).

Die „FAZ“ weht das „Programm nationaler Genesung“ ebenfalls in erster Gefahr und konstatiert, daß die Thatcher, wiewohl außerpolitisch „elsterne Lady“, sich in der Landespolitik, unter der Spannung mit den Gewerkschaften, mehr verbissen (läßt) als daß sie steuert“ (20.2.). Dies von der „FAZ“ vermählte Steuervermögen mühte Margaret Thatcher sich in der Unterhausdebatte am 29.3. über den Mißtrauensantrag der „oppositionellen“ Labour-Party gegen die Tories zu demonstrieren: „Eine Kuranderung der Finanz- und Wirtschaftspolitik findet nicht statt.“ Und: „Es ist einer der Stützpfiler unserer politischen Strategie, das Kräfteverhältnis in unserer Gesellschaft neu zu ordnen, indem die Macht von den Gewerkschaften zu einzelnen Bürgern hin verlagert wird.“

## Internationale Solidarität

Schon Ende Januar trafen sich in London die Vertreter von Eisen- und Stahlgewerkschaften, darunter auch die IGM, aus fünfzehn Ländern und versprachen solidarische Unterstützung der Streikenden.

Keith Jones, hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär und Streikkoordinations für South Yorkshire und

die IOM, aus Frankreich Lacroix und versprachen solidarische Unterstützung der Streikenden.

Keith Jones, hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär und Streikkoordinations für South Yorkshire und

## Rundreise britischer Stahlarbeiter in der BRD

Eine Delegation\* des Streikkomitees Stockbridge wird vom 10. bis 15.3. eine zweite Rundreise durch die BRD machen. Sie werden am 10.3. in Westerbahn sein, am 11.3. in Salzgitter und Hameln, am 12.3. in Hamburg, am 13.3. in Dortmund, am 14.3. in Köln, und am 15.3. in Bremen.

Ort und Zeitpunkt der Veranstaltungen sind der „Neuen“ und der „Iaz“ in den nächsten Tagen zu entnehmen. Auch wer diese Veranstaltungen nicht besuchen kann, kann/sollte das seine/ihre tun, den Kampf der Stahlarbeiter zu unterstützen – die Streikenden erhalten keine Streikgelder.

Spenden können eingezahlt werden auf das Konto der Stockbridge Joint Union C.P.-Fund, Midland Bank, Stockbridge, Sheffield, Konto-Nr. 31020595

Solidaritätsdramen sind erbeten an Stockbridge Strike Committee c/o Jim Lambert, 17 Haywood Avenue, Deepcar, Sheffield S 30, 5 QD und an die Stahlarbeitergewerkschaft ISTC-Headquarter, Swinton House, Grays Inn Road, London, WC1, BX 8 1UU

Schreibt, Leute, spendet – spendet, Leute und schreibt!

kinderreichen Familien um ein weiteres schröplen: Für diese Gruppen soll die bisher geltende dynamische Koppelung an die Lebenshaltungskosten aufgehoben werden, was angesichts der galoppierenden Inflation für die Betroffenen fatale Folgen haben wird. Die ursprüngliche Absicht, auch die Beamtenrenten aus der Koppelung an den Lebenshaltungskostenindex zu lösen wurde bezeichnenderweise wieder zurückgezogen.

Die Gewerkschaften zahlen in Großbritannien keine Streikgelder, vom Streik betroffene Familien erhalten Sozialunterstützung. Diese Unterstützung, die z.B. für ein Ehepaar wöchentlich 75 Pfund (ca. DM 100,-) beträgt, soll um 10 Pfund gekürzt werden. Alle diese Maßnahmen aber haben den Streik der BSC-Arbeiter bisher nicht brechen können und die Bourgeoisie wird moralisch nervös. Die rechte „Daily Mail“ hetzte: „Was muß noch geschehen, bevor was geschieht?“ und der ebenso rechte „Daily Express“ ging die Chef-in direkt an: „Margaret, jetzt wird es endlich Zeit zu handeln.“

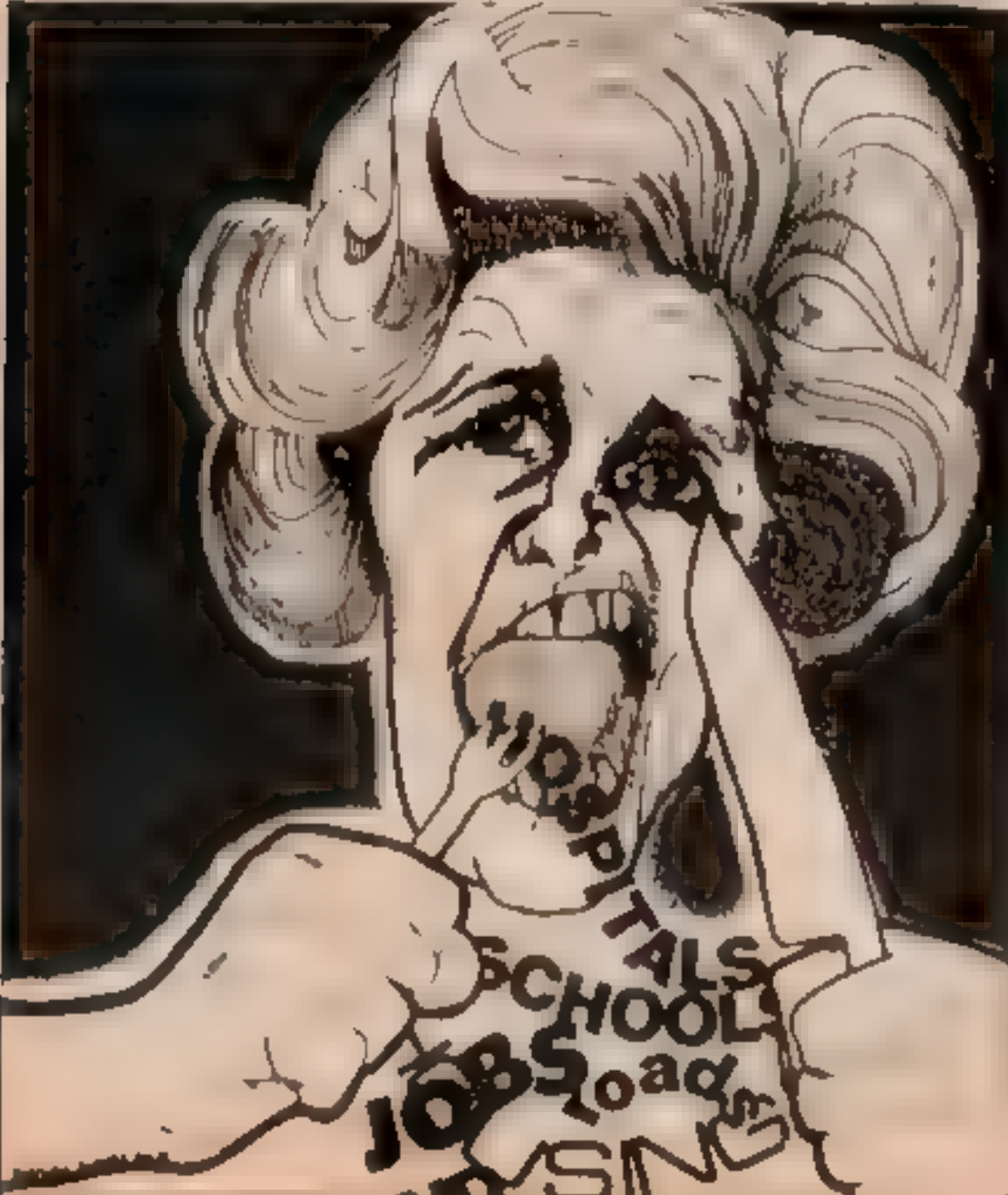
Auch die bundesdeutsche Presse weht die Entwicklung mit Sorge. Die „FAZ“ geht die Frage grundsätzlich an: „Der Fall der British Steel Corporation liefert eindringliche Warnungen gegen Verstaatlichung, Staatsintervention und gegen ein Gewerkschaftssystem mit so viel Unstrukturiertheit wie das britische“ (14.2.) – wobei die „FAZ“ übersieht, daß westdeutsche privatwirtschaftliche Stahlsektoren wird

Humbertside, wandte sich in einem Interview mit der „Neuen“ an die westdeutschen Gewerkschafter: „Ich möchte mich hier an die einfachen Gewerkschaftsmitglieder wenden, nicht so sehr an die Apparate der Gewerkschaften. Wir brauchen Geld, ihr könntet für uns sammeln, nicht nur einmal, sondern immer wieder. Wir werden euer Geld gut nutzen.“ Und Bill Sur, Vorsitzender des ISTC: „Wenn die Arbeiter der Bundesrepublik uns helfen wollen, dann sollen sie durch Solidaritätsaktionen Stahllieferungen verhindern.“

Vom 26.2. bis zum 4.3. reiste eine offizielle Delegation des Streikkomitees Stockbridge (South Yorkshire) durch die BRD und berichtete auf Veranstaltungen und bei Gewerkschaftstreffen von ihrem Kampf. Trotz der kurzen Vorbereitungszeit konnte die Delegation in vier Städten (Frankfurt, Stuttgart, Hannover und Duisburg) 12.000 DM sammeln. Mitte Februar hatten die Streiker schon aus einem Duisburger Stahlbetrieb 8.000 Mark bekommen. Die Gelder werden vom Streikkomitee Stockbridge dazu verwendet, die Jahreskosten für die mobilen Streikposten zu finanzieren.

Eine zweite Rundreise durch die BRD wird das Streikkomitee von (1) bis zum 15.3. unternehmen (siehe Kasten).

(nach: „Socialist Worker“, Ausg. von Feb., „Workers Voice“, Feb., „Big Flame“, Feb., die Ausg. von „UZ“, „Was tun“, „Rote Fahne“, KAD), „Neue Arbeiterpresse“, BKA, die Neue ist, „Spiegel“, FN, „Iaz“, „FAZ“ u. „Welt“ von Feb. u. März, K (BO Hamburg Barmbek)





# England: In der »Nationalen Front« kracht's

In der größten britischen Faschisten-gruppierung, der „National Front“, gibt es die wohl schwersten Auseinandersetzungen seit ihrer Gründung im Jahr 1969. Der bisherige Vorsitzende, John Tyndall, ist – nach dem gescheiterten Versuch, von der Partei als alleiniger Führer anerkannt zu werden – von seinem Posten zurückgetreten. Damit stehen Neuwahlen für das Amt innerhalb von drei Monaten an. Zugleich wurde von zwei führenden NF-Funktionären, dem Anwalt und Mitglied des Partei-Direktoriums, Anthony Reed-Herbert und dem Verantwortlichen für die Region West Midlands, Stan Goodwin, eine neue Partei gegründet, die in verschiedenen Städten und Regionen die Mehrheit der NF-Mitglieder hinter sich haben soll.

Wie 1975, als der bis dahin amtierende NF-Vorsitzende Kingsley Read austrat und eine eigene „National Party“ gründete (die jedoch bald in der Versenkung verschwand), geht es auch bei der jetzigen Spaltung nur um taktische Überlegungen. Die abgespaltene Gruppe hat diesmal aber nicht nur einen beträchtlichen Teil der NF-Mitglieder hinter sich, sondern auch althergebrachte NF-Aktivisten wie den NF-Vize-Vorsitzenden Andrew Fountaine und den Vorsitzenden der NF-Grundstücksgesellschaft „NF Properties“, P Kavanagh. Im Gründungsauftritt ihrer neuen „British Peoples Party“ heißt es: „Wir kritisieren die Führung der Nationalen Front wegen ihrer Vergangenheit, wegen des Nazi-Images, das sie bei den Wählern hat, wegen des Image der Gewalttätigkeit, das die Medien dank verschiedener taktischer Schachzüge, die von der Führung gemacht wurden, aufbauen

konnten, wegen gewisser homosexueller Neigungen, die viele Mitglieder abstießen und die Partei draußen, in Fabrik und Kneipe, lächerlich machen.“

Die Auseinandersetzungen zwischen der Fraktion um Tyndall und Webster (National Activities Organizer) und den Kritikern läuft seit Ende 1978 „Nicht unwesentlich zur Aufheizung der Auseinandersetzung trägt der Umstand bei, daß der Tyndall/Webster-Fraktion offenbar die Kontrolle über erhebliche Teile des Parteivermögens entglitten ist. Der politische Kern der Querelen ist jedoch die Taktik-Frage, ob – wie es Fountaine/Kavanagh/Reed-Herbert vorschwebt – ein „sauberer“ Nazismus, oder ob, worauf Tyndall abzielen dürfte, ein „strammer“, militärisch ausgerichteter Kurs (eventuell unter Einbeziehung anderer Nazi-Gruppen, insbesondere des „British Movement“) wieder mehr Erfolg verspricht. Letztlich ist die Ursache der NF-Auseinandersetzungen nämlich der zunehmende Mißerfolg der Partei, nachdem im letzten Jahr die überhandnehmenden Faschisten-Umtriebe, gerade auch der NF, von breiten antifaschistischen Aktionen (mit Unterstützung bis weit hinein in die liberale Öffentlichkeit) zurückgedrängt werden konnten (nach „searchlight“ 56/80).

Antifa-Kommision/Hamburg



John Tyndall: Neue Nazi-Pläne?



NF-Führer Webster

## Protest gegen Matthöfer in Frankfurt

Wenige Tage nach seinem skandalösen Türkei-Besuch kam Finanzminister Matthöfer zu einer kleinen Veranstaltung der SPD-Bornheim nach Frankfurt, in seinen Wahlkreis. Neben ca. 30 älteren SPD-Mitgliedern waren auch Genossen des KB, von Davrimci Yol und von der IHD gekommen, die während der Veranstaltung ihren Protest gegen die Unterstützung der Demirel-Re-

gierung durch die Bundesregierung bekundeten. Vom KB wurde ein Offener Brief verteilt. Wir drucken nachstehend einen Artikel aus der „Bornheimer-Brücke“, der Stadtteilzeitung der „Frankfurter Nachrichten“, um zu zeigen, daß auch kleinere Protestaktionen sinnvoll sein können.

KB/Gruppe Frankfurt

**SPD-Demerschoppen im »Bornheimer Feß«:**

**Vorwürfe an Matthöfer wegen Hilfe für türkisches Regime**

**Mörderbande**

**BORNHEIM.** Nicht ganz unproblematisch gestaltete sich für Bundesfinanzminister Hans Matthöfer der Vorabend eines »Demerschoppens«, zu welchem der SPD-Overseas Bornheim-Sozialdemokraten (S.D.) eingeladen hatte, dem Vertreter des »Kommunistischen Bundes« (K.B.) in der ersten Reihe des »Feß« (Tisch) »Finanzminister der BRD« ein neues »Lied« und in der zweiten Reihe »in diesem Punkt unterstützt von Mitgliedern der Internationalen »Gewerkschaften Konzepte der Antifaschisten gegen Unterdrückung, besonders der Minderheiten« (H.D.P.) »sozialistische Stellungnahme« Matthöfer zu den ihm zur Last gelegten Vorwürfen, er finanziere durch geldliche Unterstützung des »türkischen Regimes Demirel« (H.B.) eine »Mörderbande«.

aus: Frankfurter Nachrichten

26 Februar 1980

## 50000 im Streik



An einem der fünf Demonstrationstage durch Amsterdam zur zentralen Kundgebung nahmen nur Gewerkschaften teil.

Die Arbeiterklasse an der Macht – das war's am 4.3. In den Niederlanden zwar noch nicht, aber ein ganzes Land, wo nichts mehr läuft, weil 500.000 Werktätige für Stunden oder den ganzen Tag dem Aufruf der sozialdemokratisch/katholischen Gewerkschaft FNV zum „Nationalen Aktionstag“ folgten; ein Blick in dieses Land gibt doch schon einen kleinen Eindruck davon, wenn...

Der erste Einfall, den die christdemokratisch-rechtsliberale Regierung der Niederlande zur Lösung wirtschaftlicher und sonstiger Probleme hatte, war, die Staatsausgaben zu kürzen – gemeint waren damit allerdings nicht Militärkosten, Kapitalisten-Subventionierung und Minister-

gehälter, sondern einschneidende Kürzungen der Gehälter im öffentlichen Dienst und auf dem Sozial- und Bildungssektor, wo's also die trifft, die es zu wenig haben. Auch der zweite Einfall der Regierung zum selben Problem ist weder originell noch hilfreich: Der bisher übliche Inflationsausgleich („Preiskompensation“) soll aufgehoben und alle Löhne und Gehälter sollen „eingefroren“ werden.

400.000 („NRC Handelsblad“, konservativ) bis 500.000 („De Waarheid“, Zeitung der revisionistischen KP) Werktätige protestierten gegen diese Regierungsabsichten auf Demonstrationen, Kundgebungen und mit Arbeitsniederlegungen.

Etwa 30.000 Menschen zogen in fünf Zügen – davon einer eine reine gewerkschaftliche Frauen-Demonstration – zur zentralen Amsterdamer Kundgebung. Ca. 25.000 waren es in Rotterdam. Etliche Tausend hatten sich vor'm Parlament in Den Haag eingefunden.

Der öffentliche Verkehr lag in allen großen Städten für Stunden, teilweise für den ganzen Tag still. Im Rotterdamer Hafen wurde nur zum Teil, im Amsterdamer gar nicht gearbeitet. In den Postumschlagsbetrieben blieben die Züge von Montag auf Dienstag unbenutzt stehen. In Amsterdam, Rotterdam, Delft und etlichen kleineren Städten strakten die Lehrer und Lehrerinnen. Unterricht gab es im ganzen Land auf keiner der Sozialakademien. In mehreren hundert Industriebetrieben wurde während des ganzen Tages nicht gearbeitet. Rund 10.000 Leute vom Bau streikten gleich zwei Tage. Im Sozialministerium in Den Haag legten 150 Beschäftigte für eine Stunde die Arbeit nieder. Die Gemeindevorstände – Müllabfuhr, Bibliotheken, Universitäten etc. – und viele Banken wurden ebenfalls für Stunden oder den ganzen Tag bestreikt. Weiter erschienen eine Reihe von Tageszeitungen gar nicht oder es gab nur – in Absprache zwischen Beschäftigten und Direktion – Notausgaben, in denen ausschließlich über die Aktionen berichtet wurde. Am Abend schalteten die Techniker des NOS-Fernsehsenders, nachdem die Streiknachrichten durchgegeben waren, für eine halbe Stunde das Programm ab.

Nach der Devise „Ist der Ruf erst ruiniert, dann laßt's sich gänzlich ungern“, zeigte sich die Regierung jedoch von diesen Bekundungen des Massenwillens gänzlich unbeindruckt und verabschiedete am nächsten Tag sowohl das „Spar“-Programm und ermächtigte sich zu „Vollmachten für eine Lohnkontrolle über den derzeitigen Lohnstopp“ („Süddeutsche Zeitung“, 6.3.) hinaus.

Wetten, daß sich ihr Dickhäutigkeit nicht auszahlt?!

Niederlande-Kommision

## Türkei-Kurznachrichten

### TÖB-DER – Vorstand vor Gericht

Der 15-köpfige Vorstand der revolutionären Lehrervereinigung TÖB-DER steht vor Gericht. Vorgeworfen wird ihnen, in ihrer Propaganda „den Kommunismus gelobt“, das „nationale Gefühl“ geschwächt und Militär und Polizeikräfte „verleumdeter“ zu haben. Die Mitglieder des Vorstands sind seit 2 1/2 Monaten in Haft. Der eigentliche Hintergrund des Gerichtsverfahrens ist die Organisation des einseitigen Schulkstreiks durch den TÖB-DER anlässlich der Wiederkehr des Jahrestages von Karamanmaraş (s. AK 169).

Auch in vielen anderen Orten stehen die örtlichen Vorsitzenden des TÖB-DER vor Gericht.

Inherent ist noch, daß die Anklage sich aber, direkt auf den einseitigen Streik hin zuweisen. Sie benutzt Aktionen, die weiter zu-

rückliegen als Beweis für die Anklage. Mit diesem Konzept soll eine möglichst breite Solidarität mit dem TÖB-DER Vorstand verhindert werden. („Cum“, 2.3.80)

### Schulen wieder geöffnet

Die türkischen Schulen sind jetzt nach 6 Wochen wieder geöffnet worden. Geschlossen wurden sie, weil die Schüler massiv gegen Entlohnungen, Versetzungen, Verhören und Verhaftungen von Lehrern nach dem einseitigen Schulkstreik protestierten. Nur durch eine Schließung der Schulen konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. Am Tage der Öffnung kam es wieder an mehreren Schulen zu Barrikadenbau und Streikaktionen, weil viele der alten Lehrer nicht wieder an die Schulen zurückkehren konnten. („Cum“, 4.3.80).

Türkei-Kommision 6.3.80



„Die neue Ordnung“ (aus Cundurhyst vom 26.2.80)



# Hausbesetzer gegen Wohnungsnot

## Panzer gegen Hausbesetzer

Am Anfang stand, was in den Niederlanden alle paar Wochen, in Amsterdam alle paar Tage passiert: Am 21.2. wurde ein leerstehendes Haus besetzt. Achtzehn der 33.000 Wohnungssuchenden in Amsterdam hatten sich in der Vondelstraat ein Dach überm Kopf erobert.

Weiter ging die Sache schon etwas unüblicher: Mit dem zuständigen Polizeirevier war abgesprochen, am 23.2. über den weiteren Verlauf der Besetzung zu reden. Wozu es jedoch nicht mehr kam, denn - Morgenröte hat Bullen im Mund - am Tag zuvor erschienen 70 Mann der Mobilen Einheit, um die 18 Besetzer aus dem Haus zu räumen.

Protestaktionen, u.a. vor der Ausbildungskaserne der Mobilen Einheit, folgten. Eine 22-jährige Besetzerin, Nanda, wurde verhaftet, weil sie die Mahnung „Denkt an die Vondelstraat“ an die Mauer der Bullenschule gesprüht haben soll. Sie verweigerte die Aussage und wurde mit einer mehr als fragwürdigen Rechtskonstruktion seit über sechs Tagen in Haft gehalten, als

### Straßenschlacht

... das Haus in der Vondelstraat am 1.3. erneut besetzt wurde.

Anschließend hatte die Polizei von der geplanten Besetzung Wind bekommen. Jedenfalls trafen die Besetzer, in der Vondelstraat angekommen, auf 200 Mann von der Mobilen Einheit. Und trieben dann mit den Mobilen ein hübsches Spiel: Die Besetzer zogen im Laufschrift zum nahegelegenen Haus des Amsterdamer Bürgermeisters Polak, warfen - um die Mobilen noch ein wenig hinzuhalten - ein paar Rauchbomben und rasten dann zur Vondelstraat zurück.

Dort war eine kleine Gruppe zurückgeblieben und ein Lastwagen mit Bohlen eingetroffen. Als die Mobilen dann - hehe! hehe! - wieder in der Vondelstraat zurück waren, sahen sie sich vor einem ebenso komplett besetzten wie verbarrikadierten Haus...

Und hier machte die Bullerei - falls play nicht gewohnt - ihren entscheidenden zweiten Fehler des Abends: Sie griffen die Besetzer an, die mittlerweile durch einige hundert Sympathisierende über Mundpropaganda und den kommunalen Sender Radio Stad Amsterdam mobilisiert - verstärkt worden waren.

Seit der Schlacht um das Neuwijkviertel 1975 hatten sich die Besetzer bei Räumungen weitgehend widerstandslos abführen lassen, auch noch, als in den letzten Wochen fünfmal hintereinander Häuser gewaltsam geräumt worden waren.

Heute schlugen die Besetzer zurück: Die Straßen werden aufgerissen. Die Mobilen greifen mit Schlagstöcken und Schilden an. Steine fliegen. Die Mobilen sind verärgert und ziehen sich zurück. Letzten und Stangen tauchen bei den Besetzern auf. Die Mobilen setzen ihre Fahrzeuge

ein und fahren in die Demonstrationen. Die Wagen werden mit dicken Bohlen angegriffen.

Fünfmal hintereinander gehen die Mobilen mit Schlagstöcken, Hunden und Wagen vor - fünfmal werden sie mit Steinen und Letzen und nachts Faust zurückgeschlagen.

Als der Ober-Mobile zum Rückzug bläst, steht das Spiel 25:3 zugunsten der Besetzer. 25 Mobilen haben Brüche, Gehirnerschütterungen und Fleischverletzungen davongetragen. Die Mobilen Einheiten hatten die erste Niederlage in ihrer Geschichte zu verbuchen.

Ihr Abzug wird begleitet vom Geräusch umstürzender Bauwagen.

### Barrikaden

Mit denen der Bau meterhoher Barrikaden begonnen wird. Rosiläuben, Kantsteine, Straßenpflaster, Bretter und Bohlen vervollständigen die Absperrungen. Der Platz vor dem besetzten Haus wird in „Platz der Freiheit“ umgetauft.

Ruhe kehrt in der Vondelstraat ein. Amsterdam hat sein Ziel für den Wochenendausflug.

Unruhe aber im Rathaus. Die Fraktionen der revisionistischen KP, der Radikaldemokraten und der Pazifisten-Socialisten sprechen sich

gegen einen erneuten Polizei-Einsatz aus. Sozialdemokraten, Rechtsliberale und Christdemokraten aber wollen „Ruhe und Ordnung“ wiederherstellen. Das konservative „NRC-Handelsblad“ befürchtet, daß ein neuer Zusammenstoß „möglicherweise Menschenleben kosten wird“.

Mit Ausnahme des niederländischen „Bild“, des „Telegraaf“, berichtet die gesamte Presse sehr objektiv, wobei eine konservative Zeitung wie das „NRC-Handelsblad“ merkt nur an - nach ausführlicher Darstellung des Polizeivorgehens - daß „ebenso die Besetzer selbst auch Gewalt (gebraucht)“ und zählt dann die Blessuren der Bullerei auf.

Eine zentrale Rolle für die Besetzung am 1.3. wie in den nächsten Tagen spielte das kommunale Radio STAD (Amsterdam). Anstatt der normalen täglichen drei Sendestunden berichtete Radio STAD fortlaufend, bis tief in die Nacht, brach Live-reportagen aus dem besetzten Haus und von den Barrikaden, Interviews mit dem Gemeinderat, Aufträge, sich an den Aktionen zu beteiligen und Essen zu spenden.

Ungeachtet einer offensichtlich breiten Zustimmung zur Aktion der Besetzer strebt die Mehrheit des Amsterdamer Gemeinderats, ihnen voran der sozialdemokratische Bür-



germeister, eine gewaltsame Lösung an. Zwar soll das Haus nicht geräumt werden, aber die Barrikaden sollen weg. Zum Zeichen ihrer Verhandlungsbereitschaft wird von den Besetzern ein Teil der Barrikaden entfernt, so daß die fünf blockierten Straßenbahnlinien und der Autoverkehr in der Nähe der Vondelstraat nicht mehr behindert werden.

In der Nacht vom Sonntag auf Montag scheint die Lösung sehr nahe gekommen. Die Besetzer fordern: - Wohnrecht in der Vondelstraat - Entfernung der Mobilen Einheiten - Freiheit für Nanda und sagen zu, sobald Nanda in der Vondelstraat ist, die Barrikaden zu beseitigen.

Am Montagmorgen um drei Uhr läßt Bürgermeister Polak jedoch ein Ultimatum verbretten. Die Barrikaden sollen innerhalb einer halben Stunde geräumt sein. Die Besetzer weisen darauf, daß eine Entscheidung der Hausbesetzerbewegung Amsterdams ist, deren Vertreter nicht in einer halben Stunde mitten in der Nacht zusammengerufen werden können. Das Ultimatum wird um eine halbe Stunde verlängert. - Um vier Uhr morgens.

### Panzer kommen

wird mit der großräumigen Absperrung der ganzen Gegend begonnen, eine Panzer-Kolonie führt auf. Von einem Hubschrauber wird eine Mitteilung des Bürgermeisters Polak abgeworfen: „Bleiben Sie in den Häusern. Die Kolonne - einmal in Bewegung - kann nicht gestoppt werden. Es ist deshalb lebensgefährlich, sich auf oder bei den Barrikaden aufzuhalten.“ Für den Fall der Gegenwehr mit Molotow-Cocktails oder „sonstigen gefährlichen Gegenständen“ droht Polak den Schußwaffengebrauch an.

Der Angriff beginnt um sechs Uhr: Hubschrauber überfliegen das Gebiet. Vier Leopard- bzw. Centurion-Panzer mit Kampfwächern schieben die Barrikaden zur Seite. Fünf Panzerwagen und drei Wasserwerfer folgen. 1.200 Mann verschiedener Polizei-Einheiten, darunter auch Scharfschützen der Militärpolizei, sichern die Panzer von den Seiten.

Die Besetzer haben unter der Drohung des Schußwaffengebrauchs auf Gegenwehr verzichtet, beim Anblick der Panzer und Bullentruppen ihre Verteidigungsmittel demonstrativ fortgeworfen. Der größte Teil der Polizei beschränkt sich auf das Wegschieben der Ketten. Anders die Militärpolizei - die protestantische Tageszeitung „Trouw“ bemerkt: „Völlig unnötig war dabei das Auftreten von Militärpolizei-Fahrzeugen, die mit recht großer Geschwindigkeit auf Menschengruppen zueinfuhren und erst im letzten Moment anhielten. Die Haltung der Besetzer hat so zu dieser Form der Einschüchterung keinerlei Anlaß gegeben.“

Nach einer Stunde waren die Barrikaden beseitigt, die Internitzler der Besetzer aus den Straßen vertrieben. Das besetzte Haus selbst wurde nicht angegriffen, die Besetzer im Haus gelassen.

Der Kampf verlagerte sich

### Straßenkämpfe

... in die Stadt. Überall tauchen kleinere und größere Demonstrationstruppen auf, die sich, wenn von Mobilen Einheiten angegriffen, entschließen zur Wehr setzen. Der Verkehr in der Innenstadt kommt fast zum Erliegen. An verschiedenen Stellen wird versucht, Barrikaden zu errichten. Als eine Truppe der Mobilen Einheit von wütenden Demonstrationen in die Enge getrieben wird, gibt der Kommandant der Einheit „Warnschüsse“ ab. Eine Demonstrationstruppe, die sich in die Nieuwe Kerk geflüchtet hatte, wird unter Einsatz

von Tränengas und Hunden aus der Kirche geschleift.

Im zum Mittag stehi die Amsterdamer Innenstadt im Zeichen der Straßenkämpfe 37 verletzte Polizisten werden gezählt, von denen jedoch 23 nach ambulanter Behandlung wieder „an die Arbeit“ gehen konnten. Von den Mitgliedern der Besetzerbewegung und anderen Demonstranten werden Dutzende verletzt, krankenhaufend geprügelt.

Die Polizei hat Rache genommen für ihre Niederlage am Freitagabend, was ihr jedoch

### Solidarität

kein Lob einbrachte.

Die Amsterdamer Abteilung der Sozialdemokratischen Partei (PvdA) lehnte das Vorgehen ihres Parteiführers Polak in einer öffentlichen Erklärung ab und stellte fest, den Besetzern hätte für die Beratung über das Ultimatum mehr Zeit gegeben werden müssen.

Jugendorganisationen der politischen Parteien und der sozialdemokratischen Gewerkschaft, kirchliche Jugendorganisationen, die Künstlervereinigung, der Verband der Hotelbesitzer (!), zahlreiche universitäre Gremien und die „Plattform der demokratischen ausländischen Organisationen“ verurteilten in aller Schärfe das Polizei- und Militär-vorgehen. Die Ablehnung der Staatsaktion in der Presse, natürlich mit Ausnahme des „Telegraaf“, war ziemlich einheitlich und fast alle Zeitungen brachten große Bildreportagen vom Panzer-einsatz.

Das konservative „Algemeen Dagblad“ hat die Bewohner der Vondelstraat und des umliegenden Viertels befragt und dabei festgestellt, daß „zahlreiche Nachbarn“ der Besetzeraktion „sympathisch gegenüberstehen“. Die Bewohner eines Hauses in der Vondelstraat gaben eine Erklärung heraus, in der sie bekundeten, daß sie „keinerlei Schaden während der Besetzungszustand“ erlitten haben. Im Gegenteil: Wir wurden „außerst korrekt behandelt von den speziellen Ordnerdiensten der Besetzer, die uns gegen Vandalen und andere, die die Ordnung stören wollten, bewacht und beschützt haben. Wir lehnen mit Abscheu das Eingreifen der Mobilen Einheiten, der Militärpolizei und der Polizeitruppen ab.“ Und ein Hotelbesitzer, der durch die Besetzeraktion einen Verlust von rund 10.000 Mark erlitten hat, erklärte: „Ich stehe jedoch weiterhin hinter den Besetzern. Ich finde die Ideen der Besetzer richtig, aber die Manner, in der die Stadt darauf reagiert, scheint mir das nicht.“ Nachbarn versorgten die Besetzer mit Essen und Trinken und viele öffneten ihr Haus den Aktivisten, die vor der angreifenden Polizei flüchten mußten.

Am Abend der Panzer-Aktion

### „Wir machen weiter!“

... demonstrierten rund 10.000 Amsterdamer gegen den morgendlichen Gewaltakt. Der Zug führte drei Stunden lang an besetzten Häusern vorbei. Vom „Grote Kerkhof“, einer besetzten Häusergruppe, die gewissermaßen Zentrum der Bewegung ist, wurden die Demonstranten mit Raketen und Tränengas geprügelt.

Ein Vertreter der „Vereinigten Besetzergruppen“ erkärte auf der abschließenden Kundgebung: „Wir machen weiter und zwar mit unseren Mitteln und zu einem Zeitpunkt, den wir selbst bestimmen.“

Das Solidaritätsfest im „Paradiso“ war überfüllt auf dem nahegelegenen Leijplein gab es ein Straßenfest. Die Besetzer wohnen weiter in der Vondelstraat.

Nach Telefonberichten aus Amsterdam und der Ausg. von „De Waarheid“, „De Volkskrant“, „NRC Handelsblad“, „Trouw“, „Algemeen Dagblad“, „Telegraaf“, „Het Parool“ und „Vrij Nederland“ vom 27.3.80.

Niederlande - Kommission





# Grenzenloses »Modell Deutschland«

Im Zusammenhang mit Berichten über illegale Praktiken der „Rixwacht“ im Fall Graindorge (s. AK 166) enthüllten mehrere belgische Zeitungen, darunter die linke Wochenzeitung „Pour“, im letzten Oktober, daß seit nunmehr 6 Jahren persönliche Daten, Eigenschaften, Lebensumstände usw. von zahlreichen Personen illegal durch die Polizei gesammelt und gespeichert werden in der Datenbank „Microfiches B“ befinden sich (zwischen Daten von über 50.000 Belgiern, vorzugsweise von Gewerkschaftlern, Mitgliedern politischer Organisationen, Auslandsreisenden, Schwulen, Prostituierten und anderen Personen, „deren Vergangenheit und/oder Verhalten die besondere politische Aufmerksamkeit rechtfertigt“ („Pour“, 31.1.80).

Diese Enthüllungen verursachten einen erheblichen Wirbel und lösten eine fieberhafte Suche der Behörden nach den unsicheren Stellen aus. Mit Hilfe der Mikrodatei B stießen sie dabei auf einen ehemaligen Mitarbeiter der „Pour“, der seit einiger Zeit als Übersetzer bei Interpol in Brüssel beschäftigt ist. Wegen „Bruch des Amtsgeheimnisses“ festgenommen, ergab seine Vernehmung, daß er zwar keinerlei Kenntnisse über die Mikrodatei B hatte, aber aus eigenem Antrieb Fernschreiben des BKA in Wiesbaden, die über Interpol liefen, an die „Pour“ weitergegeben hatte, weil sie seiner Meinung nach „politischer Art“ gewesen seien und „eine Gefährdung der Demokratie in unserem Land“ darstellten (zit. nach „Die Neue“, 16.2.80). Damit war für die Behörden das Signal gegeben, sich näher mit der

„Pour“ zu beschäftigen – Übrigens nicht das erste Mal, daß die Genossen dort die Polizei im Hause haben. Am 24.1.80 wurden die Redaktionsräume und Privatwohnungen von Redakteuren durchsucht – ohne jedes konkrete Ergebnis. Nach mehreren Verhören wurde auch der verantwortliche Redakteur der „Pour“ am 11.2.80 wegen „Versteckens von Dokumenten“ unter Anklage gestellt. Diesem Angriff folgte eine Flut von Protesten, bereits nach drei Tagen hatten über 300 belgische Journalisten eine Petition unterzeichnet, in der die gesetzliche Verankerung des Zeugnisverweigerungsrechts für Journalisten gefordert wurde. Zahlreiche Gewerkschaftsorgane, Zeitungsredaktionen, demokratische und sozialistische Organisationen protestierten gegen die Einschränkung der Pressefreiheit.

## Der lange Arm des BKA...

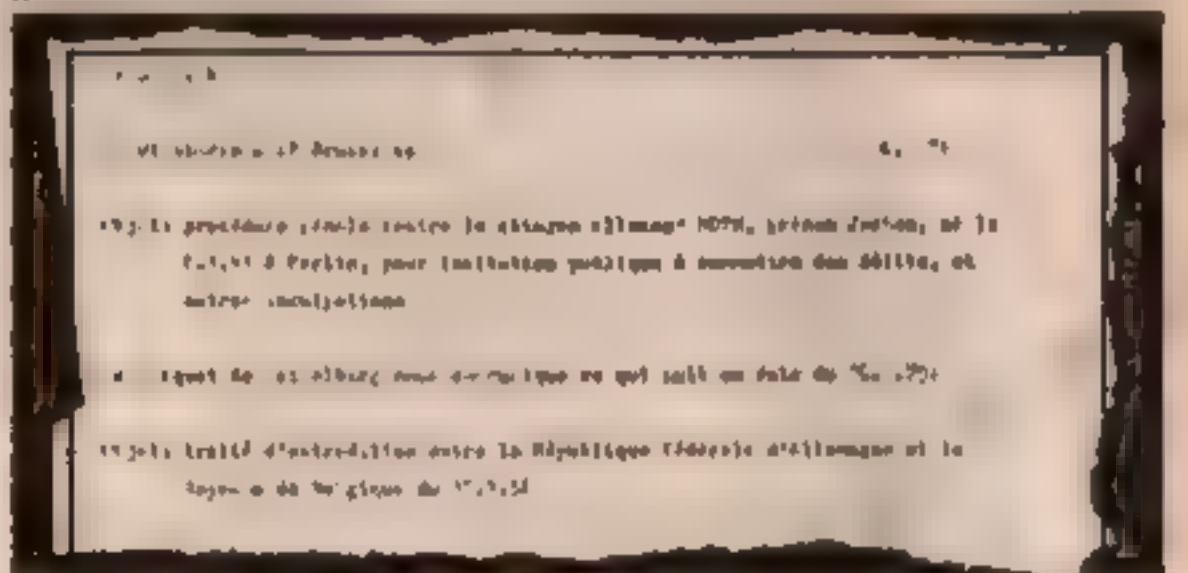
Allein die Tatsache, daß Interpol in Brüssel einen deutsch-französischen Übersetzer beschäftigt, ist merkwürdig, denn Deutsch ist keineswegs offizielle Amtssprache bei Interpol. Wichtiger aber noch ist, daß das Interpolstatut jede Betätigung „in Angelegenheiten mit politischem, militärischem oder religiösem Charakter“ untersagt. Interpol muß sich auf die Verfolgung gewöhnlicher krimineller Fälle beschränken („SZ“, 22.2.). Hier wurden (und werden?) jedoch unter Benutzung der Interpol-Verbindungen politische Anweisungen verbreitet und zumindest in Belgien auch entgegengenommen und umgesetzt.

Am 21.2.80 veröffentlichten die „Pour“ und vier belgische Tageszeitungen drei Telegramme von Interpol Wiesbaden an Interpol Brüssel (in der „Pour“ selbst und auch in „Die Neue“ war bisher die Rede von Fahndungseruchen des BKA, die über Interpol Wiesbaden gelaufen seien) von Ende 1979, von denen auch belgische Parlamentarier erklärten, hinter den Fahndungseruchen stünden politische Motive.

In den in Zeitungen veröffentlichten Telegrammen fragt Interpol Wiesbaden u.a. nach der Identität der Personen, die im Sommer letzten Jahres das Büro des Internationalen Roten Kreuzes in Brüssel besetzt hatten und vermutet auch nicht darauf hinzuweisen, daß sich Familienmitglieder von inhaftierten „westdeutschen Terroristen“ gelegentlich zu sog. „Elterntreffen“ versammelten würden, um die Unterstützung der Gefangenen und einen Informationsaustausch zu organisieren. So habe Gabriele Rollnik in Berlin-Moabit am 17.7.79 Besuch von ihren Eltern erhalten, bei dem über ein „Elterntreffen“ in Brüssel gesprochen worden sei.

## .. und des westdeutschen Innenministers

Während sämtliche Anfragen um Aufhebung, die in den letzten Wochen von den Medien, den demokratischen Organisationen und sogar parlamentarischen Organen an den belgischen Justizminister gerichtet wurden, bisher unbeantwortet geblieben sind, wurden durch ein erneut bei „Pour“ am 28.2. veröffentlichtes Dokument die umfassenden Forderungen des westdeutschen Schnüffel-



staats ins Licht gebracht. Das westdeutsche Innenministerium bedankt sich in einem vom 13.6.79 datierten Telegramm von Interpol Wiesbaden an die belgischen Polizeibehörden „für den kurzfristigen Gesprächstermin“. Weiter wird von westdeutscher Seite „eine umfassende Zusammenarbeit der belgischen und westdeutschen Polizeibehörden gemäß der TREVI-Beschlüsse“ verlangt, die „auf höherer Ebene“ stattfinden soll und „nicht nur auf eventuelle Vereinbarungen der 1968 getroffenen Vereinbarung über die Vernetzung der Polizeiparates in Alarmbereitschaft“ begrenzt sein soll. Daß die neuen Beschlüsse noch weiter von jeglicher demokratischer Kontrolle entfernt sind, dürfte leider selbstverständlich sein.

Am Rande dürfte interessant sein, daß auch der Umgangston der westdeutschen „starken-Staatsbeamten“ den belgischen Kollegen als „unangehörig autoritär“ auffiel, und daß es „mehr Anweisungen denn Anfragen“ gewesen seien. „Ich habe häufig“, so der Interpol-Übersetzer, „Klagen der belgischen Politisten über den Willen der deutschen Kollegen, die zu beherrschen, vernommen, aber keiner von ihnen traute sich, den Mund aufzumachen, und sei es nur die Bitte an Wiesbaden um Benutzung der offiziellen Interpol-Sprachen gewesen“ (Interview H. „Pour“, 21.2.).

## Nur die Spitze des Eisbergs

Daß die bisher veröffentlichten Tätigkeiten und Anfragen der westdeutschen Polizei nur die Spitze eines Eisbergs sind, läßt sich wegen der hierzulande üblich gewordenen Überwachungs- und Erfassungsmethoden allerdings vermuten. Zahlreiche Polizeieinheiten in Belgien haben bereits nach Art des „Modell Deutschland“ ab-

Die Einstellung einer Sozialarbeiterin war vom Westberliner Jugendamt unter anderem deswegen abgelehnt worden, weil sie „als KB-Vertreterin“ an einer Veranstaltung der linken „PLS“ teilgenommen habe. Auf eine parlamentarische Anfrage hin hatte der Innenminister erklärt, daß „die belgischen Sicherheits-

dienste sich veranlaßt sehen, ihre westdeutschen Kollegen über die Äußerungen in Kenntnis zu setzen, die in Belgien öffentlich durch eine deutsche Agitation abgegeben worden sind“ (Sitzungsprotokoll vom 25.1.78). Veranlaßt wem? Wohl eher veranlaßt wurden!

- Auf Anweisung westdeutscher Stellen (vermutlich des BKA) wurde im Herbst 77 eine Wohngemeinschaft nahe der deutsch-belgischen Grenze von belgischer Polizei durchsucht („ID“, 22.10.77).

- Anfang November 1977 wurden mehrere Mitarbeiter des „ID“, die an einer Veranstaltung in Brüssel teilnehmen wollten, von den belgischen Behörden an der Einreise gehindert – aufgrund einer „internationalen Ausschreibung“, wie ihnen westdeutsche Grenzschützer erklärten („ID“, 5.11.77).

## Proteste und Gegenmobilisierung

Nachdem schon am 14.2. der belgische Justizminister

Nachdem schon am 14.2. der belgische Justizminister vor dem Rechtsausschuß des Senats „über diese illegalen Praktiken“ befragt worden war, trat am 21.2. wegen der Angriffe gegen die „Pour“ ein Sonderausschuß der Abgeordnetenkammer für Presserecht zusammen. Weiter haben mehrere belgische Senatoren, verbunden mit scharfen Kommentaren, darauf hingewiesen, daß die von Wiesbaden gesuchten Personen „in Belgien außer Strafverfolgung seien und nach belgischem Recht auch nicht verfolgt werden dürfen“ („SZ“, 22.2.80). Damit sich in Belgien nicht ein Klima der Berufsverbote, Beschränkung der Pressefreiheit, Bespitzelung von Gewerkschaften etc. entwickelt, hat die „Pour“ eine Initiative zu einer umfassenden Diskussion mit fortschrittlichen Kräften ergriffen. Geplant sind vorerst ein nationaler Informationsstag über die demokratischen Freiheiten, einheitliches Auftreten dieser Kräfte am 1. Mai, und eine öffentliche Untersuchungskommission über die Verletzung der demokratischen Rechte in Belgien.

## Belgien-Kommission

## Spanische Faschisten mobilisieren gegen »Interview«

Die faschistische Bande von „Fuerza Nueva“ (Neue Kraft – die bedeutendste und straff durchorganisierte spanische Terrortruppe, die enge Verbindungen zu faschistischen Teilen der Armee und des Staatsapparates unterhält) hat zu einer Liquidierungskampagne gegen die Zeitschrift „Interview“, die in Barcelona herausgegeben wird, mobilisiert.

„Interview“ ist eine relativ kritische Zeitschrift, die häufiger recht brisante Artikel über die faschistische Szene in Spanien und auch im Ausland bringt (speziell BRD) und die zudem das Tabu der katholischen Sexualmoral durch seitenslange „Kunstpornos“ verletzt.

Die Faschisten begannen im Januar mit einem „Rachefeldzug“, indem sie alle Kioske, die diese Zeitschrift veräußerten, bedrohten und den Verkauf „verboten“. Exemplare wackelten sie mehrere Kioske an.

Anlaß für diesen Feldzug war ein Artikel in „Interview“, in dem zwei Mitglieder von „Fuerza Nueva“ im Baskenland identifiziert wurden, die kurz darauf von einem ETA-Kommando umgebracht wurden.

Die Fischer der Kioske, die in einem nationalen Verband zusammengeschlossen sind, fühlen sich durch die Anschläge in ihrer Existenz bedroht. Sie führten am 21. Februar in ganz Spanien einen Streik durch, indem sie alle Kioske schlossen. In Barcelona schlossen fast alle 1.100 Kioske, sowie 90% der Buchläden.

Aus Solidarität mit den Kioskplündern erschienen 5 Tageszeitungen an diesem Tag nicht. Auch in Madrid schlossen ca. 600 Kioske, obwohl die Tageszeitungen über Handverkauf ihr Desinteresse an der Aktion der Kioskverkäufer dokumentierten. Diese haben daraufhin beschlossen, die unsolidarischen Herausgeber zu „bestrafen“. Indem sie demnächst nur die Hälfte der angeforderten Ausgabe zum Publikumsverkauf freigeben wollen und die andere Hälfte als Remittenten zurückschicken wollen („El País“, 22.2.).

Martinez Loza, der „Sicherheitschef“ von „Fuerza Nueva“ hat in einer Erklärung an die spanische Nachrichtenagentur Efe mitgeteilt, daß er seine Kommandotruppen angewiesen hat, auch in Zukunft alle Kioske zu zerstören, die weiterhin „Interview“ verkaufen.

Die Terrorkampagne gegen „Interview“ als eine der antisemitischen Pressetendenzen soll natürlich einschüchternd auf andere antifaschistische Stimmen in Spanien wirken und diese zum Schweigen bringen. Sie ist Teil einer wachsenden und ohne Zweifel gut organisierten Kampagne der Ultrarechten – in Abstimmung mit Teilen des Staatsapparates – die ein Zurückdrängen der eh geringen Liberalisierung in Spanien zum Ziel hat.

## Spanien-Kommission

## Graindorge freigesprochen – Kriminalisierung eines linken Anwalts abgewehrt

Am 31. August letzten Jahres wurde der linke Anwalt Michel Graindorge in Brüssel verhaftet unter der Beschuldigung, seinem Klienten Besse, der rechten Hand des in Paris erschossenen Gangsters Meurine, zur Flucht verholfen zu haben (siehe AK 166). Später wurde die Anklage auf weitere Fluchtfälle ausgedehnt: Graindorge wurde als Kopf eines verzweigten Fluchthilfenetzes bezeichnet, mehrere Mitglieder eines Gefangenen-Hilfskomitees mit ähnlichen Beschuldigungen verhaftet. Als Beweis konnte lediglich die später widerrufenen Aussage einer Freundin Besse's vorgelegt werden – Graindorge beteuerte wiederholt seine Unschuld. Das hinderte den größten Teil der Presse nicht daran, Graindorge als „Kopf einer kriminellen Vereinigung“ hinzustellen und die wahnwitzigsten Verbindungen zu westdeutschen „Terroristen“, IRA-Anschlägen in Belgien usw. zu konstruieren.

Als progressiver Verteidiger, der sich besonders für die Rechte von politischen Gefangenen engagierte, so unter anderem auch für Klaus Croissant, gelangte Graindorge auf die Schwarze Liste der Staatssicherheitsbehörden. Nach bewährtem westdeutschem Muster wurde versucht, Graindorge und verschiedene Gefangenen-Hilfsorganisationen mit „gewöhnlicher“ und/oder „terroristischer Kriminalität“ in Verbindung zu bringen und zu zerschlagen: „Wir sind in Europa konfrontiert mit einer Verflechtung von Teilen des linken Milieus, die Verbindungen zum Terrorismus haben, mit der Schwermilitarität“ – betriebe das rechte Boulevardblatt „La Lanterne“ am 27.12.79. Mit einer Reihe größerer Mobilisierungen, darunter auch einem Kongreß mit internationaler Beteiligung, reagierten die Linke auf die Angriffe. Die Proteste reichten bis weit hinein ins bürgerliche Lager. Diese Protestbewegung und die Tatsache, daß schon während der ersten Verhandlungstage des Prozesses gegen Graindorge Anfang Dezember die Anklage zusammenbrach, führten zu seiner Freilassung Mitte Dezember.

Am 29.2. wurden Graindorge und drei weitere Angeklagte in allen Anklagepunkten freigesprochen, obwohl die Staatsanwaltschaft versucht hatte, neue Belege für Graindorges angebliche Rolle als Führer eines Fluchthilfenetzes zusammenzubringen. Ein schöner Erfolg für die demokratischen Kräfte in Belgien, zumal im Zuge der Solidaritätskampagne eine ganze Liste eindeutig illegaler Praktiken von Polizei und Staatsschutzbehörden ans Tageslicht geholt werden



Rechtsanwalt Michel Graindorge

konnten, die (zwischen bis ins Parlament hinein) Wellen schlagen.

• Belastende Zeugenaussagen waren unter zweifelhaften Umständen zustande gekommen; das im Prozeß verlesene Aussageprodukt eines Häftlings, Graindorge plane u.a. die Einführung von Ministern, war von diesem gar nicht unterschrieben!

• Andere „Beweise“ waren mit illegalen Methoden gesammelt worden, durch Telefon-Abhören und Bruch des Briefgeheimnisses beispielsweise. Die linke Zeitung „Pour“ enthüllte in diesem Zusammenhang die Existenz von besonderen Fahndungslisten für Personen, die zwar nicht gesucht, aber trotzdem für „gefährlich“ oder „verdächtig“ gehalten werden (den sog. „Microfiches B“).

• Ebenfalls die „Pour“ behauptete und belegte in ihrer Ausgabe vom 10.1.80, daß die Flucht Besse's von den belgischen Staatsschutzbehörden in Zusammenarbeit mit der französischen „Anti-Gang-Brigade“ organisiert oder zumindest ermöglicht worden ist, um Besse's Freund Meurine

auf die Spur zu kommen und sich sozusagen als Beigabe des längst gewordenen Anwalts Graindorge entledigen zu können. Um den Skandal vollständig zu machen: Graindorges Verfahren wurde ausgerechnet vom Leitenden Polizeinspektor Borsus veranlaßt, einem Sympathisanten der rechtsradikalen „Parti Européen“, Borsus Bruder der Existent der illegalen „Microfiches B“.

Kein Wunder, daß die „Pour“-Mannschaft voll ins Feuer des Staatsapparates geraten ist und inzwischen das zweite Mal innerhalb von vier Monaten von Hausdurchsuchungen, Verhören und Beschlagnahmungen heimgesucht wurde.

Im Oktober vergangenen Jahres anläßlich der Enthüllung eines militärischen Trainingscamps der rechtsradikalen VMO,

im Januar diesen Jahres im Zusammenhang mit der Enthüllung über die Existenz der illegalen „Microfiches B“.

## Belgien-Kommission



# ETA-Granate gegen Regierungspalast

Als eine „Warnung an die UCD-Regierung, damit sie mit ihrer Aggressionspolitik gegen das baskische Autonomiestatut aufhöre“ erklärte der politisch-militärische ETA-Füßler (ETA/pm) den Abschuss einer Granate gegen den Moncloa-Regierungspalast in Madrid, die auf dem Hubschrauberlandeplatz einschlug.

„Wir hätten das Geschloß auch gegen das Moncloa-Gebäude während der Plenarsitzung des Ministerrates abschießen können, aber wir sind der Meinung, daß der Zeitpunkt für diese Ebene der Konfrontation noch nicht gekommen ist“ (aus dem ETA-Kommunique). Der Vorfall an besagten Granaten sei ausreichend. „Es handelt sich um kleine Raketen des Typs „Rocket Lancer M 28, die im Korea-Krieg von den USA benutzt wurden“.

ETA/pm führte nach ihrer Aktion eine geheime Pressekonferenz durch (s. Foto) auf der sie ihre Aktion damit begründete, daß die spanische Regierung das baskische Autonomiestatut außer Kraft setze, bevor es überhaupt in Praxis umgesetzt werden könne, speziell durch die kürz-

liche Einsetzung eines „Supergouverneurs“ (der oberste Polizeichef Spaniens wurde zum alleinigen Oberhaupt für die innere Sicherheit des Baskenlandes mit Sondervollmachten dorthin abkommandiert), die Stationierung von paramilitärischen Sondereinheiten (GAE und UAR) im Baskenland, die Verschärfung des Polizeiterrors gegen Verhaftete, Gefangene, usw.

ETA/pm fordert die Achtung der Rechte des „Baskischen Generals“, eine Volksabstimmung über die Integration von Navarra ins Baskenland, die Rückführung aller baskischen Gefangenen nach Euskadi und Freiheit für alle baskischen Gefangenen sowie die sofortige Rücknahme aller außerordentlichen Polizeimaßnahmen (Supergouverneur, Anti-Terror-Spezialeinheiten). Bei Nichterfüllung dieser Forderungen kündigte ETA/pm weitere Anschläge derselben Art an.

ETA/pm, deren Sympathisanten innerhalb der Wahlkoalition „Euzkadiko Ezkerra“ organisiert sind (bzw. der politischen Partei ETA), welche sich sehr stark für einen autonomen baskischen Parlamentarismus einsetzt

(was ihr schon den Namen „baskische Eurokommunisten“ eingebracht hat), erklärte, daß sie wohl sieht, daß ihre bewaffnete Aktion den bevorstehenden Parlamentswahlen im Euskadi schaden könnte, aber „es gelte, der UCD die Füße zu bremsen“ und sie dort anzugreifen, wo es ihr wehtut (sämtliche Zitate aus „El País“, 23.2.80).

Die Journalisten, die zu der geheimen Pressekonferenz von ETA/pm hingegangen waren, wurden auf die Polizeikommissariate von Bilbao und San Sebastian zitiert. Aus Kreisen der spanischen Regierung verlautete, daß es mit „Mördern und Verfolgten durch die Justiz keinen Dialog geben darf“ („El País“, 24.2.).

Die eurokommunistische PCF kommentierte zynisch, daß die von ETA so dringlich geforderte baskische Polizei „die Funktion haben wird, diese zu unterdrücken, wenn sie nicht ein für allemal ihre terroristischen Aktivitäten aufgibt“.



Geheime Pressekonferenz der ETA/pm nach dem Anschlag auf den Regierungspalast

Spanien-Kommission

## Andalusier stimmten mit »ja« — und verloren



Freude über die ersten Wahlergebnisse in Andalusien

Freude über die ersten Wahlergebnisse in Andalusien

Am 28. Februar stimmten die Andalusier über eine Autonomieabstimmung ab, wie es sie im Baskenland und Katalonien bereits gibt. Obwohl sich insgesamt 55% der Wahlberechtigten für eine rasche Autonomie aussprachen, „verlor“ das andalusische Volk diese Abstimmung, da in zwei Provinzen die 50%-Mehrheit nicht erreicht wurde. Die Auflage, daß 50% in jeder einzelnen der acht Provinzen mit „Ja“ stimmen müssen war eine der Auflagen im Rahmen der Boykottstrategie der rechten UCD-Regierung.

Das positive Abstimmungsergebnis ist erstmalig ein politischer Erfolg der fortschrittlichen Kräfte in Andalusien zu werten, denn die UCD-Regierung hatte Mitte Januar plötzlich gegen die bis dahin von ihr selbst mitgetragene Volksabstimmung Stellung genommen und zur Nichtbeteiligung aufgefordert. Die halbe rechte Regierungsmannschaft bereiste Andalusien, um die Menschen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die Wahlkampagne sowie die Wahl selbst wurde vielfach behindert, illegale Mittel wurden angewandt: Die Wahlkampagne wurde auf nur zwei Wochen verkürzt, die Senderzeiten über das Referendum im Fernsehen verringert. Es wurde das Wahlregister von 1978 herangezogen und alle seither Verstorbenen „stimmten“ automatisch mit Enthaltung. In Almería, eine der Provinzen, in der die 50% nicht erreicht wurden, haben die Oppositionsparteien 17.000 Verstorbene auf den Wählerlisten ausgemacht („El País“, 1.3.80).

In Isen, der anderen Provinz, die unter 50% blieb, gab es über Nacht plötzlich 4.000 Wähler mehr in den Listen... In den Wahlregistern sind zudem alle im Ausland oder in anderen Regionen Spaniens lebenden Andalusier mit aufgeführt. Es wird geschätzt, daß die UCD durch diese illegalen Praktiken mit einem Vorsprung von 10-15% ins Rennen ging.

Während der Wahl selbst kam es ebenfalls zu zahlreichen Behinderungen bis hin zur physischen Bedrohung der Wähler. Frauen durften für ihre Männer mitwählen, Leute ohne Personalausweis durften ihre Stimme abgeben. In einigen Orten fehlten Zettel für „Ja“-Stimmen überhaupt.

Trotz all dieser Vorfälle ist die Gesamtzahl der „Ja“-Stimmen in Andalusien geringfügig höher ausgefallen als bei den entsprechenden Volksabstimmungen in Katalonien und im Baskenland!

Es ist damit zu rechnen, daß das andalusische Volk um sein Autonomiestatut betrogen worden soll. Die Regierungspartei erkennt die Abstimmung nicht an, die reformistischen Parteien haben bereits erklärt, daß sie den „langsameren Weg“ der Autonomie (Artikel 143 der Verfassung) bevorzugen. Lediglich die PSA (Sozialistische Partei Andalusien) — eine linke Abspaltung der sozialdemokratischen PSOE) vertritt, daß die Provinzen, die sich mehrheitlich für das Statut ausgesprochen haben, dies auch bekommen sollen und die anderen beiden nach Verabschiedung der endgültigen Fassung noch einmal darüber abstimmen sollen.

### Andalusien — ein Konfliktzentrum

Andalusien ist die größte Region Spaniens, mit ihren 400 km Küste am Atlantik und am Mittelmeer, eine strategisch äußerst wichtige Zone für die NATO-Strategen (die USA haben vier Militärbasen hier). Andalusien hat 6 Mio. Einwohner, davon sind fast 20% arbeitslos, obwohl allein von 1971-1975 ca. 400.000 Menschen auf der Suche nach Arbeit ausgewandert sind. Andalusien ist kaum industrialisiert, die Mehrheit der Bevölkerung lebt von saisonaler Landarbeit und damit am Rande des Existenzminimums. Die sozialen Konflikte nehmen zu, speziell durch den bevorstehenden EG-Eintritt Spaniens (die EG fordert u.a. das Abholzen großer Teile des Olivenbestandes in Andalusien!).

Andalusien ist auch die einzige Region Spaniens, in der sich eine linkssozialistische Kraft (die PSA von Rojas Marcos) durchsetzen konnte, die relativ offen mit weiteren links stehenden Kräften zusammenarbeitet und so einen effektiveren Kristallisationspunkt oppositioneller Kräfte darstellt.

Spanien-Kommission

## »Links von der PCI ist noch viel Platz« 2. Nationaler Kongreß der DP in Mailand

Die „Democrazia Proletaria“ wird auch in Zukunft als eine Organisation bestehen bleiben. Das beschlossen etwa 400 Delegierte auf ihrem 2. Nationalen Kongreß (31.1. - 3.2.80) in Mailand. Diesem Kongreß voraus ging das unerwartet schnelle Abschneiden der DP bei den Parlamentswahlen im Juni 1979: Hatten die Genossen allgemein mit 2 bis 3 % der Stimmen gerechnet, so entfielen auf die DP unter dem Strich nur 0,8 %, was zu keinem Mandat reichte. Lediglich bei den Europawahlen brachte DP im Rahmen einer Listenverbindung mit der Partito Radicale einen Abgeordneten, den „legendären“ Studentenführer Mario Capanna, ins Europaparlament. Sie hat zur Zeit nach eigenen Angaben 4.500 Mitglieder und ist damit zahlenmäßig noch eine bedeutende politische Kraft.

Die „Democrazia Proletaria“ existiert seit dem April 1977. Sie ist ein Parteiensatz, der sich aus der Mehrheit der ehemaligen „Avanguardia Operaia“, einer Minderheitsfraktion der ehemaligen „Avanguardia Operaia“, einer Minderheitsfraktion der „PdUP“ („il manifesto“), der Mailänder „Lega del Comunismo“, Genossen der „Christen für den Sozialismus“ und einigen anderen gründete, nachdem man bereits 1976 in einem lockeren Wahlbündnis zusammengearbeitet hatte. Wir schreiben dazu: „Insgesamt war der Kongreß geprägt von der unterschiedlichen Argumentation ... der Gründungsmitglieder der AO, die im wesentlichen die Theoriendeckung um die Parteigründung führten, und auf der anderen Seite der jungen Genossen“, die aus der „neuen Bewegung“ hervorgekommen sind und eine konkrete Festlegung und Orientierung der Behandlung ihrer Probleme in der Partei verlangten“ (AK 131).

Verschärft durch die Wahlniederlage und durch das Aussteigen eines wichtigen Teils von Genossen hat sich dieses Problem auch auf diesem Kongreß gestellt. Anfangs wagte niemand zu prognostizieren, ob die DP überhaupt als eine Organisation weiterexistieren würde, und es wurde sogar beantragt, die DP aufzulösen. Von Anfang an standen sich die Positionen „partito-partito“ und „partito-movimento“ gegenüber. Es ging dabei um die Frage, ob man eher eine leistungsfähige Kaderpartei wolle, was vor allem die Mailänder Genossen forderten, die mit etwa einem Viertel der Delegierten den stärksten geschlossenen Anteil stellten und aus der Tradition der alten Arbeiterbewegung kommen. Oder ob man den Bewegungen (Frauenbewegung, Arbeitslosenbewegung u.a.) einen größeren Einfluß auf die Partei zubilligt, also zum Beispiel das Kriterium einer formalen Mitgliedschaft in der DP als Voraussetzung für eine aktive Mitarbeit nicht so hoch veranschlagt. Diese Position vertraten überwiegend Genossen aus Rom und Neapel, wo die Bewegung einen anderen Charakter hatte und hat als im hochindustrialisierten Dreieck Mailand-Turin-Genova.

Der Kongreß begann mit einem dreistündigen Eingangsreferat des führenden Genossen Emilio Molinari. Er sprach von der zunehmenden Kriegsfahr durch Aufrüstung, von den zu erwartenden großen sozialen Spannungen in Italien durch Verarmung, zunehmende Arbeitslosigkeit, Erhöhung von Preisen, Ausplünderung der Natur und Aushöhlung der

Demokratie. Auf der anderen Seite könne der Terrorismus zur endgültigen Niederlage der Linken beitragen, die sich ohnehin in einer schweren Krise befinde.

Zur Ausarbeitung der verschiedenen politischen Schwerpunkte teilte sich der Kongreß in vier Untergruppen: Die Lage der Partei; Taktiken im Wahlkampf; die Zusammensetzung der Klassen in Italien; Problem des Terrorismus. Im Mittelpunkt der Kongreßlage stand aber die Frage, ob es gelingen würde, eine gemeinsame Schlußresolution zustande zu bringen und eine Spaltung zu verhindern — weshalb viele wichtige Sachfragen nur sehr oberflächlich behandelt wurden. Das mußte zum Beispiel ein FIAT-Genosse erfahren, dessen m.E. wichtiger Beitrag über die schwierige Situation der DP-Genossen bei FIAT angesichts der zunehmenden Unternehmerrolle der starken PCI, im allgemeinen Gemurmel unterging, obwohl die Diskussionsleitung des öfteren um Aufmerksamkeit bat. So war es über weite Strecken weniger ein Arbeitskongreß, kussionsleitung des öfteren um Aufmerksamkeit bat. So war es über weite Strecken weniger ein Arbeitskongreß, als vielmehr der Versuch einer ähnlichen Erfahrung, wie lebendig die DP eigentlich noch ist.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der Rede des Europa-Abgeordneten Mario Capanna zuteil. Er sagte unter anderem: „Die Widersprüche zwischen „operaisti“ und „movimentisti“ sind nicht grundsätzlich differenzierend. Das eine schließt das andere nicht aus, sie ergänzen sich im Gegenteil“, und über die Krise der Partei führte er aus: „Ich glaube, keine andere Partei hätte die Niederlage des 3. Juni (Parlamentswahlen) so gut überstanden wie wir. Wir müssen davon überzeugt sein, daß es links von der PCI einen großen freien Raum gibt und die DP aus diesem Kongreß mit der guten Chance gehen wird, diesen Raum auszufüllen“. Seine Rede wurde vom über tausendköpfigen Auditorium mit viel Beifall aufgenommen, weil sie in optimistischer Weise die Stimmung der Basis nach einer gemeinsamen politischen Weiterarbeit ausdrückte, wenn auch ihre konkrete Form auf dem Kongreß nicht bestimmt wurde. Demgegenüber wurden Anträge von Trentiner Genossen (deutschsprachiges Italien) und Ge-

nossen aus Sardinien auf mehr Autonomie ihrer regionalen Organisationsstrukturen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Über die Frage des Terrorismus wurde wenig debattiert. Es herrschte große Einigkeit darin, die bewaffneten Aktionen entschieden abzulehnen und sie als gegen die fortschrittliche Bewegung gerichtet anzusehen. Andererseits lebte der Kongreß auch die „Anti-Terror-Maßnahmen“ der Regierung Cosiga entschieden ab und beschloß einstimmig, zusammen mit der Partito Radicale eine Demonstration dagegen zu organisieren.

Am Ende gelang es, eine Schlußresolution zu formulieren, der von fast allen Delegierten zugestimmt wurde. Darin erklären die Genossen der DP, sich weder auf die Seite des US- noch des SU-Imperialismus begeben zu wollen; den Ausbau Europas als „dritte Weltmacht“ gerade angesichts immer stärker werdender Kriegsgefahren bekämpfen zu wollen; ihren Beitrag zur Schaffung einer breiten linken Oppositionsbewegung in Italien (unter Einbezug der Basis von PCI und PSI) leisten zu wollen; den Terrorismus zu bekämpfen, weil er nur eine autoritäre Lösung begünstigen könne.

Zum Schluß noch ein Wort der Kritik an die Genossen der DP: Zu eurem Kongreß waren an ausländischen Delegierten außer einigen Genossen des Iran und Palästinas aus dem westeuropäischen Ausland lediglich Delegierte von MC (Spanien), OCT (Frankreich), Socialist Workers Party (England) und dem KB erschienen. Wir halten diese Tatsache für das Ergebnis eurer zur Zeit zu geringen internationalistischen Anstrengungen. Wie lebendig eure Partei in Zukunft sein wird und wie wichtig euch die Formel ist, „daß die Krise der Linken eine internationale Erscheinung ist“, muß auch daran gemessen werden, ob es überhaupt gelingt, zuerst einmal einen geregelten Informationsaustausch wieder zu gewährleisten. Nichtsdestoweniger danken wir euch für eure Einladung und haben uns über die Gastfreundschaft, die wir während der Kongreßtage erleben, gefreut.

Ein Delegierter des KB



Delegierte und Präsidium des DP-Kongresses folgen den Ausführungen eines Kommissions-Berichterstatters. Auch das Fernsehen war bei der Mailänder DP-Kongreßberichterstattung. Die DP hat sich bemüht, als Berichterstatter von ihrem Kongreß möglichst ihren nahestehenden Journalisten zu gewinnen, was ihnen nach eigenen Angaben weitgehend gelungen ist.



## Botschaftsbesetzung in Kolumbien

Die Geiselnahme von einem ganzen Schwarm hochkarätiger Diplomaten in Kolumbien erinnert an die Aktion der FSLN Ende 1974 in Nicaragua, wo auf einer Sylvesterparty Somozas internationale Prominenz als Geiseln genommen und damit die Freilassung gefangener FSLN-Mitglieder erzwungen wurde.

Damals in Nicaragua hatten Tausende am Straßenrand gestanden und den abziehenden Besatzern samt den befreiten Gefangenen zugejubelt. Wie die Aktion in Kolumbien ausgeht, ist bisher noch offen.

Während eines Empfangs in der dominikanischen Botschaft anlässlich des Unabhängigkeitstages der Dominikanischen Republik stürmte ein Kommando von M-19 (Bewegung des 19. April) die Botschaft und erzwang dabei die Botschafter von Österreich, USA, Schweiz, Uruguay, Ägypten, Venezuela, Mexiko, Haiti, Costa Rica, Brasilien, El Salvador, Guatemala, des Vatikan, den Gesandten aus der Dominikanischen Republik und die Geschäftsträger von Paraguay und Bolivien. Der BRD-Botschafter hatte wegen anderer Termine nicht an dem Empfang teilgenommen. Anlaß zu Spekulationen gab der vorzeitige Aufbruch der Vertreter aus der SU, Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien, die noch an einem Treffen von Ostblock-Diplomaten in der DDR-Botschaft teilnahmen. Spekulationen wurden darüber, ob sie möglicherweise eine Warnung erhalten hatten.

Die Erinnerung an das Massaker in Guatemala (wo Polizeikräfte die besetzte spanische Botschaft stürmten und über 30 Menschen ermordeten) war noch frisch: Während der Besetzung forderten verschiedene Botschafter die kolumbianischen Streitkräfte verzweifelt auf, sich zurückzuziehen.

Unmittelbar nach der Besetzung gab das Kommando die Forderungen bekannt: Freilassung von über 300 politischen Gefangenen, 50 Millionen Dollar Lösegeld, Veröffentlichung eines Manifestes und freien Abzug. Nachdem die Besetzer insgesamt 18 Geiseln, alle gefangengenommenen Frauen und Kinder, freigelassen hatten, kam es 4 Tage nach Beginn der Aktion endlich zu den ersten Verhandlungen.

Die Verhandlungen wurden zwischen den beiden stellvertretenden Außenministern Kolumbiens einerseits und einer Geiselin des Besetzerkommandos und dem mexikanischen Botschafter andererseits geführt. Bisher war die kolumbianische Regierung lediglich bereit, den Besatzern freie Ausreise nach Mexiko oder Panama zu garantieren, die Freilassung von Gefangenen wurde abgelehnt. Die Besetzer dagegen erklärten gegenüber einer Radiostation, daß sie entweder gemeinsam mit den Gefangenen ausreisen oder alle sterben würden. „Man könne sicher auch an Altersschwäche sterben, aber es sei eher für die Revolution zu kämpfen und sein Leben zu lassen“ („SZ“, 29.2.80).

In Kolumbien wird derzeit diskutiert, ob der Präsident überhaupt das verfassungsmäßige Recht hat, die Gefangenen freizulassen, deren Status als politische Gefangene energisch bestritten wird. Ausgerechnet in einem Land, das seit Jahren mit dem Ausnahmezustand regiert wird, wo der Präsident per Dekret zahlreiche verfassungsmäßige Rechte außer Kraft gesetzt hat (Einschränkung von Verteidigerrechten, Militärgerichtsbarkeit, nachweisliche Folter) wird jetzt mit der Verfassung argumentiert.

Die Schweiz bemüht sich unterdessen, eine Koordinationsstelle einzu-



Der mexikanische Botschafter und eine der 4 Geiselninnen, die zum Besetzerkommando gehören, auf dem Weg zu Verhandlungen mit der Regierung.

richten, damit alle beteiligten Länder ihr Vorgehen absprechen können. UN-Generalsekretär Waldheim brachte seine „tiefe Beunruhigung und Besorgnis“ zum Ausdruck über die Eskalation von Gewalttaten und die zunehmende Verletzung internationalen Rechts und forderte die Besetzer zur sofortigen Freilassung der Geiseln auf.

M-19 ist neben ELN, EPL und FARC eine der bewaffneten Organisationen Kolumbiens, die — im Gegensatz zu anderen Ländern Lateinamerikas — ihre Aktionen nie ganz aufgegeben hat und nie so schwer von der Repression getroffen werden konnte wie z.B. die Tupamaros in Uruguay. M-19 definiert sich unter Wissen nicht als marxistisch-leninistische Organisation, tritt aber in der letzten Zeit am häufigsten mit bewaffneten Aktionen in Erscheinung. Der Schwerpunkt der anderen bewaffneten Organisationen liegt auf dem Land, während M-19 sich in erster Linie als Stadtguerilla versteht. Eine ihrer größten Unternehmungen war Ende Dezember 1978 die Ausplünderung eines Waffenlagers, wo rund 5.000 Waffen erbeutet wurden. Dieser Anschlag wurde dann aber von der Regierung zum Anlaß für eine Totaloffensive gegen die Linke genommen, und M-19 wurden dabei empfindliche Schläge versetzt. Ein Großteil der Waffen wurde zurückgeholt, Lager bzw. „Volksgefängnisse“ entdeckt und zahlreiche Geiseln wurden gefangengenommen. Die Regierung des Präsidenten Turbay, der Mitte 1978 von zum Anlaß für eine Totaloffensive gegen die Linke genommen, und M-19 wurden dabei empfindliche Schläge versetzt. Ein Großteil der Waffen wurde zurückgeholt, Lager bzw. „Volksgefängnisse“ entdeckt und zahlreiche Geiseln wurden gefangengenommen. Die Regierung des Präsidenten Turbay, der Mitte 1978 von ganzen 17 % der Bevölkerung zum Präsidenten „gewählt“ worden war (die Wahlbeteiligung lag insgesamt bei nur 38%), ist auf Ausbau des Repressionsapparates und Institutionalisierung der Rolle des Militärs ausgerichtet, ohne dabei die formalen demokratischen Institutionen völlig abzuschaffen.

Allein 1979 sind etwa 5.000 Linke, Gewerkschafter, Demokraten und De-

Trotzdem hat sich die Massenbewegung weiter entwickelt. Es gab zahlreiche, z.T. erfolgreiche „Streiks von Lehrern, Bankangestellten, Arbeitern der Elektrizitätswerke; Landbesetzungen und Aktionen der Bewohner der Favelas, meist für Lohn- und Sozialleistungen, gewerkschaftliche Rechte und demokratische Freiheiten. Die Komitees für die politischen Gefangenen haben international einige Öffentlichkeit gegen die Militärgerichtsbarkeit, die nachweislich Folter an Gefangenen und gegen die unrechtmäßigen Prozesse geschaff-

Ein Ausdruck für den Aufschwung ist die Wahlbewegung FIRMES, die auf Initiative der fortschrittlichen Zeitung „Alternativa“ 1978 gegründet wurde und ein breites Spektrum von Gewerkschaften, Indus- und Arbeiterorganisationen, linken Parteien, Vertretern der Kirche und Intellektuellen umfaßt. Trotz aller Schwierigkeiten, eine so verschiedenartig zusammengesetzte Bewegung auf ein gemeinsames Minimalprogramm zu vereinen, konnte FIRMES sich stabilisieren und will zu den Kommunal-Präsidentenwahlen (1980 und 1982) kandidieren.

Und schließlich zeigt die derzeitige Botschaftsbesetzung erneut, daß die militärischen Organisationen — trotz der letzten massiven Säuberungsaktionen der Regierung — aktionsfähig sind.

Lateinamerika-Kommission

## Nicaragua im Aufbau

### Interview mit einem Arzt von medico international

Labormittelverteilung im Zivilverteidigungskomitee

Foto von „medico“

Mitarbeiter von medico international — eine private Organisation mit Sitz in Frankfurt, die in verschiedenen „3. Welt“-Ländern Projekte im Gesundheitsbereich unterstützt — waren im Dezember '79 in Nicaragua. Im Januar '80 kam dieses Gespräch mit Leo Locher, Arzt bei medico, zustande. Die medico-Mitarbeiter waren im Rahmen von Projektvorarbeiten im Norden Nicaraguas in den Provinzen Nueva Segovia, Matriz und Matagalpa. Dort unterstützt medico den Aufbau eines Besondereinsatzdienstes durch das nicaraguanische Gesundheitsministerium.

Frage AK: Könnst Du einige Daten reiseeindrücke aus dem nun ca. ein Jahr befreiten Nicaragua schildern. Gibt es schon sichtbare Veränderungen für die Bevölkerung?

Antwort Leo Locher: Das Volk von Nicaragua hat sich am 19.7. vergangenen Jahres unter blutigen Opfern (mindestens 40.000 Tote, eine unbekannte Zahl von Verletzten, wahrscheinlich mehrere Hunderttausend) von der Jahrzehnte dauernden Schreckensherrschaft des Familienclans Somoza befreit.

Wenn man vom Flughafen kommt in Richtung Managua Stadtmitte führt, fällt aber sofort die schweren Zerstörungen an den beiden Seiten der Straße gelegenen Industrieanlagen auf. Die Bomben Somozas trafen aber nicht nur Industrieanlagen, sie fielen auch auf Wohnviertel und Krankenhäuser. Die so angerichteten Schäden schätzt die Regierung auf etwa eine halbe Milliarde US-Dollar.

In der Hauptstadt angekommen, suchen wir erst vergeblich das Stadtzentrum. Es wurde 1972 von einem Erdbeben fast vollständig zerstört — die Ruinen blieben seitdem unverändert. In ihnen hausen die Armeen der Armen, dazwischen wuchert Unkraut, und aus dem Ruinenfeld ragen einige Hochhäuser der Banken und, von gepflegten Grünanlagen umgeben, das Hotel Intercontinental.

Mittlerweile wird allerdings daran gearbeitet, die Ruinen abzutragen. Freiwillige und Arbeitslose arbeiten gegen ein Minimum an Grundnahrungsmitteln daran, und noch in diesem Jahr soll im ehemaligen Stadtzentrum ein großes Zentrum für Kinder und Jugendliche entstehen.

Die internationale Hilfe die 1972 ins Land kam, war viel umfangreicher als heute. Obwohl sie damals in den Taschen Somozas verschwunden ist, während sie heute dem Volk zugute kommt, hat sich die materielle Lage der Bevölkerung noch kaum verbessert. Im Gegenteil — es gab und gibt Engpässe bei der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln, z.B. Bohnen. Was aber neu ist, ist die überall nicht mehr vorhandene Hoffnung der Menschen auf eine bessere Zukunft. Vor allem ist die Angst verschwunden, die jederzeit in die Häuser kommen konnte und insbesondere Jugendliche verhaftet und gefoltert oder ermordet hat.

In den einzelnen Stadtvierteln haben sich Sandinistische Zivilverteidigungskomitees gebildet. Diese Komitees sind Mitte 1978 entstanden und hatten zunächst die Aufgabe, die Bevölkerung für den Kampf zu mobilisieren. Heute, im Zuge der Auflösung und Vertreibung der alten Bürokratie, übernehmen sie die Organisation der Verwaltung, des Gesundheitswesens, die Lebensmittelverteilung, die Abfallbeseitigung und vieles mehr. Auffällig ist auch die tägliche Präsenz der Sandinistischen Volksbefreiungsarmee, die darüber wacht, daß die untergetauchten Somozisten und Ex-Nationalgardisten daran gehindert werden, ihre verbrecherischen Aktionen durchzuführen. Dennoch geht es diesen immer wieder, Provokationen und bewaffnete Überfälle auf Angehörige der „Frente“ und Zivilpersonen durchzuführen.

Die sichtbaren Veränderungen im Gesundheitsbereich verdienen besonders hervorgehoben zu werden. So werden täglich Masseneimpfungen

durchgeführt. In den Monaten nach dem Sieg wurden mehr Kinder gegen Polio und Malaria geimpft als unter Somoza innerhalb von zwei Jahren. Wenn es auch einen ungeheuren Mangel an Medikamenten und medizinischem Material im ganzen Land gibt, so kann man trotzdem erkennen, daß überall große Anstrengungen gemacht werden. Gerade auf dem Land, wo die medizinische Versorgung miserabel bzw. überhaupt nicht existent war, hat sich die Situation zu ändern begonnen für diejenigen, die nichts für ihre Gesundheit zahlen konnten. Man gewinnt den Eindruck, daß die Menschen zum ersten Mal mit dem Gefühl leben, an einem gemeinsamen Entwicklungsprozess mitwirken zu können. „Unsere Taten sind Tote, die niemals sterben“, ein Satz, der auf zahlreichen Hauswänden zu lesen ist.

Frage AK: Soweit bekannt, hat die FSLN für 1980 reguläre Wahlen vorgeschlagen. Gibt es dafür für Reimende schon sichtbare Anzeichen? Könnst Du auch etwas zu anderen Gruppen und Organisationen sagen?

Leo: Ob diese Wahlen schon 1980 stattfinden werden, dazu kann ich nichts sagen, dazu weiß ich zu wenig. Das scheint mir im Moment eigentlich auch ziemlich unwesentlich zu sein. Ich glaube, nach 45 Jahren brutaler politischer und sozialer Repression ist es verständlich, daß „solche“ demokratische Strukturen

Leo: Ob diese Wahlen schon 1980 stattfinden werden, dazu kann ich nichts sagen, dazu weiß ich zu wenig. Das scheint mir im Moment eigentlich auch ziemlich unwesentlich zu sein. Ich glaube, nach 45 Jahren brutaler politischer und sozialer Repression ist es verständlich, daß „solche“ demokratische Strukturen nicht einfach aus dem Boden gestampft werden können. Abgesehen davon wäre es naiv zu glauben, daß die Durchführung von Wahlen allein ein Gradmesser für Demokratie ist. Tatsache ist, daß die FSLN über die größte Anerkennung — gegenüber allen anderen Oppositionsgruppen — aus der Bevölkerung verfügt und auch nach wie vor verfügt. Das deshalb, weil sie eine klare, konsequente Strategie mit eindeutigen Zielen verfolgt — die bedingungslose Ablösung des Somoza-Regimes, die vollständige Enteignung und Nationalisierung des Somoza-Besitzes und die Auflösung der Nationalgarde. Ebenso bekannt ist, daß die FSLN verschiedene politische Tendenzen ein-

schließt, die auch in der jetzigen gemeinsamen Führung repräsentiert sind. Wichtige Organe der FSLN sind die sogenannte „Politische Kommission“, die den Parteaufbau überwacht, und die „Militär-Kommission“, die die Umstrukturierung der Streitkräfte leitet. In diesen Kommissionen sind Vertreter aller drei Strömungen („Traditionisten“, „Proletarische Linke“ und „Tertiaristen“) tätig.

Die FSLN stellt heute schon die wirkliche Volkspartei dar, die ihre breite Verankerung über eine demokratische Struktur gefunden hat; dazu gehören die Zivilverteidigungskomitees (CDS) ebenso wie die von ihr aufgebauten Massenorganisationen der Frauen (AMPRONAC), der Jugend, der Campesinos und der gegenwärtig im Aufbau befindliche Sandinistische Gewerkschaftsverband. Es darf aber auch nicht vergessen werden, daß die Regierung mit ihren Organen — der Junta (ein aus 5 Personen bestehendes kollektives Lenkungs-gremium), dem aus 18 Mitgliedern bestehenden Kabinett, dem 33-köpfigen Staatrat — Ausdruck der gemeinsamen breiten Oppositionsfront gegen Somoza ist, die ja im Kampf entstand und auf der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kompromißbereitschaft aller beteiligten Gruppierungen beruht.

Ich glaube, man darf nicht vergessen, daß ein einflussreiches bürgerliches Lager nach wie vor existiert, welches eine mehr kapitalistische Wirtschaftsform und eine mehr „pluralistische Demokratie“ im westlichen Sinne anstrebt. Auf der anderen Seite steht die FSLN, die zumindest langfristig eine sozialistische Gesellschaft anstrebt. Auf alle Fälle ist sicher, daß Wahlen zum jetzigen Zeitpunkt der FSLN eine überragende Mehrheit bringen würde. Daran habe ich überhaupt keine Zweifel.

Die FSLN „Demokratie“ im westlichen Sinne anstrebt. Auf der anderen Seite steht die FSLN, die zumindest langfristig eine sozialistische Gesellschaft anstrebt. Auf alle Fälle ist sicher, daß Wahlen zum jetzigen Zeitpunkt der FSLN eine überragende Mehrheit bringen würde. Daran habe ich überhaupt keine Zweifel.

Was die anderen linken Gruppierungen angeht, so ist sicher die früher pro-chinesisch orientierte MAP — d.h. Bewegung der Volksaktion — die Gruppe mit der stärksten Basis. Sie hat einen Gewerkschaftsflügel (Frente obrero) und hatte während des Befreiungskampfes auch einen militärischen Flügel, die anti-somozistische Volkskämpfer („Milipol“) = Milicias populares. Was dem Gruppierung angeht, gibt es sehr widersprüchliche Informationen.

Die Forderungen, die von ihr aufgestellt werden, hält die FSLN für verfrüht und einfach noch nicht durchführbar. Als Beispiele genannt seien Landbesetzungen von nicht zum Somoza-Clan gehörenden Co-



Von Somoza Nationalgarde verhafteter Rot-kreuzspäter in Estelí

Foto von „medico“



Rund um die besetzte Botschaft sind Barrikaden errichtet.



Fortsetzung von Seite 45

tern, Lohnforderungen, die auch angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation für legitim gehalten werden, und die Kritik der Arbeiterfront an der teilweisen Entlassung der Volksnutzen bzw. deren Integration in die Sandinistische Volksarmee. Die FSLN hat diesen Gruppierungen gegenüber sehr unterschiedlich reagiert. Es gab Erklärungen von Thomas Borges, dem Innenminister und FSLN-Mitglied, daß demnach die "Ultra-Linken" als Feinde betrachtet werden, wenn auch die Hauptgegner die "landbesitzende Bourgeoisie" bliebe, wie er sagte. (Leo weist darauf hin, daß in der "Iz" vom 4.2. über die Schließung der Zeitung "El Pueblo" berichtet wird, und die "Frente obrero" offenbar zerschlagen werden soll. Genaues wisse er allerdings selber noch nicht - Anm. AK.)

Dann gab es wieder Erklärungen, die die Bereitschaft zur solidarischen Auseinandersetzung betonten. Es ist ein Kennzeichen des politischen Kurses in Nicaragua, daß niemand, erst recht nicht aus der politischen Führung des Landes, zu Reaktionen an den ehemaligen Folterern aufruft. Die Todesstrafe wurde abgeschafft, und die Höchststrafe wurde auf 30 Jahre festgelegt. Es werden keine Prozesse durchgeführt, die vor kurzem begonnen haben.

Frage AK: Könntest Du etwas zu den wesentlichen Problemen der neuen Regierung sagen? Z.B. wurde bekannt, daß auch in der Zeit, in der ihr Euch in Nicaragua aufgehalten habt, von den Somozisten Provokationen gestartet worden sind. Es gab auch Informationen über einen Lieferboykott für Medikamente und Rohstoffe durch die großen Pharmakonzerne.

Leo: Große Probleme bereiten die im Lande verbliebenen Somozisten, die Attentate auf Patrouillen der FSLN und auf wirtschaftliche und politische Kader verüben. Eine große Gefahr und einen Herd ständiger Verunsicherung stellen die ca. 6000 geächteten ehemaligen Nationalgardisten dar, die sich in Honduras befinden und Grenzprovokationen starten. Als wir im Dezember im Norden waren, ließ es sich erwarten einen Angriff auf Honduras, der aber glücklicherweise nicht stattgefunden hat. Derzeit gibt es Informationen, daß sich die Exil-Somozisten in Florida auf eine bewaffnete Intervention in Nicaragua vorbereiten.

Das wesentliche Problem für die neue Regierung ist sicher der Aufbau. Ich sage nicht Wiederaufbau, weil es der neuen Regierung und der FSLN nicht darum geht, einfach die alten Strukturen wieder aufzubauen, Strukturen, die im Endeffekt Fortsetzung der Abhängigkeit von den Metropolen, den kapitalistischen Industrieländern, bedeuten würden. Es wird also entscheidend sein, daß die neue Wirtschaftsstruktur Nicaraguas von der reinen Exportorientierung, von dem systematischen Ausverkauf, den die Somozas betrieben hatte, weggelassen. Neben der wegen der Auslandsschuld in Höhe von ca. 1,2 Mrd. US-Dollar (!) notwendigen Exportorientierung der Wirtschaft soll eine Binnenstruktur aufgebaut werden, die zumindest die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln, die bisher nicht gegeben war, garantieren soll.

Nicaragua ist ein fruchtbares Land. Fast die gesamte Fläche ist landwirtschaftlich nutzbar, nur was es bisher so, daß alle Produkte für die Ausfuhr bestimmt waren. Die Landbevölkerung, die als Wanderarbeiter auf den Somozas-Plantagen gearbeitet hatte, war daneben darauf angewiesen, unter den schlechtesten Bedingungen und mit den primitivsten Mitteln ihre Grundnahrungsmittel selbst anzubauen bzw. sie sich von den Hungerlöhnen zu kaufen. Langfristig kann damit gerechnet werden, daß der Devisenbedarf für die Ernährung der Bevölkerung durch verstärkten Anbau von Produkten für die Grundnahrung erheblich abnehmen wird.

Sicher wird auch die effektivere Nutzung der von Somozas übernommenen Industrie sich letztlich für das Land positiv auswirken.

Ausdruck des wirtschaftlichen Kompromisses ist die Existenz von Staatsbetrieben neben Privatbetrieben unter den neuen politischen Bedingungen. Es kann z.T. noch überhaupt nicht eingeschätzt werden, ob die nach wie vor in bedeutendem Ausmaß existierenden land- und industriebetriebe der Aufbauplan realisiert, auch wenn Kredite zur Beseitigung der Zerstörung gewährt werden. Ob also die Bereitschaft dieser bürgerlichen Kräfte groß genug ist, daß das Experiment Nicaragua gelingt. Der Wirtschaftsminister Rubelo formuliert den geplanten Aufbau mit einer "mixed economy" etwa folgendermaßen:

Verstaatlichung dort, wo es nötig ist, Grundbesitz dort, wo es unproblematisch ist, kollektives Gemeineigentum und Genossenschaften dort, wo es möglich ist.

Speziell zur Frage der Lieferstoppes von Medikamenten sowie Rohstoffen für die Produktion von Medikamenten. Lieferungen sind von den großen Pharmakonzernen, tatsächlich verweigert worden - mit dem Hinweis auf die große Auslandsschuld Nicaraguas aus der Zeit Somozas. Das ausgerechnet in einer Situation, wo der Bedarf durch die Kriegsfolgen besonders hoch ist. In der "Barricada", dem offiziellen Organ der FSLN, war am 10.12.79 zu lesen, daß z.B. die Firma Bayer nur bereit ist, Medikamente oder Rohstoffe ge-



Elendviertel in Managua

gen Akonto-Zahlung zu liefern. Ähnliches kann auch für die anderen Pharmakonzerne angenommen werden.

Andererseits gibt es natürlich ganz massive Probleme durch die zerstörten Produktionsanlagen, dann aber auch durch die fehlende Koordination. Bisher hatten die im Land existierenden Pharma-Betriebe ziemlich nebeneinander her gearbeitet, d.h. jede Firma stellte gleiche oder ähnliche Produkte in relativ geringer Menge her, natürlich teuer und in möglichst verkaufsfördernder, werbewirksamer Verpackung, um Extra-Gewinne aus der kranken Bevölkerung zu schlagen.

Frage AK: Die Bundesregierung hat wenige Wochen nach dem Sieg der nicaraguanischen Volksarmee materielle Unterstützung zugesagt - könntest Du etwas zu den praktischen Auswirkungen dieser Unterstützung sagen? Meines Wissens war die Bundesregierung letztlich doch eher zurückhaltend?

Leo: Am 20.11. hat der Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Rainer Offergeld, in Managua die westdeutschen Zusagen für die Wiederaufbau-Hilfe in Nicaragua konkretisiert. Für 1979 sollten etwa 50 Mio. DM zur Verfügung gestellt werden. Davon ungefähr 10 Mio. DM für humanitäre Hilfe, Lebensmittel, Medikamente etc., 20 Mio. DM bestehen aus einem Kredit für Ersatzteile, Düngemittel und andere besonders dringliche Waren, 10 Mio. DM sind als Investitionskredite gegeben worden, wovon etwa die Hälfte der kleinen und mittleren Industrie zugute kommen soll, während weitere 5 Mio. DM für den Wiederaufbau des Fernsprechnetzes durch die Firma Siemens gegeben werden sollten.

Siemens hat schon zu Somozas Zeiten das gesamte nicaraguanische Fernsprechnetzaufgebaut, mit bundesdeutschen Entwicklungshilfsgeldern.

Diese Kredite sind zu sog. "weichen Bedingungen" gewährt worden, mit einer Laufzeit von 30-40 Jahren bei 3% Zinsen, die ersten 10 Jahre sind zinsfrei. Offergeld gab für weitere Zusage über 6 Mio. DM ein von der Regierung Nicaraguas als dringlich bezeichnetes Agrarprojekt. Im Jahr 1980 will die Bundesregierung ein Krankenhaus in Litu mit zusätzlichen verschiedenen Gesundheitsposten mitfinanzieren. Es dürfte sich da insgesamt um 20 Mio. handeln, die vorbehaltlich der parlamentarischen Zustimmung in der Haushaltsdebatte 1980, in Form eines nachrückzahlbaren Zuschusses gewährt werden sollen.

Diese Hilfen sind ja nicht politisch neutral, im Gegenteil, es soll ein Gegengewicht gegen die kubanische Präsenz geschaffen werden,

unter anderem durch Personalentwendung für Entwicklungsprojekte. Dennoch wird es für die nächste Zukunft eine wichtige Aufgabe der Solidaritätsbewegung in der BRD sein, darauf zu achten, daß diese Hilfen nicht gestoppt werden, wenn die Wünsche unserer Politiker bezüglich der politischen Entwicklung nicht mehr mit dem übereinstimmen, was das Volk von Nicaragua will.

Frage AK: Wie sieht die Arbeit von medico international in Nicaragua aus?

Leo: Die medico ist eine private Organisation (Rechtsform ist e.V.), die sich bemüht, im Gesundheitsbereich einen Beitrag zum Kampf der Völker der "3. Welt" um politische Selbstbestimmung, soziale und wirt-

schaftliche Entwicklung zu leisten. In Anlehnung an die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) entwickelten Prinzipien unterstützen wir Projekte, die den Aufbau eines demokratischen, den Bedürfnissen der Bevölkerung dienenden, basisorientierten Gesundheitssystems zum Ziel haben. Unsere Arbeit finanziert sich zum einen aus Spenden von Einzelpersonen, Organisationen und politischen Gruppen, aber auch aus Zuschüssen der Bundesregierung, die auf Antrag gewährt werden können (z.B. Nicaragua). Allerdings sollte das nicht täuschen, etwa im dem Sinne, daß eine Organisation, die so viel Geld aus staatlichen Mitteln erhält, keiner Spende mehr bedarf.

Es sind gerade diese Spenden und die Zusammenarbeit mit den Solidaritätsgruppen, die der medico ihre Unabhängigkeit, die ja im Interesse der Länder ist, die wir unterstützen, bewahrt. Unserem Selbstverständnis nach sind wir also kein "Ableger" der staatlichen Entwicklungshilfe, auch wenn wir im Interesse unserer Projektpartner staatliche Mittel zu nutzen versuchen. Nicht immer klappt das - z.B. für die Unterstützung der saharanischen Flüchtlinge. Da sind bisher sowohl unsere Bemühungen als auch die anderer namhafter Organisationen wie z.B. Terre des Hommes fehlgeschlagen, die schon seit Jahren versuchen, für diese Flüchtlinge Bundesmittel locker zu machen.

Nun zu dem Projekt Nicaragua. In der Anfangszeit schon kurz beschriebenen Nordregion Nicaraguas soll, nach Absprache mit dem Gesundheitsministerium, ein Beitrag zum Aufbau einer Basisgesundheitsversorgung geleistet werden.

- Ausrüstung von drei Teams von je drei Gesundheitsarbeiter(innen), Schwestern, Pfleger, Ärzte mit mobilen medizinischen Einheiten, eine Art rollender Arztpraxen, mit denen sich diese Teams auch in abgelegene Dörfer begeben können. Dieser Teil ist bereits realisiert.

- Die zweite Stufe, die gegenwärtig eingelaufen ist, besteht in der Renovierung und Ausrüstung von zehn Gesundheitsposten, zehn Gesundheitszentren und drei ländlichen Hospitälern mit medizinisch-technischem Gerät, Medikamenten und Verbandsmaterial.

- Die dritte Stufe soll präventiv-medizinische und gesundheitspädagogische Maßnahmen des Gesundheitsministeriums unterstützen, je nach Priorität z.B. im Ernährungsbereich, im Mutter-Kind-Bereich oder Ausbildungsbereich (z.B. Gesundheitspromotoren).

In dem Projektgebiet, dessen Unterstützung wir verabschiedet über einen entsprechend langen Zeitraum übernommen haben, leben schätzungswei-

se 160000 Menschen, davon etwa 40% Kinder unter 14 Jahren.

Es kommt jetzt darauf an, auch der bisher vernachlässigten ländlichen Bevölkerung materiell sichtbar zu zeigen, daß ihr Wille zum Aufbau unterstützt wird und die Anstrengungen auch tatsächliche Veränderungen zur Folge haben. Nicaragua hat für ein Land der "3. Welt" zwar relativ viele Ärzte (ein Arzt kommt auf etwa 2500 Einwohner), aber die arbeiten vorzugsweise in Managua, wo früher das meiste Geld zu verdienen war.

Dieses Gebiet, das praktisch über keinerlei Gesundheitsversorgung verfügt, ist für die neue Regierung in Nicaragua folglich auch ein Gebiet potentieller Probleme, ein weiterer Grund, dort schnell zu helfen, denn die Menschen erwarten Verbesserungen nach dem Sturz Somozas.

Das Gesundheitswesen funktioniert früher nach dem Prinzip ohne Geld keine Behandlung bzw. auch keine Medikamente, die in der Regel als "Behandlung" ausgegeben wurden.

Die nicaraguanischen Ärzte waren entsprechend korrupt und kastrierten ab, was irgend ging. Eine allgemeine Krankenversicherung gab es nicht. Die Gesundheitsversorgung hatte in Nicaragua einen hier kaum bekannten Warencharakter. Neben Reklameschildern für Autos, Waschmittel usw. sieht man heute noch Reklameschilder für die entsprechenden Arztpraxen - private versteht sich, die gegen Barzahlung Tag und Nacht aufgesucht werden können. Daß die Armen, also 90% der Bevölkerung nichts davon hatten, ist klar.

Die "Medizin" für die Armen muß schlicht als kriminell bezeichnet werden. Wir sehen in Managua Häuser mit der Aufschrift: "Hier gibt es Spritzen". D.h., daß die Leute in die Hoffnung oder den irrationalen Glauben versetzt wurden, daß eine Spritze, in einem Kramergeschäft für teures Geld gekauft, eine Beseitigung ihrer Elendskrankheiten oder auch nur eine Linderung der Schmerzen bringen könnte. Auf dem Lande hatte es eigentlich gar nichts mehr mit "Medizin" zu tun. Da gab es in dem einzigen Kramladen einfach alles, also auch Aspirin usw. zu kaufen. Das war schon makaber. Wir sind in Dörfern gekommen, die mit dem Jeep kaum zu erreichen waren, aber trafen dort auf Schieber von Bayer, die für Aspirin und Alka Seltzer warben.

Etwa ein Drittel der Ärzte haben mit Somozas das Land verlassen. Wenn diese Zahl stimmt, ist das unter den genannten Umständen wohl kaum zum Schaden der Bevölkerung. Jetzt werden die Ärzte veranlaßt, vier Stunden unentgeltlich in Krankenhäusern und anderen staatlichen Einrichtungen zu arbeiten. Den Rest des Tages dürfen sie weiterhin ihre Privatpraxen betreiben. Diese Situation ist natürlich in keiner Weise befriedigend, denn die Ärzte nutzen in der Realität die Einrichtungen des Gesundheitsministeriums dazu aus, die Personen, die bezahlen können, in ihre Privatpraxen abzuschleppen. Diese Ärzte machen keine Aufzeichnungen über ihre Patienten, so daß ein anderer Arzt teilweise die selber später überhaupt nicht mehr wissen, weshalb der Patient kam, was verschrieben wurde usw. Natürlich gibt es auch andere Ärzte, nämlich solche, die während des Bürgerkrieges unter großen Risiken Angehörige der FSLN behandelt haben. Zahlreiche sind von den Somozisten erschossen worden. Diese Ärzte sind aber leider die absolute Minderheit.

Andererseits haben Medizinstudenten und Pharmaziestudenten der Universität Leon nach dem Boykott der Pharma-Konzerne begonnen, einige wichtige Medikamente in den Universitätslabor selbst herzustellen und kostenlos zu verteilen.

Und nicht zu vergessen ist die Solidaritätsarbeit der Internationalen Brigaden, Schwestern, Pfleger und Ärzte, nicht nur aus Kuba, auch aus Venezuela, Honduras, Mexiko, Spanien, Frankreich, Österreich und auch aus der BRD.

Frage AK: Was meinst Du zu den Kommentaren der BRD-Pressen gegen den Einsatz kubanischer Ärzte-Teams? Leo: Die kubanischen Ärzte sind ja eigentlich nur in Folge einer Reaktion der nicaraguanischen Gesundheitsministerien auf das Fehlen in der Gesundheitsversorgung ins Land gerufen worden. Es war einfach kurzfristig nicht möglich, die eigenen Ärzte aufs Land zu schicken. Außerdem wäre das bei der überwiegend somozistischen Vergangenheit der nicaraguanischen Ärzte auch nicht ungefährlich gewesen. Es sind während unserer Reise "Fälle" berichtet worden, wo Ärzte - auch nach der Revolution - FSLN-Anhänger absichtlich falsch behandelt haben, sie auf diese Weise also getötet wurden.

Die Hauptprogrammpunkte der FSLN zum Gesundheitswesen sind die Verstaatlichung des Ge-

sundheitswesens, die Abschaffung der privaten Arztpraxen, die Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung und die kostenlose Versorgung der Armen. Bis zu diesem Ziel ist es noch ein langer Weg. Zur Zeit wird versucht, über die Einrichtung von Volkspotheken, die gegen Rezept und ein geringes Entgelt Medikamente ausgeben, dem geradezu verbrochenen, wilden Verkauf aller möglichen, auch gefährlichen Medikamente, das Wasser abzugemhen.

Die Kindersterblichkeit ist mit ca. 15-20%, wie in allen Ländern mit kolonialer oder neo-kolonialer Vergangenheit, sehr hoch. D.h., etwa je des 5. Kind starb bislang bis zum fünften Lebensjahr, Unterernährung und die Folgekrankheiten sind die Ursachen, meist Infektionskrankheiten wie Durchfallerkrankungen oder Erkrankungen der Atemwege.

Schlechte Wohnverhältnisse, unsauberes Wasser, fehlende Latrinen und fehlende sonstige sanitäre Einrichtungen, fehlende Abwasser- und Unratbeseitigung tragen ein Übriges dazu bei, daß in manchen Gegenden der Befall der Kinder mit Würmern 100% beträgt. Das ist eine Situation, die nicht erst durch den Krieg entstanden ist - sie hat sich dadurch nur noch verschlimmert. Nun noch mal zurück zu Deiner Frage.

Kurz nach dem Sieg sind ca. 200 kubanische Ärztinnen und Ärzte nach Nicaragua gekommen, um die größte Not zu lindern und zu helfen. Sie richteten in den von Somozas Bomben zerstörten Krankenhäusern etc., hauptsächlich in Chinandega, Esteli und Rivas, Feldlazarette ein und beteiligten sich an der Organisation der Impfkampagnen. Alles in allem hat diese Sofortmaßnahme dazu beigetragen, konkret die Kindersterblichkeit zu senken. Unter diesen sind ca. 300 Lehrer/innen zusätzlich angestellt, die bei der Alphabetisierung eingesetzt werden. Ca. die Hälfte der 1,4 Mio. Menschen über 10 Jahren sind Analphabeten, das sind ca. 30% der Stadt- und 70% der Landbevölkerung, die weder Schreiben noch Lesen können.

Wenn die Alphabetisierung hier mit besonderem Augenmerk verfolgt wird, so ist das natürlich nicht verwunderlich. Neben der Vermittlung von Schreiben und Lesen soll auch der Umgang mit Dingen des täglichen Lebens vermittelt werden. Also Erziehung zur Hygiene, vorbeugende gesundheitliche Verhaltensweisen und auch die Förderung der politischen Bewußtwerdung.

So besteht das inzwischen entworfene Lehrbuch u.a. aus Themen, die die Vergangenheit des eigenen Volkes, Beiträge bedeutender Revolutionen wie Sandino und Carlos Fonseca (Mitbegründer der FSLN) zur Entstehungsgeschichte des Aufstandes u.ä. enthalten. Es wird festgestellt, was die FSLN überhaupt ist, was die Bedeutung der Massenorganisationen oder Jugendorganisationen ist, was Befreiung der Frau heißt etc.

Bis März dieses Jahres soll die Alphabetisierung voll anlaufen. Das Ministerium für Kultur und Bildung stützt sich dabei auf die Methode von Paulo Freire, auf Erfahrungen aus Kuba, Mozambique, Cap Verde usw. Es ist vollkommen klar, daß die Alphabetisierung nicht allein den kubanischen Lehrern überlassen werden kann - tatsächlich ist vorgesehen, etwa 180000 Menschen für diese Kampagne zu mobilisieren. Mitmachen soll eigentlich jeder, der/der ein Minimum an, sagen wir mal, "Bildungsgrad" hat.

Schüler ab 12 Jahren, Studenten usw. sollen mitmachen. Die Schulen und Universitäten werden für diese Zeit geschlossen, damit die Zeit der Kampagne (etwa 2-3 Monate) voll genutzt werden kann. Die "Alphabetizadores" werden mit den Menschen auf dem Land leben, nicht allein um zu lehren, sondern auch um selbst von ihnen zu lernen.

AK: Wir danken Dir für diese ausführlichen Informationen. Viel Erfolg für Eure weitere Arbeit!

KB/Gruppe Frankfurt

6.2.80

Wer sich genauer für die Arbeit von medico interessiert, wende sich bitte an:

medico international  
Homburger Landstr. 455  
6000 Frankfurt 50  
Tel.: 0611/54 10 91

Hier kann auch eine hervorragende Diätetik für Veranstaltungen etc. bezogen werden!

Spenden für das hier beschriebene Projekt der medico international können überwiesen werden auf:

Kto 102  
Frankfurter Sparkasse  
Kontowert Nicaragua



# Der expansive militärische Kurs Japans

Wurden in den vergangenen Jahren die japanischen „Selbstverteidigungskräfte“ (SDF) ausgebaut – lautstark unterstützt vom US-Imperialismus – so steuert der japanische Militarismus inzwischen offen einen expansiven Kurs. Dies wurde im August 1979 deutlich, als japanische Offiziere sich an einer der bisher größten Offensivmanövernübungen von US-Truppen auf der Insel Okinawa beteiligten. Die vor kurzem begonnenen regelmäßigen Luftwaffenübungen mit den USA im Ausland (DACT – different aircraft combat training) sprechen auch dafür. Die Beteiligung der japanischen Kriegsmarine (MSDF) an der RIMPAC (gemeinsame Kriegsschiffübungen von Anrainerstaaten des Pazifiks), die seit dem 26.2.80 für eine Dauer von drei Wochen in der Nähe von Hawaii stattfindet, bildet nunmehr einen weiteren Höhepunkt.

Anlässlich der japanischen RIMPAC-Beteiligung sollen im folgenden die Hintergründe und Ziele der neuen Militärstrategie Japans beleuchtet werden. Hierbei wurde im wesentlichen auf eine Einschätzung der japanischen Situation der 4. Internationalen (Trotzlisten) zurückgegriffen, die in ihrer Zeitung „Sekai Kakumei“, Nr. 612, abgedruckt war.

## RIMPAC-Kriegsübungen

Seit 1971 werden die RIMPAC-Kriegsübungen (Rim of the Pacific exercises) gemeinsam von den Seestreitkräften der USA, Kanadas, Australiens und Neuseelands in Abständen von rund zwei Jahren durchgeführt. Sinn und Zweck dieser Übungen werden immer streng geheimgehalten. Der japanische Verteidigungsminister hatte einmal anlässlich der RIMPAC 1976 die Kriegsübungen folgendermaßen charakterisiert (Vorausgesetzt wird eine Kriegsführung mit konventionellen Waffen):

rakterisiert (Vorausgesetzt wird eine Kriegsführung mit konventionellen Waffen):

1. Aufspüren feindlicher Kriegsschiffe und Flugzeuge, die geheime Manöver durchführen.
2. Identifizierung des Feindes und Angriff mit Luft- und Unterwasserkräften.
3. Radarkrieg, d.h. Aufspüren des feindlichen Radars, Ausweichen der Radarstrahlen und des Feindes.

Die RIMPAC werden durch die „Känguruh-Übungen“ ergänzt, bei denen neben den ANZUS-Staaten (USA, Australien, Neuseeland) auch Kanada und Großbritannien beteiligt sind und außer den Seestreitkräften auch Luftwaffe und Bodentruppen eingesetzt werden.

An RIMPAC 1980 sind insgesamt 41 Kriegsschiffe, 200 Flugzeuge und rund 20.000 Mann Besatzung beteiligt. Japan hat zwei Begleitzerstörer (die 3.050 BRT Amatsukaze und die 4.700 BRT Hiei) entsandt, sowie acht U-Boot-Aufklärungsflugzeuge und 720 Mann Besatzung.

Nun werden seit 1955 bereits über 80 gemeinsame Übungen der Kriegsmarine Japans und der USA gezählt. Diese fanden alle in japanischer Küstennähe statt und dauerten nie länger als eine Woche. Ferner hat die japanische MSDF seit 1966 jedes Jahr U-Boot-Aufklärungsflugzeuge, Begleitzerstörer und U-Boote nach Hawaii zu gemeinsamen Übungen mit den USA entsandt. Schließlich hat es auch zahlreiche gemeinsame Kampfübungen der beiden Luftwaffen gegeben, und die Ausbildung japanischer Offiziere in den USA.

Doch die RIMPAC Teilnahme Japans stellt eine völlig neue Qualität dar. Die japanische Militärpolitik darf erstmalig mit der 3. US-Flotte (Oberbefehlshaber in San Diego) zusammenarbeiten, zum ersten Mal unternehmen Japan Kriegsschiffe mit Neuseeland, Australien und Kanada, und noch nie hatte Japan über eine so lange Zeit bei gemeinsamen Kriegsspielen mitgemacht.

## Die veränderte Strategie des US-Imperialismus

Die Einführung der RIMPAC 1971 war eine Folge der veränderten Welt

strategie der USA, die einer Niederlage im Vietnam-Krieg entgegensteht. Schon 1969 hatte US-Präsident Nixon in seiner Guam-Erklärung verkündet, daß die US-Truppen sich aus den ostasiatischen Kontinentalstaaten zurückziehen sollten (außer aus Südkorea). Vom Meer aus sollte ein Ring von atomgetriebenen U-Booten mit Atom-Raketen gegen die „sowjetisch beeinflussten Gebiete“ sowie gegen die revolutionären Befreiungsfronten gebildet werden. Ferner müßten die Seeverkehrswege Nahost-Indischer Ozean-Pazifik-amerikanisches Festland gesichert werden. Zu diesem Zweck wurde im Januar 1972 das Einsatzgebiet der pazifischen US-Flotte mit Hauptquartier in Hawaii bis auf den Indischen Ozean erweitert.

Allerdings war es für den US-Imperialismus nicht mehr möglich gewesen, dieses Gebiet allein zu überwachen. So sollte Japan militärisch gestärkt werden. Japan sollte bestimmte militärische Aufgaben erteilt werden – diese bezogen sich hauptsächlich auf die koreanische Halbinsel –, während Australien und Neuseeland Aufgaben im südlichen Pazifik zufielen. Konkret fand diese neue imperialistische Rollenverteilung in den RIMPAC- und Känguruh-Übungen ihren Niederschlag. Das verstärkte Eingreifen der US-Kriegsflotte im Indischen Ozean sollte durch eine Stärkung der pazifischen Stellung durch die pazifischen Anrainerstaaten ermöglicht werden. Mit der Verbindung zur NATO und zu deren Einsatzgebieten wird die weltumfassende Strategie des US-Imperialismus allzu deutlich. Die RIMPAC-Teilnahme Japans wird somit die militärische Position der SDF innerhalb des imperialistischen Weltsystems erheblich stärken.

## Die Rolle des japanischen Imperialismus

Die japanische SDF bilden einen wesentlichen Bestandteil der fernöstlichen Militärsysteme der 116. Zone.

Die japanische SDF bilden einen wesentlichen Bestandteil der fernöstlichen Militärsysteme des US-Imperialismus, vor allem nach der Niederlage der USA in Vietnam. Die stärkere Einbeziehung Japans in das imperialistische System der USA machte sich an der Festlegung der gemeinsamen „Verteidigungsrichtlinien“ zwischen Japan und den USA, der Einführung neuer Waffensysteme in Japan (F3- und F4C-Jäger, P3C-U-Boot-Aufklärer, F15-Jäger, Nike Hercules Boden-Luft-Raketen) sowie nicht zuletzt an der Verlängerung des US-japanischen Sicherheitsvertrages bemerkbar. So heißt es im US-Verteidigungsbericht, daß Japan aufgrund seines gestärkten militärischen Bündnisses mit den USA, das die militärische Stärke Japans mit der nuklearen Schlagkraft der USA verbindet, nunmehr in die Lage versetzt worden sei, die erweiterten Aufgaben der SDF zu bewältigen.

Die militärische Rolle Japans wird noch deutlicher nach den den jüngsten Ereignissen in Iran und Afghanistan. Durch die Verlagerung des US-Flugzeugträgers Nimitz der 6. US-Flotte vom Mittelmeer zum Indischen Ozean sowie die Verlagerung der zwei einzigen US-Flugzeugträger der 7. Flotte vom Pazifik zum Indischen Ozean stand der Westpazifische Raum nunmehr ungeschützt da. Zwar konnte auch Verstärkung aus den USA geholt werden, doch entstand für die USA und andere imperialistische Mächte eine Krisensituation, in der eine Mobilisierung der Streitkräfte an einer Front zwangsläufig zu „Verteidigungslücken“ in anderen Gebieten führte. Um die militärische Einsatzfähigkeit und Mobilität zu erhöhen, wird daher vor allem auf US-Seite begonnen, eine Bereitschaftstruppe aufzubauen, die letztlich etwa 100.000 Mann umfassen und jederzeit überall einsatzbereit sein soll. Außerdem strebt man eine wirksamere regionale Aufstellung der militärischen Aufgaben an (unter US-Oberbefehlsgewalt). Mit der RIMPAC-Teilnahme ist Japan zu einem unverzichtbaren Bestandteil der imperialistischen Strategie der Westmächte geworden.

Allerdings darf nicht übersehen werden, daß es im Interesse des japanischen Imperialismus selbst liegt, sich militärisch zu stärken und zu expandieren. Denn durch die Niederlage des US-Imperialismus an den revolutionären Fronten (Indochina, Iran, Nicaragua,

Angola) sind auch die japanischen Interessen gefährdet. Es hatte sich vor allem gezeigt, daß seit dem Vietnam-Krieg mit wenigen Ausnahmen (z.B. Zaire) ein direktes militärisches Eingreifen durch die „Westmächte“ selbst in den Befreiungsgebieten nicht gewagt wurde. Die SDF sind somit nicht nur das fernöstliche Glied des imperialistischen Weltsystems der USA, sondern sie streben eine Stärkung der eigenen Position unter den Westmächten an.

Bereits 1977 sollte Japan an den RIMPAC teilnehmen. Damals konnte das aber politisch nicht durchgesetzt werden, da das anti-militaristische Bewußtsein auch unter den Gewerkschaftsverbänden und reformistischen Parteien noch stark genug war. Jetzt wurde die Teilnahme aber auf Kabinettsebene beschlossen.

Die RIMPAC-Teilnahme wird sicherlich die Schlagkraft der SDF erhöhen, da sie zum einen Großanwender-Erfahrungen bringen und auch die Argumente für weitere Steigerungen der Rüstungshaushalte liefern wird. Andererseits bedeutet sie eine völlig neue Konstellation im pazifischen Raum. Unter den beteiligten Ländern stellt nämlich die MSDF – abgesehen von der US-Kriegsmarine – den stärksten Machtfaktor dar. Gemessen an der Truppenzahl wie auch der Waffentärke weist die SDF allein mehr als Kanada, Australien und Neuseeland zusammen auf. Aufgrund der hohen Bedeutung der japanischen Präsenz ist sogar zuweilen vom JANZUS-Pakt die Rede. Die RIMPAC-Teilnahme Japans muß daher als ein entscheidender Schritt zur Rückkehr der pazifischen Vorherrschaft der kaiserlichen Kriegsmarine gewertet werden.

Die veränderte militärische Rollenverteilung, in die Japan nunmehr voll einbezogen ist, zielt dabei nicht nur auf eine – wie bereits angedeutet – militärische Einkreisung von Befreiungsbewegungen bzw. befreiten Ge-



bieten ab. Der japanische Ministerpräsident Ohira spricht von der Idee einer Pan-Pazifischen Gemeinschaft, die USA reden vom Konzept der pazifischen Wirtschaftsräume, Australien prägt den Begriff vom Kommando der Anrainerstaaten des pazifischen Beckens. Gemeinsames Ziel ist es, auch unter Einbeziehung der ASEAN-Staaten und möglichst der VR China ein politisch, wirtschaftlich und militärisch gefestigtes Bollwerk gegen die revolutionären Fronten zu bilden.

## Die Stimmung in Japan

In Japan wird seit längerem von Seiten der Bourgeoisie die notwendige Stimmungsmache betrieben, um die Militarisierung des Landes voranzutreiben. Die vergangenen Monate waren vor allem von einer hysterischen Kampagne über die sowjetische Gefahr gekennzeichnet.

Gab es bis zur Mitte der sechziger Jahre noch eine starke Opposition von Seiten der Reformisten, vor allem der Sozialistischen Partei (JSP) und des größten Gewerkschaftsverbandes Sohyo, so wird spätestens seit dem gemeinsamen Vorgehen zwischen JSP und Komeito (Säuberkeitspartei) von dieser Seite nichts mehr gegen den amerikanischen-japanischen Sicherheitsvertrag oder gegen die verstärkte Aufrüstung unternommen. Und mit der Verurteilung des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan sowie der Forderung nach Rückgabe der von der Sowjetunion besetzten Nordinseln Ja-

pans durch die revisionistische ICP (dies tun im übrigen auch die reformistischen Parteien) wird der Regierungspolitik entgegengekommen, die darauf abzielt, einen Volkskonsens herzustellen, der zumindest die Notwendigkeit der SDF rechtfertigen soll. Hierzu haben auch Teile der japanischen Linken beigetragen, die vor allem die „Gefahr des Sozialimperialismus“ beschwören.

Dennoch darf nicht übersehen werden, daß es eine Reihe von Protesten anlässlich der RIMPAC-Teilnahme Japans gegeben hat. Unter anderem wurde am 25.1. sowohl vom Land als auch zu Wasser versucht, das Auslaufen der beiden MSDF-Zerstörer zu verhindern. Am 16.2. hatten etwa 2.000 Demonstranten die Polizeiketten vor dem Luftwaffenhorst in Niihara (auf der Insel Kyushu) durchbrochen und die Tore des Fliegerhorstes gestürmt. Am 24.2. fand die bisher größte Demo gegen RIMPAC im japanischen Kriegshafen Yokosuka (südlich von Tokyo) mit 12.000 Teilnehmern statt. Gerade jetzt, wo tagtäglich mit der sowjetischen Gefahr Angst geschürt wird und wo von der Gefahr der Reaktion im eigenen Land abgelenkt wird, sind solche Protestaktionen gegen die imperialistischen Weltkriegsvorbereitungen notwendig, denn sie sind ein Ausdruck für die Solidarität mit den bedrohten Befreiungsbewegungen der Dritten Welt.

Asien-Australien-Kommission

# Liberalisierung in Südkorea?

Am 29. Februar stellte die südkoreanische Regierung die bürgerlichen Ehrenrechte von insgesamt 687 Oppositionellen wieder her, die ihnen unter den Notstandsverordnungen des verbliebenen Diktators Park Jung Hi aberkannt worden waren. Unter das Regierungsdekret fallen eine ganze Reihe prominenter Oppositionspolitiker wie der ehemalige Präsident Yun Po Sun und der ehemalige Vizepräsident der oppositionellen „Neuen Demokratischen Partei“ (NDP), Kim Dae Jung. Kim war bei den Präsidentschaftswahlen von 1971 trotz massiver Wahlfälschungen nur knapp unterlegen. 1973 wurde er vom südkoreanischen Geheimdienst KCIA aus seinem Exil in Tokyo verschleppt. Obwohl seine Gefängnisstrafe im Dezember 1978 abgelaufen war, stand er bis jetzt unter Hausarrest. Mit der Wiederherstellung seiner bürgerlichen Rechte könnte er jetzt zu den für 1981 angekündigten Präsidentschaftswahlen kandidieren. Die derzeitige Amnestie, unter der auch zahlreiche oppositionelle Kirchenvertreter, Studenten und Journalisten fallen, ermöglicht der bürgerlichen Opposition

sicher einen besseren Spielraum. Welches Ausmaß die Unterdrückung der bürgerlichen Freiheiten in Südkorea hat, zeigt die Tatsache, daß Kim Dae Jung zwar eine Woche vor der Amnestie mit Foto in der Zeitung erschien, sein Name aber nicht genannt werden durfte.

Während zu früheren Anlässen (etwa der Amnestieführung des derzeitigen Präsidenten Choi Kyu Hah) unter bombastischen Überschriften „1.646 Häftlinge freigelassen“ („FR“ 24.12.79) schließlich ganze neun (!) Regimegegner darunter waren, sind von der aktuellen Maßnahme diejenigen betroffen, die unter den Notstandsdekreten Parks eingesperrt worden waren. Ausdrücklich ausgenommen sind Verstöße gegen das „Nationalen Sicherheitsgesetz“ und das „Antikommunistengesetz und andere“ (Südkoreanische Nachrichtenagentur Hapong, 29.2.80).

Daß Parks Nachfolger keinesfalls eine Liberalisierung für Kommunisten und Sozialisten im Sinne haben, machten sie schon rasch nach ihrer Machtübernahme deutlich. So wurden im Dezember letzten Jahres zwei

Koreaner wegen „Spionage“ für die sozialistische Koreanische DVR („Nordkorea“) zum Tode verurteilt, zwei weitere zu lebenslanger Haft.

Der berühmte Dichter Kim Chi Ha, der unter dem „Antikommunistengesetz“ verurteilt worden war, kommt offenbar auch nicht in den Genuß der Amnestie.

Wie die „Pyongyang Times“ vom 23.2.80 meldete, sollen alleine in der Zeit zwischen dem 20. Januar und dem 4. Februar in Südkorea von der Polizei 143.350 Leute wegen „Störung der Ordnung“ verhaftet worden sein, von denen 3.320 eingesperrt und 7.710 in Sammelverfahren bestraft wurden. Der amnestierte Kim Dae Jung hat dann auch schon „Zweifel daran angemeldet, ob die Demokratisierung des Landes in der vom Volk gewünschten Richtung voranschreitet“ („SZ“, 4.3.80).

Von Demokratisierung kann solange keine Rede sein, wie der Terrorapparat der KCIA nicht aufgelöst, freie Gewerkschaften mehr zugelassen sind und die Pressezensur fortbesteht.

Asien-Australien-Kommission

## Kurzmeldungen

### Reisbauern brennen Chemiefabrik nieder

Weil ein staatliches Chemiewerk seine Abwässer auf die Reisfelder leitete und Proteste und Auflagen nicht befolgt hatten, griffen Bauern in Indonesien zur Selbsthilfe. Mit Trommelwirbel rückten mehrere hundert von ihnen an und legten an verschiedenen Stellen in der Fabrik Feuer, worauf diese niederbrannte. Die Chemiefirma hatte sich in der Vergangenheit nicht nur gegenwärtig, ihren Müll von den Feldern fernzuhalten, sondern war nicht einmal bereit, Entschädigungen an die Bauern zu zahlen.

Jetzt hat sich das Problem erstmalig in Rauch aufgelöst ... (nach „FAZ“, 19.2.80)

### Vietnam-Veteranen verklagen Chemiekonzern

Neben 2.000 US-Veteranen des Vietnamkrieges haben jetzt auch 40 Australier, die gegen Vietnam gekämpft haben, fünf US-Chemiekonzerne verklagt, die Entlaubungsmittel hergestellt haben. Noch heute leiden die Soldaten unter Hautausschlag, nervösen Störungen und Geschwülstkrankheiten. Insbesondere sind auch die Kinder betroffen: Von drei Brüdern, die in Vietnam waren, kamen neun

der zehn Kinder mit Mißbildungen zur Welt! Das einzige Kind ohne Schaden wurde vor dem Vietnam Einsatz des Vaters geboren („SZ“, 27.2.80). Um wieviel stärker das vietnamesische Volk, das heute noch in den verunsicherten Gebieten lebt, von dem Chemiekrieg betroffen ist, läßt sich denken. Allein über Südvietnam wurden mehr als 100.000 Tonnen chemischer Kampfstoffe abgeworfen. Damit wurden 13.000 Quadratkilometer landwirtschaftliche Nutzfläche sowie 25.000 Quadratkilometer Wald vernichtet. Zwei Millionen Vietnamesen leiden unter den Folgen der chemischen Kriegsführung („SZ“, 23.1.80).

Asien-Australien-Kommission



# Arabische Studenten unter zionistischer Herrschaft

(Gegenwärtig studieren 50 000 Palästinenser an den Universitäten der arabischen und außerarabischen Welt (1))

Die Zahl der arabischen Studenten an den israelischen Universitäten nimmt jährlich zu, ihr Anteil an der arabischen Gesellschaft in Israel geht jedoch zurück. (2) Nach israelischen Statistiken des Jahres 1964 kamen auf 100 jüdische Schüler 9,6 Universitätsstudenten, wohingegen im Bereich der arabischen Gesellschaft auf 100 Schüler ein Student entfiel. (3) Im Jahre 1974 studierten 1 400 arabische Studenten an der Hebräischen Universität in Jerusalem (4), etwa 300 an der Tel Aviv Universität. (5) Die Quote der Studenten in den arabischen Ländern übersteigt jene der arabischen Gesellschaft im Zionistenstaat um das Dreifache. (6)

Da das höhere arabische Schulwesen im Zionistenstaat durch die Regierung bewußt vernachlässigt wird, sind die arabischen Oberschüler beim Zugang zu den Universitäten von vornherein benachteiligt. (7) Der für die Zulassung zur Universität erforderliche psychometrische Test richtet sich nach dem Unterrichtsniveau in den jüdischen Schulen, ohne das Lehrprogramm arabischer Lehranstalten zu berücksichtigen, das ein niedrigeres Niveau aufzuweisen hat. (8) Die Folge für das Studium ist, daß bereits ein hoher Prozentsatz der Kandidaten an der Aufnahmeprüfung scheitert und die Zahl der Abschlüsse sehr gering ist. (9) Das arabische Studentenkomitee der Hebräischen Universität bemerkte in einem 1975 erlassenen Aufruf an die Öffentlichkeit, daß der in jenem Jahr durchgeführte Test die Zahl der zugelassenen arabischen Kandidaten um 70% reduziert habe. Vielen arabischen Jugendlichen wird der Zugang zu den Universitäten nur durch Beziehungen zu den arabischen Kollaborateuren mit den Zionisten ermöglicht, allen voran mit jenen Knesset-Mitgliedern, die über die mit der zionistischen Arbeiterpartei (Mapai) hielten arabischen Listen gewählt wurden.

Die arabischen Studenten haben mit den gleichen sozialen und psychischen Problemen zu kämpfen wie ihre im industriellen Bereich tätigen Altersgenossen. Sie stehen vor einer Mauer der Ablehnung und der Reserviertheit seitens der jüdischen Gesellschaft, treffen auf die gleichen Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche und leiden gleichermaßen unter der Isolierung und Entfremdung. (10) Der permanente Gebrauch der hebräischen Sprache an der Universität ist für die meisten eine zusätzliche Anspannung. (11) Zwischen jüdischen und arabischen Studenten gibt es auch in der Freizeit nur sehr beschränkte Kontakte, eine Situation, die sich kaum nach drei oder vier Jahren gemeinsamen Studiums ändert. Einer geringen Anzahl arabischer Studenten gelingt die Integration in die Universitätsgesellschaft, während die Mehrheit außerhalb steht. (12) Die arabischen Studenten nehmen an den Aktivitäten, die von der israelischen Studenten-Union initiiert werden, fast keinen Anteil, mit Ausnahme jener, die das Studentenparlament betreffen. Sie sind meistens von den jüdischen Studentenorganisationen schnell enttäuscht und gründen eigene Komitees, die sich dann Verdächtigungen seitens der Universitätsleitung aussetzen, zumal sie von dieser nicht anerkannt werden. (13) Der frühere Berater des Ministerpräsidenten für arabische Angelegenheiten, S. Toledano, äußerte dazu gegenüber der Tageszeitung „Yediot Aharonot“ vom 27.1.75, daß die Gründung unabhängiger Studenten-Komitees auf dem Campus unerwünscht sei. (14)

Zusätzlich zu der politischen Diskriminierung sehen sich die arabischen Studenten zuweilen direkten Angriffen ausgesetzt. - Vor etwa zwei Jahren trugen national-religiös orientierte jüdische Studenten anlässlich einer Flugblattaktion, die sich gegen den Zutritt arabischer Studenten zu den Studentenwohnheimen richtete, ein Plakat mit sich, auf dem es hieß: „Hier bewahre uns vor fremden Rassen und bösen Nachbarn!“ (15) - Zu Beginn des Jahres griffen zionistische Extremisten vier arabische Studenten an, die sich auf dem Weg zur Jerusalemer Universität befanden. Die Schläger forderten die Entlassung arabischer Studenten von den Universitäten und versuchten eine arabische Feier zu stören, die in der Universität stattfinden sollte. (16)

Die Berufsaussichten der arabischen Studenten sind kaum dazu

angest, der Zukunft optimistisch entgegenzusehen. Bis 1966 konnten, bedingt durch die Einführung der Grundschulausbildung in den arabischen Dörfern, zahlreiche Oberschüler und Universitätsabsolventen zumutend durch das schnell anwachsende arabische Erziehungssystem absorbiert werden. Aber bald wurde die jährliche Expansion dem Wachstum der arabischen Bevölkerung angeglichen, so daß die Absolventen höherer Ausbildungsstufen immer seltener eine Anstellung fanden. (17) Die Möglichkeiten im Regierungsbereich oder in anderen staatlichen Institutionen unterzukommen, sind aufgrund der Vorbehalte gegenüber arabischen Bewerbern durchweg ausbleibend. Selbst die Abteilungen in den Ministerien, die mit den Angelegenheiten der arabischen Bevölkerung betraut sind, stellen grundsätzlich keine Araber ein. (18)

Aufgrund der unbefriedigenden Berufsaussichten überschritten in den ersten Jahren der Existenz des zionistischen Staates rund 300 Jugendliche jährlich illegal die Grenze und wurden auf der anderen Seite unter dem Verdacht festgenommen, für Israel zu spionieren. Nicht selten kamen Folterungen bei den Verhören vor. Nach dem Abschieben auf israelisches Territorium wurden die Jugendlichen dann wegen illegalen Überschreitens der Grenze in Haft genommen. (19)

Bei den arabischen Jugendlichen macht sich eine zunehmende Verbitterung breit. Eine Reaktion, die sich auch bei den Familien findet, die viel Geld in die Ausbildung investiert haben, in der Hoffnung, daß die Jugendlichen einen hochbewerteten Beruf ausüben würden. (20) Die von den Behörden abgewiesenen reagieren mit einer Intensivierung des Nationalbewusstseins, wodurch die israelischen Behörden eine Bestätigung ihrer diskriminierenden Einstellungspolitik finden, wohlwollend übersehend, daß ihr eigenes Verhalten die zunehmende nationalistische Orientierung der sich entfremdet und isoliert fühlenden Jugendlichen erst hervorruft. (21)

Bezeichnenderweise wird die arabischen Hochschulabsolventen die stärksten Befürworter des bewaffneten Kampfes gegen den zionistischen Staat. 1968 wurde Khalil Tuama, der Vorsitzende des Arabischen Studenten-Komitees an der Hebräischen Universität in Jerusalem wegen Zusammenarbeit mit der größten palästinensischen Guerillaorganisation AL FATAH festgenommen. (22) Im Jahre 1969 inhaftierte die israelische Polizei ungefähr hundert Araber wegen Zusammenarbeit mit palästinensischen Guerillas. Diese Zahl übersteigt jene in den 10 Jahren vor dem 6-Tage-Krieg. Am aufsehenerregendsten war die Tatsache, daß es nicht nur Einzelgänger waren, sondern wegen Zusammenarbeit mit palästinensischen Guerillas. Diese Zahl übersteigt jene in den 10 Jahren vor dem 6-Tage-Krieg. Am aufsehenerregendsten war die Tatsache, daß es sich bei vielen der Verhafteten um Oberschüler und Universitätsabsolventen handelte. Die VOLKSFREIHEIT ZUR BEFREIUNG PALÄSTINAS schien unter den am meisten favorisierten Organisationen zu sein. (23) Das palästinensische Nationalbewusstsein hat seit dem 6-Tage-Krieg von 1967 bei den Arabern im Zionistenstaat an Intensität zugenommen.

In einer Sendung des israelischen Fernsehens bekannte ein arabischer Student freiwillig, daß die arabische Gesellschaft in Israel einen untrennbaren Teil des palästinensischen Volkes darstelle. (24) Die israelischen Behörden sind dementsprechend darauf bedacht, Manifestationen des wachsenden palästinensischen Nationalbewusstseins der arabischen Studenten zu unterdrücken. Der Vorsitzende des Arabischen Studenten-Komitees der Tel Aviv Universität wurde vom dortigen Sicherheitsbeauftragten angegriffen, als er auf dem Campus Broschüren der arabischen Studentenvereinigung verteilte. Die herbeigerufenen Polizei verhaftete ihn und hielt ihn sechs Stunden lang fest. (25)

Bei den Palästinensern in West-Jordanien ist der Prozentsatz der Studenten bedeutend höher als bei jenen im Zionistenstaat. (26)

Vom ersten Tag der zionistischen Besetzung an erfolgten massive Eingriffe in das arabische Erziehungswesen.

- Arabische Zeitschriften und Bücher werden aus den Bibliotheken entfernt. Laboreinrichtungen und sonstiges Lehrmaterial, von der jordanischen Regierung frei geliefert, werden von den Besatzungsbehörden beschlagnahmt. (27)

- Die Besatzer kürzen die Gehälter der Lehrer und schränken die Möglichkeiten für ihre Fortbildung ein. Jeder Lehrer ist mittlerweile auf einen Nebenerwerb angewiesen. Viele



Gefangene Studenten in einem Gefängnis der Westbank (aus: The Middle East, Aug. 70)

arbeiten als Verkäufer auf dem Gemüsemarkt oder bei der Zitrusernte. (28)

Lehrer und Studenten werden willkürlich verhaftet und deportiert.

Es gehört zum alltäglichen Besatzungsritual, Sperren an den Universitätsanlagen zu errichten, um auf diese Weise den Studenten oft stundenlang den Zutritt zu verweigern. (29)

Im Rahmen der Maßnahmen gegen das arabische Erziehungswesen verfügten die israelischen Militärbehörden, daß die Schüler der 12. Klasse der Oberschule von Bethlehem nicht versetzt werden dürfen. Die Bürgermeister der Städte Bethlehem, Beit Jala und Beit Sahour protestierten gegen diese Maßnahme, durch die die Schüler gezwungen werden, ein Jahr länger am Unterricht teilzunehmen. Die Studenten der beiden pädagogischen Institute von Ramallah und die Schüler der dortigen Oberschule sind ebenfalls von solchen Maßnahmen betroffen. Sie wurden von seiten der Militärbehörden damit begründet, daß die Schüler und Studenten an Demonstrationen teilgenommen hätten. (30) Die Erhebungen und Demonstrationen in den besetzten Gebieten wurden zu einem großen Teil von Schülern und Studenten initiiert. (31) Dementsprechend werden immer häufiger Jugendliche zu Gefängnisstrafen verurteilt. (32) Im westjordanischen Gebiet waren allein in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres mehr als 1000 Personen betroffen. (33)

Die Schließung der Universität Bir Zeit im vergangenen Jahr stellte einen Höhepunkt der bisherigen zwölfjährigen Unterdrückungspraktiken dar. Die Schließung wurde von-

der Universität Bir Zeit im vergangenen Jahr stellte einen Höhepunkt der bisherigen zwölfjährigen Unterdrückungspraktiken dar. Die Schließung wurde vorgenommen, nachdem am 2. Mai die Ermordung eines arabischen Studenten durch einen zionistischen Siedler zu massiven Demonstrationen unter der Studenten führte, in deren Verlauf 70 Studenten der Bir Zeit-Universität bei Ramallah verhaftet wurden. (34)

Mehdi Abdel-Hadi, der Sekretär des vor zwei Jahren gegründeten Rates für Höhere Ausbildung, zuständig für die Westbank und den Gazastreifen, bezeichnete die gewaltsame Schließung der Lehranstalten als die direkteste und brutaleste Form des zionistischen Eingriffs in das arabisches Erziehungswesen. In einer vom Fathiya Said Nazzari verfaßten Studie über die Ausbildungssituation in der Westbank heißt es abschließend: Die Lehrer arbeiten unter schwierigen Bedingungen. Die Studenten durchleben eine Identitätskrise. Sie erhalten ihre Ausbildung in einer chaotischen Atmosphäre. Sie werden geschlagen, inhaftiert oder sogar niedergeschossen, wenn sie in irgendeiner Form ihrem Protest gegen die zionistische Besatzung Ausdruck verleihen. (35)

Die Vertreter der Hochschulen im besetzten Palästina veranstalteten am 24. Mai des vergangenen Jahres eine Premiskonferenz, in deren Verlauf sie über die Lage der Universität von Bir Zeit nach ihrer Schließung durch die Besatzer berichteten. An der Premiskonferenz nahm auch der Vorsitzende des arabischen Studenten-Komitees an der Hebräischen Universität von Jerusalem als Ausdruck der Solidarität mit seinen Kollegen aus Bir Zeit teil. (36)

Anlaßlich einer Demonstration zum 12. Jahrestag des zionistischen Unabhängigkeitstages forderten die Teilnehmer die Wiedereröffnung der Universität und die Freilassung der festgenommenen Studenten. (37) Das Nazareth-Komitee der Jugendorganisation der

Kommunistischen Partei Israels führte eine Kampagne durch, um die Bewohner Nazareth über die Lage der Bir Zeit-Universität zu informieren. Es bekräftigte seine Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes auf dem Westufer und im Gazastreifen gegen die zionistischen Besatzer und forderte sie auf, die Universität sofort wieder zu öffnen. (38) Nachdem israelische Professoren und Akademiker aus dem westlichen Ausland dieser Forderung Nachdruck verliehen, sahen sich die Zionisten gezwungen, die Universität am 15.9. wieder freizugeben. (39)

Anlaßlich der 14. Sitzung des palästinensischen Nationalrates im vergangenen Jahr haben Vertreter der arabischen Studentenbewegung an den israelischen Universitäten auf einer Premiskonferenz in Jerusalem ihre Unterstützung der PLO als der einzig legitimen Vertreterin des palästinensischen Volkes bekräftigt. Die Studenten forderten die Errichtung eines weltlichen, demokratischen Staates in Palästina, in dem Juden und Araber friedlich miteinander leben können und verurteilten entschieden die Verhängung von unbefristetem Hausarrest über sechs arabischen Studenten, die dem palästinensischen Nationalrat in Damaskus Solidaritätsadressen zugesandt hatten. Durch diese Aktion haben die arabischen Studenten große Aufmerksamkeit bei den zionistischen Kräften hervorgerufen, die bereits mehrfach eine intensive Unterdrückung der politischen Bestrebungen der Araber in Israel gefordert hatten. (40) Zahlreiche arabische und jüdische Persönlichkeiten brachten ihren Protest gegen die Verhängung des Hausarrestes zum Ausdruck. (41)

Der zionistische Erziehungsminister drückte seine Besorgnis aus, daß die Zahl der arabischen und jüdischen Studenten, die die PLO unterstützen, immer stärker zunimmt, und wies auf die Gefahr hin, die dem zionistischen Staat daraus erwachse. Schließlich forderte er die Universitätsdirektoren auf, arabische und jüdische Studenten voneinander zu trennen und all denjenigen die ihre Solidarität der PLO erklären und den israelischen Rückzug aus allen besetzten Gebieten fordern, härter zu bestrafen. (42)

Die wachsende arabisch-jüdische Solidarität unter den Studenten im zionistischen Staat konnte zu Beginn des letzten Jahres einen großen Erfolg verbuchen, als der Vorsitzende der israelischen Jüdischen Verteidigungsliga Rabbi Meir Kahane eine Gruppe von zionistischen Studenten aufführte, um durch eine provokative Aktion arabischen Studenten der Universität Haifa einzuschüchtern. Es kam zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen zionistischen Studenten auf der einen und progressiven arabischen und jüdischen Studenten auf der anderen Seite. Die 800-köpfige progressive arabisch-jüdische Studentengruppe der Universität Haifa konnte schließlich die zionistischen Anhänger vom Campus vertreiben. Diese Studentengruppe unterzeichnete eine Petition, die das Recht auf freie Rede forderte und jegliche Provokationen gegenüber arabischen Studenten verurteilte. Die Zeitung „Maariv“ berichtete, daß die Verwaltung der Universität Haifa nach den Krawallen, die von der jüdischen Verteidigungsliga ausgelöst wurden, gegen fünf arabische Studenten Anklage erhoben hat.

In einem Kommuniqué, das die General Union palästinensischer Studenten (GUPS) anlaßlich der Ausweisung von Studenten aus den besetzten Gebieten veröffentlichte, heißt es:

Die Proteste arabischer und demokratischer Studenten gegen die israelischen Okkupationspraktiken enthüllen den rassistischen Charakter des Zionismus. Diese Ereignisse zerschneiden auch die Maske der Demokratie, die Israel trägt, während es die palästinensischen Studenten daran hindert, ihre Meinungen bezüglich des Schicksals ihres Volkes und ihrer legitimen Vertreterin der PLO zu bekunden. Welche brutalen Maßnahmen Israel auch immer gegen palästinensische Studenten ergreift, sie werden weder ihrem Kampf, noch ihre politischen Ansichten aufgeben. Repräsentative israelische Maßnahmen werden nie das palästinensische Nationalgefühl unterdrücken können. (43)

## Anmerkungen:

- vgl. Zureik, Ella, Towards a Sociology of the Palestinians, in: Journal of Palestine Studies, Vol. IV, No. 4, Summer 1977, S. 97
- vgl. Israel Press and Public Opinion, in: New Outlook, Vol. 18, Nr. 9, 1972 November - December S. 84
- vgl. Zayyed, Tawfiq, The Arab in Israel, in: Oriens Welt Magazin Heft Nr. 10, Oktober 1977 S. 25
- vgl. Zureik, Ella, a.a.O. S. 97
- vgl. Shuhak, Israel, Nicht-Juden im jüdischen Staat, S. 77
- vgl. Zayyed, Tawfiq, a.a.O., S. 28
- vgl. Rubinstein, Danny, Reform in Educational Objectives for the Arab Sector, in: NO, Vol. 19, February - March, Nr. 2, S. 71
- vgl. Shuhak, Israel, a.a.O., S. 80
- vgl. Zureik, Ella, a.a.O. S. 103
- vgl. Ghannim Mutaspha, Arab Youth in Israel, in: NO, October - November 1978, Vol. 18, Nr. 7, S. 56
- vgl. Landau, Jacob M., The Arabs in Israel, a.a.O. S. 103
- vgl. Ghannim Mutaspha, Arab Youth in Israel, in: NO October - November 1978, Vol. 18, Nr. 7, S. 56
- vgl. Landau, Jacob M., The Arabs in Israel S. 63
- vgl. Abu-Muna, Butrus, Spotlight on Arab Students, in: NO, Vol. 8, No. 2, March 1968, S. 47
- vgl. dars S. 48
- vgl. Shuhak, Israel, a.a.O., S. 86
- vgl. dars, S. 82
- vgl. Palestine, Vol. 5, No. 3, 18 - 19 February 1970
- vgl. Cohen, Abner, Arab Border Villages in Israel S. 106
- vgl. Abu-Muna, Butrus, a.a.O. S. 48
- vgl. Schwarz, Walter, The Arabs in Israel, S. 110
- vgl. Cohen, Abner, a.a.O. S. 106
- vgl. Zureik, Ella, a.a.O. S. 86
- vgl. Saadati, Ori, The Minorities in Israel S. 98
- vgl. Peretz, Don, Israel's 1980 Election Issues - The Visible and the Invisible, Vol. 24, Nr. 1, Winter 1970, S. 31
- vgl. Palestine Bulletin, Nr. 10, 7.3.78
- vgl. Palestine, a.a.O.
- vgl. Shuhak, Israel, a.a.O. S. 79
- vgl. West Bank, Barbed Wire on Campus, in: The Middle East, August 1978, No. 58, S. 44/45
- vgl. Fikhein al Thaur, 18.2.79
- vgl. West Bank, Barbed Wire on Campus, a.a.O. S. 48
- vgl. Fikhein al Thaur, 19.5.79
- vgl. West Bank, Barbed Wire on Campus, a.a.O. S. 44
- vgl. West Bank, Barbed Wire on Campus, a.a.O. S. 44
- vgl. dars S. 48
- vgl. PB Nr. 23 S. 679
- vgl. PB Nr. 26 S. 728
- vgl. PB Nr. 27 S. 779
- vgl. Palestine Zeitung des Palästina-Komitees Heidelberg 20.11.78
- vgl. PB, Nr. 10 7.3.79
- vgl. PB, Nr. 8 S. 779
- vgl. PB Nr. 10 7.3.79
- vgl. Palestine Vol. 6 Nr. 3, 18 - 20 February 1978

Herbert Kautz  
Köpenburg



## Lieb Vaterland magst ruhig sein: treu steht und fest die Wacht am Rhein...

(Antihegemonistisches Volklied)

## 3. Parteitag der „KPD“ in aller Stille

In aller Stille (aber vermutlich trotzdem z.T. ziemlich laut) fand vom 7. bis 9. März der 3. Parteitag der „KPD“ statt. Erste Hinweise auf das große Ereignis brachte ein auffallend gut informierter Insider-Artikel der „TAZ“ am 22.2.: „Diese Angstlichkeit, die Unfähigkeit, sich radikal zur eigenen Krise zu verhalten, zeigt sich auch darin, daß die KPD ihren Kongreß im März nach alter Manier streng geheim abhalten will“.

Nachfragen bei der „KPD“ ergaben: die „TAZ“ war richtig informiert! Aus Konspirations-Gründen („Viele von uns arbeiten im Betrieb“ etc. pp.) bzw. unter dem Vorwand solcher Gründe wurde der 3. Parteitag im Familienkreis abgehalten. Erst auf dem Kongreß selbst sollte darüber entschieden werden, ob zu Einzelteilen des Parteitags auch Gastdelegierte einiger ausgewählter linker Organisationen (KB, „Komitees...“, ZL u. a.) zugelassen werden sollten. (Nebenbei: Eine ziemlich beschlossene Situation für die potentiellen Gäste, die das Wochenende in „Wartstellung“ verbringen mußten.) Tatsächlich wurde im Endeffekt der KB nicht „zugelassen“ — wahrscheinlich ging es den anderen Organisationen eben- so.

Die klammerheulische Durchführung des groß angekündigten 3. Parteitags kam einigermaßen überraschend. Immerhin hatten alle maßgeblichen Strömungen der „KPD“ seit mehreren Monaten verkündet, daß die „KPD“ sich nun auf die linke Öffentlichkeit „einlassen“ wolle, daß mit der alten Abschottung endgültig Schluß sei usw. u. a. Man konnte demnach hoffen, daß der 3. Parteitag der „KPD“ sich der Diskussion mit anderen Strömungen der Linken großzügig öffnen würde. Aber Fehlanzeige!

Daß es mit der scheinbar undogmatischen Abkehr der „KPD“ von der „ML“-Tradition und ihrer nach allen Seiten verkündeten Diskussionsbereitschaft gar so weit nicht her sein würde, war spätestens seit der „Rote Fahne“ vom 21.2. zu ahnen. Nachdem vorher ein paar Wochen lang in der „KPD“ praktisch ALLES (mit Ausnahme der Vaterlandsverteidigung) zur Disposition zu stehen schien, wurde in der „RF“ vom 21.2. eine Stellungnahme der alten Führungsscrew (Semler, Plato, Horlemann, Heuler, Lenz u. a.) veröffentlicht, mit der — um es mal im

eine Stellungnahme der alten Führungsscrew (Semler, Plato, Horlemann, Heuler, Lenz u. a.) veröffentlicht, mit der — um es mal im Jargon unserer ZL-Freunde zu formulieren — „wieder schärfere Konturen gezogen“ werden sollten. Dieser Text („KPD“-interio: „Antrag der 99“) verfolgte offensichtlich den Zweck, in der „KPD“ wieder „Dämme“ aufzurichten, um zu verhindern, daß ALLES davongeschwehmt wird. Man war sich offenbar darüber klar geworden, daß der bisherige ausverkaufte Diskussionsverlauf der „KPD“ zwar schon image-trächtig in der Linken war („Die KPD“ arbeitet selbstkritisch ihre Vergangenheit auf!), aber real das Risiko eines völligen Zerfalls der „KPD“ beinhaltete.

So enthält der „Antrag der 99“ ein recht klares Bekenntnis zur zentral organisierten Weiterarbeit und zum „Festhalten“ an einer Reihe konkreter benannter Elemente des Marxismus. Die spezielle Funktion des „Antrags der 99“ besteht freilich nicht darin, daß besonders originelle Gesichtspunkte neu in die Debatte gebracht worden wären, sondern praktisch in der Formulierung eines Blocks innerhalb der „KPD“, der einen Großteil des alten Kader „Apparats“ umfaßt und damit durch seine bloße Existenz stabilisierend wirkt. Dieser Block hat sich, wie aus der „Rote Fahne“ hervorgeht, faktuell organisiert. Überhaupt ist die Existenz von („parteilich-freundlichen“) Fraktionen in der „KPD“ heute als Tatsache offen anerkannt.

Von vielen Linken, die sich in den vergangenen Monaten lobend über den Diskussionsprozeß in der „KPD“ äußerten, wurde geflüstert übersehen, daß die „antihegemonistische Strategie“ an zentrale Achse der „KPD“ Politik in dieser Zeit nicht nur nicht in Frage gestellt, sondern ausdrücklich bekräftigt wurde. Die Frage, um die es hier geht, hat ein M.B. in der „Rote Fahne“ vom 21.2. auf den Punkt gebracht: Repräsentiert

die „KPD“ heute noch eine eigenständige politisch-ideologische Strömung in der Linken, die eine autonome Organisation erfordert? M.B. kommt zur Schlußfolgerung, daß die „KPD“ sich in drei Elementen von anderen Linken unterscheidet, nämlich:

1. Der positive Bezug zur chinesischen „Theorie der drei Welten“;
2. „Die Erkenntnis über die besondere Gefährlichkeit des Sozialimperialismus“ und den daraus abgeleiteten „Antihegemonismus“;
3. Die Haltung zur „nationalen Frage“ — Alle anderen Elemente ihrer Politik teilen die „KPD“ mit großen Teilen der übrigen Linken.

Es liegt also auf der Hand, daß jedes „Festhalten“ als bewusste Organisation der „KPD“ (wenn auch wohl unter neuem Namen) besteht aus den drei elementaren Elementen in der „KPD“-Politik als Legitimation einer autonomen Organisation betonen muß. So enthält der „Antrag der 99“ ein klares Bekenntnis zur „Theorie der drei Welten“, die das Denken der „KPD“ keineswegs behindert habe (das war in den Diskussionen der letzten Monate von einigen Kritikern zaghaft angedeutet worden), sondern die der „KPD“ zu neuen Einsichten („Globalstrategie des sowjetischen Sozialimperialismus“) verholfen habe.

Jede Prognose muß also davon ausgehen, daß die „KPD“ nach ihrem 3. Parteitag weiterarbeiten wird und daß für diese Weiterarbeit die „antihegemonistische Strategie“ der zentrale Bezugspunkt sein wird. Den recht breiten Strömungen, die für eine Auflösung der „KPD“ und für mehr Distanz zum Marxismus plädieren, wird nur die Wahl zwischen Unterordnung oder Abspaltung bleiben. Ganz so friedlich dürfte das nicht abgehen. Möglich, daß hiervon sich einige mit den Ex-KBW-„Komitees...“ und Teilen der ZL-Gruppe zusammenfinden.

Eine besondere Strömung präsentiert sich in einem Leserbrief, den der „Rote Fahne“-Leitartikler St. Kl. an die „achtziger Jahre“, die Zeitung der „MLD“ geschrieben hat („da“ vom 27.2. — die „MLD“ ist jene Gruppe, die sich für bundesweite Ausdehnung der CSU und für Strauß als Kanzler eingesetzt hat.) St. Kl. hatte für die „Rote Fahne“ vom 10.1. und 24.1. jeweils die Hauptartikel zur Afghanistan-Thematik geschrieben. In

eingesetzt hat) St. Kl. hatte für die „Rote Fahne“ vom 10.1. und 24.1. jeweils die Hauptartikel zur Afghanistan-Thematik geschrieben. In diesen Artikeln hatte St. Kl. über die mangelnde Bereitschaft der Imperialisten zu „Gegenmaßnahmen“ geklagt — die USA könnten mit Waffenlieferungen an Pakistan eine „positive Rolle“ spielen usw. Der „MLD“ hatte das aber nicht gereicht: Sie hatte die Artikel von St. Kl. in sehr dümmlicher Weise angegriffen. Der Leserbrief von St. Kl. an die „achtziger Jahre“ weist diese Kritik als ungerechtfertigt zurück: „...Dann wollt ihr Euren Lesern vorgaukeln, ich bezeichnete die Afghanistan-Politik der USA als Kanonenbootpolitik, „multirassisch“ etc. Wo habe ich irgendeine Maßnahme der USA bezüglich Afghanistan kritisiert? Nirgends!“

Recht hat er! Im weiteren betont St. Kl., daß „die soziale Emanzipation nur über den Kampf gegen den russischen Imperialismus führt, daß deshalb die antihegemonistische Arbeit die Hauptaufgabe emanzipatorischer Politik ist.“ Es sei daher bedauerlich, daß die MLD Leute wie ihn, „die Euch politisch nun wirklich in sehr vielen Fragen nahesteht“, in einem Topf werfe „mit den Liquidatoren“. (Das sind diejenigen, die für Auflösung der „KPD“ plädieren und auch in Sachen Antihegemonismus Spurenelemente kritischer Distanz erkennen lassen.) Es gelte doch, „Differenzierung aus dem Weg zu räumen und sich zusammenzuschließen“ — Die MLD erklärte zu diesem Brief selbstkritisch, daß ihre Polemik gegen St. Kl. in der Tat falsch gewesen sei und daß man sich zusammenschließen

Von der „KPD“ verläutet dazu offiziell, daß St. Kl. doch nur eine kleine, nicht relevante Gruppe in der „KPD“ repräsentiere. Das bleibt abzuwarten. Fakt ist jedenfalls, daß die „KPD“ seit einigen Monaten punktuell mit der MLD zusammenarbeitet, nachdem sie diese jahrelang als Schöpfung des Verfassungsschutzes bezeichnet hatte.

## »Komitees ...« (Ex-KBW) planen »Revolutionären Block«

Die aus Resten des KBW hervorgegangenen „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ sind derzeit um einen Zusammenschluß mit Spaltprodukten anderer Organisationen („KPD“, KB) bemüht. In einem internen „Tätigkeitsbericht“ vom 18.2.80 schreibt Wilfried Maier — faktischer Chef der „Komitees“ —: Es sei nach einem Jahr Existenz der „Komitees“ festzustellen, „daß die Entwicklung langsamer gegangen ist als erhofft“ und daß die „personelle Basis“ der „Komitees“ „schmal geblieben“ sei. Andererseits finde „derzeit ziemlich rasche Umgruppierung auf der Linken statt“. Maier bezieht sich dabei zum einen auf Teile der „KPD“, „die eine ähnliche Form des Zusammenschlusses für richtig halten wie es die Komitees anstreben“. Zum anderen kann W. Maier auch weils der ZL-Gruppe (ehem. Fraktion des KB) „Interesse“ an einer engeren Zusammenarbeit mit den „Komitees“ melden. Dies Interesse der ZL-Gruppe beziehe sich vor allem auf Maiers Vorschlag, eine gemeinsame politisch-theoretische Zeitschrift herauszugeben.

Wie aus der ZL-Gruppe dazu berichtet wird, hat sich W. Maier sowohl an die ZL, wie auch an Teile der „KPD“ mit dem Vorschlag gewendet, sich enger zusammenzuschließen. Dieser Zusammenschluß solle nach dem Muster der „Komitees“ aufgebaut sein.

- relativ unbeschränkte Autonomie der örtlichen Gruppen;
- politisch-ideologischer Pluralismus,
- eine gemeinsame Leitung, die jedoch im Wesentlichen auf Koordination beschränkt ist,
- Herausgabe einer gemeinsamen Zeitung als Diskussionsforum in der Verantwortlichkeit einer gewählten Redaktion

Wie zu hören ist, hat Maier „Angebot“ in der ZL-Gruppe heile Debatten ausgelöst, da insbesondere das Projekt einer gemeinsamen Zeitung vielen „ZLern“ sehr attraktiv erscheint. Dagegen steht in der ZL-Gruppe die Überlegung, daß ein solches Projekt von vornherein mit einer starken „antihegemonistischen“ (vaterländischen) Schlagseite belastet wäre.

## KPD/ML schärft Wachsamkeit gegen Verräter und Provokateure



Mit geschärfter Wachsamkeit und einem von schwankenden Elementen gesäuberten Oberhand zeigt sich Ernst Aust (links) an der Seite von Erwin Hodecha (Albanen), dem zweitgrößten Revolutionär aller Zeiten.

Wie aus dem „Roten Morgen“ vom 22.2.80 hervorgeht, hat die KPD/ML unlängst ihre Reihen auf der Grundlage der Ernst-Aust-Ideen gefestigt und ihre Kampfkraft erhöht.

Der „Rote Morgen“ vom 22.2. veröffentlicht eine Erklärung der „Zentralen Parteikontrollkommission“, aus der hervorgeht, daß es bei der Schärfung der Wachsamkeit und der Säuberung der Parteireihen einige Mitglieder-Verluste (opportunistische und schwankende Elemente) gegeben hat.

Die „Zentrale Parteikontrollkommission“ unterscheidet drei verschiedene Kategorien ehemaliger ML-Mitglieder: 1. Die Reuehaften, die aber weiter den „Kontakt zur Partei“ halten. 2. Die Opportunisten und Schwächlinge. Diese sind daran zu erkennen, daß sie nicht schlicht reueieren, sondern Kritik an der wechselvollen Politik der KPD/ML üben. 3. Die Verräter und Provokateure. Diese rekrutieren sich aus der 2. Kategorie, unterscheiden sich von dieser aber dadurch, daß sie organisiert zu arbeiten versuchen. Ziel dieser verkommenen Elemente ist die Zersetzung der marxistisch-leninistischen Weltbewegung. Viele dieser aktiven Parteifeinde arbeiten sogar mit einer von dem Österreicher Franz Stroh ge-

leiteten Agentenorganisation zusammen. (Genau ist die MLPD, mit der die KPD/ML noch vor ein paar Monaten eine gemeinsame Erklärung zum „Stalin-Jahr“ veröffentlichte. Da mangelte es wohl an revolutionärer Wachsamkeit?). Der Zulauf der Verräter und Provokateure ist offenbar erheblich, da es immer wieder Elemente gibt, die das dialektische Grundprinzip der Ernst-Aust-Ideen („Sei kein Pöbel-Muffel! Jedes Jahr eine neue politische Generallinie“) nicht begreifen und der KPD/ML totale Zickzack-Politik vorwerfen. Leider, so klagt die „Zentrale Parteikontrollkommission“, gibt es immer noch „Parteigenossen“, die das parteifeindliche Treiben allzu sorglos dulden, teilweise sogar mit Parteifeinden sprechen oder deren Publikationen lesen. Da müssen die Reihen also noch etwas fester geschlossen und die Fahnen noch etwas höher gehalten werden.

Überprüfungen und Untersuchungen haben übrigens ergeben — sagt die „Zentrale Parteikontrollkommission“ — „daß die Ausgeschlossenen und Ausgetretenen fast ausschließlich — bis auf ganz wenige Ausnahmen — in kleinbürgerlichen Verhältnissen aufgewachsen sind“. Das erklärt natürlich manches. Damit aber die „Partigenossen“ dieses Naturge-

### Anzeige

#### hefte für demokratie und sozialismus

Herausgegeben von den Komitees  
für Demokratie und Sozialismus

#### hefte für 1'80 demokratie und sozialismus



#### Heft 1/79

Themen: Programmdiskussion bei den Grünen/ Thesen zur Bundestagswahl/ Politische Ökologie und dialektischer Materialismus/ Das neue Aktionsprogramm des DGB/ Revolution in Kampuchea/ Geschichte und Sozialstruktur der Sowjetunion/ Thesen zur nationalen Frage in Deutschland/ Bracht-Kritik des KBW

#### Heft 1/80

Themen: Für die Bildung eines revolutionären Blocks/ Rolle über Gröner/ Jakob Moneta zum Aktionskreis Leber/ Herbert Grubbs Kampf mit dem Mehrwert/ Rudolf Bahros Umwälzung des Marxismus/ Afghanistan von der „Model-Revolution“ zur Okkupation/ Neue Literatur zum Iran/ Das atomare Kräfteverhältnis zwischen NATO und Warschauer Pakt/ Zwischen zwei Kriegen/ Rationalisierung im Buchhandel/ Einkommensschichtung und Umverteilung/ Sekretärin - „Eine Aufgabe, für die Sie geschaffen sind“/ Kr. sendebarte auf dem NPD-Bundesparteitag/ Strafprozeßreform?

Erscheint jährlich 6 mal

Einzelpreis 3,- DM und 0,50 DM Porto

Abonnement für 6 Nummern  
18,- DM zuzüglich 3,- DM Porto

Bestellungen an:

Wolfgang Maier  
Neckarpromenade 15/252,  
6800 Mannheim 1

## Korrektur

In AK 168 war unter der Überschrift

## Korrektur

In AK 168 war unter der Überschrift „Aus der ZL-Szene“ angegeben worden, daß „mit kurzem“ die Ortsgruppe Bielefeld zur ZL-Fraktion gestoe-

Hintergrund dieser Meldung war ein namens der Ortsgruppe zugesandter Beschluß, der voll für die gesamten von der ZL-Fraktion geforderten Sonderrechte eintrat.

Kurz darauf erfolgte eine scharfe Kritik dieses Beschlusses durch eine Minderheit der Ortsgruppe (von 4 Genossen/innen). Die Mehrheit der Ortsgruppe hat aus inzwischen ihre „Überraschung“ über die AK-Meldung mitgeteilt.

Von der Ortsgruppe Bielefeld lösten sich bei Erreichen des AK lediglich 2 Mitglieder der ZL-Fraktion zugehörig. Inzwischen ist einer der beiden Genossen wieder aus der ZL-Fraktion ausgetreten und hat einen Antrag auf Beurlaubung im KB gestellt. Die Mehrheit der Ortsgruppe hat sich gegen die Beurlaubung der ZL gewandt und steht auch der inzwischen erfolgten „organisatorischen Trennung ablehnend gegenüber. Geschlossen in die Zentrumfraktion eingetreten sind wir deshalb allerdings nicht“. (Über ihre genaue inhaltliche Position schweigt sich diese Gruppe allerdings immer noch aus. Inzwischen hat ein erstes Gespräch zwischen NRW-Regionalverantwortlichen und der Ortsgruppe stattgefunden, um zum einen die Möglichkeiten der zukünftigen Zusammenarbeit zu klären, zum anderen genauer die politischen Gemeinsamkeiten und Differenzen kennenzulernen.

Seit nicht unsolidarisch verallgemeinert, wird gleich hinzugefügt, „daß aus den Reihen dieser Schichten auch in unserer Partei hervorragende Kommunisten und Revolutionäre hervorgegangen sind“. Nämlich beispielsweise der Vorsitzende Ernst Aust, dessen Vater nicht etwa Ernst Thälmann, sondern ein Polizei-Beamter war.



Friedrich Freigeist

## Zum Hinschied des Westberliner »Langen Marsches«

Eben, beim Suchen nach anderen, fiel mir die kurz zuvor erhaltene Mitteilung des Zuckererbsen-Verlags betreffs Einstellung der Zeitschrift „Langer Marsch“ wieder in die Finger. Nach neuerlicher Lektüre reizt sie mich zu einigen Anmerkungen.

Da geht ihm also endlich, absehbar und früher erwartet, die Luft aus, dem „LM“; lei sie geplatzt, die pralle streimlinke Schote. Und schon strickt die Redaktion an einer Doktrinstoffelgondel! Die böse Linke ist daran schuld, die's nicht gibt, nicht mehr zumindest, falls es sie je gab, die Linke.

Nun gut, dann eben die bösen Linken, die aber eigentlich gar keine sind – außer denen der wackren, Lintrentreu (nur echt mit „LM“-Gutprüfzeichen!) „LM“-Redaktion, versteht sich. Die e h e m a l i g e n Buchläden haben ihr Geschäftsfühlerlein in den »alternativen« Wind gehängt, Jammert's aus dem Todesanzeigenbrief.

Natürlich! Was ein ächter deutscher, gut erzogener Strammsteinkler ist, hat das Mini-Schablöchen immer bei der Hand und fest im Griff. Weil's so klein ist, paßt nicht viel hinein. Und was nicht paßt, ist eben günstigenfalls s h e m a l i g links, Alternativ (oder „alternativ“ in

Nach- und Überdenkenswerte in Roths Artikelserie „Gehirnwäsche und Verrat“ fand. Nicht mehr, nicht weniger. Aber sofort sträubten sich den Einbahnstraßen-Marathonläufern sämtliche schnurgerade ausgerichteten Nackenhaare. Erich, bellte es auf der nächsten Seite („LM“ 47) zurück, das ist eine Wendung um 180 Grad! Mußte es bellern! Die weil's für den wackren Manfred Scharrer, für die „LM“-Mitglieder überhaupt, nur entweder-oder-Scheisfaktik gibt. Mehr lassen die zur zweiten Natur gewordenen Scheuklappen nicht zu. Einmal diagonal über das Papier geschwiffen, den Daumen ausgestreckt dagegengehalten, gepölt – „ha, Abweichung von der rechten Linie!“ Schon landet's im Schubladenpapierkorb. Überlegungen, breiter, differenzierter angelegt, als daß die von einer Daumenbreite abgedeckt werden könnten? „Apaga Satanas!“ Sogar stört verklebte Gehirnzellen auf, zieht die bequemen one-way-Gläschen unter den Füßen weg, verunsichert, wo behagliches Eingerichtelosen im dogmatischen Gedankenhochhaus als non plus ultra gilt. So überzieht das dann, muß es, um des eigenen Seelenfriedens willen. Friede, „sowohl als auch“, wußt dem Dialektiker lieber Wankelmütigkeit vor. Und wundert



„LM“-Schreibweise; „DDR“, ich hör dir springern! aber ist alles, nur nicht links, geübt ist vielmehr sowas wie Gottseiberuns, kindheitstraumatisches „Pflubaba“ und – gib's eines – Zentralorgan der räpelhaften Rest-Armee-Fraktion in einem. Und sowas darf das achte Linke auch gerne für eigenes Schietern verantwortlich machen. Motto: Wer den „Langen Marsch“ nicht ver- und kaufte ist alternativ nicht-links (alternativ in der Tat!), damit schuld an dessen viel zu spät ausgehender Puste. Welch verblüffend einfache Logik! Sie hat nur zu spät ausgehender Puste. Welch verblüffend einfache Logik! Sie hat nur zu spät ausgehender Puste. Welch verblüffend einfache Logik! Sie hat nur zu spät ausgehender Puste.

sich, wenn seit langem niemand mehr sein und anderer Zentralorgan kaufen will, daß nicht erst seit gestern nach Daumenpeil-Optik redigiert wird. Nicht angeblich entpolitisierte Neueinheitslinken – die's auch gibt, leider – stoppten den kurzen „Langen Marsch“. Dessen Schmalzspurtheoretisiererei war's. Der Salomaxismus. Die Seminarreferate in Artikelform. Und last not least der lästernde SPD-Blick.

Übertrieben? Von wegen! Mensch erlaube sich, wie im „LM“ die sogenannte Tourismus-Debatte geführt wurde. Wie im „LM“ die sogenannte

Debatte. Wie im „LM“ die sogenannte Tourismus-Debatte geführt wurde. Wie im „LM“ die sogenannte Debatte. Wie im „LM“ die sogenannte Tourismus-Debatte geführt wurde.

Achja, Staatsschutzsozialisten? ne, genau det nicht! Wäre auch zuviel der Ehre und paradox zudem! Ein Unikum, diese „Staatsschutzsozialisten“! Staatsschützer sind alles, nur keine Sozialisten. Wirkliche Sozialisten wiederum brauchen keinen Staatsschutz. Da lasse man für einmal den Entweder-oder-Dualismus gelten. Nein, ganz schlicht und ergreifend linienfromme Scheuklappenlinke sind's, die wackren „LM“-Redakteure. Und nun hat sich's ausgelatscht.

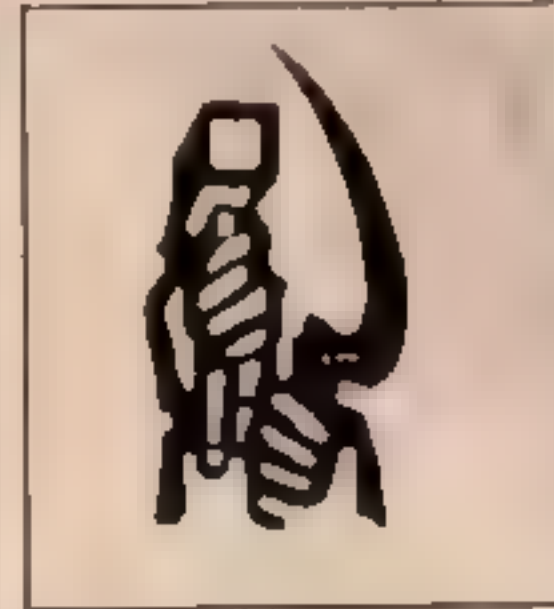
Es gibt eben unter den BRD-Linken, so desorientiert im teils selbst geschaffenen Nebel herumtappend sie sich auch gebärden, doch noch genügend Schablonen ablehnende, gegenüber der unseligen „deutschen Tradition dualistischen Denkens“ (O Negt) ewiges Mißtrauen bewahrende Genossen und Genossinnen. Da und dann die des „weitgehend entpolitisierten Marks(es)“, laut „LM“-Sterbebulletin. Meinestwegen, wenn's der Firma Scharrer, Fichtner & Co. Trost bedeutet. Mir aber scheint die s e Art politischer „Entpolitisierung“ denz doch nützlicher als die entpolitisierte „Politik“ der „LM“-Redaktionsmitglieder, wie sie sich seitensweise in den letzten Ausgaben niederschlug. In diesem Sinne: Tausche 1.000 „Lange Märsche“ gegen einen „entpolitisierten“ K.H. Roth, Erich Fried und andere, nimmst ehemals linker Alternativkrene

## Konferenz der GIM: Kein Wahlauftrag für die SPD!

Ohne Beteiligung der linken Öffentlichkeit fand Anfang Februar in Frankfurt eine Nationale Konferenz der trotzkistischen GIM statt. Beteiligt waren 76 stimmberechtigte Delegierte aus 23 Ortsgruppen. Ein Bericht über den Kongress findet sich in der GIM-Zeitung „was tun“ vom 28.2.

Über die verwickelten Konflikte zwischen den „Tendenzen“ 1 und 2 in der seit langem dahinkreisenden GIM wird der nicht-trotzkistische Beobachter kaum Überblick gewinnen können. Immerhin brachte die Konferenz der GIM aber ein ebenso deutliches wie überraschendes Ergebnis: Mit ganz knapper Mehrheit lehnten die Delegierten einen Wahlauftrag für die SPD zu den kommenden Bundestagswahlen ab! Überraschend ist dieses Ergebnis, weil alle bisherigen öffentlichen Verlautbarungen auf eine zumindest teilweise Unterstützung der SPD durch die GIM rechnen ließen.

In der entscheidenden Abstimmung sprachen sich 37 Delegierte gegen einen Wahlauftrag für die SPD aus, 34 Delegierte stimmten dafür, und einer „enthalt“ sich. Jeder der



beiden „Blöcke“ bei dieser Abstimmung besteht wiederum aus jeweils drei verschiedenen „Positionen“ mit teilweise aus der „was tun“ nicht verständlichen Differenzen. Immerhin wird aus der „was tun“ deutlich, daß die „SPD-Neu-Position“ nur eine sehr wackelige Mehrheit hat. Züngeln an der Waage ist eine Gruppierung aus Weatherlin (7 Delegiertenstimmen), die sich gegen die Perspektive einer „sozialistischen

Arbeiterpartei“ ausspricht und eine Wahlunterstützung der SPD ausdrücklich nicht prinzipiell (bei den Fall einer „Linkswende“ der SPD) ausschließen will. Diese Position“ stimmte auf dem GIM Kongreß mit der „SPD-Neu-Position“.

Die Forderung nach einer Kandidatur der GIM zu den Bundestagswahlen erhielt immerhin 23 Fürstimmungen (44 Gegenstimmungen, 3 Enthaltungen), ist damit aber derzeit ebenso wenig mehrheitsfähig wie irgendeine andere positive Wahlpolitik der GIM. Da sich sämtliche „Positionen“ und „Tendenzen“ der GIM zudem jetzt schon festsetzt eingestrichelt, unter keinen Umständen einen Wahlauftrag für die „Grünen“ abzugeben (dies bedurfte, wie „was tun“ schreibt, auf dem Kongreß nicht einmal einer Abstimmung!), bleibt vorerst unklar, wie die GIM zu den Wahlen Stellung nehmen will. Angesichts der äußerst knappen Mehrheit der „SPD-Neu-Position“ dürfte selbst ein Umkippen der GIM zu einer „kritischen Unterstützung“ der SPD im heissen Stadium des Wahlkampfes nicht völlig ausgeschlossen sein.

## Anmerkungen zur »Einschätzung der FAU des Baum-Mahler-Gesprächs« im AK 171

Die „Einschätzung“ ist allem auf dem Hintergrund der Ortsgruppe Hamburg der Initiative FAU gewachsen und wird mit Sicherheit auf den Widerspruch bei vielen Genossinnen auf anderen ÖG stießen.

Inhaltlich macht diese „Einschätzung“ die Richtigkeit der Ansichten der Genossen deutlich, die wegen streicher Meinung aus der ÖG Hamburg ausgeschlossen oder rausgerollt wurden. Dann die harte Erkenntnis, daß unter dem Deckmantel Kritik der Einheitsmeinung die Politik der RAF und des 2. Juni verteidigt und erneut durch Anarchisten und Anarcho-Syndikalisten propagiert wird. Es wird immer deutlicher, daß die FAU Hamburg das nachholen will, was die RAF und der 2. Juni nicht zustande brachten: eine Kampforganisation in der Legitimität zur Unterstützung der bewaffneten Kämpfe zu bilden. (Es wird wohl die BRD mit Mittelmeeres verwechselt.)

Für jeden Libertären und die neuerlichen Erklärungen der FAU Hamburg eine parvenee Doktrinstoffelgondel – von geschichtlichen Verdrängungen mal abgesehen. Zu befragen ist dies wohl nur vor dem Hintergrund, daß sich die jetzige ÖG Hamburg der FAU offen zum BRD: mal marxistischen oder leninistischen, sondern rein stalinistischen Gedankengebäude von DIA-MAT und HISTOMAT bekennt. (Wiederum auf dem K-B-Kongreß) Eine Aussage, daß der Feind nicht die „stalinistischen“ dogmatischen Genossen sind, selbst dann nicht, wenn sie uns, wie schon so oft in der

Geschichte liquidieren, sondern die Imperialisieren in Ost und West der leugnet jede liberale jegliche libertärkommunistische Genossenschaft, der läßt seine eigene stalinistische Fälschung deutlich erkennen.

Was stalinistische Konzentrationen als historische Notwendigkeit begrüßt, der begrüßt sicherlich auch die Niederschlagung der Arbeiter- und Volkswirtschaften in England 1956, DDR 1953 und anderswo auf der Welt. Die von russischen GPU-Agenten hingenommenen Genossinnen der CNT und anderer revolutionärer Organisationen in der Spanischen Revolution werden sich leider für diese Außenansagen nicht mehr „bedanken“ können. Vielleicht überkommt das ja mal die brutale CNT.

Wer dem Totalitarismus das Wort reden, sollte konsequent immer abgelehnt Weg gehen – zu den Stalinisten! Wer die Freiheit wie Muscheln und Lenin nur als bürgerliches Vorurteil betrachtet, der ist nicht mehr in der Lage, zu erkennen, was Freiheit wirklich bedeutet. Wir nehmen uns die Freiheit, unabhängig mit Euch zu brechen. Libertäre sollten ihr Buch schnellstens nicht mehr lesen. Sie haben im libertären Schafspelz gibt's ja oft. Ihr könnt bei dieser Geilung getrost die Führungsrolle beanspruchen.

Die Verteidigung der Politik der RAF, die „konsequent für dasselbe Ziel wie wir kämpfen“ und die vielzitierte „richtigere Analyse“ gehabt hat, macht deutlich, mit wem wir es hier zu tun haben. Lenintum mit Knarre ist malde ausgedrückt! Stalinismus mit MG wäre besser.

5. Daß man den Sozialismus nur in technologisch hochentwickelten Ländern erreichen kann, spricht den libertären Erklärungen der bekannten Geschichte Hohn (Ukraina, Spanien etc.). Diese Ansicht kopiert aus Stalins Ansicht von der (Richtigkeit der erforderlichen Weltrevolution und der Verwirklichung des Sozialismus in einem Land. In den USA und der BRD ist wahrscheinlich deshalb der Sozialismus noch nicht „ausgebrochen“, weil es keinen organisierten bewaffneten Kampf gibt. Wenn nur Private oder Staatskapitalismus heute möglich ist, wo soll dann der Sozialismus stattfinden? Für Ansichten und eine Arbeitsverwaltungsmethoden (Bord) in der Welt. Was historisch/politisch notwendig ist, weiß ihr ganz genau!

Die Dritte Welt kann also nur wählen zwischen bürgerlichem Privatkapitalismus und staatlich verordneten Staatskapitalismus. Und wir in der Dritten Welt streben den Sozialismus zu – wahrscheinlich ebenso unwiderruflich. Was das so nicht mehr, der „schwarze Sozialismus“!

Okay, Herr Innenminister Borge, wählen Sie ihres Amtes Vernichten, die die Freiheit der Presse die autonomen Arbeiterorganisationen! Schaffen Sie den zentralisierten Staatskapitalismus!

Zumindest der Segen der Bewegung 2. Juni. Ich will sagen, der FAU Hamburg, wird Ihnen gewiß sein.

Gruppe ARBEITERSOLIDARITÄT Hamburg

Gruppe ARBEITERSOLIDARITÄT Hamburg

## Kommentar der Freien Arbeiter-Union Hamburg

Das Papier der Gruppe Arbeiter-solidarität wurde im Karneval verfaßt. Wir wollten es eigentlich am 1. April beantragen, aber da es schon jetzt im AK veröffentlicht worden soll, können wir nicht drum rum und ermahnt damit zu beschließen. Das hat uns schwer dazu wenn wir auch keine jegliche Kampforganisation zur Unterstützung des bewaffneten Kampfes bilden – und BRD erst recht nicht auf M. (Stalinismus) verwechseln, ist uns die Situation der fünf Genossinnen um Lieberke Todestraf und die Kampagne für ihr Überleben doch weitaus wichtiger als die Ausweisung der durchgefallenen Schreibtisch-Revolutionäre, die ihre Papiere nach der Deme verfassten. Was Anarchosyndikalismus ist, bestimmt immer noch der Boß.

Anarchosyndikalismus ist nicht das reine Programm der einzig wahren Partei, sondern eine revolutionäre Strategie für die syndikalistische Organisation libertärer Genossen und Genossinnen Freiheit und Sozialismus bedeutet nicht nicht libertäristischen Pluralismus, aber es heißt, daß man mit anderen auf imperialistischen Kräfte während zusammenzuarbeiten versucht und offen ist für neue Erkenntnisse und Einschätzungen.

Wer die Analysen und Strategien der spanischen CNT von der von der Bürgerkrieg dogmatisch auf die BRD 1980 überträgt und nicht bereit ist der vorher eingetretene ökonomischen und politischen Veränderungen

arbeitern in der Zukunfts-sphäre und anderenorts korrupten Spezialisten, Ingenieuren und Ministern nur Installation und Wartung der automatisierten Produkt-maschinen.

Entwicklung des Imperialismus und damit verbunden die Rolle der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und der Stadtguerilla heranzulande, die überhaupt noch nie fundamental analysierte Frage der unbezahlten Hausarbeit und damit die Situation der Frau in der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt, also wer das alles nicht zu sehen, aufzuarbeiten und umzusetzen bereit ist der mag ein glänzender Archiv-organisierer sein. Ige wen, soll uns Re-organisieren, aber nicht ins Werk fluchen, denn wir haben wahrhaftig genug mit dem Klassenkampf zu tun, da dieser den neuen Entwicklungen leider nicht so borniert gegenüber steht wie die Gruppe Arbeitersolidarität.

Und was den dialektischen und historischen Materialismus angeht, so können wir uns – wie jeder Revolutionär – nicht auf ein „stalinistisches Gedankengebäude“, sondern die wissenschaftliche Methode der gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erkennen und zu verändern. Just das ist es, was wir umzusetzen versuchen. Wenn wir aus dem Scheitern (1) der Macho-Bewegung, der mexikanischen Revolution oder der CNT im spanischen Bürgerkrieg ebenso lernen wie aus dem Scheitern der revolutionären Ziele in denjenigen Ländern wo der Sozialismus mit Hilfe zentralistischer und dogmatischer Funktionsparteien abgebaut und in einem Staatskapitalismus verwandelt wurde. Und es ist, die Meth die das erst umzusetzen vorhaben, wenn wir aus dem Scheitern

der K-Gruppen einseitig und dem Verputzen der spontanen Bewegung anderswo zu lernen bereit sind und in einer internationalen libertären Organisation in Syndikaten aktiv werden bemüht sind.

Was schließt die oben erwähnte wie stalinistische Erklärung anlangt, wir „begründen die stalinistische Konzentration als für unsere Notwendigkeit“, so können wir dazu nur unsere in dem besagten AK Artikel gemachten Ausführungen wiederholen. Der Hauptgrund ist für uns, daß der Imperialismus und niemals eine andere revolutionäre Gruppierung, selbst dann nicht wenn ihre Politik auf unsere Liquidierung hinausläuft. Wir setzen Lenin und Muscheln nicht gleich. Wir wissen Lenin zwar von der Erzeugungscharakter des sozialen Revolution aufgrund geschichtlicher und unserer Genossen wie Kronkollern Matrinen, die freihändigen Maschine (w.a.m.) liquidiert zu haben aber wir würden Lenin niemals wie Muscheln, als Feind der Arbeiterklasse bezeichnen. (Wie Libertäre und schließlich nicht die Arbeiterklasse, und was wissen nicht ob es den linken Sozialrevolutionären und Anarchisten einseitig gelungen wäre, die Symptomatik vor der Erzeugung durch die konträrevolutionären Maßnahmen der imperialistischen Mächte zu beschreiben. Genossinnen haben wir uns nicht über die Rolle an, andere revolutionäre Gruppierungen, die all demselben Ziel nach die Weltrevolution und die Liquidierung einer imperialistischen Gesellschaft ernsthaft und konsequent kämpfen, als Konträr-revolutionäre zu verdammen. Vielleicht werden wir mit jeder derartigen Kraft – und natürlich auch der Stadtguerilla – zusammen und eine gemeinsame Analyse und Strategie zu entwickeln vorhaben.

FAU Hamburg, B



# Rudolfs Bahros »Alternative« zwischen Revisionismus und Sozialismus

oder: der Beitrag Bahros für eine linke Opposition in der DDR

Der Artikel „Einige Überlegungen zur Auseinandersetzung mit Rudolf Bahro“ (AK 168) arbeitete heraus, daß Bahros unmarxistisches und opportunistisches Auftreten in der Wahlbewegung nicht etwa in Widerspruch zu seinem Buch „Die Alternative“ steht, sondern dort seine theoretischen Wurzeln hat. Mein Beitrag ist als Ergänzung zu diesem Artikel gedacht. Ich werde versuchen zu erläutern, inwiefern Bahro „für das Zustandekommen einer linken Opposition in der DDR“ „zweifelslos einen wichtigen Beitrag geliefert“ hat (AK 168).

## Gegen die spielfähige Moral der SED-Revisionisten

Rudolf Bahro schreibt, „daß die industrielle Despotie nicht auf patriarchalischen Arbeitsskizzen und den zugehörigen psychischen Terror, auf die Sexualverdrängung usw. verzichten kann“ (1).

Man/frau schaue sich unter diesem Aspekt einmal einige pädagogische Schriften von DDR-Autoren zur Sexualität an.

In „Geschlechterziehung in der sozialistischen Oberschule“ von Kurt R. Bach heißt es u.a.: „Man soll sich nicht mit Homosexuellen befreunden oder ihre Gesellschaft aufsuchen, aber man soll sie auch nicht verunglimpfen“ (2).

In einer Broschüre für Eltern heißt es: „Der Zeitpunkt des ersten Geschlechtsverkehrs sollte möglichst lange hinausgeschoben werden“ (3). Und an anderer Stelle: „Ehe und Familie haben nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt... Die Ehe ... kann durch nichts ersetzt werden.“ (4)

Dagegenüber erklärt Bahro: „Je weniger Verboten der geschlechtlichen Liebesbedürfnisse, je mehr geglättete Intimität der Jugend, desto humaner wird insgesamt gesehen das Erziehungsakt für die Nachkommen sein“ (5). Darüber hinaus ist Bahro der Ansicht, daß „die Gliederung der Bevölkerung in Wohngemeinschaften eines der wichtigsten Anliegen kulturrevolutionärer Praxis sein“ werde (6).

## Strategie und Taktik der linken Opposition

Bahro schildert, wie kritische SED-Mitglieder davor zurückschrecken, Kritik zu äußern bzw. einen Beitrag zur Herausbildung einer linken Opposition zu leisten. So wird seiner Ansicht nach „der ideologische Kompromiß durch die Befreiung erleichtert, eine Schwächung der Machtstruktur, die unsere Wirtschaft wie unsere Kriegsmaschine kontrolliert, könnte das momentane Vakuum schaffen, in das die NATO hineinstößt. Konsequenz verfolgt, verbietet dieser Gedanke jede Aktivität, jede Initiative, die in irgendeiner Weise die politbürokratische Diktatur schwächen könnte“ (7). (Hervorhebung von Bahro). Dem Militär der RGW-Länder sollte nach Bahros Auffassung während der „Kulturrevolution“ „nach außen uneingeschränkt funktionsfähig bleiben“, dabei müßten sich die „Reformkräfte“ bemühen, „die Armeeführung für eine zumindest neutrale, tolerierende Haltung zu den Veränderungen zu gewinnen“ (7). „Wird dieser Repressionsapparat auch nur neutralisiert, so ist der Weg innen frei für die sozialistische Neugestaltung des gesellschaftlichen Systems.“ (8).

Bahro vertritt die Ansicht, die Konturrevolution habe in der CSSR während des „Prager Frühlings“ „keine echte politische Chance“ gehabt, „zumal die internationale Bourgeoisie aus wohlverstandenen Interessen gar nicht daran dachte, die tschechoslowakische Wirtschaft rekapitalisieren zu wollen (man denke nur an den Analogiefall Jugoslawien)“ (9).

Gerade Jugoslawien ist aber doch wohl ein sehr deutlicher Beweis dafür, wie ein „sozialistisches“ Land einen Prozeß der schrittweisen Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse durchlaufen und eng an den Imperialismus gebunden werden kann.

Positiv herausheben muß man die Stellung Bahros zum Kampf um demokratische Rechte in der DDR und den anderen RGW-Ländern. „Die demokratischen Forderungen sind ... notwendige Momente der anstehenden Veränderungen, aber sie reichen nicht tief und treffen nicht den Kern

... Der real existierende Sozialismus muß die bürgerliche Demokratie nicht als besondere, einseitig auf ihre Garantien fixierte und eben deshalb formell (nur formell? Anm. AK) restaurative Phase nachholen. Demokratisierung ist ein allzu vieldeutiges, nicht selten breiführendes Wort“ (10).

## Der „Bund der Kommunisten“

Bahro ist der Ansicht, es wäre „eine reiner Anachronismus, in der DDR beispielsweise die Sozialdemokratie wiederbeleben zu wollen“ (11). Allerdings habe deren „Einstreten für demokratische Formen des politischen Lebens“ (11) „ein gewisses historisches Recht“, da „die Kommunisten bisher noch nirgends endgültig ihre Fähigkeit zur positiven Aufhebung der Demokratie bewiesen haben“ (12).

Bahro tritt für einen „Bund der Kommunisten“ in der DDR ein, der „keine Arbeiterpartei im alten, längst zu engem Sinne, sondern die Organisation der emanzipatorischen Interessen, die für Menschen aller Gesellschaftsschichten charakteristisch sind“ (13), sein sollte.

Bahro spricht sich für das Recht auf Fraktionsbildung innerhalb der Partei aus. „Der Bund der Kommunisten wird erkenntlich verschiedene Strömungen, Flügel haben, zeitweilig bis zu Fraktionen“ (14), wobei sich Bahro von Lenins Vorstellungen von Organisationsdisziplin distanziert: „... muß man sich innerhalb der Partei unbedingt von der Glorifizierung der proletarischen Disziplin lösen, die Lenin von Kautsky übernahm, weil sie auf die russischen Verhältnisse paßte“ (15).

Bahro ist der Auffassung, daß aus der „Gruppierung der Ideologen“, die „der Apparat“ „zu ausführenden Agitations- und Propagandapersonal degradiert“, „genetisch die geführgen Führer der antibürokratischen Blocks“ kommen (16). Hier zeigt sich deutlich die klassenspezifische Betrachtungsweise Bahros. „Ideologen“ sind sowohl die Agitatoren der SED- und FDJ-Grundzellen, wie auch Vertreter der privilegierten „neuen Bourgeoisie“. Die Arbeiterklasse als wichtiger Träger gesell-

schaftlichen Fortschritts hat für Bahro abgedankt.

## „Kulturrevolution“

Bahro fordert für die DDR eine „Kulturrevolution“, die u.a. folgende Forderungen durchsetzen soll: „Liquidierung der bürokratischen Korruption von oben“, „Abschaffung der Arbeitsnormung und des Stücklohns“ sowie „die planmäßige periodische Beteiligung der gesamten leitenden und intellektuellen Personals der Gesellschaft an der einfachen ausführenden Arbeit“ (17). „Wenn die Funktionen und intellektuellen lange genug, vielleicht etwa 4 - 6 zusammenhängende Wochen pro Jahr, mit bestimmten Kollektiven zusammenarbeiten, dann entsteht eine anders gar nicht erreichbare Vertrautheit der Kommunikation. Sie könnte viel dazu beitragen, die erheblichen Informationslücken und begrifflichen Verständigungsschwierigkeiten zwischen den sozialen Schichten zu überbrücken und insbesondere den offiziellen Desinformationsprozeß über die politische Stimmung an der Basis auszuheilen“ (18).

Hier kann man als „Meinung“ Bahros nur zustimmen, denn schließlich kämpfen wir Kommunisten dafür, „die Arbeitsteilung unter den Menschen aufzuheben und allseitig entwickeln und allseitig geschulten Menschen, die alles machen können, zu unterwerfen und heranzubilden“ (19). Mao Tse Tung schrieb im Oktober 1968: „... zu körperlicher Arbeit an die Basis zu gehen, bietet den breiten Massen der Kader eine ausgezeichnete Gelegenheit, aufs neue zu lernen ... Auch jene, die weiter auf ihrem Posten tätig sind, sollten abwechselnd gruppenweise zu körperlicher Arbeit an die Basis gehen“ (20).

Darum, daß die SED-Führer gerade die Forderung, daß Kader an der Basis arbeiten sollen, vehement bekämpfen und die chinesischen „7 Mai“-Kaderschulen (Einrichtungen, in denen Kader körperlich arbeiten) als „Zwangslager-Schulen“ („Neues Deutschland“, 19.2.71) beschimpften, zeigt sich der Klassencharakter der SED-Führer und die Notwendigkeit, sie durch eine sozialistische Revolution zu stürzen. „Schlußfolgerung“ eine sozialistische Revolution zu stiften. Diese Schlußfolgerung lehnt Bahro allerdings ab. Begründenwert ist Bahros Forderung nach Bezahlung der leitenden Tätigkeiten nach Facharbeiterlohn und „Reduzierung des Repräsentationsaufwandes im weitesten Sinne“ (21).

Hierbei beruft sich Bahro zurück auf Lenin. So betont Lenin, daß „der öffentliche Dienst für Arbeiterlohn besetzt werden“ müsse (22). „Besonders bemerkenswert ist in dieser Beziehung eine von Marx hervorgehobene Maßnahme der Kommune die Beseitigung der Repräsentations-

gelder jeder Art, aller finanziellen Privilegien der Beamten, die Reduzierung der Gehälter aller Amtspersonen im Staat auf das Niveau des „Arbeiterlohns“. Hier gerade kommt am klarsten der Wunsch zum Ausdruck - von der bürgerlichen Demokratie zur proletarischen von Lenin“ (23). Hervorhebungen von Lenin)

## Ein positiver Beitrag

Bahros Buch „Die Alternative“ ist ein positiver Beitrag für die Herausbildung einer linken Opposition in der DDR. Seine Forderungen nach Facharbeiterlohn und körperliche Arbeit für Kader sind, wie die chinesische Kulturrevolution gezeigt hat, für den Kampf gegen die „neue Bourgeoisie“ von großer Bedeutung. Dadurch, daß Bahro sich zumindest teilweise auf Lenin beruft, regt er dazu an, sich mit dessen Positionen auseinanderzusetzen. Bahro ist jedoch kein Marxist-Leninist, er vertritt die bankrotte revisionistische These vom „friedlichen Weg“ zum Sozialismus und lobt die euro-revisionistischen Parteien Spaniens und Italiens, die sich mittlerweile zu Stützen des kapitalistischen Systems entwickelt haben. Sein „Bund der Kommunisten“, den er auch für die DDR wünscht, wäre alles andere als eine revolutionäre, kommunistische Organisation, sondern Sammelbecken verschiedener linker Strömungen. Unter den bestehenden Verhältnissen in der DDR wäre dies allerdings, ebenso wie jede Diskussion um eine sozialistische Alternative und eine marxistische Opposition, ein Fortschritt.

## U., RGW-Kommission

## Anmerkungen

- 1 Rudolf Bahro: Die Alternative, EVA, 1977
- 2 zitiert in: „Schwule Rechte jetzt“, Verlag J. Reents, 1979
- 3 Rolf Bormann, Hans Joachim Schille, Erzieher als Sexualerzieher, Berlin/DDR, 1979, S. 66
- 4 siehe Anm. 3 S. 86
- 5 Bahro, S. 348
- 6 Bahro, S. 531
- 7 Bahro, S. 393
- 8 Bahro, S. 399
- 9 Bahro, S. 365
- 10 Bahro, S. 367
- 11 Bahro, S. 365
- 12 Bahro, S. 367
- 13 Bahro, S. 417
- 14 Bahro, S. 418
- 15 Bahro, S. 448
- 16 Bahro, S. 436
- 17 Bahro, S. 439
- 18 Bahro, S. 384
- 19 Bahro, S. 466
- 20 Bahro, S. 469
- 21 Lenin „Der linke Realismus“ - die Kinderkrankheit im Kommunismus, Berlin/DDR, 1970, S. 11
- 22 zitiert in: Peking Rundschau, 18.5.72
- 23 Bahro, S. 460
- 24 Lenin Staat und Revolution, Berlin/DDR, 1976, S. 45
- 25 Lenin, S. 46

## China:

## Deng-Fraktion schaltet Rivalen aus

Das ZK der KP Chinas hat auf einer Sitzung Ende Februar die seit langem erwartete „Rehabilitierung“ Liu Xiaosachs, des wichtigsten Gegenspielers von Mao Tse-tung in den 50er und 60er Jahren, bekanntgegeben. Liu war am 31.10.68 auf einer ZK-Sitzung als „Handlanger des Imperialismus“, „Arbeitsverfälscher“ und „konterrevolutionärer Verbrecher“ verdammt worden. Seine „Rehabilitierung“ war seit langem offensichtlich beschlossene Sache und nur aus schwer verständlichen Gründen innerparteilicher Rituale bis jetzt hinausgezögert worden.

Auf derselben Sitzung des ZK erfolgte die ebenfalls seit Monaten erwartete Absetzung der Politbüro-Mitglieder Wang Dzung-hing, Dji Deng-kui, Wu Dö und Tschien Hui-lin von allen Partei- und Staatsfunktionen. Wang Dzung-hing (Chef einer Art Peking „Palastwache“), Wu Dö (Peking Bürgermeister) und Tschien Hui-lin (Oberbefehlshaber der Militärregion Peking) hatten bei dem Rechtsputsch vom 6./7. Oktober 1976 eine wesentliche Rolle zur Unterstützung Hua Guo-fengs gespielt. Alle drei sind aber auch zentral an der Unterdrückung von Deng-Huao-ping-Anhängern im April 1976 beteiligt gewesen. Daher war seit langem klar, daß sie auf Deng's „Abschubliste“ standen.

Diese Absetzungen bezeugen den Bruch jener Koalition unterschiedlicher Interessen die sich 1976 zum Sturz der Viererbande zusammengefaßt hatte. Die Fraktion Deng-Huao-ping hat sich vollständig durchgesetzt. Die „Dreierbande“ die teilweise noch an der mit dem Namen Mao's verbundenen Tradition festhalten wollten, kriegen jetzt den Fußtritt. Ein paar weniger wichtige „Dreierbande“ sind freilich noch in der obersten Per-

teiführung übriggeblieben. Am nächsten Gelegenheit ohne Aufsehen ebenfalls abzusetzen, wird völlig problemlos sein. Freilich wird nun die Stellung Hua Guo-fengs, der als eher „traditionalistische“ Gellionsfigur an einem Schiff hängt, das vollständig unter Kontrolle der Deng-Fraktion ist. Hinzu kommt, daß Hua 1976 an der Kampagne gegen Deng beteiligt war. Zu erwarten ist also zumindest eine Reduzierung seiner Position. Eine Machtverschiebung in diesem Sinne vollzog die ZK-Sitzung bereits, indem sie ein „Sekretariat des ZK“ als neues Gremium einrichtete. (Chief dieses Gremiums wurde Hu Yaobang, der als Vertrauensmann Dengs in den letzten Jahren die steileste

Blitz-Karriere gemacht hat. Hu Yaobang wurde jetzt außerdem, ebenso wie Zhao Ziyang (Partisekretär der Provinz Szechuan) in den Ständigen Ausschuss des Politbüros kooptiert. Beide gelten als relativ „junge“ Leute der Deng-Fraktion (tatsächlich sind sie auch schon in den 60ern) und als Anwärter auf noch bedeutendere Funktionen für die Zukunft. Ganz nebenbei „korrigierte“ die ZK-Sitzung auch noch die chinesische Verfassung: Das Recht auf das Abändern von Wandzeitungen wurde gestrichelt. Vorangegangen war eine mehrmonatige Stimmungs-Kampagne gegen den „Mißbrauch“ dieses seit der Kulturrevolution verankerten Rechts.

## Leserbrief

Liebe Leute vom AK!  
Als unorganisierte AK-Abonnenten, der das Schicksal dieser Zeitung sozusagen am Herzen liegt, möchte ich euch ein paar Fragen zum Problem der Finanzierung und der Abwerbung stellen.  
• Warum gibt es nicht regelmäßig einen Bericht über den Stand der Entwicklung? Ihr seid im Rahmen eurer Organisation sicher alle informiert, aber schließlich soll der AK nicht nur ein Blatt für Langweilchen sein.  
• Warum waren immer dieselben Leute als „Kommunisten“ bezeichnet? Das muß anders sein, denn gerade zu neuen Aktivitäten in Sachen AK an.  
• Und überhaupt: Wo bleibt die Phantasie? Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie schwer es gerade im Moment ist, Leute für ein Abo zu gewinnen. Aber schließlich geht es hier, wenn ich das richtig sehe, doch langfristig um eine Überlebenssache. Warum schreibt dann aber niemand was, was zum Mit-Machen und Ideen-Bekommen? Eine kleine Notiz, wie eine Spende zusammengekommen ist oder wie es geklappt hat, daß die Kollegen sich jetzt doch zu einem AK Abo durchgerungen hat. Es kann doch nicht sein, daß der Informationsfluß einer ganzen Organisation so dünn ist, wie bei uns.  
Ich weiß, ich habe gut schreiben das Umsetzen ist sehr schwierig. Aber trotzdem laßt euch was einfallen, wenn's irgendwas geht. Es gibt ne Menge Leute, für die der AK gar nicht nur ein Blatt ist, sondern eine Hoffnung ist.  
Laßt euch nicht unterkriegen!  
S. Westbein

gewinnen. Aber schließlich geht es hier, wenn ich das richtig sehe, doch langfristig um eine Überlebenssache. Warum schreibt dann aber niemand was, was zum Mit-Machen und Ideen-Bekommen? Eine kleine Notiz, wie eine Spende zusammengekommen ist oder wie es geklappt hat, daß die Kollegen sich jetzt doch zu einem AK Abo durchgerungen hat. Es kann doch nicht sein, daß der Informationsfluß einer ganzen Organisation so dünn ist, wie bei uns.  
Ich weiß, ich habe gut schreiben das Umsetzen ist sehr schwierig. Aber trotzdem laßt euch was einfallen, wenn's irgendwas geht. Es gibt ne Menge Leute, für die der AK gar nicht nur ein Blatt ist, sondern eine Hoffnung ist.  
Laßt euch nicht unterkriegen!  
S. Westbein

### die taz ist unentbehrlich.



...für Augenärzte

...für mich

...für den Haushalt

...für den Verfassungsschutz

die Tageszeitung  
Wochenausgabe 11 42 1000 Seiten  
Abt. Produktion



# Das China Syndrom

Ein packender Anti-AKW-Film ist mit „China-Syndrom“ in den Kinos angekauft. Er handelt von der Allgegenwart der Gefahr der Atomverschmutzung, von korrupten Regierungsmitteln, gekauften Medienbäumen und dem (Un)Sinn von Anhörungsverfahren über Atomenergie. Der Film schildert eine Schnellabschaltung, in deren Folge die Brennstäbe nahezu freigelegt werden. „China-Syndrom“ lief in den USA zwölf Tage vor Harrisburg an. Die Atomindustrie versuchte zu diesem Zeitpunkt, den Film als reine Fiktion abzutun. Auch die vielen Kulturkritiker sprachen, wann überhaupt, nur über glänzende Schauspieler und eine spannende Story. Nach Harrisburg änderte sich das vollständig. Der Film, der von der Realität ja noch übertrifft worden war, wurde plötzlich als Reportage betrachtet. Plötzlich gab es auch eine glänzende umgedrehte Kritik, daß der Film nicht weit genug gehe, die Atomenergie nicht grundsätzlich in Frage stelle. Genau hier liegt auch für die Atomkraftgegner die Gelegenheit, mit den Kinobemachern zu diskutieren und ihnen weitere Informationen an die Hand zu geben (Z.B. das Harrisburg-Buch der AKW-Neo-Kommission).

In dem Film spielt Jane Fonda die Fernsehreporterin Kimberly Wells, die über die ständigen 08/15-Reportagen und das Vorspiel „Guter Nachrichten“ nicht hinauskommt und darüber verzweifelt ist. Sie hat keine Lust, eingende Telegrammboten oder neue Tiere im Zoo vorzustellen.

Sie holt sich den freien Kameramann Douglas, um mit ihm einen Bericht über Energiefragen zu drehen. Aber auch dies eine Routinegeschichte. Die Dreharbeiten sollen in einem AKW beginnen. Mit professioneller Geschicklichkeit beantwortet der Werks-PR-Mann alle Fragen über Kühlsystem und Kühlwasser. Nur einige trübselige Zwischenfragen von Douglas stoppen teilweise seinen Redefluss. Er zeigt ihnen dann das AKW. „Hier nicht drehen“, sagt er, als das Team die Aussichtsplattform über dem durch eine Glaswand abgegrenzten Kontrollraum betritt.

Die Ingenieure vor ihren elektronischen Schautafeln bewegen sich darin geräuschlos wie Fische im Aquarium. Plötzlich geht alles durcheinander. Das TV-Team spürt ein Zittern und Vibrieren unter den Füßen. Die Kaffeemaschine des ersten Ingenieurs tanzt wie bei einem Erdbeben. Er betrachtet die Tasse mit Verwunderung und Besorgnis. Der PR-Mann wiegelt sofort ab: „Alles Routine, nichts als Routine.“

Der Zuschauer des Filmes jedoch, der sich im Kontrollraum wiederfindet, hört die aufgeregten Schreie der Techniker und sieht, wie sie krampfhaft versuchen, den Reaktor abzuschalten. Die Instrumente zeigen einen zu hohen Wasserstand an, der anscheinend durch die Schnellabschaltung ausgelöst wurde.

Von alledem erfahren die Fernsehreporter nur indirekt. Aber es genügt dem Kameramann, um trotz Verbot rechtzeitig genug die Kamera

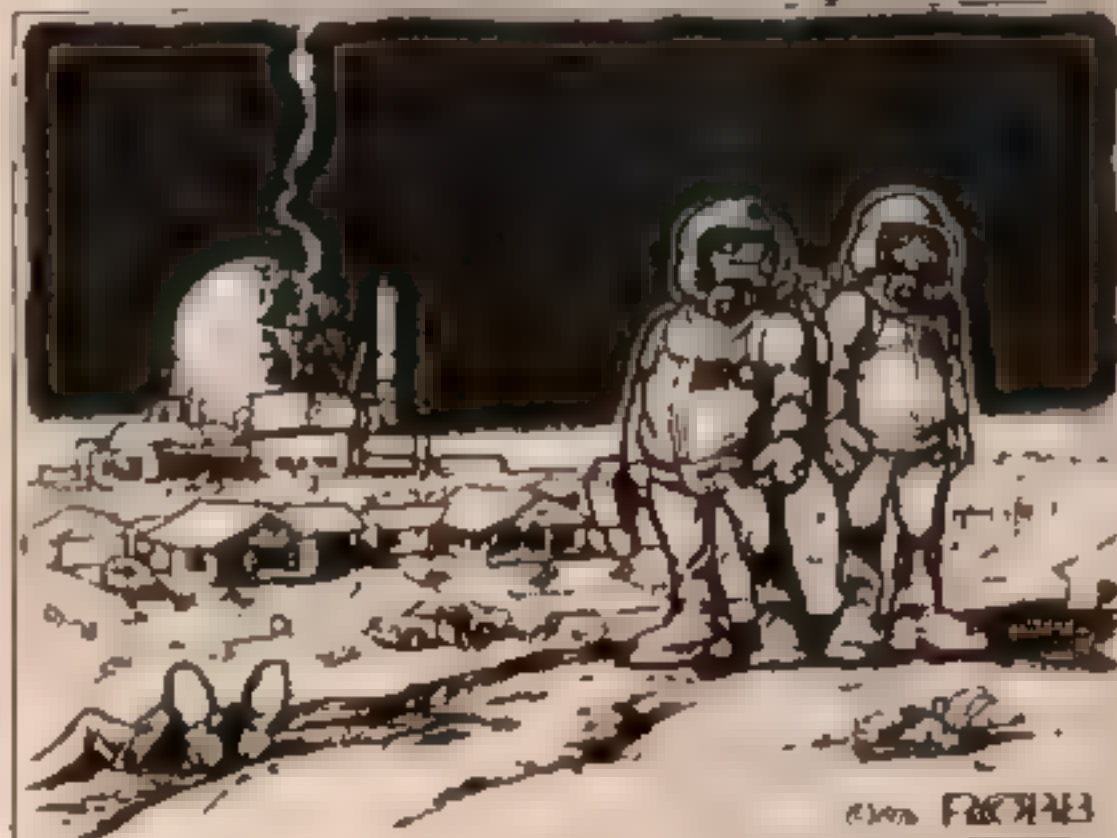
einzuschalten.

Im Kontrollraum merken die Techniker plötzlich an den steigenden Temperaturen, daß die Wasserstandsanzeigen nicht stimmen können. Godel tippt gegen eines der Meßinstrumente und der Zeiger fällt sofort auf eine unruhige Tiefstmarke. Es werden in letzter Sekunde alle Abflußventile geschlossen. Die Gefahr scheint vorerst gebannt. All dies hat das TV-Team auf der Platte, ohne sich selbst der Tragweite ganz bewußt zu werden.

Zurück im Studio der Fernsehgesellschaft, versucht Kimberly Wells ihre Reportage über den Unfall in den Nachrichten unterzubringen. Doch hier schreitet der allgewaltige Nachrichtenchef ein: Die Elektrizitätsgesellschaft ist einer der größten Reklamekunden.

Als er diese Haltung nicht ändert und Wells nachgibt, wendet sich Douglas mit dem Film ab, um ihn der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Als dies bekannt wird, werden sie von der Atomindustrie zu Feinden erklärt, genauso wie wenig später der Ingenieur Godel, der bei seinen eigenen Untersuchungen auf gefälschte Röntgenunterlagen gestoßen ist. Ein Kampf auf Leben und Tod, ein sehr realistischer Kampf, der an reale Vorfälle wie den Tod der Atomarbeiterin Karen Silkwood erinnert.

Der Film kommt zu einem durchaus überraschenden Ende. Wenn ihr den Film in größeren Gruppen anschaut, haltet euch, so schwer es auch fällt, unter Kontrolle und besetzt



nicht gleich das nächste H&W-Zentrum

Ausgehend von der enormen Kraft des Filmes und der Möglichkeit, über diesen Filmbezug neue Menschen für die Bürgerinitiativen anzusprechen, wurden schon jetzt in mehreren Städten (z.B. Göttingen, Hamburg) von den Bürgerinitiativen Flugblätter zum Film verteilt. „Dieser Film ist nicht die Nachbetrachtung des bisher größten Atomreaktorunfalls der westlichen Welt in Harrisburg, sondern eine Vorhersage.“ Erklärt ein Flugblatt der Hamburger BI: „Während der Film noch wegen

seiner angeblichen Unwissenschaftlichkeit als lächerlich abqualifiziert wurde, geschah in Harrisburg nur 12 Tage nach der Premiere des Filmes ein Unfall, bei dem das Drehbuch des Filmes zugrundegelegen haben könnte.“ Desweiteren wird auf die Unfallserien in Brunsbüttel, die Vorbereitungen zum AKW-Bau Brokdorf und die WAA in Gorleben eingegangen.

Dieses Flugblatt kann über die Adresse der BUU (Bartelstr. 26, 2 HH 6) bezogen werden.

Ein Mitglied der AKW-Neo-Kommission

## Zu den

# Apocalypse Now

## -Kritiken

In AK 170 war ein Beitrag von he aus Hamburg „Wonach wird ein Film beurteilt?“, der sich besonders auf unsere Einschätzung zu „Apocalypse Now“ bezog. Darauf soll heute eingegangen werden.

Unser Prinzip ist es eigentlich, im Gegensatz zu bürgerlichen Individual-Kritiken, wichtige Filme immer kollektiv zu beurteilen. Also ist eine häufig kontrovers geführte Debatte meist vor eine AK-Besprechung geschaltet. Bei „Apocalypse Now“ war dies nicht möglich. Denn nur zwei Genossen hatten den Film schon in der Pressevorführung beim Hamburger Filmfest gesehen und waren sich noch dazu in der Einschätzung einig. Nun haben auch die anderen Kommissionsmitglieder den Film gesehen, und wir stellen zunächst fest, daß wir eigentlich in zwei verschiedenen Filmen waren. Denn der Kinofilm ist gegenüber der Pressevorführung um ca. eine Stunde gekürzt – für unsere erste Besprechung wichtige Passagen fehlten. So z.B. sind heute die Szenen, in denen nach der Woodstock-Musik geküßt wurde, entscheidend gekürzt.

Doch noch ausschlaggebender ist die unterschiedliche Wahrnehmung, die durch die normale Leinwand und mäßige Stereoanlage in den meisten Kinos bedingt wird. Wir, die ersten Zuschauer damals, waren mitten in diesem Höllengeschehen, eine Identifikation mit den „amerikanischen Jungs“ konnte nicht ausbleiben. Die Wut richtete sich zwar auch gegen den Kriegsgewinn, aber eben nicht aus der Sicht des vietnamesischen Volkes, sondern aus der der eingezogenen GIs. Die anderen Kommissionsmitglieder ließ der Film völlig kalt. Teilweise wurde er wie andere Katastrophenfilme aus einer ironischen Distanz wahrgenommen.

Nun haben wir unsere Eindrücke auf dem Hintergrund dieser unterschiedlichen Filmpräsentation diskutiert, und dies ist erstmal das Resultat: Die von mir bei der ersten Besprechung hervorgehobene „neue Qualität“ des Mediums ist eine sehr problematische. Ich schrieb zwar auch damals, es dürfe nach diesem Film keinen Kriegsfilm mehr in der Art geben. Heute meine ich aber so gar, es darf gar keinen Film mehr in dieser Machart geben. Denn es ist ein „totaler“ Film, der unseren Vorstellungen von einer emanzipatorischen Nutzung widerspricht. Alexan der Kluge sagt dazu: „Ein skurriler, wirklich durchgehend mißfallender Film kann den Zuschauer nur passiv machen. Die Professionalität und die

Perfektion dieser Medien ist der Gegner der Selbstbestimmung des Zuschauer“ (Hervorhebung von KB).

Was mit uns bei der ersten Vorführung (und nicht nur mit uns) geschehen ist, ist die totale Identifikation, die Auslieferung ans Medium und damit an die Sichtweise des Regisseurs Coppola – ist letztlich die totale Angst und Resignation vor „dem Krieg als solchen“ gewesen. Ich würde den Film immer noch als in seiner Tendenz pazifistisch verteidigen. Aber die Reaktionen von jungen Militärbegeisterten im Kino (Applaus bei Bombardements) zeigen, daß der Film in keiner Weise operativ parteilich arbeitet. Also nicht aktivierend ins Bewußtsein eingreifen will gegen den Krieg, sondern seine eigene Lähmung an den Zuschauer weitergibt. Unsere erste Reaktion teilten wir mit all denen, die den Film empfanden, die aus der öber Generation kommen und selbst bei den Vietnam-Demos dabei waren. Für uns wurde folgender Aspekt als zusätzlicher zu unserer Vietnam-Kenntnis wichtig: In welcher Verfassung waren die Amerikaner unserer Generation auf der Aggressoren-Seite damals eigentlich? Aber für die meisten Jugendlichen heute ist der Vietnamkrieg Geschichte. Und noch dazu eine, über die sie kaum in der Schule aktualisierend aufgeklärt werden. Das macht den Unterschied aus. Und diesen Wirkungsaspekt hätten wir stärker im Auge haben müssen.

Darüberhinaus haben wir gelernt, daß es sehr problematisch ist, Filme für ein Publikum auf der Grundlage von Pressevorführungen zu empfehlen, wenn später noch Kürzungen vorgenommen werden können. Denn man weiß ja, daß da ein ganz anderer Film rauskommen kann.

Der Genosse Ha. konzentriert

sich in seinem Beitrag zu unseren Kultur-Artikeln leider nur auf die „Apocalypse Now“-Besprechung. Ich weiß nicht, ob er auch den Dario Fo oder den Krisenliteratur-Artikel von uns gelesen hat, die beide unbedingt zu unseren Grundthesen gehören. Jedenfalls empfinden wir den von ihm entwickelten Kulturbegriff am Ende seines Briefes als stark verkürzt (Kultur sei in erster Linie Propagandainstrument). Wir meinen, daß auch der herrschende Kulturapparat ein sehr widersprüchlicher ist, bzw. Lücken hat, mit deren künstlerischer Füllung es sich lohnt, zu beschäftigen. Z.B. Peymanns Theateraufführungen oder einige der deutschen Filmproduktionen (z. B. Trotta). Das Auseinanderdividieren von subjektiver und objektiver Beurteilung von Kulturprodukten haben wir gerade versucht, mit dem Krisenliteratur-Artikel zu widerlegen (Er sei noch mal empfohlen). Wir wehren uns dagegen, bei Beurteilungen auf dem Kulturrektor, den Ein-Öffentlichkeit vorzunehmen, zu lazen. Auch verstehen wir uns im Gegensatz zu einigen Kulturzeitschriften der Weimarer KP nicht als „kommunistische Jury“, die Preise verteilt. Wir lernen nicht nur, indem wir unsere allgemeine Weltanschauung an Kulturprodukte als Maßstab anlegen. Sondern auch, indem wir diskutieren, warum wir innerhalb der Kulturkommission z.B. sehr unterschiedliche Wahrnehmungen haben und woran das liegt. Welche Funktion ein Produkt dann in der heutigen Situation hat, muß uns allerdings immer wichtig sein. Das eben unterscheidet uns von bürgerlichen Kritiken, die nach der Wirkung fragen, und deren subjektive Beurteilung meist mittels „Namen“ zur Objektivität gemacht wird.

R., Kultur-Kommission



## Die Schönheit der Kampfhubschrauber

### Zur Ästhetisierung der Gewalt

Zweifellos ist dem Genossen Ha. zuzustimmen, wenn es schreibt, daß in einer Filmbesprechung die Analyse der objektiven Wirkung eines Filmes Vorrang hat vor der Darstellung subjektiver Eindrücke – wobei allerdings noch genauer zu untersuchen wäre, was unter der objektiven Wirkung zu verstehen ist. Als ein Aspekt, der die soziale Wirkung eines Filmes bestimmt, sind die Stilmittel zu nennen, die eingesetzt werden, um einen bestimmten Inhalt darzustellen. Hierzu einige Anmerkungen und Gedanken anhand des Filmes „Apocalypse Now“. Es geht mir hierbei nicht so sehr um eine nochmalige Besprechung dieses Filmes, als vielmehr um den Versuch einer Analyse von Stilmitteln, die zudem nicht nur für „Apocalypse Now“ charakteristisch und US-amerikanische Filme zeichnen sich z.T. – wie etwa die Filme von Carpenter – durch eine zunehmende Ästhetisierung der Gewalt aus.

Die filmischen Mittel, mit denen Coppola arbeitet, haben nicht die Funktion, das Wesen des Krieges als eines imperialistischen zu verdeutlichen. Vordergründig mag der Zuschauer den Eindruck haben, der Film wäre realistisch, da er – vor allem im ersten Teil – die „unmittelbare Teilnahme“ am Kriegsgeschehen ermöglicht. Mit dieser scheinbar realistischen Darstellung, die sich nur auf der Ebene der Eindrücke bewegt, werden allerdings Zusammenhänge, Unterschiede übersehen. Die Auffassung, daß alles letztendlich sinnlos ist, wird dem Zuschauer unterbewußt „eingetrichtert“.

Die Filmsequenz vom Hubschrauberangriff auf das vietnamesische Dorf in „Apocalypse Now“ wird z.T. schon mit anderen berühmten Filmsequenzen der Filmgeschichte verglichen. Sie ist mit Recht heute schon Legende“ (Spiegel, 40/79). Dieser Vergleich erscheint mir gefährlich, da er vom Formalen ausgeht, von einer nicht näher bestimmten Intensität der gezeigten Szenen. Die Filme der Riefenstahl beispielsweise sind künstlerisch durchaus beachtenswert – das gleiche läßt sich allerdings auch über viele Filme fortschrittlicher Filmemacher sagen. Während jedoch beispielsweise in den Filmen Bunuels die künstlerischen Mittel eingesetzt werden, um die Ursachen der Gewalt zu verdeutlichen, die Sensibilität des Zuschauers zu fördern, fördert die Ästhetik der Leni Riefenstahl die „Entmenslichung“ der Wahrnehmungsfähigkeit. Gerade die Kopplung von politisch reaktionärem Inhalt... und künstlerischer Qualität

macht die Gefährlichkeit derartiger Produkte aus. „Je reaktionärer der Inhalt eines Werkes und je höher obendrein seine künstlerische Qualität ist, desto stärker vermag es das Volk zu vergiften, um so entscheidender müssen wir es ablehnen“ (Mao Tse-tung, Aussprüche in Yenan über Literatur und Kunst).

Zurück zu Coppolas Film, zur Sequenz vom Hubschrauberangriff. Fördert diese Szene nicht ebenfalls die „Entmenslichung“ der Wahrnehmungsweise, indem sie auf die Resignation des Zuschauers abzielt, an das ohnehin in ihm vorhandene Gefühl von Ohnmacht appelliert? Krieg wird zwar nicht ausgesprochen verharmlicht, aber zumindest durch die Ästhetisierung konsumierbar gemacht. Die fatale Schönheit der Kampfhubschrauber beim Anflug über dem Meer, im Gegenlicht: Faszinierend der Anblick der Schlange, wenn sie auf das Kaninchen zukriecht. Die Bedrohung, die vom Zerstörungspotential der US-Armee ausgeht, wird für den Zuschauer zum ästhetischen Genuß – er sitzt ja im Kinosaal.

Die Hubschrauber dominieren im ersten Teil des Filmes optisch und akustisch. Sie sind allgegenwärtig, werden so dargestellt, als seien sie in der Lage, Herrschaft auszuüben. Eine Maschine, von unbekannter Hand in Gang gesetzt, die den Menschen kainerlei Eingriffsmöglichkeiten mehr läßt. Bereits im Vorpann des Filmes, die beinahe diktatorische Schönheit, die den Zuschauer gefangen nimmt: Vor einer exotischen Urwaldlandschaft gleiten die Hubschrauber – oder soll ich sagen, diese glänzenden metallischen Körper – durch die Luft. Bis der Wald dahinter durch den Abwurf von Napalm in Flammen und das ganze Bild in Rauch aufgeht. Das von Coppola an dieser Stelle eingesetzte Lied von den Doors „The End“, verstärkt die Faszination, die von diesem Bild ausgeht und zugleich das Gefühl der Ohnmacht. Es gibt nur noch das „Jetzt“, den Augenblick ohne Vergangenheit und Zukunft, die Apokalypse, in die „der“ Mensch immer wieder gerät. Egal, was du tust, am Ende stirbst du immer wieder – mit deinen Protestliedern – in der Scheiße. So war es bislang immer, und so wird es auch in Zukunft sein. Geschichte ist nur die ewige Wiederkehr des Gleichen.

Angelehnt solcher Szenen stellt sich die Frage, ob bzw. inwieweit Coppola – unabhängig von der in-

Fortsetzung nächste Seite





Fortsetzung von Seite 62

## Wieder RgR-Festival in Frankfurt geplant

Der 17. Juni wirft seine Schatten voraus. Obwohl die NPD in den letzten beiden Jahren ihr sog. „Deutschlandtreffen“ nicht abhalten konnte, und obwohl sie besonders durch den großen Erfolg von ROCK GEGEN RECHTS im letzten Jahr eine schwere Schlappe einstecken mußte, hat sie zum 17.6. wieder eine Demonstration und Kundgebung in Frankfurt angemeldet. Aber auch die Antifaschisten haben bereits Vorbereitungen getroffen. Der DGB Frankfurt hat, wie im Vorjahr angekündigt, eine Kundgebung auf dem Römerberg (Stadtzentrum) angemeldet, ebenso die DFG/VK im Namen eines Bündnisses von VVN, DFU, VDJ, DKP, SDAJ usw. Das Aktionsbündnis ROCK GEGEN RECHTS, das im Vorjahr das Festival und die Demonstrationen in der Innenstadt organisiert hatte, hat sich erneut das Rebstockgelände (ebenfalls wie im Vorjahr) beim Ordnungsamt vormerken lassen. Andererseits ist die (CDU-regierte) Stadt brennend daran interessiert, es nicht wieder zu antifaschistischen Massenprotesten wie 1979 kommen zu lassen; ihr wäre eine gemeinsame Veranstaltung von DGB, CDU, SPD und FDP am liebsten. Daß aus einem solchen Projekt wohl eine Kundgebung zum „Tag der deutschen Einheit“, kaum aber eine antifaschistische Manifestation werden

würde, liegt auf der Hand. Seit vier Wochen gibt es inzwischen wieder Gespräche zwischen den Frankfurter antifaschistischen Kräften. Für den 13.2. hatte die VVN ihr traditionelles Bündnis zu einem Treffen eingeladen. Die bei RGR mitarbeitenden Organisationen hatten zwar zumeist keine Einladung erhalten, von dem Termin jedoch über die „Sache“ erfahren, und waren als relativ starker Block erschienen (GLH, ASIA, SB, KB, Falken, GIM u.a.). Ihre Anwesenheit wurde ohne Einschränkung akzeptiert, VVN u.a. erklärten, die Spaltung im Vorjahr sei „unglücklich“ und „bedauerlich“ gewesen; über die Ursachen sollten wir uns nicht weiter streiten, sondern in diesem Jahr zusammenarbeiten. Ein Plattform-Entwurf „Nazis raus aus Frankfurt“ fand nach einigen Veränderungen Zustimmung und wurde schließlich von allen anwesenden Organisationen unterzeichnet, einschließlich DKP-Frankfurt und KB-Frankfurt. Mit der Vereinbarung, weitere Unterschriften unter diesen Aufruf zu sammeln, ging der Kreis auseinander. Auf dem nächsten Treffen drei Wochen später sah es jedoch schon anders aus. Die VVN erklärte, anders als in den Vorjahren habe man keine Gewerkschaftsfunktionäre für eine Unterschrift gewinnen können. Diese

hatten sich am KB und der GIM als Unterzeichner gestiegen. Gleichzeitig hielten „prominente“ VVNler ebenso leidenschaftliche wie deplizierte Reden über die Bedeutung der Gewerkschaften im antifaschistischen Kampf (als ob der DGB zu einer Zusammenarbeit mit VVN oder DKP eher bereit wäre). Sämtliche anwesenden RGR-Organisationen erklärten jedoch, daß sie eine solche Diskriminierung nicht hinnehmen würden. Eine Entscheidung wurde auf das nächste Treffen vertagt. Mittlerweile hat sich auch das RGR-Aktionsbündnis wieder getroffen, um über die neue Lage zu beraten. Auch die SDAJ erschien zu diesem Treffen, mußte sich allerdings zunächst Kritik gefallen lassen: Ihre Zeitung „elan“ hatte bereits Musikgruppen kontaktiert und bei einigen den Eindruck hinterlassen, als organisiere sie ein RGR-Festival zum 17.6. Die SDAJ dementierte: Es handle sich um ein „Mißverständnis“; keinesfalls sei von ihr ein Alleingang geplant. Übereinstimmung besteht im Aktionsbündnis darüber, daß bei einer „Fusion“ mit dem VVN-Kreis alle bei RGR mitarbeitenden Gruppen aufgeführt werden müssen, und niemand unter den Tisch fällt, weil die DKP damit Magenschmerzen hat. Diskutiert wird noch darüber, inwieweit das Aktionsbünd-

nis seine Unabhängigkeit behält, auch wenn es zu einer Einigung kommen sollte. Man einigte sich schließlich auf die Formulierung: „Das Aktionsbündnis Rock gegen Rechts wird im Rahmen des „antifaschistischen Bündnisses Frankfurt“ das Rockfestival organisieren“. Alles in allem wird die Verhinderung des NPD-„Deutschlandtreffens“ in diesem Jahr sicher nicht einfacher werden als 1979. Nicht umsonst hat die Lokalpresse zum Jahreswechsel in ihren „Rückblicken“ durchweg den 16./17.6. als zentrales Ereignis gewertet. Die Stadt und die etablierten Parteien sind vorgewarnt und werden alles versuchen, in diesem Jahr das Geschehen in den Griff zu bekommen. Aber auch die NPD wird um alles in der Welt eine Niederlage wie im letzten Jahr vermeiden wollen. Sie wird sich diesmal frühzeitig um Ausweichmöglichkeiten kümmern, falls ihr Aufmarsch in Frankfurt wieder verboten wird. Dafür kommen wahrscheinlich alle möglichen Orte in Hessen, Rheinland, Nordbaden oder Franken (gehört zu Bayern!) in Frage. „Wachsamkeit“ der Antifaschisten ist also in jeder Hinsicht angebracht.

KB Gruppe Frankfurt

## Ein volles Haus für »Rock gegen Strauß«

Mensch, das war die 'Bombe'! Über 750 brave Bürger, Schüler, Studenten, Freake aus Stadt und Land bestärkten regelrecht die ROCK GEGEN RECHTS/STRAUSS-Konzertveranstaltung in der Aula der Hochschule! (bereits um 21 Uhr mußten die Leute wegen Überfüllung abgewiesen werden!)

Das Wahnsinnsprogramm (Beginn 18 Uhr!) des Anti-Strauß-Theaters, der Einzelinterpret(innen), der Amateur-Jazz-Rockgruppen 'Neopomuk' und 'Lindwurm' und der 'Druckknöpfe' (HH) hielt die Strauß-Gegner bis nachts um eins in vollem Atem.

Die Idee, mit Rock-Musik und Kultur überhaupt seinen Protest und Widerstand auszudrücken und sich und anderen Mut zu machen, „haupte total rein!“. Die Mobilisierungszahlen zu „normalen“ Rockkonzerten wurden in Lüneburg damit weit überschritten. Eine Stellungnahme der beteiligten Musiker kündigte u.a. an, die Idee von ROCK GEGEN RECHTS weiter aktiv zu verbreiten.

Den „absoluten“ Charakter dieses Konzerts machte vor allen Dingen folgendes aus: ein für Lüneburg nie dagewesenes Spektrum von ca. 20(!) Initiativen unterschiedlichster politischer Schattierungen unterstützte und gestaltete das Konzert in vielfältiger Weise; so z.B. „die Grünen“, die Alternative Liste, die AG „Jusos

gegen Rechts“, die DFG/VK, die WAA-Gruppe, der Antifaschistische AK (mit einer astreinen Anti-Strauß-Ausstellung) viele andere Basisinitiativen und Alternativ-Projekte, der KB natürlich und die DKP-nahen Gruppen SDAJ, DFI und Initiative gegen Berufsverbote!

Das besondere an diesem Konzert war weiter, daß parallel zu den Vorbereitungen von zehn der o.g. Gruppen eine politisch weitgehende Anti-Strauß-Plattform diskutiert und erarbeitet wurde. Erstmals brachte diese Stellungnahme für „die Grünen“, die Alternativen, die WAA-Gruppe und vielen anderen eine handfeste Diskussion innerhalb der Initiativen zum Thema „Strauß“ Eingang. Damit wurde (hoffentlich!) eine Basis für weitere Zusammenarbeit geschaffen.

trotz alledem!  
Die DKP steht außen vor!

Veranstalter und Initiator der Stellungnahme ist die seit Mitte Dezember '79 bestehende Initiativegruppe ROCK GEGEN RECHTS (Unorganisierte, Musiker, Mitglieder politischer Initiativen u.a. KB; der SDAJ-Vertreter hatte sich ziemlich schnell „ausgekökelt“...). Sie hat es geschafft, ein so breites Bündnis in geduldiger Kleinarbeit zusammenzubringen. Das Konzert war für die meisten „eine klare Sache“,

die Plattform für die Jusos leider nicht – sie „stiegen aus“ mit der widersprüchlichen Begründung, daß sie die Plattform inhaltlich zwar o.k. fänden, grundsätzlich (!) aber keine Stellungnahme unterstützen könnten, da doch Abstriche von den eigenen Positionen gemacht werden müßten. Konkret benannten sie aber keine...

„Die Grünen“ wehrten sich gegen die Ankündigung „einer weiteren Zusammenarbeit ... gegen RECHTS“, da sie den Antikommunismus der noch zu überzeugenden Bürger fürchten, wenn der KB mit darunter steht (die Formulierung wurde herausgenommen...). Die Bündnisbreite und die große Diskussionsbereitschaft brachte die DKP dann doch in ihrer Abwarte- und „O-Reaktions“-haltung ins Schleudern.

Zu den beiden AE-Verhandlungen tauchten dann die DKP-nahen Vereine „Initiative gegen Berufsverbote“, DFI, AKJZ (Jugendzentrum) erst mit der SPD-nahen Erklärung „Freiheit statt Strauß“ auf, um dann in provokatorisch ultimativer Form ihre Unterstützung von der Aufnahme ihrer Spezialposition zu den „Friedensverhandlungen“ von KSZE und SALT u.a. Revue-Mist abhängig zu machen! Der Geduld und Einigungs-bereitschaft aller anderen Beteiligten ist es zu verdanken, daß auf einem, extra angesetzten Termin doch noch eine Formulierung zustandekam,

unter die auch die DKPler „ihren Hermann“ setzen konnten.

Die DKP selbst verhielt sich jedoch weiter in ihrer Arroganz gegenüber den Einigungsbemühungen der Lüneburger Strauß-Gegner und meldet(e) sich nicht.

Am 10. März gehen die Bemühungen um eine aktive Anti-Strauß-Arbeit in Lüneburg weiter. Man/frau darf gespannt sein...

ROCK GEGEN RECHTS –  
roll on over Lüneburg!

Die Initiativegruppe ROCK GEGEN RECHTS hat durch dieses Konzert natürlich den 'totalen' Einstieg erreicht, und die Planung der nächsten Aktivitäten, in der Provinz zu einer fortschrittlichen Kultur- und Musik-Szene zu kommen, ist schon in Angriff genommen:

- Mitgestaltung von Aktivitäten gegen im März angekündigte NPD-Aktionen
- Mitarbeit in geplanter „Jugendkulturwoche“ des Jugendzentrums (AKJZ) für seine Erweiterung, 26.4. - 3.5. Die „Initiative“ ist bisher gefälligen Übergang geworden – sollte hier schon wieder der DKP-nahe Vorstand dahinter stecken?...
- Organisation eines Open-air Konzertes Anfang Juni für ROCK GEGEN RECHTS in Frankfurt!

## »Danke – man lebt! (Eine Buchbesprechung)

Eigentlich gehen mir Bücherbesprechungen, von einigen Ausnahmen abgesehen, auf die Nerven. Ich habe bei der ganzen Rezensionerei oft das Gefühl, als wolle der Rezensent vorrangig mit dem eigenen Literaturwissen und der eigenen Sprachkunst brillieren, wobei dann der Gegenstand zum bloßen Vorwand verkommt. Da heißt ein Werk des Autors dann plötzlich „sein Oeuvre“ usw. Nein, das Folgende erhebt nicht den Anspruch einer Rezension, sondern ist eher als detaillierter Hinweis gedacht, der zu einer Empfehlung gerät.

Da sind auf 174 Seiten hundert Gedichte zu lesen, in denen der Autor zwei Jahre seiner jüngsten Existenz aufgearbeitet hat. Einer Existenz, die in vielen Zügen unsere eigene ist. Das ist nicht verwunderlich, sind wir doch Zeitgenossen und leben im gleichen Land, unter den gleichen politischen und sozialen Verhältnissen. So sind unsere Ängste, Hoffnungen und Utopien nicht sozialisierbar in öffentliche und private.

Norbert Mey sortiert nicht, und darin liegt eine Stärke seiner Gedichte. Auch dort, wo seine Gedichte vorgeründigt privater Natur sind, können sie mit Gewinn gelesen werden, weil sie nicht in eine weltchmarz-

che Eigenbrödel verfallen, sondern fest immer eine nachvollziehbare, und da, wo sie wirklich gut sind, eine erkenntnisfördernde Funktion haben.

Das ist beachtlich in dieser Zeit der „inneren Emigration“ der Dichter, bei denen schon „eine laufende Strumpfmasche den Zweifel am Sinn des Daseins erweckt“, wie der DDR-Lyriker Andreas Reimann in LITERATUR KONKRET leider treffend die zeitgenössische Lyrikzene in der Bundesrepublik charakterisiert.

Einige Gedichte gefallen mir persönlich nicht. Das sind dann diejenigen, in denen die eben erwähnte Wehligkeit überhand nimmt. Aber auch das beste Huhn hat Knochen, und bei hundert Gedichten ist auch mal ein Knochen dabei.

Zur äußeren Aufmachung des Buches: eine Art bibliophile Anti-Buch-Rein-Ausgabe. Zum Preis: 16 DM, das ist nicht zimperlich. Dafür könnte man gut bürgerlich essen gehen und dazu noch zwei Viertel Kaisersüßler trinken. Dann wäre man satt und müde.

Neys Buch macht wach und hungrig.

Harald Hursi

Arbeitsgemeinschaft  
alternativer Verlage & Autoren e.V.

AGAV Postfach 656 7000 Stuttgart 1

PRESSEMITTEILUNG

NFRP ZUMBOYNOT

Die AGAV (Arbeitsgemeinschaft Alternativer Verlage und Autoren e.V.) hat heute ab Autoren, ZeichnerInnen, Verleger, Druckere, Buchhändler, Buchverleiher etc. den ersten und alternativen Schritt zum Aufbau eines Netzwerkes der alternativen Verlage und ZeichnerInnenverlage (NFRP) gemacht. Der erste Schritt ist die Gründung der AGAV. Die AGAV ist ein Zusammenschluss von Verlegern, Autoren, ZeichnerInnen, Druckere, Buchhändler, Buchverleiher etc. Die AGAV ist ein Zusammenschluss von Verlegern, Autoren, ZeichnerInnen, Druckere, Buchhändler, Buchverleiher etc.

Die AGAV ist ein Zusammenschluss von Verlegern, Autoren, ZeichnerInnen, Druckere, Buchhändler, Buchverleiher etc. Die AGAV ist ein Zusammenschluss von Verlegern, Autoren, ZeichnerInnen, Druckere, Buchhändler, Buchverleiher etc.

Die AGAV ist ein Zusammenschluss von Verlegern, Autoren, ZeichnerInnen, Druckere, Buchhändler, Buchverleiher etc. Die AGAV ist ein Zusammenschluss von Verlegern, Autoren, ZeichnerInnen, Druckere, Buchhändler, Buchverleiher etc.

Die AGAV ist ein Zusammenschluss von Verlegern, Autoren, ZeichnerInnen, Druckere, Buchhändler, Buchverleiher etc. Die AGAV ist ein Zusammenschluss von Verlegern, Autoren, ZeichnerInnen, Druckere, Buchhändler, Buchverleiher etc.

Die AGAV ist ein Zusammenschluss von Verlegern, Autoren, ZeichnerInnen, Druckere, Buchhändler, Buchverleiher etc. Die AGAV ist ein Zusammenschluss von Verlegern, Autoren, ZeichnerInnen, Druckere, Buchhändler, Buchverleiher etc.

Die AGAV ist ein Zusammenschluss von Verlegern, Autoren, ZeichnerInnen, Druckere, Buchhändler, Buchverleiher etc. Die AGAV ist ein Zusammenschluss von Verlegern, Autoren, ZeichnerInnen, Druckere, Buchhändler, Buchverleiher etc.

Die AGAV ist ein Zusammenschluss von Verlegern, Autoren, ZeichnerInnen, Druckere, Buchhändler, Buchverleiher etc. Die AGAV ist ein Zusammenschluss von Verlegern, Autoren, ZeichnerInnen, Druckere, Buchhändler, Buchverleiher etc.



## »Ausgewogenheit« statt Demokratie Zensur beim WDR

„Die seit Januar 1974 täglich von 19.05 bis 21.00 Uhr im WDR II gesendete Wort- und Musiksendereihe 'Radiothek' wird in den nächsten Tagen überwiegend als reine Musiksendung weitergeführt. Über die zukünftige Konzeption der Wortbeiträge in der 'Radiothek' soll anhand neuer Programmansätze entschieden werden, an deren Bearbeitung der Programmleiter Manfred Jenke, alle Programmbereiche des WDR-Hörfunks, einschließlich der Redaktion 'Radiothek', beteiligt sind.“

Mit dieser am 22. Januar im WDR verlesenen lapidaren Erklärung wurde eine Rundfunksendung vorerst der Garaus gemacht, die mit einem in der BRD gar nicht selbstverständlichen Konzept angetreten war: „Der Auftrag, eine Zielgruppensendung herzustellen, verpflichtet dazu, sich besonders für die Rechte dieser Gruppe – also hier: der jungen Hörer – einzusetzen. Darüber hinaus und im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen fühlt sich die Redaktion zur Herbeiführung eines aufklärerischen Prozesses verpflichtet, der die Bewusstmachung demokratischer Rechte und Verhaltensweisen sowie von Erkenntnis- und Wirklichkeitskriterien einschließt.“ Das hatten die sieben „Radiothek“-Redakteure/innen in einem Positionspapier geschrieben, und dieser Anspruch stand nicht nur auf dem Papier: in den Wortbeiträgen der Radiothek, die häufig live gesendet wurden, kamen Betroffene zu Wort. Arbeitslose Jugendliche, Jugendzentrumsinitiativen etc. berichteten über ihre Probleme, aber auch über ihre Kämpfe.

Zwei solcher Sendungen (über „Rock gegen Rechts“ und Jugendarbeitslosigkeit, gesendet am 14.10. bzw. am 13.11.79) nahm WDR-Intendant v. Sell jetzt zum Anlass, auf seinen Hörfunkprogrammleiter Manfred Jenke massiven Druck auszuüben, die „Ausgewogenheit“ auszuüben.

Der reagierte prompt und erteilte der Radiothek-Redaktion Anweisung, Wortbeiträge nicht mehr live auszusprechen. Diese gab daraufhin die Programmverantwortung an den Chefredakteur zurück, was dazu führte, daß eine Zeitlang gar keine Wortbeiträge mehr gesendet wurden. Inzwischen, nach einem sogenannten „klärenden Gespräch“, zu dem von Seiten der Radiothek nur der Redaktionsleiter geladen war, ist es zu einem „Kompromiß“ gekommen:

„Die Redaktion... ist langfristig nicht bereit, unter diesen Auflagen Programm zu machen. In der derzeitigen Situation, in der es vor allem darauf ankommt, den begehrten günstigen Sendeplatz zwischen sieben und neun Uhr zu verteidigen und die beiden Stunden nicht zu einer reinen Musiksendung werden zu lassen, wird sie versuchen, mit Sendungen vom Band einige Monate weiterzuarbeiten. Allerdings ohne von ihrem inhaltlichen Konzept abzugehen.“ (Kölnischer Volksblatt, 8.2.80) Lange wird das nicht gutgehen. Denn einerseits kann man davon ausgehen, daß jeder Wortbeitrag, der jetzt noch gesendet wird, vorher eine „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ seitens der höheren WDR-Chargen einholen muß. Andererseits haben v. Sell und Jenke gemeinsam eindeutig verstanden lassen, daß das Konzept der Sendung grundsätzlich geändert werden soll:

„Unversichtbar für eine Weiterführung sei allerdings ein Charakter der Sendung, der immer auch eine Integration der Jugendlichen in die Gesellschaft zum Ziel habe.“ (Süddeutsche Zeitung, 24.1.). Soll wohl heißen: nicht immer diese ewigen Konflikte, ein wenig mehr Harmonie, auch mal „die andere Seite“ zu Wort kommen lassen (z.B. nicht nur meckernde Lehrlinge, sondern auch einen netten Kapitalisten?). „Wenn das das Konzept der Zukunft sein sollte“, sagt ein Redakteur, „dann ohne uns.“ (SZ, a.o.).

Ein böser, böser Intendant – oder was?

Was veranlaßt nun das SPD-Mitglied v. Sell und das SPD-Mitglied Jenke nach über 2.000 nicht beanstandeten Radiothek-Sendungen zu solch einer scharfen Gangart? Dreimal darf mensch raten. Na? Dreimal richtig: Es stehen Wahlen ins Haus – Landtag NRW, Bundestag, und... Intendantenwahlen beim WDR!

„Die CDU hat neben der Kernenergie und der Gesamtschule erneut den ihrer Meinung nach immer noch zu linkslastigen WDR zum Wahlkampfthema erkoren. Schon seit Wochen streifen sich Köppler und Bienenkopf über den roten Baron und attackieren dann meist auch namentlich die Radiothek“ (SZ, a.o.).

Und in der „Welt“ vom 24.1. schreibt ein gewisser Hermann A. Grieser: „Die Jugendendung 'Radiothek' heißt es, werde sich vorerst jedweder Wortbeiträge enthalten... Die jungen Hörer mögen sich freuen, denn längst hat sich herausgestellt, daß 'Radiothek' zwar beliebt ist, aber weit überwiegend wegen seiner geschickten und kühnsten Musikbeiträge. Diese aber haben schon immer die Verpackung für unverhohlene Indoktrination abgegeben. Hauptthemen: Ausgebeutete Lehrlinge, Arbeitslose als Opfer des kapitalistischen Staates, Berufsverbote.“ Und dann erntet v. Sell die ersten Früchte seiner mühen (Zensur-)Tat: „Das marxistische Blabla wurde vom Intendanten höchstselbst gestoppt.“ Offensichtlich ein richtiger erster Schritt zur Wiederwahl. Und weitere Schritte sind schon eingeleitet: „Überall wird pingelig ausgewogen, ängstlich geglättet, kleinlaut eingepaßt, zunehmend aber rückwärtsgewandt.“ Neuerster WDR-Witz: „Einst Rotfunk, jetzt Totfunk.“ (Spiegel Nr. 4 v. 21.1.80).

Was bisher ein (schlechter) Witz war, darf nicht zur Realität werden!



Zahlreiche Proteste gegen die Radiothek-Zensur hat es bereits gegeben. U.a. hat der Vorstand des Landesverbandes NRW der Falken eine Presseerklärung veröffentlicht, in der die Radiothek-Zensur als „Maulkorbmaßnahme“ bezeichnet wird, und die DGB-Gewerkschaftsjugend NRW forderte in einem offenen Brief v. Sell auf, alle Maßnahmen zur Änderung des Radiothek-Konzepts zurückzunehmen. Außerdem hat am 2. Februar in Köln eine Demonstration mit über 500 Teilnehmern stattgefunden, auf der u.a. Walter Moosmann eine Grußbotschaft von Radio Grün verlas und der Liedermacher Frank

Baler ein von ihm speziell für diesen Anlaß geschriebenes Lied zum Besten gab: „Die Chet lassen jetzt die Hosen runter / es geht um ihren warmen Arsch / man bläst zur Intendantenwahl / im Gleichschritt los! Marsch, marsch!“

Übrigens: es ist noch nicht zu spät zum Protestieren. Wütende Briefe, Postkarten o.ä. sind zu richten:

An den Intendanten  
des Westdeutschen Rundfunks  
Appellhofplatz 1  
5000 Köln 1

Sa./KB Gruppe Bochum

## Abermals Kniefall des NDR vor Strauß

Am 22. Februar traf Kanzleramthelfer Strauß, unter Ausschluß der Öffentlichkeit mit dem Großbankier Münchmeyer in dessen Hamburger Villa zusammen. Von diesem Geheimtreffen hatten einige Schüler Wind bekommen und riefen zu einer Protestversammlung vor Münchmeyers Wohnsitz auf. Mehrere Einsatzwagen der Polizei und Hundestreifen „schützten“ dieses als „Privatbesuch“ deklarierte Treffen.

In der Sendung „Mit NDR II ins Wochenende“ ging der Hamburger Journalist Otto Köhler (ehemaliger Kolumnist beim „Spiegel“) und dort wegen seiner engagierten linksliberalen Haltung geschätzt) am nächsten Morgen auf diesen „Herrenabend“ ein. Dabei versuchte er die Aussage des „Spiegel“ zu widerlegen, daß Strauß, bei einigen Industriellen augenblicklich nicht in hohem Ansehen stehend und bezog sich dabei auf den Münchmeyer-Besuch.

„Tatsächlich kann der 'Bayernkurier' in seiner heutigen Ausgabe zwei Protestbriefe bekannter Industriemanager präsentieren, die der 'Spiegel' sich zu drucken weigerte. Eberhard von Kuhnheim, Vorstandsvorsitzender von BMW, der laut 'Spiegel' Strauß als entbehrlichen und entscheidungs-schwachen Mann bezeichnet haben soll, demantierte dies ausdrücklich ebenso wie andere Unterstellungen des Nachrichtenmagazins, die eine Aversion der Industrie gegenüber Strauß behaupteten. Auch Joachim von Zahn, ehemaliger Chef von Daimler-Benz, betonte seine freundschaftlichen Beziehungen zu Herrn Dr. Strauß.“ (Köhler im NDR, 23.2.80).

Zum Treffen selbst sagte Köhler: „Wen Münchmeyer zum Empfang mit Strauß geladen hatte, war nicht bekannt und nicht zu erkennen, doch die Nobelkarossen, die vorfuhr, lassen schließen, daß Strauß sich bei diesem Herrenabend sicherlich nicht auf einen Disput mit Hamburger Hafenarbeitern eingelassen hat, denn das Verhältnis des Kanzlerkandidaten zur Arbeiterschaft und zu den Gewerkschaften ist mehr als gespannt. CSU-Generalsekretär Stoiber,

der stets mit großer Ehrlichkeit und Offenheit das formuliert, was Strauß denkt, aber zur Zeit nicht so gut sagen kann – Stoiber hat im September ausdrücklich erklärt, daß man in einem entschiedenen Kampf die Konfrontation mit den Gewerkschaften suchen müsse. Umso wichtiger sind für Strauß solche Zusammenkünfte wie gestern Abend in der Villa Münchmeyer.“

Auf die Frage des Moderators, warum wohl gerade Münchmeyer diesen Abend veranstaltet hätte, antwortete Köhler:

„Alwin Münchmeyer ist wohl die bedeutendste Figur des Hamburger Geldadels. Der 71jährige hatte und hat noch zahlreiche wichtige Funktionen in der Wirtschaft. Lange Jahre war er Präsident des Deutschen Industrie- und Handelsbundes. Seine Privatbank Schröder, Münchmeyer, Hantke & Co. ist 1969 aus einem Zusammenschluß mit dem hoch renommierten Hamburger Bankhaus Schröder entstanden. Und dies ist historisch interessant, denn aus diesem Bankhaus ist auch der Bankier Kurt Freiherr von Schröder hervorgegangen, in dessen Haus sich am 4. Januar 1933 auf Betreiben einflussreicher Wirtschaftskreise Hitler und Papen trafen. Die Wirtschaft verfolgte das Ziel, wie Bankier Schröder 1947 in Nürnberg aussagte, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen. Und das ist 26 Tage nach diesem Herrenabend gelungen.“

Dieser Beitrag am Samstagmorgen, gesendet aus dem Funkhaus Hannover des NDR, brachte eine ganze Lawine ins Rollen: Umgehend meldeten sich die „empörten Hörer“, die dann auch gleich Otto Köhler als „Dr. Goebbels“ beschimpften. Einer dieser „empörten Hörer“ wurde dann den Hörern des NDR auch noch vorgestellt. Dieser Typ begabte dann auch sogleich „den deutschen Rundfunk“ und in einem Atemzug machte er die SPD für den Faschismus verantwortlich, und daß wie angeblich heute wieder danach strebe. Denn mit dem Beitrag

Köhlers sei an die niedrigsten Instanzen der Menschheit appelliert worden... ect. pp.

### Empörung bei der CDU/CSU

Noch am Sonntag protestierte die CDU-Schleswig-Holstein in Kiel. Ihr Generalsekretär Dallmeyer warf dem NDR vor, „Verbreitung kommunistischer Hetzparolen“ betreiben zu haben. „Die CDU verwahre sich dagegen, daß eine öffentliche Anstalt wie der NDR, kommunistische Hetzparolen gegen den Kandidaten der Union verbreitet und diesen in die Nähe des Nationalsozialismus bringe.“ (WELT, 25.2.80). Springers „Welt am Sonntag“ bezeichnete Otto Köhler auch gleich als einen „linksextremen Satiriker“ und nannte den Namen des verantwortlichen Moderators – quasi als Frangiermethode. Ein gewisser Rudolf Bauer legte in der „Rheinischen Post“ vom 26.2.80 noch zu: „Ein Redakteur des NDR, Otto Köhler, früher mit Ulrike Meinhof (!) bei 'konkreter', mißbrauchte das ihm übertragene Mikrofon dazu, den Kanzlerkandidaten der Union in die Nähe von Hitler zu bringen.“ Nachdem Köhler erst einmal nach Strauß'schem Konzept in den Dunkelkreis des „Terrorismus“ gedrängt ist, spinnt dieser Bauer einen Gedanken, der eine Woche später von dem CDU-Bundestagsabgeordneten Will Weiskirch weiterentwickelt wird: „Was wollen NDR-Redakteure, die ihren Beruf nicht begreifen, denn erst hervorbringen, wenn der Sommer sein Ende entgegengeht und der Wahltermin naheückt?“ (ebenda). In der Ausgabe vom 4.3.80 der „Aachener Volkszeitung“ erklärt Weiskirch, daß die Union die Bundestagswahlen 1976 durch den Einsatz der Medien verloren habe und deshalb alles tun müsse, um sich „in der Wahlkampf-Grauzone gegen sie operierendes Fernsehen vom Hals zu halten“. Dies gehe nur über den Weg der „Insinuationell verfügbaren Enthüllung im Wahlkampfommer.“ (nach FR, 5.3.80). Die Reaktion aus der NDR-Chefsatzung selbst erfolgte



ganz im Sinne von Strauß & Co. Hörfunk-Chefredakteur Kellermeier rüffelte intern die Zeitfunkredaktion und sprach von einer „skandalösen journalistischen Fehlleistung, die das Ansehen des NDR insgesamt aufs schwerste schädigen wird“ (WELT, 26.2.80). Den Tatsachenbericht Köhlers nannte er eine „perfide Manipulation mit dem Zweck und dem Ergebnis demagogischer Diffamierung“.

Intendant Neuffer handelte ganz im Sinne des „Bürgerfriedens“ mit Strauß und leistete den Kniefall vor seiner Majestät: Er entschuldigte sich „in aller Form“ bei Strauß. Den Beitrag Köhlers wertete Neuffer derart, daß damit „offensichtlich Parallelen zwischen der Funktion des jeweils einladenden Bankiers, der Einflußnahme der Wirtschaft auf politische Entwicklungen und zwischen Adolf Hitler und ihnen suggeriert werden“. Dies sei eine „schlimme journalistische Fehlleistung“. Neuffer garantierte, daß Konsequenzen gezogen werden, die solche „Entgleisungen“ in Zukunft unterbinden.

Dieser Kniefall Neuffers stieß selbst bei der sozialdemokratischen „Morgenpost“ auf Protest. „Die Intendanten-Entschuldigung bei Strauß ist aber im Umkehrschluß eine eindeutige Einschränkung der inneren Pressefreiheit beim NDR.“ (MOP, 26.2.80).

Die Deutsche Journalisten-Union kritisierte den Neuffer-Kniefall: Da-

mit werde der „Verfassungsauftrag auf umfassende Informationen per Dienstanweisung so eingeschränkt, daß Berichterstattung über historische Fakten nur noch dann erlaubt ist, wenn der Zuhörer keine Möglichkeit mehr hat, Parallelen zur Gegenwart zu ziehen.“ (MOP, 26.2.80).

### Auch Otto Köhler „entschuldigt“ sich

Nach all diesen Entschuldigungen und Verneinungen vor Strauß konnte sich Otto Köhler nicht mehr absetzen und schickte Strauß eine – er wäre sonst kein Satiriker – „Entschuldigung“. „Wenn ich mit den gleichen Worten über einen Besuch von Helmut Schmidt bei Bankier Münchmeyer berichtet hätte, wäre mein Intendant nie auf die Idee gekommen, ich wolle Schmidt mit Hitler vergleichen. Darum halte ich seine Entschuldigung für eine schlimme Fehlleistung, bei der herausgekommen ist, wie schlecht mein Intendant in Wahrheit über Sie denkt.“ (MOP, 28.2.80). Köhlers weiterer Kommentar: „Meine Fehlleistung war wohl nicht, daß ich etwas vergaß, sondern etwas nicht vergessen konnte, was man besser vergessen sollte.“

Medienkommission  
KB/Gruppe Hamburg



# Das Springer-Imperium

Der Hugenberg-Medien-Trust der Weimarer Republik, in der damaligen Öffentlichkeit als „Gebiet über Presse und Film“ bekannt, schuf die erste bedeutende Konzentration von Medien in der deutschen Geschichte. Mit seiner stramm deutschen nationalen Ausrichtung trug er seinen Teil zum Machtantritt des Faschismus bei. Mit seinen Verlagen, Materialdiensten, Anzeigengesellschaften, einer Nachrichtenagentur und der „Ufa“-Filmgesellschaft stand er an der Spitze einer sonst noch relativ breiten und vielfältigen Pressemultimedia. Erst der Faschismus brachte es zu einer bis dahin (und auch heute noch) nicht erreichten Kontrolle und Konzentration der Medien. Unter der Leitung von Max Amann wurde der Eher-Verlag der NSDAP zu einer Gesellschaft, deren Umsätze die der IG Farben überstieg, dessen Tageszeitungen über 20 Millionen Gesamtauflage erreichten.

Es war nach der Niederlage des deutschen Faschismus zunächst die Absicht der Siegermächte und erklärtes Ziel aller Antifaschisten, eine derartige „Machtkonzentration“ im Medienbereich nicht wieder zuzulassen. Jedoch: Bereits unmittelbar nach Kriegsende wurden die Weichen in die falsche Richtung gestellt. Linke und kommunistische Redak-

teure und Lizenzträger wurden aus dem Pressewesen vertrieben – 1949 die Lizenzpflicht durch die Besatzungsmächte aufgehoben.

Zuvor war unter Zustimmung der Industriegewerkschaft Graphisches Gewerbe das alleinige Entscheidungsrecht der Kapitalisten über Form und Inhalt der Zeitungen wiederhergestellt worden. Dies ist die Vorgeschichte für heutige Medientrusts wie Springer, Bertelsmann u.a.

Im ersten Teil unserer Untersuchung wollen wir uns mit folgendem Thema beschäftigen:

## 1. Der Tageszeitungsmarkt

Wer den Namen „Springer“ hört, denkt an die „Bild“. Im Sommer '79 gelang es der „Bild“ erstmals wieder seit

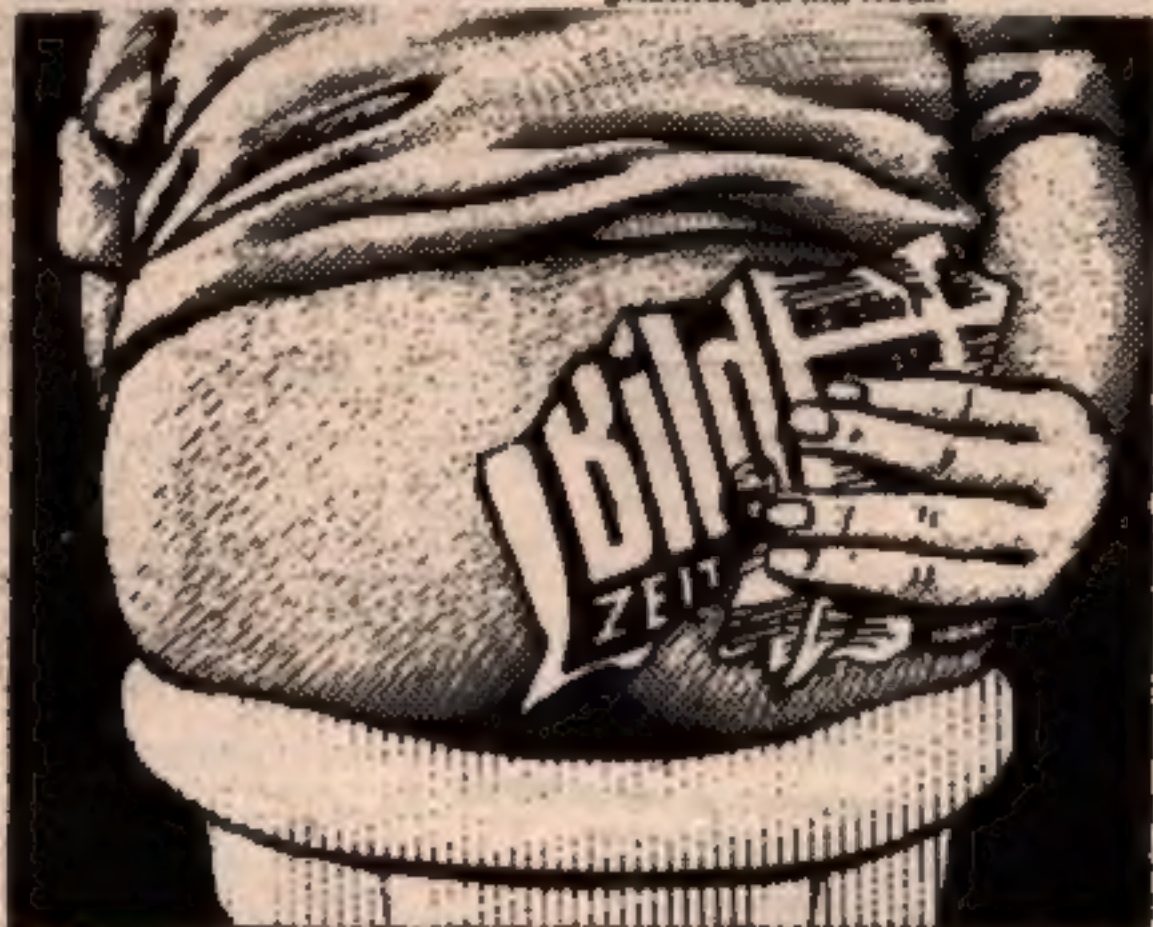
längst nicht ausgeschöpft. Die Zielsetzung des Verlages gab der Altvorstand Peter Tamm 1979 deshalb auch so an: „Die Schlacht im Südwesten wird erst noch geschlagen“.

Dennoch, die „Bild“ ist nicht die einzige Waffe, eine Auflistung sämtlicher Tageszeitungen in Springer-Besitz bzw. unter seiner Kontrolle durch Kapitalbeteiligung, Kooperationsverträge u.ä. ergibt folgendes Ergebnis:

Bild ..... 494 487  
B.Z. .... 319 175  
tz ..... 164 510

Boulevardzeitungen insgesamt: 5 448 172

Das sind 83,5% des Boulevardzeitungsmarktes. Hinzu kommen Tageszeitungen mit Abonn.



1966, die verkaufte Auflage von 5 Mio. zu überschreiten, ansonsten bewegen sich die Verkaufszahlen knapp darunter. Nach Verlagsangaben wird „Bild“ von ca. 15 Mio. Menschen täglich gelesen. Der „Bild“ gelang es in kürzester Zeit, mit Lokalausgaben in Städten wie Frankfurt, München und Stuttgart die Auflagen regionaler Zeitungen zu überflügeln. Mit dem Aufbau zahlreicher Lokalredaktionen und -ausgaben wird versucht, der im Prinzip zentralistischen Zeitung (tägliche werden durch Konferenzschaltung in der Hamburger Zentrale Aufmacher, Inhalt usw. festgelegt) mehr Lokalkolorit zu verleihen und so ihren Marktanteil noch weiter auszubauen. Trotz beachtlicher Erfolge (z.B. Bild-Stuttgart nach einem 3/4 Jahr knapp 160 000 Auflage) hält der Verlag die Regionalmärkte für noch

Hamb. Abendblatt ..... 271 160  
Welt ..... 331 951  
Berl. Morgenpost ..... 180 735  
Bergedorfer Zeitung ..... 49 916  
Pinneberger Tageblatt ..... 27 194  
Münchner Merkur ..... 235 379  
Lübecker Nachr. .... 103 878

Summe aller Tageszeitungen: 6 548 387

Damit hielt Springer 1977 einen Marktanteil von ca. 33% am gesamten Tageszeitungsmarkt. Ihm folgt mit Riesenabstand die WAZ-Gruppe mit einem Anteil von knapp 5,5% (siehe auch Abb. 1).

Gesamtauflage:  
20.061.718

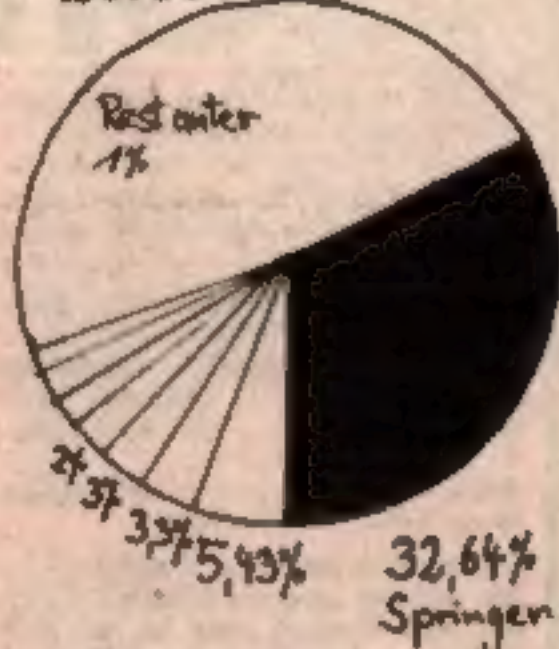


Abbildung 1

Der mit knapp 1/3 aller Auflagen errechnete Marktanteil bedarf jedoch noch zweier wesentlicher Erläuterungen:

1. Die 10 größten Zeitungsgruppen bzw. einzelnen Zeitungen erreichen zusammengenommen nicht die Auflagenhöhe des Springerkonzerns.
2. Es handelt sich dabei ausnahmslos um Zeitungen mit regionaler Verbreitung, z.B. der WAZ-Gruppe im Ruhrgebiet. Speziell bei den Boulevardzeitungen stehen Springer lediglich 3 Blätter gegenüber (Abb. 2), wobei noch offen ist, was mit dem Marktanteil der Hamburger Morgenpost geschieht.

(Alle Zahlenangaben nach IVW und „Handbuch des Pressekapitals“ von Manfred Koch, Medienpolitischer Informationsdienst, Kassel)

Fortssetzung folgt

## Spendenliste für den AK

Eine Reihe von Spendern hat sich bei uns beschwert, daß sie in den letzten Spendenlisten nicht aufgeführt worden sind. Es handelt sich dabei um diejenigen, die in den laufenden Monaten Dezember 79 und Januar 80 auf das Verlagskonto gespendet haben. Durch die Auseinandersetzung mit der damaligen Zentrumsfraktion und der Trennung waren auch im Verlag einige Umstellungen notwendig, die dann zu dieser Panne geführt haben. Wir können aber alle Spender beruhigen, ihre Gelder sind angekommen und werden auch für den richtigen Zweck verwendet.

Wir bitten alle Spender, in Zukunft nicht mehr auf das Verlagskonto zu überweisen, sondern auf das Konto:

Dresdner Bank AG, Hamburg, Kto. Nr. 4 501 755 00

Heinrich Eckhoff, Kennwort AK-Spende

Diese Umstellung ist notwendig, um die Finanzen des Verlags von den Spenden der Genom/innen und Sympathisanten zu trennen.

Im folgenden der Nachtrag von Spenden aus den Monaten Dezember und Januar und die laufenden Spenden des Monats Februar.

F., Hannover	DM 100,-
E., Hamburg	DM 250,-
KB/Gruppe Stade	DM 200,-
H. Sch., Hamburg	DM 5,-
M.K., Göttingen	DM 200,-
B.K., Nürnberg	DM 10,-
G.R., Göttingen	DM 500,-
M.B., Hanau	DM 45,-
G.N., Westberlin	DM 50,-
W.Sch., Karlsruhe	DM 50,-
A.E., Hildesheim	DM 100,-
R.H., Österreich	DM 100,-
P. Sch., Hamburg	DM 50,-
J.E.	DM 7,-
H.Ch., Bochum	DM 100,-
E.A., Hannover	DM 50,-
N.N.	DM 100,-
R.B., Westberlin	DM 200,-
Ingrid	DM 100,-
I.G.	DM 10,-
G.M., Balingen	DM 45,-
Ein unzufriedener Bürger aus Hildesheim	DM 200,-
S.L.	DM 100,-
Antiquitätenverl., Göttingen	DM 200,-
L.	DM 100,-
R.D., Loffenau	DM 12,50
M.R., Hamburg	DM 15,-
KB/Gruppe Pinneberg und Freunde	DM 75,-
J.F., Westberlin	DM 50,-
L. Sch., Westberlin	DM 30,-
J.K., Hamburg	DM 50,-
HUA	DM 165,-
WG. Hildesheim	DM 45,81
B.K., Nürnberg	DM 10,-
V. Th., Bochum	DM 50,-
W. Sch., Karlsruhe	DM 50,-
P. Sch., Hamburg	DM 50,-
W.S.	DM 50,-
J.E.	DM 7,-
B.O., Westberlin	DM 7,-
H.R., Westberlin	DM 50,-
M.B., Basel	DM 55,-
K.P. Wülfersdorf	DM 110,-
Gesamt Nachtrag Dez. und Jan.	DM 9954,31

U.K., Hamburg	DM 7,50
J.N., Freiburg	DM 100,-
F.G.M., Aurich	DM 50,-
V.K., Hannover	DM 109,-
L.	DM 100,-
W.Sch., Karlsruhe	DM 50,-
A.H., Stolzenau	DM 50,-
Wochenendschulung Freiburg	DM 230,-
F.T.V.F., Rotterdam	DM 22,50
W.S., Niederlande	DM 50,-
M.S., Göttingen	DM 1000,-

M.S., Göttingen	DM 1000,-
Wolfgang Hamburg	DM 3000,-
P.Sch., Hamburg	DM 50,-
J.E.	DM 7,-
H.H.	DM 30,-
N.N., Kassel	DM 150,-
B.O., Westberlin	DM 7,-
Ul., Braunschweig	DM 10,-
B.K., Nürnberg	DM 10,-
U.A., Hamburg	DM 20,-
B.O., Westberlin	DM 7,-
B., Südde	DM 4,50
S. Fulda	DM 100,-
H., Bremen	DM 30,-
KB/Gruppe Braunschweig	DM 2000,-
OTV-Gesundheitsbereich, Hamburg	DM 1300,-
DLH/Hafen/Angestellte	DM 510,-
Valvo-Zell	DM 150,-
NN, Hannover	DM 50,-
Eine Genossin aus Steilshoop	DM 50,-
Hel., Chemiebereich Hamburg	DM 50,-
BO Altona	DM 62,-
C., Hamburg-Harburg	DM 100,-
B.W., Hamburg	DM 500,-
KB/Gruppe Dortmund	DM 567,95
S., SSB Hamburg	DM 60,-

Gesamt Spenden Februar 1980 DM 10.594,45

Damit erhöht sich das Spendenaufkommen auf DM 109.989,52

Springers Marktanteil an Boulevardpresse in den Regionen

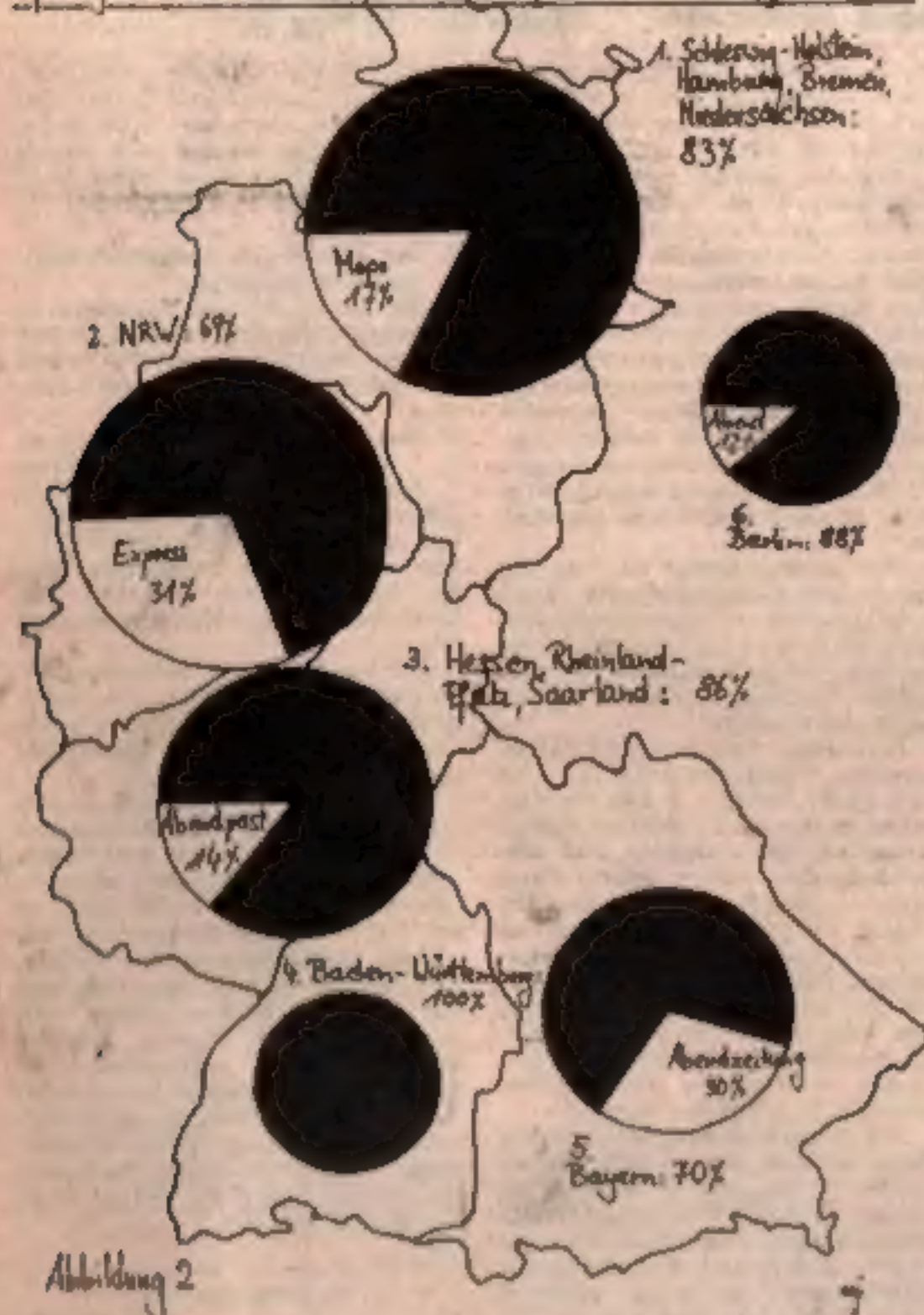


Abbildung 2

## Einigungsmöglichkeit

Hiermit ermächtige(n) ich/wir\* den Verlag J. Reents, Hamburg, den von mir/uns\* zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres\* Girokontos

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der

BLZ

mittels Lastschrift einzugshaben.

den..... Unterschrift

\* Nichtzutreffendes bitte streichen



## ANZEIGE IN EIGENER SACHE



### Mitarbeiter/innen gesucht

Für die technische Erstellung des AK suchen wir dringend weitere Helferinnen und Helfer aus der Organisation oder aus Sympathisantenzirkeln. Wir sind zur Zeit im Composebereich und im Layout unterbesetzt und sind nur durch besondere Anstrengungen in der Lage, den Umfang/Seltenzahl des AK zu erhalten. Wer also Lust hat, Zeit hat oder/und besondere Fähigkeiten und Neigungen mitbringt, sollte sich bei uns melden!

Meldet Euch über die Bereiche/Bezirke oder direkt (Telefon: 43 42 06) bei uns. AK-Technik

## Aufruf an unsere Leser!

Wir brauchen dringend die solidarische Hilfe aller Leser/innen des ARBEITERKAMPF, um die rückläufige Verkaufsauflagenentwicklung zu stoppen und damit das weitere Erscheinen dieser Zeitung zu sichern.

Wir haben weder die Mittel noch die Absicht, den ARBEITERKAMPF mittels Werbetricks oder aufwendiger Waschmittelreklame unter die Leute zu bringen. Eine radikale, linke Zeitung wie diese hat unter den hierzulande herrschenden Verhältnissen nur dann eine Chance, wenn sie sich auf ein genügend großes Kontingent regelmäßiger Leser stützen kann und von diesen weiterempfohlen wird.

+ Nur mit einer verkauften Auflage von etwa 20.000 Exemplaren und dabei einem hohen Abonnenten-Stamm ist eine Zeitung wie der ARBEITERKAMPF auf Dauer am Leben zu erhalten. Wir brauchen etliche tausend Abos, haben derzeit aber erst 1.800.

Jedes neue Abo hilft das weitere Erscheinen des AK sichern.

+ Nur Abonnenten des ARBEITERKAMPF haben die Gewißheit, wirklich jede neue Ausgabe pünktlich einen Tag nach Erscheinen in ihren Briefkästen zu haben. Ein kontinuierlicher breiter Straßenverkauf (wie ehemals) ist z.Zt. und in absehbarer Zukunft nicht zu gewährleisten.

An alle diejenigen, die den ARBEITERKAMPF für sich

An alle diejenigen, die den ARBEITERKAMPF für sich selbst und/oder ihre Arbeit in Bürgerinitiativen, in Betrieb und Gewerkschaft, in Frauengruppen, in Antifa-Arbeitskreisen, in Internationalismusgruppen etc. brauchen, möchten wir appellieren

abonniert selbst

und

werbt weitere Abonnenten

unter Euren Kollegen, Kommilitonen, Freundinnen und Freunden, Verwandten etc.

Abz. ....

(bitte in Blockschrift ausfüllen)

Ich/wir wollen den Arbeiterkampf im Abonnement beziehen.

Der Bezugspreis soll

halbjährlich - DM 27,50 0  
jährlich - DM 55,- 0

abgebucht werden (bitte Rückseite beachten).

wird überwiesen auf das Konto J. Reents, Postcheckamt Hamburg BLZ 20010020 Kl. Nr. 2405 95-203

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

Ort, Datum Unterschrift

**AK Abo Karte**

J. Reents Verlag  
Lerchenstraße 75  
2000 Hamburg 50

# Die Mörder Ernst Thälmanns laufen frei herum!

Am 18. August 1944 wurde der Führer der KPD, Ernst Thälmann, im KZ Buchenwald erschossen. Zumindest einer seiner Mörder, der SS-Stabschef Otto, läuft in der BRD - genau in Köln, Am Harttor 23 - frei herum und lebt von einer staatlichen Pension. Der Fall Otto ist ein weiterer Skandal, wie die BRD-Justiz Verfahren gegen Nazi-Mörder verschleppt bzw. verhindert.

Die „Verfolgung“ der Mörder Ernst Thälmanns begann schon vor 32 Jahren, 1948, als die Sowjetische Militäradministration in der damaligen SBZ die Auslieferung von Otto verlangte. Die amerikanischen Militärbehörden be- und verhinderten jedoch die Auslieferung. Dabei gab es mehrere Zeugen, die Otto schwer belasteten.

+ Der ehemalige KZ-Häftling Marian Zgoda sagte am 6.11.48 vor dem Amtsgericht München u.a. aus: „0 Uhr 10 Minuten kamen die beiden Kommandoführer des Krematoriums heraus und öffneten das Tor, um einen großen Personenwagen einzulassen. Dem Wagen entstieg drei Zivilisten, von denen offensichtlich zwei den dritten, der in der Mitte ging, bewachten. Den Gefangenen sah ich von hinten. Er war groß, breitschultrig und hatte eine Glatze.“

Inzwischen waren auch die übrigen SS-Leute auf den Hof gekommen und flankierten die Eingangstür des Krematoriums. Die Zivilisten ließen ihren Gefangenen vorgehen. In dem

Augenblick, als er das SS-Spallier passierte, hatte und das Krematorium betrat, fielen drei Schüsse hinter ihm Hof her ...

20 bis 25 Minuten später verließen die Unterführer das Krematorium. Dabei sagte Hofschulte zu Otto: „Weißt Du, wer das war?“ Otto antwortete: „Das war der Kommunistenführer Thälmann.“

+ Der ehemalige SS-Hauptsturmführer Werner Fricke bestätigte 1947 in Dachau vor einem US-Richter und nochmals 1963 vor einem westdeutschen Staatsanwalt die Beteiligung von Wolfgang Otto an der Ermordung Thälmanns.

1962 stellte der DDR-Anwalt Prof. Kaul in Verbindung mit den Angehörigen Thälmanns Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft in Klev. Seither wurden die Ermittlungen bis heute bereits sechsmal eingestellt. Besonders „verdient“ gemacht hat sich dabei die Kölner Zentralstelle zur „Bearbeitung“ (besser: Verschleppung) von NS-Verbrechen. Diese Stelle begründete die Einstellung der Ermittlungen (übrigens die dritte) am 14.11.74 u.a. damit, daß „die Erhebung der Anklage deswegen nicht in Betracht kommt, weil hinsichtlich der noch lebenden und ermittelten Beschuldigten Stopp und Otto Straßerfolgung ...“

Dabei lagen den westdeutschen Behörden seit langem ausführliche Materialien, Akten, Schriftstücke,



Ernst Thälmann

Zeugenaussagen usw. vor 1964 übergeben Stellen der DDR den beiden Kölner Staatsanwälten Dr. Korsch und Dr. Plümpe umfangreiches Material - für den Papstkorb! Kommentar von Prof. Kaul: „Mehr als den SS-Verbrechern befohlen war, nämlich Thälmann zu ermorden, hatten sie tatsächlich nicht getan ... Das aber reichte nach der herrschenden Rechtsprechung der BRD-Justiz aus, den eigenhändig begangenen Mord in eine Beihilfe zu fremder Tat umzuwandeln.“ (Alle Angaben aus: „Neues Deutschland“, 13.2.80).

Ein Genosse aus Westberlin



SS-Stabschef Otto

SS-Stabschef Otto

## Offener Brief

Arbeitsgemeinschaft Alternative Verlage und Autoren (AGAV), 17000 Seestadt, Postfach 654, Initiative Werner Schlegel, Dirk Becker, Adlersberg 7, 5100 Aachen

An die STVK beim Landgericht Bonn (STVK 351/79), Wilhelmstr. 21 (die Staatsanwaltschaft Dortmund (AZ: 31 VR 11/76), Lübeckstr. 10, den Leiter der JVA Rheinsbach, Aachenstr. 47, den Präsidenten des Justizvollzugsamtes Köln, Am Rheinbach 9.

Sehr geehrte Damen und Herren, wie wir von anderen Mitgliedern, Kollegen und Freunden, dem in der JVA Rheinsbach inhaftierten Schriftsteller Werner Schlegel erfahren, wurde am 24.2.80 die bei ihm langjährig praktizierte Haftüberwachung aufgehoben. Wir begrüßen dies als ersten Schritt der Verantwortlichen, endlich nach fünf Jahren Haft und 16 Monaten vor der Haftentlassung, einen an den Bestimmungen des Strafvollzugsgesetzes orientierten Vollzug zu gewährleisten. Entsetzt sind wir allerdings, daß dennoch der gesetzlich zustehende Hafturlaub für ihn nicht in Frage zu kommen scheint. Nach unseren Informationen wurde die Leistung der JVA Rheinsbach durch die Justizministerin Nordrhein-Westfalen, Inge Dornsepp, verweigert, eine Urteilsüberprüfung von der Zustimmung der Staatsanwaltschaft Dortmund abhängig zu machen - was ebenfalls dem Strafvollzugsgesetz widerspricht. Dasselbe Staatsanwaltschaft könnte gemeinsam mit der Strafvollzugsbehörde beim Landgericht Bonn auch eine selbst vom Leiter der JVA Rheinsbach beauftragte Entlassung Schlegels nach Verbüßung von 2/3 der Strafdauer, wie in jedem Gefängnis in der BRD gesetzlich besteht, ab. Und dies, obwohl die Staatsanwaltschaft selber

vor 5 1/2 Jahre beantragt hatte, von denen Schlegel inzwischen mehr als fünf Jahre verbüßt hat. Auch wenn das Gericht letztlich ein über dem Antrag der Staatsanwaltschaft hinausgehendes Urteil verkündet, scheint uns doch das Verhalten letzterer in diesem Zusammenhang zu ihrem damaligen Antrag zu stehen. Als Begründung für die Ablehnung wurde angegeben, Werner Schlegel sei ein „politisch motivierter Gewalttäter, die von der Staatsanwaltschaft als nicht gefährlich eingeschätzt werden und der „weiterhin Kontakte zu Personen unterhält, gegen die wegen eines Verbrechens wegen ...“

Die Übersetzung für uns die Grenze zur Gefährdung, umso mehr, als er die Staatsanwaltschaft dank SKA- und LKA-Berichten wissen mag, welche bekannten Schlegels welche sonstigen Kontakte pflegen, kann aber er selbst.

Inzwischen beantragten Schlegels Anwälte Hafturlaub vom 21.1. bis 24.1.1980. Damit soll ihm die Teilnahme an der AGAV-Frühjahrsversammlung ermöglicht werden. Dies wäre gleichermaßen wichtig für die Pflege seiner sozialen Beziehungen und Bindungen wie auch für seine berufliche Zukunft. Schlegel ist während seiner Haftzeit Schriftsteller geworden und will dies auch nach seiner Entlassung sein. Dazu ist es unerlässlich, daß er schon heute die notwendigen Verbindungen zu Verlegern, Kollegen und dem Publikum knüpfen kann.

Soll Resozialisierung nicht nur ein Modewort sein, dann sollte zweifellos für Werner Schlegel entschieden werden. Aufgrund bisheriger Erfahrungen jedoch befürchten wir eine erneute Ablehnung, obwohl damals Sozialfürsorgeleistungen unter anderem von E. Wolf, I. Dornsepp, E. Fried und AGAV-Vorstand angeboten wurden.

Wir machen deshalb darauf aufmerksam, daß Werner Schlegel über einen großen Freundes- und Bekanntenkreis verfügt, zu dem auch wir uns zählen. Wir fühlen uns verpflichtet, deshalb folgende Forderungen zu stellen:

1. Dem gesetzlich zustehenden Hafturlaub zu gewähren.
2. Die literarische und publizistische Arbeit Schlegels gem. den Bestimmungen der §§ 3, 4 und 37 StVollzG zu fördern, statt weiterhin zu behindern.
3. Dem Resturlaubsgeld stattzugeben.
4. - wobei wir auf das Beispiel Peter Paul Zahl verweisen - eine Auslieferung für eine in Köln in Bearbeitung im Rahmen des „Lyrischen Frühling“ stattfindende Lesung zu gewähren, an der er vom Kulturamt der Stadt Aachen eingeladen worden ist.

Wir erheben diese Forderungen öffentlich - wissend, daß sie von vielen unterstützt werden. Entsprechende Unterschriften werden gemammelt und den Anwälten übergeben.

Wir weisen abschließend auf den schlechten Gesundheitszustand Schlegels hin. Nachdem im Sommer 1948 ein Teil des rechten Lungenflügels entfernt worden mußte, leidet er seit 1976 an einer chronischen, nicht ständig verschlimmernden Kollitis. Seit kurzen besteht zudem die Gefahr noch 100 Pfund wiegenden Harnsteinen auf Diabetes. Der dies diagnostizierende Gefäßarzt erklärte die Erkrankungen ausdrücklich als haftbedingt. Nicht zuletzt deshalb erscheint uns eine Urlaubserweiterung, die Haftdauer überhaupt, als mit dem Gesundheit nicht mehr in Einklang zu bringen.

Hochachtungsvoll  
f.d. AGAV  
f.d. Initiative Werner Schlegel